

Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus

– Untersuchung am Beispiel von ausgewählten Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen

vom Fachbereich Raum- und Umweltplanung der Technischen Universität Kaiserslautern zur Verleihung des akademischen Grades Doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.) genehmigte Dissertation

von Dipl. Geogr. Marcel-Alexander Gärtner

Tag der mündlichen Prüfung:	19.09.2016
Vorsitzender der Prüfungskommission:	Prof. Dr. Sascha Henninger
Erste Berichterstatterin:	Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß
Zweiter Berichterstatter:	Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Dekanin des Fachbereichs Raum- und Umweltplanung:	Prof. Dr. Annette Spellerberg

Gender Hinweis

Die Verwendung der männlichen Form erfolgt generalisierend und geschlechterneutral.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	5
Tabellenverzeichnis.....	11
1 Einleitung.....	13
1.1 Problemstellung.....	13
1.2 Forschungsstand.....	20
1.3 Zielsetzung und forschungsleitende Fragestellungen	37
1.4 Aufbau der Arbeit.....	44
2 Aging in place oder Umzug im Alter? Konzeptionelle Erklärungsansätze, Rahmenbedingungen und bisherige empirische Befunde zu Wohnstandortentscheidungen älterer Bevölkerungsgruppen in Deutschland.....	52
2.1 Konzeptionelle Erklärungsansätze für Wohnstandortentscheidungen.....	53
2.1.1 Begriffsbestimmungen	53
2.1.2 Verhaltenstheoretische Modelle von Wohnstandortentscheidungen	56
2.2 Rahmenbedingungen von Wohnstandortentscheidungen älterer Bevölkerungsgruppen.....	66
2.2.1 Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Lebensphase Alter – Charakterisierung der Zielgruppe der Älteren unter besonderer Berücksichtigung der Generation 60plus.....	66
2.2.1.1 Lebensphase Alter – Altersbegriffe und Differenzierung des Alters.....	66
2.2.1.2 Sozioökonomische Lebenslage älterer Bevölkerungsgruppen	68
2.2.2 Raumspezifische Rahmenbedingungen des Alterns – Versorgungs- und Wohnsituation älterer Bevölkerungsgruppen.....	73
2.2.2.1 Zur Bedeutung des Wohnortes, Wohnumfeldes und der Wohnung im Alter.....	73
2.2.2.2 Anforderungen an eine seniorengerechte Ausstattung des Wohnortes in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge.....	76
2.2.2.3 Anforderungen an eine seniorengerechte Ausstattung der Wohnung	82
2.2.3 Strukturelle Rahmenbedingungen von Wohnstandortentscheidungen – Wohnungsmärkte.....	83

2.2.3.1	Nachfragemuster auf dem Wohnungsmarkt	83
2.2.3.2	Angebotsformen seniorenrechtens Wohnens.....	84
2.3	Quantitative und räumliche Ausprägungen von Wohnstandortentscheidungen älterer Menschen	91
3	Suburbane Räume in Deutschland als Wohnstandort älterer Bevölkerungsgruppen – Siedlungsprozesse der Suburbanisierung und deren Auswirkungen auf die Versorgungsstruktur vor dem Hintergrund demographischer Alterung	98
3.1	Begriffsbestimmungen.....	99
3.2	Wohnsuburbanisierung in Deutschland – Erklärungsmodell, Entwicklungsphasen, Triebkräfte, räumliche Differenzierungen und aktuelle Entwicklungen	101
3.3	Auswirkungen des Siedlungsprozesses der Suburbanisierung auf Versorgungsstrukturen vor dem Hintergrund demographischer Alterung.....	109
3.3.1	Demographische Alterung in suburbanen Räumen – Ursachen, Ausmaß und zukünftige Entwicklungen	109
3.3.2	Dispersion und räumliche Funktionstrennung in der Siedlungsstruktur suburbaner Räume und deren Auswirkungen auf Versorgungsstrukturen	118
4	Darstellung des Untersuchungsraums der Fallstudie sowie methodische Konzeption und Rahmenbedingungen der empirischen Untersuchung.....	122
4.1	Der Untersuchungsraum – Geographische Lage, administrative Strukturen, Raum- und Siedlungsstruktur, Zentrale-Orte-Struktur, Siedlungsentwicklung und Charakterisierung der Untersuchungskommunen.....	122
4.2	Methodische Konzeption und Rahmenbedingungen der empirischen Untersuchung.....	132
4.2.1	Aufbau der teilstandardisierten Haushaltsbefragung.....	132
4.2.2	Soziodemographische Rahmenbedingungen und allgemeine Wohnstrukturdaten der befragten Haushalte	138
5	Demographische Entwicklung und Ausstattung mit Versorgungsangeboten in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge in ausgewählten suburbanen Untersuchungskommunen im Landkreis Mainz-Bingen	143
5.1	Bevölkerungsstruktur und -entwicklung im Bundesland Rheinland-Pfalz und im Untersuchungsraum	144
5.1.1	Bevölkerungsentwicklung und Auswirkungen auf die Altersstruktur im Bundesland Rheinland-Pfalz	144

5.1.2	Bevölkerungsentwicklung und Auswirkungen auf die Altersstruktur der Bevölkerung im Untersuchungsraum	153
5.1.3	Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Beantwortung der Forschungsfragen	157
5.2	Ausstattung des Untersuchungsraumes mit Versorgungsangeboten in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge und Versorgungsverhalten der Bevölkerungsgruppe 60plus	159
5.2.1	Derzeitige Versorgungssituation	159
5.2.2	Aktionsräumliches Versorgungsverhalten der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus.....	173
5.2.3	Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Beantwortung der Forschungsfragen	191
6	Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus – Untersuchung am Beispiel suburbaner Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen	197
6.1	Wohnstandortbewertung suburbaner Kommunen durch Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus	199
6.1.1	Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge und der Wohnsituation.....	199
6.1.2	Zukünftige Standortanforderungen in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge.....	210
6.1.3	Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Beantwortung der Forschungsfragen.....	216
6.2	Wohnmobilität suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus	220
6.2.1	Bisheriges Wanderungsverhalten der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des Untersuchungsgebietes	220
6.2.2	Quantitatives Ausmaß der Wohnmobilität in Zusammenhang mit wohnstandortspezifischen, wahrnehmungsspezifischen und sozioökonomischen Faktoren	224
6.2.3	Umzugsmotive	232
6.2.4	Umzugsziele	239
6.2.5	Präferierte Wohnformen.....	243
6.2.6	Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Beantwortung der Forschungsfragen	244

7	Auswirkungen suburbaner Raumstrukturen auf Wohnstandort- entscheidungen von Haushalten der Bevölkerungsgruppe 60plus – Zentrale Forschungserkenntnisse, Konsequenzen und Handlungsansätze für eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten	249
7.1	Zusammenfassung zentraler Forschungserkenntnisse zu den Auswirkungen suburbaner Raumstrukturen auf Wohnstandortentscheidungen der Bevölkerungs- gruppe 60plus	249
7.2	Konsequenzen und Handlungsansätze für eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten	258
8	Fazit und Ausblick	266
	Kurzfassung.....	268
	Quellenverzeichnis.....	270
	Weiterführendes Literaturverzeichnis	283
	Anhang	285

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Aufbau der sekundärstatistischen und empirischen Untersuchung	49
Abbildung 2: Modell der Wohnzufriedenheit	58
Abbildung 3: Allgemeines Entscheidungsmodell von Wanderungen.....	63
Abbildung 4: Bedingungen altengerechten Wohnens	75
Abbildung 5: Altersspezifische Mobilität für Binnenwanderungen über Kreisgrenzen im Jahr 2004 und Altersgruppen der Wanderungsstatistik.....	92
Abbildung 6: Distanzabhängigkeit der Binnenwanderungen in Deutschland. Binnenwanderungen über Kreisgrenzen im Zeitraum 1991 bis 2004	95
Abbildung 7: Beschreibungsmodell der Bevölkerungsentwicklung in Verdichtungsräumen	102
Abbildung 8: Anteil der 50- bis unter 65-Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl (2012).....	113
Abbildung 9: Siedlungsstrukturelle Kreistypen in der Bundesrepublik Deutschland	114
Abbildung 10: Anteil der 65- bis unter 75-Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl (2012).....	115
Abbildung 11: Veränderung der über 80-Jährigen 2012 bis 2035	117
Abbildung 12: Darstellung der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main.....	123
Abbildung 13: Geographische Lage der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein- Oppenheim.....	124
Abbildung 14: Darstellung des Landkreises Mainz-Bingen	125
Abbildung 15: Raumstruktur in Deutschland nach Zentrenreichbarkeit und Bevölkerungsdichte	127
Abbildung 16: Untersuchungskommune Oppenheim.....	129
Abbildung 17: Altersstruktur der befragten Haushalte.....	138
Abbildung 18: Haushaltsstrukturen der befragten Haushalte	139
Abbildung 19: Jahr des Einzugs der befragten Haushalte in das Eigenheim bzw. in die Mietwohnung	140
Abbildung 20: Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz 2000 und 2010 nach Altersgruppen	147
Abbildung 21: Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2000 bis 2060 in Rheinland-Pfalz	150
Abbildung 22: Aufbau der Bevölkerung 2030 und 2060 nach Alter und Geschlecht (mittlere Variante) in Rheinland-Pfalz	152
Abbildung 23: Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2010-2030 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)	155
Abbildung 24: Räumliche Verteilung der Vertragsärzteschaft in der Stadt Mainz und dem Kreis Mainz-Bingen.....	164
Abbildung 25: Erreichbarkeiten der Hausarztpraxen in der Stadt Mainz und im Kreis Mainz- Bingen	165
Abbildung 26: Funktionales Straßennetz in der Planungsregion Rheinhessen-Nahe.....	167

Abbildung 27: Funktionales Netz des Öffentlichen Verkehrs	169
Abbildung 28: Supermarkt in Mommenheim.....	171
Abbildung 29: Discounter in Bodenheim	171
Abbildung 30: Verbrauchermarkt in Oppenheim.....	171
Abbildung 31: Drogerie in Oppenheim	171
Abbildung 32: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte des gesamten Untersuchungsgebiets.....	174
Abbildung 33: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim	176
Abbildung 34: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I	178
Abbildung 35: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II	179
Abbildung 36: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim III	180
Abbildung 37: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte des gesamten Untersuchungsgebiets bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge	182
Abbildung 38: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte des gesamten Untersuchungsgebiets	183
Abbildung 39: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim I	185
Abbildung 40: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim II.....	186
Abbildung 41: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I	188
Abbildung 42: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II	189
Abbildung 43: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim III	190
Abbildung 44: Modell der Wohnstandortentscheidung suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus	198
Abbildung 45: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge im gesamten Untersuchungsgebiet	200

Abbildung 46: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in den Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim.....	201
Abbildung 47: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in den Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I	203
Abbildung 48: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in den Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II	204
Abbildung 49: Wohnzufriedenheit der befragten Haushalte mit dem eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung im gesamten Untersuchungsgebiet.....	209
Abbildung 50: Bewertung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets sowie der Verbandsgemeinden	211
Abbildung 51: Bewertung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim.....	212
Abbildung 52: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets	214
Abbildung 53: Definition Abwanderungsrate	220
Abbildung 54: Definition Wanderungssaldo	222
Abbildung 55: Wanderungssaldo der 60- bis 100-Jährigen in den Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim zwischen 2000 und 2012.....	222
Abbildung 56: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets an einen anderen Wohnort.....	224
Abbildung 57: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim an einen anderen Wohnort.....	225
Abbildung 58: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim an einen anderen Wohnort	225
Abbildung 59: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebiets an einen anderen Wohnort.....	227
Abbildung 60: Zusammenhang von Wohnmobilität und Lebensalter der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiet.....	231
Abbildung 61: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets.....	233
Abbildung 62: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim.....	235
Abbildung 63: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim	235
Abbildung 64: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebietes	239

Abbildung 65: Wanderungsziele der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiet.....	240
Abbildung 66: Gewünschte zukünftige Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebietes	244
Abbildung 67: Altenquotient 2000 und 2010 nach Verwaltungsbezirken in Rheinland-Pfalz....	286
Abbildung 68: Bevölkerungsentwicklung 2010-2060 nach Altersgruppen im Landkreis Mainz-Bingen	287
Abbildung 69: Bevölkerungsentwicklung 2010-2030 nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken im Landkreis Mainz-Bingen.....	288
Abbildung 70: Bevölkerungsentwicklung 2010-2030 in der Verbandsgemeinde Bodenheim ...	289
Abbildung 71: Bevölkerungsentwicklung 2010-2030 in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim	290
Abbildung 72: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Verbandsgemeinde Bodenheim	291
Abbildung 73: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim.....	292
Abbildung 74: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Verbandsgemeinde Bodenheim bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge.....	293
Abbildung 75: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge	293
Abbildung 76: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge	294
Abbildung 77: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge	295
Abbildung 78: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge	296
Abbildung 79: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim III bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge	297
Abbildung 80: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Verbandsgemeinde Bodenheim.....	298
Abbildung 81: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim	298
Abbildung 82: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in der Verbandsgemeinde Bodenheim.....	299
Abbildung 83: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim	299

Abbildung 84: Wohnzufriedenheit der befragten Haushalte mit dem eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung in den Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim.....	300
Abbildung 85: Wohnzufriedenheit der befragten Haushalte mit dem eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung in den Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim.....	301
Abbildung 86: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim	302
Abbildung 87: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim.....	303
Abbildung 88: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim I.....	304
Abbildung 89: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim II.....	305
Abbildung 90: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I	306
Abbildung 91: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II	307
Abbildung 92: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim III	308
Abbildung 93: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim IV	309
Abbildung 94: Wanderungsziele der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim.....	310
Abbildung 95: Wanderungsziele der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim	310
Abbildung 96: Wanderungsziele der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebietes	311
Abbildung 97: Gewünschte zukünftige Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim	312
Abbildung 98: Gewünschte zukünftige Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim.....	312
Abbildung 99: Gewünschte zukünftige Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebietes	313
Abbildung 100: Presseartikel zur Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (1)	320
Abbildung 101: Presseartikel zur Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (2)	320

Abbildung 102: Presseartikel zur Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Bodenheim (1)	321
Abbildung 103: Presseartikel zur Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Bodenheim (2)	321

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Altersgruppen der Wanderungen	27
Tabelle 2: Haushaltsmitglieder am Haupt- und Nebenwohnsitz im Jahr 2013 in Deutschland nach Haushaltsgrößen und Alter	69
Tabelle 3: Relative Einkommensposition nach Altersgruppen 2006.....	71
Tabelle 4: Bereiche der Daseinsvorsorge unterschiedlicher Kategorisierungen.....	78
Tabelle 5: Prozentuale Verteilung altersgerechter Wohnformen (65 Jahre und älter)	87
Tabelle 6: Wanderungen zwischen den Bundesländern 2013 nach Altersjahren in Deutschland.....	93
Tabelle 7: Fortzüge aus Deutschland 2013 nach Altersjahren.....	93
Tabelle 8: Übersicht über die Siedlungsstruktur der Untersuchungskommunen 2013	131
Tabelle 9: Übersicht über die Operationalisierung der Indikatoren.....	135
Tabelle 10: Umfang der empirischen Erhebung nach Kommunen	137
Tabelle 11: Übersicht über untersuchte Daseinsvorsorgebereiche	160
Tabelle 12: Abwanderungsrate der 60- bis 69-Jährigen im Landkreis Mainz-Bingen, Verbandsgemeinde Bodenheim und Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim im Jahr 2012	221
Tabelle 13: Wanderungssaldo der 60- bis 100-Jährigen in den Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim zwischen 2000 und 2012.....	223
Tabelle 14: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebiets an einen anderen Wohnort	228
Tabelle 15: Zusammenhang von Wohnmobilität und Zufriedenheit mit Versorgungssituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets.....	230
Tabelle 16: Zusammenhang von Wohnmobilität und Zufriedenheit mit Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus im gesamten Untersuchungsgebiet ..	230
Tabelle 17: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim im interkommunalen Vergleich.....	237
Tabelle 18: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim im interkommunalen Vergleich	238
Tabelle 19: Städte mit mindestens 50.000 Einwohnern als Wanderungszielort der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebietes.....	242

1



1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Demographischer Wandel in Deutschland

Der demographische Wandel stellt neben Globalisierung, Klimawandel und Individualisierung einen der 'Megatrends' des 21. Jahrhunderts dar. In Deutschland ist die Bevölkerungsentwicklung von Prozessen der Schrumpfung, Alterung und Internationalisierung bestimmt.

Seit dem Jahr 1972 liegt die Sterberate über der Geburtenrate, wodurch sich die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland dezimiert. Diese Veränderung des Bevölkerungsvolumens ist dabei keineswegs eine homogene landesweite Entwicklung. Vielmehr bilden sich disparat wachsende, stagnierende und schrumpfende Regionen heraus. Neben der seit der Wiedervereinigung Deutschlands thematisierten demographisch-räumlichen Differenzierung zwischen den alten und den neuen Bundesländern ergeben sich zunehmend auch kleinräumige siedlungsstrukturelle Disparitäten, sowohl zwischen Ballungsräumen und Peripherie als auch innerhalb urbaner Räume zwischen der Kernstadt und ihrem Umland. Parallel zu dem quantitativen Bevölkerungsrückgang verschiebt sich durch die genannte Schrumpfung jüngerer Altersjahrgänge und die Zunahme älterer Bevölkerungsanteile im Zuge einer höheren Lebenserwartung sowie aufgrund von Kohorteneffekten die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung. Neben der veränderten Dynamik des Bevölkerungswachstums und der altersstrukturellen Veränderung der Bevölkerung kommt es, als dritte Entwicklungskomponente, zu einer zunehmenden Internationalisierung der Bevölkerung in Folge der Zuwanderung aus dem Ausland.¹

Ist die Veränderung von Größe und Vielfalt einer Bevölkerungsgruppe historisch nicht unbekannt, stellt die Dynamik der demographischen Alterung wie sie in Deutschland stattfindet eine Neuartigkeit dar. In dem vorliegenden Forschungsvorhaben wird der Fokus auf den Prozess der demographischen Alterung in Deutschland gelegt. Diese Thematik ist deswegen von hoher Relevanz, da neben dem Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahrzehnten vor allem die altersstrukturellen Veränderungen in der deutschen Gesellschaft signifikante Folgen für verschiedene politische und strukturelle Sektoren wie das Bildungssystem, das Gesundheitssystem, die gesetzliche Rentenversicherung, den Arbeitsmarkt und den Wohnungsmarkt haben werden.² Ebenso sind die Siedlungs- und Infrastrukturen von den Auswirkungen der Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland betroffen.

Die Bevölkerungsmodellrechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES prognostiziert im aktuellen Demographiebericht der Bundesregierung für das Jahr 2060 einen Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 34 %, also jeder dritte Einwohner in Deutschland.³ Diese Ent-

¹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2006^a): Raumordnungsprognose 2020/2050. Bonn, S. 19.

²Vgl. TROEGER-WEIß, G. (2010): Lokale und regionale Netzwerke als Träger der Regionalentwicklung und ihr Anteil an der Bewältigung des Demographischen Wandels. In: TROEGER-WEIß, G. und J. WEINGARTEN (Hrsg.): Herausforderung für Land und Kommunen – die Gestaltung des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz, Band 3 der Reihe Dokumentationen der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP), Mainz, S.77.

³Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (2011): Demographiebericht. Bericht der Bundesregierung zur

wicklung stellt einen tiefgreifenden strukturellen Wandel der deutschen Bevölkerung dar. Räumliche Disparitäten bezüglich der Alterung sind dabei zum einen mit unterschiedlichen Ausprägungen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zu erklären. Zum anderen und von gleichermaßen entscheidender Bedeutung für die demographische Entwicklung in Städten und Regionen sind sogenannte Binnenwanderungen⁴ sowie Außenwanderungen⁵, die eine starke altersselektive Wirkungen besitzen und den Alterungsprozess von Teilräumen aufhalten, verlangsamen oder auch verstärken können.⁶

Parallel zu dem Prozess der demographischen Alterung verlaufen gesellschaftliche Veränderungsprozesse wie Individualisierung, Wertewandel, Ausdifferenzierung von Lebensstilen und Haushaltsformen. Diese stellen Komponenten eines gesellschaftlichen Wandels dar, dessen Wirkungen seit der Nachkriegszeit festzustellen sind. Insbesondere die Gruppe *der jungen Alten* der heutigen Bevölkerungsgruppe 60plus ist von den aufgeführten gesellschaftlichen Entwicklungen geprägt. So ist davon auszugehen, dass sich diese Senioren der Nachkriegsgeneration von den Senioren der Vorkriegsgeneration deutlich differenzieren lassen werden, „da sie durch Bildungsexpansion, Emanzipation und Partizipation über andere Ansprüche und Potenziale verfüg[...](„en““.⁷ Eine Vielzahl dieser so genannten *jungen Alten* ist in einem guten Gesundheitszustand und besitzt oftmals ausreichende materielle Ressourcen und Sicherheiten.⁸ Das Alter(n) hat somit in den letzten Jahrzehnten aufgrund genannter gesellschaftlicher Prozesse und demographischer Komponenten einen Wandel erfahren, so dass die Lebensphase Alter ab dem Eintritt in den Ruhestand intern zu differenzieren ist und nicht mehr als ein von Passivität geprägter, letzter Lebensabschnitt angesehen werden kann.

Demographische Alterung in suburbanen Räumen

Regionale Bevölkerungsprognosen wie die des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG zeigen auf, dass im Gegensatz zur Bevölkerungsschrumpfung der raumbezogene Entwicklungstrend der demographischen Alterung – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – in allen Gebieten der Bundesrepublik erfolgen wird.⁹ Eine Raumkategorie, die in Zukunft besonders von der demographischen Alterung betroffen sein wird, ist die der suburbanen Räume.

Das Alterungsphänomen ist darauf zurückzuführen, dass auf das Umland der westdeutschen Städte ein doppelter Alterungsprozess einwirkt: In den vergangenen Jahrzehnten fand in den Stadtregionen ein umfangreicher Suburbanisierungsprozess statt. In den alten Bundesländern

demographischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin, S. 32.

⁴Vgl. Definition in Kapitel 1.2

⁵Vgl. Definition in Kapitel 1.2

⁶Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 38.

⁷KRAMER, C. und C. PFAFFENBACH (2011): Junge Alte als neue „Urbaniten“? Mobilitätstrends der Generation 50plus. Raumforschung und Raumordnung 69 (2): 80.

⁸Vgl. STAHL, H. und R. WEHRHAHN (2012): Best Ager im sub- und periurbanen Raum der Stadtregion Kiel. In: WEHRHAHN, R. und A. TOELLE (Hrsg.): Aktuelle Entwicklungen in norddeutschen und westpolnischen Stadtregionen. Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung 53, S. 31.

⁹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 29.

schreitet dieser Prozess seit den 1960er, in den neuen Bundesländern erst seit den 1990er Jahren voran. Die Bevölkerungskohorten der Nachkriegsgeneration wanderten ab den 1970er Jahren in der Familiengründungsphase nach Suburbia. Die ersten Nachkriegsgeburtensjahrgänge befinden sich mittlerweile im Ruhestand, in naher Zukunft gefolgt von den geburtenstarken Jahrgängen der 1950er und 1960er Jahre (sogenannte Baby-Boomer). Gleichzeitig präferierten ältere Menschen in der Vergangenheit im Falle eines Umzugs häufig suburbane Räume als Wanderungsziel, wodurch es hier zu einem doppelten Alterseffekt kommt.¹⁰ Laut dem Raumordnungsbericht des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG sind in den alten Bundesländern die Umlandgebiete der großen Städte aufgrund der altersselektiven Stadt-Umland-Wanderungen von der demographischen Alterung in überdurchschnittlichem Maße betroffen.¹¹ Einen quantitativ großen Anteil älterer Bevölkerungsgruppen, die momentan in Umlandgemeinden leben, macht die Gruppe der ab der Nachkriegszeit geborenen *jungen Alten* der Generation 60plus aus, welche in den letzten Jahrzehnten im Rahmen kollektiver Zuzüge in suburbane Kommunen gewandert sind. Aufgrund dieser Siedlungsentwicklung in der Vergangenheit lebt heute in vielen Umlandkommunen größerer Städte oftmals eine Bevölkerung mit einer weitgehend altershomogenen demographischen Struktur.

Fehlende Kongruenz zwischen gealterter Bevölkerung und räumlicher Umwelt

Diese demographischen und sozialen Entwicklungstrends führen zu neuartigen Herausforderungen und Aufgaben für suburbane Räume in variierender Intensität, insbesondere im Bereich der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung. Dabei ergibt sich ein Problemkomplex aus einer fehlenden Kongruenz zwischen gealterter Bevölkerung einerseits und räumlicher Umwelt andererseits. Denn diese räumliche Umwelt ist von einer Homogenität der Siedlungsstruktur aufgrund großer Anteile monofunktionaler (ehemaliger) Neubaugebiete mit Ein- und Zweifamilienhäusern an der Siedlungsfläche sowie von zentralisierten und konzentrierten Versorgungsstrukturnetzen geprägt.

Führt der derzeitige Bevölkerungsrückgang primär in peripheren, strukturschwachen ländlichen Gebieten in Deutschland zu Nachfragerückgängen und somit zu Tragfähigkeitsproblemen von Daseinsvorsorgeeinrichtungen, ist mit der demographischen Alterung eine in allen Städten und Regionen des Bundesgebietes selektiv steigende Nachfrage nach bestimmten altersspezifischen Infrastrukturen und Dienstleistungen verbunden. Allerdings finden diese raumbezogenen Problemlagen infolge der Wohnsuburbanisierung im 20. Jahrhundert besonders in Ballungsräumen in Deutschland ihren Niederschlag¹², da hier eine jahrzehntelange Wohnbauflächenausweisung zu monotypisch geprägten Neubausiedlungen am Stadtrand und -umland mit

¹⁰Vgl. FRIEDRICH, K. (2002): Migration im Alter. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe Band 230. Berlin: 91..

¹¹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 38.

¹²Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG, unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Studien/2010/SuburbanerRaumLebenszyklus/01_Start.html;jsessionid=D6F4D3E5D581E5AB07C4D6CAAB39A39F.live2053?nn=430832 (abgerufen am 06.01.2014).

„weitgehender Funktionstrennung und *Pendeldistanz* zu einem städtischen Zentrum“ geführt hat.¹³

Nach FRIEDRICH wird aufgrund der Suburbanisierung der Alterung speziell im Umland der westdeutschen Städte in naher Zukunft „der größte Bedarf an altengerechter Infrastruktur“ zu verzeichnen sein.¹⁴ SCHMITZ-VELTIN und ZAKRZEWSKI gehen davon aus, dass sich die demographisch alternden ehemaligen Neubaugebiete der 1970er bis 1990er Jahre im Hinblick auf ihre periphere Lage innerhalb der Ortsgebiete und einer rudimentären Infrastrukturausstattung, in den nächsten Jahren zu prekären Siedlungsgebieten entwickeln könnten.¹⁵ In alternden Ein- und Zweifamilienhausgebieten wird es zu einer Reduktion der Nachfrage nach Schulen und Kindergärten kommen, während Infrastrukturen bzw. Angebote im Bereich Gesundheit und Pflege sowie Nahversorgung dagegen eine verstärkte Nachfrage erfahren werden.¹⁶ Parallel zu dem Prozess der demographischen Alterung besteht im Bereich der Daseinsvorsorgeeinrichtungen ein Trend zur Konzentration und Zentralisierung, einhergehend mit Erreichbarkeitsproblemen. Diese Entwicklung findet nicht nur in ruralen, strukturschwachen Regionen ihren Niederschlag, sondern prägt auch die räumliche Entwicklung im Umland prosperierender Ballungsräume.

Darüber hinaus führt der gesellschaftliche Trend der Abnahme familialer Netzwerke zukünftig dazu, dass die Versorgung älterer Menschen seltener durch Familienmitglieder vorgenommen wird.

BUCHER, KOCKS und SIEDHOFF beschreiben das Problem der nach Suburbia ausgewanderten Städter folgendermaßen: „Die Wohnungswanderer suchen ein familienfreundliches und naturnahes Wohnumfeld mit geringen ökologischen Belastungen, dafür in Kauf genommen werden schlechtere Infrastrukturversorgung, ungünstigere Erreichbarkeiten, eine stärkere Abhängigkeit von der individuellen Mobilität mit dem („Personenkraftwagen“)PKW, höhere Zeit-/Wegekosten, eine Veränderung des Zeitbudgets der Familienmitglieder. Während ihres Lebensverlaufs kann sich für die Bewohner die Bedeutung dieser Faktoren verschieben: Ein familienfreundliches Umfeld muss nicht notwendigerweise auch altenfreundlich sein.“¹⁷

Ein entscheidender Faktor für ein selbstbestimmtes Leben im Alter ist die zuvor genannte individuelle Mobilität mit dem PKW. Aufgrund eines hohen Motorisierungsgrades der neuen Altengenerationen wird zwar zunächst im Vergleich zu früheren Seniorengenerationen, die Bindung an das nähere Wohnumfeld tendenziell zurückgehen. SCHEINER und HOLZ-RAU führen jedoch

¹³NUISSL, H. und B. BIGALKE (2006): Älterwerden in Suburbia – eine explorative Studie zur Auswirkung von Suburbanisierung auf die Lebensqualität älterer Menschen. UFZ Diskussionspapiere, S. 3.

¹⁴Vgl. FRIEDRICH, K. (2002): Migration im Alter. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe Band 230. Berlin: S. 91.

¹⁵Vgl. SCHMITZ-VELTIN, A. und P. ZAKRZEWSKI (2011): Wohnstandortmobilität im gesellschaftlichen und demographischen Wandel. Einführung. In: HEGE, H.-P., KAPSTEIN, Y., MENG, R., RUPPENTHAL, K., SCHMITZ-VELTIN, A. und P. ZAKRZEWSKI (Hrsg.): Schneller, öfter, weiter? Perspektiven der Raumentwicklung in der Mobilitätsgesellschaft (=Arbeitsberichte der ARL 1) Hannover. S. 77.

¹⁶Vgl. BOCK, S. und G. JEKEL (2012): Wenn Einfamilienhausgebiete in die Jahre kommen. Herausforderungen, Perspektive und kommunale Handlungsperspektiven. DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK – Berichte (4): 23.

¹⁷BUCHER, H., KOCKS, M. und M. SIEDHOFF (1998): Regionale Alterung, Haushalts- und Wohnungsmarktentwicklung. In: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN (Hrsg.): Regionales Altern und Mobilitätsprozesse Älterer. Expertisenband 2 zum Zweiten Altenbericht der Bundesregierung, Frankfurt am Main: S. 19.

dazu aus: „Aber auch zukünftige Ältere werden einen Punkt im Leben erreichen – ggf. in höherem Alter als heute – an dem sich die PKW-Orientierung aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aufrecht erhalten lässt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist umso mehr Selbständigkeit und Partizipation am gesellschaftlichen Leben möglich, je günstiger die nähere Wohnumgebung ausgestattet ist. Eine ausgewogene Nutzungsmischung wird deshalb auch in Zukunft ein wesentliches Qualitätsmerkmal von Wohnstandorten für Ältere bleiben.“¹⁸

Ein weiterer Problemfaktor stellt die Wohnsituation älterer Menschen dar. In der Lebenszyklusphase des Auszuges der Kinder, der so genannten Konsolidierungsphase, sind Wohnflächen zu groß, die Pflege des Grundstücks kann nicht mehr gewährleistet werden und eine fehlende Barrierefreiheit in Hinblick auf das höhere Alter ist oftmals nicht gegeben.

Neben einer rein quantitativ erhöhten Nachfrage nach altersspezifischen Versorgungsstrukturen sowie Wohnraum im Zuge des demographischen Alterungsprozesses nehmen vermehrt auch „sich verändernde Ansprüche und Lebensgewohnheiten“ der Nachfrageseite Einfluss auf die Nutzung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge¹⁹ und auf den Wohnungsmarkt. Demnach sind die bereits dargestellten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Form von „Individualisierung, Ausdifferenzierung von Lebensstilen und Haushaltsformen sowie variable Berufsbiographien [...] mit neuen Anforderungen an Wohnung, Wohnumfeld und Wohnstandort verknüpft“.²⁰

Nach REICHER nehmen auch durch die Erhöhung des Anteils älterer Menschen in der Bevölkerung in Deutschland die Nutzungsansprüche von Senioren hinsichtlich der Versorgungsstrukturen, der Mobilität und des Wohnraums an Bedeutung zu.²¹

Insgesamt ist festzustellen, dass eine in diesen quantitativen und qualitativen Dimensionen veränderte Gesellschaft, im Vergleich zu früheren Generationen, eine Ausweitung und Modifikation von Anforderungen an die Gestaltung der Kommunen in Bezug auf Wohn- und Lebensverhältnisse impliziert. Nach Auffassung der BERTELSMANN STIFTUNG ist in den meisten Kommunen jedoch derzeit eine integrierte Altenplanung, die sich an den Lebenslagen, Lebenswelten und Lebensstilen der älteren Bevölkerung orientiert, nicht vorhanden.²²

Allerdings überträgt das Subsidiaritätsprinzip als zentrales Element des ordnungspolitischen Konzepts föderaler Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland den Kommunen als kleinste Verwaltungseinheit umfassende Zuständigkeiten. So besagt das Grundgesetz in Art. 28 II: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“²³ Dieser Gesetzgebung

¹⁸SCHEINER, J. und C. HOLZ-RAU (2002): Seniorenfreundliche Siedlungsstrukturen. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: S. 202.

¹⁹MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2010): Planen für Rheinland-Pfalz. Fit für die neuen Regionalpläne. Mainz, S. 29.

²⁰KASPER, B. und J. SCHEINER (2004): Wohnmobilität und Standortwahl als Ausdruck lebensstilspezifischer Wohnbedürfnisse. Eine Fallstudie in drei Kölner Stadtquartieren. In: vhw Forum Wohneigentum – Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft. Heft 1, S. 24.

²¹Vgl. REICHERT, C. (2006): Stadterneuerung in Lehre und Forschung. In: ALTROCK, U., KUNZE, R. PAHL-WEBER, E., VON PETZ, U. und SCHUBERT, D. (2006): Jahrbuch Stadterneuerung 2006/7. Stadterneuerung und Landschaft. Berlin: S. 387.

²²Vgl. BERTELSMANN STIFTUNG (2008): Kommunen schaffen Zukunft. Reformimpulse für Entscheider. Gütersloh, S. 48.

²³DEUTSCHER BUNDESTAG: Grundgesetz, unter: https://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_02/245124 (abgerufen am

entsprechend sind „Kommunen in erster Line zuständig für die soziale und infrastrukturelle Daseinsvorsorge der Bürger(innen) aller Alters- und Bevölkerungsgruppen.“²⁴ So sind altengerechte Infrastrukturen, Wohnangebote und Hilfs- und Betreuungsdienstleistungen, die den Anforderungen der älteren Bevölkerungsgruppen entsprechen, zunächst von staatlicher Seite bereitzustellen, können aber auch in Kooperation mit privatwirtschaftlichen oder gemeinnützigen Institutionen betrieben werden.

Vor dem Hintergrund dieser Zuständigkeit im Bereich sozialpolitischer Aufgaben sind Bedarfsanalysen, in deren Rahmen Bürger in räumliche Planungen involviert werden, für ein an den Anforderungen einer älteren Bewohnerschaft ausgerichtetes und auf die jeweiligen räumlichen Rahmenbedingungen angepasstes kommunales Angebot aktuell und zukünftig unerlässlich.

Für Städte und Ortsgemeinden im demographischen Wandel ist die Erhebung und Beschaffung von Informationen über die aktuelle Wohnsituation der älteren Bürger, über deren Zufriedenheit mit ihrem derzeitigen Wohnort und zukünftige Anforderungen an diesen sowie über zukünftige Wohnpräferenzen von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige lokale Alten- und Seniorenpolitik.

Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus

Vor dem Hintergrund der dargestellten Versorgungs- und Wohnverhältnisse in Kommunen im Umland der Städte muss eine suburbane, alternde Bevölkerung jedoch hinterfragen, inwieweit die gegebenen Versorgungsstrukturen vor Ort generell ein aktives, selbstständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen können. Ebenso muss sie sich verstärkt mit „möglichen Ortsveränderungen wegen der eingeschränkten Nutzbarkeit der eigenen Immobilie im Alter auseinandersetzen“.²⁵

Zwar möchten ältere Menschen bisher größtenteils so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben.^{26 27} Allerdings kann eine fehlende Passung zwischen gealterter Bevölkerung und räumlicher Umwelt zu einer höheren Umzugsbereitschaft der suburbanen Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus führen, um in der jetzigen Lebensphase als auch perspektivisch für das höhere Alter adäquate Wohn- und Lebensbedingungen zur Verfügung zu haben. Auch stellt das Phänomen der demographischen Alterung eine „zukunftsorientierte Wachstumsbranche“ dar, wodurch rein quantitativ die wohnmobile Bevölkerung zunehmen wird.²⁸ Dabei kann ein nicht seniorengerechtes Wohnumfeld bzw. Wohnstandort als Push-

05.01.2016).

²⁴NAEGELE, G. (2010): Kommunen im demographischen Wandel. Thesen zu neuen An- und Herausforderungen für die lokale Alten- und Seniorenpolitik. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 43 (2): 98.

²⁵FRIEDRICH, K., KNABE, S. und B. WARNER (2014): Kontinuität und Umbrüche im suburbanen Mosaik Sachsen-Anhalts. Die Zukunft eines Wohnungsmarktsegments im demographischen Wandel (= Forum ifl) 24. Leipzig, S. 4.

²⁶Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 16.

²⁷Vgl. DEUTSCHER VERBAND FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG (2009): Wohnen im Alter. Bericht der Kommission des DEUTSCHEN VERBANDES FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG e. V. in Kooperation mit dem BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG. Berlin, S. 4.

²⁸Vgl. SCHLÖMER, C. (2008): Wanderungen und Raumentwicklung – neue Trends und Perspektiven. Einführung. Informationen zur Raumentwicklung. (3). II.

Faktor und neue seniorengerechte Wohnformen sowie altengerechte Siedlungs- und Infrastrukturen an einem bestimmten Zielort als Pull-Faktor für Wanderungen die Umzugsbereitschaft beeinflussen. Wanderungen können somit als Handlungsreaktionen auf spezifische Merkmalsausprägungen von Raumeinheiten interpretiert werden.²⁹

Auch die genannten gesellschaftlichen Wandelprozesse könnten sich in einer erhöhten räumlichen Wohnmobilität der neuen Seniorengeneration, insbesondere der Bevölkerungsgruppe der *jungen Alten* äußern, da „für die Realisierung von individuellen Ansprüchen an die Wohnung, das Wohnumfeld und den Wohnstandort [...] Wohnmobilität eine zentrale Rolle („spielt“).“³⁰

Im Hinblick auf die in jüngster Zeit vielfach diskutierte These einer Reurbanisierung wird den *jungen Alten* beispielsweise eine vermehrte Suche nach neuen altersgerechten Wohnformen in den Innenstädten attestiert. Nach SPARS³¹ ziehen immer mehr *junge Alte* „recht frühzeitig, antizipativ“ in altersgerechte Wohnungen und präferieren altengerechte Wohnformen, insbesondere nach dem Auszug der erwachsenen Kinder. Diese neuen Standortpräferenzen sind mit dem Bedürfnis zu erklären bis ins hohe Alter aktiv am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können und gleichzeitig die Infrastruktur der Städte (Nahversorgung, gute Erreichbarkeiten, Ärzte, Apotheken, Freizeit- und Kulturangebote) nutzen zu können.

Zusammenfassend ist vor dem Hintergrund der geschilderten raumbezogenen Divergenzen zwischen gealterter Bevölkerung und den gegebenen Wohn- und Lebensbedingungen in suburbanen Kommunen zu konstatieren, dass Wohnstandortentscheidungen in früheren Lebensphasen dahingehend überprüft werden müssen, ob eine altersgerechte Lebensführung in den suburbanen Siedlungsgebieten für die Bevölkerungsgruppe 60plus, insbesondere im Hinblick auf das höhere Alter möglich ist. Es gilt demnach die Interdependenzen zwischen 1.) den physisch-materiell vorhandenen siedlungs- und infrastrukturellen Raummerkmalen sowie 2.) der wahrgenommenen Wohnstandortzufriedenheit, den zukünftigen Anforderungen an den Wohnstandort und der Wohnmobilität von Haushalten der Bevölkerungsgruppe 60plus zu analysieren. Darauf aufbauend können umsetzungsfähige Handlungs- und Steuerungsstrategien zur altengerechten Umgestaltung der suburbanen Kommunen in eine nachhaltigkeitsorientierte räumliche Planung implementiert werden.

²⁹Vgl. SCHLÖMER, C. (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen. Makroanalytische Untersuchungen zur Systematik von Wanderungsverflechtungen (=Berichte des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 31). Bonn, S. 7.

³⁰SCHNEIDER, N. und A. SPELLERBERG (1999): Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen, S. 63.

³¹SPARS, G. (2012): Neue Attraktivität der Städte - Herausforderungen für die kommunale Politik?. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung des vhw BUNDESVERBAND FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG E.V. (1), S. 50.

1.2 Forschungsstand

Der Forschungsgegenstand der vorliegende Arbeit setzt sich mit dem Prozess der demographischen Alterung, den siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen in suburbanen Siedlungsgebieten sowie dem Verhalten und Handeln der Akteure in Form von Wanderungen älterer Bevölkerungsgruppen und somit mit mehreren, miteinander verknüpften raumwissenschaftlichen Forschungsfeldern auseinander.

Zur Darstellung eines umfassenden Überblicks zu dem Forschungsstand der dargelegten Thematik ist insbesondere eine Befassung mit den Interdependenzen zwischen Siedlungs- und Infrastrukturen, demographischer Alterung und Wanderungen vorzunehmen.

Dementsprechend ist zum einen eine Auseinandersetzung mit Forschungsaktivitäten zu den (1.) Auswirkungen demographischer Prozesse auf Siedlungs- und Infrastrukturen in Deutschland als Rahmenbedingung von Wanderungen notwendig. Zuerst soll ein Fokus auf Arbeiten gelegt werden, die die Siedlungsentwicklung und -struktur, und hier insbesondere mit Ein- und Zweifamilienhausgebiete den wichtigsten Neubautyp in Umlandgemeinden von Städten, in suburbanen Räumen thematisieren. Nach Darstellung von Entwicklungen und Strukturen des Siedlungskörpers sind die Themenfelder Daseinsvorsorge sowie Wohnen im Alter vor dem Hintergrund des Veränderungsprozesses der demographischen Alterung Gegenstand dieses Kapitels.

Zum anderen werden Forschungsarbeiten zu dem Themenfeld der (2.) Altersmigration auf nationaler und internationaler Ebene, unter besonderer Berücksichtigung siedlungsstruktureller Rahmenbedingungen als Faktor der Wohnstandortwahl, dargestellt.

Folgernd aus dem bisherigen Erkenntnis- bzw. Wissensstand werden bestehende Forschungsdesiderate aufgezeigt, welche durch die vorliegende Arbeit geschlossen werden sollen.

Auswirkungen des demographischen Wandels auf Siedlungs- und Infrastrukturen als Gegenstand raumwissenschaftlicher Forschung

Raumbezogene Veränderungsprozesse in Ein- und Zweifamilienhausgebieten in suburbanen Kommunen

Ein- und Zweifamilienhausgebiete galten bis vor einigen Jahren aus planerischer und kommunaler Sicht als unproblematische Siedlungstypen, die nach der Errichtungen der familienfreundlichen Infrastrukturen im Zuge der Erschließung der Wohnbaugebiete nur geringe Steuerungs- und Planungsaufgaben mit sich bringen würden. Auch in der Stadt- und Raumforschung standen suburbane Räume, eine Raumkategorie die primär von Ein- und Zweifamilienhausgebieten geprägt ist, in der Vergangenheit äußerst selten im Fokus von Forschungen in dieser Fachdisziplin.³² Im Vergleich zu städtischen und ländlichen Räumen existiert eine weit geringere Anzahl sowohl an praxisorientierten Studien, die normative Handlungsempfehlungen aussprechen, als auch an theoretischen Konzeptionen, die Adaptionen an virulente raumbezogene Verände-

³²Vgl. OSTERHAGE, F. (2013): Entwicklungstrends und -perspektiven im suburbanen Raum. INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ILS)-Journal (1): 8.

rungsprozesse wie den demographischen Wandel untersuchen.³³ So sind beispielsweise BOCK und JEKEL der Auffassung, dass die parallele Alterung von Bewohnern in Ein- und Zweifamilienhausgebieten und der vorhandenen Bausubstanz bzw. deren Häuser sowie die aus diesen demographischen Veränderungsprozessen resultierenden kommunalen Handlungsoptionen bisher noch wenig erforscht sind.³⁴

Doch die immer offensichtlicher werdenden Folgen des demographischen Wandels, aber ebenso die zur Neige gehenden fossilen Energieressourcen und sich wandelnde Familienmodelle bewirkten eine Bewusstmachung der Problemlagen³⁵ auch für diesen Siedlungstyp des Ein- und Zweifamilienhauses und für die Raumkategorie der suburbanen Räume insgesamt.

Das Projekt *Strategien für Wohnstandorte an der Peripherie der Städte und in Umlandgemeinden* des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) des BUNDESMINISTERIUMS FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (BMVBS) und des BUNDEINSTITUTS FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) im BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) untersucht die Zukunftsfähigkeit des Wohnungsbestandes der 1960er und 1970er Jahre am Stadtrand und im Umland westdeutscher Städte. Im Rahmen der Untersuchungen wurden sowohl im städtebaulichen als auch im stadtplanerischen Bereich belastende Faktoren für diese homogenen Neubaugebiete analysiert und Handlungsempfehlungen ausgesprochen.³⁶

In einem weiteren Forschungsprojekt, *Die Zukunft von Einfamilienhausgebieten aus den 1950er bis 1970er Jahren – Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Nutzung*, wurden von dem INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG, dem INSTITUT FÜR RAUMORDNUNG UND ENTWICKLUNGSPLANUNG DER UNIVERSITÄT STUTTGART und der HOCHSCHULE FÜR TECHNIK STUTTGART im Rahmen einer Fallstudienuntersuchung Handlungsoptionen zur stadtplanerischen Qualifizierung von Einfamilienhausgebieten der Nachkriegszeit erforscht. Im Rahmen einer schriftlichen Befragung von Haushalten in verschiedenen Raumlagen wurde positive wie negative Gebäude- und Gebietseigenschaften aus Sicht älterer Bewohner eruiert und vor dem Hintergrund der Nachnutzungsproblematik sowohl nach möglichen Verkaufshemmnissen als auch nach Kaufmotivationen von Nachnutzern gefragt. Dieses Forschungsprojekt legt demnach das Hauptaugenmerk zum einen auf die Qualifizierung der Wohngebiete für sesshafte, ältere Haushalte, zum anderen auf Nachnutzungsprobleme in Eigenheimbestände der 1950er, 1960er und 1970er Jahre und ihre perspektivische Entwicklung für eine neue, jüngere Bewohnerschaft.³⁷

³³Vgl. OSTERHAGE, F. (2013): Entwicklungstrends und –perspektiven im suburbanen Raum. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) (1): 8.

³⁴Vgl. BOCK, S. und G. JEKEL (2012): Wenn Einfamilienhausgebiete in die Jahre kommen. Herausforderungen, Perspektive und kommunale Handlungsperspektiven. DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK – Berichte (4): 22.

³⁵Vgl. BOCK, S. und G. JEKEL (2012): Wenn Einfamilienhausgebiete in die Jahre kommen. Herausforderungen, Perspektive und kommunale Handlungsperspektiven. DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK – Berichte (4): 22.

³⁶Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2009): Strategien für Wohnstandorte an der Peripherie der Städte und in Umlandgemeinden (=BBR-Online-Publikationen 38). Bonn.

³⁷Vgl. BERNDGEN-KAISER, A. und R. FOX-KÄMPER (2012): Einfamilienhausgebiete der Nachkriegszeit. Ergebnisse einer Bewohnerbefragung. INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ILS)-trends (3).

FRIEDRICH, KNABE und WARNER untersuchen am Beispiel von Sachsen-Anhalt die Zukunftsfähigkeit suburbaner Wohnquartiere in den neuen Bundesländern. Im Fokus des Projekts *Kontinuität und Umbrüche im suburbanen Mosaik Sachsen-Anhalts – Die Zukunft eines Wohnungsmarktsegments im demographischen Wandels* stehen die „siedlungsstrukturelle („n“) Konsequenzen und künftigen Perspektiven sowie die im suburbanen Raum lebenden Menschen“.³⁸

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Daseinsvorsorge unter besonderer Beachtung der Nachfrageseite

Seit ca. 20 Jahren ist die Thematik der Auswirkungen des demographischen Wandels auf Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Deutschland verstärkt Forschungsgegenstand raumwissenschaftlicher Disziplinen. Die Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand zu diesem Themenbereich verdeutlicht, dass Untersuchungen zu den Effekten von raumbezogenen Veränderungsprozessen auf Einrichtungen der Daseinsvorsorge ein Schwerpunktthema planungsbezogener Arbeiten in den vergangenen Jahren darstellten. Demzufolge soll an dieser Stelle ein Überblick über die wichtigsten Ansätze, Programme, Studien und empirischen Untersuchungen zur Thematik der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen demographischer und sozialer Rahmenbedingungen gegeben werden. Um einen umfassenden Überblick über diesen Forschungsbereich geben zu können, werden im Folgenden nicht ausschließlich die Auswirkungen der demographischen Alterung, sondern auch die des Bevölkerungsrückgangs thematisiert und dabei ebenfalls die Raumkategorie der ländlichen Räume mit einbezogen.

Im Zuge des seit der Wiedervereinigung 1990 verstärkten Rückgangs der Bevölkerungszahl und deren Alterung in verschiedenen Teilräumen der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern und ebenso in peripheren als auch altindustrialisierten Räumen Westdeutschlands (Ruhrgebiet, Saarland etc.), beschäftigte sich die Raumwissenschaft vorwiegend mit der Problematik der Auslastung, der Tragfähigkeit und der Kosten von Infrastrukturen.³⁹ Infolge des daraus resultierenden infrastrukturellen Anpassungsdrucks werden Einrichtungen der sozialen Infrastruktur geschlossen oder zentralisiert⁴⁰ sowie Versuche von Flexibilisierungen technischer Infrastrukturen vorgenommen. Die innovative Weiterentwicklung in Form von Anpassungsmöglichkeiten wie Schließung bzw. Rückbau von Infrastruktureinrichtungen, Zentralisierung, interkommunaler Kooperationen u. ä. wird in Modellvorhaben des Bundes strategisch fortentwickelt. Diese Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) haben zum Ziel, integrierte Ansätze hinsichtlich Mindestanforderungen an Daseinsvorsorgeeinrichtungen, Erreichbarkeitsverhältnisse, fiskalischer Entwicklungen, Organisationsumstrukturierungen, Ver-

³⁸FRIEDRICH, K., KNABE, S. und B. WARNER (2014): *Kontinuität und Umbrüche im suburbanen Mosaik Sachsen-Anhalts. Die Zukunft eines Wohnungsmarktsegments im demographischen Wandel* (= Forum ifl) 24. Leipzig, S. 5.

³⁹Zur Thematik der Infrastrukturkosten vgl. folgende weiterführende Literatur:
BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2006): *Infrastrukturkostenrechnung in der Regionalplanung. Werkstatt: Praxis*, Heft 43. Bonn.

⁴⁰Vgl. TROEGER-WEIß, G. (2010): *Lokale und regionale Netzwerke als Träger der Regionalentwicklung und ihr Anteil an der Bewältigung des Demographischen Wandels*. In: TROEGER-WEIß, G. und J. WEINGARTEN (Hrsg.): *Herausforderung für Land und Kommunen – die Gestaltung des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz*, Band 3 der Reihe Dokumentationen der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP), Mainz, S.79.

netzungen usw. konzeptuell zu erstellen und in der Planungspraxis in geeigneten Untersuchungsgebieten zu testen.⁴¹ Aktuell bildet das *Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge* das bisher umfangreichste Modellvorhaben der Raumordnung. Das vom BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG wissenschaftlich begleitete Aktionsprogramm soll bei der Implementierung von Regionalstrategien zur Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen die Praxis unterstützen. Dieser Ansatz hat bereits in verschiedenen Modellvorhaben der Raumordnung unter dem Titel *Masterplan Daseinsvorsorge* seine Praktikabilität bewiesen und soll zukünftig weiter angewendet werden.⁴²

Setzt man den Fokus im Themenfeld der Daseinsvorsorge auf urbane, insbesondere innerstädtische Räume, so ist parallel zu der altersstrukturellen Verschiebung eine zunehmende soziale und ethnische Differenzierung und Polarisierung städtischer Bevölkerungsgruppierungen zu beobachten, die ein verstärktes Forschungsinteresse hervorrufen.⁴³ Nach SCHOLZ sind „entsprechende Rückschlüsse hinsichtlich der daraus resultierenden unterschiedlichen qualitativen Bedarfslagen im Infrastrukturbereich [...] nur in Ansätzen und [...] meist auf die sogenannten benachteiligten Quartiere beschränkt („zu finden“).⁴⁴

Eine Studie über neue Anforderungen an die Infrastrukturen der kommunalen Daseinsvorsorge infolge der demographischen Alterung veröffentlichte das DEUTSCHE INSTITUT FÜR URBANISTIK im Jahr 2012 in der der Investitionsbedarf in einen altengerechten Umbau der Infrastruktur von Städten und Gemeinden prognostiziert wurde. Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass der umfangreichste Investitionsbedarf in den Bereichen Wohngebäude, Straßen und öffentlicher Personennahverkehr liegt und dementsprechend in diesen Sektoren auch der höchste Bedarf an entsprechenden Förderprogrammen vorzusehen ist.⁴⁵

Einen anderen Fokus im Bereich der Daseinsvorsorge setzt PROSKE in seiner Arbeit zu der Interdependenz zwischen „der Breite und Qualität der vorgehaltenen Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge einerseits und der Migrationsbilanz („mit Fokus auf jüngere Haushalte“) andererseits [...]“. In der Arbeit wird untersucht, „inwiefern sich Zuziehende bereits zum Zeitpunkt des Zuzugs mit der heutigen Infrastrukturausstattung ihres Wohnorts auseinandersetzen und ob die Zukunftsfähigkeit der gegenwärtig vorhandenen Daseinsvorsorgeangebote bei der Wohnortwahl vor dem Hintergrund der demographischen Situation eine zentrale Rolle bei dieser Entscheidung spielt“.⁴⁶

⁴¹Vgl. SCHOLZ, B. (2011): Demographischer Wandel und Nachfrageverschiebungen im Bereich der altersspezifischen Infrastruktur am Beispiel der Berliner Innen- und Außenbezirke Mitte und Steglitz-Zehlendorf. Berlin, S. 11.

⁴²Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/2011/Aktionsprogramm/01_Start.html?nn=432768 (abgerufen am 07.03.2014).

⁴³Vgl. SCHOLZ, B. (2011): Demographischer Wandel und Nachfrageverschiebungen im Bereich der altersspezifischen Infrastruktur am Beispiel der Berliner Innen- und Außenbezirke Mitte und Steglitz-Zehlendorf. Berlin, S. 12.

⁴⁴SCHOLZ, B. (2011): Demographischer Wandel und Nachfrageverschiebungen im Bereich der altersspezifischen Infrastruktur am Beispiel der Berliner Innen- und Außenbezirke Mitte und Steglitz-Zehlendorf. Berlin, S. 12.

⁴⁵Vgl. DEUTSCHE INSTITUT FÜR URBANISTIK: Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden, unter: <http://www.difu.de/publikationen/2012/altengerechter-umbau-der-infrastruktur-investitionsbedarf.html> (abgerufen am 07.03.2014).

⁴⁶PROSKE, M. (2011): Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge. Auswirkungen kommunaler Angebote auf die Wohnortwahl. Kaiserslautern, S. VII.

Dieser Überblick über die vielfältigen Publikationen, Studien und Projekte zur Thematik der Anpassung der Daseinsvorsorge unter veränderten Rahmenbedingungen verdeutlicht den Umfang dieses Forschungsschwerpunktes innerhalb der Raumwissenschaften. Allerdings ist festzustellen, dass das Gros der Untersuchungen ausschließlich quantitative Aspekte bezüglich der Einrichtungen der Daseinsvorsorge zum Gegenstand hat, indem Infrastrukturen in Verhältnis zu der Einwohnerzahl gesetzt, Versorgungseinrichtungen kartographisch dargestellt und Erreichbarkeiten analysiert werden.⁴⁷

Geht es um die Bewertungen der Qualität von Leistungsangeboten der Daseinsvorsorge oder um die Erforschung neuer Anpassungsstrategien werden meist regionale und lokale Akteure aus Politik und Verwaltung sowie die Anbieterseite zur Befragung herangezogen.⁴⁸ „Die *Wahrnehmungen, Bewertungen und tatsächlichen Bewältigungs- und Anpassungsreaktionen* an subjektiv empfundene Mängel der Daseinsvorsorge der Bevölkerung“ sind dagegen nur selten Gegenstand von Forschungsvorhaben.⁴⁹ Nach STEINFÜHRER, KÜPPER und TAUTZ verwenden die wenigen vereinzelt Untersuchungen⁵⁰ standardisierte Verfahren zur Messung der Zufriedenheit mit Infrastrukturausstattungen, in dem sie z. B. mit „geschlossenen Infrastrukturkatalogen“ arbeiten, wodurch keine „Bewältigungsstrategien vor dem Hintergrund individueller Ressourcen“ herausgearbeitet werden können.⁵¹ „Auch finden mögliche Unterschiede in der Bedeutung einzelner Einrichtungen und Dienstleistungen für die Befragten (z. B. je nach sozialem Status oder Stellung im Lebenszyklus) sowie subjektive Relevanzsetzungen bei der Anwendung eines solchen methodischen Zugangs keine Berücksichtigung.“⁵²

⁴⁷Vgl. STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. JOHANN HEINRICH VON THÜNEN-INSTITUT. Braunschweig, S. 18.

⁴⁸Vgl. Vgl. STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. JOHANN HEINRICH VON THÜNEN-INSTITUT. Braunschweig, S. 19.

⁴⁹STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. JOHANN HEINRICH VON THÜNEN-INSTITUT. Braunschweig, S. 19.

⁵⁰Zur Thematik der Zufriedenheit mit Infrastrukturausstattungen vgl. folgende weiterführende Literatur:

BORN, K. M. (2007): Nutzung und Bewertung der Infrastruktur durch die Bewohner der Prignitz. In: BEETZ, S. (Hrsg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation; 14), S. 69-76.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. BBSR-Berichte Kompakt 5/2011. Bonn.

FREITAG, T. RÖBLER, C. und A. KUNZ (2009): Daseinsvorsorge aus Bürgersicht. Bewertung der Lebensverhältnisse und der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der infrastrukturellen Ausstattung sächsischer Dörfer. Dresden (Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie; 31), unter: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/15071/documents/18093> (abgerufen am 07.03.2014).

ICKERT, H., NEU, C. und M. SCHRODER (2009): Infrastrukturbedarfe für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns. Ergebnisse der Besucherbefragung auf der Mecklenburgischen Landwirtschaftsausstellung 2008. Hgg. vom MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ MECKLENBURG-VORPOMMERN, Schwerin.

⁵¹STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. JOHANN HEINRICH VON THÜNEN-INSTITUT. Braunschweig, S. 19.

⁵²STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden

In Bezug auf die Untersuchungsräume ist hervorzuheben, dass ein Großteil der Studien und Modellvorhaben mit ihrer Begleitforschung im Bereich der Daseinsvorsorgeforschung sich auf rurale, periphere, ökonomisch schwache Räume mit geringer Siedlungsdichte beziehen,⁵³ sub-urbane Räume werden dagegen nur vereinzelt explizit in die Untersuchungen mit einbezogen.

Wohnen im Alter

Die vorhandene Literatur zum Thema Wohnen im Alter lässt erkennen, dass es sich um einen interdisziplinären Untersuchungsgegenstand handelt, der sowohl in den Raumwissenschaften als auch in anderen politikberatenden Disziplinen erforscht wird und dabei verschiedene und vielfältige Themenbereiche behandelt. Fragen nach der seniorengerechten Anpassung des Wohnungsbestandes, den Anforderungen älterer Menschen an ihre Wohnung, der Barrierefreiheit im Wohnquartier und den möglichen lokalen Handlungsansätzen etc. sind Teil von Studien und Forschungen zur genannten Thematik.

Die Thematik Wohnen im Alter wurde im Jahr 2006 vom BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND mit dem Forschungsbericht *Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln* aufgegriffen. Das KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE führte hierzu eine Befragung bei den Städten und Landkreisen in Deutschland mit dem Ziel durch, bisherige Strategien, Instrumente und Lösungswege zur Schaffung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes zu erfassen.⁵⁴ Im Jahr 2009 hat der DEUTSCHE VERBAND FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG in Kooperation mit dem BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG einen Bericht Wohnen im Alter erarbeitet. Der Bericht beinhaltet eine Bestands- und Bedarfsanalyse bezüglich altersgerechter Wohnungen in Deutschland, die regionale Quantität älterer Bevölkerungsgruppen und mögliche Strategieansätze zur Förderung des Wohnens für ältere Menschen.⁵⁵ Weiterhin befasst sich der DEUTSCHE VERBAND FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG im Rahmen des EU-Projekts HELPS (Housing and Home Care for the Elderly and Vulnerable People and Local Strategies in Central European Cities) mit innovativen Handlungsansätzen für eine altersgerechte und integrierte Quartiersentwicklung.⁵⁶

Ein weiteres Projekt des BUNDESMINISTERIUMS FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG, wissenschaftlich betreut durch das BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG

Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. JOHANN HEINRICH VON THÜNEN-INSTITUT. Braunschweig, S. 19.

⁵³Vgl. STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. JOHANN HEINRICH VON THÜNEN-INSTITUT. Braunschweig, S. 18.

⁵⁴Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin.

⁵⁵Vgl. DEUTSCHER VERBAND FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG (2009): Wohnen im Alter. Bericht der Kommission des DEUTSCHEN VERBANDES FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG e. V. in Kooperation mit dem BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG. Berlin.

⁵⁶Vgl. DEUTSCHER VERBAND FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG (2014): Gemeinsam für ein altersgerechtes Quartier. Handlungsempfehlungen für die Zusammenarbeit zwischen Akteuren zur tragfähigen altersgerechten Quartiersentwicklung. Berlin.

und bearbeitet durch das KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE im Rahmen des Forschungsprogramms *Allgemeine Ressortforschung* mit dem Titel *Wohnen im Alter – Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf* beschäftigt sich ebenfalls mit der Wohnungsversorgung, den Bedarfen an altersgerechten Wohnungsangeboten sowie mit den technischen und ökonomischen Herausforderungen und Rahmenbedingungen.⁵⁷ Weiterhin sind seit 2010 vom BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG und dem BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG Modellvorhaben zum altersgerechten Umbau von Wohngebäuden, Wohnquartieren und Infrastrukturen betreut und erforscht worden.⁵⁸ Nach MÜLLER attestiert das BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG dem Wohnen im Alter eine bedeutende Funktion als „wichtigen Teilmarkt des Wohnungsmarkts“ und sieht eine akute Notwendigkeit darin, Vermieter und andere Akteure für diese Thematik zu sensibilisieren und mobilisieren, um ein ausreichendes altersgerechtes Wohnungsangebot zur Verfügung stellen zu können.⁵⁹

Forschungsstand zu Wanderungen älterer Bevölkerungsgruppen unter besonderer Berücksichtigung siedlungsstruktureller Rahmenbedingungen

Nach umfassender Literaturrecherche ist in Bezug auf den bisherigen Forschungsstand zu Wanderungsprozessen von älteren Personen in Deutschland eine im Vergleich mit anderen Altersgruppen bislang lediglich rudimentäre Auseinandersetzung mit diesem Forschungsgegenstand zu konstatieren. Der Fokus der wissenschaftlichen Debatte liegt vorwiegend auf jüngeren Personengruppen, wie Bildungs- und Arbeitsmigranten (zur Differenzierung von altersspezifischen Wandertypen vgl. Tabelle 1). Die weitgehende Vernachlässigung der Personengruppe der Älteren als Forschungsgegenstand im europäischen Raum ist mit deren bis dato geringen Beteiligung am Wandergeschehen zu begründen.⁶⁰ Nach FRIEDRICH lassen sich „anders als in den USA oder in Großbritannien [...] hierzulande die raumwissenschaftlich fundierten Beiträge zur Thematik des Wohnortwechsels im höheren Erwachsenenalter an den Fingern beider Hände abzählen.“⁶¹

Im Folgenden werden zur genaueren Erschließung der bisherigen Forschungstätigkeiten Arbeiten zu innerdeutschen Binnenwanderungen (interregional und intraregional) sowie zu innereuropäischen Außenwanderungen vorgestellt.

⁵⁷Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): *Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf* (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin.

⁵⁸Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2010): *Altersgerecht umbauen – 20 Modellvorhaben*. Berlin.

⁵⁹MÜLLER, R. (2013): *Wohnen im Alter. Einführung. Informationen zur Raumentwicklung* (2): II.

⁶⁰Vgl. KAISER, C. (2011): *Transnationale Altersmigration in Europa. Sozialgeographische und gerontologische Perspektiven*. Wiesbaden, S. 26.

⁶¹FRIEDRICH, K. (2002): *Migration im Alter*. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): *Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter*, Schriftenreihe Band 230. Berlin: S. 87.

Binnenwanderungen werden als „Wanderungen innerhalb der Staatsgrenzen“ definiert.⁶² Binnenwanderungen lassen sich weiterhin anhand der Wanderungsdistanz in intra- und interregionale Wanderungen bzw. Nah- und Fernwanderungen bzw. klein- und großräumige Binnenwanderungen differenzieren, wobei sich ein Großteil dieser Bewegungen über kurze Distanzen erstreckt.⁶³ Außenwanderungen lassen sich dagegen als „Wanderungen über die Staatsgrenzen“ bestimmen.⁶⁴

Um einen umfassenden Überblick über das zu untersuchende Phänomen zu erhalten wird in den Ausführungen zu Binnenwanderungen zusätzlich in einem Exkurs ein Blick auf die US-amerikanische Altersmigration vorgenommen, da diese aufgrund des hohen quantitativen Ausmaßes eine regere Forschungstätigkeit mit sich führt.

Tabelle 1: Altersgruppen der Wanderungen

Alter (Jahre)	Wanderungsmotivgruppe
unter 18	Familienwanderung, Wohnungsmarktwanderung
18 bis unter 25	Bildungswanderung
25 bis unter 30	Berufs-, Arbeitsmarktwanderung
30 bis unter 50	Familienwanderung, Wohnungsmarktwanderung
50 bis 65	Altenwanderung frühe Phase
65 und älter	Altenwanderung späte Phase, Ruhestandswanderung

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: SCHLÖMER, C. (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen. Makroanalytische Untersuchungen zur Systematik von Wanderungsverflechtungen (=Berichte des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 31). Bonn, S. 13. In Anlehnung an:

GATZWEILER, H. (1982): Neuere Binnenwanderungstendenzen im Bundesgebiet. In: Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation der Jahrestagung 1982 der DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR BEVÖLKERUNGSWISSENSCHAFT E. V. Wiesbaden, S. 21, 34.

BIRG, H., FLÖTHMANN, E.-J., HEINS, F. und I. REITER (1993): Migrationsanalyse: Empirische Längsschnitt- und Querschnittanalyse auf der Grundlage von Mikro- und Makromodellen für die Bundesrepublik Deutschland (=Forschungen zur Raumentwicklung, Band 22)., S. 93.

Alten- bzw. Ruhesitzwanderungen als Binnenwanderungen in Deutschland

Das Phänomen der Ruhesitzmigration existiert bereits seit der Antike, wurde aber in seinem heutigen Ausmaß erstmals in den 1960er Jahren in den USA in Form von Nord-Süd-Wanderungen wahrgenommen.⁶⁵ Bezüglich der Wanderungen älterer Bevölkerungsgruppen existieren keine absolut einheitlichen Definitionen:

⁶²AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (2005): Handbuch der Raumordnung. Hannover, S. 1267.

⁶³Vgl. MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL (2007): Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden, S. 219.

⁶⁴AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (2005): Handbuch der Raumordnung. Hannover, S. 1267.

⁶⁵Vgl. SAUER, L. und A. ETTTE (2007): Auswanderung aus Deutschland. Stand der Forschung und erste Ergebnisse zur

GATZWEILER definiert Ruhesitzwanderung generell als Wanderungsbewegungen der über 49-Jährigen.⁶⁶ KOCH bestimmt dagegen Ruhestandswanderungen als „eine Wohnstandortverlagerung, die im Hinblick auf die Ansprüche im Ruhestand vorgenommen wird“.⁶⁷ Der Autor weist weiterhin darauf hin, dass Ruhestandswanderungen vor und nach dem 65. Lebensjahr stattfinden und somit weder der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen noch der Altersgruppe der über 64-Jährigen eindeutig zuzuordnen sind.⁶⁸ Altenwanderungen per se definiert KOCH als „Wohnstandortverlagerungen von Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren“.⁶⁹ Auch werden Altenwanderungen in eine frühe Phase (50 bis 65 Jahre) und eine späte Phase (65 Jahre und älter) eingeteilt, wobei letztere Wanderungsbewegungen synonym als Ruhestandswanderungen tituliert werden. Eine spezielle Form ist die Internationale Ruhesitzwanderung, die durch FRIEDRICH und KAISER⁷⁰ folgendermaßen definiert wird: „Die Internationale Ruhesitzwanderung ist eine Form der räumlichen Mobilität, die dadurch gekennzeichnet ist, dass Personen im höheren Erwachsenenalter um den Zeitpunkt des Ruhestands herum freiwillig einen Wohnstandort im Ausland beziehen, den sie für eine Mindestdauer z.B. von drei Monaten im Jahr nutzen. Dies schließt sowohl Personen ein, die ihren Wohnsitz in Deutschland vollständig aufgeben und ausschließlich im Ausland leben, als auch solche, die zwischen ihrem Wohnsitz in Deutschland und ihrem neuen Domizil häufiger oder saisonal pendeln. Außerdem kann die Migration sowohl endgültig als auch nur vorübergehend sein.“

In Deutschland erschien mit KOCHS Arbeit *Altenwanderung und räumliche Konzentration alter Menschen* im Jahr 1976 die erste umfassende Analyse räumlicher Konzentration älterer Menschen in der Bundesrepublik. Für die Wanderungen und Verteilung älterer Bevölkerungsgruppen im Bundesgebiet der alten Länder führt er drei Erklärungen an: In wirtschaftsschwachen, peripheren Gebieten mit geringer Siedlungs- und Bevölkerungsdichte sowie in altindustrialisierten Räumen wandert die junge Generation ab (Bildungs- und Arbeitsmigration) und die Alten behalten ihren Wohnstandort bei (Residualproblem). In Verdichtungsräumen kommt es durch kleinräumige Wanderungen zur Entmischung der Bevölkerung. Junge Haushalte in der Familiengründungsphase verlagern ihren Wohnstandort an den Stadtrand, während sich sozial schwächere alte Menschen neben ausländischer Bevölkerung und jungen Einpersonenhaushalten in innerstädtischen Wohnquartieren konzentrieren (Segregationsproblem). Finanziell gutsi-

internationalen Migration deutscher Staatsbürger (= Materialien zur Bevölkerungswissenschaft) 123. Wiesbaden, S.63.

⁶⁶Vgl. GATZWEILER, H. (1975): Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Analyse und Prognose altersspezifischer interregionaler Wanderungen (=Forschungen zur Raumentwicklung) Band 1. Bonn.

⁶⁷KOCH, R. (1976): Altenwanderung und räumliche Konzentration alter Menschen. Raumstrukturelle Auswirkungen und raumordnerische Beurteilung. (= Forschungen zur Raumentwicklung 4). Bonn-Bad Godesberg, S. 0.

⁶⁸Vgl. KOCH, R. (1976): Altenwanderung und räumliche Konzentration alter Menschen. Raumstrukturelle Auswirkungen und raumordnerische Beurteilung. (= Forschungen zur Raumentwicklung 4). Bonn-Bad Godesberg, S. 0

⁶⁹KOCH, R. (1976): Altenwanderung und räumliche Konzentration alter Menschen. Raumstrukturelle Auswirkungen und raumordnerische Beurteilung. (= Forschungen zur Raumentwicklung 4). Bonn-Bad Godesberg, S. 0

⁷⁰FRIEDRICH, K. und C. KAISER (2002): Deutsche Senioren unter der Sonne Mallorcas: das Phänomen Ruhesitzwanderung. Praxis Geographie (2): 16.

tuierte Ruhestandsbevölkerung wandert aus Stadtregionen in landschaftlich attraktive, oftmals touristisch geprägte Gebiete (Konzentrationsproblem).⁷¹

Weiterhin befasst sich NESTERMANN⁷² mit Wanderungsbewegungen älterer Menschen. In Rahmen seiner Dissertation über die *Bedeutung der Infrastruktur für die Ruhesitzwanderung* untersucht er die Zielregionen der Altenmigrationen am Beispiel von Baden-Württemberg. Er kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Zielregionen der Ruhesitzwanderungen auf wenige präferierte, touristisch geprägte Orte konzentrieren. Die Zuwanderung kann für die Zuzugsgemeinden zum einen Entwicklungschance sein und zum anderen aber auch zu Problemen führen, wie die Beeinträchtigung der Fremdenverkehrsfunktion der Orte. Primär konzentriert sich der Autor auf die örtlichen Infrastruktur- und Wohnumfeldbedingungen der Zielgemeinden als Wanderungsmotiv der Ruhesitzwanderer, deren Ansprüche an die Infrastrukturen und das Wohnumfeld sowie die mit dem Zuzug verbundene Alterung dieser Kommunen.

KAISER⁷³ kommt in ihrer im Jahr 2011 publizierten Dissertation im Hinblick auf ältere Veröffentlichungen zu folgender finaler Einschätzung: Der Forschungsgegenstand der Ruhesitzwanderung wurde in Deutschland bis Mitte der 1980er Jahre in Bezug auf raum- und sozialstrukturelle sowie ökonomische Effekte für die Zielkommunen untersucht. In einem Vergleich der nationalen Studien in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zur Thematik merkt die Autorin an, dass sich die intranationale Altersmigration in den verschiedenen Ländern bis dato in ihren räumlichen Mustern sehr gleichen: Kommt es zur Ruhesitzwanderung werden Altersruhesitze in landschaftlichen Gunstgebieten, wie nationale Küsten- und Gebirgsregionen und Kur- und Badeorte, präferiert.

In jüngerer Vergangenheit entstanden weitere Beiträge zu möglichen demographischen und regionalökonomischen Auswirkungen der Altenwanderungen auf strukturschwache ländliche Räume (vor allem Ostdeutschlands), die unter Abwanderungen junger Personen leiden. So wurde von GOLTZ und BORN ein Konzept für ein Regionalmanagement als Instrument der Raumentwicklung für ländliche Räume in Brandenburg entwickelt, das eine Attraktivitätssteigerung der Kommunen und eine damit verbundene Zuwanderung älterer Menschen zum Ziel hat.⁷⁴ Auch wenn bisher quantitative Effekte für die Zielregionen der Ruhestandswanderer eher selten und höchstens in geringem Maße festgestellt werden konnten, so weisen solche regionalen und örtlichen Konzepte zur Errichtung und Ansiedlung altersgerechter Infrastrukturen und Dienstleistungen durchaus das Potential auf, in Zukunft mögliche Zuwanderungspotenziale generieren zu können. Zuwanderungen älterer Menschen könnten ökonomische und soziokulturelle Effekte auf die Zielgemeinde haben, da Bevölkerungswachstum im Zielgebiet zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und dies wiederum zu einer generellen Steigerung der regionalen Wertschöpfung führt. Nach Auffassung von SCHNEIDER profitieren

⁷¹Vgl. KOCH, R. (1976): *Altenwanderung und räumliche Konzentration alter Menschen. Raumstrukturelle Auswirkungen und raumordnerische Beurteilung.* (= Forschungen zur Raumentwicklung 4). Bonn-Bad Godesberg, S. 2f..

⁷²Vgl. NESTERMANN, E. (1988): *Bedeutung der Infrastruktur für die Ruhesitzwanderung.* Karlsruhe.

⁷³Vgl. KAISER, C. (2011): *Transnationale Altersmigration in Europa. Sozialgeographische und gerontologische Perspektiven.* Wiesbaden, S. 28f..

⁷⁴Vgl. GOLTZ, F. und K. M. BORN (2005): *Zuwanderung älterer Menschen in ländliche Räume – eine Studie aus Brandenburg.* Geogr. Rundschau 57 (3): 52-57.

insbesondere die Gesundheitswirtschaft, die Immobilien- und Bauwirtschaft und andere Branchen des Dienstleistungssektors von der Zuwanderung Älterer.⁷⁵

Reurbanisierung älterer Bevölkerungsgruppen

Seit einigen Jahren ist innerhalb der Raumwissenschaften diskutiert worden, inwieweit eine Wiederentdeckung des Wohnens in der Stadt und damit verbunden ein Übergang in Richtung Reurbanisierung⁷⁶ zu beobachten ist (im Rahmen dieser Arbeit wird der Fokus bezüglich der Thematik der Reurbanisierung auf den quantitativen Aspekt dieses Phänomens gelegt). „Die Frage, ob die heute vereinzelt zu beobachtenden Anzeichen zur Reurbanisierung sich zu einem nennenswerten Trend ausweiten können, wird auch erheblich vom Wohnstandortverhalten älterer Menschen bestimmt werden.“⁷⁷ Die im Zusammenhang mit der demographischen Alterung und dem Wanderungsverhalten entscheidende Frage ist, ob sich die *neuen Alten* der Nachkriegsgeneration in ihrem Verhalten den *alten Alten* der Vorkriegsgeneration gleichen. Oder findet ein soziostruktureller Umbruch innerhalb der (Nachkriegs-) Generation der Älteren und damit einhergehend eine stärkere Differenzierung statt, die sich auch in räumlichen Mustern niederschlägt?

Der aktuelle wissenschaftliche Diskurs zur Wohnmobilität von Älteren in Deutschland im stadtregionalen Kontext wird diesbezüglich von zwei konträren Sichtweisen getragen:

Einerseits geht man davon aus, dass sich bei den zukünftigen Älteren die Gestaltung des Lebens im Alter und deren räumliche Ausprägung analog zu den jetzigen Älteren verhalten werden. Demnach wird der Großteil der älteren Menschen möglichst lange an ihrem bisherigen

⁷⁵Vgl. SCHNEIDER, S. (2010): Rente und tschüss. Deutsche Senioren verlegen ihren Ruhesitz ins Ausland. (= INSTITUT ARBEIT UND TECHNIK - Forschung aktuell 1). Bochum, S. 3.

⁷⁶Zur Thematik der Reurbanisierung vgl. folgende weiterführende Literatur:

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2006b): Herausforderungen deutscher Städte und Stadtregionen. Ergebnisse aus der Laufenden Raum- und Stadtbeobachtung des BBR zur Entwicklung der Städte und Stadtregionen in Deutschland (=BBR-Online-Publikationen 8). Bonn.

GERBER, K. (2010): Räumliche Mobilität im Wandel. Wanderungen im Lebenslauf und ihre Auswirkungen auf die Stadtentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Wiesbaden.

FRANK, S. (2011): Je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück. Aktuelle Diskussionen um Suburbanisierung und Gentrifizierung. In: HERRMANN, H. (Hrsg.): Die Besonderheiten des Städtischen. Wiesbaden: 285-300.

INSTITUT FÜR LANDES- und STADTENTWICKLUNGSPLANUNG und STÄDTEBAU INSTITUT, FACHGEBIET ORTS- und REGIONALPLANUNG UNIVERSITÄT STUTTGART: Reurbanisierung in den USA und Deutschland: Eine vergleichende Untersuchung der Ursachen und räumlichen Ausprägungen von demographischen Reurbanisierungsprozessen in den Stadtregionen Portland und Stuttgart, unter: http://www.ils-forschung.de/cms25/index.php?option=com_content&view=article&id=994&Itemid=98&lang=de (abgerufen am 08.05.2014).

SCHMITZ-VELTIN, A. (2011): Gesellschaft im demographischen Wandel - Szenarien zur Zukunft des Wohnens in der Stadtregion. Mannheim.

BRAKE, K. und G. HERFERT (Hrsg.) (2012): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden.

⁷⁷OSTERHAGE, F. (2010): Reurbanisierung in Nordrhein-Westfalen: Von der Stadtfucht zur Renaissance der Städte? In: INSTITUT FÜR LANDES- und STADTENTWICKLUNGSPLANUNG (Hrsg.): Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen (Forschungen 1/10): S. 71.

Wohnstandort wohnen bleiben, so dass die Präferenz auf der Wohnpersistenz, zumindest bezüglich des Hauptwohnsitzes, liegt.⁷⁸

Im Falle einer Wohnstandortverlagerung von Senioren, geboren ab der Nachkriegszeit, dominieren derzeit Migrationen aus den Kernstädten in den suburbanen Raum.⁷⁹ Einer möglichen Entwicklung hin zur Reurbanisierung widersprechen auch DITTRICH-WESBUER, FÖBKER und OSTERHAGE: „Wird im Alter der Wohnstandort gewechselt, sehen vorliegende Studien die Kernstädte eher als Verlierer, die ländlichen geprägten Kreise in den verstädterten Regionen als Gewinner der Altenwanderung.“⁸⁰ Im Rahmen einer Analyse altersselektiver Wanderungsbewegungen in ausgewählten Stadtregionen im Jahr 2003/2004 sind innerhalb der Altersklasse der 50- bis 65-Jährigen für Kernstädte negative Wanderungssalden zu konstatieren (z. B. Regensburg -1,5 Personen, Mainz -1,1 Personen, Halle /Saale -1,8 Personen, jeweils je 1.000 Einwohner).⁸¹ Allerdings hat sich der Trend zwischen den Jahren 2000 und 2004 abgeschwächt, so dass weniger *junge Senioren* von der Kernstadt ins Umland der Städte abwanderten, wobei dies vorwiegend für Städte in schrumpfenden Wohnungsmarktregionen als für dynamische Regionen gilt.⁸²

Andererseits werden den heute über 50-Jährigen als zukünftige Seniorengeneration, wie zuvor erläutert, veränderte Lebensstile zugeschrieben, die sich von früheren Altengenerationen deutlich unterscheiden und sich auch räumlich in Form von veränderten Wohnstandortverhalten manifestieren. „Das biologische Alter verliert in Bezug auf das individuelle Wohnverhalten zunehmend an Erklärungskraft. Vielmehr rücken lebensweltliche Konstrukte, individuelle Werthaltungen und persönliche Lebensstile bei älteren Menschen in den Vordergrund und werden, soweit die Gesundheit es zulässt, auch im Alter ausgelebt.“⁸³

⁷⁸Zur Thematik der Wohnpersistenz älterer Menschen vgl. folgende weiterführende Literatur:

KRAMER, C. und C. PFAFFENBACH (2007): Alt werden und jung bleiben – Die Region München als Lebensmittelpunkt zukünftiger Senioren? *Raumforschung und Raumordnung* 65 (5): 393-406.

SIEBEL, W. (2008): Wohnen in der Innenstadt. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 47 (1): 37-46.

KOEPPEN, B., MAI, R. C. SCHLÖMER (2007): Reurbanisierung in Ostdeutschland – möglicher Leittrend zukünftiger Stadtentwicklung? *Geographische Zeitschrift* 95 (4), 95: 211-230.

⁷⁹Vgl. KRAMER, C. und C. PFAFFENBACH (2011): Junge Alte als neue „Urbaniten“? Mobilitätstrends der Generation 50plus. *Raumforschung und Raumordnung* 69 (2): 79.

⁸⁰HIRSCHLE, M. und A. SCHÜRT (2008): Suburbanisierung...und kein Ende in Sicht? Intraregionale Wanderungen und Wohnungsmärkte. *Informationen zur Raumentwicklung*. (3/4). 217; FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? *Informationen zur Raumentwicklung* (3/4): 190. zit. nach DITTRICH-WESBUER, A., FÖBKER, S. und F. OSTERHAGE (2010): Demographischer Wandel und Wanderungen in der Stadtregion: Ergebnisse aus zwei Fallstudien. In: DITTRICH-WESBUER, A., W. KNAPP und F. OSTERHAGE (Hrsg.): *Postsuburbanisierung und die Renaissance der (Innen)Städte*. Neue Entwicklungen in der Stadtregion. Detmold, S. 82.

⁸¹Vgl. HIRSCHLE, M. und A. SCHÜRT (2008): Suburbanisierung...und kein Ende in Sicht? Intraregionale Wanderungen und Wohnungsmärkte. *Informationen zur Raumentwicklung*. (3/4). 217.

⁸²Vgl. HIRSCHLE, M. und A. SCHÜRT (2008): Suburbanisierung...und kein Ende in Sicht? Intraregionale Wanderungen und Wohnungsmärkte. *Informationen zur Raumentwicklung*. (3/4). 217.

⁸³PODDIG, B. (2006): Die "Neuen Alten" im Wohnungsmarkt - Aktuelle Forschungsergebnisse über eine stark wachsende Zielgruppe. *Zeitschrift des vhw – BUNDESVERBAND FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG* (3), S. 213.

Des Weiteren findet vor dem Hintergrund des Lebenszykluskonzepts der Wanderungsmotivforschung die von KEMPER⁸⁴ formulierte These Beachtung, dass ältere Menschen im Falle eines Wohnstandortwechsels innenstadtnahe Wohngebiete mit vielfältigem Infrastrukturangebot und Versorgungsstrukturen präferieren. „Dieser Bevölkerungsgruppe wird aufgrund der altersbedingten Einschränkungen eine Wertschätzung für die räumliche Nähe von altersspezifischen Angeboten im Bereich Versorgung, Freizeit und Gesundheit attestiert, woraus wiederum eine Präferenz für zentrale Wohnlagen abgeleitet wird.“⁸⁵ Im Umkehrschluss liegen mögliche Abwanderungsmotive im Hinblick auf den Herkunftsort u. a. in den geringeren Platzansprüchen nach Auszug der Kinder, in der Pflege der Grundstücke und der oftmals eingeschränkten Infrastrukturausstattung in Verbindung mit Mobilitätsbarrieren in suburbanen Räumen.⁸⁶

Die proklamierte *Renaissance der Städte*, getragen durch alle Altersgruppen und somit auch durch Haushalte höherer Altersgruppen, könnte demnach eintreffen. Dieser neuen hochmobilen Altengeneration werden, wie bereits erwähnt, andere Handlungsmuster zugesprochen als den persistenten, standortverbundenen *alten Alten* der Nachkriegsgeneration.⁸⁷ Die Erreichbarkeit und das Angebot an Versorgungseinrichtungen, Kultureinrichtungen, attraktiven Innenstädten etc. erhalten einen hohen Stellenwert. Dabei wird ein Großteil dieser mobilen Bevölkerungsgruppe im Untersuchungsraum der vorliegenden Arbeit, im Umland der Städte gesehen.

Das Akteursverhalten und -handeln in Form von Wanderungen ist von der Wohnzufriedenheit mit den gegebenen strukturellen Rahmenbedingungen am bisherigen Wohnort abhängig. Nach STAHL und WEHRHAN ist „[...] die Zielgruppe der Best-Ager im Zusammenhang mit Forschungen zu Suburbia bislang nur selten untersucht worden [...]“⁸⁸

Da das BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG in einer Studie zur laufenden Raum- und Stadtbeobachtung davon ausgeht, dass die Altersgruppe der 55- bis 70-Jährigen in den Umlandgemeinden der Städte bis zum Jahr 2020 um rund 1,5 Mio. Personen anwachsen wird, würde sich das Potential einer Umland-Stadt-Wanderung rein quantitativ grundsätzlich erhöhen. Die älteren Menschen wären demnach „potenzielle[...] Stadtrückkehrer, die möglicherweise im

⁸⁴Vgl. KEMPER, F.-J. (1985): Die Bedeutung des Lebenszyklus-Konzepts für die Analyse intraregionaler Wanderungen. In: KEMPER, F.-J.; LAUX, H.D. und G. THIEME (Hrsg.): *Geographie als Sozialwissenschaft. Beiträge zu ausgewählten Problemen kulturgeographischer Forschung.* (=Colloquium Geographicum, 18) Bonn, S. 192.

⁸⁵OSTERHAGE, F. (2010): Reurbanisierung in Nordrhein-Westfalen: Von der Stadtfucht zur Renaissance der Städte? In: INSTITUT FÜR LANDES- und STADTENTWICKLUNGSPLANUNG (Hrsg.): *Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen (Forschungen 1/10)*: S. 71.

⁸⁶Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2007^b): *Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland 2006.* (=Berichte des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 27). Bonn, S. 47.

FÖBKER, S. and R. GROTZ (2006): *Everyday Mobility of Elderly People in Different Urban Settings: The Example of the City of Bonn, Germany.* *Urban Studies* 43 (1): 103.

NUSSL, H. und B. BIGALKE (2007): *Altwerden am Stadtrand – zum Zusammenhang von Suburbanisierung und Demographischem Wandel.* *Raumforschung und Raumordnung* 65 (5): 382f..

⁸⁷Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): *Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel?* *Informationen zur Raumentwicklung* (3): 185.

⁸⁸STAHL, H. und R. WEHRHAHN (2012): *Best Ager im sub- und periurbanen Raum der Stadtregion Kiel.* In: WEHRHAHN, R. und A. TOELLE (Hrsg.): *Aktuelle Entwicklungen in norddeutschen und westpolnischen Stadtregionen.* *Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung* 53, S. 34.

Alter wieder innerstädtische Wohnlagen schätzen, weil diese eher ein *rundum versorgt sein*-Gefühl gewährleisten als Schlafstädte und Reihenhauskolonien auf der grünen Wiese [...].⁸⁹ So bewerben derzeit verschiedene Städte so genannte *Woopies* (well-off older people), darunter insbesondere die sogenannten *Empty Nesters*, deren Kinder das Elternhaus verlassen haben und die nun aus den suburbanen Kommunen wegziehen, um das kulturelle Angebot, gesundheits- und pflegebezogene Infrastrukturen etc. in den Stadtzentren wohnortnah zur Verfügung zu haben.⁹⁰

Für die vorliegende Arbeit von Interesse ist eine von GLASZE und GRAZE im Rahmen einer studentischen Projektstudie durchgeführte Befragung von Suburbaniten – allerdings der Generation 50plus – im Mainzer Umland über die Bereitschaft zum Umzug in eine Stadt. Von den Befragten (n=363) planten nur 5 % konkret einen Umzug in eine Stadt, jedoch gaben immerhin 20 % an, schon einmal über einen Umzug in die Stadt nachgedacht zu haben (davon 70 % Stadt Mainz).⁹¹

Insgesamt ist festzustellen, dass ein möglicher Trend hin zur Reurbanisierung momentan als Untersuchungsgegenstand in seiner Breite empirisch erforscht wird. Die Anzahl detaillierter empirischer Studien zur Überprüfung der These der Reurbanisierung älterer Bevölkerungsgruppen ist allerdings, mit Ausnahme einiger genannter Beiträge, der eigenen Einschätzung nach, noch zu erweitern. OSTERHAGE konstatiert ein Fehlen einer „systematische(n) Ursachenforschung“ sowie von „aktuelle(„n“) konzeptionelle(„n“) Ansätze(„n“) zum Prozess der Reurbanisierung [...]“.⁹²

Exkurs: Retirement migration

Die bedeutsamsten wissenschaftlichen Untersuchungen zur Thematik der Ruhesitzwanderungen stammen hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort setzte eine verstärkte Migration Älterer aus den umweltbelasteten Ballungsräumen schon seit den 1950er Jahren ein, durchzog alle sozialen Schichten und erreicht, damals wie heute, ein sehr viel höheres Ausmaß als in den genannten europäischen Staaten. Finanzieller Wohlstand und Wohnungen zu erschwinglichen Marktpreisen (z. B. mobile homes) führten dazu, dass eine Vielzahl von Rentnern und Pensionären im Alter einen neuen Wohnstandort in landschaftlichen und klimatischen Gunsträumen wählen konnten.⁹³ Aufgrund der Fülle der anzuführenden Arbeiten wird an dieser Stelle nur zusammenfassend auf den dortigen Forschungsstand eingegangen.

⁸⁹BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2006^b): Herausforderungen deutscher Städte und Stadtregionen. Ergebnisse aus der Laufenden Raum- und Stadtbeobachtung des BBR zur Entwicklung der Städte und Stadtregionen in Deutschland (=BBR-Online-Publikationen 8). Bonn, S. 26.

⁹⁰Vgl. FRANK, S. (2011): Je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück. Aktuelle Diskussionen um Suburbanisierung und Gentrifizierung. In: HERRMANN, H. (Hrsg.): Die Besonderheiten des Städtischen. Wiesbaden, S. 287.

⁹¹Vgl. GLASZE, G. und P. GRAZE (2007): Raus aus Suburbia, rein in die Stadt? Studie zur künftigen Wohnmobilität von Suburbaniten der Generation 50plus. Raumforschung und Raumordnung 65 (5): 472.

⁹²OSTERHAGE, F. (2011): Rezension zu: GERBER, K. (2011): Räumliche Mobilität im Wandel: Wanderungen im Lebenslauf und ihre Auswirkungen auf die Stadtentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Raumforschung und Raumordnung (6). Wiesbaden, S. 1.

⁹³Vgl. BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 118.

Die so genannte *retirement migration* ist seit den 1980er Jahren ein aufblühendes Forschungsfeld, zu dem bereits eine Reihe von Publikationen vorliegt.⁹⁴ Die US-amerikanische Forschung behandelt dabei vor allem den Entscheidungsprozess von Wanderungen sowie die sozialräumlichen und regionalökonomischen Auswirkungen auf die Zielkommunen. So wurde in Bezug auf Letzteres in den USA stärker als in Europa, die Ruhesitzwanderung bereits als profitabler Wirtschaftszweig identifiziert.

Eine hohe Dichte älterer Bevölkerungsgruppen ist in den *Rentnerstädten* Floridas, Kaliforniens oder anderen Staaten des Südwestens der USA auszumachen. Hier entstanden neu errichtete altengerechte Städte und Siedlungen, oftmals in Form von Gated Communities. Diese Altdomizile liegen häufig weit entfernt von anderen Siedlungen, aber auch historisch gewachsene Städte haben sich durch Stadterweiterungen von Wohngebieten für Ältere zu *Rentnerstädten* entwickelt.⁹⁵

Die Pionierstellung unter diesen Retortenstädten nimmt das Wohnmodell der *Sun City* ein. Diese Alterswohnsitze vereinen bestimmte Wohn- und Wohnumfeldbedingungen, die exakt an die Bedürfnisse und Wünsche der älteren Menschen angepasst sind. Faktoren wie hohe Sicherheitsstandards besitzen dabei eine gleich große Bedeutung wie bspw. medizinische Versorgung. Die Übertragbarkeit des Modells auf Deutschland wurde von EIZENHÖFER und LINK untersucht. Die Autorinnen kommen zu dem Ergebnis, dass sich einige Wohnansprüche US-amerikanischer und deutscher Rentner gleichen, um ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter führen zu können. Zu diesen altersgerechten Ansprüchen zählen u. a. Barrierefreiheit in der Wohnung und im Wohnumfeld, Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe, wohnungsnaher ärztliche Versorgung, eine ruhige Lage, öffentliche Verkehrsanbindung, wohnungsnaher Freizeit- und Kulturangebote sowie Einkaufsmöglichkeiten.⁹⁶ Der entscheidende Unterschied liegt jedoch in dem Wunsch deutscher Rentner, in einem altersheterogenen und intergenerativen Wohnumfeld zu leben.⁹⁷ So werden bisher in Deutschland vielfältige Wohnangeboten wie Mehrgenerationenhäuser, selbstorganisierte Wohn- oder Hausgemeinschaften, betreute Wohngemeinschaften oder integriertes Wohnen nachgefragt.

Letztlich kann nicht vollständig geklärt werden, ob die Entwicklungen der *retirement migration* und die damit verbundenen Siedlungsformen in den USA auch in Europa und speziell in Deutschland zukünftig erreicht bzw. adaptiert werden.

⁹⁴Zur Thematik der *retirement migration* in der US-amerikanischen Forschung vgl. folgende weiterführende Literatur:

FAGAN, M. und C. LONGINO (1993): Migrating Retirees: A Source for Economic Development. *Economic Development Quarterly* (7): 98–106.

LONGINO, C. und R. A. FOX (1995): Retirement migration in America. Vacation Publications. Houston.

DELLER, S. (1995): Economic Impact of Retirement Migration. *Economic Development Quarterly* (9): 25–38.

⁹⁵Vgl. BÄHR, J. (2010): *Bevölkerungsgeographie*. 5. Auflage. Stuttgart, S. 96.

⁹⁶Vgl. EINZEHÖFER, R. und A. LINK (2005): Sun City in Deutschland – ein seniorenspezifisches Wohnmodell mit Zukunft? Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit des amerikanischen Wohnmodells auf Deutschland (= Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung 14). Kaiserslautern, 147f.

⁹⁷Vgl. EINZEHÖFER, R. und A. LINK (2005): Sun City in Deutschland – ein seniorenspezifisches Wohnmodell mit Zukunft? Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit des amerikanischen Wohnmodells auf Deutschland (= Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung 14). Kaiserslautern, 137.

Ruhesitzwanderungen als Außenwanderungen

Ein weiterer relevanter Forschungsstrang zur Altenwanderung konzentriert sich auf Ruhesitzwanderungen in Form von Außenwanderungen. Die im internationalen Vergleich überschaubare Anzahl deutscher Forschungsarbeiten zur Thematik der Ruhesitzwanderung setzen den Fokus auf Wanderungen innerhalb Europas, vornehmlich in südeuropäische Mittelmeeranrainerstaaten. Allerdings sehen SAUER und ETTE eine zunehmende Bedeutung theoretischer und empirischer Analysen der internationalen Ruhesitzwanderung, wenngleich sich die absolute Zahl der älteren Menschen, die in ihrem Ruhestand den Wohnort endgültig oder temporär ins Ausland verlagert haben, noch immer auf einem geringen Niveau befindet.⁹⁸

Aber nicht nur in der deutschen Forschungslandschaft, sondern auch in anderen europäischen Ländern erfuhr die Ruhesitzwanderung, die lange Zeit fast ausschließlich von Binnenwanderungen geprägt war, kaum Aufmerksamkeit in den Raum- und Sozialwissenschaften. Im Zuge eines erhöhten Wanderungsaufkommens von europäischen Rentnern in ausländische Zielregionen wird diesem Phänomen seit den 1990er Jahren von Geographen, Soziologen und Gerontologen eine größere Bedeutung beigemessen, wenngleich das Forschungsfeld noch großes Entwicklungspotential besitzt.⁹⁹ Zentrale wissenschaftliche Arbeiten aus dem europäischen Raum stammen aus Großbritannien, der Schweiz, Spanien und Schweden.¹⁰⁰ Außenwanderungen von älteren Menschen stehen jedoch in ihrem quantitativen Ausmaß den Binnenwanderungen nach.¹⁰¹

Zusammenfassung des Forschungsstandes und abgeleitete Forschungsdesiderate

In der raumwissenschaftlichen Forschung und in der Planungspraxis standen suburbane Räume in der Vergangenheit vergleichsweise eher selten im Fokus.¹⁰² Im Vergleich zu urbanen und

⁹⁸Vgl. SAUER, L. und A. ETTE (2007): Auswanderung aus Deutschland. Stand der Forschung und erste Ergebnisse zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger (= Materialien zur Bevölkerungswissenschaft) 123. Wiesbaden, S.63.

⁹⁹Vgl. KAISER, C. (2002): Ruhesitzmigration und wandelnde Ansprüche an das Lebensumfeld. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 223.

¹⁰⁰Zur Thematik der *retirement migration* in der europäischen Forschung vgl. folgende weiterführende Literatur:

ACKERS, L. und P. DWYER (2002): Senior Citizenship. Retirement Migration and Welfare in the European Union. The Policy Press. Bristol.

ANDERSSON, J. (2002): Retirement Migration: Motives for Migration to warmer Climate and Housing Needs. A study of Scandinavians in Costa Blanca. Chalmers University of Technology. Göteborg.

GUSTAFSON, P. (2004): Retirement Migration and transnational lifestyles. Ageing and Society 21: 371–394.

HUBER, A. (2003): Sog des Südens. Altersmigration von der Schweiz nach Spanien am Beispiel der Costa Blanca. Zürich.

KING, R., WARNES, T. und A. WILLIAMS (1998): International Retirement Migration in Europe. International Journal of Population Geography (4): 91–111.

OLIVER, C. (2008): Retirement Migration. Paradoxes of Ageing. London.

¹⁰¹Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 186.

¹⁰²Vgl. OSTERHAGE, F. (2013): Entwicklungstrends und -perspektiven im suburbanen Raum. INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ILS)-Journal (1): 8.

ländlichen Räumen ist eine weit geringere Anzahl, sowohl an praxisorientierten Studien, als auch an theoretischen Konzeptionen, die Adaptionen an virulente raumbezogene Veränderungsprozesse untersuchen, publiziert worden.¹⁰³ Speziell die parallele Alterung von Bewohnern in Ein- und Zweifamilienhausgebieten und deren Häuser sowie die aus diesen demographischen Veränderungsprozessen resultierenden Handlungsnotwendigkeiten für Kommunen sind bisher noch wenig erforscht.¹⁰⁴

Im Forschungsfeld der Daseinsvorsorge finden, wenn es um die Bewertungen der Qualität von Angeboten der Daseinsvorsorge oder um Strategien und Konzepte zur Anpassung dieser geht, hauptsächlich Befragungen der Anbieterseite sowie der regionalen und lokalen Akteure aus Politik und Verwaltung Anwendung. Wie weiter oben im Text erwähnt sind Untersuchungen, die die Perzeption und Bewertungen von Daseinsvorsorgeeinrichtungen durch die Bürger bzw. Nutzer sowie die Abfrage möglicher Adaptionenmaßnahmen zum Inhalt haben, relativ selten.

Die bisherigen Forschungen zum Thema Altersmigration vernachlässigen Untersuchungen über generelle Auswirkungen der Abwanderungen auf die Quellregionen. Wie in der Darstellung des bisherigen Forschungsstandes deutlich zu erkennen, beschäftigten sich bisherige Forschungsarbeiten vorwiegend mit den ökonomischen und planerischen Effekten für die Zielregionen. Darüber hinaus besteht weiterer Forschungsbedarf bei Studien, die explizit suburbane Räume als Quellregion von Altenwanderungen untersuchen. Weiterhin sind in diesem Zusammenhang empirische Untersuchungen zur Überprüfung der These einer von der älteren Bevölkerung (und anderen Bevölkerungsgruppen) getragenen Reurbanisierung bzw. Umland-Stadt-Wanderung noch selten.

In der Wanderungsforschung bestehen darüber hinaus generell Forschungslücken hinsichtlich der theoretischen Erklärung von Migrationen mit Bezug zu „der Relevanz von Opportunitätsstrukturen“ bzw. „den lokalen Lebensbedingungen, für den Wechsel des Wohnortes“.¹⁰⁵ Die bisher existierenden Migrationstheorien liefern dementsprechend auch für infrastrukturelle Bedingungen als Faktor von Altenwanderung nur einen begrenzten Beitrag.

Für das Themenfeld der Altersmigration ist zusammenfassend festzuhalten, dass die Anzahl detaillierter Untersuchungen zur räumlichen Mobilität älterer suburbaner Haushalte sowie zur Interdependenz zwischen Altersmigration und Infrastrukturausstattung der Quellgemeinden bzw. der bisherigen Wohnstandorte gering ist und somit weiterer Forschungsbedarf über das zukünftige Wohnstandortverhalten suburbaner Haushalte der Generation 60plus besteht.

¹⁰³ Vgl. OSTERHAGE, F. (2013): Entwicklungstrends und -perspektiven im suburbanen Raum. INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ILS) (1): 8.

¹⁰⁴ Vgl. BOCK, S. und G. JEKEL (2012): Wenn Einfamilienhausgebiete in die Jahre kommen. Herausforderungen, Perspektive und kommunale Handlungsperspektiven. DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK – Berichte (4): 22.

¹⁰⁵ KLEY, S. (2009): Migration im Lebensverlauf. Der Einfluss von Lebensbedingungen und Lebenslaufereignissen auf den Wohnortwechsel. Wiesbaden, S. 20.

1.3 Zielsetzung und forschungsleitende Fragestellungen

Forschungsziele

Entsprechend der in Kapitel 1.1 dargelegten raumstrukturellen Problemlagen in suburbanen Kommunen im Zuge des Prozesses der demographischen Alterung sowie der in Kapitel 1.2 genannten Forschungsbedarfe der Raumwissenschaften in diesem Untersuchungsfeld liegt das zentrale Anliegen der vorliegenden Arbeit darin, **Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus am Beispiel von ausgewählten Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen** zu erforschen. Unter dem Untersuchungsgegenstand der Wohnstandortentscheidungen werden die Wohnstandortbewertung einzelner Haushalte als auch deren Wohnmobilität (im Sinne einer Umzugsbereitschaft) vor dem Hintergrund raumstruktureller Rahmenbedingungen in suburbanen Siedlungsgebieten subsumiert (zur genaueren Definition von Wohnstandortentscheidungen vgl. Kapitel 2.1.1).

Die Forschungsziele der Arbeit bestehen demnach in der Untersuchung

- der räumlichen Ausprägungen des demographischen Alterungsprozesses sowie der derzeitigen versorgungsstrukturellen Voraussetzungen, die suburbane Kommunen älteren Menschen der Bevölkerungsgruppe 60plus bieten, um zukünftig im höheren Alter ein selbstständiges Leben führen zu können,
- der subjektiven Wohnstandortbewertung hinsichtlich der Versorgungs- und Wohnsituation aus Perspektive suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus sowie
- der prospektiven Wohnmobilität suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus, insbesondere in Abhängigkeit von wohnstandortspezifischen Rahmenbedingungen am derzeitigen Wohnort sowie der subjektiven Wohnstandortbewertung.

Als entsprechender räumlicher Untersuchungsgegenstand dienen 16 suburbane Kommunen im Umland der Stadt Mainz im Landkreis Mainz-Bingen in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main. Die einzelnen Phasen des Bevölkerungswachstums im Umland der Stadt Mainz zeigen einen nahezu idealtypischen Verlauf im Hinblick auf die Entwicklungsphasen der Suburbanisierung in Westdeutschland in den vergangenen Jahrzehnten auf (vgl. hierzu Kapitel 1.4 und 4.1). Demnach besteht, wie zu Beginn dargestellt, in Kommunen im Umland westdeutscher Städte sowie in dem Untersuchungsgebiet oftmals eine fehlende Kongruenz zwischen bebauter Umwelt und den Bedürfnissen einer gealterten Bevölkerung.

Für von dem demographischen Alterungsprozess betroffene suburbane Siedlungsräume sind zumeist noch keine, auf eine ganzheitliche Strategie ausgerichtete kommunale Entwicklungskonzepte entworfen worden, welche öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren Optionen aufzeigen, wie eine bedarfs- und seniorengerechte Planung in den Bereichen Nahversorgung, medizinische Versorgung, Mobilität und Wohnen in Zukunft gestaltet werden kann. Die Konzeption geeigneter Entwicklungsstrategien soll die Qualität suburbaner Wohnstandorte für ältere Menschen erhöhen, eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung im Alter und einen möglichst langen Verbleib im angestammten Wohnquartier und der Kommune ermöglichen und

potentiell auftretende Abwanderungstendenzen der Bevölkerungsgruppe 60plus entgegenwirken.

Forschungsleitenden Fragestellungen

Den dargelegten Forschungszielen der vorliegenden Arbeit entsprechend werden folgende forschungsleitenden Fragestellungen formuliert:

Raumstrukturelle Rahmenbedingungen

Forschungsfrage 1: Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Wie stellen sich die demographische Ausgangssituation und die weitere Entwicklung in den suburbanen Untersuchungskommunen unter besonderer Beachtung der demographischen Alterung dar?

Forschungsfrage 2: Ausstattung mit Versorgungsangeboten in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge und Versorgungsverhalten

Wie stellt sich die Versorgungssituation für ältere Bevölkerungsgruppen in den Daseinsvorsorgebereichen der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung und der Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs in den suburbanen Untersuchungskommunen dar?
Welches Versorgungsverhalten weisen Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus auf und inwieweit ist dieses im hohen Alter adaptierbar?

Subjektive Wohnstandortbewertung (= Derzeitige Standortzufriedenheit + zukünftige Standortanforderungen)

Forschungsfrage 3: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge und der Wohnsituation

Wie zufrieden sind die Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus mit der derzeitigen Versorgungssituation in den Daseinsvorsorgebereichen der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs sowie mit der eigenen Wohnsituation in den suburbanen Untersuchungskommunen?

Forschungsfrage 4: Zukünftige Standortanforderungen in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge

Welche Anforderungen an ihren Wohnort weisen die Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus in den Daseinsvorsorgebereichen der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs in den suburbanen Untersuchungskommunen im Hinblick auf das höhere Alter auf?

Setzen Sie sich bereits heute mit der Zukunftsfähigkeit ihres Wohnstandortes in Bezug auf die seniorenspezifische Eignung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge auseinander?

Wohnmobilität

Forschungsfrage 5: Umzugsbereitschaft

Wie groß ist die Umzugsbereitschaft der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus in den suburbanen Untersuchungskommunen? Welche Zusammenhänge bestehen dabei zwischen der Umzugsbereitschaft und wohnstandort- und wahrnehmungsspezifischen sowie sozioökonomischen Faktoren?

Forschungsfrage 6: Umzugsmotive

Welche Motive beeinflussen die Umzugsbereitschaft der Bevölkerungsgruppe 60plus in den suburbanen Untersuchungskommunen?

Welche Zusammenhänge bestehen dabei insbesondere zwischen der Umzugsbereitschaft und der Versorgungssituation in den suburbanen Untersuchungskommunen?

Forschungsfrage 7: Wohnstandortpräferenzen

Welche räumlichen Muster sind in der Wohnstandortwahl der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der suburbanen Untersuchungskommunen zu erkennen?

Kommt es im Untersuchungsraum zum Trend der Reurbanisierung mit der Bevölkerungsgruppe 60plus als Trägergruppe?

Forschungsfrage 8: Präferierte Wohnformen

Welche sind die präferierten Wohnformen der umzugswilligen Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus?

Handlungsansätze für eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten

Forschungsfrage 9: Handlungsansätze

Welche übergeordneten Handlungsstrategien für eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten in Deutschland können aus den Forschungsergebnissen abgeleitet werden?

Raumstrukturelle Rahmenbedingungen

In der vorliegenden Arbeit ist zunächst vorgesehen, die demographische Ausgangssituation und Entwicklung in Bezug auf den Teilaspekt der Bevölkerungsalterung in den Untersuchungskommunen des Landkreises Mainz-Bingen zu untersuchen und darzustellen. In dem Untersuchungsgebiet zeichnet sich bereits mittelfristig, u. a. aufgrund des bereits dargestellten altersselektiven Effektes von Suburbanisierungsprozessen, ein starker Anstieg der über 65-Jährigen ab. Der Zuwachs des Anteils der älteren Bevölkerungsgruppen liegt hier deutlich über dem Landesdurchschnitt von Rheinland-Pfalz (vgl. hierzu Kapitel 1.4 sowie 5.1).

Dieser Alterungsprozess wirkt vielfältig auf die Raum- und Siedlungsstrukturen ein, birgt ein großes Gefährdungspotential für suburbane Siedlungsgebiete und stellt große Herausforderungen an eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Räumen. Auch birgt der fortschreitenden Prozess der demographischen Alterung der Gesellschaft und die damit einhergehende quantitative Zunahme der älteren Bevölkerung aus den in Kapitel 1.1 benannten Gründen ein Wanderungspotential, auch wenn die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen in der Vergangenheit eine eher geringe Umzugsbereitschaft aufwies.

Neben der Darstellung der demographischen Struktur und deren Entwicklung müssen Erkenntnisse über die derzeitige Versorgungssituation für ältere Bevölkerungsgruppen in den suburbanen Untersuchungskommunen und den damit verbundenen derzeitigen und vor allem zukünftigen Problemlagen im höheren Alter eruiert werden. Es ist zu untersuchen, welche funktionalen Merkmale die Versorgungsstrukturen in den einzelnen Kommunen kennzeichnen, welche Städte und Ortsgemeinden bereits jetzt adäquate altengerechte Versorgungsleistungen vorweisen können und in welchen Gebietskörperschaften defizitäre Strukturen in Form räumlicher Konzentration von Versorgungsangeboten und dadurch resultierenden Erreichbarkeitsproblemen im Hinblick auf das höhere Alter vorherrschen. Im Speziellen muss dafür die bevölkerungsnahе Daseinsvorsorge betrachtet werden, die als „Bereich mit besonderem Anpassungsbedarf im Rahmen des demografischen Wandels gilt“.¹⁰⁶

Neben der Angebotsseite wird auch die Nachfrageseite in Form des Versorgungsverhaltens der Senioren mit in die Untersuchung einbezogen. Die Weitläufigkeit eines Aktionsraums eines In-

¹⁰⁶SCHMIDT, M. (2010): Wechselwirkungen zwischen demographischer Entwicklung und Daseinsvorsorge unter besonderer Berücksichtigung von Wohnstandortfaktoren. Untersuchung am Beispiel des Rheingau-Taunus-Kreises. Technische Universität Kaiserslautern, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung. Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung (MZR) Band 30. Kaiserslautern, S.6.

dividuums nimmt mit zunehmendem Lebensalter ab.¹⁰⁷ So werden sich auch die Aktionsräume der in dieser Untersuchung befragten Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus im höheren Alter (um etwa das 80. Lebensjahr herum), in vielen Fällen insbesondere durch den Verlust der PKW-Fahrtüchtigkeit, deutlich einschränken. Demzufolge soll untersucht werden, ob und inwieweit die derzeitigen Muster des Versorgungsverhaltens der Untersuchungsgruppe auch im höheren Alter adaptierbar sind. Die zu untersuchenden Bereiche der Daseinsvorsorge sind dementsprechend:

- Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Lebensmitteleinzelhandel, Drogerien, Bankdienstleistungen, Postdienstleistungen)
- Medizinische Versorgung (Ärzte, Fachärzte, Apotheken)
- Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs

Die dargestellte Strukturanalyse bildet die Basis und den Interpretationsrahmen für die darauf folgende Untersuchung der Wohnstandortbewertung und der Wohnmobilität.

Subjektive Standortbewertung (= Derzeitige Standortzufriedenheit + zukünftige Standortanforderungen)

Ein weiteres Forschungsziel ist es, Erkenntnisse über die subjektive Standortbewertung der Bevölkerungsgruppe der *jungen Alten* (Bevölkerung 60plus) in Bezug auf verschiedene seniorenspezifische Daseinsvorsorgebereiche und somit (wie bereits bei dem Versorgungsverhalten) über die Nachfragesituation zu gewinnen. In Anlehnung an SCHEINER¹⁰⁸ ergibt sich im Rahmen dieser Arbeit die subjektive Standortbewertung aus derzeitiger Standortzufriedenheit und zukünftigen Standortanforderungen. Als Standortzufriedenheit wird die subjektive Beurteilung der Qualität von derzeitigen Standortmerkmalen einschließlich der Wohnung und unter Standortanforderungen die subjektiv empfundene Relevanz von zukünftig gewünschten Standortmerkmalen definiert.

Dementsprechend wird zunächst die Standortzufriedenheit mit derzeitigen Versorgungsstrukturen untersucht. Anschließend soll, im Hinblick auf das Leben im höheren Alter (70plus und 80plus), die Wahrnehmung von zukünftigen Standortanforderungen im Bereich der Versorgungsstruktur durch die Untersuchungsgruppe mit dem Erkenntnisinteresse erforscht werden, inwieweit sich die Bevölkerung bereits heute mit der Wohnstandortqualität ihrer Kommune im Sinne eines altengerecht ausgestatteten Wohnstandortes, auseinandersetzt.

¹⁰⁷Vgl. SCHEINER, J. und C. HOLZ-RAU (2002): Seniorenfreundliche Siedlungsstrukturen. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): *Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter*, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: S. 201.

¹⁰⁸Vgl. SCHEINER, J. (2005): *Lebensstile, Standortbewertungen und Wohnmobilität. Analysen der Haushaltsbefragung des Projekts StadtLeben* (Arbeitspapiere des Fachgebiets Verkehrswesen und Verkehrsplanung 13). Dortmund, S. 13.

Wohnmobilität

Der Zufriedenheitsgrad mit der derzeitigen Ausstattung eines Wohnstandortes mit Leistungsangeboten der Daseinsvorsorge und der eigenen Wohnung sowie individuelle Standortanforderungen im Hinblick auf das höhere Alter determinieren, neben weiteren individuen-spezifischen Faktoren, wie Bildungsstand, Einkommen etc. sowie ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, die Wahl zwischen einem Verbleib und einem Umzug bzw. einer Wanderung von Haushalten.

Auf diesem Wirkungsgefüge aufbauend soll im Rahmen dieser Arbeit untersucht werden, in welchem Ausmaß Wohnmobilität (Quantität, Motive, räumliche Muster, Präferenzen bezüglich der Wohnform) als vorsorgende Maßnahme für ein seniorenrechtliches Leben im höheren Alter innerhalb der Untersuchungsgruppe der Generation 60plus nachzuweisen ist. Im Interessensfokus steht dabei die Analyse der Zusammenhänge zwischen der Umzugsbereitschaft und wohnort- und wahrnehmungsspezifischen sowie sozioökonomischen Faktoren. Die Analyse der Faktoren altersselektiver Wanderungsbewegungen erzeugt „[...] wertvolle Aufschlüsse über die strukturellen Gegebenheiten in einer Region – also die Lebensbedingungen, die zu einem spezifischen Wanderungsmuster führen. Analysen der differentiellen Migration sind damit ein wichtiges Hilfsmittel der Regionalanalyse.“¹⁰⁹

Zunächst findet eine Analyse der Umzugsbereitschaft bzw. des Migrationspotentials der Haushalte der Generation 60plus statt. Überwiegt Persistenz am jetzigen Wohnort oder ist eine hohe Migrationsbereitschaft zu erkennen? Kann das bis dato bestehende Paradigma von möglichst langem Verbleib im bisherigen Wohnortstandort undifferenziert erhalten bleiben? Besteht generell ein Zusammenhang zwischen Raum- und Siedlungsstruktur und der Wanderungsbereitschaft der suburbanen Haushalte? Die Untersuchung dieser Fragestellung dient der raumwissenschaftlichen Grundlagenforschung. In der Raumforschung wird derzeit, wie bereits dargestellt, die These diskutiert, ob generell die räumliche Wohnmobilität älterer Bevölkerungsgruppen zunimmt. Die vorliegende Arbeit soll anhand eines empirischen Beispiels zur Beantwortung der Frage beitragen.

Eine weitere Fragestellung widmet sich den Motiven eines eventuellen Wohnortwechsels. Neben subjektiven Bedingungen des Standortverhaltens bestimmen ebenso objektive Determinanten den Mobilitätsprozess von Individuen. In der Raumentwicklung besitzen demnach Wanderungen als „[...] Indikator für eine Vielzahl von weiteren, oftmals nicht direkt erfassbaren Eigenschaften von Wohnstandorten“ große Bedeutung und können als „[...] Reaktion auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den beteiligten Regionen“ gedeutet werden.¹¹⁰ Diese Forschungsfrage gilt demnach insbesondere der Überprüfung, ob die Versorgungsstruktur für eine Wanderungsentscheidung nur Begleitmotiv oder ausschlaggebende Ursache ist? Dieser empiri-

¹⁰⁹MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL (2007): Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden, S. 234.

¹¹⁰BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen, unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Abgeschlossen/Berichte/2009_2010/Bd31Binnenwanderung.html?nn=423960 (abgerufen am 09.01.2014).

sche Befund ist für das Forschungsvorhaben von besonderem Interesse, da somit die Versorgungsstrukturen als Motiv in die Wanderungsentscheidung eingeordnet und Kenntnisse über den Einfluss der kommunalen Strukturen der Quellgemeinden auf die Wohnmobilität generiert und anschließend Verbesserungsmaßnahmen am Standort abgeleitet werden können.

Weiterhin stellt sich im Rahmen der Untersuchung die Frage, welche Standortpräferenzen die Generation 60plus im Falle einer Umzugsbereitschaft ausbildet. In Zusammenhang mit dieser Fragestellung wird als Bestandteil der Erhebung insbesondere ein möglicher Trend innerhalb der Befragten zur Reurbanisierung analysiert. Gibt es Anzeichen für eine quantitativ bedeutsame Rückwanderung aus dem Umland in die Stadt?

Die Beantwortung der letzten Forschungsfrage dient der Erkenntnis, welche Präferenzen die Untersuchungsgruppe hinsichtlich neuer, altengerechter Wohnformen im Umzugsfall besitzt.

Handlungsansätze für eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten: Potenzieller Nutzen der gewonnenen Erkenntnisse der Forschungsarbeit und Implementierung in die Planungspraxis

Anhand der Forschungsergebnisse soll im Sinne einer altengerechten Kommunalentwicklung die Ableitung umsetzungsfähiger Strategien und Konzepte für eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung im Alter und einen möglichst langen Verbleib im angestammten suburbanen Wohnquartier und der Kommune vorgenommen werden.

Dementsprechend können die gewonnenen Informationen als Planungsgrundlage für ein steuerndes Eingreifen der Planungspraxis auf überörtlicher und örtlicher Ebene dienen, um eine bedarfsgerechte Gestaltung der zukünftigen Daseinsvorsorge in den Bereichen Nahversorgung, medizinische Versorgung und Mobilität vor dem Hintergrund des suburbanen Alterungsprozesses entwickeln zu können. Ein seniorenrechtlicher Umbau von Infrastrukturen und Ergänzungen von Dienstleistungen trägt zu der Aufrechterhaltung selbständiger Wohn- und Lebensbedingungen von Senioren an ihrem bisherigen Wohnstandort bei.

Im Speziellen können die Ergebnisse der Arbeit in nachhaltigen und bedarfsgerechten Strategiekonzepten in Kommunen Verwendung finden, um eine integrierte kommunale Altenplanung (z. B. auf örtlicher oder Quartiersebene), die an den Lebenslagen der älteren Bevölkerung ausgerichtet ist, zu entwickeln. Auch nicht-öffentlichen Trägern von Infrastruktureinrichtungen können die empirischen Ergebnisse neue Kenntnisse über unterschiedliche Bedarfslagen liefern, um die Angebotsstruktur von Leistungen der Daseinsvorsorge im Sinne der Kundenorientierung effizienter gestalten zu können. Somit können diese anwendungsorientierten Forschungen dazu verhelfen, möglichen Tendenzen der Generation 60plus hin zu einem Wohnortwechsel entgegenzuwirken.

Die Wissensgenerierung über die generelle Wohnmobilität dieser Altersgruppe ist darüber hinaus auch für Akteure der Wohnungswirtschaft von Interesse, um quantitative Bedarfsabschätzungen an altengerechten Wohnformen in Bezug auf die Herkunftsorte als auch auf die Zielorte vornehmen zu können.

1.4 Aufbau der Arbeit

Zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellungen wird die vorliegende Arbeit „Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus – Untersuchung am Beispiel von ausgewählten Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen“ in vier Teile untergliedert.

Teil 1: Einleitung (Kapitel 1)

Nachdem im ersten Teil der Arbeit die Problemstellung, der Stand der aktuellen wissenschaftlichen und planungspraktischen Diskussion zur vorgestellten Thematik, die Zielsetzungen und Fragestellungen sowie der Aufbau der Arbeit und das methodische Vorgehen dargestellt werden (vgl. dieses und vorherige Kapitel), befasst sich der zweite Teil mit den wichtigsten konzeptionellen Grundlagen zur Thematik der Wohnstandortentscheidungen älterer Haushalte.

Teil 2: Konzeptionelle Grundlagen (Kapitel 2 und 3)

In diesem Rahmen wird zunächst in Kapitel 2 das konzeptionelle Hintergrundwissen zu Erklärungsansätzen für Wohnstandortentscheidungen in Form von verhaltenstheoretischen Modellen zur Wohnstandortbewertung und Wohnmobilität erläutert. In einem zweiten Schritt werden sozioökonomische, raumspezifische und strukturelle Rahmenbedingungen von Wohnstandortentscheidungen älterer Bevölkerungsgruppen, wozu die Charakterisierung der Zielgruppe der Älteren in Deutschland, deren Versorgungs- und Wohnsituation sowie die Angebots- und Nachfragemuster auf den Wohnungsmärkten gehören, dargelegt. Anschließend folgt eine Analyse bisheriger quantitativer und räumlicher Ausprägungen von Wohnstandortentscheidungen älterer Menschen.

Nach der generellen Auseinandersetzung mit Wohnstandortentscheidungen älterer Bevölkerungsgruppen beschäftigt sich Kapitel 3 mit suburbanen Räumen in Deutschland als Wohnstandort älterer Bevölkerungsgruppen im Falle eines Verbleibs am bisherigen suburbanen Wohnstandort. Die demographischen und siedlungsstrukturellen Veränderungsprozesse suburbaner Wohngebiete werden diskutiert und zukünftige strukturelle Probleme hinsichtlich der Versorgungssituation vor dem Hintergrund demographischer Alterung herausgearbeitet. Hierzu werden Siedlungsprozesse der Suburbanisierung der vergangenen Jahrzehnte und die damit einhergehende Entwicklung von Versorgungsstrukturen nachgezeichnet.

Die gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen der Ausführungen zu den konzeptionellen Grundlagen der vorliegenden Arbeit dienen als Interpretationsrahmen der empirischen Untersuchungen.

Teil 3: Sekundärstatistische und empirische Untersuchung (Kapitel 4, 5 und 6)

Basierend auf den konzeptionellen Ausführungen erfolgt in Teil 3 zur Beantwortung der Forschungsfragen die Darstellung der sekundärstatistischen und empirischen Untersuchung im Rahmen einer Fallstudie (vgl. Abbildung 1).

Auswahl des Untersuchungsraums

Das Untersuchungsgebiet der Fallstudie bildet der suburbane Raum der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (eine detaillierte Beschreibung und Analyse des Untersuchungsgebietes erfolgt in Kapitel 4.1). Der Untersuchungsraum erstreckt sich auf 16 Suburbanisierungskommunen im linksrheinischen Umland der Stadt Mainz. Administrativ sind die Kommunen dem Landkreis Mainz-Bingen sowie den beiden Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim¹¹¹ zugehörig. In dem Bundesland Rheinland-Pfalz bilden Ortsgemeinden die unterste Ebene im Verwaltungsaufbau und sind in Verbandsgemeinden zusammengeschlossen. Die nächsthöhere Ebene stellen die Landkreise dar.

Die Auswahl dieses Gebietes ist, wie bereits im vorherigen Kapitel aufgeführt, insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich die einzelnen Phasen des Bevölkerungswachstums im Umland der Stadt Mainz in den vergangenen Jahrzehnten fast kongruent zu den typischen Entwicklungsphasen der Suburbanisierung in den alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland verhalten haben. So kam es zunächst in den 1960er Jahren in unmittelbar an die Stadt angrenzenden Ortsgemeinden zu ersten Ausweisungen von Neubaugebieten. In den folgenden Jahrzehnten erweiterten sich die Suburbanisierungsgebiete immer weiter in das Umland, so dass es zu einer flächenhaften Suburbanisierung im gesamten rheinhessischen Raum kam. Die Träger dieser Suburbanisierung waren vorwiegend junge Familien, die in der Familiengründungsphase in das Umland der Städte wanderten und die Wohnform des Einfamilienhauses in einem familienfreundlichen Wohnumfeld präferierten. Infolgedessen entstanden weitgehend altershomogene Siedlungen. Die in den 1970er und 1980er Jahren gewanderten Haushalte in der Familiengründungsphase erreichen nun das Alter 60plus mit der Folge, dass Umlandgebiete von Städten aufgrund der genannten altersselektiven Stadt-Umland-Wanderungen von der demographischen Alterung in überdurchschnittlichem Maße betroffen sind.

Regionalprognosen schätzen, dass bis zum Jahr 2020 der Anteil der über 65-jährigen Einwohner in der Metropolregion Frankfurt a. M./ Rhein-Main bis zu einem Viertel der Gesamtbevölkerung betragen wird.¹¹² Der Landkreis Mainz-Bingen wird ebenfalls mittelfristig einen starken Anstieg der über 65-Jährigen zu verzeichnen haben, wobei die Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerungsgruppen deutlich über dem Landesdurchschnitt von Rheinland-Pfalz liegt. So wird nach den Prognosen des STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ in dem genannten Landkreis die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter zwischen 2010 und 2030 um 45 %

¹¹¹Hinweis: Zum 01.07.2014 wurde die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim und die Verbandsgemeinde Guntersblum zusammengelegt. Daraus entstand die neue Verbandsgemeinde Rhein-Selz.

¹¹²Vgl. DEMOGRAFIENETZWERK FRANKFURT/RHEIN-MAIN, unter: <http://www.demografienetzwerk-frm.de/die-arbeitskreise/wohnen-im-alter/> (abgerufen am 15.10.2013).

und darüber hinaus zunehmen.¹¹³ Das Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) des Bundeslandes Rheinland-Pfalz weist das Gebiet des Landkreises als Raum mit einer besonderen Problemlage hinsichtlich der Veränderung der Altersstruktur, insbesondere innerhalb der Gruppe der 65- bis 80-Jährigen bis zum Jahr 2020 aus.¹¹⁴

Gleichzeitig sind sowohl altersspezifische Versorgungsstrukturnetze in dem Untersuchungsgebiet aufgrund einer flächenintensiven und monofunktionalen Siedlungsentwicklung mit räumlich konzentrierten Einrichtungen der Daseinsvorsorge, einer starken Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr (MIV) bei abnehmender altersbedingter individueller Mobilität und damit einhergehenden ungünstigen Erreichbarkeiten als auch altengerechte Wohnraumangebote oftmals nur eingeschränkt vorhanden.

In den Kommunen des Untersuchungsgebietes ist somit eine fehlende Kongruenz zwischen bebauter Umwelt und den Bedürfnissen einer gealterten Bevölkerung zu konstatieren, wobei das Gefährdungspotenzial der Alterungsdynamik von homogenen suburbanen Wohngebieten zukünftig noch zunehmen wird. Die Kommunen des Untersuchungsgebietes stehen demzufolge vor großen Herausforderungen bei der Umsetzung einer altengerechten Kommunalentwicklung. Gleichzeitig kann die Zunahme der älteren Bevölkerung auch ein Abwanderungspotential älterer Bevölkerungsgruppen in sich tragen.

Diese Problemlage bezieht sich jedoch nicht nur auf Ein- und Zweifamilienhausgebiete in Ortsrandlage, sondern auch auf die Ortskerne von Siedlungen. Demzufolge sind nicht einzelne Quartiere bzw. Stadt- und Dorfteile, sondern die Kommunen als Ganzes Gegenstand der Untersuchung.

Dieser demographischen Entwicklung zufolge eignet sich der vorgestellte Raum als Untersuchungsgegenstand, um die dargelegten Forschungsziele zu erreichen.

Methodisches Vorgehen

Untersuchungsschritt 1: Sekundärstatistische Erhebung bevölkerungstatistischer Kennzahlen. (Beantwortung von Forschungsfrage 1)

In einem ersten Untersuchungsschritt werden zunächst die demographischen Rahmenbedingungen im Untersuchungsgebiet betrachtet. Im Speziellen werden mittels einer Analyse von Sekundärstatistiken (Literatur- und Dokumentenanalyse) die derzeitige demographische Situation und die zu erwartende demographische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Verschiebungen im Altersaufbau im Bundesland Rheinland-Pfalz und in den Untersuchungskommunen dargestellt. Dieser erste Untersuchungsschritt zeigt auf, inwieweit das Phänomen der demographischen Alterung in den suburbanen Untersuchungskommunen zum Tragen kommt.

¹¹³Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 145.

¹¹⁴Vgl. MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz, S. 52.

Untersuchungsschritt 2: Sekundärstatistische Erhebung von Daten zur Angebotsstruktur im Bereich Nahversorgung, medizinische Versorgung, Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs.

(Beantwortung von Forschungsfrage 2)

Mittels einer Analyse von Sekundärstatistiken (Literatur- und Dokumentenanalyse) zu der Versorgungsstruktur soll die derzeitige Ausstattungsqualität der Untersuchungskommunen in Bezug auf die jeweiligen Daseinsvorsorgebereiche Nahversorgung, medizinische Versorgung und Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs charakterisiert werden.

Die Gewinnung von Erkenntnissen über die lokalen Versorgungsstrukturen im Untersuchungsraum dient ebenfalls als Interpretationsgrundlage für die im Folgenden dargestellte Untersuchung der Standortbewertung.

Untersuchungsschritt 3: Auswahl der Untersuchungsgruppe und Konzeption der empirischen Befragung

Im Zentrum des Forschungsinteresses dieser Arbeit steht die Bevölkerungsgruppe der *Jungen Alten*. Eine allgemeingültige Einordnung in eine bestimmte Altersgruppe bzw. Definition existiert für diese Gruppe nicht. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden unter diesen Terminus die 60- bis 70-Jährigen subsumiert und dementsprechend ebenso als Generation 60plus oder Bevölkerungsgruppe 60plus bezeichnet. Diese Bevölkerungsgruppe der *jungen Alten* kann eigenständig über die Umsetzung eines freiwilligen Umzugs entscheiden und ist dementsprechend im Rahmen von Wanderungsuntersuchungen von der Gruppe der hochaltrigen Menschen, denen ein erzwungener Umzug in ein Alters- oder Pflegeheim bevorsteht, zu differenzieren.

Im Rahmen der teilstandardisierten postalischen Befragung ist der Gesamtheit der Haushalte der Geburtsjahrgänge 1945 bis 1953 in den 16 Untersuchungskommunen ein Fragebogen zugesendet worden (insgesamt 3.942 Haushalte). Folgende Indikatoren definieren die Untersuchungsgruppe der Haushalte der Generation 60plus (zur detaillierten Beschreibung der Auswahl vgl. Kapitel 4.2.1):

1. Bevölkerungsbezogener Indikator: Haushalte, die a) der Nachkriegsgeneration angehören und b) zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 60 Jahre alt sind (d. h. Untersuchungsjahrgänge: 1945 bis 1953).
2. Siedlungsstruktureller Indikator: Es ist anzunehmen, dass ein hoher Anteil der befragten Haushalte in Neubaugebieten der 1970er und 1980er Jahre wohnt. Ein- und Zweifamilienhäuser waren in diesen Kommunen in den letzten Jahrzehnten der wichtigste Neubautyp. Ebenso ist diese Bevölkerungsgruppe in den alten Ortskernen ansässig. Eine Differenzierung wird diesbezüglich im Rahmen der empirischen Erhebung vorgenommen.

Eine detaillierte Darlegung der Vorgehensweise bei der empirischen Erhebung und des Fragebogendesigns erfolgt in Kapitel 4.2.

Untersuchungsschritt 4: Empirische Befragung zum Versorgungsverhalten der befragten Haushalte sowie zur subjektiven Standortbewertung
(Beantwortung der Forschungsfragen 2, 3 und 4)

Forschungsfrage 2 wird zum einen durch eine sekundärstatistische Analyse der Ausstattung der Kommunen mit Angeboten der Daseinsvorsorge und zum anderen anhand einer empirischen Analyse des Versorgungsverhaltens der Haushalte der Generation 60plus untersucht. Die Erforschung des Versorgungsverhaltens der befragten Haushalte erfolgt im Rahmen der genannten teilstandardisierten postalischen Haushaltsbefragung mittels eines Fragebogens.

Untersuchungsschritt 4 dient des Weiteren der Erforschung der subjektiven Standortbewertung der Haushalte der Generation 60plus in Bezug auf die Daseinsvorsorgebereiche Nahversorgung, medizinische Versorgung sowie Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs in den suburbanen Untersuchungskommunen. Als Datenerhebungsverfahren ist ebenso eine teilstandardisierte postalische Befragung mittels eines Fragebogens ausgewählt worden.

Untersuchungsschritt 5: Empirische Befragung zur Wohnmobilität
(Beantwortung der Forschungsfragen 5, 6, 7 und 8)

Untersuchungsschritt 5 dient der Erhebung von Daten zur prospektiven Wohnmobilität bzw. der Umzugsbereitschaft der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus. Als Datenerhebungsverfahren ist auch hier eine teilstandardisierte postalische Befragung mittels eines Fragebogens ausgewählt worden.

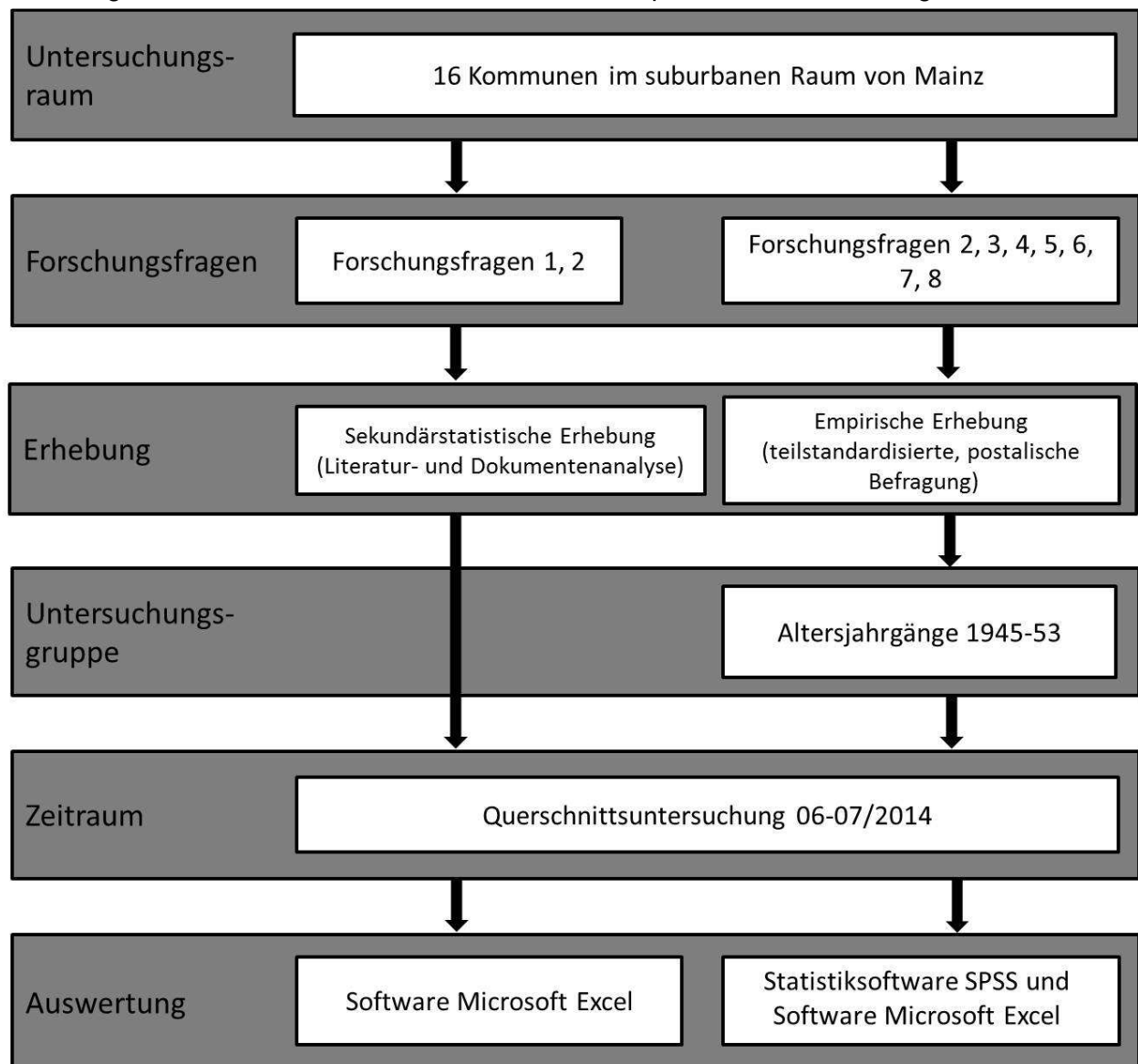
Zeitraum der empirischen Untersuchung

Bei dem Forschungsvorhaben handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung in den Monaten Juni und Juli des Jahres 2014.

Auswertung

Die Forschungsfragen 1 und 2 werden zum Teil mittels der Software Microsoft Excel ausgewertet. Zur Beantwortung der Forschungsfragen 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 werden die empirisch erhobenen Daten mit Hilfe der Statistiksoftware SPSS sowie der Software Microsoft Excel bearbeitet.

Abbildung 1: Aufbau der sekundärstatistischen und empirischen Untersuchung



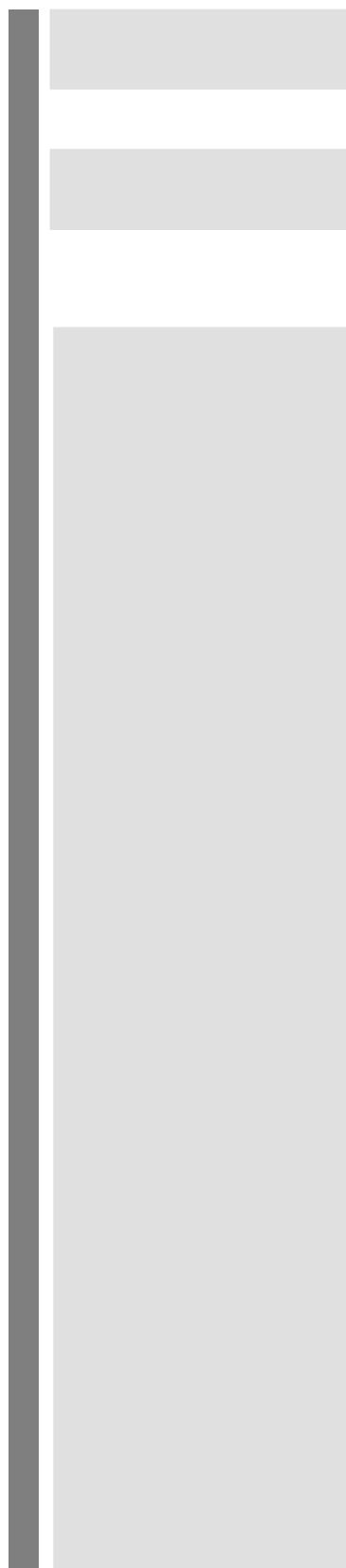
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Teil 4: Handlungsbedarfe, Handlungsansätze und Fazit (Kapitel 7 und 8)

Im abschließenden Teil 4 werden zur Beantwortung der Forschungsfrage 9 aus den Ergebnissen der sekundärstatistischen und empirischen Untersuchung und der Beantwortung der Forschungsfragen 1 bis 8 zentrale Forschungserkenntnisse zusammengefasst und Schlussfolgerungen für den ausgewählten Untersuchungsraum gezogen. Das Ziel liegt in einer induktiven Herausarbeitung von allgemeinen Handlungsbedarfen für die Planungspraxis, die die Auswirkungen der demographischen Alterung auf die suburbanen Siedlungsgebiete in Deutschland mit sich bringen und in der Konsequenz zu Abwanderung älterer Bevölkerungsgruppen führen können.

Anschließend werden, auf der Ableitung von allgemeinen Handlungsbedarfen aufbauend, übergeordnete strategische Handlungsansätze zur Gestaltung und Anpassung eines seniorenge- rechten Versorgungs- und Wohnraumangebotes in suburbanen Räumen erarbeitet. Diese Handlungsempfehlungen sollen potentiell auftretenden Fortzugstendenzen der Bevölkerungs- gruppe 60plus entgegenwirken. Abschließend wird ein Fazit über die Abhandlungen der Arbeit gezogen.

2



2 Aging in place oder Umzug im Alter? Konzeptionelle Erklärungsansätze, Rahmenbedingungen und bisherige empirische Befunde zu Wohnstandortentscheidungen älterer Bevölkerungsgruppen in Deutschland

Dem Forschungsgegenstand dieser Arbeit entsprechend, liegt der Fokus des Kapitels 2 auf der Bevölkerungsgruppe älterer Menschen und deren räumlicher Mobilität. Die folgenden Ausführungen befassen sich demnach mit konzeptionellen Grundlagen zur Thematik der Wohnstandortentscheidungen älterer Bevölkerungsgruppen. Anhand verhaltenstheoretischer Modelle zur Wohnstandortbewertung und Wohnmobilität werden Erklärungsansätze für Wohnstandortentscheidungen dargestellt. Darüber gilt dieses Kapitel der Auseinandersetzung mit einzelnen Rahmenbedingungen bzw. Faktoren, die Wohnstandortentscheidungen generell determinieren sowie mit bisherigen themenbezogenen empirischen Befunden.

Im Einzelnen soll zunächst die Zielgruppe der älteren Bevölkerungsgruppen in Deutschland, unter besonderer Beachtung der Bevölkerungsgruppe 60plus, charakterisiert werden, indem eine Erörterung des Altersbegriffs, eine Differenzierung innerhalb der Lebensphase Alter und eine Darstellung deren sozioökonomischer Lebenslage als Rahmenbedingung von Wohnstandortentscheidungen vorgenommen wird. Die Bevölkerungsgruppe der Älteren hat in den letzten Jahren in Deutschland einen quantitativen und qualitativen Altersstrukturwandel sowie damit implizierte Ausdifferenzierungsprozesse durchlaufen, die sich auch in Zukunft fortsetzen werden. Diese soziodemographischen Entwicklungstrends stellen gleichzeitig einen bedeutenden Einflussfaktor der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland dar und sollen in den folgenden Ausführungen aufgezeigt werden.

Darüber hinaus sind die raumspezifischen Rahmenbedingungen des Alterns in Form der Versorgungs- und Wohnsituation älterer Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter Gegenstand der grundlegenden Betrachtungen von Wohnstandortentscheidungen.

Ebenso werden strukturelle Rahmenbedingungen am Beispiel von Angebots- und Nachfragemuster auf den Wohnungsmärkten als Determinante von Wohnstandortentscheidungen beleuchtet.

Anschließend folgt eine Analyse bisheriger quantitativer und räumlicher Ausprägungen von räumlicher Mobilität älterer Haushalte.

2.1 Konzeptionelle Erklärungsansätze für Wohnstandortentscheidungen

2.1.1 Begriffsbestimmungen

Wohnstandortentscheidungen als Obergriff für subjektive Wohnstandortbewertung sowie Wohnmobilität und Wohnpersistenz

Das folgende Kapitel dient der Definition und Abgrenzung der zentralen Begriffe *Wohnstandortentscheidungen*, *subjektive Wohnstandortbewertung* sowie *Wohnpersistenz* und *Wohnmobilität* im Rahmen der vorliegenden Arbeit.

Wohnstandortentscheidungen von Akteuren bestimmen neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung die zahlenmäßige Entwicklung der Bevölkerung eines Gebietes, die sozialräumliche Struktur und die daraus folgende räumliche Differenzierung von Raumeinheiten, da beispielsweise Prozesse wie Bevölkerungssuburbanisierung und -reurbanisierung das Ergebnis von vielfachen individuellen Entscheidungen über den Wohnstandort darstellen.¹¹⁵

Wohnstandortentscheidungen von Individuen bzw. Haushalten können als „im Lebensverlauf regelmäßig ablaufende individuelle Bewertungs- und Entscheidungsprozesse in Bezug auf einen subjektiv angemessenen Wohnstandort, die von Wohnwünschen, der Verfügung über materielle und kulturelle Ressourcen sowie von institutionellen Restriktionen, insbesondere dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem jeweiligen Wohnungsmarkt, beeinflusst werden“¹¹⁶ und die sowohl den Verbleib an einem Wohnstandort als auch sein Verlassen zur Folge haben, konzeptualisiert werden. Wohnstandortentscheidungen sind weiterhin als „komplexe und prozessuale, aber auch aufschiebbare, reversible und im Lebensverlauf wiederholte Handlungen von Haushalten, die stark von der sozialen Lage und der Stellung im Lebenszyklus abhängen“, zu charakterisieren.¹¹⁷

Der Schwerpunkt der vorliegenden empirischen Untersuchung liegt sowohl auf der subjektiven Wohnstandortbewertung durch einzelne Akteure (Haushalte) als auch auf deren Wohnmobilität bzw. Wohnpersistenz. Diese Termini werden unter dem genannten Oberbegriff der Wohnstandortentscheidungen subsumiert.

Wohnstandortentscheidungen = Subjektive Wohnstandortbewertung +
Wohnmobilität/ Wohnpersistenz

¹¹⁵Vgl. GAEBE, W. (2004): Urbane Räume. Stuttgart, S. 124.

¹¹⁶STEINFÜHRER, A. (2004): Wohnstandortentscheidungen und städtische Transformation – vergleichende Fallstudien in Ostdeutschland und Tschechien. Wiesbaden, 41.

¹¹⁷STEINFÜHRER, A. (2004): Wohnstandortentscheidungen und städtische Transformation – vergleichende Fallstudien in Ostdeutschland und Tschechien. Wiesbaden, 41.

Subjektive Wohnstandortbewertung sowie Wohnmobilität und Wohnpersistenz

Der erste Teil der empirischen Untersuchung befasst sich mit der subjektiven Bewertung von versorgungsstrukturellen Merkmalen des Wohnstandortes sowie der Wohnung im Vorfeld einer möglichen Umzugsentscheidung. Hierfür wird der Begriff der **subjektiven Wohnstandortbewertung, bestehend aus der derzeitigen Standortzufriedenheit und zukünftigen Standortanforderungen** herangezogen. Als konzeptionelle Basis wird hierfür das Konstrukt der Wohnzufriedenheit herangezogen, das die individuelle Beurteilung und Einschätzung der persönlich erfahrenen Wohnsituation beschreibt.¹¹⁸ Im Rahmen dieser Arbeit werden unter dem Konstrukt der Wohnzufriedenheit sowohl die Zufriedenheit mit einzelnen Faktoren mit Bezug zu der Wohnung, dem Wohnumfeld und dem Wohnstandort als auch zukünftige Anforderungen in diesen Bereichen subsummiert.

Wohnzufriedenheit wird in der Literatur auf vielfältige Weise definiert, wobei der Terminus u. a. als „Ausdruck der Passung oder Fehlpassung von Umweltbedingungen und Wohnbedürfnissen verstanden werden kann“.¹¹⁹ Als Umweltbedingungen können in diesem Kontext die räumlichen Ebenen des Wohnstandortes, des Wohnumfeldes und der Wohnung interpretiert werden. Wohnbedürfnisse schließen, vereinfacht dargestellt, persönliche Präferenzen und Wohnwünsche sowie notwendige Anforderungen an das Wohnen ein,¹²⁰ wobei Wohnwünsche sich primär an idealen Vorstellungen der Wohnsituation orientieren und Handlungsmöglichkeiten der Umsetzung vernachlässigen. Der Grad der Wohnzufriedenheit ist ein wichtiger Indikator für die Bestimmung der subjektiv wahrgenommenen Wohn- und Lebensqualität und stellt darüber hinaus einen entscheidenden Faktor für das Umzugsverhalten von Individuen dar.

Dem Phänomen der Mobilität wird sich in den Raumwissenschaften von zwei unterschiedlichen Forschungsansätzen her genähert: „Der Mobilitätsbegriff kann einmal zur Charakterisierung individuellen Verhaltens (Mobilität als Individualkategorie) herangezogen werden und zum anderen zur Bezeichnung der Eigenschaften eines Systems (Mobilität als Systemkategorie) verwendet werden. Die entsprechenden Forschungsrichtungen lassen sich als verhaltenstheoretische bzw. systemorientierte Ansätze bezeichnen, oder man unterscheidet zwischen einer mikroanalytischen, d. h. auf einzelne Personen bezogene, und einer makroanalytischen, d. h. mit aggregierten Daten arbeitenden, Betrachtungsweise.“¹²¹

¹¹⁸Vgl. MOTEL, A., KÜNEMUND, H. und CHR. BODE (2000): Wohnen und Wohnumfeld. In: KOHLI, M. und H. KÜNEMUND (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Wiesbaden, S. 145f.

¹¹⁹Vgl. KAHANA, E. (1975). A congruence model of person-environment interaction. In: WINDLEY, P. G. and G. ERNST (Hrsg.). Theory development in environment and aging. Gerontological Society Washington, DC; KAHANA, E. (1982). A congruence model of person-environment interaction. In: LAWTON, M. P., WINDLEY, P. G. and T. O. BYERTS (Hrsg.). Aging and the environment. Theoretical approaches. New York, S. 97-121.

zit. nach OSWALD, F. (2002): Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse im Alter. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Band 230. Stuttgart, S. 97f.

¹²⁰Vgl. Oswald, F. (2002): Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse im Alter. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart, S. 97.

¹²¹BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 277.

Allgemein wird der Begriff der Mobilität als „Wechsel eines Individuums zwischen definierten Einheiten eines Systems“ beschrieben.¹²² „Die definitorischen Einheiten eines auf den gesellschaftlichen Bereich bezogenen Systems können durch soziale und/oder räumliche Merkmale bestimmt sein. Für den Positionswechsel innerhalb eines sozial definierten Systems gebraucht man den Begriff *soziale Mobilität* („z. B. sozialer Auf- und Abstieg“) und für den Positionswechsel innerhalb eines räumlich definierten Systems den Begriff *räumliche Mobilität*, („unabhängig von räumlicher Distanz und der Häufigkeit dieses Vorgangs“).“¹²³

Die verschiedenen Formen räumlicher Mobilität können in zwei Gruppen unterteilt werden: Im Falle eines Wohnsitzwechsels mit Überschreitung einer Gemeindegrenze spricht man von Wanderung (Migration). Wird kein Wohnsitzwechsel vorgenommen fällt dies in die Gruppe von Zirkulationen (zirkuläre Mobilität), wie beispielsweise der Pendlerverkehr.¹²⁴

Als Wohnmobilität kann „unabhängig von räumlichen Distanzen [...] jeder Wohnungswechsel innerhalb des Untersuchungszeitraumes [...] verstanden („werden“).“¹²⁵ Dabei wird Wohnmobilität in der Forschung teilweise als Wohnungswechsel bzw. Wohnstandortveränderungen definiert, die eine mögliche Wohnpersistenz an dem bisherigen Standort, wie im Rahmen dieser Arbeit, nicht miteinschließt.¹²⁶ Der Terminus der Wohnmobilität ist demnach per se innerhalb dieser Begriffsdefinition der räumlichen Mobilität zu den Wanderungen (Migration) zu zählen.

Allerdings werden in der raumwissenschaftlichen Forschung sowie in der amtlichen Wanderungsstatistik Wanderungen primär als eine tatsächliche und bereits vollzogene Handlung gesehen. Wohnmobilität dagegen kann, je nach Perspektive der Untersuchung und des Forschungsansatzes, in prospektive und retrospektive Wohnmobilität unterteilt werden, wobei ein prospektiver Ansatz nach der Bereitschaft zur räumlichen Mobilität und den Motivstrukturen fragt, während retrospektive Betrachtungsweisen bereits vorgenommene Wohnungswechsel und die Umzugsgründe untersuchen.¹²⁷ Zusätzlich dazu verstehen einige Autoren Wohnmobilität aus Perspektive des Individuums als „kontinuierliche[...] („n“) Prozeß der Auseinandersetzung mit der Wohnsituation, die die Selbsthaftigkeit genauso einschließt wie alle Phasen der mit einem Wohnungswechsel verbundenen Mobilität: Lebensumstände können sich ändern, Bedürfnisse nach einer neuen Wohnung oder unmittelbare Zwänge, sie verlassen zu müssen, treten auf, Entscheidungen werden getroffen oder aufgenötigt, Alternativen kommen in Betracht, es wird unter mehr oder weniger restriktiven Bedingungen ausgewählt, gewandert oder verblieben.“¹²⁸

¹²²MACKENSEN, R., VANBERG, M. und K. KRÄMER (1975): Probleme regionaler Mobilität. Göttingen, S. 8.

¹²³BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 277.

¹²⁴Vgl. BÄHR, J. (2004): Bevölkerungsgeographie. 4. Auflage. Stuttgart, S. 248.

¹²⁵SCHNEIDER, N.(1997): Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland. Discussion Paper FS III 97-404. Wissenschaftszentrum, Berlin, S. 13.

¹²⁶Vgl. FRANZ, P. (1984): Soziologie der räumlichen Mobilität. Frankfurt a. M./New York, S. 30.

¹²⁷Vgl. SCHNEIDER, N.(1997): Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland. Discussion Paper FS III 97-404. Wissenschaftszentrum, Berlin, S. 6.

¹²⁸JESSEN, J., MEINECKE, B. und U. J. WALTHER (1979): Faktoren innerregionaler Wanderung – Verhalten der Wohnbevölkerung. In: ROBERT-BOSCH-STIFTUNG (Hrsg.): Beiträge zur Stadtforschung. Band 1: Vorstudien zu einem Forschungsprogramm. Stuttgart, S. 19.

Eine abschließende Definition einzelner Begriffe kann an dieser Stelle nicht gegeben werden, da innerhalb der wissenschaftlichen Literatur, wie oben dargestellt, „[...] keine einheitliche Begriffsdefinition der Formen räumlicher Mobilität („existieren“).“¹²⁹

Ausgehend von den bisherigen Ausführungen wird der Begriff der Wohnmobilität im Rahmen dieser Arbeit anhand eines prospektiven Ansatzes betrachtet, wonach **Wohnmobilität als Umzugsbereitschaft oder als Motivation zum Ortswechsel definiert ist**. Der Verbleib am bisherigen Wohnort, die so genannte Wohnpersistenz bzw. Sesshaftigkeit, stellt folglich die gegensätzliche Entscheidungs- und Handlungsoption dar.

Der Forschungsansatz ist ein mikroanalytischer, dessen Analyseeinheit die Personenebene bildet. Im Hinblick auf die räumliche Dimension sind hinsichtlich der Zielorte sowohl potentielle internationale Wanderungen, interregionale Wanderungen, intraregionale Wanderungen als auch Ortsumzüge¹³⁰ Gegenstand der Analyse. Allerdings liegt der Schwerpunkt hierbei auf Nahwanderungen¹³¹ bzw. auf kleinräumigen Wanderungen, da Faktoren wie infrastrukturelle Ausstattung des Wohnortes und wohnungsbezogene Faktoren hauptsächlich räumliche Mobilität geringer Distanzen erklären, während weiträumigere Wanderungen primär von externen Rahmenbedingungen wie z. B. Arbeitsmarkt, klimatische Verhältnissen etc. determiniert werden.

2.1.2 Verhaltenstheoretische Modelle von Wohnstandortentscheidungen

Erklärungsansätze der Wohnzufriedenheit

Das Konstrukt der Wohnzufriedenheit kann, wie bereits in Kapitel 2.1.1 angedeutet, als ein Indikator für die Ausprägung der Kongruenz zwischen physischen Wohnbedingungen und den Wohnbedürfnissen der jeweiligen Individuen definiert werden.

Wichtige Merkmale der physischen Wohnbedingungen bzw. der räumlichen Umwelt von Personen, die bei der Bewertung der Wohnsituation bzw. Wohnqualität eine entscheidende Bedeutung zukommt sind im Bereich der Wohnung vor allem die Wohnungsgröße, die Anzahl der Räume, die Ausstattung, der bauliche Zustand und die architektonische Gestaltung, während im Bereich des Wohnumfeldes und des Wohnortes generell Versorgungs- und Infrastruktureinrichtung wie Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche Versorgung und Nahverkehrsmittel sowie deren Erreichbarkeit, Wohnlage und Image, Naturnähe etc. als Bewertungsfaktoren herangezogen werden können. Im Hinblick auf spezielle Anforderungen von älteren Menschen lassen sich zu den

¹²⁹SCHNEIDER, N.(1997): Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland. Discussion Paper FS III 97-404. Wissenschaftszentrum, Berlin, S. 13.

¹³⁰„Umzüge innerhalb von Gemeinden zählen nicht als Wanderungen, sondern als Ortsumzug“ (AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG und LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 1267.)

¹³¹Nahwanderungen können als Umzug in eine benachbarte Gemeinde (Bezirk) definiert werden (BÄHR, J. (2010): Bevölkerungsgeographie. 5. Auflage. Stuttgart, S. 247). Im Rahmen dieser Arbeit werden jedoch unter Nahwanderungen intraregionale Wanderungen verstanden, die über benachbarte Kommunen als Zielort der Wanderung hinaus gehen.

Bedingungen des Wohnumfeldes und des Wohnortes ebenfalls Verkehrsbarrieren, Sicherheitslage und soziale Einbindung in nachbarschaftliche Netzwerke nennen, ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit aller in Betracht kommenden Indikatoren zu beanspruchen.

Wohnbedürfnisse stellen spezielle Bedürfnisse des Menschen dar, die einen festen Bezug zur Wohnumwelt aufweisen.¹³² Dabei können Wohnbedürfnisse in Grundbedürfnisse (basic needs), die beispielsweise im Alter dem Erhalt der Selbständigkeit dienen und Wachstumsbedürfnisse (higher-order needs), die zur Umsetzung von Präferenzen und der Ausgestaltung von Wohnwünschen beitragen, differenziert werden.¹³³ Wohnbedürfnisse sind determiniert von individuellen Einflussgrößen wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand, sozialer Status und Einkommen, soziales Umfeld, Wertvorstellungen, Lebensstil, bisherige Wohnbiographie etc. und können innerhalb der verschiedenen Lebensabschnitte unterschiedliche Ausprägungen und Formen annehmen.

Wie bereits in Kapitel 2.1.1 aufgegriffen, kann die Relation von objektiven Wohnbedingungen (Wohnung, Wohnumfeld, Wohnstandort) und subjektiven Wohnbedürfnissen sich dahingehend verdeutlichen, dass Wohnbedingungen, die mit den Wohnbedürfnissen einer Person kongruent sind (Passung), eine subjektiv als hoch empfundene Wohnqualität und damit eine hohe Wohnzufriedenheit mit sich bringen, in deren Folge eine Wohnortveränderung ausgeschlossen werden kann. Besteht keine Kongruenz zwischen Wohnbedürfnissen und Wohnbedingungen (Fehlpassung) kann Unzufriedenheit mit der räumlichen Umwelt als Wandermotiv zu einem Wohnungswechsel führen.¹³⁴ „Wohnzufriedenheit wird also nicht nur als ein Kriterium für die Qualität der Wohnumwelt angesehen, sondern zugleich auch als ein Faktor, der ein bestimmtes Verhalten *voraussagt*, z. B. Umziehen oder Nicht-Umziehen“¹³⁵ (vgl. Abbildung 2).

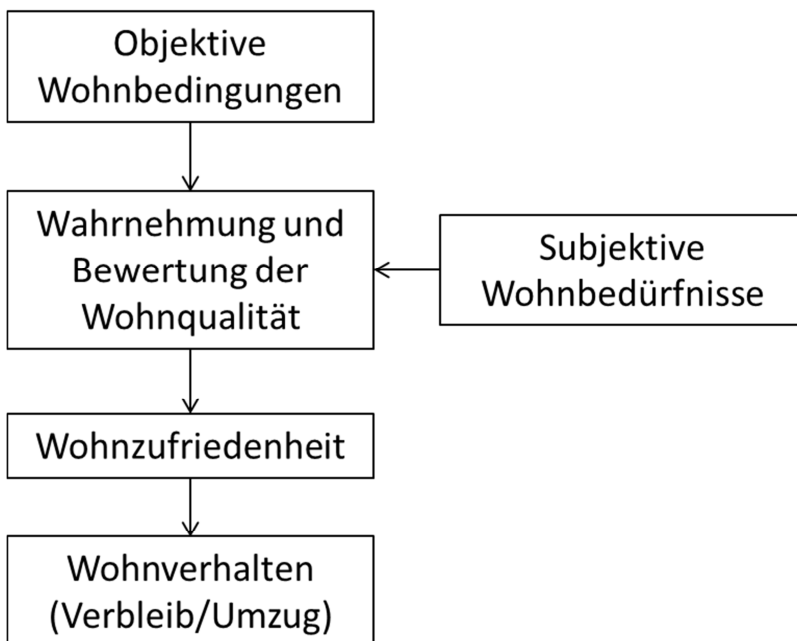
¹³²Vgl. FLADE, A. (1987): Wohnen psychologisch betrachtet. Bern, S. 52.

¹³³Vgl. Oswald, F. (2002): Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse im Alter. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart, S. 97.

¹³⁴Vgl. Oswald, F. (2002): Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse im Alter. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart, S. 98.

¹³⁵FLADE, A. (1987): Wohnen psychologisch betrachtet. Bern, S. 67.

Abbildung 2: Modell der Wohnzufriedenheit



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2015

Allerdings ist die modellhafte Vorstellung des Konstruktes der Wohnzufriedenheit als exaktes Maß für die Qualität der Wohnumwelt mit gewissen Einschränkungen verbunden. Denn zwischen Wohnzufriedenheit und den objektiven Wohnbedingungen besteht keine direkte Verbindung, da individuelle Merkmale der bewertenden Personen und die daraus entstehenden Wohnbedürfnisse mit in diesen Prozess einzubeziehen sind. Wohnzufriedenheit kann deshalb vielmehr als individuelle Wahrnehmung und Bewertung der objektiv vorhandenen Wohnqualität betrachtet werden.

In dessen Folge treten im Kontext der Bestimmung und Beurteilung von Wohnzufriedenheit gewisse Paradoxien in Form von Abweichungen zwischen realen Verhältnissen und deren subjektiver Bewertung auf. „Während [...] einerseits die Abfrage von Wohnwünschen immer eine große Diskrepanz zu den gegenwärtigen Wohnbedingungen hervortreten lässt, zeigt sich in Zufriedenheits-Untersuchungen mit gleicher Regelmäßigkeit das Gegenteil: Die meisten Menschen sind damit, wie sie wohnen, recht zufrieden.“¹³⁶ Hohe Zufriedenheitswerte im Rahmen von empirischen Befragungen lassen also nicht uneingeschränkt Rückschlüsse auf eine gute Wohnqualität eines Raumes zu. Dieses sogenannte Zufriedenheitsparadoxon besagt, dass ein großer Teil der Personen trotz schlechter Wohnbedingungen mit ihrer Wohnsituation zufrieden ist. Das Phänomen kann u. a. damit erklärt werden, dass „ein Absenken der eigenen Ansprüche („erfolgt“), wenn sich keine Möglichkeiten zur aktiven Anpassung (z.B. durch Umgestaltung oder gar einen Wechsel der Wohnumwelt) anbieten.“¹³⁷

¹³⁶HÄUßERMANN, H. und W. Siebel (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. Weinheim und München, S.217.

¹³⁷THOMAS, D., FUHRER, U. und C. QUASIER-POHL (2006): Einfluss wahrgenommener Wohnqualität auf die Ortsbindung. Besonderheiten in einem ostdeutschen Sanierungsgebiet. Umweltpsychologie, 10. Jg., Heft 2, S. 14.

Erklärungsansätze der Wohnmobilität

Die vor dem Hintergrund individueller Wohnbedürfnisse vorgenommene Perzeption und Bewertung der Wohnstandortqualität durch ein Individuum und die sich daraus ergebende Wohnzufriedenheit determiniert, wie im Modell der Wohnzufriedenheit erklärt, in entscheidender Weise das Maß der Bindung an einen Wohnstandort. Gleich der Beeinflussung individueller Wohnbedürfnisse durch eine Vielfalt unterschiedlicher Faktoren ist auch das Wohnstandort- bzw. Umzugsverhalten von Haushalten multifaktoriell bedingt.

Je nach Wanderungsdistanz sind größtenteils differente Wanderungsmotive zu konstatieren. Während kleinräumige Wanderungen eng mit Wohnbedürfnissen verbunden sind¹³⁸, lassen sich Fernwanderungen vor allem durch strukturelle Motive wie ausbildungs- und berufsbedingte Gründe erklären.¹³⁹ Da in dieser Arbeit der Schwerpunkt auf die Nahwanderungen liegt, werden eher Umzugsmotivationen aufgrund von Wohnbedürfnissen, -wünschen und -anforderungen und der daraus resultierenden Wohnzufriedenheit angesprochen.

Im Folgenden wird anhand konzeptioneller Ansätze aus den Raumwissenschaften dargelegt, wie das Phänomen der Wohnmobilität von Individuen zu erklären ist:

Grundsätzlich ist räumliche Mobilität, wie im Rahmen der Begriffsdefinitionen bereits dargelegt, von verschiedenen Perspektiven aus zugänglich, die dementsprechend zu unterschiedlichen Forschungsansätzen führen. Bestimmend sind hierbei die Maßstabsebene der zu untersuchenden Phänomene sowie die angewendeten Untersuchungsmethoden. Es kann zwischen umfassenden makro- und mikroanalytischen Betrachtungsweisen differenziert werden. Während deterministische Wanderungsmodelle auf der Makroebene (z. B. Distanz- und Gravitationsmodelle) fungieren und „genaue Relationen zwischen dem Phänomen der Wanderung und einzelnen zur Erklärung herangezogenen („Struktur-“) Merkmalen („wie z. B. Wohnungsmarkt oder Wohnungspolitik“) ausdrücken“¹⁴⁰, gründen verhaltensorientierte Modelle darauf, „daß Migrationen Resultate eines *Entscheidungsprozesses* mobilitätsfähiger Einheiten (Einzelpersonen, Familien) sind und dann erklärbar, wenn die wesentlichen entscheidungsrelevanten Faktoren gefunden werden können.“¹⁴¹

Im Rahmen der konzeptionellen Auseinandersetzung mit Wohnstandortentscheidungen von suburbanen Haushalten der Bevölkerungsgruppe 60plus in Deutschland werden mikrotheoretische Ansätze dargestellt, da die Stärke dieser in der Erklärung der Vorgänge und Aktivitäten innerhalb des Entscheidungsprozesses zur Verlagerung von Wohnstandorten liegt.¹⁴² Den Mikrotheorien sind jedoch auch Schwächen immanent. „Mikrotheorien erklären zwar den Wandervorgang und die dahinter stehenden Faktoren gut. Da die Merkmale aber oft nicht exakt gemessen werden können, beinhalten diese Modelle mehr subjektive Einschätzungen als objektiv haltbare Urteile. Zudem ist die Aussage einer Abwanderungsbereitschaft nur bedingt an-

¹³⁸Vgl. BÄHR, J. (1997): *Bevölkerungsgeographie*. 3. Auflage. Stuttgart, S. 363.

¹³⁹Vgl. MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL (2007): *Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen*. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden, S. 227.

¹⁴⁰BÄHR, J. (1997): *Bevölkerungsgeographie*. 3. Auflage. Stuttgart, S. 299f.

¹⁴¹FRANZ, P. (1984): *Soziologie der räumlichen Mobilität*. Frankfurt a. M./New York, S. 67.

¹⁴²Vgl. BÄHR, J. (1997): *Bevölkerungsgeographie*. 3. Auflage. Stuttgart, S. 302.

wendbar auf die Prognose künftiger Wanderungen – von einer vollkommenen Rationalität im Entscheidungsverhalten kann nicht ausgegangen werden.“¹⁴³

Zunächst wird der auf WOLPERT¹⁴⁴ zurückgehende **verhaltenstheoretische Ansatz** zur Erklärung von Migration vorgestellt, der Wanderungsentscheidungen als Ergebnis des Entscheidungsprozesses von Einzelpersonen bzw. Haushalten definiert. Umzugsentscheidungen sind dabei nicht nur von individuellen Bedürfnissen und Wünschen bestimmt, sondern auch von der Fähigkeit der Informationsbeschaffung und -verarbeitung (z. B. bezüglich des Faktors Wohnungsmarkt), so dass im genannten verhaltenstheoretischen Ansatz zur Erklärung von Wanderungen „das Such-, Wahrnehmungs- und Bewertungsverhalten der einzelnen Entscheidungsträger im Vorfeld der Wanderung“ im Fokus steht.¹⁴⁵ Auf Basis dieses verhaltenstheoretischen Ansatzes entwickelte BÄHR¹⁴⁶ in Anlehnung an ROSEMAN¹⁴⁷ und GATZWEILER¹⁴⁸ ein verallgemeinertes Entscheidungsmodell, das im Folgenden beschrieben wird (vgl. Abbildung 3):

Ausgangspunkt für eine Wanderung stellt die Unzufriedenheit eines Individuums mit den Merkmalen bzw. Standortfaktoren des gegenwärtigen Aktionsraumes (activity space) dar. Auslöser dieser Unzufriedenheit ist das Vorhandensein von defizitären Bedingungen am gegenwärtigen Wohnstandort oder der Zugang zu Informationen über attraktive Alternativen. Die Unzufriedenheit der Entscheidungseinheit ist auf zwei Ursachengruppen zurückzuführen, die in

1. Faktoren (Stressoren), die mit der Wohnung oder dem Wohnumfeld in Zusammenhang stehen sowie
2. Faktoren, die eine Beziehung zu den Bereichen Arbeit, Ausbildung und Freizeit aufweisen

klassifiziert werden.

Hat die Unzufriedenheit ein Maß erreicht, dass eine gewisse Toleranzgrenze überschritten ist, hat dies eine negative Beurteilung des Standortnutzens (place utility) des derzeitigen Wohnstandortes zur Folge.¹⁴⁹ Der Wohnstandortnutzen ist die subjektive Wahrnehmung der Attraktivität des derzeitigen Wohnstandorts, bei gleichzeitigem Abgleich der Attraktivität anderer Standorte.

¹⁴³MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL (2007): Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden, S. 227.

¹⁴⁴Vgl. WOLPERT, J. (1965): Behavioral Aspects of the Decision to Migrate. Papers, Regional Science Association 15 (1): 159-169.

¹⁴⁵BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 301.

¹⁴⁶Vgl. BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 301f.

¹⁴⁷Vgl. ROSEMAN, C. C. (1971): Migration as a Spatial and Temporal Process. Annals of the Association of American Geographers 61 (2): 589-598.

¹⁴⁸Vgl. GATZWEILER, H. (1975): Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Analyse und Prognose altersspezifischer interregionaler Wanderungen (=Forschungen zur Raumentwicklung) Band 1. Bonn.

¹⁴⁹Vgl. BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 301.

Dem Individuum bzw. Haushalt stehen in diesem Szenario verschiedene Handlungsoptionen zur Auswahl, um die aufgetretene Unzufriedenheit mit den derzeitigen Wohnbedingungen zu beseitigen:

- „Die Entscheidungseinheit kann ihre Wohnbedürfnisse durch Senken ihrer Toleranzgrenze den Gegebenheiten anpassen,
- Sie kann versuchen, auf die externen oder internen Stressoren einzuwirken, z. B. durch den Erwerb eines PKW oder durch den Umbau eines Eigenheims.
- Sie kann sich zur Suche nach einer neuen Wohnung entschließen.
- Sie kann die („Wohnstandort“) Entscheidung verschieben, bis eine für sie günstige Wohnung angeboten wird.“¹⁵⁰

Welche Handlungsoption letztlich gewählt wird ist nach BÄHR u. a. von verschiedenen individuellen Faktoren der Entscheidungseinheit wie Eigentumsverhältnisse, soziale Integration, Wohndauer etc. abhängig. Im Falle einer Entscheidung für einen anderen als den bisherigen Standort erfolgt die Suche i. d. R. vorerst im näheren Umfeld bzw. im hiesigen (stadt)regionalen Bereich. Besonders wenn die Unzufriedenheit mit einer Dissonanz zwischen subjektiven Wohnbedürfnissen und Standortfaktoren aus den Bereichen Wohnung und Wohnumgebung zu begründen ist, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Befriedigung der Nachfrage durch einen Wohnstandortwechsel innerhalb der bisherigen Region zu erreichen ist. Die Suche nach einem alternativen Wohnstandort erfolgt somit im bisherigen Aktionsraum des Individuums, so dass dieser mit dem Suchraum identisch ist und die Möglichkeit der Informationsbeschaffung aus erster Hand besteht.¹⁵¹ „Für diese *relative Standortbewertung* haben die Ausstattungsmerkmale einer Region nur insofern eine Bedeutung, als sie von den einzelnen Entscheidungsträgern wahrgenommen und von diesen in bezug auf ihre eigenen Lebenspläne positiv oder negativ bewertet werden. Die Wahrnehmung und Bewertung der Standorteigenschaften ist also immer subjektiv und hängt u. a. von Persönlichkeitsfaktoren, gesellschaftlichen Normen, der sozialen Position und der Stellung im Lebenszyklus ab.“¹⁵²

Im Falle einer erfolgreichen Suche eines alternativen Wohnstandortes in der bisherigen Region, der den Wohnpräferenzen des Individuums vollständig oder in Teilen entspricht, besteht entweder die Handlungsoption die Suche fortzusetzen oder an diesen Standort umzuziehen. Erfolgt die Entscheidung zugunsten des Wohnstandortwechsels, führt dies zu einer teilweisen Ortsveränderung bzw. zu einer innerregionalen Wanderung.¹⁵³

Ist ein bestimmter Zufriedenheitsgrad aufgrund des Umzuges nicht oder nur in Teilen erreicht worden, kommt es zur Fortführung der Suche in einem anderen Zielgebiet, das im Gegensatz zur Suche in der bisherigen Wohnungsmarktregion keine Kongruenz zwischen Suchraum und Aktionsraum aufweist, so dass die Sondierung eines adäquaten Wohnstandortes aufgrund der überwiegenden Informationsbeschaffung aus zweiter Hand, erschwert wird.¹⁵⁴

¹⁵⁰GANS, P. (1983): Raumzeitliche Eigenschaften und Verflechtungen innerstädtischer Wanderungen in Ludwigshafen/Rhein zwischen 1971 und 1978. Kieler Geographische Schriften 59. Kiel, S. 10.

¹⁵¹Vgl. BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 301f.

¹⁵²BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 302.

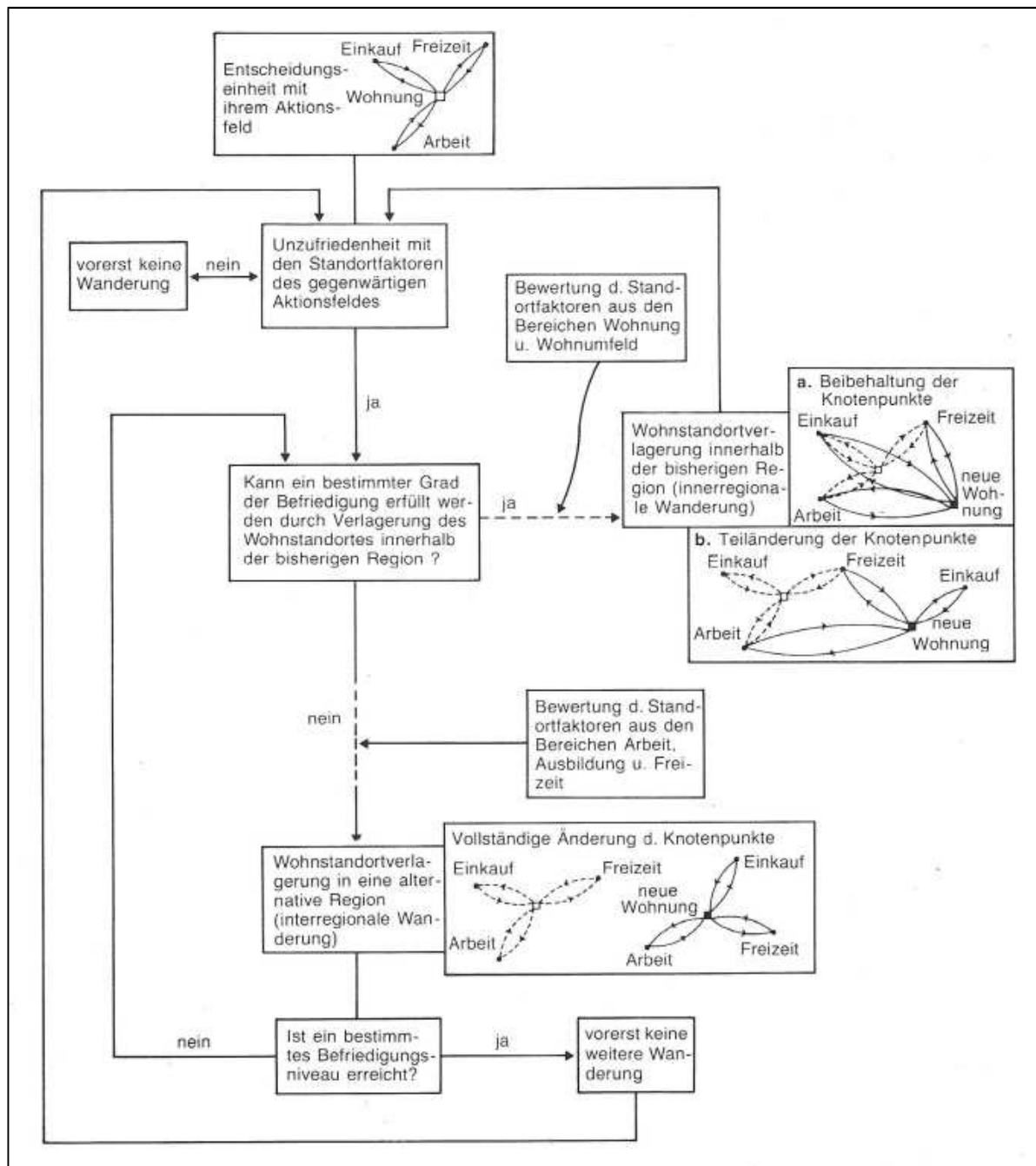
¹⁵³Vgl. BÄHR, J., JENTSCH, CH. und W. KULS (1992): Bevölkerungsgeographie. Berlin/New York, S. 591.

¹⁵⁴Vgl. BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 302.

Ist sich die Entscheidungseinheit sicher, einen adäquaten Wohnstandort, der ihren Wohnbedürfnissen entspricht, ausgewählt zu haben, kommt es zu einer Wanderung mit vollständiger Ortsveränderung bzw. zu einer interregionalen Wanderung. Diese Art von Wanderungen, die i. d. R. mit großen Distanzen zwischen Quell- und Zielort verbunden sind, bringen häufig nicht den gewünschten Grad an Zufriedenheit mit der neuen Wohnsituation mit sich, da es oftmals zu einem Fehlen an der Qualität und Validität der Informationen kommt. Aufgrund dieser Bedingungen der Wanderungen in eine alternative Zielregion ist nach einer gewissen Zeit ein weiterer Wohnstandortwechsel möglich.¹⁵⁵

¹⁵⁵Vgl. BÄHR, J., JENTSCH, CH. und W. KULS (1992): Bevölkerungsgeographie. Berlin/New York, S. 591.

Abbildung 3: Allgemeines Entscheidungsmodell von Wanderungen



Quelle: BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 300. In Anlehnung an:
 ROSEMAN, C. C. (1971): Migration as a Spatial and Temporal Process. Annals of the Association of American Geographers 61 (2): 589-598.
 GATZWEILER, H. (1975): Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Analyse und Prognose altersspezifischer interregionaler Wanderungen (=Forschungen zur Raumentwicklung) Band 1. Bonn.
 NIPPER, J. (1975): Mobilität der Bevölkerung im engeren Informationsfeld einer Solitärstadt. Gießener Geographische Schriften 33. Gießen.

Ein weiterer mikrotheoretischer Ansatz zur Erklärung von Wohnstandortentscheidungen ist das auf ROSSI¹⁵⁶ zurückgehende **Konzept des Lebenszyklus**. Das Lebenszyklusmodell berücksichtigt mit der Altersselektivität von Migrationen einen entscheidenden Erklärungsfaktor für Wanderungen und die Wanderungsbereitschaft von Haushalten. Die Selektivität von Wanderungen besteht darin, dass diese vorwiegend von Individuen mit einem bestimmten Merkmal, in diesem Falle das Lebensalter, durchgeführt werden. Das Konzept grenzt Altersgruppen voneinander ab und unterscheidet sie nach bestimmten sozioökonomischen Faktoren, so dass der Einfluss verschiedener Lebensphasen und den darin stattfindenden Ereignissen auf Quantität, Ziel, Motivation und Wirkung von Wanderungen abgebildet werden kann.¹⁵⁷ Ereignisse im Lebenszyklus können beispielweise Heirat, Geburt oder Haushaltsverkleinerungen durch Scheidung, Todesfälle oder Auszug der Kinder darstellen und sind mit Veränderungen von Wohnbedürfnisse (bezüglich Wohnung, Infrastrukturen etc.) verbunden.

Das höchste Wanderungsaufkommen ist in den jüngeren Altersgruppen, so z. B. in der Familiengründungsphase, zu konstatieren. Nach KEMPER ist der „graduelle Aufbau der Kernfamilie mit einer schrittweisen Wohnsitzverlagerung an die Peripherie der Städte verknüpft, nicht zuletzt aufgrund von wachsenden Flächenansprüchen und Präferenzen für ein durchgrüntes Wohnumfeld sowie von Wohneigentumsbildung.“¹⁵⁸ Diese familienorientierten Wanderungen sind vorwiegend von geringer Distanz und zu der Kategorie der intraurbanen oder intraregionalen Wanderungen zu zählen. Jüngere und mittlere Altersgruppen sind daneben auch Träger von ausbildungs- und berufsorientierten Wanderungen, welche häufig der Kategorie der Fernwanderungen zugeordnet werden.

Mit zunehmendem Alter, insbesondere nach der Familiengründungsphase, kommt es zu einem Rückgang des Wanderungsvolumens. Ebenfalls ändern sich mit Erreichen höherer Altersklassen die Wanderungsmotive. „Arbeitsmarktorientierte Wanderungen, also die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz oder besseren Jobangebot, spielen in den jüngeren und mittleren Altersgruppen zwischen 18 und 50 – neben suburbanen Wanderungen – eine vorrangige Rolle, und verlieren mit fortschreitendem Alter wieder an Bedeutung.“¹⁵⁹

Während also in der Erwerbsphase Wohnstandortentscheidungen primär von arbeitsmarkt- und familienspezifischen Faktoren beeinflusst werden, kann im höheren Alter bzw. im Ruhestand der Lebensmittelpunkt nach individuellen Bedürfnissen neu ausgerichtet werden, so dass eine Abwägung zwischen potentiellen Wohnstandorten vorgenommen und in Abhängigkeit von individuellen Entscheidungskriterien ein Zielort der Wanderung ausgewählt werden kann, der die Bedürfnisse der älteren mobilen Personen erfüllt.¹⁶⁰

¹⁵⁶Vgl. ROSSI, P. H. (1955): Why families move. Glencoe.

¹⁵⁷Vgl. MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL (2007): Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden, S. 232f.

¹⁵⁸KEMPER, F.-J. (2001): Wohnformen, Altersstruktur, Lebenszyklusphasen. Berichte zur deutschen Landeskunde 75 (2/3): 137.

¹⁵⁹MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL (2007): Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden, S. 233.

¹⁶⁰Vgl. SCHUETT, N., UNGER, K. und B. ERDMANN (2012): Standortentscheidungen von Ruheständlern. Discussion Paper 05/2012, Fachgebiet Ökonomie und Demographischer Wandel, Vechta, S. 3.

Neben den beiden dargestellten mikrotheoretischen Modellen existieren noch weitere Ansätze zur Erklärung von Wanderungen auf der Ebene von Einzelpersonen oder Haushalten. So stellen z. B. **Constraints-Modelle** eine Erweiterung verhaltenstheoretischer Konzepte dar, indem sie neben dem subjektiven Wahrnehmungs- und Bewertungsprozess auch objektive Merkmale mit einbeziehen, die zum einen Rahmenbedingung von individuellen Entscheidungen sind und zum anderen als constraints, also als Zwänge (z. B. vorhandene Versorgungsstrukturen, aber auch Engpässe auf dem Wohnungsmarkt) auf das Wanderungsgeschehen einwirken.¹⁶¹

Im Rahmen dieser Arbeit zu Wohnstandortentscheidungen von suburbanen Haushalten der Bevölkerungsgruppe 60plus in Deutschland soll im Sinne des verhaltenstheoretischen Ansatzes zur Erklärung von Wohnmobilität, das Wahrnehmungs- und Bewertungsverhalten der einzelnen Entscheidungsträger im Vorfeld einer potentiellen Wanderung im Fokus stehen.

¹⁶¹Vgl. BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 303.

2.2 Rahmenbedingungen von Wohnstandortentscheidungen älterer Bevölkerungsgruppen

2.2.1 Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Lebensphase Alter – Charakterisierung der Zielgruppe der Älteren unter besonderer Berücksichtigung der Generation 60plus

2.2.1.1 Lebensphase Alter – Altersbegriffe und Differenzierung des Alters

Der Terminus *Alter* kann u. a. aus einer sozialen sowie einer biologischen Perspektive definiert werden. Das soziale Alter bezeichnet „den Ort der Person im gesellschaftlich gegliederten Lebenslauf, d. h. ihre Zugehörigkeit zu einer der gesellschaftlich abgegrenzten Altersphasen und Altersgruppen.“¹⁶² Der Beginn der Lebensphase Alter wird oft bei 60 bis 65 Jahren und somit am Ende des Erwerbslebens beziehungsweise am Eintritt in den Ruhestand und bei Bezug von Renten- oder Pensionszahlungen terminiert. Jedoch bewirken Sonderregelungen wie die Vorruhestandsregelung, dass der Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand auch bereits oftmals ab dem 55. Lebensjahr erfolgt. Es existiert demnach immer weniger eine eindeutige Altersgrenze für den Übergang in die Lebensphase Alter.

Das biologische Alter dagegen ist als „Entwicklungsstadien des Organismus zwischen Geburt und Tod“ definiert.¹⁶³ Infolge einer steigenden Lebenserwartung im Zuge des demographischen Wandels verlängern sich die höheren bzw. späteren Entwicklungsstadien zunehmend. Begrenzte sich am Anfang des 20. Jahrhunderts die restliche Lebenszeit zum Zeitpunkt des 65. Lebensjahres lediglich auf wenige Jahre, liegt die Lebenserwartung eines heute 65-jährigen Mannes bei 82 Jahren, einer 65-jährige Frau sogar bei 85 Jahren, wobei sich die Lebenserwartung bis zum Jahr 2060 durchschnittlich nochmals um fünf Jahre erhöhen wird.¹⁶⁴

Infolge der Erhöhung der Lebenserwartung aufgrund des medizinischen Fortschritts und des vergleichsweise hohen materiellen Wohlstands kommt es in westlichen Gesellschaften zu einer internen Differenzierung der Lebensphase Alter. Gleichzeitig verschwinden wie zuvor beschrieben eindeutige Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand und eine Nivellierung des Ruhestandes mit dem *Alt sein* wird zunehmend verworfen.¹⁶⁵ Die Zeit nach dem Eintritt in den Ruhestand wird als ein mehrphasiger und autarker Lebensabschnitt angesehen.¹⁶⁶ Monotone Al-

¹⁶²KOHLI, M. (2013): Alter und Altern in der Gesellschaft. In: MAU, S. und N. M. SCHÖNECK (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 3. Aufl. Wiesbaden, S. 11.

¹⁶³KOHLI, M. (2013): Alter und Altern in der Gesellschaft. In: MAU, S. und N. M. SCHÖNECK (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 3. Aufl. Wiesbaden, S. 11.

¹⁶⁴Vgl. GENERALI ZUKUNFTSFONDS UND INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2012): Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren. Frankfurt, S. 31.

¹⁶⁵Vgl. Vgl. NUISSL, H. und B. BIGALKE (2007): Altwerden am Stadtrand – zum Zusammenhang von Suburbanisierung und Demographischem Wandel. Raumforschung und Raumordnung 65 (5): 383.

¹⁶⁶Vgl. KOHLI, M. (1992): Altern in soziologischer Perspektive. In: BALTES, P.B. und J. MITTELSTRASS (Hrsg.): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, S. 236.

tersbilder, charakterisiert durch körperlichen und geistigen Verfall, Krankheit und Abhängigkeit, werden heute als obsolet betrachtet und durch differenziertere und positivere Zuschreibungen im Sinne einer aktiven Gestaltung der Lebensphase Alter ersetzt. Dieser Perspektivwechsel erfolgt u. a. aufgrund dessen, dass im Zuge einer steigenden Lebenserwartung sich auch der Zeitpunkt nachlassender Vitalität der älteren Menschen verschoben hat.¹⁶⁷

Neben der geschilderten Zunahme der Hochaltrigkeit unterliegt die Lebensphase Alter seit einigen Jahren weiteren soziodemographischen Veränderungsprozessen, die sowohl durch demographische Entwicklungstrends wie der Singularisierung bzw. Veränderungen der Haushaltsgrößen und Feminisierung als auch durch soziale Prozesse der Verjüngung, Entberuflichung, Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen gekennzeichnet sind. Die geschilderten Entwicklungen stellen Faktoren des so genannten Altersstrukturwandels dar und bedingen eine Zunahme der Vielfalt individueller, unterschiedlicher Lebensverläufe, welche wiederum zu einer Ausdifferenzierung innerhalb der Gruppe der Älteren führt.¹⁶⁸

Diese soziodemographischen Veränderungsprozesse haben zur Folge, dass die Altersforschung mindestens zwischen *jungen Alten* und *alten Alten* oder auch zwischen den Termini *drittes Lebensalter* und *viertes Lebensalter* differenziert. Allgemeingültige Definitionen der Abgrenzung einzelner Altersgruppen innerhalb der Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen existieren allerdings nicht. So zählt WAHL Menschen zwischen dem 60. und 80. Lebensjahr zu den *jungen Alten* und Menschen ab dem 80. bis 85. Lebensjahr zu den *alten Alten*.¹⁶⁹ Nach der Definition des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND zählt dagegen zu der ersteren Gruppe die 65-79-jährige Bevölkerung und zu letzteren Menschen die das 80. Lebensjahr erreicht haben.¹⁷⁰ Bei anderen Einteilungen der Lebensphase Alter liegt das Eintrittsalter in die Gruppe der *jungen Alten* mit 50 Jahren deutlich niedriger (bis 65 Jahre).¹⁷¹

Für eine angemessene Darstellung der Ausweitung der Lebensphase Alter und für den Umgang mit möglichen, aus diesen Veränderungsprozessen resultierenden raumplanerischen Problemlagen ist jedoch – der eigenen Einschätzung nach – eine differenzierte Betrachtung der Gruppe der älteren Bevölkerung ab dem 60. Lebensjahr vorzunehmen. Häufig wird dabei zwischen den folgenden drei Gruppen unterschieden: *Junge Alte* (60 bis 70 Jahre), *Betagte* (70 bis 80 Jahre) und *Hochbetagte* (ab 80 Jahre).¹⁷²

Die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführte empirische Untersuchung widmet sich der Gruppe der *jungen Alten* (auch als Generation 60plus oder Bevölkerungsgruppe 60plus bezeichnet), die

¹⁶⁷Vgl. GENERALI ZUKUNFTSFONDS und INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2012): Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren. Frankfurt, S. 31.

¹⁶⁸Zur Thematik des Altersstrukturwandel vgl. u. a. folgende weiterführende Literatur:
STERNBERG, M. (2009): Alter(n) in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Eine Analyse in vier deutschen Gemeinden. Dortmund.

¹⁶⁹Vgl. WAHL, H.-W. (2002): Lebensumwelten im Alter: Auf der Suche nach Pfaden im „Dschungel des Alltags“ älterer Menschen. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe Band 230. Berlin, S. 51.

¹⁷⁰Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2007): Chancen erkennen und nutzen - alternde Gesellschaften im internationalen Vergleich. Berlin, S. 10.

¹⁷¹Vgl. PODDIG, B. (2006): Die "Neuen Alten" im Wohnungsmarkt - Aktuelle Forschungsergebnisse über eine stark wachsende Zielgruppe. Zeitschrift des vhw – BUNDESVERBAND FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG (3), S. 211.

¹⁷²Vgl. LEHRSTUHL FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG (2006): Untersuchung über das Senioren-Wohnen im Landkreis Mainz-Bingen. Kaiserslautern, S. 1.

die Schnittstelle zwischen ablaufender Erwerbstätigkeit, Renteneintritt und früher Rentenphase bilden, weitgehend noch keine geistigen und körperlichen Einschränkungen aufweisen und in suburbanen Siedlungsgebieten oftmals über ausreichende materiell-finanzielle Ressourcen verfügen.¹⁷³ Dieser Altersgruppe werden im Rahmen einer soziokulturellen Differenzierung, basierend auf bestimmten Verhaltensweisen, auch vielfältige Lebensstile zugesprochen.¹⁷⁴ Um diese Charakterisierung der Gruppe der älteren Menschen in Deutschland zu konkretisieren, folgt eine Darstellung und Analyse deren sozioökonomischer Lebenslage.

2.2.1.2 Sozioökonomische Lebenslage älterer Bevölkerungsgruppen

Zwischen verschiedenen Merkmalsausprägungen von Haushalten in Bezug auf ihre sozioökonomischen Lebenslagen und deren Wohnstandortentscheidungen bestehen vielfältige Zusammenhänge. Trotz der Heterogenität der Gruppe der älteren Menschen in Deutschland können allgemeingültige Aussagen über deren Lebenslage, welche entscheidenden Einfluss auf die Wohnzufriedenheit und Wohnmobilität besitzt, auch in Abgrenzung zu anderen Altersgruppen getroffen werden.

Die Darstellung der Lebenslagen älterer Menschen in Deutschland erfolgt differenziert nach den Bereichen der Haushaltsstruktur, der gesundheitlichen Situation, der ökonomischen Situation, der Ausdifferenzierung der älteren Bevölkerungsgruppen und der sozialen Netze.

Haushaltsstruktur

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es insgesamt 39,9 Millionen Haushalte bei rund 80,5 Millionen Haushaltsmitgliedern.¹⁷⁵ Das private Sozialgebilde des Haushalts „bilden in häuslicher Gemeinschaft zusammen lebende und gemeinsam wirtschaftende Menschen, bei denen es sich sowohl um Verwandte als auch um Familienfremde handeln kann“.¹⁷⁶ Im Jahr 2013 sind 13,3 % der Haushaltsmitglieder in Deutschland zwischen 55 und 65 Jahre alt und 20,7 % 65 Jahre und älter.¹⁷⁷ Dabei leben 20,5 % der 55- bis 65-Jährigen in Einpersonenhaushalten und 79,5 % in Mehrpersonenhaushalten. Mit höherem Alter nimmt die Haushaltsgröße ab, so dass die Haushaltsmitglieder ab 65 Jahren schon zu 33,4 % in Einpersonenhaushalten und nur noch zu 66,6 % in Mehrpersonenhaushalten leben (vgl. Tabelle 2). Alleinstehende ältere Frauen bilden vor dem Hintergrund der Feminisierung des Alters den größten Anteil der Einperson-

¹⁷³Vgl. STAHL, H. und R. WEHRHAHN (2012): Best Ager im sub- und periurbanen Raum der Stadtregion Kiel. In: WEHRHAHN, R. und A. TOELLE (Hrsg.): Aktuelle Entwicklungen in norddeutschen und westpolnischen Stadtregionen. Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung 53, S. 31ff.

¹⁷⁴Vgl. PODDIG, B. (2006): Die "Neuen Alten" im Wohnungsmarkt - Aktuelle Forschungsergebnisse über eine stark wachsende Zielgruppe. Zeitschrift des vhw – BUNDESVERBAND FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG (3), S. 214.

¹⁷⁵Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Wiesbaden, S. 27ff.

¹⁷⁶STATISTISCHES BUNDESAMT (1992): Im Blickpunkt: Ältere Menschen. Stuttgart, S.33.

¹⁷⁷Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Wiesbaden, S. 58.

haushalte. Bedingt durch die altersstrukturellen Veränderungen im Zuge des demographischen Wandels und den Trend der Singualisierung nimmt die Zahl der Haushalte älterer Menschen und somit auch die generelle Verkleinerung von Haushalten in Deutschland seit Jahren zu und wird sich auch in Zukunft fortsetzen.

Tabelle 2: Haushaltsmitglieder am Haupt- und Nebenwohnsitz im Jahr 2013 in Deutschland nach Haushaltsgrößen und Alter

Alter (von ... bis unter ... Jahren)	Haushaltsmitglieder in %				
	in Ein- personen- haushalten	in Mehrpersonenhaushalten			
		zusammen	davon mit ... Personen		
			2	3	4 und mehr
Insgesamt	20,09	79,91	34,15	18,59	27,17
unter 25	6,82	93,18	11,52	26,50	61,98
25 - 35	27,00	73,01	41,08	31,30	27,60
35 - 45	18,37	81,63	23,77	28,33	47,89
45 - 55	18,65	81,35	38,64	28,95	32,42
55 - 65	20,51	79,49	72,48	18,68	8,85
65 und älter	33,41	66,59	90,56	6,80	2,64

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Wiesbaden, S. 58

Gesundheitliche Situation

Im Hinblick auf ein aktives Altern ist die gesundheitliche Situation ein bedeutender Faktor. Der Gesundheitszustand der Generation 60plus bzw. der *jungen Alten* ist, wie bereits erwähnt, weitgehend von einer guten physischen und geistigen Konstitution geprägt. WAHL und OSWALD attestieren dieser Gruppe eine durchschnittlich „relativ geringe Morbidität“ (Krankheitshäufigkeit bezogen auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe).¹⁷⁸ Erst mit zunehmendem Alter in der vierten Lebensphase kommt es oftmals zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes, so dass Menschen häufiger auf Unterstützung angewiesen sind und eine selbstständige Lebensführung nicht mehr möglich ist. Diese Entwicklung ist auch in einer mit dem Alter zunehmenden Pflegequote nachzuvollziehen, welche den Anteil der Pflegebedürftigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe beschreibt. Innerhalb der Altersgruppe der unter 75-Jährigen liegt der Anteil der Pflegebedürftigen bei lediglich 1,1 %. In der Gruppe der 75- bis 85-Jährigen sind dagegen

¹⁷⁸WAHL, H.-W. und F. OSWALD (2005): Sozialökologische Aspekte des Alterns. In: FILIPP, S.-H. und U. M. STAUDINGER (Hrsg.): Entwicklungspsychologie des mittleren und höheren Erwachsenenalters. Enzyklopädie der Psychologie. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle. S. 211.

schon 14,3 % der Menschen pflegebedürftig, wobei sich dieser Wert ab dem 85. Lebensjahr stark erhöht.¹⁷⁹

Ökonomische Situation

Eine entscheidende Rahmenbedingung von räumlicher Mobilität stellen die finanziellen Ressourcen eines Haushaltes dar. So nimmt die Umzugsbereitschaft von Senioren mit zunehmendem Einkommen zu.¹⁸⁰

Hinsichtlich der materiellen Lage der Älteren ist in der modernen Gesellschaft eine „gesicherte, angenehme, mit dem heute allgemein üblichen Komfort verbundene Lebensführung [...] für die große Mehrheit der Alten“ möglich.¹⁸¹ Die in der Nachkriegszeit geborene heutige Bevölkerungsgruppe 60plus (im Rahmen dieser Arbeit definiert als die Jahrgänge 1945-53) kann demnach in Teilen über ein gehobenes Wohlstandsniveau im Alter verfügen. Ein bedeutender Faktor bildet hierbei der durch die Bildungsexpansion stark gestiegene Anteil der erwerbstätigen Frauen der Nachkriegsgenerationen, die dadurch im jetzigen bzw. künftigen Rentenalter über umfangreichere Ressourcen verfügen als die Rentnerinnen der älteren Generationen.¹⁸² Dieses gewisse Wohlstandsniveau wird innerhalb der künftigen Rentnergeneration nicht mehr in diesem Maße zutreffen, da es aufgrund von strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes in Form von befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslosigkeit etc. zu einer Zunahme von un stetigen Erwerbsbiographien kommen und damit Auswirkungen auf die zu erwartenden Renten haben wird.¹⁸³

Im Allgemeinen setzt sich die materielle Lage im Alter aus den erworbenen Alterssicherungsansprüchen und aus privaten Vermögensbeständen zusammen. Für eine generelle Betrachtung des Lebensstandards der Bevölkerungsgruppe 60plus ist die Verwendung der Kennzahl der relativen Einkommensposition dienlich. Diese Kennzahl ist „[...] ein Maß, dass das eigene Einkommen – berechnet als Haushaltsäquivalenzeinkommen – in Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Gesamtbevölkerung zum Ausdruck bringt [...]“¹⁸⁴

Betrachtet man diesen Indikator für den Lebensstandard differenziert nach Altersklassen zeigt sich, dass die Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen im Vergleich mit jüngeren und älteren Menschen im Jahr 2006 eine vergleichsweise gute Situation aufweist, da sich die relative Einkommensposition mit einem Wert von 111 % an erster Stelle der Rangfolge befindet (vgl. Tabelle 3).

¹⁷⁹Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Pflegebedürftige im Jahr 2011 in Deutschland, unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Pflege/Pflege.html#Tabellen> (abgerufen am 11.05.2015)

¹⁸⁰Vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG (1998): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Wohnen im Alter und Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin, S. 203.

¹⁸¹THIEME, F. (2008): Alter(n) in der alternden Gesellschaft. Wiesbaden, S. 227.

¹⁸²Vgl. KRAMER, C. und C. PFAFFENBACH (2011): Junge Alte als neue „Urbaniten“? Mobilitätstrends der Generation 50plus. Raumforschung und Raumordnung 69 (2): 80.

¹⁸³Vgl. KRAMER, C. und C. PFAFFENBACH (2011): Junge Alte als neue „Urbaniten“? Mobilitätstrends der Generation 50plus. Raumforschung und Raumordnung 69 (2): 80.

¹⁸⁴GESELLSCHAFT SOZIALWISSENSCHAFTLICHER INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN, STATISTISCHES BUNDESAMT und WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN SOZIALFORSCHUNG (Hrsg.) (2008): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 194.

Mit zunehmendem Alter sinkt die Einkommensposition bis auf einen Wert von 94 % bei den 80-Jährigen und Älteren ab, was zum Teil mit geringer ausfallenden Versorgungsansprüchen aufgrund un stetiger Erwerbsbiographien von alleinstehenden bzw. verwitweten Frauen der Vorkriegsgenerationen zu begründen ist.

Tabelle 3: Relative Einkommensposition nach Altersgruppen 2006

	17-59 Jahre	60-64 Jahre	65-69 Jahre	70-74 Jahre	75-79 Jahre	80 und mehr Jahre
	Arithmetisches Mittel Gesamtdeutschland = 100 %					
Gesamt	103	111	102	98	95	94
Westdeutschland	108	118	106	102	97	96
Ostdeutschland	82	82	86	81	88	83

Entwurf: Eigener Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: GESELLSCHAFT SOZIALWISSENSCHAFTLICHER INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN, STATISTISCHES BUNDESAMT und WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN SOZIALFORSCHUNG (2008): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 194

Neben den Einkommensverhältnissen besteht auch zwischen den Eigentumsverhältnissen bezüglich der Wohnung bzw. des Hauses und der Umzugsbereitschaft ein Zusammenhang. Wohneigentümern ist eine größere emotionale Verbundenheit mit der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus immanent. Auch bestehen oftmals finanzielle Verbindlichkeiten aufgrund hoher Investitionen in den Umbau oder Renovierung des Eigentums. Es existiert darüber hinaus die Möglichkeit, „die Qualität des Wohnraums an sich ändernde Bedürfnislagen anzupassen, z.B. durch bauliche Veränderungen“. ¹⁸⁵ Diese Faktoren führen dazu, dass innerhalb der Gruppe der Wohneigentümer eine höhere Immobilität bzw. Verbleib in der angestammten Wohnung und dem bisherigen Wohnort zu konstatieren ist. ¹⁸⁶

Ausdifferenzierung der älteren Bevölkerungsgruppen

Neben den aufgeführten objektiven haushaltsstrukturellen, gesundheitlichen und ökonomischen Merkmalen der Lebenslagen älterer Bevölkerungsgruppen in Deutschland wird die Lebensphase Alter der Senioren der Nachkriegsgeneration auch von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in Form von Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen und Haushaltsformen geprägt sein, die zu diskontinuierlichen Lebensverläufen und (Wohn)Biographien und somit zu neuartigen Anforderungen an Wohnung, Wohnumfeld und Wohnstandort führen werden. Die Bevölkerungsgruppe der Älteren erfährt somit eine zunehmende Aufgliederung, wie bereits weiter oben in der Darstellung der Lebensphase Alter umfassend beschrieben wurde. Eine Gleichsetzung vom Status des Ruhestandes und des Altseins ist dementsprechend obsolet. ¹⁸⁷

¹⁸⁵ HEINZE, R. G., EICHENER, V., NAEGELE, G., BUCKSTEEG, M. und M. SCHAUERTE (1997): Neue Wohnung auch im Alter. Forderungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Schader Stiftung. Darmstadt, S. 30.

¹⁸⁶ Vgl. SCHNEIDER, N. (1997): Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland. Discussion Paper FS III 97-404. Wissenschaftszentrum, Berlin, S. 28.

¹⁸⁷ Vgl. Nussli, H. und B. Bigalke (2007): Altwerden am Stadtrand – zum Zusammenhang von Suburbanisierung und

So werden in der soziologischen Forschung u. a. anhand mehrerer Indikatoren wie *Wahrnehmung des Alters*, *Einschätzung der eigenen gesellschaftlichen Rolle* und *Vorstellungen über das Leben im Alter* unterschiedliche Lebensstiltypen wie beispielsweise *Old Kids*, *Best Ager* und *Old Ager* gebildet, denen bestimmte Wertvorstellungen und Verhaltensweisen zugeschrieben werden.¹⁸⁸ Die unterschiedlichen Lebensstile besitzen auch Auswirkungen auf individuelle Wohnbedürfnisse und die Flexibilität älterer Menschen, nochmals eine Änderung der Wohnsituation vorzunehmen.¹⁸⁹

Soziale Netze

Die Anzahl der älteren Menschen und damit auch die Gruppe der Hilfsbedürftigen werden zukünftig weiter ansteigen. Eine entscheidende soziale Ressource älterer Menschen ist ihr privates Netzwerk. Dieses besteht aus Menschen, mit denen sie Kontakte pflegen, von denen emotionale Unterstützung ausgeht und bei Bedarf Rat, Anerkennung, Trost und Hilfe gespendet wird.¹⁹⁰ Private Beziehungen werden i. d. R. primär zu Partnern, Kindern und sonstigen Verwandten geführt. Eine Versorgung durch familiäre (Hilfs)Strukturen wie in der Vergangenheit wird allerdings nicht mehr wie in dem bisherigen Maße möglich sein, da die Familiengrößen aufgrund geringer Kinderzahlen abnehmen, die Anzahl der Alleinlebenden ansteigt sowie aufgrund einer Zunahme der räumlichen Distanzen (z. B. zwischen Eltern und Kinder), bedingt durch eine Zunahme der Bereitschaft für weiträumigere Umzüge aus beruflichen Gründen. Die Abnahme familialer Netzwerke führt dazu, dass die Unterstützung älterer Menschen zunehmend seltener durch Familienmitglieder vorgenommen wird.

Neben Verwandten stellen jedoch ebenso Freunde, Bekannte und Nachbarn bedeutende Akteure im Geflecht der privaten Beziehungen älterer Menschen dar. Diese Akteure nehmen eine wichtige Hilfsfunktion bei alltäglichen Hilfebedarfen im Haushalt, der Versorgung mit Lebensmitteln, Arztbesuchen, Behördengängen, wie auch bei der Unterstützung im Pflegefall als Pflegeperson ein.

Das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein sozialer Netze stellt somit einen entscheidenden Erklärungsfaktor für eine mögliche Umzugsentscheidung bzw. für die Beibehaltung der gegenwärtigen Wohnsituation dar.

Demographischem Wandel. Raumforschung und Raumordnung 65 (5): 383.

¹⁸⁸Vgl. PODDIG, B. (2006): Die "Neuen Alten" im Wohnungsmarkt - Aktuelle Forschungsergebnisse über eine stark wachsende Zielgruppe. Zeitschrift des vhw – BUNDESVERBAND FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG (3), S. 214f.

¹⁸⁹Vgl. HEINZE, R. G., EICHENER, V., NAEGELE, G., BUCKSTEEG, M. und M. SCHAUERTE (1997): Neue Wohnung auch im Alter. Forderungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Schader Stiftung. Darmstadt, S. 25.

¹⁹⁰Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2001): Dritter Altenbericht – Alter und Gesellschaft. Berlin, S. 211.

2.2.2 Raumspezifische Rahmenbedingungen des Alterns – Versorgungs- und Wohnsituation älterer Bevölkerungsgruppen

2.2.2.1 Zur Bedeutung des Wohnortes, Wohnumfeldes und der Wohnung im Alter

Der demographische Trend der Alterung impliziert aufgrund sich verändernder Anforderungen und Bedürfnisse älterer Menschen an ihre räumliche Umwelt neuartige Herausforderungen sowohl an öffentliche kommunale Infrastrukturen als auch an privatwirtschaftlich angebotene Versorgungsstrukturen, ebenso wie an eine bedarfsorientierte Wohnraumversorgung in den Kommunen.

Diese Bereiche können unter dem Begriff des Wohnens subsumiert werden. Der Terminus des *Wohnens* ist definiert als „umfassender Begriff für die materielle Umwelt der Wohnung, die Infrastruktur des Wohngebietes, die materielle/bauliche Gestaltung der Wohnung, für Kommunikationsmöglichkeiten und die sozialen Lebensvollzüge in Familie und Nachbarschaft.“¹⁹¹ Das Thema Wohnen bildet einen zentralen Bestandteil des menschlichen Lebens und ist dementsprechend keine statische Komponente, sondern vielmehr parallel zu den Prozessen im Lebenszyklus von Änderungen geprägt. Die jeweiligen Lebensphasen bedingen aufgrund sich ändernder Präferenzen in Bezug auf Wohnungs- und Wohnumfeldeigenschaften unterschiedliche Wohnsituationen. „Wohnen [...] („an sich“) gehört zu den elementaren Bedürfnissen des Menschen und weckt Assoziationen wie Sicherheit, Schutz, Geborgenheit, Kontakt, Kommunikation und Selbstdarstellung. Gleichzeitig ist das Wohnen einem ständigen Wandel unterworfen und weist sehr unterschiedliche Ausprägungen auf, regional, sozial, individuell. Wie die Grundbedürfnisse befriedigt werden, verändert sich im historischen Maßstab ebenso wie für jeden Menschen im Laufe seines Lebenszyklus.“¹⁹²

Insbesondere in der Lebensphase Alter kommt dem Wohnen eine wichtige Bedeutung zu, wobei neben der Mikroebene der Wohnung auch das Wohnumfeld, bestehend aus Wohnquartier, Stadt- oder Ortsteil oder die Kommune als Ganzes in seiner Funktion als Einkaufs-, Kommunikations- und Partizipationsort eine wichtige Rolle einnimmt. Das Wohnumfeld ist weiterhin definiert als Raum „in Sicht- und Fußwegnähe um die Wohnung“, in dem sich „dem Wohnen zugeordnete Lebensfunktionen“ befinden.¹⁹³

Zwischen dem Wohnumfeld der Einwohner einer Kommune, den physisch-materiell vorhandenen raumstrukturellen Rahmenbedingungen, den Raumansprüchen und dem tatsächlichen Aktionsraum der Individuen bestehen oftmals Spannungsfelder.¹⁹⁴ Mit zunehmendem Alter werden die Wohnung und das unmittelbare Wohnumfeld infolge eines durchschnittlich kleiner werden-

¹⁹¹HEINZE, R. G., EICHENER, V., NAEGELE, G., BUCKSTEEG, M. und M. SCHAUERTE (1997): Neue Wohnung auch im Alter. Forderungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Schader Stiftung. Darmstadt, S. 47.

¹⁹²BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Wohnen, unter: <http://www.bpb.de/apuz/183437/wohnen> (abgerufen am 08.09.2015).

¹⁹³KILPPER, G. ET AL. (1985): Wohnumfeld Verbesserung. Analyse, Planung und Durchführung nach Wohngebietstypen. Veröffentlichung Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen. Wiesbaden, S.9.

¹⁹⁴Vgl. KATTNER, M. (2010): Urbanes Altern - Wohnumfeldanspruchsgruppen Junger Alter in Erlangen. Erlangen, S. 103.

den Aktionsradius aufgrund der erhöhten Wahrscheinlichkeit physischer und mentaler Beeinträchtigungen zu dem räumlichen Lebensmittelpunkt.¹⁹⁵ Die bestehende Wohnsituation entscheidet somit zu einem großen Teil, inwiefern ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter möglich ist. Die Lebensqualität im Sinne einer selbständigen Lebensführung, Zufriedenheit und Wohlbefinden ist im Zuge des Alterungsprozesses folglich verstärkt von der Wohn- und Wohnumfeldqualität determiniert.¹⁹⁶ Empirische Studien zeigen auf, dass ältere Menschen mit zunehmendem Alter immer seltener ihre Wohnungen verlassen und die meiste Zeit des Tages innerhalb der Wohnung oder der unmittelbaren Wohnumgebung verbringen.¹⁹⁷

Die Bedingungen altengerechten Wohnens sind multifaktoriell und setzen sich aus materiellen und immateriellen Merkmalen von Wohnung, Wohngebäude und Wohnumfeld zusammen.¹⁹⁸ In Abbildung 4 ist eine Darstellung der unterschiedlichen Dimensionen des altengerechten Wohnens aufgezeigt, die sich in subjektive, soziale, finanzielle und bauliche Faktoren differenzieren lassen. Insbesondere die „objektiven Gegebenheiten der Wohnung und des Wohnumfelds werden mit dem Alter zunehmend wichtiger.“¹⁹⁹ Adäquate altengerechte Wohnbedingungen können ein selbstständiges Leben im höheren Alter in der eigenen Wohnung ermöglichen, da im Falle gesundheitlicher Einschränkungen im Vergleich mit nicht altengerechten Wohnungen weniger Hilfsleistungen in Anspruch genommen werden müssen und somit die Wahrscheinlichkeit eines erzwungenen Wohnstandortwechsels in ein Pflege- oder Altenheim sinkt.²⁰⁰

¹⁹⁵Vgl. OSWALD, F., HIEBER, A., MOLLENKOPF, H. und H.-W. WAHL (2003): Heidelberg 2002: Wohnwünsche und Wohnwirklichkeiten – Belastungen, Chancen und Perspektiven selbstständigen Lebens im Alter. Heidelberg, S. 8.

¹⁹⁶Vgl. OSWALD, F., HIEBER, A., MOLLENKOPF, H. und H.-W. WAHL (2003): Heidelberg 2002: Wohnwünsche und Wohnwirklichkeiten – Belastungen, Chancen und Perspektiven selbstständigen Lebens im Alter. Heidelberg, S. 8.

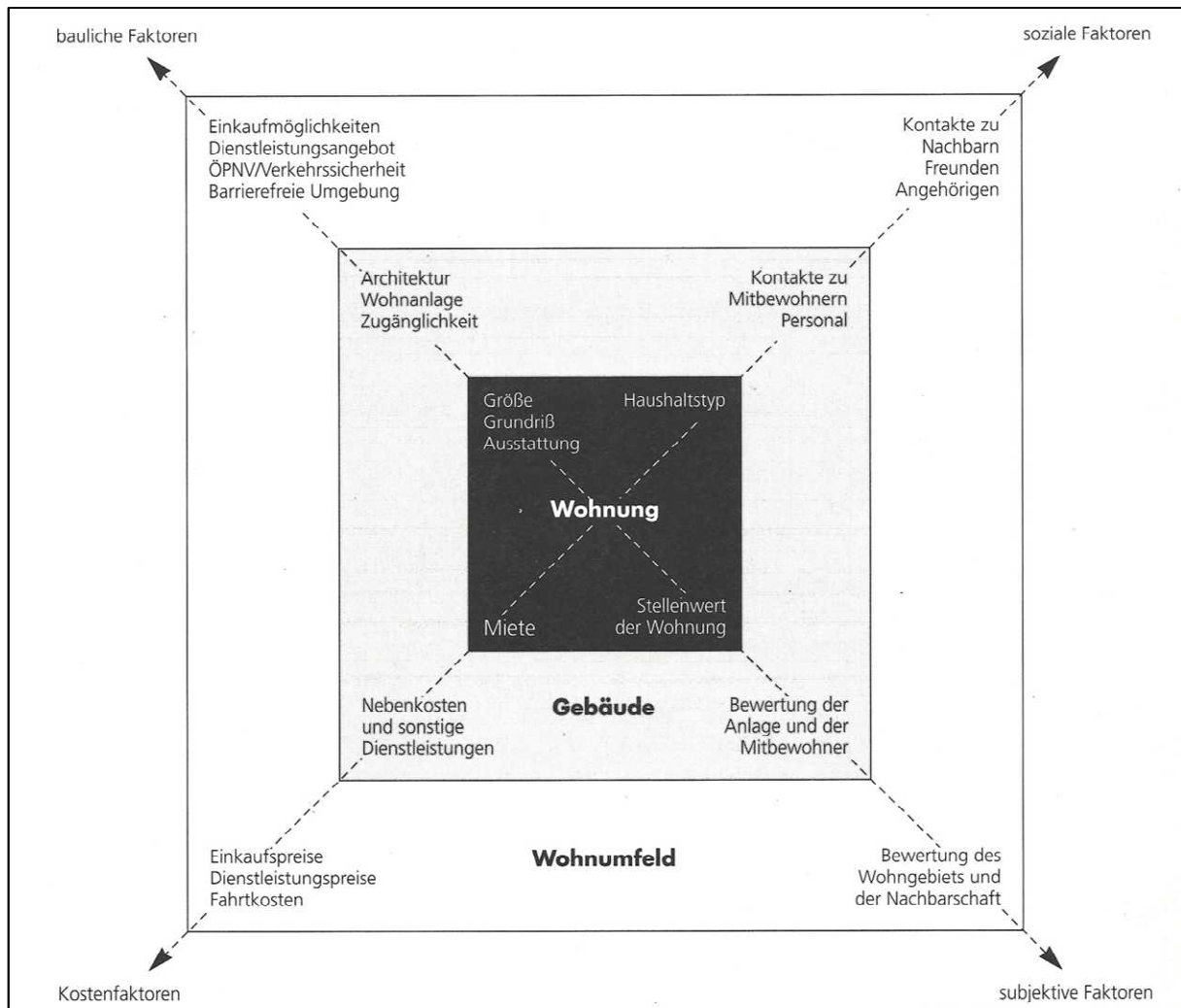
¹⁹⁷Vgl. MOLLENKOPF, H. (2002): Die Mobilität Älterer in städtischen und ländlichen Regionen Ost- und Westdeutschlands. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 131ff.

¹⁹⁸Vgl. HEINZE, R. G., EICHENER, V., NAEGELE, G., BUCKSTEEG, M. und M. SCHAUERTE (1997): Neue Wohnung auch im Alter. Forderungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Schader Stiftung. Darmstadt, S. 47.

¹⁹⁹MOTEL, A., KÜNEMUND, H. und CHR. BODE (2000): Wohnen und Wohnumfeld. In: KOHLI, M. und H. KÜNEMUND (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Wiesbaden, S. 124.

²⁰⁰Vgl. MOTEL, A., KÜNEMUND, H. und CHR. BODE (2000): Wohnen und Wohnumfeld. In: KOHLI, M. und H. KÜNEMUND (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Wiesbaden, S. 124.

Abbildung 4: Bedingungen altengerechten Wohnens



Quelle: HEINZE, R. G., EICHENER, V., NAEGELE, G., BUCKSTEEG, M. und M. SCHAUERTE (1997): Neue Wohnung auch im Alter. Forderungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Schader Stiftung, Darmstadt, S. 47

Im Rahmen dieser Arbeit ist der Fokus primär, gemäß einer raumwissenschaftlichen Perspektive, auf die baulichen Faktoren (Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungsangebote, öffentlicher Personennahverkehr) des Wohnortes sowie zusätzlich auf das Angebot alternativer und neuer Wohnformen für Senioren als ein bedeutender Faktor für eine Veränderung in der Standortentscheidung gelegt. Die Ebene des Wohnungsinneren wird aus dem genannten Grund ausgeklammert.

2.2.2.2 Anforderungen an eine seniorengerechte Ausstattung des Wohnortes in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge

Eine der vielfältigen raumbezogenen Auswirkungen des demographischen Wandels liegt im Bereich der Daseinsvorsorge und hierbei insbesondere in einer Veränderung der Nachfrage nach Infrastrukturen und Dienstleistungen. Die Umstrukturierung der Bevölkerungsstruktur mit der Folge der Alterung der Gesellschaft „wirft [...] („im Hinblick auf“) die Bewältigung des Versorgungsbedarfs für Senioren wachsende Probleme auf.“²⁰¹ Während die Dezimierung des Bevölkerungsvolumens zu Tragfähigkeitsproblemen von technischen Infrastrukturen führt, wirken sich Veränderungen in der Altersstruktur vor allem auf soziale Infrastrukturen, wie z. B. eine gesteigerte Nachfrage nach Gesundheitsinfrastrukturen, aus.

Eine Raumkategorie die besonders intensive Ausprägungen der demographischen Alterung der Bevölkerung aufweist ist die der suburbanen Räume. In diesen Regionen gewinnen demographisch relevante Infrastrukturen als Wohnstandortfaktor (soziale Infrastrukturen, Verkehrsinfrastrukturen etc.) zunehmend an Bedeutung. Vor allem in der Lebensphase der Hochaltrigkeit ist ein vielfältiges Versorgungsangebot im Wohnumfeld mit guten Erreichbarkeitsverhältnissen ein wichtiger Faktor für eine mögliche Persistenz älterer Menschen in der vertrauten Umgebung ihres bisherigen Wohnortes. Wichtige Ausstattungsmerkmale von seniorengerechten Kommunen schließen Einzelhandelsgeschäfte des kurzfristigen Bedarfs, die medizinische Versorgung mit Arztpraxen, Apotheken und Pflegediensten und die Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr mit ein. Neben funktionalen Aspekten spielt auch die soziale Qualität von Versorgungseinrichtungen als Ort gesellschaftlicher Partizipation (Pflege von sozialen Kontakten) eine wichtige Rolle.²⁰²

Allgemein lässt sich dementsprechend die Qualität eines Wohnstandortes insbesondere an den kommunalen Angeboten der Daseinsvorsorge feststellen. Die räumliche Umgebung besitzt auch einen großen Einfluss auf die generelle Lebensqualität älterer Menschen²⁰³ Die Lebensqualität eines bestimmten Raumes ist eine nicht direkt zu beobachtende Größe, ein abstrakter Wert und somit nicht direkt messbar. Raumwissenschaftliche Analytik verwendet objektive Indikatoren in Form von aggregatstatistischen Daten, um mittels dieser Methodik beispielsweise die Lebensqualität eines Ortes oder Raumes einer Operationalisierbarkeit bzw. Messbarkeit zugänglich zu machen. Diese Vorgehensweise wird beispielsweise bei der Messung gleichwertiger Lebensbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, vorgenommen.²⁰⁴ Ein weiteres Verfahren zur Operationalisierung von Lebens-

²⁰¹ WINKLER, R. und K. SPIEKERMANN (2014): Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge. In: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hrsg.): Deutschland in Europa. Ergebnisse des Programms ESPON 2013, Heft 4. Bonn, S. 3.

²⁰² Vgl. SCHEINER, J. und C. HOLZ-RAU (2002): Seniorengerechte Siedlungsstrukturen. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 203.

²⁰³ Vgl. NUISSL, H. und B. BIGALKE (2006): Älterwerden in Suburbia – eine explorative Studie zur Auswirkung von Suburbanisierung auf die Lebensqualität älterer Menschen. UFZ Diskussionspapiere, S. 6.

²⁰⁴ Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. BBSR-Berichte Kompakt 5/2011. Bonn, S. 2.

qualität eines Ortes oder Raumes wird im Zugang über eine Befragung der Bevölkerung gesehen, mittels derer subjektive Indikatoren gebildet werden können.²⁰⁵

Die Personengruppe der älteren Menschen weist spezifische Anforderungen und Bedürfnisse an Angebote der Daseinsvorsorge in ihrem Wohnumfeld bzw. Wohnort auf, insbesondere aufgrund im höheren Alter potentiell auftretender Mobilitätseinschränkungen. Das Erkennen dieser Bedürfnisse und die damit einhergehende Ermöglichung einer Partizipation älterer Menschen am gemeinschaftlichen Leben stellt für Raumplanung, Politik und Gesellschaft bereits heute eine entscheidende zukünftige Herausforderung dar.

Im Folgenden werden, nach einer näheren Bestimmung des Begriffes der Daseinsvorsorge, im Einzelnen die Bereiche der Nahversorgung, der medizinische Versorgung sowie des öffentlichen Personennahverkehrs mit der jeweiligen Struktur, der Organisation und der aktuellen Entwicklung dargestellt und anschließend die Anforderungen und Bedürfnisse älterer Menschen an die Ausstattung des jeweiligen Segmentes der Daseinsvorsorge erörtert.

Daseinsvorsorge – Eine Begriffsbestimmung

Der Begriff der Daseinsvorsorge lässt sich nicht einer einheitlichen Definition unterordnen. Allgemein zählen zur öffentlichen Daseinsvorsorge alle Güter und Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Im sozialen Bereich werden Kulturangebote, Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung, Schulausbildung und Altenpflege zur Daseinsvorsorge gerechnet. Leistungen der Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Post, Abfall- und Abwasserentsorgung stellen weitere Bereiche dar.²⁰⁶

Nach der Definition des MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ ist die öffentliche Daseinsvorsorge von der privaten Daseinsvorsorge abzugrenzen. Neben der öffentlichen Hand übernehmen mittlerweile private Dienstleister, Verbände etc. ebenfalls die Sicherung der Daseinsvorsorge. Dazu gehören z. B. soziale Pflegedienste, Krankenhäuser, Post und Telekommunikation, wobei eine zentrale private Dienstleistung der Einzelhandel darstellt.²⁰⁷ Die EU-Kommission subsummiert unter Leistungen der Daseinsvorsorge „marktbezogene oder nichtmarktbezogene Tätigkeiten, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht und daher von den Behörden mit spezifischen Gemeinwohlverpflichtungen verknüpft werden“.²⁰⁸

Nach PROSKE besitzt der öffentliche Sektor in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einen hohen Anteil an der Erbringung der Daseinsvorsorgeleistungen, wobei den Kommunen – u. a. zurückzuführen auf das im Grundgesetz verankerte Prin-

²⁰⁵Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. BBSR-Berichte Kompakt 5/2011. Bonn, S. 2.

²⁰⁶Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2007a): Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein MORO-Forschungsfeld (=MORO-Informationen 2/1). Bonn, S.2.

²⁰⁷Vgl. MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2010): Planen für Rheinland-Pfalz. Fit für die neuen Regionalpläne. Mainz, S. 30.

²⁰⁸KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (1996): Mitteilung der Kommission. Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa. Brüssel, S. 6.

zip der kommunalen Selbstverwaltung – hierbei eine wichtige Position zukommt.²⁰⁹ Dabei ist in der einschlägigen Fachliteratur allerdings eine einheitliche und abschließende Auflistung der Leistungen der Daseinsvorsorge, die der öffentliche Sektor erbringen muss, nicht vorhanden. STEINFÜHRER, KÜPPER und TAUTZ definieren als kleinste Schnittmenge im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge technische Einrichtungen (Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur), soziale Dienstleistungen (Bildungswesen einschließlich Kinderbetreuung, kulturelle Einrichtungen, medizinische Versorgung, Altenpflege) sowie Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz, wobei die Nahversorgung oftmals keine Berücksichtigung findet, da sie primär von Anbietern des privaten Sektors angeboten wird (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Bereiche der Daseinsvorsorge unterschiedlicher Kategorisierungen

Öffentliche Daseinsvorsorge (Einig 2008)	Demographiebezogene Teilbereiche der Daseinsvorsorge (LGMV/LGSA 2010)	Daseinsvorsorge laut Bundesregierung (Bundesregierung 2011)
Wasserwirtschaft (einschließlich Ver- und Entsorgung) und Abfallwirtschaft	Wasserver- und Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung	Wasser, Abwasser und Abfall
Energieversorgung	Energieversorgung (Strom, Wärme, Gas)	Energie
Kommunikationsdienstleistungen	Zugang zu moderner Kommunikationstechnologie	Zugang zu moderner Kommunikationstechnologie
Schule und Bildungswesen, Kinderbetreuung	Bildung (Organisation der frühkindlichen, schulischen, vorberuflichen und beruflichen Aus- sowie der Weiterbildung)	Wohnortnahe Bildung
Kulturelle Versorgung	Kultur	Kulturelle Einrichtungen
Gesundheitswesen, Altenpflege	Gesundheitliche Infrastruktur einschließlich Prävention (Sport), Pflege und soziale Betreuung Älterer	Gesundheitsversorgung und Pflege
Katastrophenschutz, Feuerwehr, Rettungswesen	Sicherstellung Brand- und Katastrophenschutz	Brandschutz und Hilfeleistung

Quelle: STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. JOHANN HEINRICH VON THÜNNEN-INSTITUT. Braunschweig, S. 9 in Anlehnung an:

BEAUFTRAGTER DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE NEUEN BUNDESLÄNDER (2011): Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten. Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen. Berlin.

EINIG, K. (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: Informationen zur Raumentwicklung 2008(1/2), S. 17-40.

LANDGESELLSCHAFT MECKLENBURG-VORPOMMERN und LANDGESELLSCHAFT SACHSEN-ANHALT (2010): Abschlussbericht zum Aufbau Ost-Projekt „Maßnahmen von Bund und neuen Ländern für eine abgestimmte Politik in ländlichen Regionen unter dem Aspekt des demografischen Wandels“. Im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer. Schwerin.

²⁰⁹Vgl. PROSKE, M. (2011): Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge. Auswirkungen kommunaler Angebote auf die Wohnortwahl. Kaiserslautern, S. 114.

In den Modellvorhaben der Raumordnung zeigen u. a. die Daseinsvorsorgekernbereiche Gesundheit und Verkehr einen besonderen Adaptionsbedarf im Zuge des demographischen Wandels, „zumal sie für die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen von grundlegender Bedeutung sind und als Wohnstandortfaktoren gelten.“²¹⁰ Die im Kontext dieser Arbeit wichtigsten Kernsegmente der Daseinsvorsorge sind daher die Bereiche medizinische Versorgung mit den Themen Ärzte, Fachärzte und Apotheken sowie Mobilität / öffentlicher Personennahverkehr. Ergänzend ist der Themenbereich der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Lebensmitteleinzelhandel, Bäcker, Metzger, Drogerien, Bankdienstleistungen, Postdienstleistungen) von entscheidender Bedeutung, da dies für ein selbstständiges Leben im Alter ein ausschlaggebender Faktor ist.

Nahversorgung

Der Fachterminus der Nahversorgung wird in den Raumwissenschaften im Allgemeinen als die orts- und zeitnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs definiert. Eine orts- und zeitnahe Versorgung kann mittels des Indikators der *Fußläufigen Erreichbarkeit* operationalisiert werden, welche in zehn Gehminuten oder 500 bis 1.000 Meter Entfernung zu den jeweiligen Einrichtungen der Daseinsvorsorge messbar ist.²¹¹

Ein einheitlicher Katalog mit einer Auflistung von Angeboten im Rahmen einer eindeutigen Definition existiert in dieser Form nicht. Zum Teil wird jedoch zwischen einer Nahversorgung im engeren Sinne, die nur Güter des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel, Getränke, Genusswaren und Drogerieartikel umfasst, und einer Nahversorgung im weiteren Sinne, bei der zusätzlich private und öffentliche Dienstleistungen wie Post, Bank, Café, Gaststätte, Arzt, Apotheke oder Verwaltungen zum Versorgungsangebot zählen, differenziert.²¹²

Die Nahversorgungsangebote unterliegen seit längerer Zeit in Deutschland einem rasanten Strukturwandel. „Sortimentsausweitungen, erhöhter Wettbewerb mit sinkenden Handelsspannen und die fortlaufende Konzentration im Einzelhandel haben zu einer Umstrukturierung zu umsatzstarken, größeren Betrieben mit erheblichen Flächenausweitungen (Substitution von Personal durch Fläche) geführt, die zu ihrer Existenzsicherung immer größere Versorgungsgebiete benötigen. Die Folge ist der Rückzug des Einzelhandels aus der Fläche, der gebietsweise noch durch Sogeffekte großflächiger Einzelhandelsbetriebe verstärkt wird.“²¹³ Kleinere Einzelhandelsgeschäfte sind im Zuge dieser Prozesse in den letzten Jahrzehnten zugunsten von Filialen größerer Einzelhandelsketten verschwunden. Aus diesen ökonomischen Entwicklungen

²¹⁰SCHMIDT, M. (2010): Wechselwirkungen zwischen demographischer Entwicklung und Daseinsvorsorge unter besonderer Berücksichtigung von Wohnstandortfaktoren. Untersuchung am Beispiel des Rheingau-Taunus-Kreises. Technische Universität Kaiserslautern, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung. Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung (MZR) Band 30. Kaiserslautern, S. 29.

²¹¹Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT (2014): Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Impulse für die Praxis. Berlin, S. 1.; BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (Hrsg.) (2013): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikationen, Nr. 02, S. 3.

²¹²Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2013³): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikationen, Nr. 02, S. 3f..

²¹³PLANUNGSGEMEINSCHAFT RHEINHESSEN-NAHE (2004): Regionaler Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe. Mainz, S. 16.

resultieren strukturell unterversorgte Wohngebiete, die oftmals nicht ausschließlich in ländlich strukturierten Räumen, sondern auch in Ballungsräumen und Großstädten in Erscheinung treten.²¹⁴

Auch im Bereich der Versorgung mit Servicediensten (z. B. Bank- und Postdienstleistungen) ist in den letzten Jahrzehnten eine Ausdünnung der Netzstrukturen zu erkennen, da Post- und Sparkassenfilialen aufgrund ungenügender Wirtschaftlichkeit in kleineren Gemeinden geschlossen wurden.

Hinsichtlich der Anforderungen an die Ausstattung des Wohnortes ist zu konstatieren, dass Senioren auf wohnungsnahе Versorgungsmöglichkeiten angewiesen sind und daher geeignete Möglichkeiten der Erreichbarkeit von Einrichtungen der täglichen Versorgung, wie Lebensmittelgeschäfte, Bäcker, Metzger, Drogerien, Bank- und Postdienstleistungen im Wohnumfeld bestehen sollten. Im Hinblick auf eventuell auftretende gesundheitliche Einschränkungen (z. B. Gehschwierigkeiten) sollte gemäß einer seniorengerechten städtebaulichen Kommunalentwicklung die innerörtlichen Gehwege als auch die Geschäfte selbst im Sinne einer Schwellen-, Neigungs- und Steigungsfreiheit barrierefrei gestaltet sein, so dass sich körperlich eingeschränkte Personen selbstständig bewegen können.

Medizinische Versorgung

Die Gewährleistung eines bedarfsgerechten und leistungsfähigen Gesundheitswesens ist eine zentrale Aufgabe des Sozialstaates in der Bundesrepublik Deutschland. Die medizinische Versorgung in Deutschland ist nach drei Bereichen zu differenzieren: (1) Ambulante Versorgung durch Haus- und Fachärzte, (2) stationäre Versorgung durch Krankenhäuser und (3) Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Die ambulante Versorgung unterteilt sich in die hausärztliche und die fachärztliche Versorgung, wobei zu ersteren Allgemeinmediziner, Kinderärzte, praktische Ärzte und Internisten mit dem Schwerpunkt auf hausärztliche Aufgaben zählen.²¹⁵ Ebenso wird die Altenhilfe und -pflege zu dem Kernbereich der ambulanten, aber auch zu der stationären Versorgung gezählt.²¹⁶

Im Rahmen dieser Arbeit steht im Sinne der medizinischen Grundversorgung die ambulante Versorgung im Fokus des Interesses.

Der ambulanten Versorgung durch Haus- und Fachärzte kommt bei der Sicherung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung eine bedeutende Rolle zu. Die größten Herausforderungen für die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden, bevölkerungsnahen Grundversorgung ergeben sich im Zuge des demographischen Wandels. Insbesondere der in suburbanen Räumen aus bereits benannten Gründen in hoher Intensität ablaufende Prozess der Bevölkerungsalterung impliziert eine gesteigerte Inanspruchnahme medizinischer Leistungen. Parallel zu einer prognostizierten Vergrößerung der Gruppe der Nachfrager rückt aufgrund der gegen-

²¹⁴Vgl. STADT UND HANDEL (2009): Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Gemeinde Nottuln. Dortmund, S.27.

²¹⁵Vgl. KÖTTER, T., SCHUPPE, T. und S. MARINGER (2013): Anpassungsstrategien für die Daseinsvorsorge in ländlichen Gemeinden mit vielen Ortsteilen (= Schriftenreihe des Lehr- und Forschungsgebietes USL Nr. 175). Bonn, S. 13.

²¹⁶Vgl. CLAUSSEN, W. (2005): Gesundheit vor Ort - ein Thema für die Raumplanung? In: Raumplanung 139, S. 265.

wärtigen vertragsärztlichen Altersstruktur und der Arztzahlenentwicklung die Diskussion um einen möglichen zukünftigen Ärztemangel in den Fokus des (raum-)wissenschaftlichen Interesses. Angesichts eines momentan hohen Durchschnittsalters der Vertragsärzte ist mittelfristig von einem hohen Bedarf an ärztlichem Fachpersonal auszugehen.

Wichtige Ausstattungsmerkmale von Kommunen bezüglich einer auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichteten medizinischen Infrastruktur sind in der räumlichen Nähe zu Vertragsärzten (Haus- und Fachärzte) und Apotheken zu sehen. Angebote im Bereich der Pflege und Betreuung, wie z. B. ambulante Pflegedienste, soziale Dienste, Kurzzeit- und Tagespflege sowie Begleit- und Fahrdienste sind ebenfalls als allgemeine Anforderungen an eine ambulante medizinische Versorgung vor Ort zu betrachten.

Öffentlicher Personennahverkehr

Das Verkehrssystem in Deutschland lässt sich grundsätzlich nach den Bereichen Individualverkehr, öffentlicher Personennahverkehr sowie öffentlich zugängliche Mobilitätsangebote differenzieren. Der Individualverkehr besteht aus dem motorisiertem Individualverkehr (MIV) sowie dem Rad- und Fußgängerverkehr. Der öffentliche Personennahverkehr wird in Deutschland in den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und den Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) unterteilt und die öffentlich zugänglichen Mobilitätsangebote beinhalten die private Mitnahme im Individualverkehr, sowie die verschiedenen Verbindungen von Beförderungsmitteln (z.B. Fahrradmitnahme in Bus und Bahn).²¹⁷

Die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung stellt einen zentralen Aspekt der Daseinsvorsorge dar. Die Aufgabe der Sicherung der mobilen Daseinsvorsorge ist in Deutschland in öffentlicher Hand, indem eine ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr in den Nahverkehrsgesetzen der einzelnen Bundesländer geregelt wird.²¹⁸ Umsetzung findet die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge auch in Angeboten an technischen Verkehrsinfrastrukturen und -dienstleistungen.

Im Hinblick auf die Mobilitätsbedürfnisse älterer Menschen steht primär die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Grundversorgung wie Einzelhandelsläden und Arztpraxen, aber ebenfalls Kultur- und Weiterbildungsangebote sowie Naherholungsmöglichkeiten im Zentrum des Interesses.²¹⁹ „Für die Sicherstellung dieser Erreichbarkeit ist für viele ältere Menschen ein ausreichendes Angebot an Leistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erforderlich; die Mehrheit – auch – der Älteren frönt („allerdings“) freilich automobilen Bewegungsformen.“²²⁰ Im

²¹⁷Vgl. KÖTTER, T., SCHUPPE, T. und S. MARINGER (2013): Anpassungsstrategien für die Daseinsvorsorge in ländlichen Gemeinden mit vielen Ortsteilen (= Schriftenreihe des Lehr- und Forschungsgebietes USL Nr. 175). Bonn, S. 16.

²¹⁸Vgl. KÖTTER, T., SCHUPPE, T. und S. MARINGER (2013): Anpassungsstrategien für die Daseinsvorsorge in ländlichen Gemeinden mit vielen Ortsteilen (= Schriftenreihe des Lehr- und Forschungsgebietes USL Nr. 175). Bonn, S. 16.

²¹⁹Vgl. NUISSL, H. und B. BIGALKE (2006): Älterwerden in Suburbia – eine explorative Studie zur Auswirkung von Suburbanisierung auf die Lebensqualität älterer Menschen. UFZ Diskussionspapiere, S. 8.

²²⁰NUISSL, H. und B. BIGALKE (2006): Älterwerden in Suburbia – eine explorative Studie zur Auswirkung von Suburbanisierung auf die Lebensqualität älterer Menschen. UFZ Diskussionspapiere, S. 8.

Genauerer sollte ein dichtes Haltestellennetz vor Ort, ausgestattet mit Sitzbänken, vorhanden sein, um kurze Gehzeiten zu ermöglichen. Die Fahrzeuge sollten barrierefrei und die Fahrkarten- und Fahrplananzeigesysteme in einer leichten Bedienbarkeit und Verständlichkeit konstruiert sein.

Die Mobilitätsverhältnisse bedingen auch das Wohlbefinden älterer Menschen, da die räumliche verkehrsbezogene Mobilität eines Individuums einen positiven Effekt auf die gesellschaftliche Teilnahme besitzt und Tendenzen hin zu einer Isolation im Alter vermeidet.

2.2.2.3 Anforderungen an eine seniorengerechte Ausstattung der Wohnung

Neben einem seniorengerechten Versorgungsangebot am Wohnstandort mit guten Erreichbarkeitsverhältnissen spielt die Wohnsituation älterer Menschen eine entscheidende Rolle für die individuelle Lebens- und Wohnzufriedenheit. Dabei stellt das selbstbestimmte und eigenständige Leben in der eigenen, individuell gestalteten Wohnung eine wichtige Bedingung für die Lebenszufriedenheit dar, auch wenn mit zunehmendem Alter diesbezüglich Problemlagen auftreten können und damit vielfältige Herausforderungen verbunden sind.²²¹

Als typische Wohnbedürfnisse hinsichtlich der Wohnung sind anregungsbezogene Merkmale wie Helligkeit der Räume, soziale Aspekte wie eine funktionierende Hausgemeinschaft, finanzielle Aspekte wie angemessene Mietpreise, lagebezogene Merkmale wie gute Parkmöglichkeiten und ausstattungsbezogene Merkmale wie Barrierefreiheit zu nennen.²²²

Im Kontext von Wohnbedürfnissen bilden ältere Menschen differente Formen aus und stellen keine homogene Gruppe mit gleichen Anforderungen, Vorstellungen etc. dar. Vielmehr implizieren soziale, regionale, kulturelle und ethnische Unterschiede vielfältige Ansprüche an das Wohnen. Ebenso wirken sich die Kriterien Geschlecht, Familienstand, Bildungsstand, Berufsgruppe, Einkommen/Vermögen, familiäre Netzwerkstrukturen und deren räumliche Nähe sowie Mobilitätsfähigkeit u. a. auf die Ansprüche an die Wohnung aus.

²²¹Vgl. EINZENHÖFER, R. und A. LINK (2005): Sun City in Deutschland – ein seniorenspezifisches Wohnmodell mit Zukunft? Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit des amerikanischen Wohnmodells auf Deutschland (= Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung 14). Kaiserslautern, S. 81.

²²²Vgl. OSWALD, F., HIEBER, A., MOLLENKOPF, H. und H.-W. WAHL (2003): Heidelberg 2002: Wohnwünsche und Wohnwirklichkeiten – Belastungen, Chancen und Perspektiven selbstständigen Lebens im Alter. Heidelberg, S. 45f.

2.2.3 Strukturelle Rahmenbedingungen von Wohnstandortentscheidungen – Wohnungsmärkte

2.2.3.1 Nachfragemuster auf dem Wohnungsmarkt

Ein entscheidender, Wohnstandortentscheidungen beeinflussender Faktor bildet der aus dem Angebot-Nachfrage-Verhältnis entstehende Kauf- oder Mietpreis von Objekten auf regionalen Wohnungs- und Immobilienmärkten. Hat das Preisniveau von Immobilien in Deutschland bis etwa zum Jahr 2009 generell betrachtet eine gemäßigte Entwicklung erfahren, kommt es seitdem zu zum Teil erheblichen Steigerungen der Wohnungspreise, die in einigen Ballungsräumen bis zu 10 % pro Jahr betragen.²²³ Ein geringes Angebot bei gleichzeitig hoher Nachfrage, u. a. aufgrund derzeit niedriger Finanzierungskosten, führen zu diesen hohen Steigerungsraten der Miet- und Wohnungspreise in Großstädten. Gleichzeitig existiert in vielen ländlichen Regionen ein Leerstand von Wohngebäuden mit der Folge niedriger Miet- und Kaufpreisniveaus. Welche Faktoren bestimmen diese räumlichen Disparitäten auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt? Aufgrund eines, nach längerer negativer Bevölkerungsentwicklung nun wieder ansteigenden Bevölkerungsvolumens in Deutschland nimmt die Zahl der Wohnungsnachfrager generell zu.²²⁴ In Deutschland existieren allerdings ausgeprägte räumliche Disparitäten bezüglich der quantitativen Bevölkerungsentwicklung (aber auch der Bevölkerungsstruktur und -dichte). Während in peripheren, dünn besiedelten ländlichen Räumen, bedingt durch negative Wanderungssalden bei gleichzeitig niedrigen Geburtenzahlen, eine sinkende Nachfrage zu verzeichnen ist, steigt die Bevölkerungszahl in den Ballungsräumen der Bundesrepublik Deutschland sowie in vielen kleineren (Mittel)Städten stetig an. Dies lässt sich insbesondere aufgrund positiver Wanderungssalden, bedingt durch gute wirtschaftsstrukturelle Rahmenbedingungen sowie einer derzeit generellen neuen Attraktivität der Stadt, begründen.

Die Nachfrage nach Wohnraum ist, neben der Entwicklung des Bevölkerungsvolumens, ebenso durch die Anzahl und Struktur privater Haushalte determiniert. „Alte und junge, kleine und große, Familien- und Singlehaushalte, stabile und flüchtige Haushalte, traditionell-bürgerliche und modern-individualisierte Haushalte bilden eine Vielzahl von Haushaltstypen, deren Mitglieder jeweils eigene und typische Anforderungen an das Wohnen stellen.“²²⁵ Ein Haupttrend ist eine fortwährende Verkleinerung der Haushaltsgrößen, die neben rückläufigen Kinderzahlen und dem Trend der Singualisierung auch durch die Alterung der Gesellschaft zu begründen ist. Nach dem Auszug der Kinder aus der elterlichen Wohnung oder dem Tod des Partners leben ältere Menschen oftmals in Haushalten kleinerer Größe.

²²³Vgl. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Wohnen, unter: <http://www.bpb.de/apuz/183437/wohnen> (abgerufen am 08.09.2015).

²²⁴Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/Zensus_Geschlecht_Staatsangehoerigkeit.html;jsessionid=21F568EDA1A91D96AB0C5ED9A1BAFA2B.cae3 (abgerufen am 11.09.2015).

²²⁵SCHMITZ-VELTIN, A. (2011): Gesellschaft im demographischen Wandel - Szenarien zur Zukunft des Wohnens in der Stadtregion. Mannheim, S. 61.

Die geschilderten Trends auf dem deutschen Wohnungs- und Immobilienmarkt stellen generelle Rahmenbedingungen für potentielle Umzüge älterer Wohnungsmarktteilnehmer dar. Zur Thematik des Wohnstandortverhaltens älterer Menschen führt ZIMMERLI hierzu an: „Ob ältere Menschen ihre Wohnsituation verändern können, hängt letztlich vom Immobilienmarkt ab. Auf einem angespannten Markt bestimmt das Angebot, wo und welche Raumansprüche erfüllt werden können – und selbstverständlich auch, wo ältere Menschen mit geringen finanziellen Mitteln zum Umzug gezwungen sind.“²²⁶

Im Hinblick auf ältere suburbane Haushalte der Generation 60plus ist deren Bereitschaft, den Wohnstandort zu wechseln zum einen von dem Faktor der staatlichen Rahmenbedingungen wie der kommunalen Wohnungspolitik sowie von der Ausrichtung privater Wohnungsmarktteure hinsichtlich der Schaffung attraktiver seniorengerechter Wohnungsangebote abhängig. Zum anderen sind die potentiellen Umzügler darauf angewiesen, ihre Immobilien im Umland der Städte zu einem angemessenen Preis zu verkaufen (oder zu vermieten), damit die Option für einen Umzug überhaupt besteht. Die Bedingung der Nachfrage nach Wohnraum im suburbanen Raum, der Quellregion der potentiellen Wanderer, bzw. die Erzielung eines angemessenen Wiederverkaufswertes ist somit Voraussetzung für einen Umzug.²²⁷ Da stets eine Differenzierung zwischen verschiedenen Typen innerhalb der Raumkategorie der suburbanen Räume vorgenommen werden muss (vgl. Kapitel 3.2), ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass in bestimmten Regionen eine rückläufige Wohnungsnachfrage bei entsprechend fallenden Immobilienpreisen zu verzeichnen ist, auch wenn vorwiegend hohes Nachfragepotential im Umland von Städten vorherrscht. In diesem Fall besteht das Risiko bei Verkauf des Wohneigentums aus Sicht des Eigentümers zu wenig Erlös zu erzielen, so dass sowohl die Altersvorsorge mit eventuellem Pflegebedarf nicht gesichert ist als auch ein geplanter Wohnstandortwechsel in eine barrierefreie und seniorengerechte Wohnung nicht umsetzbar ist oder hinausgeschoben werden muss.²²⁸ Die damit einhergehende Wohnpersistenz führt dazu, dass vermehrt Investitionen in Umbaumaßnahmen und Renovierungen für eine barrierefreie und seniorengerechte Gestaltung von Wohnungen durch Privathaushalte durchgeführt werden. Dadurch ist oftmals ein Verbleib in der angestammten Wohnung und dem vertrauten Wohnstandort möglich.

2.2.3.2 Angebotsformen seniorengerechten Wohnens

Wie bereits dargestellt erfordert die im Zuge des demographischen Wandels stattfindende Alterung der Bevölkerung in der Kommunalplanung und -entwicklung in Zukunft eine zunehmende Ausrichtung der Aufgaben und Handlungsfelder auf die Bedarfslagen älterer Menschen. Diese umfassen, neben den in Kapitel 2.2.2.2 aufgeführten altengerechten Versorgungseinrichtungen mit adäquaten Erreichbarkeitsverhältnissen, auch entsprechende Wohnformen, die zum Teil umfassende Unterstützungsleistungen und Angebote zur sozialen Einbindung beinhalten. Die

²²⁶ZIMMERLI, J. (2015): Wohnmobilität im Alter – ein zukunftsfähiger Ansatz für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung nach innen? Hannover, S.14.

²²⁷Vgl. GLASZE, G. und P. GRAZE (2007): Raus aus Suburbia, rein in die Stadt? Studie zur künftigen Wohnmobilität von Suburbaniten der Generation 50plus. Raumforschung und Raumordnung 65 (5): 472.

²²⁸Vgl. SCHMITZ-VELTIN, A. (2011): Gesellschaft im demographischen Wandel - Szenarien zur Zukunft des Wohnens in der Stadtregion. Mannheim, S. 67.

Aufgabe der Errichtung bedarfsgerechter Wohnungsangebote ist nicht durch die Kommunen in Form kommunaler Wohnungsunternehmen allein umzusetzen, da beispielsweise privatwirtschaftliche Projektentwickler ebenfalls die zukünftige Nachfragesteigerungen im Segment des Seniorenwohnens erkannt haben; gleichwohl kommt den Städten und Gemeinden in Deutschland hierbei eine zentrale Funktion.²²⁹

Die bestehenden Wohnformen für Senioren lassen sich, neben dem Wohnen in der bisherigen Wohnung, in traditionelle Altenwohnungen und in neue Sonderwohnformen (betreutes Wohnen, gemeinschaftliches Wohnen) unterteilen.

Stationäre Wohn- und Versorgungsformen für alte Menschen wie Alten- und Seniorenheime sowie betreute Wohn- und Hausgemeinschaften für Pflegebedürftige werden in diesem Kapitel nicht dargestellt, da der Fokus der vorliegenden Arbeit wie bereits dargestellt auf körperlich und geistig größtenteils gesunden *jungen Alten* liegt, deren potentieller Wohnstandortwechsel im Alter einen freiwilligen Charakter aufweist. Darüber hinaus kann die langjährige wohn- und sozialpolitische Ausrichtung auf institutionalisierte Wohnformen im Alter wie Altenheime vor dem Hintergrund der aufgezeigten Entwicklungen hin zu neuartigen Wohnbedürfnissen als obsolet betrachtet werden.

Privatwohnungen

Der Terminus des *Wohnens im Alter* impliziert oftmals Verbindungen zu speziellen Sonderwohnformen für ältere Menschen. Konträr zu dieser Assoziation zeigen die Wohnwünsche älterer Menschen bisher eine Präferenz für das Wohnen in der eigenen Privatwohnung auf, da mit dem Wohnen in der eigenen Wohnung die Möglichkeit eines selbstständigen Lebens auch im Alter verbunden wird (vgl. Tabelle 5). So wohnen über 90 % der über 65-Jährigen und zwei Drittel der über 90-Jährigen (in den meisten Fällen pflegebedürftig) im normalen Wohnungsbestand.²³⁰ Dem Vorteil der Vertrautheit mit der eigenen Wohnung im Falle des Verbleibs steht dem Wohnen im Privathaushalt der Nachteil gegenüber, dass die Ausstattung der Wohnung oftmals keine Kongruenz zu den Bedürfnissen der älteren Bewohner aufweist. Dementsprechend ist die Bauweise der Gebäude mit zumeist älterer Bausubstanz i. d. R. nicht alters- und behindertengerecht, so dass durch fehlende Aufzüge, nicht rollstuhlgerechte Wohnungen, schmale Türen etc. keine barrierefreie Ausstattung gegeben ist.²³¹

Das Verhältnis zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach altengerechten Wohnungen steht derzeit nicht im Gleichgewicht. Quantitativen Schätzungen nach ist 1 bis 2 % des gesamten Wohnungsbestandes in Deutschland altengerecht ausgestattet.^{232 233} „Das altengerechte

²²⁹Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 5.

²³⁰Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin, S. 27.

²³¹Vgl. STÄHELI HAAS, K. (2006): Wohnen im Alter - so fühlen Sie sich wohl: Privathaushalt, Heim und neue Wohnformen. Zürich, S. 23f.

²³²Vgl. LIHS, V. (2013): Wohnen im Alter – Bestand und Bedarf altersgerechter Wohnungen. Informationen zur Raumentwicklung (2). S. 126.

Wohnen wird aber sowohl im Neubau als auch bei anstehenden Modernisierungen einen immer größeren Stellenwert einnehmen, so dass sich demzufolge die Zahl geeigneter Wohnungen für ältere Menschen langsam erhöht.²³⁴

Demnach sind in den vergangenen Jahren von Seiten der Wohnungspolitik mehrere Maßnahmen unternommen worden, um die Attraktivität des *normalen* Wohnangebots für ältere Menschen zu erhöhen. Beispielsweise sind im Rahmen von Neubaumaßnahmen barrierefreie Wohnungen gebaut worden oder es wurden durch Sanierungsmaßnahmen bestehende Wohnangebote barrierefrei bzw. barrierearm umgebaut.²³⁵ Weiterhin bewirkt das KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU (KfW)-Programm *Altersgerecht Umbauen*, dass Wohnungseigentümern und Bewohnern Finanzierungshilfen für die bauliche Reduzierung von Barrieren in Wohnungen sowie für den Erwerb einer erstmals barrieregeduzierten Wohnung bzw. eines Einfamilien- oder Zweifamilienhauses gewährt werden. Demzufolge wurden zwischen dem Jahr 2009 und dem Jahr 2012 rund 100.000 Wohneinheiten barrierefrei oder barrieregeduziert umgebaut.²³⁶

Diese Maßnahmen erscheinen in Anbetracht der Herausforderung des demographischen Wandels, ältere Menschen mit adäquatem Wohnraum zu versorgen, als notwendig. Da der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland steigt und somit auch die Zahl der Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die den Wohnalltag erschweren können, ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach altersgerechten privaten Wohnungen mittelfristig stark zunehmen wird.²³⁷ Nach ersten Prognosen des KURATORIUMS DEUTSCHE ALTENHILFE müssen bis zum Jahr 2020 etwa 2,5 Millionen Wohnungen, inklusive der Wohngebäude und des Wohnumfelds, altersgerecht umgestaltet werden.²³⁸

²³³Vgl. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Wohnen, unter: <http://www.bpb.de/apuz/183437/wohnen> (abgerufen am 08.09.2015).

²³⁴LIHS, V. (2013): Wohnen im Alter – Bestand und Bedarf altersgerechter Wohnungen. Informationen zur Raumentwicklung (2). S. 126.

²³⁵Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 16.

²³⁶Vgl. LIHS, V. (2013): Wohnen im Alter – Bestand und Bedarf altersgerechter Wohnungen. Informationen zur Raumentwicklung (2). S. 126.

²³⁷Vgl. MÜLLER, R. (2013): Wohnen im Alter. Einführung. Informationen zur Raumentwicklung (2): I.

²³⁸Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin, S. 53.

Tabelle 5: Prozentuale Verteilung altersgerechter Wohnformen (65 Jahre und älter)

Wohnform	Prozentualer Anteil
Normale Wohnung	93 %
Alten- und Pflegeheim	4 %
Betreutes Wohnen	2 %
Traditionelle Altenwohnung	1 %
Gemeinschaftliches Wohnen	< 1 %
Pflegewohngruppen	< 1 %

Entwurf: Eigener Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin, S. 27. In Anlehnung an: BUNDESVERBAND FREIER IMMOBILIEN- UND WOHNUNGSUNTERNEHMEN (BFW) 2008: BFW Research. Berlin.

Altenwohnungen

Altenwohnungen (auch Seniorenwohnungen genannt) sind spezielle Wohnangebote für ältere Menschen, die an die besonderen Bedarfslagen der Nutzer angepasst sind. Die bauliche Gestaltung der Wohnungen ist durch eine altengerechte Ausstattung nach den Standards des barrierefreien Bauens geprägt, so dass den Bewohnern in ihrem Wohnraum eine freie Bewegung möglich ist. Weitere Charakteristika dieses Wohnsegmentes sind zum Teil vorhandene Begegnungsräume und in einigen Fällen ein eingeschränktes, niederschwelliges Betreuungsangebot, bestehend aus gesundheitlich-pflegerischen und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung einer selbständigen Lebensführung. Die Wohnform der Altenwohnung ist zum einen in den normalen Wohnungsbestand integriert oder wird in speziellen Wohnanlagen wie Altenheime, Seniorenzentren oder im Falle von höherklassigen Wohnimmobilien innerhalb von Seniorenresidenzen angeboten.

Die seit den 1960er Jahren in Deutschland entstandenen Wohnungen sind primär dem öffentlich geförderten Wohnraum zuzuordnen, deren Bezug prinzipiell nicht an eine bestimmte Altersschwelle gebunden ist, jedoch vereinzelt Standards bezüglich Einkommen, Wohnungsgröße etc. in den jeweiligen Landesrichtlinien bestehen.

In der Sonderwohnform der Altenwohnung lebt nach Untersuchungen des BUNDESMINISTERIUMS FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG insgesamt lediglich 1 % der über 65-Jährigen Bevölkerung in Deutschland.²³⁹

Betreutes Wohnen für Senioren

Die barrierefreie Gestaltung des Wohnraums und des Wohnumfeldes zur Ermöglichung eines möglichst langen Verbleibs in der angestammten Wohnung und der damit verbundenen Selbstständigkeit der Bewohner sind, je nach dem jeweiligen Hilfe- und Pflegebedarf, gegebenenfalls nicht ausreichend. Insbesondere im Falle einer nicht zur Verfügung stehenden und an Kapazi-

²³⁹Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin, S. 27.

täts- oder Qualifizierungsgrenzen stoßenden Versorgungsleistung durch Angehörige muss ein professionelles gesundheitlich-pflegerisches Dienstleistungsangebot zur Verfügung stehen. Die Wohnform des betreuten Wohnens für Senioren subsumiert verschiedene Varianten der Kopplung von altengerechtem Wohnen und Betreuungsleistungen. Der Begriff des betreuten Wohnens wird auch häufig durch Synonyme wie Service-Wohnen, unterstütztes Wohnen, Wohnen plus etc. ersetzt. Das Konzept des betreuten Wohnens beschränkt sich allerdings nicht auf ältere Menschen, sondern bietet ebenso Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen, Jugendliche und behinderte Menschen.

Die Wohnform des Betreuten Wohnens wird vorwiegend in speziellen Wohnanlagen, zunehmend jedoch auch im Privatwohnungsbau angeboten. Bei speziellen Angeboten des Betreuten Wohnens wohnt man in einer barrierefreien und altengerecht ausgestatteten Wohnung innerhalb einer entsprechenden Wohnanlage. Zusätzlich werden verschiedene Grundleistungen des Betreuungsservice wie Beratungs- und Informationsleistungen, Notrufsicherung etc. sowie Wahlleistungen wie Mahlzeiten, Reinigungs- und Pflegeleistungen angeboten.²⁴⁰ Das Betreute Wohnen in der Privatwohnung ist dagegen ein neueres Wohnkonzept bei dem älteren Menschen in ihrer angestammten Wohnung wohnen bleiben und mit einem Dienstleister, wie beispielsweise ambulante Dienste, einer Sozialstation oder einem Betreuungsverein einen Betreuungsvertrag abschließen, der neben allgemeinen Informations- und Beratungsleistungen regelmäßige Hausbesuche umfasst.²⁴¹

Das Konzept des Betreuten Wohnens existiert seit mehreren Jahrzehnten und erlebte u. a. aufgrund staatlicher Förderungsmaßnahmen dieses Wohnungsangebotes sein stärkstes Wachstum in den 1990er Jahren. Anfang des 21. Jahrhunderts existierten bereits ca. 4.000 Wohnanlagen mit ca. 230.000 Bewohnern über 65 Jahren.²⁴²

Gemeinschaftliches Wohnen

Gemeinschaftliche Wohnformen für ältere Menschen oder auch als Möglichkeit des Zusammenlebens von *Jung und Alt* existieren in Deutschland schon seit 20 bis 30 Jahren. Das zentrale Ziel dieser Wohnprojekte liegt in der Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens bei gleichzeitiger Erhaltung einer selbstständigen Lebensführung.

Im Gegensatz zu den professionellen Angeboten an Alten- bzw. Seniorenwohnungen sowie Angeboten an Wohnungen des Betreuten Wohnens werden Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens von den älteren Menschen zum größten Teil und je nach Typ des gemeinschaftlichen Wohnens (siehe unten) selbst initiiert, geplant und umgesetzt sowie das gemeinschaftliche Le-

²⁴⁰Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 24.

²⁴¹Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 18.

²⁴²Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin, S. 28.

ben in Selbstverwaltung, mit gegenseitigen niedrigschwelligen Hilfen, organisiert.²⁴³ Weiterhin grenzt sich diese Wohnform von Altenwohnungen und betreutem Wohnen insofern ab, dass größtenteils keine professionelle Betreuung eingebunden ist und lediglich im Bedarfsfall ambulante Dienste in Anspruch genommen werden und das Gros der Unterstützung durch solidarische Nachbarschaftshilfen geleistet wird.²⁴⁴

Innerhalb des Konzeptes des gemeinschaftlichen Wohnens kann zwischen verschiedenen Formen unterschieden werden. Demnach reicht die Angebotsspanne von Wohn- und Hausgemeinschaften, die, wie bereits dargestellt, in Selbstverwaltung organisiert sind, über Projekte des Mehrgenerationenwohnens bis hin zu Angeboten integrierten Wohnens. Im Falle des Wohnmodells der Altenwohngemeinschaft leben mehrere, nicht zwingend alleinstehende alte Personen in einer großen Wohnung, beziehen dort ein eigenes Zimmer und nutzen bestimmte Räume wie Küche, Wohnzimmer und ggf. Bad gemeinsam. Hausgemeinschaften sind dagegen ein Zusammenschluss mehrerer separater Wohnungen in Mehrparteienhäuser in Kombination mit Gemeinschaftseinrichtungen. Auch auf Quartiersebene bestehen wohngruppenorientierte Konzepte, die mittels Hilfs- und Gemeinschaftsangebote für die älteren Bewohner die Wohn- und Betreuungsqualität eines Siedlungsgebietes verbessern.

In Abgrenzung zu selbstorganisierten Wohn- oder Hausgemeinschaften ist das integrierte Wohnen und das Mehrgenerationenwohnen oft in größere Wohnprojekte für Gebäude oder auch ganze Wohnsiedlungen, in denen Bauträger oder auch junge Familien als Initiator agieren, eingebunden.²⁴⁵

Bei Projekten des integrierten Wohnens liegt das Ziel in der Integration von Bewohnergruppen mit besonderem Hilfebedarf wie beispielsweise ältere Menschen, behinderte Menschen, Ausländer, Alleinerziehende, kinderreiche Familien etc. in die Gesellschaft, der Verhinderung von Vereinsamung und Isolation sowie der Förderung gegenseitiger Hilfeleistungen. Die Menschen wohnen hierbei entweder gemeinsam in einem Gebäude oder einem Wohnquartier in speziell auf ihre Bedürfnisse angepassten Wohnungen. Darüber hinaus werden innerhalb des Gebäudes oder des Quartiers Gemeinschaftsräume zur Förderung sozialer Kontakte und Nachbarschaftsbeziehungen zur Verfügung gestellt.

Das Wohnmodell des Mehrgenerationenwohnens fördert das Zusammenleben, den Austausch und den Kontakt unterschiedlicher Generationen, wobei zwischen den Bewohnern zumeist keine familiären Verbindungen bestehen.²⁴⁶ Ziel ist, dass die verschiedenen Generationen durch gegenseitige Unterstützung, wie z. B. Hilfe bei Einkäufen und Arztbesuchen, Kinderbeaufsichtigung etc., voneinander profitieren. Das Wohnmodell des Mehrgenerationenwohnens existiert sowohl auf der Ebene einzelner Wohngemeinschaften, mehrerer Wohnungen in einem Mehr-

²⁴³Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin, S. 28.

²⁴⁴Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 27.

²⁴⁵Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 27.

²⁴⁶Vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG (1998): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Wohnen im Alter und Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin, S. 120.

familienhaus, mehrerer zusammengeschlossener Häuser und auf der Ebene gemischter Quartiere, in denen Infrastruktur und Dienstleistungen gemeinsam genutzt werden.

Den verschiedenen Formen des gemeinschaftlichen Wohnens ist gemeinsam, dass sie sich in den allgemeinen Wohnungsmarkt bzw. Wohnungsbau integrieren lassen. Die Anzahl gemeinschaftlicher Wohnprojekte bewegt sich generell auf einem niedrigen Niveau, wobei in den vergangenen Jahren eine zunehmende Dynamik in diesem Wohnsegment zu verzeichnen ist. In der Sonderwohnform des gemeinschaftlichen Wohnens lebt nach Analysen des BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG insgesamt lediglich unter 1 % der über 65-Jährigen Bevölkerung in Deutschland.²⁴⁷

²⁴⁷Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin, S. 27.

2.3 Quantitative und räumliche Ausprägungen von Wohnstandortentscheidungen älterer Menschen

Wanderungen und prospektive Wohnmobilität

Wanderungen stellen das Ergebnis von Entscheidungsprozessen von Personen bzw. Haushalten dar und stehen u. a. in einem Zusammenhang zu dem jeweiligen Lebensalter und den damit einhergehenden Wahrnehmungs-, Verhaltens- und Handlungsmustern (vgl. Kapitel 2.1). In der Bundesrepublik Deutschland liegt das Wanderungsaufkommen älterer Menschen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen auf einem niedrigen Niveau. Der Großteil der Älteren präferiert die Wohnoption „so lange wie möglich selbstständig in der bisherigen Wohnung oder zumindest im vertrauten Wohnumfeld zu leben.“²⁴⁸ Dieses raumbezogene Phänomen ist, wie bereits dargestellt, in den Raumwissenschaften als Wohnpersistenz, Remanenzeffekt oder Sesshaftigkeit betitelt und kann mit der Verbundenheit älterer Menschen mit ihrem Wohnort und dem gewohnten sozialen Umfeld erklärt werden. So leben ca. zwei Drittel der 70- bis 85-Jährigen in den alten Bundesländern seit über 40 Jahren am selben Ort, in den neuen Bundesländern beträgt dieser Wert vier Fünftel.²⁴⁹

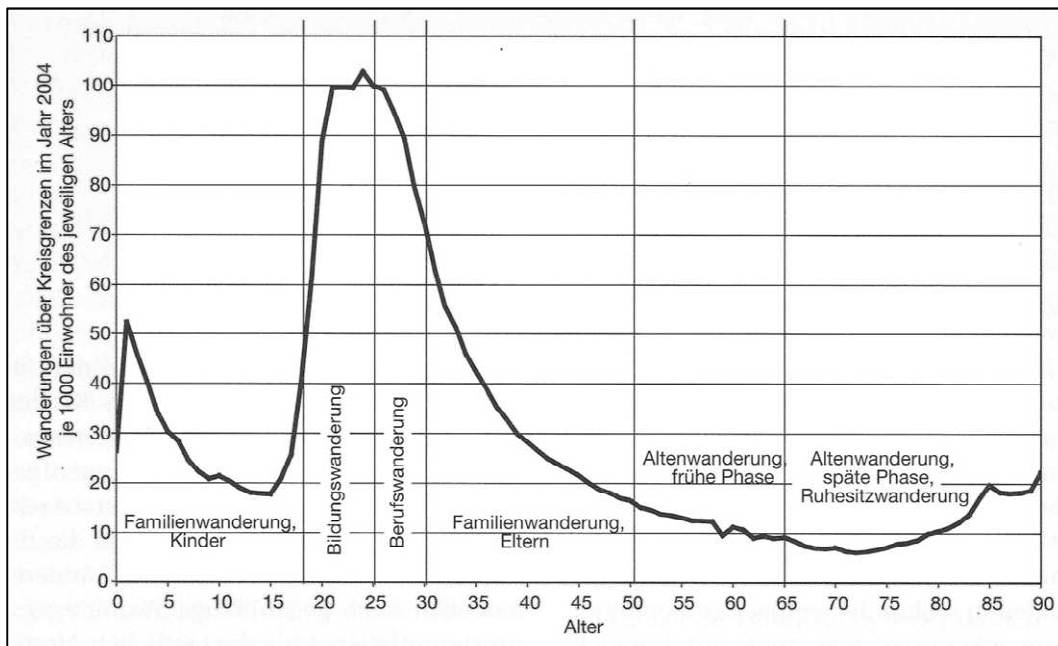
Differenzen in der Intensität des Wanderungsvolumens in den verschiedenen Lebenszyklen von Individuen zeigt Abbildung 5. Die altersspezifische Mobilität für Binnenwanderungen über Kreisgrenzen im Jahr 2004 in Deutschland nimmt demnach ca. nach dem 25. Lebensjahr mit zunehmendem Alter zunächst ab. Die Wanderungsbeteiligung der Alterskohorte der über 65-Jährigen liegt hier um den Faktor 3 unter der Quote aller Fortzügler, ist jedoch ab dem Alter von 75 Jahren durch einen sichtbaren Anstieg gekennzeichnet, der in modernen Gesellschaften als *old age peak* bekannt ist.²⁵⁰

²⁴⁸LIHS, V. (2013): Wohnen im Alter – Bestand und Bedarf altersgerechter Wohnungen. Informationen zur Raumentwicklung (2). S. 126.

²⁴⁹Vgl. MOTEL, A., KÜNEMUND, H. und CHR. BODE (2000): Wohnen und Wohnumfeld. In: Kohli, M. und H. Künemund (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Wiesbaden, S. 159.

²⁵⁰Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 186.

Abbildung 5: Altersspezifische Mobilität für Binnenwanderungen über Kreisgrenzen im Jahr 2004 und Altersgruppen der Wanderungsstatistik



Quelle: SCHLÖMER, C. (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen. Makroanalytische Untersuchungen zur Systematik von Wanderungsverflechtungen (=Berichte des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 31). Bonn, S. 13.

In einer Langzeitbetrachtung der Binnenwanderungen der über 65-Jährigen zeigt FRIEDRICH auf, dass zwischen 1991 und 2005 die Wanderungsbeteiligung Älterer von einer relativen stabilen Entwicklung geprägt und keine signifikante Erhöhung zu konstatieren ist.²⁵¹

Aktuell (Bezugsjahr 2013) liegt das Binnenwanderungsaufkommen (Zu- und Fortzüge) der älteren Bevölkerungsgruppen zwischen den Bundesländern bei den 50- bis 65-Jährigen bei 8,3 %, bei den 65- bis 75-Jährigen bei 2,7 % und den über 75-Jährigen bei 3,0 % (vgl. Tabelle 6). Danach macht die Altersgruppe der älteren Menschen im Vergleich zu der Gruppe der Bildungs-, Arbeits- und Familienmigranten (18- bis 25-Jährige sowie 25- bis 40-Jährige) einen geringeren Anteil an der Gesamtheit aller Wanderungen über Bundesländergrenzen hinweg aus.

²⁵¹Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 186f.

Tabelle 6: Wanderungen zwischen den Bundesländern 2013 nach Altersjahren in Deutschland

Alter am Jahresende von...bis unter...Jahren	Zu- bzw. Fortzüge zwischen den Bundesländern	
	absolut	Anteil (in %)
unter 6	59.473	5,4
6-18	68.160	6,2
18-25	262.123	23,7
25-40	450.721	40,8
40-50	110.661	10,0
50-65	91.366	8,3
65-75	30.354	2,7
75 und mehr	32.663	3,0
Insgesamt	1.105.521	100,0

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT (2015^b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2013. Wiesbaden, S. 18ff.

Zusätzlich zu den bisher analysierten Binnenwanderungen in Deutschland spielen zunehmend Wohnstandortverlegungen von Rentnern ins Ausland und somit Außenwanderungen eine bedeutende Rolle. Tabelle 7 verdeutlicht, dass sich das Wanderungsvolumen bei den 50- bis 65-Jährigen hinsichtlich Außenwanderungen auf einem ähnlichen Niveau wie das Ausmaß der Binnenwanderungen dieser Altersklasse befindet (11,3 %). Erst ab dem Alter von 65 Jahren stehen Außenwanderungen von älteren Menschen in ihrem quantitativen Ausmaß den Binnenwanderungen nach.

Tabelle 7: Fortzüge aus Deutschland 2013 nach Altersjahren

Alter am Jahresende von...bis unter...Jahren	Fortzüge über die Grenzen Deutschlands	
	absolut	Anteil (in %)
unter 6	30.310	3,8
6-18	45.599	5,7
18-25	141.985	17,8
25-40	328.611	41,2
40-50	133.243	16,7
50-65	90.504	11,3
65-75	18.916	2,4
75 und mehr	8.718	1,1
Insgesamt	797.886	100,0

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT (2015^b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2013. Wiesbaden, S. 17ff.

Neben den bereits vollzogenen Wanderungen älterer Personen ist die in dieser Arbeit untersuchte prospektive Wohnmobilität, also die Bereitschaft für einen Umzug von Interesse. Die Untersuchung von HEINZE, EICHENER, NAEGELE, BUCKSTEEG und SCHAUERTE zeigt auf, dass die Mobilitätsbereitschaft Älterer eine unterschätzte Größe darstellen kann. Demnach liegt in den alten Bundesländern die Umzugswahrscheinlichkeit für einen ca. 55 Jahre alten Ein- oder

Zweipersonenhaushalt (Mietwohnung) bis zum Erreichen des 75. Lebensjahres bei 52 %.²⁵² Darüber hinaus legen KREMER-PREIß und STOLARZ dar, dass rund 20 % der Eigentümerhaushalte und 50 % der Mieterhaushalte nach dem 55. Lebensjahr noch einmal einen Wohnstandortwechsel vornehmen.²⁵³ Nach MOTEL, KÜNEMUND und BODE bekundet innerhalb der Gruppe der 70- bis 85-Jährigen jeder Zehnte konkrete Umzugspläne, primär in Seniorenwohnheime und -wohnungen.²⁵⁴ In einer weiteren Studie gaben ca. 27 % der befragten über 50-jährigen Personen an umziehen zu wollen, wenn im Alter eine medizinische Versorgung am derzeitigen Wohnort nicht gegeben wäre.²⁵⁵

Die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen weist zwar bisweilen verhältnismäßig geringe Wanderungsraten auf, zeigt jedoch oft hohes Potential hinsichtlich einer generellen Umzugsbereitschaft. Derzeitige raumbezogene Entwicklungstendenzen wie eine quantitative Vergrößerung der Gruppe der Älteren bedingt durch den demographischen Wandel und ein voraussichtlich verändertes Mobilitätsverhalten im Zuge gesellschaftlicher Veränderungsprozesse wie Individualisierung und Ausdifferenzierung von Lebensstilen lässt zukünftig eine erhöhte räumliche Wohnmobilität der neuen Seniorengeneration, insbesondere der Bevölkerungsgruppe der *jungen Alten*, vermuten.

Räumliche Wanderungsmuster

Binnenwanderungen in Deutschland verlaufen, in Bezug auf alle Altersgruppen, in vielfältigen räumlichen Mustern, die von Umzügen in benachbarte Kommunen oder Kreise bis hin zu Wanderungen über mehrere hundert Kilometer Entfernung reichen. Die Häufigkeit von Wanderungen variiert dabei jedoch mit der Reichweite der Wanderungen, so dass mit Abnahme der Distanz zwischen Quell- und Zielort die Anzahl der Wanderungen zunimmt, „wobei der Zusammenhang über eine einfache lineare Beziehung erkennbar hinausgeht und eher die Form eines exponentiellen Kurvenverlaufs annimmt“²⁵⁶ (vgl. Abbildung 6).

Entsprechend des altersübergreifenden Trends der Nahwanderungen findet auch der Großteil der von älteren Bevölkerungsgruppen durchgeführten Wanderungen in räumlicher Nähe zu dem bisherigen Wohnstandort statt. Demnach vollziehen sich zwei von drei Wohnstandortwechseln

²⁵²Vgl. HEINZE, R. G., EICHENER, V., NAEGELE, G., BUCKSTEEG, M. und M. SCHAUERTE (1997): Neue Wohnung auch im Alter. Forderungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft. Schader Stiftung, Darmstadt, S. 17.

²⁵³Vgl. KREMER-PREIß, U. und H. STOLARZ (2003): Neue Wohnkonzepte für das Alter und praktische Erfahrungen bei der Umsetzung – eine Bestandsanalyse –. Zwischenbericht im Rahmen des Projektes „Leben und Wohnen im Alter“ der BERTELSMANN STIFTUNG UND DES KURATORIUMS DEUTSCHE ALTERSHILFE. Köln, S. 8.

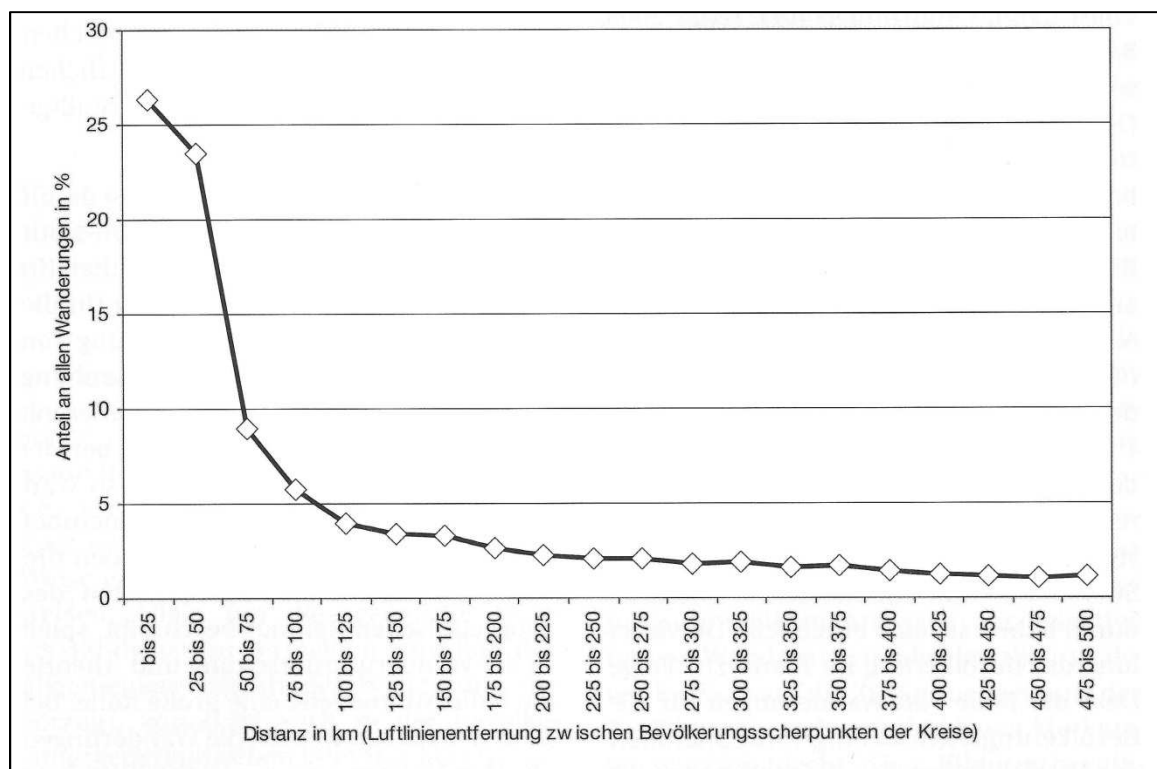
²⁵⁴Vgl. MOTEL, A., KÜNEMUND, H. und CHR. BODE (2000): Wohnen und Wohnumfeld. In: KOHLI, M. und H. KÜNEMUND (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Wiesbaden, S. 161.

²⁵⁵Vgl. TROEGER-WEIß, G., KARSCH-VÖLK, M., LANDENDÖRFER, P., LINDE, K., EGERMANN, A. und A. SCHNEIDER, A. (2012): Medizinische und kommunale Herausforderungen einer alternden Gesellschaft im ländlichen Bereich – Ergebnisse einer Erhebung in der oberfränkischen Gemeinde Markt Heiligenstadt, in: Das Gesundheitswesen, Jg. 74, Nr. 7: S. 415.

²⁵⁶SCHLÖMER, C. (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen. Makroanalytische Untersuchungen zur Systematik von Wanderungsverflechtungen (=Berichte des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 31). Bonn, S. 7.

innerhalb eines Radius von 50 km, womit Nahwanderungen innerhalb der älteren Bevölkerungsgruppe dominieren.²⁵⁷ Diese Wandlungsmuster zeigen sich auch im zeitlichen Verlauf: Erfolgten 1997 65 % aller Binnenwanderungen von Senioren innerhalb des gleichen Bundeslandes, stieg dieser Anteil bis zum Jahr 2005 auf 73 %, so dass nur ca. jeder vierte Fortzug als Fernwanderung (mit Überschreitung der Grenzen eines Bundeslandes) typisiert werden kann.²⁵⁸ In einer, die Altersgruppe der älteren Personen differenzierenden Betrachtung kann das hohe Aufkommen an Nahdistanzwanderungen durch Hochaltrige damit erklärt werden, dass es in den höheren Altersstufen verstärkt zu gezwungenen Wanderungen aufgrund von Pflegebedürftigkeit und dem damit verbundenen Auszug aus der angestammten Wohnung kommt, die primär über kurze Distanzen erfolgen. Der zuvor dargestellte Anstieg des Binnenwanderungsaufkommens ab dem Alter von 75 Jahren dürfte somit den hohen Anteil der Nahwanderungen erklären.²⁵⁹

Abbildung 6: Distanzabhängigkeit der Binnenwanderungen in Deutschland. Binnenwanderungen über Kreisgrenzen im Zeitraum 1991 bis 2004



Quelle: SCHLÖMER, C. (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen. Makroanalytische Untersuchungen zur Systematik von Wanderungsverflechtungen (=Berichte des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 31). Bonn, S. 8.

²⁵⁷Vgl. FRIEDRICH, K. (2002): Migration im Alter. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe Band 230. Berlin, S. 91.

²⁵⁸Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 186.

²⁵⁹Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 186.

Auch hinsichtlich der räumlichen Wanderungsmuster bzw. der Zielpräferenzen älterer Menschen bei Wanderungen lässt sich im Zeitverlauf der letzten Jahrzehnte eine Veränderung erkennen: Mit dem *Wendeschock* nach der Wiedervereinigung Deutschlands ging eine intensive Ost-West-Wanderungen, auch älterer Menschen, einher, so dass folglich diese Wanderungsrichtung die höchsten Raten aufwies. Seit Mitte der 1990er Jahre ist eine räumliche Neuausrichtung der Migrationsbewegungen hin zu nord- und süddeutschen Zielgebieten zu konstatieren, während besonders der Westen der Bundesrepublik und Mitteldeutschland Binnenwanderungsverluste aufweisen.²⁶⁰ Die hohen Wanderungsgewinne von Bundesländern wie Bayern, Brandenburg und Schleswig-Holstein sind teilweise das Ergebnis einer Überlagerung von intraregionalen Dekonzentrationsprozessen (z. B. im Ballungsraum München, Hamburg, Berlin) und interregionalen Ruhestandswanderungen in das Alpenvorland und in norddeutsche Küstengebiete.²⁶¹ Freiwillige Wohnstandortwechsel älterer Menschen sind somit oftmals Fernwanderungen zu attraktiven Ruhesitzen, primär in ländliche Räume mit einer hohen landschaftlichen Attraktivität sowie einem hohen Erholungs- und Freizeitwert.²⁶²

Eine kleinräumigere Analyse auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zeigt, dass bis Mitte der 1990er Jahre vor allem größere Kernstädte negative Wanderungssalden älterer Bevölkerungsgruppe zugunsten der Umlandgemeinden in den Verdichtungsräumen zu verzeichnen hatten.²⁶³ Auf stadtregioener Ebene ist seit diesem Zeitpunkt eine Veränderung der Wanderungsrichtungen zu erkennen: „Auch im suburbanen Umland des Ruhrgebiets, des Rhein-Main-Gebiets oder von Stuttgart verringert sich die Seniorenbevölkerung durch Fortzüge, und keineswegs sind immer noch die meisten mittleren Kernstädte durch Binnenwanderungsverluste gekennzeichnet.“²⁶⁴

²⁶⁰Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 187f.

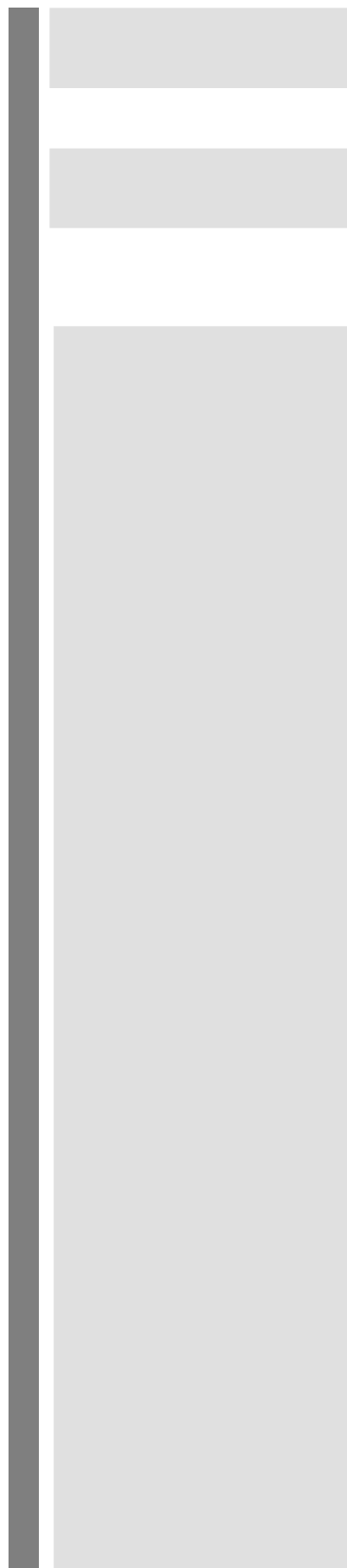
²⁶¹Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 188ff.

²⁶²Vgl. MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL (2007): Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden, S. 220.

²⁶³Vgl. FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 190.

²⁶⁴FRIEDRICH, K. (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung (3): 190.

3



3 Suburbane Räume in Deutschland als Wohnstandort älterer Bevölkerungsgruppen – Siedlungsprozesse der Suburbanisierung und deren Auswirkungen auf die Versorgungsstruktur vor dem Hintergrund demographischer Alterung

Nach der konzeptionellen Auseinandersetzung mit Wohnstandortentscheidungen älterer Bevölkerungsgruppen und der Darlegung bisheriger empirischer Erkenntnisse ist zu konstatieren, dass die Bereitschaft für einen Umzug im Alter in der Vergangenheit auf einem eher geringen Niveau lag, weshalb der Verbleib am bisherigen suburbanen Wohnstandort durchaus auch zukünftig den Trend bezüglich der Wohnstandortwahl innerhalb der Gruppe der *jungen Alten* bestimmen könnte.

Demzufolge beschäftigt sich Kapitel 3 mit den siedlungsstrukturellen Voraussetzungen suburbaner Räume in Deutschland als Wohnstandort für eine gealterte Bewohnerschaft. Insbesondere soll aufgezeigt werden, welche räumlichen Entwicklungsprozesse die heutigen Siedlungs- und Bevölkerungsstrukturen in suburbanen Räumen in Deutschland geprägt haben und welche Auswirkungen Suburbanisierungsprozesse auf die Versorgungssituation älterer Menschen im Hinblick auf mögliche Problemlagen mit sich führen.

Die Prozesse der Suburbanisierung erzeugen neben ökonomischen, ökologischen und sozialen auch demographische und siedlungsstrukturelle Effekte auf den Raum. Als Folge der Zunahme der Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen im Zuge des demographischen Wandels und altersselektiven Wanderungen einerseits sowie der von expansiven Siedlungsflächenverbrauch und funktionaler Trennung geprägten suburbanen Raumstrukturen andererseits, sind in vielen Kommunen im Umfeld von Städten keine ausreichenden seniorenrechtlichen Versorgungsangebote vorhanden.

Diese Versorgungsdefizite können wiederum eventuelle Veränderungen im Wohnstandortverhalten von Senioren zur Folge haben.

Im Einzelnen werden zur Analyse des Problemkomplexes aus einer fehlenden Kongruenz zwischen gealterter Bevölkerung einerseits und räumlicher Umwelt andererseits zunächst Grundlagen zum Thema der Suburbanisierung in Form von definitorischen Interpretationen, Abgrenzungen und baulich-siedlungsstrukturellen Charakteristika suburbaner Räume sowie Erklärungsansätze und Modelle für diese Siedlungsprozesse dargelegt. Anschließend liegt der Fokus auf den bisherigen Siedlungsphasen in Stadtregionen in Deutschland und deren wesentlichen Ursachen und Triebkräfte, auf räumlich differenter Mustern der Suburbanisierung sowie auf aktuellen Entwicklungen aus einer Makroperspektive.

Darauffolgend sollen die Ursachen, das derzeitige Ausmaß und die zukünftige Entwicklung demographischer Alterung auf nationaler und kleinräumiger Ebene beleuchtet werden, um heute als auch in Zukunft zum einen die Quantität der Nachfrage nach altengerechten Infrastrukturen und Dienstleistungen in suburbanen Räumen einschätzen und zum anderen die Gruppen der Akteure potentieller Altenwanderungen quantifizieren zu können.

Anschließend werden die Dispersion und die räumliche Funktionstrennung in der Siedlungsstruktur suburbaner Räumen dargestellt und ihre Auswirkungen auf die Versorgungssituation älterer Menschen in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge eruiert.

3.1 Begriffsbestimmungen

Siedlungsprozess der Suburbanisierung

Der Begriff der Suburbanisierung wird im Allgemeinen als die Ausweitung städtischer Siedlungen über sowohl administrative als auch baulich-siedlungsstrukturelle Grenzen der Kernstadt in das Umland hinaus dargestellt. FRIEDRICHS²⁶⁵ definiert Suburbanisierung detaillierter als „Verlagerung von Nutzungen und Bevölkerung aus der Kernstadt, dem ländlichen Raum oder anderen metropolitanen Gebieten in das städtische Umland bei gleichzeitiger Reorganisation der Verteilung von Nutzungen und Bevölkerung in der gesamten Fläche des metropolitanen Gebiets.“ In der Kommunalstatistik zählt eine solche Verlagerung bzw. Umverteilung von Bevölkerung oder Nutzungen per Definition erst bei Überschreitung administrativer Grenzen zum Prozess der Suburbanisierung. In Städten mit großflächigem Gebiet finden Randwanderungen noch innerhalb des administrativen Stadtgebietes statt und sind somit in der Statistik nicht als Umlandwanderung erfasst, während bei Städten mit einer kleineren Fläche die Wanderungssalden dementsprechend auf einem höheren Niveau liegen.²⁶⁶

Der oftmals synonym verwendete Begriff der Stadt-Umland-Wanderung bezeichnet ebenfalls Wanderungen von den Kernstädten in das Umland, was sowohl die Migration der Bevölkerung als auch die Verlagerung von Arbeitsplätzen durch Standortverlagerungen von Industrie, Gewerbe und Handel per Definition mit einschließt. Im Rahmen dieser Arbeit stehen die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung, die so genannte Bevölkerungssuburbanisierung im Vordergrund.

Eine genaue Definition der Akteure dieses Stadtentwicklungsprozesses, der *Suburbaniten*, besteht nicht. Nach BÄHR²⁶⁷ wird die Bevölkerungssuburbanisierung aus drei Quellen gespeist: „1. der *direkten Randwanderung*, d. h. der Verlagerung des Wohnstandortes aus der Kernstadt in das angrenzende Umland, 2. der *indirekten Randwanderung*, d. h. interregionalen Wanderungen, die ihre Herkunfts- und Zielgebiete im suburbanen Raum haben [...], 3.) der *autochtonen Suburbanisierung*²⁶⁸[...], die dadurch zustande kommt, dass einheimische Bevölkerungsgruppen nach Aufgabe der Landwirtschaft einen Arbeitsplatz in der Kernstadt annehmen. Damit ist zwar keine Veränderung der Bevölkerungsverteilung, wohl aber des Lebensstils verbunden.“

Definitorische Abgrenzung suburbaner Räume

Die Bestimmung der Grenzen suburbaner Räume in Deutschland gestaltet sich nicht ganz einfach, da in der amtlichen Statistik dieser Raumtypus nur eingeschränkt als Analyseeinheit ge-

²⁶⁵FRIEDRICHS, J. (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg, S. 170.

²⁶⁶Vgl. MÄDING, H. (2000): Wanderungsprozesse – Herausforderung für die Wohnungswirtschaft und die Städte. „Aktuelle Information“ DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK, Berlin, S. 14.

²⁶⁷BÄHR, J. (2004): Bevölkerungsgeographie. 4. Auflage. Stuttgart, S. 322.

²⁶⁸FRICKE, W. (1997): Einhundert Jahre Bevölkerungssuburbanisierung im Rhein-Neckar-Raum in ihrem raumzeitlichen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen. Heidelberger Geogr. Arb. 100. Heidelberg, 272-306.

bildet wird. Als suburbane Räume werden per Definition im Allgemeinen jene Gebiete angesehen, die „außerhalb der Kernstadtgrenzen lieg[...] („en“), durch verkehrliche Verflechtung aber noch in einem engen Beziehungsverhältnis zur Kernstadt steh[...] („en“).“²⁶⁹

Eine auf den Indikatoren *Einwohnerdichte* und *Erreichbarkeit* basierende Raumanalyse im Rahmen des Raumordnungsberichts 2005 des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG kann ebenfalls als Methode der Abgrenzung von suburbanen Räumen dienen. In drei Raumkategorien dekliniert, tragen diese Gebiete spezifische Merkmale hinsichtlich Zentralität, Bevölkerungsdichte und Erreichbarkeit. Als suburbane Raumkategorie wird hierbei der *äußere Zentralraum*, aber auch der *Zwischenraum mit Verdichtungsansätzen* gesehen.²⁷⁰ Ersterer bildet die engeren Suburbanisierungsgebiete der Kernstädte ab, die mit 500 Einwohnern je km² hoch verdichtet sind. Die *Zwischenräume mit Verdichtungsansätzen* stehen für die erweiterten Suburbanisierungsgebiete mit einer Bevölkerungsdichte von 300 Einwohnern je km².

Eine weitere Methodik zur Bestimmung der räumlichen Dimensionen von Suburbia ist über eine Analyse der Berufspendlerverflechtungen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter sowie über Wanderungsverflechtungen von Haushalten zwischen Kommunen möglich. Dieser Methode nach entspricht der engere suburbane Raum, der mit der Kernstadt starke funktionale Verflechtungen aufweist und in der Regel innerhalb eines 30 km Radius um den Mittelpunkt der Kernstadt liegt, dem inneren Pendlereinzugsgebiet, in dem über 50 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in die Kernstädte zu ihren Arbeitsplätzen pendeln.²⁷¹ Das erweiterte Suburbanisierungsgebiet, das in den letzten Jahrzehnten in der Regel bis zu 50 km um den Mittelpunkt der Kernstadt diffundierte und die Transition von städtisch geprägtem Umland in periphere, dünner besiedelte Regionen darstellt, ist kongruent zu dem äußeren Pendlereinzugsgebiet, in dem weniger Pendlerverflechtungen zur Kernstadt bestehen.²⁷²

Baulich-siedlungsstrukturelle Charakterisierung

Die Kennzeichnung suburbaner Räume ist auf physisch-materieller Ebene von einer vielfältigen Raum- und Siedlungsstruktur geprägt. Dieser Raumtypus zeichnet sich demnach durch eine gering verdichtete, aufgelockerte Siedlungsstruktur aus, in der Ein- und Zweifamilienhäuser aber auch Reihenhäuser vorherrschend sind. In den 1960er und 1970er Jahren entstanden sowohl in West- als auch in Ostdeutschland vereinzelt Großwohnsiedlungen im suburbanen Raum. Suburbane Wohngebiete sind sowohl als Siedlungserweiterung am Stadtrand als auch zum Teil als Siedlungseinheiten im Umland der Kernstädte vorzufinden. Ebenso befinden sich Gewerbeflächen, Industrieflächen sowie technische Infrastruktureinrichtungen z. B. zur Ver- und Entsorgung der gesamten Agglomeration in suburbanen Räumen, wie auch Grünflächen in Form von Parks, von Resten der landwirtschaftlich genutzten Flächen im verstädterten Raum, von Waldflächen und von natürlichen oder künstlichen Wasserflächen.²⁷³

²⁶⁹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 191.

²⁷⁰Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 19f.

²⁷¹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 191f.

²⁷²Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 192.

²⁷³Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2013^b): Suburbaner Raum im Lebenszyklus. BMVBS-Online-Publikationen, Nr. 24, S. 11.

3.2 Wohnsuburbanisierung in Deutschland – Erklärungsmodell, Entwicklungsphasen, Triebkräfte, räumliche Differenzierungen und aktuelle Entwicklungen

Die Entwicklung von Städten in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie auch in vielen weiteren westlichen Industriestaaten, im 20. Jahrhundert durch stark raumwirksame Dekonzentrationsprozesse in Bezug auf die Bevölkerungsverteilung geprägt. Die Suburbanisierung stellt somit einen, in Westdeutschland schon zeitlich langreichenden und in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung stattfindenden, die Raumentwicklung stark beeinflussenden Prozess dar. Ein theoretisches Erklärungsmodell des Siedlungsprozesses der Suburbanisierung, die Darstellung der einzelnen Phasen der Stadt-Umland-Wanderungen und deren wesentliche Ursachen und Triebkräfte als Rahmenbedingungen auf der Makroebene (z. B. Wohnungspolitik) für Handlungen des Individuums auf der Mikroebene, die zu den jeweiligen Standortentscheidungen geführt haben, sowie regionalspezifische Differenzierungen von suburbanen Räumen und aktuelle Trends stadtreionaler Wanderungsbewegungen sind Gegenstand dieses Kapitels.

Eingrenzung: Die Siedlungsentwicklung von Ballungsräumen in hochindustrialisierten Staaten wurde, wie bereits erwähnt, im gesamten 20. Jahrhundert von dem Prozess der Suburbanisierung bestimmt. Innerhalb der Raumwissenschaften sind Gründe und Folgen von Stadt-Umland-Wanderungen bereits seit Jahrzehnten Forschungsgegenstand empirischer Untersuchungen. Entwicklungsdynamiken des Prozesses der Suburbanisierung in ihrem zeitlichen Verlauf sowie Diskurse zu der Raumkategorie im Rahmen der Suburbia-Forschung sind vielfach dargestellt worden. Vor diesem Hintergrund umfasst das folgende Kapitel nur insoweit die Darstellung des Prozesses der Suburbanisierung in Deutschland wie sie zum Verständnis der Basis des Forschungsthemas dieser Arbeit, das Entstehen der heutigen Bevölkerungsstrukturen in suburbanen Räumen in der Bundesrepublik, dienlich ist. Demzufolge ist die Darstellung der genannten Thematik inhaltlich auf den Prozess der Bevölkerungsuburbanisierung eingegrenzt, während zeitlich folgende Stadt-Umland-Verlagerungen von Industrie, Gewerbe und Freizeiteinrichtungen nicht Gegenstand dieser Arbeit sind. Da eine Vergleichbarkeit von Suburbanisierungsprozessen auf internationaler Ebene nur bedingt möglich ist, beschränkt sich die Darlegung räumlich auf die Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Erklärungsmodell des Siedlungsprozesses der Suburbanisierung

Die Prozesse und Muster der Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung in Stadtregionen in europäischen Industrieländern werden vor allem anhand des Anfangs der 1980er Jahre von VAN DEN BERG²⁷⁴ entwickelten deskriptiven *Modells der Stadtentwicklung* erklärt. Das Modell beschreibt mittels der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen stadtreionalen Teilräumen (Kernstadt und Umland) sowie in der gesamten Stadtregion in vier aufeinanderfolgenden Phasen den räumlichen Zyklus, den eine Stadtregion durchläuft.

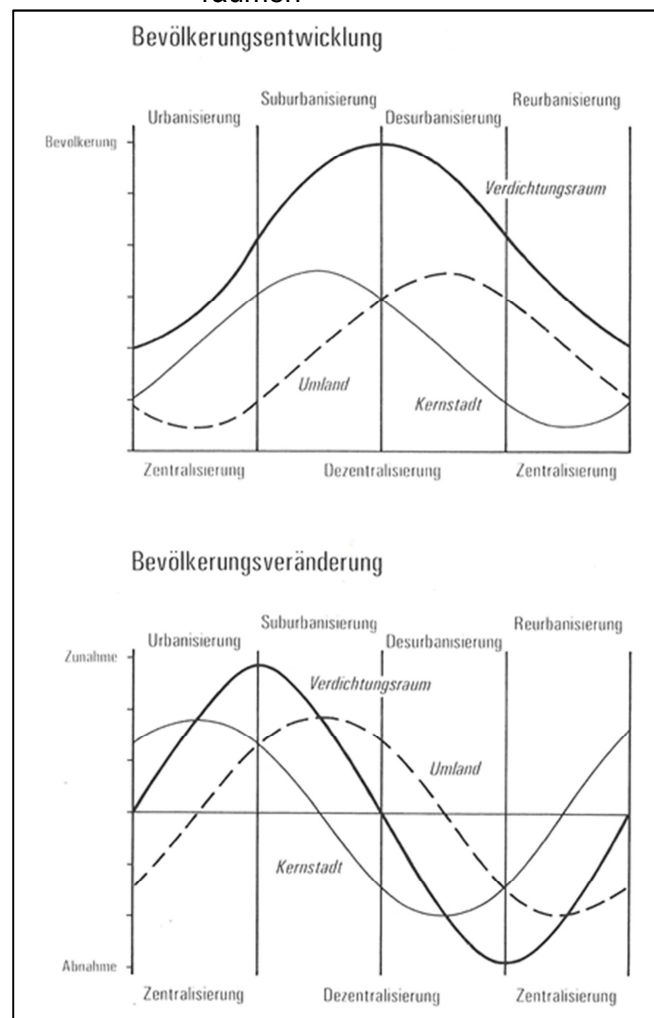
²⁷⁴Vgl. VAN DEN BERG, L., DREWETT, R., KLAASEN, L. H. ROSSI, A. und VIJVERBERG, C. H. T. (1982): *Urban Europe. A Study of Growth and Decline*. Oxford.

Die erste Phase, die so genannte Urbanisierungsphase, ist durch ein Bevölkerungswachstum in der Kernstadt charakterisiert, welches größer ist als das im Umland bzw. Ring bei einem Gesamtwachstum (Kern und Umland) in der Stadtregion. Das Wachstum ist vor allem mit Abwanderungen aus rural-peripheren Gebieten zu begründen. In der darauffolgenden Suburbanisierungsphase ist das Bevölkerungswachstum im Umland größer als das Wachstum in den Kernstädten. Die Einwohnergewinne des Umlandes werden größtenteils aus Zuzügen aus der Kernstadt gespeist. In der dritten Phase der Desurbanisierung kommt es zu einer Stagnation bis Abnahme der Bevölkerung in der gesamten Stadtregion. Dieser Rückgang ist größtenteils durch Schrumpfungsprozesse in der Kernstadt begründet. Die Reurbanisierung als letzte Entwicklungsphase ist durch ein Wachstum des Stadtkerns bei gleichzeitigem Rückgang im Umland charakterisiert. Gleichwohl ist Reurbanisierung insofern definiert, dass der Bevölkerungsrückgang in der Kernstadt einer Stadtregion geringer als in dem sie umgebenden Ring ist.

Ein weiterer Erklärungsansatz ist das, auf dem Modell der Stadtentwicklung VON VAN DEN BERG aufbauende Beschreibungsmodell der Bevölkerungsentwicklung in Verdichtungsräumen nach GAEBE²⁷⁵ (vgl. Abbildung 7). Die Deskription der Konzentrations- und Dekonzentrationsprozesse innerhalb der einzelnen Entwicklungsphasen ist hierbei an das ursprüngliche Modell angelehnt. Different zu ersterem Modell ist jedoch die Tatsache, dass die vier Entwicklungsphasen nicht zwangsläufig sukzessive hintereinander ablaufen müssen. Vielmehr sind parallel stattfindende Prozesse, insbesondere Des- und Reurbanisierung, vorstellbar.

Eine weitere Modifizierung des VAN DEN BERG-Modells nimmt SIEDENTOPF vor, indem er neben Kernstadt und Umland bzw. Ring mit dem agglomerationsfernen Raum einen dritten Raumtypus ergänzt. Dadurch ist es möglich, nicht ausschließlich Konzentrations- und Dekonzentrationsprozesse in Agglomerationsräumen festzustellen,

Abbildung 7: Beschreibungsmodell der Bevölkerungsentwicklung in Verdichtungsräumen



Quelle: BÄHR, J. (1992): Bevölkerungsgeographie. 2. Auflage. Stuttgart, S. 96 in Anlehnung an: GAEBE, W. (1987): Verdichtungsräume. Teubner Studienbücher der Geographie. Stuttgart, S. 160.

²⁷⁵GAEBE, W. (1987): Verdichtungsräume. Teubner Studienbücher der Geographie. Stuttgart, S. 160.

sondern ebenso interregionale Anteilsveränderungen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung nachzuvollziehen.²⁷⁶

Insgesamt sind Phasenmodelle zur Erklärung der Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung in Stadtregionen in europäischen Industrieländern hinsichtlich einiger Punkte, wie beispielsweise der Abgrenzung von Kern, Umland und Stadtregion oder der vereinfachten Darstellung des Aufbaus der Stadtregion im Modell, zu kritisieren. Auch werden nach BURDACK und HESSE²⁷⁷ zyklische Modelle vermehrt in Frage gestellt und als „Zyklendeterminismus“ deklariert und verstärkt von Modellen der Pfadabhängigkeit ersetzt. Trotz dieser Kritikpunkte an den Modellen der Stadtentwicklung bilden diese eine profunde und empirisch belegte Erklärungsgrundlage für die Entwicklung von Stadtregionen in den Phasen der Urbanisierung, Suburbanisierung und Desurbanisierung in hochindustrialisierten Räumen wie Westeuropa. Die These der Reurbanisierung gilt es allerdings weiterhin noch empirisch zu prüfen.

Entwicklungsphasen der Suburbanisierung

Die Suburbanisierung ist seit vielen Jahrzehnten ein kontinuierlicher Prozess der Raumentwicklung in Deutschland, der in verschiedenen Phasen mit unterschiedlichen zeitlichen Dynamiken und räumlichen Ausdehnungen auf Stadtregionen einwirkt und raumstrukturelle Muster und somit die funktionale Beziehung zwischen Stadt und Umland prägt.

Die Anfänge der Suburbanisierung in Deutschland können in der Entstehung von Villenvierteln am Stadtrand am Ende des 19. Jahrhunderts datiert werden. Suburbanisierung in einer relevanten Größenordnung, als raumprägender Prozess der Stadtentwicklung, setzte erst nach dem 2. Weltkrieg in den alten Bundesländern ein. Ihre stärkste Ausprägung erreichte die Bevölkerungssuburbanisierung in Westdeutschland bereits in den 1960er und 1970er Jahren.²⁷⁸ Hauptträger der Suburbanisierung sind junge Familienhaushalte, im Genauen Paare mit Kindern und ohne Kinder, die die stärkste Gruppe der Abwanderer aus der Kernstadt in suburbane Kommunen bilden. In dieser Hochphase siedelten die Haushalte in einem engeren Ring um die Kernstädte, so dass diese in großem Ausmaß Bevölkerung verloren. Aufgrund eines zu dieser Zeit noch positiven Saldos hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie durch interregionale und internationale Wanderungen (Arbeitsmigration durch Gastarbeiter) in die Kernstädte, konnten diese trotz der Stadt-Umland-Wanderungen insgesamt ein Bevölkerungswachstum verzeichnen.

In den 1970er Jahren führte eine stark rückläufige Geburtenrate zu einer anhaltenden negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Gleichzeitig kam es zu einer rückläufigen Zuwanderung aus dem Ausland. Trotz der daraus resultierenden Entspannung der städtischen

²⁷⁶Vgl. SIEDENTOPF, S. (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. Informationen zur Raumentwicklung (3/4):195.

²⁷⁷BURDACK, J. und M. HESSE (2006): Reife, Stagnation oder Wende? Perspektiven zur Suburbanisierung, Post-Suburbia und Zwischenstadt: Ein Überblick zum Stand der Forschung. Berichte zur deutschen Landeskunde 80 (4): 391.

²⁷⁸Vgl. SIEDENTOPF, S., KAUSCH, S., EINIG, K. und J. GÖSSEL (2003): Siedlungsstrukturelle Veränderungen im Umland der Agglomerationsräume (=Schriftenreihe Forschungen des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 114). Berlin, S. 39.

Wohnungsmärkte setzte sich, wenn auch in abgeflachter Form, der Suburbanisierungsprozess fort, womit absolute Bevölkerungsverluste der Kernstädte einhergingen. Der Rückgang der Suburbanisierungsintensität hielt während der 1980er Jahre bis zur deutschen Wiedervereinigung an. Gleichzeitig weitete sich der Prozess der Suburbanisierung, der sich in den 1960er und 1970er Jahren noch auf einen räumlich begrenzten Ring um die Kernstädte beschränkte, in den 1980er Jahren flächenhaft aus und reichte bis in ländlich geprägte Randbereiche der Verdichtungsräume.²⁷⁹

Eine zweite Hochphase der Suburbanisierung in Westdeutschland fand in den 1990er Jahren statt. Die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre erreichten die Familiengründungsphase und bildeten Wohneigentum. Zudem waren die 1990er Jahre ein Jahrzehnt hoher Bevölkerungsmobilität in Deutschland, insbesondere durch interregionale Wanderungen von den neuen in die alten Bundesländer infolge der Wiedervereinigung Deutschlands sowie durch internationale Wanderungen, vorwiegend aus osteuropäischen Ländern. Diese Faktoren bildeten die zentralen Elemente für das allgemeine Bevölkerungswachstum sowie den Suburbanisierungsschub in den Stadtregionen²⁸⁰. Neben der Suburbanisierung in das engere Umland der Städte setzte sich auch die in den 1980er Jahren begonnene Suburbanisierung in peripherere Gebiete eines zweiten, dritten und vierten Ringes auch in den 1990er Jahren fort und führte zu zunehmenden Dekonzentrationsprozessen der Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung in den westdeutschen Stadtregionen.

In den neuen Bundesländern setzten Stadt-Umland-Wanderungen erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands unter den Wirkungen wirtschaftlicher Transformation und demographischer Veränderungsprozesse sowie neuer politischer Rahmenbedingungen ein. Die Entwicklung der suburbanen Räume in den neuen Bundesländern durchlief demnach – im Vergleich mit der Entwicklung in den alten Bundesländern – „im Zeitraffer“ und unterscheidet sich grundsätzlich von der „westdeutschen Suburbia“.²⁸¹ Die Wohnsuburbanisierung in Ostdeutschland war allerdings kein rein auf Nachholungseffekte zurückführender Prozess, sondern unterlag eigenen Verlaufsmustern. „Die Wohnsuburbanisierung in Ostdeutschland [...], wenngleich für einige Jahre wesentlich dynamischer als in den alten Ländern, erfolgte unter demographischen Schrumpfungsbedingungen. Nicht nur die Städte, auch die Stadtregionen insgesamt erlitten deutliche Bevölkerungsverluste.“²⁸² Die ostdeutschen Siedlungsprozesse verliefen im Rahmen von bestimmten Sonderentwicklungen, die u. a. durch fehlende planerische Steuerungen bei gleichzeitiger intensiven Baulandausweisungen der Kommunen, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Neubauplanungen, Beschränkungen für Baulandpotentiale in den Innenstädten sowie offene Restitutionsfragen gekennzeichnet waren.²⁸³

²⁷⁹Vgl. SIEDENTOPF, S., KAUSCH, S., EINIG, K. und J. GÖSSEL (2003): Siedlungsstrukturelle Veränderungen im Umland der Agglomerationsräume (=Schriftenreihe Forschungen des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 114). Berlin, S. 42.

²⁸⁰Vgl. ARING, J. und G. HERFERT (2001): Neue Muster der Wohnsuburbanisierung. In: BRAKE, K.; DANGSCHAT, J. S. und G. HERFERT (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen, S. 44.

²⁸¹FRIEDRICH, K., KNABE, S. und B. WARNER (2014): Kontinuität und Umbrüche im suburbanen Mosaik Sachsen-Anhalts. Die Zukunft eines Wohnungsmarktsegments im demographischen Wandel (= Forum ifl) 24. Leipzig, S. 3.

²⁸²ARING, J. und G. HERFERT (2001): Neue Muster der Wohnsuburbanisierung. In: BRAKE, K.; DANGSCHAT, J. S. und G. HERFERT (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen, S. 45.

²⁸³Vgl. BURDACK, J. und M. HESSE (2006): Reife, Stagnation oder Wende? Perspektiven zur Suburbanisierung, Post-

Seit Ende der 1990er Jahre verlangsamte sich die Dynamik des Suburbanisierungsprozesses in den alten Bundesländern und konzentrierte sich wie in der Anfangsphase wieder eher auf den engeren suburbanen Raum.²⁸⁴ In den neuen Bundesländern (mit Ausnahme von Berlin) ist der Suburbanisierungsprozess fast vollständig zum Erliegen gekommen. Diese abgeschwächte Dynamik ist auf eine rückläufige Wanderungsintensität sowie auf eine sinkende Nachfrage nach Bauland zurückzuführen.²⁸⁵

Gründe der Suburbanisierung

Die Grundlage für den Siedlungsprozess der Suburbanisierung in den alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland bildete der als *Wirtschaftswunder* titulierte wirtschaftliche Aufschwung in dessen Folge sich eine breite Mittelschicht etablierte. Der steigende Wohlstand der Bevölkerung implizierte eine gesteigerte Nachfrage nach der Bildung von Wohneigentum. Die verbesserte finanzielle Ausstattung der Haushalte sowie die sich aufgrund gesellschaftlicher Individualisierung minimierende durchschnittliche Haushaltsgröße führten zu einem steigenden Wohnflächenverbrauch pro Kopf und somit zu einem steigenden Siedlungsflächenbedarf. Auch die Anforderungen an die qualitative Ausstattung der Wohnung bzw. des Hauses und die des Wohnumfeldes gewannen zunehmend an Bedeutung.

Weiterhin führte der gesellschaftliche Wohlstand in Kombination mit verhältnismäßig geringen Anschaffungs- und Unterhaltungskosten für PKW zu einer Massenmotorisierung der Bevölkerung, welche eine größere räumliche Distanz zwischen Arbeits- und Wohnstandort ermöglichte. Parallel zu dem steigenden Verkehrsaufkommen förderte der Staat durch umfassende Investitionen in das Straßenverkehrssystem die Anbindung bzw. Erreichbarkeit des Umlandes von Städten.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung der Suburbanisierung ist die in der Vergangenheit einer Eigenheimideologie folgenden Wohnungspolitik in Deutschland. Hauptbestandteil dieser Wohnungspolitik ist zum einen die Entfernungspauschale, auch *Pendlerpauschale* genannt, welche es ermöglicht die Fahrtkosten für den Weg zum Arbeitsplatz steuerlich geltend zu machen. Diese Regelung bedeutet somit eine finanzielle Begünstigung der räumlichen Distanz zwischen Wohnplatz im suburbanen Umfeld der Städte und Arbeitsplatz in der Kernstadt. Zum anderen wird der Trend der Suburbanisierung durch die staatliche Förderung der Wohneigentumsbildung, im Speziellen durch die Eigenheimzulage (bis zum Jahr 2005) und die im Jahr 2008 eingeführte Eigenheimrente (so genannte *Wohn-Riester*), gefördert.

Ein Hauptgrund für Stadt-Umland-Wanderungen ist in dem Preisgefälle für Bauland, Bestandsimmobilien und für Mietwohnungen zwischen Kernstadt und Umland zu sehen. Aufgrund

Suburbia und Zwischenstadt: Ein Überblick zum Stand der Forschung. Berichte zur deutschen Landeskunde 80 (4): 384.

²⁸⁴Vgl. JESSEN, J. und S. SIEDENTOP (2010): Gast-Editorial. Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. In: *disP – the Planning Review*, 180, 19. zit. nach MÜNTER, A. (2011): Wanderungsentscheidungen von Stadt-Umland-Wanderern in vier Stadtregionen. Regionaler Vergleich der Muster und Motive, Informations- und Wahrnehmungslücken sowie Beeinflussung der Wanderungsentscheidung. Dortmund, S. 22.

²⁸⁵Vgl. BURDACK, J. und M. HESSE (2006): Reife, Stagnation oder Wende? Perspektiven zur Suburbanisierung, Post-Suburbia und Zwischenstadt: Ein Überblick zum Stand der Forschung. Berichte zur deutschen Landeskunde 80 (4): 384.

des hohen Preisniveaus in den Städten lässt sich der Wunsch vieler junger Haushalte mit Kindern nach Wohneigentum und einem angemessenen Grundstück ausschließlich außerhalb der Stadtgrenzen bei einem Angebot an preisgünstigen Grundstücken und Häusern bzw. Wohnungen verwirklichen.

Der Prozess der Suburbanisierung ist ebenso durch die von Angebot und Nachfrage determinierten Rahmenbedingungen auf regionalen Wohnungsmärkten zu begründen. In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg bestand aufgrund zum Teil erheblicher Zerstörungen von Bausubstanz in Folge von Bombardierungen im Rahmen von Luftangriffen eine Knappheit an adäquaten Wohnungen und Grundstücken in den Kernstädten. Maßnahmen des Wohnungsbaus hatten demnach primär zum Ziel, schnellstmöglich Wohnraum für die Bevölkerung bereitzustellen, wobei qualitativ-ästhetische Merkmale der Bauten sowie des Wohnumfeldes eine untergeordnete Rolle spielten. Gleichzeitig nahm bis Anfang der 1970er Jahre die Bevölkerungszahl in den Kernstädten zu, womit eine gesteigerte Nachfrage nach Wohnraum verbunden war.²⁸⁶ Neben der quantitativen Zunahme der Einwohnerzahl in den Städten führten auch steigende Ansprüche der Bevölkerung an den Wohnraum und an Wohnumfeldqualitäten bei einem qualitativ niedrigen Altwohnungsbestand zu einer angespannten Lage auf den Wohnungsmärkten.²⁸⁷ Parallel zu diesen Entwicklungen wiesen Kommunen in suburbanen Räumen in großem Umfang Baugebiete mit preisgünstigen Grundstücken aus. Das Angebot bzw. die Verfügbarkeit von Bauland als auch Bestandsimmobilien ist somit ein weiterer entscheidender Faktor für Zuzüge von Haushalten in suburbane Gebiete.

Differente räumliche Entwicklungen der Suburbanisierungsprozesse

Suburbane Räume sind bedingt durch unterschiedliche Ausgangssituationen, Funktionen und Entwicklungspotentiale in keinem einheitlichen Typus klassifizierbar. Eine zunehmende Heterogenität sowie vielfältige Herausforderungen bedürfen einer differenzierten Betrachtungsweise.

Die Prozesse der Suburbanisierung sind demnach nicht ausschließlich in der bereits dargestellten West-Ost-Dichotomie zu differenzieren, Unterschiede in Intensität und Ausprägung dieses Siedlungsprozesses existieren auch zwischen den einzelnen Regionen, basierend auf den hierigen raumstrukturellen und demographischen Rahmenbedingungen.²⁸⁸

Demnach haben sich im Zuge der Stadtentwicklungsprozesse des 20. Jahrhunderts monozentrische und polyzentrische Stadtregionen in Deutschland herausgebildet. BURDACK und HESSE führen hierzu an: „Ausgehend von je spezifischen historischen und siedlungsräumlichen Ausgangsbedingungen ist dieser Prozess in den Verdichtungsräumen unterschiedlich verlaufen: monozentrisch strukturierte Räume wie Hamburg oder München bildeten („eindeutigere und klarer klassifizierbare“) räumliche Muster aus als die traditionell polyzentrischen Regionen

²⁸⁶Vgl. MÜNTER, A. (2011): Wanderungsentscheidungen von Stadt-Umland-Wanderern in vier Stadtregionen. Regionaler Vergleich der Muster und Motive, Informations- und Wahrnehmungslücken sowie Beeinflussung der Wanderungsentscheidung. Dortmund, S. 14.

²⁸⁷Vgl. JESCHKE, M. (2007): Stadt und Umland im Ruhrgebiet. Muster und Prozesse der Bevölkerungsentwicklung und politisch-planerische Reaktionen. Dortmund, S. 26.

²⁸⁸Vgl. MÜNTER, A. (2011): Wanderungsentscheidungen von Stadt-Umland-Wanderern in vier Stadtregionen. Regionaler Vergleich der Muster und Motive, Informations- und Wahrnehmungslücken sowie Beeinflussung der Wanderungsentscheidung. Dortmund, S. 26.

Ruhrgebiet, Rhein-Main bzw. Rhein-Neckar oder Stuttgart, wo sich typisch-suburbane Standorte mit gewachsenen Zentren mischen.“²⁸⁹ „Einen weiteren Sonderfall nach Größe und Struktur bildete der Großraum Berlin, wo die Teilung der Stadt nach 1961 zwei Territorien schuf, in denen Suburbanisierung aus unterschiedlichen politischen Gründen vorwiegend innerhalb der Stadtgrenzen stattfand und sich erst nach der Wende 1989/90 neu formierte.“²⁹⁰

Neben differenten Entwicklungen der Suburbanisierungsprozesse im Zusammenhang mit der Struktur der Stadtregion bildet ebenfalls die Größe der Kernstädte der Stadtregion einen Unterscheidungsindikator. Mit dem Einsetzen der Suburbanisierung kam es zunächst in großen Agglomerationsräumen zu Stadt-Umland-Bewegungen von Bevölkerung und Beschäftigung. Im Zuge dieses Prozesses weiteten sich diese Wanderungen von privaten Haushalten und Unternehmen, wie bereits beschrieben, stetig in das weniger verdichtete bis hin zum peripheren Umland aus, so dass auch Mittelstädte jenseits der Agglomerationen Suburbanisierungsmuster ausbildeten²⁹¹ und sogar fernab zentraler Orte im Rahmen von Siedlungserweiterungen eine Vielzahl von Baulandausweisungen von kommunaler Seite initiiert wurden.²⁹² Es ist davon auszugehen, dass jenseits der Agglomerationen ein geringeres Ausstattungsniveau hinsichtlich der Infrastruktur, wie beispielsweise im öffentlichen Personennahverkehr, besteht.

Ebenso beeinflussen demographische Indikatoren die Herausbildung verschiedener Typen suburbaner Räume. So existieren in der Bundesrepublik Deutschland – in einer generalisierten Sichtweise – räumliche Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland in Form von demographisch schrumpfenden (neue Bundesländer) und wachsenden (Stadt)Regionen (alte Bundesländer). Jedoch ergeben sich neben dem Ost-West-Gegensatz auch kleinräumigere Differenzierungen, wonach beispielsweise Stadtregionen in altindustrialisierten Gebieten in Westdeutschland wie dem Ruhrgebiet, ebenso teilweise von rückläufigen Bevölkerungszahlen betroffen sind und gleichzeitig benachbarte Städte wie Köln und Düsseldorf steigende Einwohnerzahlen zu verzeichnen haben. Diese Entwicklungen implizieren regionale Ausdifferenzierung hinsichtlich der Angebotsverhältnisse auf den regionalen Wohnungsmärkten, so dass sich angespannte und entspannte Märkte herausbilden.

Aktuelle Entwicklungen: Reurbanisierung

In den dargestellten bisherigen Phasen der Suburbanisierung reichte das Siedlungswachstum von dem engeren Umland der Städte bis in das ländliche Umland von Verdichtungsgebieten. Im

²⁸⁹BURDACK, J. und M. HESSE (2006): Reife, Stagnation oder Wende? Perspektiven zur Suburbanisierung, Post-Suburbia und Zwischenstadt: Ein Überblick zum Stand der Forschung. Berichte zur deutschen Landeskunde 80 (4): 383.

²⁹⁰HESSE, M. (2009): Mobilität im Zwischenraum. In: SCHÖLLER, O., CANZLER, W. und A. KNIE (Hrsg.): Handbuch Verkehrspolitik: 279-300, S. 280.

²⁹¹Vgl. BURDACK, J. und M. HESSE (2006): Reife, Stagnation oder Wende? Perspektiven zur Suburbanisierung, Post-Suburbia und Zwischenstadt: Ein Überblick zum Stand der Forschung. Berichte zur deutschen Landeskunde 80 (4): 382f.

²⁹²Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 191.

Zuge dieses Prozesses verloren Kernstädte und später auch Agglomerationsräume als Ganzes (Desurbanisierung) Bevölkerungsanteile.

Diese Schrumpfungstendenzen der Städte in Verbindung mit einer Wohnungspolitik in Deutschland, die eine Eigenheimideologie mit dem Wohnen im Eigentum *im Grünen* und damit indirekt eine Diffamierung des Wohnens in der Stadt implizierte, führten zu negativen Zuschreibungen des Städtischen und einem Diskurs der Krise der europäischen Stadt.

Ein Rückgang dieser Dezentralisierungsprozesse bis in periphere Gebiete ist schätzungsweise seit Ende der 1990er Jahre festzustellen. Gleichzeitig ist eine zunehmende Tendenz hin zu einer Rückwanderung von Haushalten aus primär gehobenen sozialen Schichten in die Innenstädte und somit ein Wiederentdecken des Wohnens in der Stadt zu beobachten, wobei noch nicht von einem neuen Trend hin zu einer Reurbanisierung gesprochen wird, sondern Sub- und Reurbanisierung vielmehr parallel ablaufende Prozesse in Stadtregionen darstellen.²⁹³

Insgesamt betrachtet ist Reurbanisierung, wie bereits im Forschungsstand dargestellt (vgl. Kapitel 1.2), Gegenstand einer kontroversen Diskussion innerhalb der Planungswissenschaften. Liegen einerseits im Bereich von Wanderungsmotiven, unterschiedlichen Ausprägungen und Auswirkungen von Reurbanisierungsprozessen noch Unstimmigkeiten vor, besteht andererseits aufgrund empirischer Forschungen u. a. darüber Konsens, dass insbesondere jüngere Bevölkerungsgruppen (Studierende und junge Berufstätige), einkommensstarke, oftmals kinderlose Paare sowie ausländische Zuwanderer die Trägergruppen der Reurbanisierung darstellen.²⁹⁴

²⁹³Vgl. BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart, S. 358f.

²⁹⁴Vgl. JESSEN, J. und S. SIEDENTOP (2010): Gast-Editorial. Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. In: *disP– the Planning Review*, 180, 17.

3.3 Auswirkungen des Siedlungsprozesses der Suburbanisierung auf Versorgungsstrukturen vor dem Hintergrund demographischer Alterung

3.3.1 Demographische Alterung in suburbanen Räumen – Ursachen, Ausmaß und zukünftige Entwicklungen

Ursachen

Die Ursachen des räumlichen Veränderungsprozesses des demographischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, unter besonderer Beachtung der Komponente der Veränderung der Altersstruktur, sowie dessen planungsbezogene Auswirkungen für suburbane Siedlungsgebiete sind am Anfang dieser Arbeit bereits angerissen worden (vgl. Kapitel 1.1). Demnach stellt die Alterung der Bevölkerung, neben dem Bevölkerungsrückgang und der Heterogenisierung bzw. Internationalisierung der Bevölkerung, eine wesentliche Komponente des demographischen Wandels dar.

Der Prozess der demographischen Alterung kann als Veränderung des Verhältnisses der Altersgruppen zueinander definiert werden und zwar in der Form, dass der Anteil jüngerer Jahrgänge schrumpft (Alterung von unten) und der Anteil älterer Jahrgänge steigt (Alterung von oben), wodurch sich das durchschnittliche Alter der Bevölkerung anhebt. Die Abnahme des Anteils jüngerer Bevölkerungsgruppen ist dabei als stärkster Einflussfaktor auf den Alterungseffekt zu identifizieren.²⁹⁵

Diese Entwicklung ist das Resultat gesunkener Geburtenzahlen. Nach dem Rekordgeburtensjahr 1964 mit ca. 1.400.000 Neugeborenen (Bundesrepublik Deutschland und die ehemalige DDR)²⁹⁶ folgte ein Einbruch der Geburtenzahlen, so dass die Zahl der Geburten bis zum Jahr 1975 drastisch abfiel (1975: 782.000 Geburten).²⁹⁷ Ursachen für diese Entwicklung liegen sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für die ehemalige Deutsche Demokratische Republik (DDR) in den zu diesem Zeitpunkt in das gebärfähige Alter kommenden geburtenschwachen Jahrgängen des Zweiten Weltkriegs, in der Einführung der hormonellen Empfängnisverhütung und dem gesetzlich legitimierten Schwangerschaftsabbruch. In Westdeutschland ist dieser sogenannte „Zweite demographische Übergang“ auch aus einem gesellschaftlichen Wertewandel, dem Trend zur Individualisierung, dem gesellschaftlichen Rollenwandel der Frau und der Pluralisierung der Lebensformen zu begründen.²⁹⁸ Im Jahr 1970 ist erstmals das Bestandserhaltungsniveau, also die Geburtenziffer pro Frau, die benötigt wird, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, unterschritten worden und stagniert seit 1975 bei zwei Dritteln, mit

²⁹⁵Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Berichte Kompakt 5/2015. Bonn, S. 10.

²⁹⁶Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2007^a): Geburten in Deutschland. Wiesbaden, S. 8.

²⁹⁷Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2007^b): Eheschließungen, Geborene, Gestorbene. Wiesbaden, S. 1.

²⁹⁸Vgl. BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (2008): Bevölkerung. Date, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland. Wiesbaden, S. 24.

dem Effekt, dass sich von Generation zu Generation die potentielle Elterngeneration um jeweils ein Drittel verringert.²⁹⁹

Die Zunahme des Anteils älterer Jahrgänge (Alterung von oben) wird von zwei Faktoren determiniert: Zum einen folgt derzeit – mit Ausnahme der Kriegsjahrgänge – bis zu den Geburtenjahrgängen ab 1965 (Einbruch der Geburtenzahlen, so genannter *Pillenknick*) jedem Jahrgang ein größerer um ein Jahr jüngerer Jahrgang, was einen Mengeneffekt als Ursache der demographischen Alterung darstellt. Zum anderen wird die Alterung von oben durch den Verhaltenseffekt getragen, dass mit jedem Jahrgang die Lebenserwartung steigt.³⁰⁰

Betrachtet man das raumbedeutsame Phänomen der demographischen Alterung auf Bundesebene zeigt sich im Vergleich der alten und der neuen Länder, dass dieses in beiden Räumen auftritt, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Die Triebkraft für die Alterung in den neuen Ländern, insbesondere in den 1990er Jahren, war der Rückgang der Zahl der Jugendlichen infolge des Geburteneinbruchs nach der Wiedervereinigung Deutschlands sowie der Wanderung in die alten Bundesländer mit starken Abnahmen fast aller Gruppen unter 40 Jahren.³⁰¹ In den alten Bundesländern ist die Alterung als Folge einer Zunahme der alten Menschen zu identifizieren, in deren Folge die Gruppe der über 40-Jährigen sich vergrößerte, jedoch vor allem die Gruppe der 60- bis 80-Jährigen sehr stark und die Gruppe der Hochbetagten am stärksten zunahm.³⁰²

Generell betrachtet stellt die demographische Alterung somit ein Phänomen dar, das in allen Teilen Deutschlands vorzufinden ist, allerdings mit unterschiedlicher Ausprägung und Intensität. Dabei ist die Verschiebung der Altersstruktur einer Gesellschaft als ein langsam ablaufender Prozess zu charakterisieren, der perspektivisch als nicht umkehrbar eingestuft werden muss. Internationale Wanderungen bzw. Außenwanderungen von meist jüngeren Migranten können diesen demographischen Trend allerdings von außen her abschwächen oder verlangsamen.³⁰³ Räumliche Disparitäten der Alterung gehen hierbei auf die zuvor erwähnten unterschiedlichen Basistrends der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburtenrückgang, Zunahme der Lebenserwartung) in einzelnen Teilräumen sowie insbesondere (neben den erwähnten Außenwanderungen) auf alterselektive Binnenwanderungen zurück.

Zu der Kategorie dieser alterselektiven Binnenwanderungen zählen die seit vielen Jahrzehnten stattfindenden, primär von jungen Haushalten in der Familiengründungsphase getragenen Stadt-Umland-Wanderungen. Dieser Prozess der räumlich immer weiter ausgreifenden Suburbanisierung begann in den alten Bundesländern in den 1960er, in den neuen Bundesländern erst seit in den 1990er Jahren. Die in dieser Arbeit fokussierte Untersuchungsgruppe – die Bevölkerungskohorten der Nachkriegsgeneration und die der 1950er Jahre – wanderten ab den 1970er Jahren in der Familiengründungsphase in das Umland der Städte. Die genannten Al-

²⁹⁹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 29.

³⁰⁰Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Berichte Kompakt 5/2015. Bonn, S. 10.

³⁰¹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Berichte Kompakt 5/2015. Bonn, S. 11f.

³⁰²Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Berichte Kompakt 5/2015. Bonn, S. 11.

³⁰³Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 37.

tersjahrgänge erreichen nun das bzw. sind im Pensionsalter, gefolgt in naher Zukunft von den geburtenstarken Jahrgängen der 1950er und 1960er Jahre.

Eine parallel in der Vergangenheit stattgefundene Binnenwanderung, die zu den heutigen hohen Anteilen älterer Menschen im Umland der Städte führte, waren die von älteren Bevölkerungsgruppen vollzogenen Wohnstandortwechsel von den Kernstädten hin zu den ersten und zweiten Suburbanisierungsringen der Umlandkreise.³⁰⁴ Die Konzentration der Alterung im Umland der westdeutschen Städte ist demnach insbesondere auf diese beiden Binnenwanderungsströme zurückzuführen.

Innerhalb der Raumkategorie der suburbanen Räume in der Bundesrepublik Deutschland sind somit Konzentrationen älterer Bevölkerungsgruppen vorzufinden, mit dem stärksten Ausmaß und der höchsten Intensität in Umlandkommunen größerer Städte der alten Bundesländer.³⁰⁵

Ausmaß

Einen quantitativ gewichtigen Anteil älterer Bevölkerungsgruppen, die derzeit in Umlandgemeinden leben, bildet die Gruppe der jüngeren Alten, die im Rahmen dieser Arbeit durch die 60 bis 70-Jährigen definiert sind und Akteure potentieller Altenwanderungen darstellen. Im Folgenden werden jedoch zur umfassenden Darstellung der Gruppe der älteren Menschen in Deutschland, der quantitative Anteil an der Gesamteinwohnerzahl und die räumliche Verteilung der 50 bis 75-Jährigen dargestellt.

Die bisherigen demographischen Entwicklungen führen dazu, dass, bezogen auf das Basisjahr 2012, die Alterung der Gesellschaft auf Bundesebene insofern ihre Ausprägung findet, dass der Anteil der 50- bis 75-Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl bei 32,1 % liegt.³⁰⁶ Signifikante demographische Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland, wie bei dem Schrumpfungsprozess der deutschen Bevölkerung vorhanden, zeigen sich bei der Betrachtung des Ausmaßes der Bevölkerungsalterung nicht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Gegensatz zum Bevölkerungsrückgang, die demographische Alterung in allen Gebieten der Bundesrepublik, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, stattfindet. Im Jahr 2012 liegt demnach der Anteil der 50- bis 75-Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl bei 31,4 % in Westdeutschland, in den neuen Ländern bei 34,9 % auf einem höheren Niveau.³⁰⁷

Im Folgenden wird anhand einer kleinräumigeren Analyse die Differenzierung des demographischen Wandels bis auf die stadregionale Ebene dargestellt.

³⁰⁴Vgl. BUCHER, H., KOCKS, M. und M. SIEDHOFF (1998): Regionale Alterung, Haushalts- und Wohnungsmarktentwicklung. In: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN (Hrsg.): Regionales Altern und Mobilitätsprozesse Älterer. Expertenband 2 zum Zweiten Altenbericht der Bundesregierung, Frankfurt am Main, S. 21f.

³⁰⁵Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 38.

³⁰⁶Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Inkar online, unter <http://www.inkar.de/Default> (abgerufen am 23.06.2015).

³⁰⁷Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Inkar online, unter <http://www.inkar.de/Default> (abgerufen am 23.06.2015).

In Abbildung 8 ist das Phänomen einer Stadt-Umland-Disparität in Bezug auf den Anteil der älteren Bevölkerungsgruppen zu erkennen. So liegt der Anteil der Einwohner von 50 bis unter 65 Jahren an der Gesamteinwohnerzahl im Jahr 2012 in den kreisfreien Großstädten der alten Bundesländer mit durchschnittlich 18,9 % und in den neuen Bundesländern (z. B. Dresden, Halle, Jena, Leipzig) mit 19,3 % im Vergleich zu allen anderen Räumen bzw. siedlungsstrukturellen Kreistypen in der Bundesrepublik Deutschland am niedrigsten.³⁰⁸ Die Umlandgebiete der Städte in Westdeutschland weisen dagegen in großen Teilen und in Ostdeutschland nahezu flächendeckend, aus zuvor geschilderten unterschiedlichen Gründen, sehr hohe Anteile der 50- bis unter 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung auf. Gemäß der genannten Typisierung der Raumstruktur zählen suburbane Siedlungsgebiete zu der Raumeinheit der städtischen Kreise (vgl. Abbildung 9). Die prozentualen Anteile der 50- bis unter 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung liegen hierbei in Westdeutschland bei 21,4 % und in Ostdeutschland bei 24,7 % und damit höher als in den Großstädten.³⁰⁹

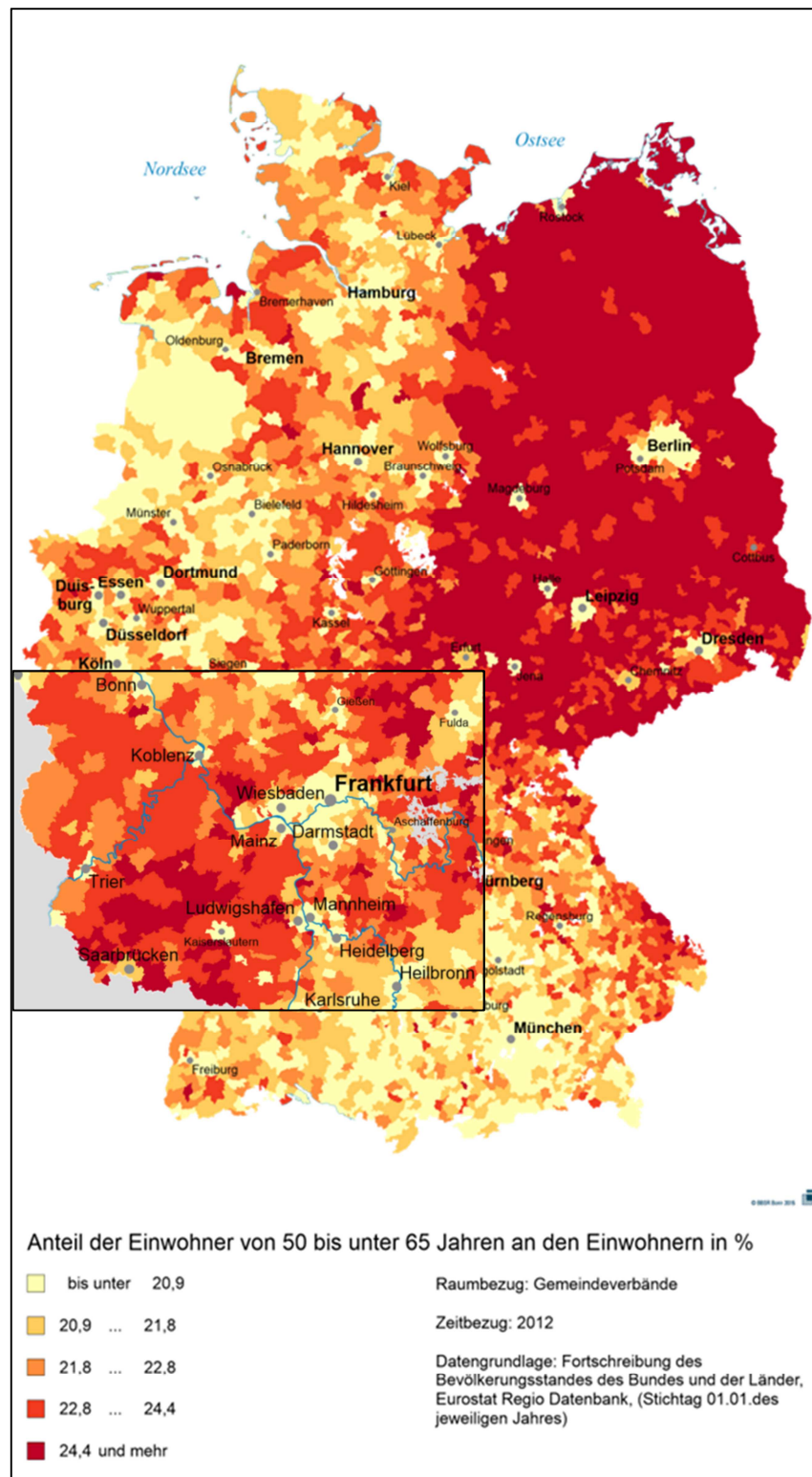
Innerhalb der Bevölkerungsgruppe der 65- bis unter 75-Jährigen sind die demographischen Disparitäten zwischen Städten und suburbanen Umlandgebieten ebenfalls nachzuweisen (vgl. Abbildung 10), wenn auch auf einem niedrigerem Niveau. In den kreisfreien Großstädten der alten Bundesländer liegt deren Anteil an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2012 bei 10,1 %, während in den städtischen Kreisen um die Großstädte herum ein Niveau von 10,7 % erreicht wird. In den neuen Bundesländern sind diese räumlichen Verteilungsunterschiede im Hinblick auf die 65- bis unter 75-Jährigen mit einem Anteil von 11,3 % in Großstädten und 13,1 % in städtischen Kreisen ausgeprägter.

Im Untersuchungsgebiet der im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten empirischen Studie, das in Kapitel 4.1 genauer vorgestellt wird, ist die dargestellte demographische Divergenz ebenfalls nachzuweisen. Demnach liegt der Anteil der 50- bis unter 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in der Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz Mainz mit 17,4 % niedriger als in den Gemeindeverbänden im Umland des Oberzentrums (Verbandsgemeinde Bodenheim 23,4 % und Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim: 23 %). Innerhalb der Bevölkerungsgruppe der 65- bis unter 75-Jährigen sind geringere Differenzen zwischen der Stadt Mainz mit 9,2 % und den beiden Verbandsgemeinden zu konstatieren (Bodenheim 10,0 %, Nierstein-Oppenheim 9,5 %).

³⁰⁸Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Inkar online, unter <http://www.inkar.de/Default> (abgerufen am 06.08.2015).

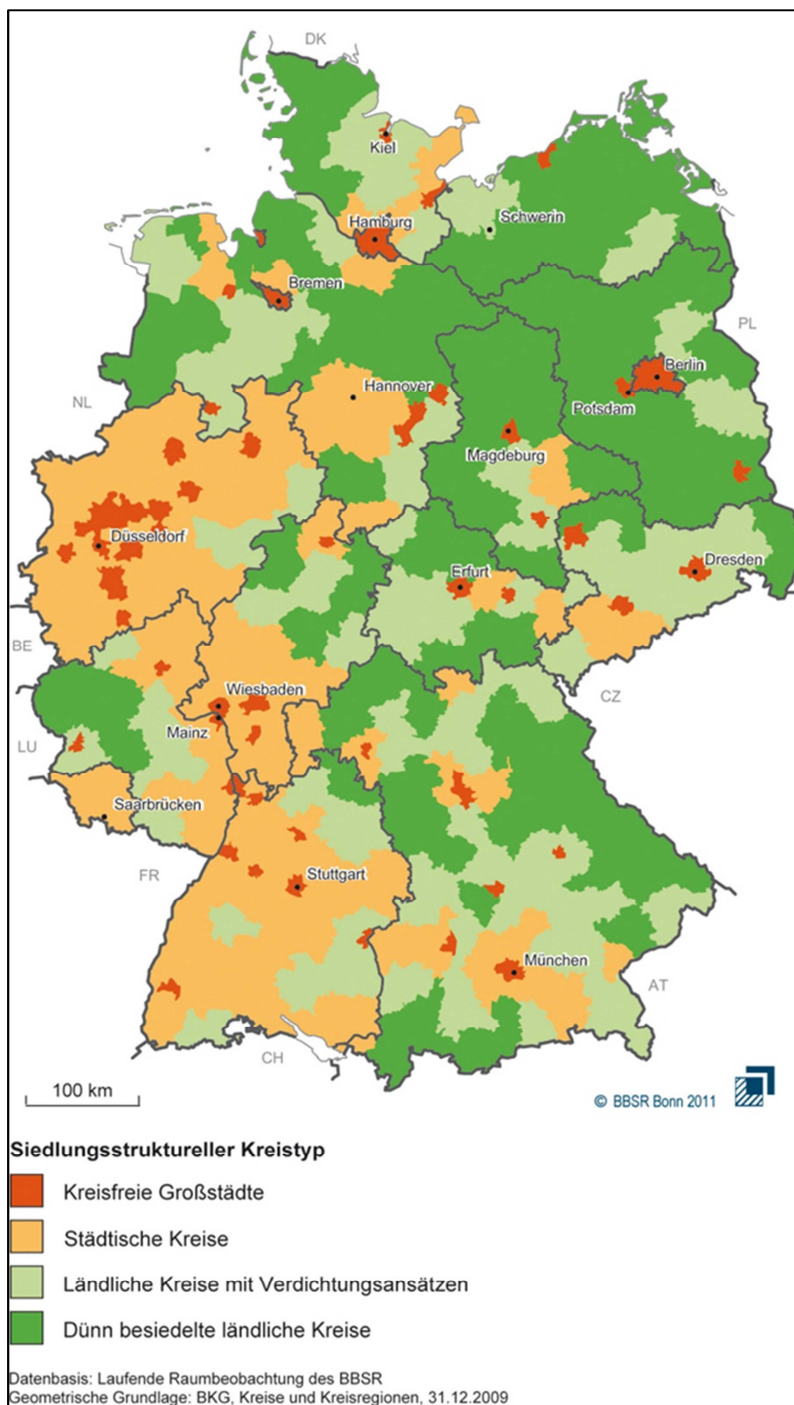
³⁰⁹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Inkar online, unter <http://www.inkar.de/Default> (abgerufen am 06.08.2015).

Abbildung 8: Anteil der 50- bis unter 65-Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl (2012)



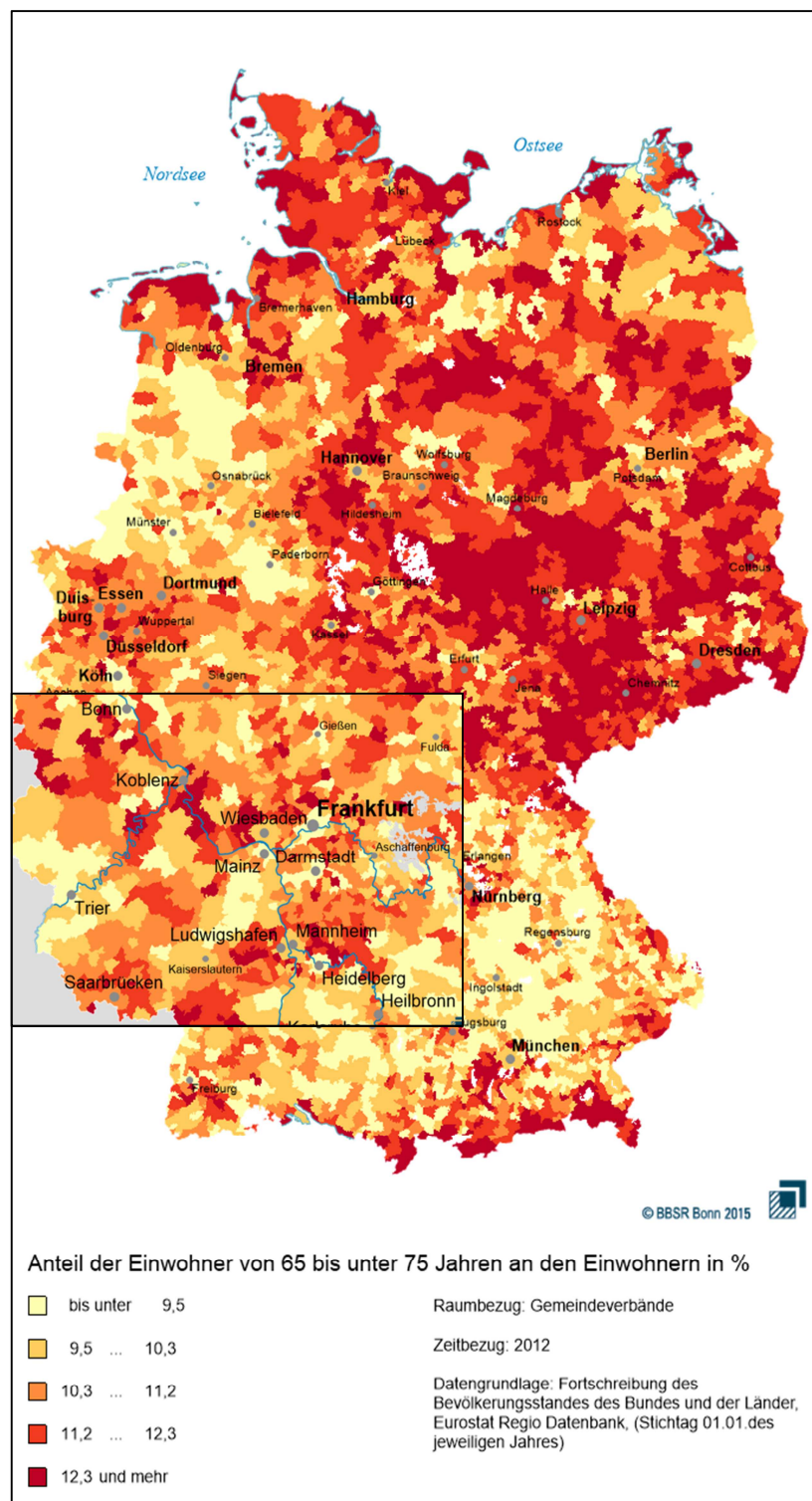
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Inkar online, unter <http://www.inkar.de/Default> (abgerufen am 23.06.2015)

Abbildung 9: Siedlungsstrukturelle Kreistypen in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2012): Raumabgrenzungen und Raumtypen des BBSR (=Analysen Bau. Stadt. Raum 6). Bonn, S. 51.

Abbildung 10: Anteil der 65- bis unter 75-Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl (2012)



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Inkar online, unter <http://www.inkar.de/Default> (abgerufen am 23.06.2015)

Zukünftige Entwicklungen

Auch die langfristige demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird, neben einer tendenziellen Schrumpfung der Einwohnerzahl, von gravierenden Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung geprägt sein. Nach Schätzungen des STATISTISCHEN BUNDESAMTES im Rahmen der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird die Anzahl der über 65-Jährigen in Deutschland von heute (2013) 16,9 Millionen (20 % der Gesamtbevölkerung) auf 21,8 Millionen (28 % der Gesamtbevölkerung) im Jahr 2030 und weiter auf 22,3 Millionen (33 % der Gesamtbevölkerung) im Jahr 2060 ansteigen, so dass dann ca. jeder dritte Einwohner älter als 65 Jahre sein wird.³¹⁰

Eine steigende Lebenserwartung, eine abnehmende Zahl der Geburten und das Altern der gegenwärtig stark besetzten mittleren Altersjahrgänge bilden die entscheidenden Faktoren für diese mittelfristigen Veränderungen bis zum Prognosezeitraum 2030. Im Hinblick auf den letztgenannten Faktor besteht hierbei ein Mengeneffekt, der durch die derzeitige Altersstruktur gegeben ist und mittelfristig die diesbezügliche Entwicklung signifikant bestimmen wird. Insbesondere die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1965 die momentan zu den *jungen Alten* zählen und diese Altersgruppe derzeit absolut und in Relation zu anderen Altersgruppen stark vergrößern, werden ab dem Jahr 2035 dann sukzessive zu der Bevölkerungsgruppe 80plus gehören und maßgeblicher Faktor einer starken Zunahme der Hochbetagten in der Bundesrepublik Deutschland sein.³¹¹ Im Jahr 2013 gab es in der Bundesrepublik Deutschland ca. 4,4 Millionen 80-Jährige und Ältere (5 % der Bevölkerung). Bis zum Jahr 2030 wird sich ihre Zahl um ca. 40 % steigern und sich bis zum Jahr 2060 auf insgesamt 9 Millionen erhöhen und damit im Vergleich zum Basisjahr (2013) verdoppeln, womit ca. jeder achte Bundesbürger 80 Jahre und älter sein wird.³¹²

Eine räumliche Analyse der Veränderung der Quantität der über 80-Jährigen zeigt in den alten Bundesländern ein Stadt-Umland-Gefälle der Dynamik der Alterung als Konsequenz der Suburbanisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte auf, wodurch es im Umland der Städte zu einem erheblichen Anwachsen der Anzahl und zu einem räumlichen Dekonzentrationsprozess der Hochbetagten kommt (vgl. Abbildung 11).³¹³

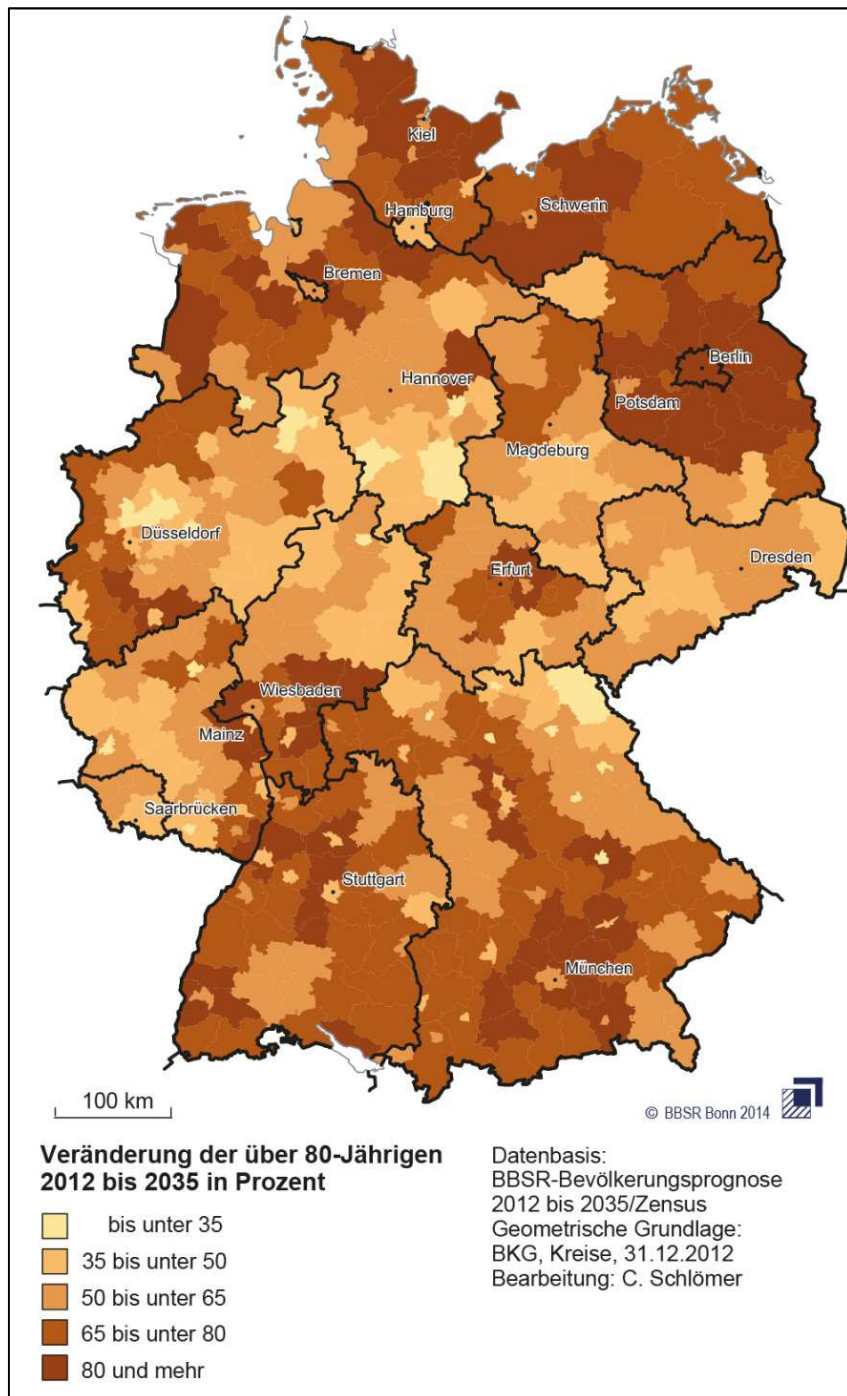
³¹⁰Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015^a). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden, S. 20 (Variante 1).

³¹¹Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Berichte Kompakt 5/2015. Bonn, S. 13.

³¹²Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015^a). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden, S. 19.

³¹³Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Berichte Kompakt 5/2015. Bonn, S. 13.

Abbildung 11: Veränderung der über 80-Jährigen 2012 bis 2035



Quelle: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Berichte Kompakt 5/2015. Bonn, S. 14.

3.3.2 Dispersion und räumliche Funktionstrennung in der Siedlungsstruktur suburbaner Räume und deren Auswirkungen auf Versorgungsstrukturen

Der Prozess der Siedlungsentwicklung in Stadtregionen in europäischen Industrieländern folgte in der Vergangenheit einem bestimmten Verlaufsschema, bei dem zunächst Teile der Wohnbevölkerung aus den Kernstädten in das Umland der Städte abwandert, gefolgt von einer Verlagerung von Industrie, Gewerbe, Handel und Freizeiteinrichtungen und den damit verbundenen Arbeitsplätzen mit der Folge einer teilweisen funktionalen Aufwertung suburbaner Räume. Jedoch führen siedlungsstrukturelle Rahmenbedingungen wie eine disperse Bauweise mit einer sich in der Konsequenz ergebenden geringen Siedlungsdichte sowie Tendenzen zur Konzentration von Infrastrukturen und Dienstleistungen, wie beispielsweise infolge der strukturellen Veränderungen im Einzelhandel (vgl. Kapitel 2.2.2.2) zu großen Distanzen zwischen einzelnen Raumfunktionen und somit zu einem hohen Mobilitätsaufwand. Bei einem gleichzeitig eingeschränkten und teilweise zurückgehenden Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs können diese strukturellen Rahmenbedingungen vielfältigen Problemlagen für ältere Menschen in suburbanen Räumen implizieren.

Suburbane Kommunen erfuhren in den letzten Jahrzehnten aufgrund ihres Bevölkerungswachstums durch Zuziehende, insbesondere in den Ballungsräumen der westdeutschen Bundesländer, ein enormes Siedlungsflächenwachstum in Form von Neubaugebieten. Die disperse Siedlungsentwicklung ist zum einen ein Produkt eines steigenden Wohnflächenbedarfs pro Person und der damit implizierten sinkenden Siedlungsdichte bzw. Flächennutzungsdichte. Eine Zunahme des Flächenbedarfs pro Haushalt ist Folge „ökonomischer Logik“, politischer Rahmenbedingungen und „veränderter Reproduktionsmuster (Wohnwünsche)“.³¹⁴ Die Expansion der Siedlungsflächen führt zu stadträumlichen Dekonzentrationsprozessen.

Zum anderen ist die weiträumliche Trennung funktionaler Einheiten und die damit verbundenen Distanzen u. a. auf die Konzentration von Infrastrukturen, Dienstleistungen, Freizeiteinrichtungen und administrativen Einrichtungen zurückzuführen.³¹⁵ Dabei erfolgt die Bündelung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in zentralen Orten. Der Siedlungsprozess der Suburbanisierung findet jedoch nicht ausschließlich in einwohnerstarken Kommunen mit zentralörtlicher Bedeutung statt, sondern ebenso „abwärts der zentralörtlichen Gliederung“ und in den Achsenzwischenräumen.³¹⁶ Somit sind in vielen Kommunen in suburbanen Räumen die Erreichbarkeitsverhältnisse von Infrastrukturen und Dienstleistungen auf einem eher geringen Niveau.

Eine disperse Siedlungsstruktur geringer Dichte verursacht im Bereich der sozialen Infrastrukturen und Dienstleistungen aufgrund der genannten längeren Wegstrecken für den Motorisierten

³¹⁴BRAKE, K. (2001): Neue Akzente der Suburbanisierung – Suburbaner Raum und Kernstadt: eigene Profile und neuer Verbund. In: BRAKE, K.; DANGSCHAT, J. S. und G. HERFERT (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen, S. 17

³¹⁵Vgl. MOLLENKOPF, H. (2002): Die Mobilität Älterer in städtischen und ländlichen Regionen Ost- und Westdeutschlands. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 130.

³¹⁶ARING, J. und G. HERFERT (2001): Neue Muster der Wohnsuburbanisierung. In: BRAKE, K.; DANGSCHAT, J. S. und G. HERFERT (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen, S. 46

Individualverkehr als auch den öffentlichen Personennahverkehr einen geringeren Standard der Erreichbarkeitsverhältnisse dieser Einrichtungen.³¹⁷ Allerdings wird die Wahrnehmung von Daseinsgrundfunktionen wie *Arbeiten*, *Sichbilden* oder *Sichversorgen* zur Befriedigung der Grundbedürfnisse durch suburbane Haushalte (in früheren Lebensphasen) primär mit dem PKW, zum Teil über größere Distanzen erfüllt. Dezentrale, kleinräumige Strukturen im Bereich der Versorgungsangebote der Daseinsvorsorge im Wohnquartier sind in diesen früheren Lebensphasen aufgrund der räumlichen Mobilität durch den PKW nicht unbedingt notwendig.

Im höheren Alter werden allerdings die negativen Effekte dieser, auf das Automobil fokussierten Verhaltens- und Handlungsweisen der suburbanen Akteure sichtbar. Die Distanzempfindlichkeit nimmt durch die biologische Alterung zu, so dass „ungünstige Umweltbedingungen [...] oft nur noch mit großen Mühen oder gar nicht mehr bewältigt werden („können“).“³¹⁸ Räumliche Konzentrationen von Infrastrukturen und Dienstleistungen und disperse Siedlungsentwicklungen in suburbanen Wohngebieten in Verbindung mit den für ältere Menschen nur begrenzt zur Verfügung stehenden privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln „macht individuelle Mobilität zu einer immer größeren Notwendigkeit, um eine selbständige Lebensführung, soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.“³¹⁹ Die Siedlungsstruktur von Einfamilienhausgebiete im Umland der Städte ist auf (auto)mobile und selbstständige Haushalte ausgelegt, so dass diese Räume für nicht oder eingeschränkt mobile Menschen zu inadäquaten Lebensumwelten werden können.

Geeignete Umweltbedingungen für ein altengerechtes Wohnen im Sinne einer Differenziertheit und Vielfalt städtebaulicher Strukturen sowie einer Unabhängigkeit vom automobilen Individualverkehr sind augenscheinlich eher in (inner)städtischen Wohnquartieren zu finden. FÖBKER und GROTZ führen hierzu aus: „One would assume that urban areas probably offer better conditions for a selfdetermined way of life until old age because they possess a high density of supply (such as shops and pharmacies) and leisure facilities and a well-integrated public transport system in comparison with suburban or rural areas.“³²⁰

Zur Erhöhung der Attraktivität der suburbanen Kommunen als Wohnstandort für eine ältere Bewohnerschaft ist eine entscheidende Aufgabe für öffentliche Akteure, kommunale Infrastrukturen an eine alternde Bevölkerung anzupassen (z. B. barrierefreier Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und ein ausreichendes Beförderungsangebot). Auch Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen müssen eine bedarfsgerechte Adaption ihrer Angebote vornehmen. Ebenso ist im Hinblick auf die sehr starke quantitative Zunahme der älteren Bevölkerung eine Ausweitung von Angeboten an Unterstützungsleistungen, wie beispielsweise Sozialstationen,

³¹⁷Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2006): Umbau statt Zuwachs: Siedlungsentwicklung und öffentliche Daseinsvorsorge im Zeichen des demographischen Wandels. Berlin, S. 15

³¹⁸MOLLENKOPF, H. (2002): Die Mobilität Älterer in städtischen und ländlichen Regionen Ost- und Westdeutschlands. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 130.

³¹⁹MOLLENKOPF, H. (2002): Die Mobilität Älterer in städtischen und ländlichen Regionen Ost- und Westdeutschlands. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 130.

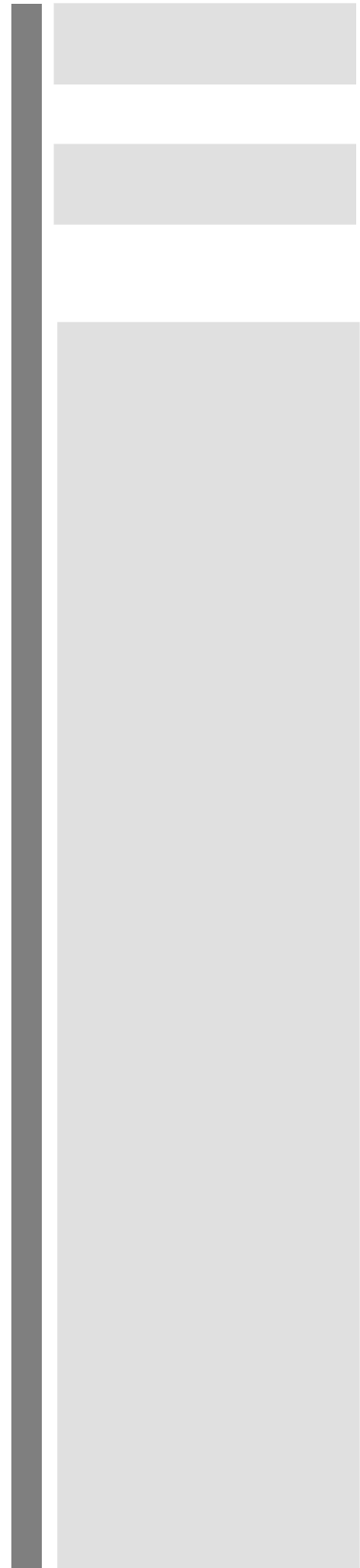
³²⁰FÖBKER, S. and R. GROTZ (2006): Everyday Mobility of Elderly People in Different Urban Settings: The Example of the City of Bonn, Germany. In: Urban Studies 43 (1), 100.

notwendig. Darüber hinaus sollten Wohnungsbaugesellschaften rechtzeitig ein ausreichendes und der Nachfrage entsprechendes altengerechtes Wohnungsangebot bereitstellen, da angesichts der Barrieren in vielen Wohnungen und Häusern der Mangel an barrierefreier und barriere-reduzierter Bausubstanz zunimmt.

Die Anpassung und der Umbau von Angebotsstrukturen der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge sowie von Angebotsstrukturen des Wohnungs- und Immobilienmarktes sind als unabwendbare Adaptionenmaßnahmen einzustufen. Allerdings ergibt sich hieraus noch keine Gewährleistung für eine Kongruenz von räumlicher und demographischer Struktur. Nach NUISSL und BIGALKE stellt sich die Grundsatzfrage, „inwieweit die vor allem nach der Mitte des vergangenen Jahrhunderts entstandenen Stadtlandschaften generell in der Lage sind, einer alternden Gesellschaft das erreichte Maß an Lebensqualität zu gewährleisten.“³²¹

³²¹NUISSL, H. und B. BIGALKE (2006): Älterwerden in Suburbia – eine explorative Studie zur Auswirkung von Suburbanisierung auf die Lebensqualität älterer Menschen. UFZ Diskussionspapiere, S. 3

4



4 Darstellung des Untersuchungsraums der Fallstudie sowie methodische Konzeption und Rahmenbedingungen der empirischen Untersuchung

Kapitel 4 stellt zunächst den Untersuchungsraum der Fallstudie mit seiner geographischen Lage und administrativen Strukturen, der Raum- und Siedlungsstruktur, der Zentrale-Orte-Struktur und der bisherigen Siedlungsentwicklung dar und charakterisiert die einzelnen Untersuchungskommunen. Die Auswahl des Untersuchungsgebietes erfolgt demnach aus einer Vielzahl raumbezogener Kriterien, anhand derer die Eignung des ausgewählten Raumes für die Erreichung der dargelegten Forschungsziele operationalisiert werden kann.

Anschließend wird die methodische Konzeption der teilstandardisierten Haushaltsbefragung im Rahmen der empirischen Untersuchung der Fallstudie vorgestellt.

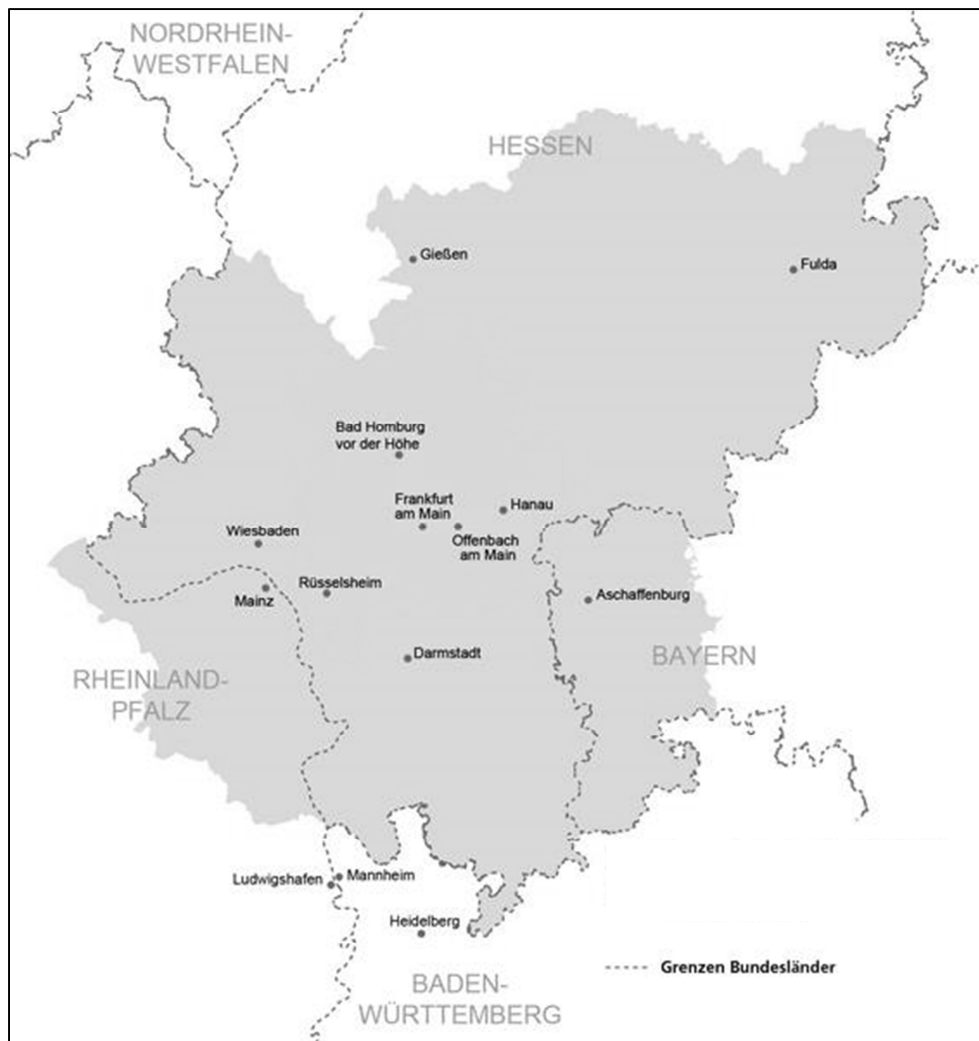
Es folgt eine differenzierte Darstellung, Deskription und Bewertung der Ergebnisse der empirischen Untersuchung nach soziodemographischen Merkmalen und allgemeinen Wohnstrukturdaten der befragten Haushalte.

4.1 Der Untersuchungsraum – Geographische Lage, administrative Strukturen, Raum- und Siedlungsstruktur, Zentrale-Orte-Struktur, Siedlungsentwicklung und Charakterisierung der Untersuchungskommunen

Geographische Lage und administrative Strukturen

Den Untersuchungsraum der Fallstudie bilden insgesamt 16 Kommunen im südlichen Umland der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Die ausgewählten Städte und Ortsgemeinden sind dem im Osten des Bundeslandes Rheinland-Pfalz gelegenen Landkreis Mainz-Bingen zugehörig, welcher an der westlichen Grenze der Metropolregion Frankfurt a. M./ Rhein-Main liegt (vgl. Abbildung 12). Der Rhein ist die natürliche Ost- und ein Großteil der Nordgrenze des Landkreises. Benachbarte Kreise auf rheinland-pfälzischem Gebiet sind der Landkreise Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Rhein-Hunsrück-Kreis sowie die Kreisfreie Stadt Mainz.

Abbildung 12: Darstellung der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main



Quelle: REGIONALVERBAND FRANKFURTRHEINMAIN: Die Region Frankfurt/Rhein-Main in Zahlen und Fakten, unter <http://www.region-frankfurt.de/Verband/Region-in-Zahlen> (abgerufen am 11.11.2014)

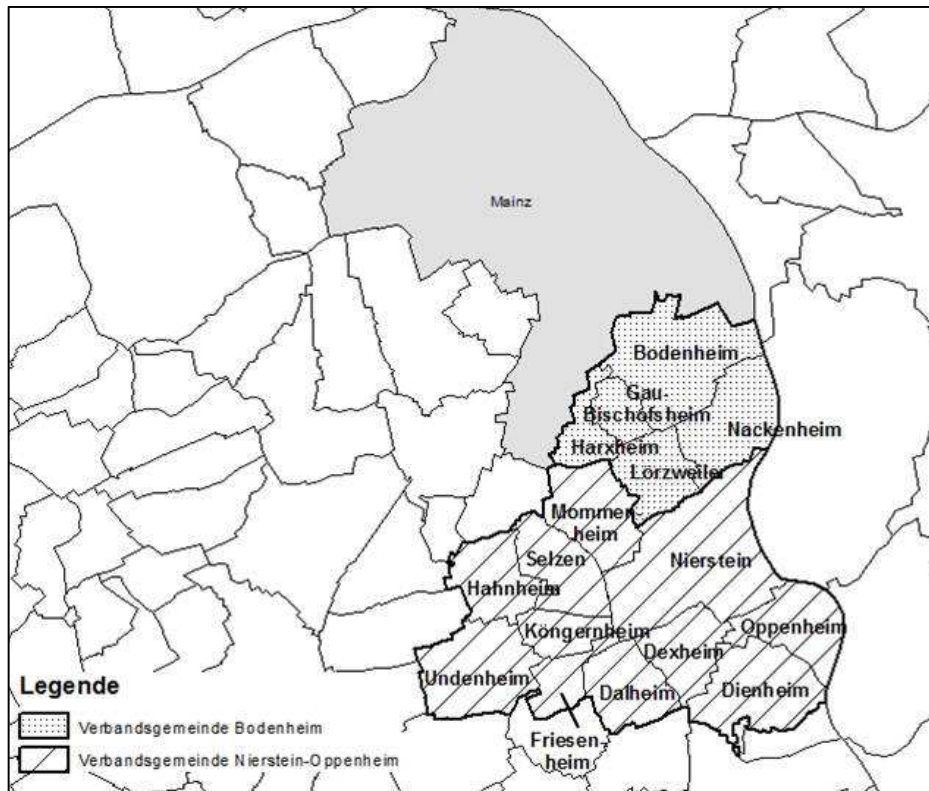
Administrativ sind die 16 Kommunen den beiden Verbandsgemeinden Nierstein-Oppenheim³²² und Bodenheim zugehörig. In dem Bundesland Rheinland-Pfalz bilden Ortsgemeinden die unterste Ebene im Verwaltungsaufbau. Da nicht jede Ortsgemeinde aufgrund mangelnder personeller Ressourcen und Größe kommunale Aufgaben wahrnehmen kann, sind in Rheinland-Pfalz Verbandsgemeinden eingerichtet, die als hauptamtlich verwaltete Gebietskörperschaften für ihre kleineren Gemeinden diese Aufgaben in deren Namen und in deren Auftrag übernehmen. Bei den Untersuchungskommunen im Rahmen der empirischen Untersuchung handelt es sich um die Gesamtheit der beiden Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim angehörigen Städte und Ortsgemeinden. Ersterer Verbandsgemeinde sind die Kommunen Bodenheim (Grundzentrum), Nackenheim (Grundzentrum im Ergänzungsnetz), Gau-Bischofsheim, Lörzweiler und Harxheim angehörig, letzterer Verbandsgemeinde die Kommunen Dalheim,

³²²Hinweis: Zum 01.07.2014 wurde die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim und die Verbandsgemeinde Guntersblum zusammengelegt. Daraus entstand die neue Verbandsgemeinde Rhein-Selz.

Dexheim, Dienheim, Friesenheim, Köngernheim, Mommenheim, Undenheim, Selzen, Hahnheim, Stadt Nierstein (Mittelzentrum) (sowie Ortsteil Nierstein-Schwabsburg, der in der Analyse getrennt von der Stadt Nierstein betrachtet wird), Stadt Oppenheim (Mittelzentrum).

Die Abbildungen 13 und 14 zeigen die geographische Lage der Kommunen der Fallstudie sowie die des Landkreises Mainz-Bingen.

Abbildung 13: Geographische Lage der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2016

Abbildung 14: Darstellung des Landkreises Mainz-Bingen



Quelle: LANDKREISES MAINZ-BINGEN, unter http://www.mainz-bingen.de/deutsch/images/landkreis/kreiskarte_by_artiviv.jpg (abgerufen am 11.11.2014)

Raum- und Siedlungsstruktur

Im Folgenden wird eine raumstrukturelle Einordnung des Untersuchungsgebietes auf Ebene der Bundesraumordnung, der Landesplanung und der Regionalplanung vorgenommen.

Wie bereits in Kapitel 3.1 dargestellt, werden nach der Definition des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG die engeren Suburbanisierungsgebiete der Kernstädte durch die Raumkategorie *Äußerer Zentralraum* abgebildet. Dieser ist mit 500 Einwohnern je km² hoch verdichtet. Die erweiterten Suburbanisierungsgebiete gehen allerdings weit darüber hinaus, denn die Raumkategorie *Zwischenräume mit Verdichtungsansätzen* ist mit einer Bevölkerungsdichte von 300 Einwohnern je km² ebenfalls durch Suburbanisierung geprägt³²³ (vgl. Abbildung 15). Jede der 16 Kommunen liegt geographisch, entsprechend der Kategorisierung der Raumstruktur nach Zentrenreichbarkeit und Bevölkerungsdichte in einem dieser beiden Bereiche.

Das Landesentwicklungsprogramm des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (LEP IV) weist zwei Raumstrukturtypen aus, welche „Grundlage für räumlich differenzierte Handlungsstrategien („sind“), die sich in den jeweiligen Fachbereichen oder in Bezug auf bestimmte Fragestellungen wie die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen und einer nachhaltigen Entwicklung sowie die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels ergeben.“³²⁴ Demnach existieren

³²³Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 21.

³²⁴MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz,

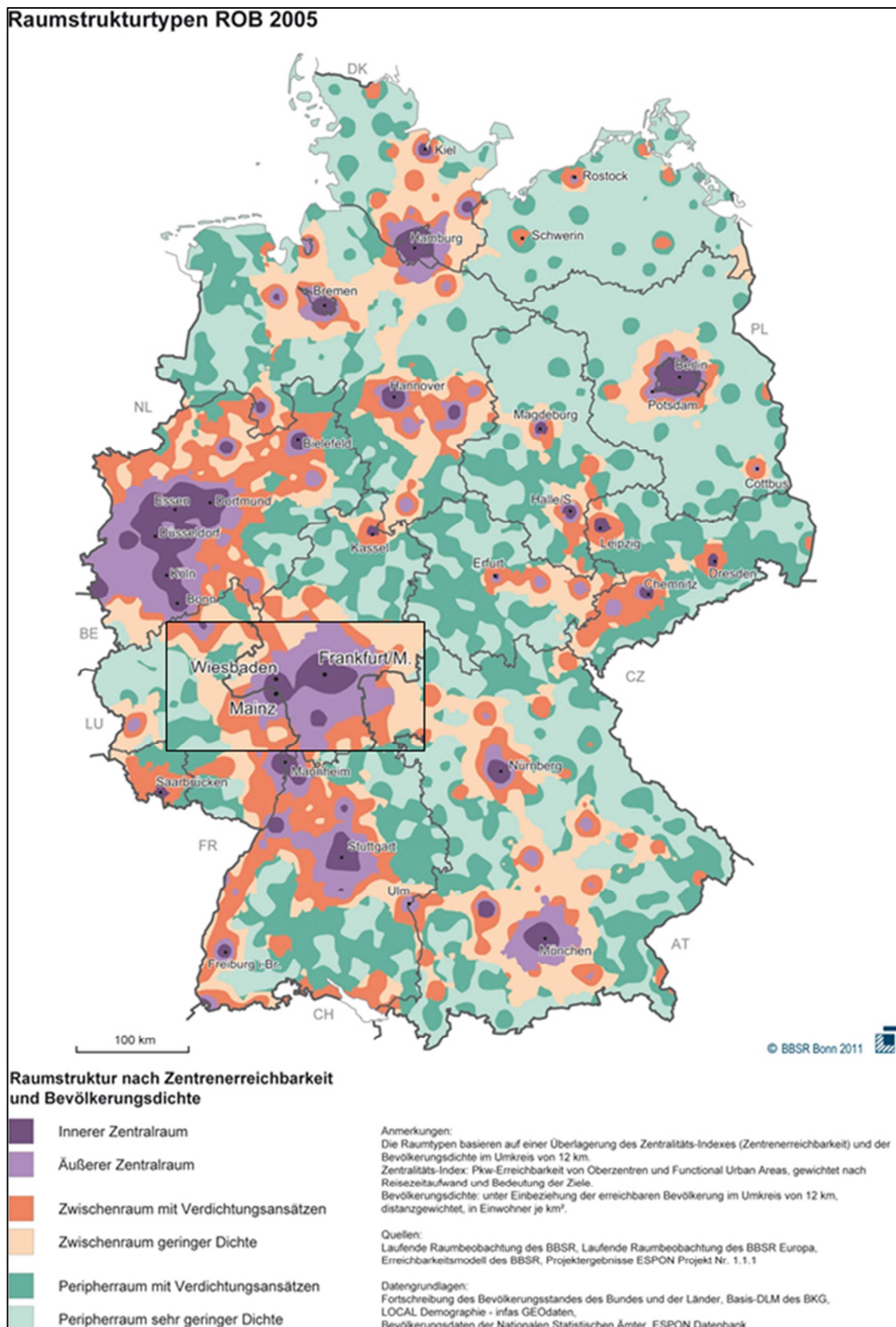
die Kategorien *Ländliche Räume* und *Verdichtungsräume* mit weiteren Untergliederungskategorien. Letztere Kategorie umfasst auch das Untersuchungsgebiet, den *Hochverdichteten Bereich mit einer hohen Zentrenreichbarkeit und -auswahl*. „Hochverdichtete Räume sind großflächige Gebiete, die sich durch eine sehr hohe Dichte der Bevölkerung, ein hohes Angebot an Wohn- und Arbeitsstätten, Versorgungseinrichtungen sowie wichtige Verkehrsverknüpfungen auszeichnen und entsprechend einen hohen Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen aufweisen. Sie verfügen über enge räumliche und funktionale Verflechtungen mit Metropolregionen oder Verdichtungsräumen [...]“³²⁵

Hinsichtlich der Regionalplanung stellt das Untersuchungsgebiet mit seiner Lage im Landkreis Mainz-Bingen die westliche Grenze der Metropolregion Frankfurt a. M./ Rhein-Main dar, zählt jedoch nicht zur Planungsregion des Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main. Auf regionalplanerischer Ebene gehört der Landkreis Mainz-Bingen der Raumordnungsregion Rheinhessen-Nahe an. In dem Regionalen Raumordnungsplan der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe ist der Landkreis Mainz-Bingen als Siedlungsstrukturtyp *Verstädterter Raum höherer Dichte* ausgewiesen. Die beiden Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim sind raumstrukturell nochmals in die Unterkategorie *Verdichteter Raum* eingeordnet.

S. 39.

³²⁵MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz, S. 41.

Abbildung 15: Raumstruktur in Deutschland nach Zentrenreichbarkeit und Bevölkerungsdichte



Quelle: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn, S. 20

Zentrale-Orte-Struktur

Die Aufgabe der Landesplanung ist in der Ermöglichung gleichwertiger Entwicklungen aller Landesteile des Bundeslandes Rheinland-Pfalz zu sehen. Dem Zentrale-Orte-Konzept kommt dabei als wichtigstem raumordnerischen Instrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge und somit zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse große Bedeutung zu. Die Grundlage hierfür bildet eine Siedlungsstruktur nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration mit Grund-, Mittel- und Oberzentren als Standorte von öffentlichen und zunehmend auch privatwirtschaftlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge.³²⁶

Der Landesentwicklungsplan Rheinland-Pfalz (LEP 4) weist hierzu zentrale Orte ober- und mittelzentraler Funktion mit dem Ziel aus, Einrichtungen und Dienstleistungen mit unterschiedlicher funktionaler und damit zentralörtlicher Bedeutung der Daseinsvorsorge räumlich zu bündeln. Umfang und Qualität des zentralörtlichen Versorgungsniveaus ist von den Kommunen in Eigenverantwortung zu definieren und zu sichern.³²⁷

Der Landkreis Mainz-Bingen ist auf das Oberzentrum Mainz, welches neben oberzentralen Funktionen auch grenzüberschreitend metropolitane Teilfunktionen in der Metropolregion Rhein-Main wahrnimmt, ausgerichtet. Gemeinsam mit den Mittelzentren Nierstein, Oppenheim und Nieder-Olm (nicht dem Untersuchungsgebiet zugehörig) bildet das Oberzentrum Mainz einen mittelzentralen Verbund kooperierender Zentren zur Gewährleistung einer mittelzentralen Versorgung, welche im Gegensatz zu vertraglichen Regelungen in ländlichen Räumen, in Verdichtungsräumen freiwillig und mit informeller Aufgabenteilung vorgenommen wird. Mit der Ausweisung dieser Verbünde soll die Sicherung eines qualitativ hohen und in zumutbarer Erreichbarkeit verfügbaren Angebots an öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen sichergestellt werden.³²⁸

Der Regionale Raumordnungsplan der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe definiert darüber hinaus die Grundzentren und die Abgrenzung ihrer Nahbereiche. Im Untersuchungsgebiet der Arbeit ist die Ortsgemeinde Bodenheim als Grundzentrum und die Ortsgemeinde Nackenheim als Grundzentrum im Ergänzungsnetz ausgewiesen.

³²⁶MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2014): Raumordnungsbericht 2013. Mainz, S. 79.

³²⁷MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz, S. 86.

³²⁸MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz, S. 83.

Siedlungsentwicklung

Die einzelnen Phasen des Bevölkerungswachstums des suburbanen Raumes der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz verhalten sich fast kongruent zu der normativen Abfolge der Entwicklungsphasen der Suburbanisierung in Westdeutschland in den vergangenen Jahrzehnten. GLASZE und GRAZE führen hierzu an: „In den 1960er Jahren begannen Gemeinden, die unmittelbar an die Stadt angrenzen, Neubaugebiete auszuweisen. Nach der Gemeindegebietsreform wurden einige dieser Gemeinden zwar zu Stadtteilen von Mainz, gleichzeitig dehnte sich der Prozess der Suburbanisierung aber immer weiter in das Umland aus. Begünstigt wurde

Abbildung 16: Untersuchungskommune Oppenheim



Quelle: GOOGLE EARTH: Kartenausschnitt von Oppenheim (abgerufen am 30.06.2014)

diese Ausweitung durch den Ausbau des Verkehrsnetzes in den 1970er Jahren (A60, A63 und autobahnartiger Ausbau der B9). In den 1970er und 1980er Jahren setzte sich diese Tendenz eines kontinuierlichen Bevölkerungswachstums in den Umlandgemeinden fort [...]. Während die Stadt Mainz in den 1970er

Jahren noch leicht wuchs, kam es in den 1980er Jahren zu einer Bevölkerungsabnahme. In den Gemeinden des suburbanen Raumes hingegen sind in den 1970er Jahren Bevölkerungszunahmen von teilweise mehr als 130 % zu beobachten, und auch in den 1980er Jahren steigen in nahezu allen Umlandgemeinden die Einwohnerzahlen deutlich an. Bis in die 1990er Jahren wuchs das rheinhessische Umland stärker als die Kernstadt. Vor allem kleine und teilweise auch weiter entfernte Gemeinden können in den 1990er Jahren große relative Bevölkerungszuwächse verzeichnen.“³²⁹ Diese langjährigen Zuzugsprozesse in immer weiter entfernte sub-urbane Wohngebiete haben zu einer „flächenhaften Suburbanisierung im gesamten rheinhessischen Raum“ geführt.³³⁰

Die Ausführungen der Autoren zeigen, dass es auch im Mainzer Umland ab den 1970er Jahren verstärkt zu Stadt-Umland-Wanderungen kam. Die damaligen Träger dieser Wanderungsbewegungen sind die heutigen Suburbaniten der Generation 60plus. Der primär nachgefragte Neu-

³²⁹GLASZE, G. und P. GRAZE (2007): Raus aus Suburbia, rein in die Stadt? Studie zur künftigen Wohnmobilität von Suburbaniten der Generation 50plus. Raumforschung und Raumordnung 65 (5): 468.

³³⁰STADT MAINZ (2004): Stadt-Umland-Studie "Mainz Rheinhessen". Mainz, S. 8.

bautypus bei Errichtungen von Wohngebieten war in diesen Kommunen in den letzten Jahrzehnten das Ein- und Zweifamilienhaus (vgl. Abbildung 16).

Charakterisierung der Untersuchungskommunen der Fallstudie

Die 16 Untersuchungskommunen sind durch unterschiedliche Siedlungsstrukturen geprägt, die sich anhand verschiedener Indikatoren beschreiben lassen. Während sich im Großteil der kleineren Kommunen bis heute fast ausschließlich eine reine Wohnsuburbanisierung vollzogen hat, ist es in den aufgeführten Grund- und Mittelzentren sowie in einzelnen anderen einwohnerstarken Ortsgemeinden zu Wohn-Folge-Suburbanisierungen gekommen, wodurch funktionale Anreicherungen (z. B. im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels) im suburbanen Raum stattgefunden haben.

Innerhalb der Gruppe der ausgewählten Städte und Ortsgemeinden sind die Einwohnerzahlen von einer großen Spannweite geprägt. Die Zahl der Bürger erreicht mit 7.975 einen Höchstwert in der Stadt Nierstein und den niedrigsten Wert mit 698 Einwohnern in der Ortsgemeinde Friesenheim (vgl. Tabelle 8). Die vier zentralen Orte im Untersuchungsbereich der Fallstudien weisen jeweils Einwohnerzahlen von über 5.000 auf. Somit leben in der Verbandsgemeinde Bodenheim 67,5 % und in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 49,4 % der Bevölkerung in Kommunen mit zentralörtlicher Funktion.

Der Landkreis Mainz-Bingen ist mit 336 Einwohnern pro km² der zweitdichtest besiedelte Landkreis des Bundeslandes Rheinland-Pfalz. Dementsprechend konstatieren beide Verbandsgemeinden hohe Durchschnittswerte in ihrer Siedlungsdichte (Verbandsgemeinde Bodenheim 568 Einwohnern pro km² und Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 343 Einwohnern pro km²). Es lässt sich feststellen, dass die Siedlungsdichte mit der geographischen Nähe zu dem Oberzentrum Mainz bzw. zu dem Kernraum der Metropolregion Rhein-Main zunimmt.

Der Anteil der Untersuchungsgruppe der 60- bis 69-Jährigen an der Gesamtbevölkerung reicht von einem Mindestwert von 10 % u. a. in der Ortsgemeinde Köngernheim, deren Siedlungsentwicklung in den letzten beiden Jahrzehnten von einem starken Zuzug junger Suburbaniten geprägt war, bis zu 17 % in der Ortsgemeinde Gau-Bischofsheim. In Bezug auf alle 16 Kommunen liegt der Mittelwert dieses Indikators bei 12 %.

Tabelle 8: Übersicht über die Siedlungsstruktur der Untersuchungskommunen 2013

Landkreis	Verbands- gemeinde	Kommune	Zentralörtliche Funktion	Einwohner- zahl 31.12.2013	Anteil der Einwohnerzahl an Gesamt- bevölkerung der VG in %	Fläche in km ²	Einwohner pro km ²	Anteil der 60-69 Jährigen an Gesamt- bevölkerung in %	
Mainz-Bingen	Nierstein-Oppenheim	Dalheim		1.017	3,3	6,3	160,4	15	
		Dexheim		1.420	4,6	5,7	249,6	12	
		Dienheim		2.142	7,0	9,9	216,1	12	
		Friesenheim		698	2,3	3,5	201,2	11	
		Hahnheim		1.531	5,0	6,4	239,6	13	
		Köngernheim		1.355	4,4	3,6	373,3	10	
		Mommenheim		3.138	10,2	7,8	403,3	11	
		Nierstein	Mittelzentrum	7.975	26,0	19,3	412,4	11	
		Oppenheim	Mittelzentrum	7.202	23,4	7,1	1015,8	12	
		Selzen		1.502	4,9	6,7	225,5	13	
	Udenheim		2.756	9,0	10,0	276,4	10		
	VG Nierstein-Oppenheim				30.736	-	86,3	343,1	12
	Bodenheim	Bodenheim	Grundzentrum	7.150	37,5	13,4	532,4	13	
		Gau-Bischofsheim		1.823	9,6	2,8	641,9	17	
		Harxheim		2.199	11,5	3,5	626,5	10	
		Lörzweiler		2.179	11,4	5,7	379,6	11	
		Nackenheim	Grundzentrum	5.705	29,9	8,6	661,8	10	
	VG Bodenheim				19.056	-	34,1	568,4	12
	Vg Nierstein-Oppenheim und VG Bodenheim insgesamt				49.792	-	120,1	413,5	12
	Landkreis Mainz-Bingen				203.338	-	605,7	335,7	11

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ, unter <http://www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat/>
(abgerufen am 05.02.2015; STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2015): Sonderauswertung zu
Bevölkerungsanzahl der Altersgruppe 60-69 im Landkreis Mainz-Bingen 2012. Bad Ems.

4.2 Methodische Konzeption und Rahmenbedingungen der empirischen Untersuchung

4.2.1 Aufbau der teilstandardisierten Haushaltsbefragung

Vorgehensweise

Die empirische Untersuchung wurde durch eine teilstandardisierte postalische Haushaltsbefragung anhand eines Fragebogens als Erhebungsinstrument vorgenommen. Die Untersuchungseinheit bilden Haushalte, die den Altersjahrgängen 1945-1953 angehören. Insgesamt sind im Rahmen der Erhebung 3.942 Fragebögen in den 16 Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim versendet worden, was der Gesamtheit der Haushalte der genannten Altersjahrgänge im Untersuchungsraum entspricht. In den fünf Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim sind dabei 1.680 Haushalte und in den elf Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 2.262 Haushalte auf postalischem Weg angeschrieben worden. Die Durchführung der empirischen Erhebung erfolgte in den Monaten Juni und Juli 2014.

Die Auswahl der Untersuchungseinheit *Haushalt* beruht auf der Erkenntnis, dass Wohnstandortentscheidungen als ein gemeinsamer, i. d. R. von beiden (Ehe-)Partnern vollzogener Abwägungs- und Entscheidungsprozessprozess einer Haushaltsgemeinschaft identifizierbar sind. Demzufolge wurde darauf verzichtet, alle Personen der entsprechenden Altersjahrgänge in die Untersuchung mit einzubeziehen. Stattdessen wurde jedem Haushalt ein Fragebogen zugesendet. Im Falle von Mehrpersonenhaushalten wurde die männliche Person als Adressat ausgewählt.

Als Datengrundlage dienten die von den Verbandsgemeindeverwaltungen Bodenheim und Nierstein-Oppenheim zur Verfügung gestellten Auszüge aus den Einwohnermelderegistern. Die Statistiken der Einwohnermelderegister führen ausschließlich Personendaten, die Untersuchungseinheit bilden jedoch, wie bereits dargestellt, die Haushalte in den jeweiligen Kommunen. Aus diesem Grund mussten aus den personenbezogenen Meldedaten Haushalte generiert werden, indem eine Aggregation von Personengruppen vorgenommen wurde, die unter identischer Adresse und Familiennamen gemeldet waren.

Die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim stimmten einer Kooperation mit dem LEHRSTUHL FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN zu und unterstützen die Befragung, indem das Wappen der jeweiligen Verbandsgemeinde sowie die Unterschrift der Bürgermeister Inhalt des Anschreibens an die beteiligten Haushalte waren. Im Vorfeld der empirischen Erhebung wurde in der lokalen Presse (*Nierstein-Oppenheim aktuell – Wochenzeitung für die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim*, *Allgemeine Zeitung* und *Rheinhessisches Wochenblatt*) ein Artikel veröffentlicht, der auf die bevorstehende Befragung hinwies. Des Weiteren wurde der rheinland-pfälzische Datenschutzbeauftragte über die Vorgehensweise und Auswertung im Rahmen der Bürgerbefragung informiert.

Die Bürger wurden in dem Anschreiben darüber aufgeklärt, dass die Teilnahme an der Befragung freiwillig ist, ihre Angaben anonym bleiben, rein wissenschaftlichen Zwecken dienen und nicht an Dritte weitergegeben werden. Die Rücksendung der Bögen erfolgte mit einem beiliegenden, an den LEHRSTUHL FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN adressierten Rückumschlag (Porto zahlt Empfänger).

Fragebogendesign

Die den Fragebogen strukturierenden Untersuchungsparameter bzw. Indikatoren orientieren sich an den Forschungsfragen der Arbeit und dem Aufbau der empirischen Untersuchung. Im Rahmen der teilstandardisierten Fragebogenerhebung wurden demzufolge Daten zu

- den soziodemographischen Merkmalen der befragten Haushalte,
- der derzeitigen Wohnsituation,
- den räumlichen Mustern des Versorgungsverhaltens der Befragten,
- der Bewertung der Versorgungsstrukturen,
- der zukünftigen Bedürfnisse im Bereich der Versorgungsstrukturen,
- zur Wohnmobilität und
- zu zukünftigen Wohnwünschen

erhoben. Mittels der gewählten methodischen Vorgehensweise ist eine Beantwortung der in Kapitel 1.2 formulierten Forschungsfragen durchführbar.

Der Fragebogen beinhaltet sowohl geschlossene, als auch Mischformen zwischen geschlossenen und offenen Frageformaten. Geschlossene Fragen reihen vorgegebene Antwortkategorien auf, welche angekreuzt werden können. Mischformen enthalten dagegen, neben den vorgegebenen Kategorien, noch zusätzlich eine offene Kategorie (z. B. *Sonstiges*), die eventuellen Problematiken durch die Nichterwähnung einer Antwortmöglichkeit – auch bedingt durch die komplexe Untersuchungsthematik – entgegenwirkt.

Die vorgegebenen Fragen beinhalten nominal- (z. B. Alter, Geschlecht etc.) und ordinalskalierte Merkmale (z. B. Bewertung der derzeitigen Wohnsituation). „Eine Nominalskala ordnet den Objekten eines empirischen Relativs Zahlen zu, die so geartet sind, dass Objekte mit gleicher Merkmalsausprägung gleiche Zahlen und Objekte mit verschiedener Merkmalsausprägung verschiedene Zahlen erhalten.“³³¹ Ein Beispiel für eine nominalskaliertes Merkmal ist die Frage: *Steht Ihrem Haushalt ein PKW zur Verfügung?* Antwortmöglichkeiten: Ja=1 oder Nein=2. „Eine Ordinalskala („dagegen“) ordnet den Objekten eines empirischen Relativs Zahlen zu, die so geartet sind, dass von jeweils 2 Objekten das Objekt mit der größeren Merkmalsausprägung die größere Zahl erhält.“³³² In dem vorliegenden Fragebogen wurden vierstufige unipolare Ratingskalen mit verbaler Skalenbezeichnung verwendet, die in der späteren statistischen Auswertung in Zahlenformate kodiert wurden (vgl. Fragebogen im Anhang). Die Verwendung einer Skala mit einer geraden Anzahl an Antwortkategorien umgeht die Problematik, dass befragte

³³¹BORTZ, J. (1999): Statistik für Sozialwissenschaftler. 5. Auflage. Berlin, S. 20.

³³²BORTZ, J. (1999): Statistik für Sozialwissenschaftler. 5. Auflage. Berlin, S. 21.

Personen bzw. Haushalte oftmals dazu tendieren, mittlere neutrale Antwortkategorien zu wählen.

Nach der Konzeption des Fragebogens wurde zum Ausschluß von logischen Paradoxien und zur Optimierung der Anwendbarkeit im Rahmen der postalischen Befragung, das Erhebungsinstrument einem Pretest unterzogen und daraufhin leicht modifiziert.

Indikatoren

Die insgesamt 25 Indikatoren ordnen sich vier Kategorien zu den Themenkomplexen Versorgungsstruktur, aktuelle Wohnsituation, zukünftige Wohnsituation und soziodemographische Struktur der Haushalte unter. Diese standort-, wohnungs-, wahrnehmungs-, verhaltens- und personenbezogenen Indikatoren bzw. Variablen werden zu einer gleichen Anzahl an Fragestellungen operationalisiert. Tabelle 9 bietet eine Übersicht über die Operationalisierung der Indikatoren.

Tabelle 9: Übersicht über die Operationalisierung der Indikatoren

Indikator	Frage
Indikatorengruppe A: Versorgungsstruktur	
I ₁ : Wohnort	In welcher Gemeinde wohnen Sie?
I ₂ : Räumliche Muster des Versorgungsverhaltens	An welchem Ort nutzen bzw. besuchen Sie vorwiegend die folgenden Einrichtungen?
I ₃ : Verkehrsmittelnutzung	Wie erreichen Sie für gewöhnlich die von Ihnen genutzten bzw. besuchten Einrichtungen?
I ₄ : Wahrnehmung der fußläufigen Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen	Angenommen Ihnen würde kein PKW zur Verfügung stehen. Welche Einrichtungen wären für Sie fußläufig (max. 10 Gehminuten bzw. 500 m bis 1.000 m Entfernung) erreichbar?
I ₅ : Bewertung der derzeitigen Versorgungssituation auf kommunaler Ebene	Wie zufrieden sind Sie mit der derzeitigen Versorgungssituation in Ihrer Gemeinde in den folgenden Bereichen?
I ₆ : Wahrnehmung von zukünftigen Versorgungsdefiziten auf kommunaler Ebene	In welchen Versorgungsbereichen sehen Sie zukünftig im Hinblick auf Ihr höheres Alter die größten Defizite in Ihrer Gemeinde?
I ₇ : Bewertung des Verbesserungsbedarfs im Versorgungsangebot auf kommunaler Ebene	Wie beurteilen Sie insgesamt den Verbesserungsbedarf im Versorgungsangebot Ihrer Gemeinde?
Indikatorengruppe B: Aktuelle Wohnsituation	
I ₈ : Eigentumsquote	Wohnen Sie zurzeit in Eigentum oder zur Miete?
I ₉ : Wohnform	Wie ist Ihre derzeitige Wohnform?
I ₁₀ : Wohndauer	Wie lange wohnen Sie bereits in Ihrem/r Haus/Wohnung?
I ₁₁ : Herkunftsort	Sind Sie in der Gemeinde in der Sie wohnen aufgewachsen oder zugezogen?
I ₁₂ : Intrakommunale Wohnlokalisierung	Wohnen Sie im alten Ortskern/Altstadt oder in einem (ehemaligen) Neubaugebiet?
I ₁₃ : Haushaltsgröße	Wie viele Personen, inklusive Ihnen selbst, leben in Ihrem Haushalt?
I ₁₄ : Wahrnehmung der Wohnfläche	Wie empfinden Sie die Ihnen zur Verfügung stehende Wohnfläche?
I ₁₅ : Barrierefreie bzw. altengerechte Ausstattung	Ist Ihre Wohnung bereits barrierefrei bzw. altengerecht ausgestattet?
I ₁₆ : Bewertung der derzeitigen Wohnsituation	Wie zufrieden sind Sie mit der derzeitigen Wohnsituation in Ihrem Haus/Ihrer Wohnung?
I ₁₇ : PKW-Verfügbarkeit	Steht Ihrem Haushalt ein PKW zur Verfügung?
Indikatorengruppe C: Zukünftige Wohnsituation	
I ₁₈ : Umzugsbereitschaft	Planen Sie in nähere Zukunft einen Umzug an einen anderen Wohnort?
I ₁₉ : Wohnortpräferenzen	Wohin werden Sie umziehen?
I ₂₀ : Wohnsituation nach Wohnortwechsel	Wenn Sie einen Umzug planen oder sich dies vorstellen könnten, wie wird Ihre zukünftige Wohnsituation dann aussehen?
I ₂₁ : Motive der Wohnortwahl	Wenn Sie einen Umzug planen oder sich dies vorstellen könnten, dann aus welchen Gründen?
Indikatorengruppe D: Soziodemographische Struktur der Haushalte	
I ₂₂ : Geburtsjahr	Ihr Geburtsjahr?
I ₂₃ : Geschlecht	Ihr Geschlecht?
I ₂₄ : Berufliche Situation	Ihre derzeitige berufliche Situation?
I ₂₅ : Höchster Schulabschluss	Ihr höchster (Schul-)Abschluss?

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2016

Auswertung

Die Rücklaufquote im Rahmen der Haushaltsbefragung beträgt mit 2.002 ausgefüllten Fragebögen insgesamt 51 % (vgl. Tabelle 10). In der Verbandsgemeinde Bodenheim sind 880 Bögen zurückgesendet worden, was einer Rücklaufquote von 52 % entspricht, wobei die Spannweite der Quote zwischen 43 % und 57 % liegt. Insgesamt haben 80 der 1.680 Haushalte (5 %) der Verbandsgemeinde Bodenheim keine Angaben zum Wohnstandort gemacht. In der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim sind insgesamt 1.122 Bögen zurückgesendet worden, was einer Quote von 50 % entspricht. Die Rücklaufquoten variieren hier zwischen den Kommunen z. T. erheblich und reichen von 32 % und 38 % (Nierstein Ortsteil Schwabsburg

sowie Dalheim) bis 68 % (Friesenheim). Allerdings handelt es sich bei der Kommune mit dem niedrigsten Wert um einen Ortsteil der Stadt Nierstein, so dass bei der Angabe des Wohnortes durch die Befragten von der Nennung der Stadt Nierstein ausgegangen werden muss, wodurch der niedrige Wert zu erklären ist. Insgesamt 87 der 2.262 Haushalte (4 %) der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim machten keine Angaben zum Wohnstandort. Die Anzahl der versendeten Fragebögen an die einzelnen Kommunen und die jeweiligen kommunenspezifischen Rücklaufquoten stellen sich wie folgt dar:

Tabelle 10: Umfang der empirischen Erhebung nach Kommunen

Kommune	Verbandsgemeinde	Anzahl der versendeten Fragebögen	Anzahl der zurückgesendeten Fragebögen	Rücklaufquote
Dalheim	Nierstein-Oppenheim	102	39	38 %
Dexheim	Nierstein-Oppenheim	120	56	47 %
Dienheim	Nierstein-Oppenheim	168	68	40 %
Mommenheim	Nierstein-Oppenheim	220	102	46 %
Friesenheim	Nierstein-Oppenheim	50	34	68 %
Köngernheim	Nierstein-Oppenheim	90	36	40 %
Undenheim	Nierstein-Oppenheim	181	88	49 %
Selzen	Nierstein-Oppenheim	134	74	55 %
Hahnheim	Nierstein-Oppenheim	132	72	55 %
Nierstein	Nierstein-Oppenheim	439	195	44 %
Nierstein Ortsteil Schwabsburg	Nierstein-Oppenheim	121	39	32 %
Oppenheim	Nierstein-Oppenheim	520	232	45 %
keine Angabe	Nierstein-Oppenheim		87	
verzogen	Nierstein-Oppenheim	(-)15		
VG Nierstein-Oppenheim insgesamt		2.262	1.122	50 %
Bodenheim	Bodenheim	669	334	50 %
Nackenheim	Bodenheim	459	192	42 %
Gau-Bischofsheim	Bodenheim	209	120	57 %
Lörzweiler	Bodenheim	177	76	43 %
Harxheim	Bodenheim	176	78	44 %
keine Angabe	Bodenheim		80	
verzogen	Bodenheim	(-)10		
VG Bodenheim insgesamt		1.680	880	52%
Untersuchungsgebiet insgesamt		3.942	2.002	51 %

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

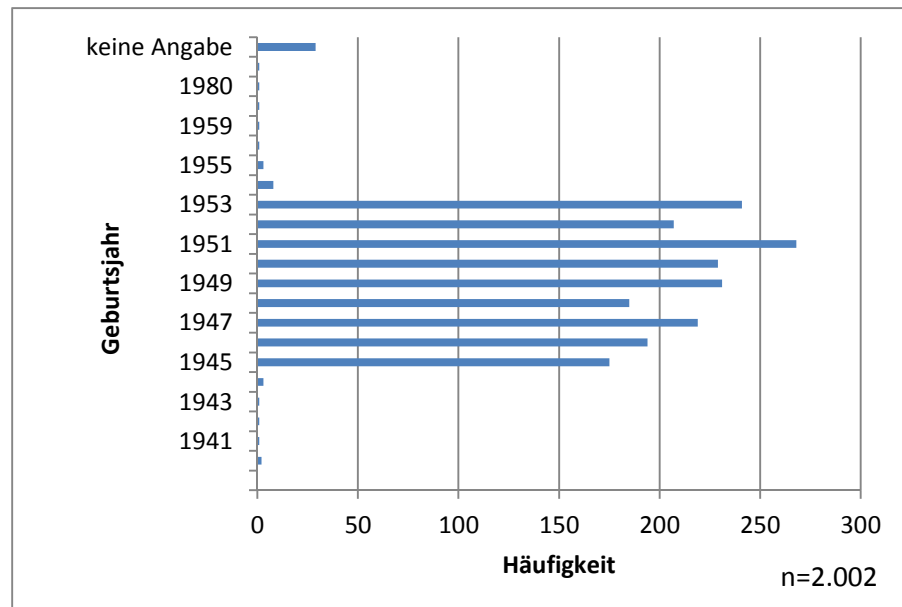
4.2.2 Soziodemographische Rahmenbedingungen und allgemeine Wohnstrukturdaten der befragten Haushalte

Personenbezogene Indikatoren

Der Anteil der männlichen Teilnehmer an der Befragung liegt bei 63,1 % (1.263 Personen), während der Anteil der weiblichen Teilnehmer bei 34,7 % (695 Personen) zu konstatieren ist (2,2 % der Haushalte ohne Angabe).

Wie in Abbildung 17 zu sehen ist, teilt sich die Zugehörigkeit der Befragten zu den jeweiligen Geburtsjahren in eine Altersstruktur auf, in der die Jahrgänge der 1950er Jahre, die so genannten *Baby Boomer*, zum größten Teil stärker besetzt sind als die Jahrgänge der 1940er Jahre.

Abbildung 17: Altersstruktur der befragten Haushalte



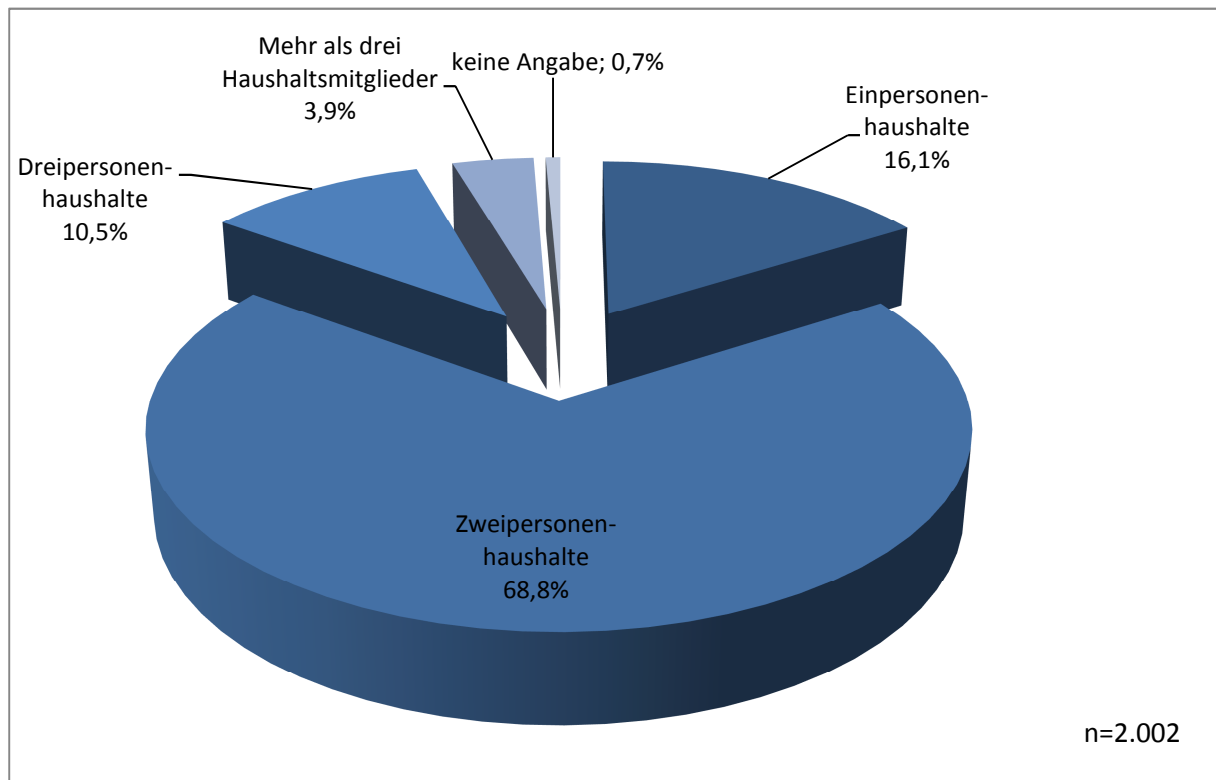
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: Eigene Erhebung 2014

Mit 68,8 % lebt der Großteil der 2.002 befragten Haushalte zum Zeitpunkt der Befragung in Zweipersonenhaushalten (vgl. Abbildung 18). Man kann vermuten, dass diese Haushalte überwiegend zu der Gruppe der so genannten *Empty Nesters* gehören, deren Kinder bereits das Haus verlassen haben. 16,1 % der Befragten leben in Einpersonenhaushalten, 10,5 % in Dreipersonenhaushalten und 3,9 % in Haushalten mit mehr als drei Mitgliedern (0,7 % der Haushalte ohne Angabe).

Das Bildungsniveau der teilnehmenden Personen ist im Rahmen der Untersuchung von Interesse, da dieser Indikator, indirekt und in eingeschränkter Form, einen signifikanten Einfluss auf das Wohnstandortverhalten besitzen kann. In dem Fragebogen wurde Auskunft über den *höchsten (Schul-)Abschluss* erbeten. Der Großteil, nämlich 40,2 % der Haushalte verfügt über eine Volks- oder Hauptschulabschluss, 22,6 % über die Mittlere Reife, 8,3 % über die Hochschul- und Fachhochschulreife, 26,6 % über einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss und 0,5 % über keinen beruflichen Abschluss (1,8 % der Haushalte ohne Angabe).

Abbildung 18: Haushaltsstrukturen der befragten Haushalte



Entwurf: Eigene Darstellung LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Entsprechend der Altersstruktur der befragten Haushalte ist mit 64,7 % die Mehrheit zu den nicht mehr erwerbstätigen Personen bzw. Rentnern bzw. zu der Gruppe der Pensionäre zu zählen. Ein nicht geringer Anteil von 24,8 % ist noch berufstätig. 9,6 % haben die Auswahlkategorie *Sonstiges* gewählt (0,9 % der Haushalte ohne Angabe). Diese Statistik belegt, dass sich die Gruppe der *jungen Alten* in einer Lebensphase befindet, die eine Schnittstelle zwischen ablaufender Erwerbstätigkeit, Renteneintritt und früher Rentenphase bildet.

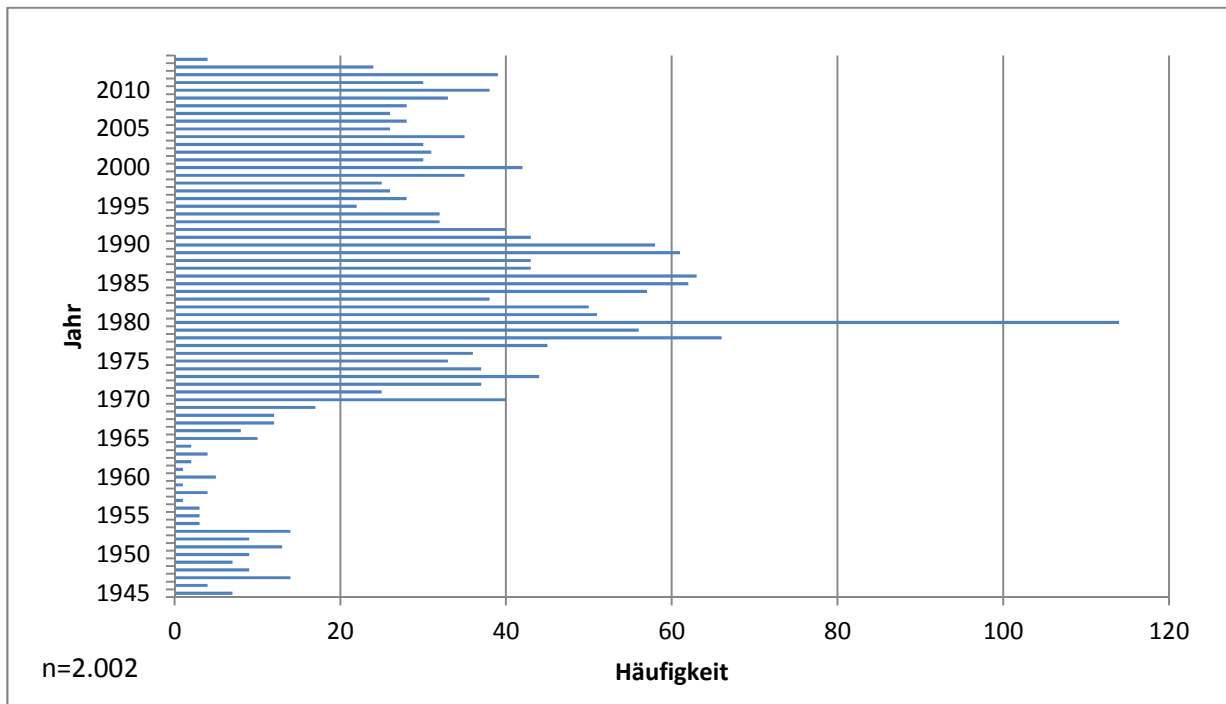
Indikatoren zu Wohnbedingungen

Von den befragten Haushalten wohnte zum Zeitpunkt der durchgeführten Studie 84,4 % in Eigentum, während 15 % in einem Mietverhältnis standen (0,6 % der Haushalte ohne Angabe). Diese hohe Eigentumsquote ist damit zu erklären, dass der vorwiegend nachgefragte Nebautypus in den suburbanen Untersuchungskommunen in den letzten Jahrzehnten das Einfamilienhaus darstellte, welches sich i. d. R. zu sehr hohem Anteil in Eigentum befindet.

Insgesamt leben 63 % der 2.002 Haushalte in Einfamilienhäusern, 18,0 % in Reihen- oder Doppelhaushälften und 17,7 % der Haushalte in Wohnungen oder Apartments (1,3 % der Haushalte ohne Angabe).

Abbildung 19 zeigt die *Wohndauer* der befragten Haushalte auf. Entsprechend der untersuchten Altersjahrgänge lebt ein Großteil der Haushalte seit den 1970er und 1980er Jahren in ihren Häusern bzw. ihren Wohnungen. Die Wohndauer ist ein Indikator der beispielsweise auf die Wohnpersistenz bzw. auf die Umzugsbereitschaft von Menschen einen erheblichen Einfluss besitzen kann.

Abbildung 19: Jahr des Einzugs der befragten Haushalte in das Eigenheim bzw. in die Mietwohnung



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: Eigene Erhebung 2014

Ein weiterer Indikator, dessen Effekte von Bedeutung für das Umzugsverhalten sein könnten, ist der *Herkunftsort* der Befragten, d. h. die Information darüber, ob ein Individuum an seinem derzeitigen Wohnort aufgewachsen oder von einem anderen Ort zugezogen ist. Das Umland der Stadt Mainz ist ein typischer Zuzugsraum von jüngeren Bevölkerungsgruppen in der Familiengründungsphase im Rahmen des Suburbanisierungsprozesses seit der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dementsprechend liegt der Anteil der zugezogenen Haushalte mit 73,7 % auf einem sehr hohen Niveau, während 25,4 % der Haushalte in ihrem ursprünglichen Wohnort verblieben sind (0,9 % der Haushalte ohne Angabe).

Die demographische Alterung der Bevölkerung im Untersuchungsgebiet dieser Arbeit findet räumlich stark konzentriert in den ehemaligen Neubaugebieten der 1970er bis 1980er Jahre statt. Jedoch altert die Bevölkerung in den alten Ortskernen ebenfalls, wenngleich in den Zentren bzw. Ortskernen eine stärker altersheterogene Bevölkerungsstruktur vorzufinden ist. Im Rahmen der Befragung bestärkt der Indikator der *Intrakommunalen Wohnlokalisation* diese An-

nahme, indem 60,2 % der Befragten in den Neubaugebieten und 38,2 % in den Dorfzentren wohnen (1,6 % der Haushalte ohne Angabe).

In der Vergangenheit präferierten die meisten *jungen Alten*, auch im hohen Alter in der ihnen vertrauten Wohnumgebung zu leben. So wohnt die Mehrheit der Menschen derzeit in *normalen* Wohnungen und beispielsweise (noch) nicht in neuen altengerechten Wohnformen.

Die Befragung hatte u. a. zum Gegenstand, inwieweit das bauliche Konzepte der *Barrierefreiheit* für eine altengerechte Anpassung des Wohnungsbestandes bereits in den Häusern und Wohnungen der Untersuchungsteilnehmer integriert ist (das Konzept des *Barrierearmen Wohnens* ist nicht Gegenstand der Befragung). Fast ein Fünftel (19,6 %) der an der Umfrage teilnehmenden Personen gab an, bereits eine barrierefreie Wohnung zu besitzen, 78,5 % der Wohnungen der befragten Haushalte sind dagegen nicht barrierefrei ausgestattet (1,9 % der Haushalte ohne Angabe). Die Zahlen verdeutlichen das hohe Investitionspotential im Bereich altengerechten Wohnraums, das aufgrund der generell hohen Wohneigentumsquote bei Senioren primär bei den selbst nutzenden Wohneigentümern liegt.

Mit dem Auszug der Kinder aus dem elterlichen Haus nimmt die Haushaltsgröße von einem mindestens Dreipersonen- hin zu einem Zwei- oder Einpersonenhaushalt ab. Im Zuge dessen vergrößert sich die Wohnfläche pro Kopf, so dass ein größeres Wohnraumangebot besteht. Der Indikator der *Wahrnehmung der Wohnfläche* soll zu der Informationsgewinnung beitragen, inwiefern die befragten Personen die Wohnbedingungen ihres Hauses bzw. ihrer Wohnung als ihrer Lebenssituation angemessen empfinden. Ein als adäquat empfundener Wohnraum könnte eine hohe Wahrscheinlichkeit eines Verbleibs am bisherigen Wohnort implizieren. Im Ergebnis zeigt sich, dass 81,9 % die Wohnfläche ihres Hauses bzw. ihrer Wohnung als *angemessen* bewerten, 16 % als *zu groß* und lediglich 1,6 % als *zu klein* (0,5 % der Haushalte ohne Angabe).

5



5 Demographische Entwicklung und Ausstattung mit Versorgungsangeboten in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge in ausgewählten suburbanen Untersuchungskommunen im Landkreis Mainz-Bingen

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland nimmt aufgrund der Schrumpfung jüngerer Altersjahrgänge zu und auch deren absolute Anzahl steigt seit einigen Jahren infolge von Kohorteneffekten sowie einer generell höheren Lebenserwartung an und wird sich zukünftig noch weiter erhöhen. Dieser Alterungsprozess bildet insbesondere für sub-urbane Siedlungsgebiete ein großes Gefährdungspotential und stellt große Herausforderungen an eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Räumen. Auch birgt der fortschreitende Prozess der demographischen Alterung der Gesellschaft und die damit einhergehende quantitative Zunahme der älteren Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten ein Abwanderungspotential, auch wenn die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen in der Vergangenheit eine eher geringe Umzugsbereitschaft aufwies und dieses Verhalten auch zukünftig beibehalten sollte.

Im folgenden Kapitel 5.1 sollen demographische Kennzahlen zur Explikation altersstruktureller Verschiebungen der Bevölkerung auf verschiedenen räumlichen Ebenen dargestellt werden. Im Einzelnen beleuchtet Kapitel 5.1.1 anhand statistischer Indikatoren, die **demographischen Entwicklungen in jüngster Vergangenheit** zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 in dem Bundesland Rheinland-Pfalz. Die darauf basierenden prognostizierten **Trends des Bevölkerungsvolumens und der Bevölkerungsstruktur** werden anschließend vorgestellt, wobei der Fokus auf den Auswirkungen auf die Altersstruktur liegt. Kapitel 5.1.2 nimmt diese Analyse auf Landkreis- und Verbandsgemeindeebene vor.

Das Kapitel 5.2 analysiert die im Untersuchungsraum gegebenen **versorgungsstrukturellen Rahmenbedingungen** und das **derzeitige Versorgungsverhalten der Bevölkerungsgruppe 60plus** auf der Nachfrageseite. Erkenntnisse über die lokalen Versorgungsstrukturen im Untersuchungsraum sind als Interpretationsgrundlage für die im späteren Teil der vorliegenden Arbeit folgenden Analyseschritte der Wohnstandortbewertung und Wohnmobilität notwendig.

Im Einzelnen findet dazu zunächst eine Analyse der Versorgungssituation der älteren Haushalte der Generation 60plus in den Daseinsvorsorgebereichen Nahversorgung, medizinische Versorgung und Verkehrsinfrastruktur – unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs – im Untersuchungsgebiet statt.

Im Anschluss an die Bestandsaufnahme der Angebotssituation erfolgt die Deskription des Versorgungsverhaltens der befragten Haushalte anhand von in der empirischen Befragung erhobenen Daten. Im Speziellen werden die Versorgungsorte und die für ihr Erreichen benutzten Verkehrsmittel untersucht. Es folgt eine Ermittlung der fußläufigen Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen aus der Nutzerperspektive. Diese Untersuchung erfolgt vor dem Hintergrund, dass Erreichbarkeiten von Versorgungsangeboten maßgeblich die individuelle Zufriedenheit älterer Bewohner mit ihrem Wohnstandort und damit die Attraktivität dessen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter determinieren können.

Abschließend sind die gewonnenen Erkenntnisse zu der Angebots- und Nachfragesituation dahingehend auszuwerten, welche gegenwärtigen und zukünftigen Problemlagen vor dem Hintergrund der demographischen Alterung bestehen, welche Städte und Ortsgemeinden bereits jetzt altengerechte Versorgungsleistungen vorweisen können und an welchen Standorten besonderer Anpassungsbedarf für bisher defizitäre Strukturen besteht.

Die Analyse des Versorgungsverhaltens wird zunächst auf einer übergeordneten Gesamtebene aller Untersuchungskommunen vorgenommen. Im Anschluss folgt eine Darstellung verschiedener Aggregationsebenen (Verbandsgemeindeebene sowie kommunale Ebene).

5.1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung im Bundesland Rheinland-Pfalz und im Untersuchungsraum

5.1.1 Bevölkerungsentwicklung und Auswirkungen auf die Altersstruktur im Bundesland Rheinland-Pfalz

Bevölkerungsprognosen können in die Gruppe der raumwissenschaftlichen Prognosen eingeordnet werden. „Unter der Bezeichnung *raumwissenschaftliche Prognostik* werden alle Erscheinungsformen der *systematischen Beschreibung von wahrscheinlichen oder der Exploration* (also der sondierenden Erkundung) *von künftig möglichen oder wünschbaren räumlichen Strukturen und Prozessen* zusammengefasst.“³³³ Die raumbezogene Prognostik bildet ein Teilgebiet der allgemeinen Zukunftsforschung. Die Erstellung von Bevölkerungsberechnungen für die Entwicklung der Bevölkerung ist die Aufgabe mehrere institutioneller Einrichtungen in Deutschland. Die wichtigsten Institutionen auf diesem Gebiet stellen das STATISTISCHE BUNDESAMT, die Statistischen Landesämter und die Kommunalämter dar.

Für die Analyse der rheinland-pfälzischen Bevölkerungsentwicklung auf Landes-, Landkreis- und Verbandsgemeindeebene dient im Rahmen dieser Arbeit die Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ mit einem Analysezeitraum bis in das Jahr 2060.

Bevölkerungsentwicklung zwischen den Jahren 2000 und 2010

Im Folgenden wird eine räumlich-differenzierte Darstellung der Bevölkerungsdynamik in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie aggregiert auf Landesebene für den Zeitraum zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 dargelegt. Die Analyse des Bevölkerungsvolumens dient als Basis der Erklärung des altersstrukturellen Effekts der Alterung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz.

³³³STIENS, G. (1996): Prognostik in der Geographie. Braunschweig, S. 7.

Nachdem das Bundesland Rheinland-Pfalz in den letzten sechs Jahrzehnten einen deutlichen Anstieg seiner Einwohnerzahl zu verzeichnen hatte, wurde im Jahr 2004 mit 4,06 Millionen Menschen der historische Höchststand erreicht.³³⁴ Seither schrumpft die Einwohnerzahl kontinuierlich, so dass zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 ein Bevölkerungsrückgang um 0,8 % zu konstatieren ist.³³⁵ Vor dem Hintergrund der ausgangs dargestellten, aktuell in den Raumwissenschaften diskutierten These zur Reurbanisierung, könnte zu deren Verifizierung die nach Landkreisen und kreisfreien Städten differenzierte Analyse der Entwicklung der Bevölkerung im genannten Zeitraum beitragen. Demnach sank die Einwohnerzahl in den Landkreisen zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 von 3,03 Millionen auf 2,98 Millionen um –1,6 %, während die kreisfreien Städte ihre Einwohnerzahl von 1,01 Millionen auf 1,02 Millionen Einwohner um 1,7 % steigern konnten.³³⁶ Diese aggregierten Zahlen lassen jedoch nicht erkennen, dass innerhalb der Gruppe der 36 Verwaltungsbezirke (Kreisfreie Städte und Landkreise) mit 11 Gebietseinheiten mit Bevölkerungsgewinnen und 25 Gebietseinheiten mit Bevölkerungsverlusten, das Wachstum ausschließlich in den Städten und der Rückgang in den Landkreisen stattfindet. So verzeichnen im genannten Zeitraum die Stadt Mainz (+9,0 %), die Stadt Landau (+6,1 %), der Landkreis Mainz-Bingen (+4,2 %) und der Landkreis Trier-Saarburg (+2,8 %) die höchsten Zuwächse, während divergent dazu die in strukturschwachen Regionen liegenden Städte Pirmasens (–11 %) und Zweibrücken (–5 %) sowie die Landkreise Birkenfeld (–7,8 %), Kusel (–7,7 %) und Südwestpfalz (–6,2 %) die größten Reduktionen aufzeigen.³³⁷

Die dargelegten Entwicklungen des Bevölkerungsvolumens in den jeweiligen Räumen bzw. Verwaltungsgebieten sind das Ergebnis aus den jeweiligen Ausprägungen der Faktoren *Natürliche Bevölkerungsbewegungen* und *Räumliche Bevölkerungsbewegungen* bzw. *Binnen- und Außenwanderungen*.

In dem Zeitraum zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2005 kann lediglich der Landkreis Mainz-Bingen einen Überschuss in der natürlichen Bilanz vorweisen (durchschnittlicher jährlicher Geburtenüberschuss: 0,4 Menschen je 1.000 Einwohner), bei gleichzeitigem Geburtendefizit in allen anderen Gebietseinheiten in Rheinland-Pfalz (höchstes Defizit: Stadt Pirmasens mit einem durchschnittlichen Geburtendefizit von –8 je 1.000 Einwohner und Jahr).³³⁸ Mit sinkenden Geburtenzahlen und steigenden Sterbefällen nimmt, neben den Binnenwanderungen, die Bedeutung der Zuwanderung aus dem Ausland als stabilisierender Faktor der Bevölkerungsdynamik zu. Demnach war es in vielen Gebieten in Rheinland-Pfalz möglich, das Geburtendefizit durch Wanderungsüberschüsse auszugleichen oder sogar Bevölkerungswachstum zu erreichen. Mit Blick auf die Außenwanderungen zeigt sich, dass mit Ausnahme von Pirmasens, zwi-

³³⁴Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 9.

³³⁵Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 29.

³³⁶Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 29.

³³⁷Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 30ff.

³³⁸Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 34f.

schen 2000 und 2005 alle Gebietskörperschaften einen positiven Außenwanderungssaldo zu verzeichnen hatten und somit mehr Menschen aus anderen Bundesländern und Nationalstaaten in die kreisfreien Städte und Landkreise des Landes wanderten als Einwohner das Bundesland Rheinland-Pfalz verließen.

In dem Betrachtungszeitraum zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2010 überstieg die Geburten- die Sterberate ausschließlich in der Landeshauptstadt Mainz. Lediglich 16 (von 36) Verwaltungsbezirke erzielten zwischen 2005 und 2010 Wanderungsgewinne, wobei acht Gebiete ihre Geburtendefizite nivellieren konnten.³³⁹ Wiesen im ersten Untersuchungszeitraum die kreisfreien Städte noch einen negativen und die Landkreise einen positiven Binnenwanderungssaldo auf, änderte sich dieses Verhältnis von 2005 bis 2010 zu Gunsten der Städte. In diesem Zeitraum wanderten pro Jahr im Durchschnitt 1.100 Einwohner aus den Landkreisen in kreisfreie Städte des Landes Rheinland-Pfalz.³⁴⁰ Im zweiten Betrachtungszeitraum (2005-2010) verringerte sich die Zahl der Gebiete mit einem positiven Außenwanderungssaldo. Für die Gesamtheit der Landkreise ist sogar ein negativer Außenwanderungssaldo zu konstatieren (-0,8 Personen je 1.000 Einwohner und Jahr; kreisfreie Städte: +2,3 Personen).³⁴¹

Demographische Alterung

In welcher Weise beeinflusst die aufgezeigte Entwicklung der Einwohnerzahlen den altersstrukturellen Effekt der Alterung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz?

In dem Betrachtungszeitraum von dem Jahr 2000 bis zu dem Jahr 2010 ist in allen Teilräumen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz eine Alterung der Bevölkerung zu verzeichnen. Gleich der räumlichen Ausprägung dieses Phänomens auf Bundesebene sind ebenso in dem Bundesland Rheinland-Pfalz räumliche Differenzierungen und disparate Entwicklungen auszumachen.

Die Betrachtung des Indikators des Medianalters zeigt, dass in einem Zeitraum von zehn Jahren sowohl in den Landkreisen als auch in den kreisfreien Städten der räumliche Veränderungsprozess der demographischen Alterung stattfand. Das Medianalter dividiert die Bevölkerung nach dem Alter in zwei gleichgroße Gruppen, wobei 50 % jünger und 50 % älter als das Medianalter sind. So stieg das Medianalter von 39 Jahre auf 42 Jahre in den kreisfreien Städten und auf 44 Jahre in den Kreisen.³⁴² Die größten Universitätsstädte des Landes Rheinland-Pfalz, gemessen an den Studierendenzahlen, weisen erwartungsgemäß die geringsten Zunahmen hinsichtlich des Medianalters auf (Mainz: +1 Jahr, Kaiserslautern, Koblenz und Trier: +2 Jahre), während in ländlichen Gebieten gelegene Landkreise die stärksten Erhöhungen zu konstatieren sind (Ahrweiler, Alzey-Worms, Kusel und Südwestpfalz: +6 Jahre).³⁴³

³³⁹Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 39.

³⁴⁰Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 39.

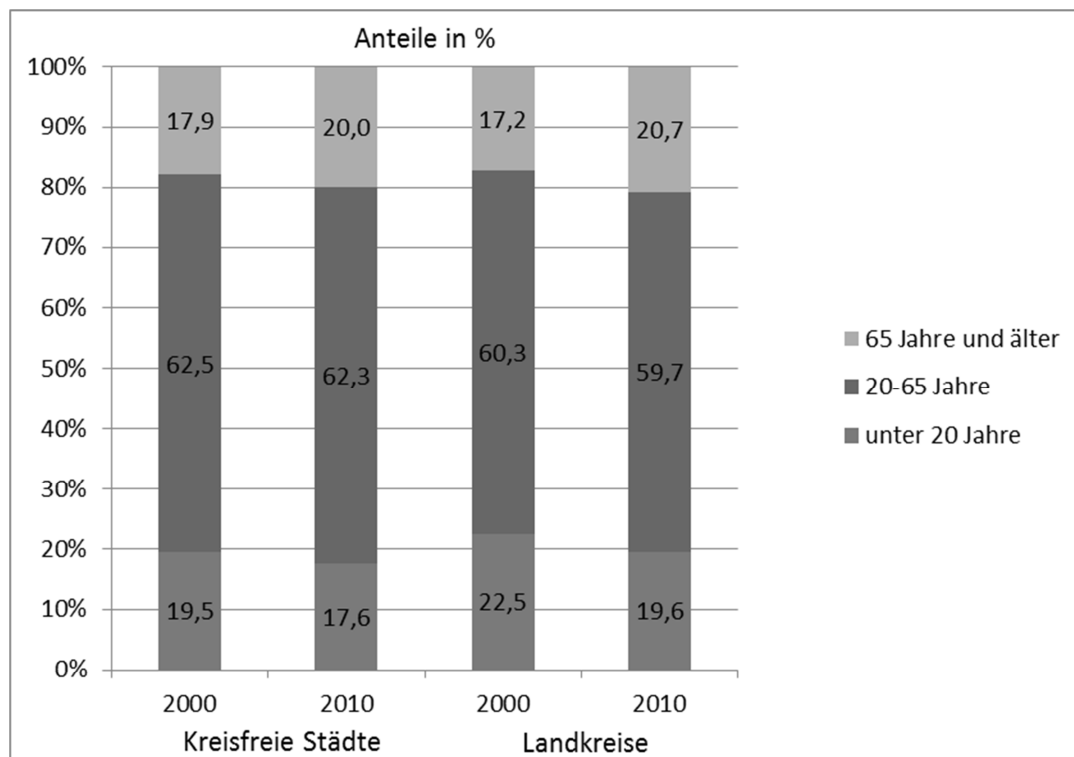
³⁴¹ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 39.

³⁴²Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 39.

³⁴³Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte

Die Aufgliederung der Bevölkerung nach Altersgruppen legt dar, dass der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2010 in den kreisfreien Städten bei 20 % und in den Landkreisen bei 20,7 % liegt³⁴⁴ und sich damit stark dem Bundesdurchschnitt von 21 % annähert.³⁴⁵ Von dem Jahr 2000 bis zu dem Jahr 2010 ist der Anteil der Menschen im Alter ab 65 Jahren in den kreisfreien Städten um 2,1 % und in den Landkreisen um 3,5 % angestiegen (vgl. Abbildung 20), womit der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe im Jahr 2010 in den Landkreisen höher liegt als in den Städten.

Abbildung 20: Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz 2000 und 2010 nach Altersgruppen



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 40

Neben der Deskription der Entwicklung der Anteile einzelner Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung können Veränderungen im Altersaufbau einer Gesellschaft auch durch das in Beziehung setzen verschiedener Altersgruppen zueinander gemessen werden. Ein Indikator der das Verhältnis der Zahl der 65-Jährigen und Älteren (i. d. R. nicht mehr Erwerbsfähige) zu 100 Personen im Alter zwischen 20 und unter 65 Jahren (i. d. R. Erwerbsfähige) abbildet, ist der sogenannte Altenquotient.

regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 39.

³⁴⁴Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 40.

³⁴⁵Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (2011): Demographiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demographischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin, S. 32.

In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2000 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 29 Personen im Alter ab 65 Jahren, wobei sowohl bei den kreisfreien Städten (minimaler Wert: Mainz mit 24 Personen ab 65 Jahren je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter; maximaler Wert: Pirmasens mit 38 Personen) als auch bei den Landkreisen (Kreis Germersheim: 22 Personen; Kreis Vulkaneifel: 34 Personen) räumliche Disparitäten in der Altersstruktur zu verzeichnen waren.³⁴⁶ Im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 stieg der Altenquotient in allen Verwaltungsbezirken des Bundeslandes, mit der Ausnahme der Stadt Trier (vgl. Abbildung 67 im Anhang). Die höchste Zunahme des Altenquotienten verzeichnet der Rhein-Pfalz-Kreis mit +9,3 Personen ab 65 Jahren je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Im Jahr 2010 konstatierte die im Landesvergleich demographisch junge Universitätsstadt Mainz mit 27 Personen den geringsten Altenquotienten von allen kreisfreien Städten und Landkreisen, während die altindustrialisierte und von starkem Rückgang junger Bevölkerungsgruppen betroffene Stadt Pirmasens mit einem Wert von 44 Personen den demographisch ältesten Verwaltungsbezirk in Rheinland-Pfalz darstellt.³⁴⁷

Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060

Bevölkerungsprojektionen finden häufig Anwendung bei vielfältigen Fragestellungen der Raumordnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Im Zuge von Investitionen und Planungen im Bereich sozialer und technischer Infrastrukturen werden langfristige Abschätzungen zukünftiger Nachfragepotentiale und der damit verbundenen Auslastungsgrade benötigt, die einen Zeithorizont von ca. 50 Jahren abdecken. Bevölkerungsvorausberechnungen auf größerer Maßstabsebene vermögen oftmals solche benötigten Langzeitwerte nicht exakt genug zu messen. Es bietet sich allerdings ein Verfahren an, mit Hilfe von Modellrechnungen grobe Tendenzen für einen weiter gefassten Zeithorizont zu skizzieren, wie es das BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG im Rahmen seiner Raumordnungsprognose (ROP) mit einem Prognosemodell für Landkreise und kreisfreie Städte anwendet.³⁴⁸

Gleichsam ermittelt das STATISTISCHE LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ in seiner dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung, die im Folgenden näher dargestellt wird, anhand eines Rechenmodells die zukünftigen Bevölkerungswerte auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte bis in das Jahr 2060. Die vom STATISTISCHEN LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ verwendete Modellrechnung analysiert, wie Bevölkerungszahl und -struktur unter unterschiedlichen Annahmesetzungen bezüglich Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungen variieren. Insgesamt sind drei Modellvarianten mit unterschiedlichen Annahmen berechnet worden. Als Rechenbasis der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung fungieren die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2010.

³⁴⁶Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 43.

³⁴⁷Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 43f.

³⁴⁸BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2006^a): Raumordnungsprognose 2020/2050. Bonn, 19.

Folgende langfristige Trends in Bezug auf das Bevölkerungsvolumen im Bundesland Rheinland-Pfalz mit dem Zeithorizont 2060 zeigen die Ergebnisse der Berechnung:

Der demographische Wandel wird in Deutschland und Rheinland-Pfalz in den kommenden Jahren zu deutlichen quantitativen Veränderungen der Gesellschaft führen. Je nach Annahmesetzung der jeweiligen Modellvariante reduziert sich die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2060 um höchstens über eine Millionen Menschen (untere Variante: 2.964.769 Einwohner), im Mittel um ca. 817.000 Menschen (mittlere Variante: 3.186.501 Einwohner) und mindestens um ca. 600.000 Menschen (obere Variante: 3.407.302 Einwohner), was einer Spannweite der relativen Veränderung gegenüber dem Basisjahr 2010 von –26 % bis –15 % entspricht.³⁴⁹ Diese Entwicklungen sind das Ergebnis aus errechneten Geburtenzahlen und Wanderungssalden, die im Folgenden für die mittlere Variante genauer beleuchtet werden. Demnach minimiert sich die Zahl der Geburten bis zum Jahr 2060 auf unter 22.000 pro Jahr, was einen Unterschied von –30 % zu dem Wert des Jahres 2010 darstellt (31.600 Geburten) und insbesondere auf die Abnahme der Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 45 Jahre) um fast 255.000 auf 469.400 (–35 %) zurückzuführen ist.³⁵⁰ Die Zahl der jährlichen Sterbefälle erhöht sich aufgrund der Alterung der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre von 43.500 (2010) bis auf 49.300 (2046), sinkt anschließend bis zum Jahr 2060 auf 43.900 und hat somit im Jahr 2060 ein natürliches Defizit von 22.000 Einwohner zur Folge.³⁵¹ Der in der Modellrechnung angenommene positive Wanderungssaldo (jährlich +4.000 Menschen) kann den Sterbeüberschuss (Sterbefälle höher als Geburtenzahl) nicht ausgleichen, so dass die Bevölkerungszahl in zunehmendem Maße schrumpfen wird.

Das STATISTISCHE LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ differenziert in seiner Bevölkerungsvorausberechnung zwischen drei Altersgruppen: Unter 20 Jahre, 20 bis 65 Jahre sowie 65 Jahre und älter. Für die vorliegende Arbeit ist die letztgenannte Gruppe entscheidend, da diese die quantitative Entwicklung der nicht mehr erwerbstätigen Personen abbildet.

Wie in Abbildung 21 erkennbar ist, wächst die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren in den nächsten 20 Jahren zunächst sukzessive an. Ab dem Jahr 2020 gehören die geburtenstarken Jahrgänge der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren an, was zu einem starken Wachstum dieser Altersgruppe führen wird. Ab dem Jahr 2028 schwächt sich das Wachstum wieder langsam ab. Lebten im Jahr 2012 noch 823.300 Menschen dieser Altersgruppe in Rheinland-Pfalz, liegt die Zahl der über 65-Jährigen schon bis zum Jahr 2030 je nach Modellvariante bei 1,07 Millionen (untere Variante), 1,08 Millionen (mittlere Variante) bzw. 1,09 Millionen (obere Variante), was einem Anstieg um 31 bis 32 % entspricht.³⁵²

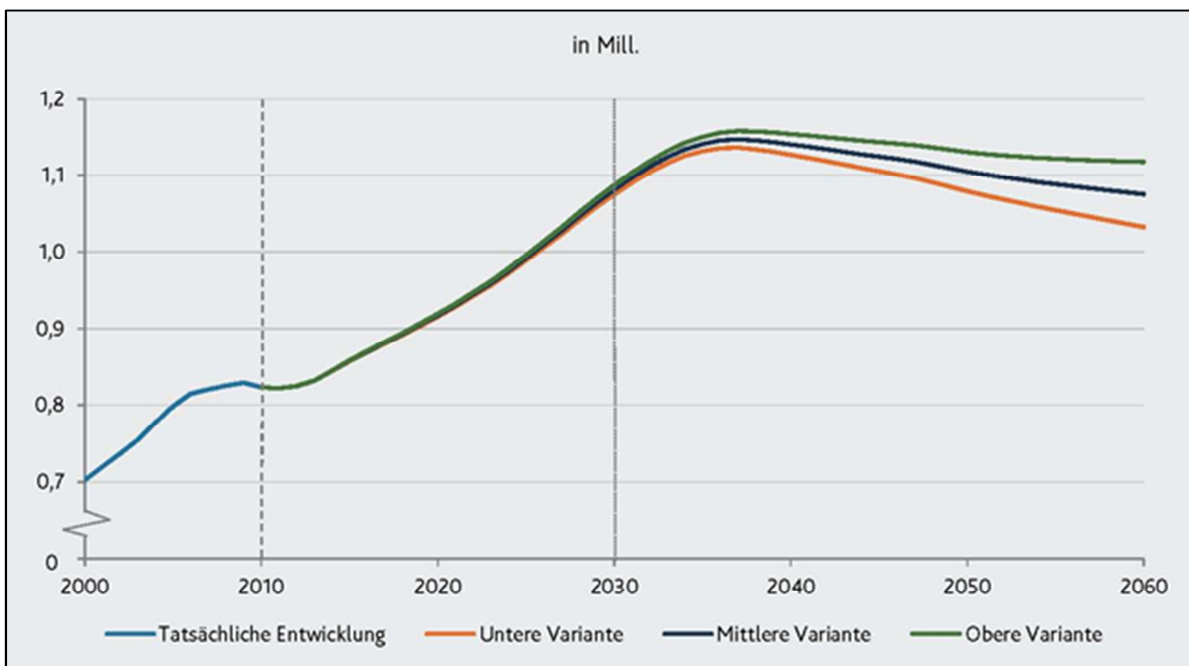
³⁴⁹Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 61.

³⁵⁰Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 61.

³⁵¹Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 62.

³⁵²Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 65f.

Abbildung 21: Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2000 bis 2060 in Rheinland-Pfalz



Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 66

Bei Betrachtung des gesamten Berechnungszeitraumes bis zum Jahr 2060 zeigt sich, dass die Zahl der 65-Jährigen und Älteren auf ein sehr hohes Niveau ansteigen wird. Gemäß der unteren Variante wird eine Anzahl von 1,03 Millionen Personen und ein relatives Wachstum von 25 % vorhergesagt, in der oberen Variante eine Anzahl von 1,12 Millionen mit einem relativen Wachstum von 36 % sowie in der mittleren Variante eine Anzahl von 1,08 Millionen mit einem relativen Wachstum von 31 % bzw. 251.700 Personen.³⁵³ Dabei steigt die Zahl in der mittleren Variante sukzessive bis zu dem Jahr 2038 an. Ab diesem Zeitpunkt rücken immer schwächer besetzte Altersjahrgänge in die Altersgruppe auf, so dass die Sterbefälle diese übertreffen und die Altersgruppe kontinuierlich schrumpft.

Demographische Alterung

Inwiefern wirkt nun die beschriebene Entwicklung der Einwohnerzahlen langfristig auf den altersstrukturellen Effekt der Alterung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz?

Während die Altersstruktur der deutschen Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch die Form einer klassischen Pyramide annahm, rücken die starken Jahrgänge sukzessive in höhere Altersgruppen vor, so dass zur Mitte des 21. Jahrhunderts eine *Verschlinkung* der Alters-

³⁵³Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 68.

struktur stattfinden wird. Abbildung 22 stellt einen Vergleich der schematischen Darstellungen des Bevölkerungsaufbaus auf Basis der mittleren Variante der Modellrechnungen für die Jahre 2030 und 2060 an.

Bis zum Jahr 2030 nimmt der Anteil der unter 20-Jährigen um 2,4 % auf 17 % ab, die Altersgruppe der Erwerbsfähigen zwischen 20 und 65 Jahren reduziert sich um 5,8 % auf 55 % ab, während der Anteil der 65-Jährigen und Älteren um 8,1 % auf fast 29,0 % ansteigt.³⁵⁴ In der Projektion des Jahres 2030 bilden die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er und 1970er Jahre demnach die quantitativ stärksten Altersgruppen.

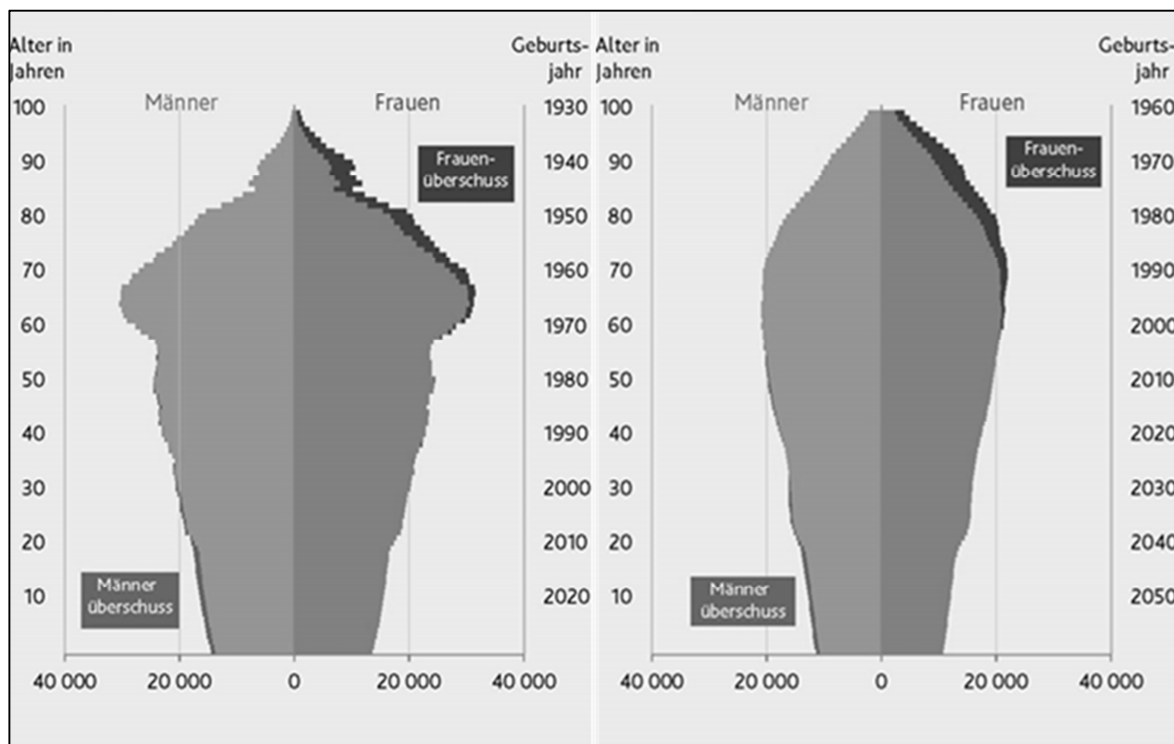
Menschen die zum heutigen Zeitpunkt, insbesondere in hochindustrialisierten Ländern geboren werden besitzen eine vergleichsweise hohe Lebenserwartung im Vergleich zu allen vorigen Generationen.³⁵⁵ Auch die Altersjahrgänge der Jahre 1960 bis 1990 Jahre erreichen im Vergleich zu ihrer jeweiligen Vorgängergeneration eine höhere Lebenserwartung mit der Folge einer signifikanten Alterung der Bevölkerungsstruktur im Jahr 2060. So steigt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren auf über ein Drittel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, während der Anteil der unter 20-Jährigen von dem Jahr 2030 bis zum Jahr 2060 um weitere 1,3 % und die Quote der 20- bis 65-Jährigen um weitere 3,8 % sinken werden.³⁵⁶

³⁵⁴Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 69.

³⁵⁵Vgl. BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG: Lebenserwartung, unter: <http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/L/lebenserwartung.html> (abgerufen am 20.02.2016).

³⁵⁶Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 69.

Abbildung 22: Aufbau der Bevölkerung 2030 und 2060 nach Alter und Geschlecht (mittlere Variante) in Rheinland-Pfalz



Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 69

Der Indikator des Medianalters lag im Basisjahr der Modellrechnung bei 44 Jahren und wird nach den Kalkulationsergebnissen der mittleren Variante im Jahr 2030 bei 49 Jahren sowie im Jahr 2060 bei 51 Jahre liegen.³⁵⁷ Befand sich der Indikator des Altenquotienten im Jahr 2010 noch auf einem Niveau von 34, wächst dieser mittelfristig bis zum Jahr 2030 auf einen Wert von 52 an und erhöht sich nochmals bis zum Jahr 2060 auf einen Wert von 66, womit auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 66 nicht mehr Erwerbstätige kämen.³⁵⁸

³⁵⁷Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 69f.

³⁵⁸Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 70f.

5.1.2 Bevölkerungsentwicklung und Auswirkungen auf die Altersstruktur der Bevölkerung im Untersuchungsraum

Landkreis Mainz-Bingen

Entwicklung der Gesamtbevölkerungszahl und Anteile der einzelnen Altersgruppen:

Im Jahr 2010 lebten insgesamt 202.310 Menschen im Landkreis Mainz-Bingen, deren altersstrukturelle Zusammensetzung folgendermaßen gewichtet war: Unter 20-Jährige: 20,1 %, 20- bis 65-Jährige 61,3 % und über 65-Jährige: 18,6 % (vgl. Abbildung 68 im Anhang). Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung im Landkreis wird gemäß der mittleren Variante der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ zunächst mit einem Anstieg der Einwohnerzahl im Jahr 2030 auf 204.055 Einwohner sowie mit einer Verschiebung in der Altersstruktur in Form einer Abnahme des prozentualen Anteils jüngerer und eines Anwachsens des prozentualen Anteils älterer Bevölkerungsgruppen an der Gesamtbevölkerung gerechnet (unter 20-Jährige: 17,7 %, 20- bis 65-Jährige 54,9 % und über 65-Jährige: 27,5 %).³⁵⁹ Langfristig bis zum Jahr 2060 kommt es gemäß der mittleren Berechnungsvariante des STATISTISCHEN LANDESAMTS RHEINLAND-PFALZ zu einem Rückgang der Bevölkerungszahl bis auf 179.208 Einwohner, wobei die Anteile der Altersgruppe sich weiterhin zu Lasten der jüngeren und zu Gunsten der älteren Menschen verändern werden (unter 20-Jährige: 16,3 %, 20-65-Jährige 50,3 % und über 65-Jährige: 33,4 %).³⁶⁰

Entwicklung der Bevölkerungszahl in der Altersgruppe der über 65-Jährigen:

Gleichsam der demographischen Entwicklung auf Landesebene ist die Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen an der Gesamtbevölkerung das Ergebnis niedriger Geburtenzahlen und des damit einhergehenden Nachrückens geburtenschwacher Jahrgänge in jüngere Altersgruppen, bei gleichzeitigem Vorrücken geburtenstarker Jahrgänge (Baby-Boomer der 1950 bis 1960er Jahre) in höhere Altersgruppen. Die quantitative Veränderung dieser Altersgruppe mit zum Teil erheblichen Wachstumsraten wird im Folgenden für den Landkreis Mainz-Bingen beschrieben.

Die Darstellung der Entwicklung der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter zwischen den Jahren 2010 und 2030 nach Verwaltungsbezirken zeigt die diesbezüglich gegebenen räumlichen Disparitäten in Rheinland-Pfalz auf (vgl. Abbildung 23). Die niedrigsten Zuwächse dieser Altersgruppe (bis +30 %) weisen ländlich-periphere Regionen auf, während die höchsten Wachstumsraten (+45 % und mehr) in den Landkreisen entlang der Rheinschiene, Germersheim, Alzey-Worms und im Untersuchungslandkreis dieser Arbeit, Mainz-Bingen berechnet worden sind. Im Landkreis Mainz-Bingen steigt demnach der Zahl der über 65-Jährigen von 37.751 im Jahr 2010 auf 56.091 im Jahr 2030 um insgesamt 49,3 % (mittlere Berechnungsvariante).³⁶¹ In der Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2060 wächst diese Altersgruppe

³⁵⁹Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^b): Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 4.

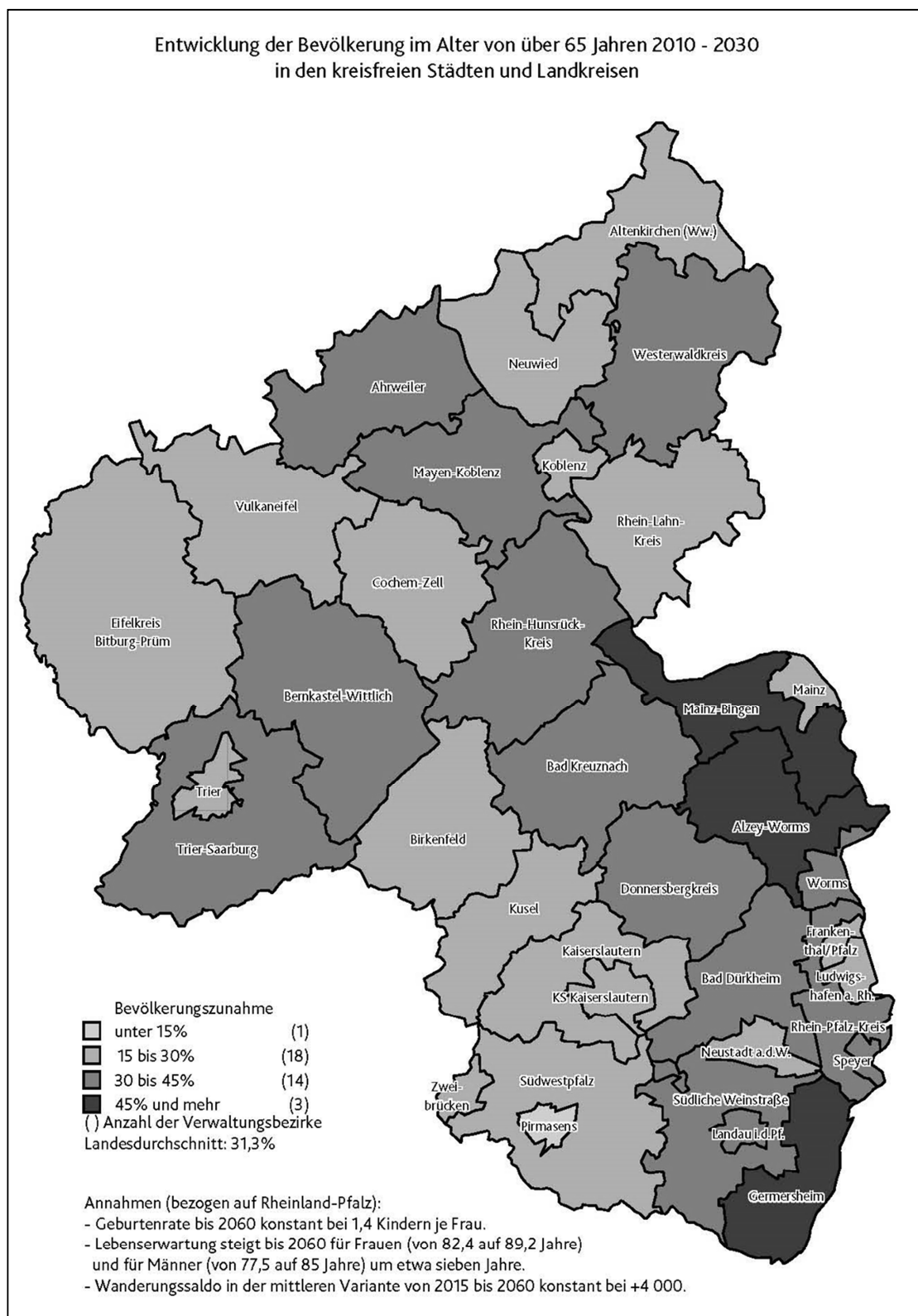
³⁶⁰Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^b): Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 4.

³⁶¹Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^b): Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 4.

nochmals bis auf 59.883 an, was einem Zuwachs zwischen den Jahren 2010 und 2060 um 59,4 % entspricht.³⁶²

³⁶²Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^b): Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 4.

Abbildung 23: Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2010-2030 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)



Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ, unter: <https://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/demografischer-wandel/karten/> (abgerufen am 17.10.2013)

Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim

Die in Kapitel 4.1 bereits dargestellten Untersuchungskommunen sind administrativ der Verbandsgemeinde Bodenheim sowie der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim im Landkreis Mainz-Bingen zugehörig. Die Auswahl der Städte und Ortsgemeinden für die Fallstudien basiert u. a. auf dem Kriterium, dass eine im Vergleich zu anderen Regionen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz starke Überalterung der Bevölkerung stattfindet.

Entwicklung der Gesamtbevölkerungszahl und Anteile der einzelnen Altersgruppen:

Im Jahr 2010 lebten in der Verbandsgemeinde Bodenheim insgesamt 18.750 Menschen und in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 30.572 Menschen, deren Altersstrukturen folgende Aufteilung aufweisen: Verbandsgemeinde Bodenheim: Unter 20-Jährige: 20,3 %, 20-bis 65-Jährige 63,0 % und über 65-Jährige: 16,7 %; Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim: Unter 20-Jährige: 21,8 %, 20- bis 65-Jährige 61,3 % und über 65-Jährige: 16,9 % (vgl. Abbildung 69 im Anhang). Hinsichtlich der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung in beiden Verbandsgemeinden wird gemäß der mittleren Variante der dritten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ ein sukzessiver Anstieg der Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030 (Verbandsgemeinde Bodenheim 2030: 20.283 Einwohner und Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 2030: 32.729 Einwohner) stattfinden.

Außerdem kommt es wie auf Landesebene zu einer Verschiebung in der Altersstruktur. So wird der prozentuale Anteil jüngerer Einwohner unter 20 Jahren an der Gesamtbevölkerung bis 2030 abnehmen und der prozentuale Anteil älterer Bevölkerungsgruppen an der Gesamtbevölkerung ansteigen. Diese Entwicklung zeigt sich in den beiden Verbandsgemeinden wie folgt: Der prozentuale Anteil der unter 20-Jährige sinkt in der Verbandsgemeinde Bodenheim zwischen 2010 und 2030 von 20,3 % auf 17,9 % und in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 21,8 % auf 18,2 %, während der Anteil der über 65-Jährige bei ersteren von 16,7 % auf 27,6 % und bei letzteren von 16,9 % auf 27,7 % ansteigt.³⁶³

Entwicklung der Bevölkerungszahl in der Altersgruppe der über 65-Jährigen:

Die quantitative Veränderung der absoluten Zahl der über 65-Jährigen in den beiden Verbandsgemeinden weist immense Wachstumsraten auf, die weit über dem Wert des Landkreises Mainz-Bingen (+49,3 %) und des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (+31,3 %) liegen. Demnach wächst die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter zwischen Jahren 2010 und 2030 in der Verbandsgemeinde Bodenheim von 3.124 auf 5.589 Personen und in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim von 5.156 auf 9.075 Personen.³⁶⁴ Die entspricht Wachstumsraten von 78,9 % und 76,0 % (vgl. Abbildung 70 und 71 im Anhang). Für beide Verbandsgemeinden sind somit im Vergleich mit den anderen neun Verbandsgemeinden und verbandsfreien Städten im Landkreis Mainz-Bingen die höchsten Zuwachsraten an Personen über 65 Jahren zu konstatieren.

³⁶³Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^c): Rheinland-Pfalz 2030. Dritte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 5.

³⁶⁴Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^c): Rheinland-Pfalz 2030. Dritte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 5.

5.1.3 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Beantwortung der Forschungsfragen

Im Folgenden werden zunächst die Ausführungen des Kapitels 5.1 zusammengefasst und anschließend

Forschungsfrage 1, *Wie stellen sich die demographische Ausgangssituation und die weitere Entwicklung in den suburbanen Untersuchungskommunen unter besonderer Beachtung der demographischen Alterung dar?*

beantwortet.

Hinsichtlich der quantitativen demographischen Entwicklung ist der Untersuchungsraum der vorliegenden Arbeit, die Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim, von Schrumpfungprozessen der Bevölkerung nicht betroffen. Die Veränderung des Bevölkerungsvolumens nimmt in Zukunft sogar einen positiven Entwicklungsverlauf. Demnach wird in beiden Verbandsgemeinden gemäß der mittleren Variante der dritten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ ein sukzessiver Anstieg der Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030 stattfinden. Dieses Bevölkerungswachstum ist mit der Lage des Untersuchungsraumes am Rand des demographischen Gunstraumes der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zu erklären. Die größte Herausforderung für die Raumplanung besteht vielmehr in der Veränderung der Altersstruktur.

Die Aufgliederung der Bevölkerung nach Altersgruppen in Rheinland-Pfalz legt dar, dass der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2010 in den kreisfreien Städten bei 20 % und in den Landkreisen bei 20,7 % liegt und sich damit stark dem Bundesdurchschnitt von 21 % annähert. Der Landkreis Mainz-Bingen (18,6 %) sowie die Verbandsgemeinden Bodenheim (16,7 %) und Nierstein-Oppenheim (16,9 %) verzeichneten im Jahr 2010 ähnlich hohe Werte.

Im Vergleich mit anderen Gebietseinheiten in Rheinland-Pfalz weisen die Verbandsgemeinde Bodenheim wie auch die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim signifikante Unterschiede in der zukünftigen Entwicklung der Bevölkerungszahl in der Altersgruppe der über 65-Jährigen auf. Während die quantitative Veränderung der absoluten Zahl der über 65-Jährigen in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2030 um 31,3 % zunehmen wird, liegt dieser Wert in den Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim bei 78,9 % und 76 %. Auch im Landkreis Mainz-Bingen wird der durchschnittliche Zuwachs der dieser Alterskohorten zugehörigen Personen mit +49,3 % ein viel niedrigeres Niveau erreichen als in den Untersuchungsgebieten. Der statistische Vergleich mit den anderen neun Verbandsgemeinden und verbandsfreien Städten im Landkreis Mainz-Bingen zeigt ebenfalls das höhere Niveau der Wachstumsraten der Alterskohorten der über 65-jährigen Bevölkerung, da keine andere Gebietseinheit die Werte der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim erreicht.

Bei Betrachtung des Indikators des Anteils der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung des Verwaltungsbezirks ist zunächst festzustellen, dass im Zeitverlauf von 2010 bis 2030 der Anteil auf Bundeslandebene von 20,6 % auf 29,0 %, auf Landkreisebene von 18,6 % auf 27,5 % und auf Verbandsgemeindeebene von 16,7 % auf 27,5 % (Bodenheim) und von 16,9 % auf

27,7 % (Nierstein-Oppenheim) ansteigen wird. Lagen die prozentualen Anteile an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2010 auf Landes- und Kreisebene noch höher als in den beiden Verbandsgemeinden, gleicht sich die Ausprägung dieses demographischen Faktors in dem Untersuchungsgebiet dieser Arbeit bis zum Jahr 2030 an die anderen Gebietseinheiten an und übertrifft dabei den Wert des Landkreises Mainz-Bingen.

Nach der Vergleichsanalyse der statistischen Kennzahlen des STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ, die eine Erklärung der Alterung der Bevölkerung ermöglichen (absolute Zahl der über 65-Jährigen, Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, quantitative Veränderung der absoluten Zahl der über 65-Jährigen, Veränderung der Anteile der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung) lässt sich zusammenfassend feststellen, dass sich die Bevölkerungsalterung in den suburbanen Untersuchungskommunen ausgeprägter als in anderen Räumen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz darstellt. Sowohl der derzeitige hohe Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung in diesem Teilraum, als auch der zukünftig fortschreitende Prozess der demographischen Alterung der Gesellschaft können ein hohes Wandlungspotential der Bevölkerungsgruppe 60plus implizieren.

Zentrale Forschungsergebnisse:

- Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung in dem Untersuchungsgebiet liegt im Jahr 2010 auf einem ähnlichen Niveau wie auf Bundes- und Landesebene.
- Die suburbanen Untersuchungskommunen unterliegen jedoch einem stark ausgeprägten demographischen Wandel und stehen noch vor dem Höhepunkt der Alterung ihrer Bevölkerung.
- Die Bevölkerungsalterung in den suburbanen Untersuchungskommunen ist ausgeprägter als in anderen Räumen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz.
- Der fortschreitende Prozess der demographischen Alterung der Gesellschaft und die damit einhergehende quantitative Zunahme der älteren Bevölkerung impliziert ein hohes potentielles Wanderungsaufkommen der Bevölkerungsgruppe 60plus.

5.2 Ausstattung des Untersuchungsraumes mit Versorgungsangeboten in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge und Versorgungsverhalten der Bevölkerungsgruppe 60plus

5.2.1 Derzeitige Versorgungssituation

Die von Funktionstrennung geprägte suburbane Raumstruktur und die zunehmende räumliche Konzentration von Versorgungseinrichtungen bei einer gleichzeitig zum Teil eingeschränkten Erreichbarkeit, kann zu einer unzureichenden Versorgungslage von spezifischen Bevölkerungsgruppen, wie die der älteren, weniger mobilen Personen führen. Im Folgenden wird, ausgehend von den in Kapitel 2.2.2.2 eingeführten Definitionen der Daseinsvorsorge, die derzeitige Versorgungssituation der Haushalte der Generation 60plus in bestimmten Daseinsvorsorgebereichen im Untersuchungsgebiet dargestellt (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Übersicht über untersuchte Daseinsvorsorgebereiche

Bereich	Untersuchte Angebote der Daseinsvorsorge	Nicht berücksichtigte Angebote der Daseinsvorsorge
Medizinische Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> • Hausärzte • Fachärzte • Apotheken 	<ul style="list-style-type: none"> • Notdienste/ Bereitschaftsdienste • Rettungsdienste • Sonstige Gesundheitsdienstleistungen • Altenbetreuung und -pflege (Altenwohnheime, stationäre Pflegeeinrichtungen, betreutes Wohnen, ambulante Pflegedienste, Essen auf Rädern, Hauswirtschaftsdienste)
Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Nichtmotorisierter Verkehr • Schülerverkehr • Fernverkehr • Taxi
Nahversorgung	<ul style="list-style-type: none"> • Lebensmittel und sonstige Waren des täglichen Bedarfs (Discounter, Supermärkte, Bäckereien, Metzgereien) • Bank- und Postdienstleistungen • Drogerien • Dorf- /Nachbarschaftsläden 	

Quelle: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Medizinische Versorgung

Leistungsangebote medizinischer Versorgung wie Haus- und Fachärzte³⁶⁵ und Apotheken in der näheren Umgebung des Wohnortes stellen im Kontext der demographischen Alterung einen wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge und damit einen bedeutenden Wohnstandortfaktor für ältere Haushalte dar.

Ein wichtiges Element der ambulanten medizinischen Infrastruktur ist die vertragsärztliche Versorgung mit Hausärzten (Allgemeinmedizinern). Ein Indikator zur Messung des Versorgungsgrades ist die Anzahl der Allgemeinärzte je 100.000 Einwohner. Dieser Wert betrug im Jahr

³⁶⁵Zu der Gruppe der Fachärzte zählen die folgenden Fachgebiete: Augenheilkunde, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Innere Medizin, Kinder- und Jugendmedizin, Orthopädie und Psychiatrie (einschließlich Neurologie, Nervenheilkunde). Zahnärzte sind ausgenommen.

2011 im Landkreis Mainz-Bingen gemäß der laufenden Raumbewertung des BUNDESINSTITUTS FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) und der KASSENÄRZTLICHEN BUNDESVEREINIGUNG 49,3 und liegt damit etwas unter dem Landeswert von Rheinland-Pfalz (49,6) und leicht über dem Bundeswert (47,7).³⁶⁶ Werte auf Ebene der Verbandsgemeinden sind nicht vorhanden.

Ein weiterer, für die Untersuchung der Versorgungsstrukturen heranziehbarer Indikator ist die Einwohnerzahl je freipraktizierenden Arzt (Haus- und Fachärzte), wie sie in den Analysen des STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ verwendet wird. Im rheinland-pfälzischen Landesdurchschnitt liegt die Zahl bei 618 Einwohnern je Arzt, der Landkreis Mainz-Bingen übertrifft mit 696 Einwohnern diese Zahl und in den Verbandsgemeinden Bodenheim (832) und Nierstein-Oppenheim (810) ist die Anzahl der Einwohner je freipraktizierenden Arzt nochmals höher.³⁶⁷ Die Analyse des Einwohner-Arzt-Verhältnisses deutet daraufhin, dass im Untersuchungsgebiet eine, im Vergleich zum Durchschnitt in Rheinland-Pfalz, unterdurchschnittliche Anzahl an Arztniederlassungen vorhanden ist.

Ebenso ist die räumliche Verteilung der ärztlichen Niederlassungen (Haus- und Fachärzte) ein weiterer Indikator für die Bewertung der Versorgungssituation eines Raumes. In dem Gebiet der Landeshauptstadt Mainz und dem anschließenden Landkreis Mainz-Bingen sind 80 % der Vertragsärzteschaft in den Städten Mainz, Ingelheim, Bingen und Nieder-Olm ansässig, wovon ca. zwei Drittel zu der Gruppe der Fachärzte zählen, während Hausärzte dagegen in der Fläche des Landkreises weiträumiger verteilt sind und eine vergleichsweise flächendeckende Versorgung sicherstellen können.³⁶⁸

In der Verbandsgemeinde Bodenheim sind insgesamt neun Allgemeinmediziner (einschl. Praktische Ärzte) und 14 Fachärzte angesiedelt. Im Rahmen einer Analyse der Standorte von Hausarztpraxen zeigt sich, dass vier von fünf Kommunen der Verbandsgemeinde über mindestens eine Praxis für Allgemeinmedizin verfügen (vgl. Abbildung 24). Die Standorte der Fachärzte konzentrieren sich auf das Grundzentrum Bodenheim und sind in der Fläche der Verbandsgemeinde somit nicht verfügbar.

Die vertragsärztliche Versorgung mit Haus- und Fachärzten in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim wird von insgesamt 14 Allgemeinmedizinern (einschl. Praktische Ärzte) und 24 Fachärzten getragen. In der Betrachtung des Standortsystems der Hausarztniederlassungen wird eine Konzentration in den beiden Mittelzentren Nierstein (fünf Praxen) und Oppenheim (fünf Praxen) deutlich. Weitere Niederlassungen befinden sich in Hahnheim (eine Praxis), Mommenheim (eine Praxis) und Udenheim (zwei Praxen). In den übrigen sechs Ortsgemeinden ist keine Arztpraxis für Allgemeinmedizin vorhanden. Die fachärztliche Versorgung findet ausschließlich in den Mittelzentren Nierstein und Oppenheim statt.

³⁶⁶Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Ausgewählte Strukturindikatoren aus der Laufenden Raumbewertung des BBSR, unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbewertung/InteraktiveAnwendungen/Regionalprofile/Regionalprofile_node.html (abgerufen am 10.03.2015).

³⁶⁷Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ, unter <http://www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat/> (abgerufen am 10.03.2015).

³⁶⁸Vgl. KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG RHEINLAND-PFALZ (2015): Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Kreisatlas zur vertragsärztlichen Versorgung. Mainz, S. 29f.

Ein Indikator zur Messung der Sicherstellung einer flächendeckenden und wohnortnahen ambulanten Versorgung durch Hausärzte stellt die Erreichbarkeit der nächstgelegenen Praxis dar. Die Entfernung zur nächstgelegenen Hausarztpraxis ist hierbei von entscheidender Bedeutung, da infolge des demographischen Wandels der Anteil älterer immobiler Patienten zukünftig sukzessive zunehmen wird.

Im gesamten Landkreis Mainz-Bingen liegt die durchschnittliche PKW-Fahrdistanz zur nächstgelegenen Hausarztpraxis bei 1 km und somit unter dem Landesdurchschnitt von 1,5 km, so dass ca. 71 % der Bevölkerung in maximal 1 km Fahrdistanz den nächstgelegenen Hausarzt erreichen, 19 % der Bevölkerung maximal zwischen 1 und 2,5 km Fahrdistanz aufwenden und 10 % der Einwohner im Landkreis Mainz-Bingen zwischen 2,5 und 7,5 km Fahrdistanz zur nächstgelegenen Hausarztpraxis zu überwinden haben.³⁶⁹ In allen Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Bodenheim beträgt die PKW-Fahrdistanz zur nächstgelegenen Hausarztpraxis bis unter 1 km und weist damit vor dem Hintergrund des bereits dargestellten, dichten Standortnetzes eine gute Versorgungsstruktur auf (vgl. Abbildung 25). Im Vergleich mit der Verbandsgemeinde Bodenheim ist das Versorgungsniveau der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim hinsichtlich der Hausarztpraxen als niedriger einzustufen. In den Kommunen mit vorhandenen Arztpraxen für Allgemeinmedizin (Hahnheim, Mommenheim, Nierstein, Oppenheim und Udenheim) liegt die PKW-Fahrdistanz zur nächstgelegenen Hausarztpraxis bis unter 1 km. In den übrigen sechs Ortsgemeinden ohne vorhandenen Praxisstandort beläuft sich die PKW-Fahrdistanz zur nächstgelegenen Hausarztpraxis auf 2,5 km bis unter 5 km.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass auch in der prosperierenden Stadtregion der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen die flächendeckende Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung vor großen Herausforderungen steht, da gleichsam in diesem Raum wie in ländlichen Räumen eine Kumulierung der Problematik von zunehmender Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen im Zuge demographischer Alterung, Alterung der Ärzteschaft und abnehmender Attraktivität des Hausarztberufes auftreten wird. Allerdings ist anzunehmen, dass aufgrund der Attraktivität der Region aufgrund der Lage in einem Ballungsraum die Nachbesetzung altersbedingt schließender Hausarztpraxen weniger problematisch verlaufen wird als in peripheren Regionen von Rheinland-Pfalz. In den beiden Verbandsgemeinden des Untersuchungsgebietes sind Praxen für Allgemeinmedizin größtenteils in zentralen Orten konzentriert und deshalb in der Fläche nur punktuell mit einer Niederlassung pro Kommune vertreten. Diese Standortstruktur bedingt, dass das Ausscheiden eines einzelnen Arztes, gepaart mit weiteren Zentralisierungseffekten in größeren Kommunen, die medizinische Versorgung immens einschränken könnte. Nach Schätzungen der KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG RHEINLAND-PFALZ ist es möglich, dass sich bei fehlender Nachbesetzung der Hausärzte bis zum Jahr 2020 die Anzahl der Kommunen und der Anteil der Bevölkerung mit Fahrdistanzen von mehr als 2,5 km Minimaldistanz zum nächsten Hausarzt erhöhen könnte.³⁷⁰

³⁶⁹Vgl. KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG RHEINLAND-PFALZ (2015): Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Kreisatlas zur vertragsärztlichen Versorgung. Mainz, S. 43.

³⁷⁰Vgl. KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG RHEINLAND-PFALZ (2015): Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Kreisatlas zur vertragsärztlichen Versorgung. Mainz, S. 43.

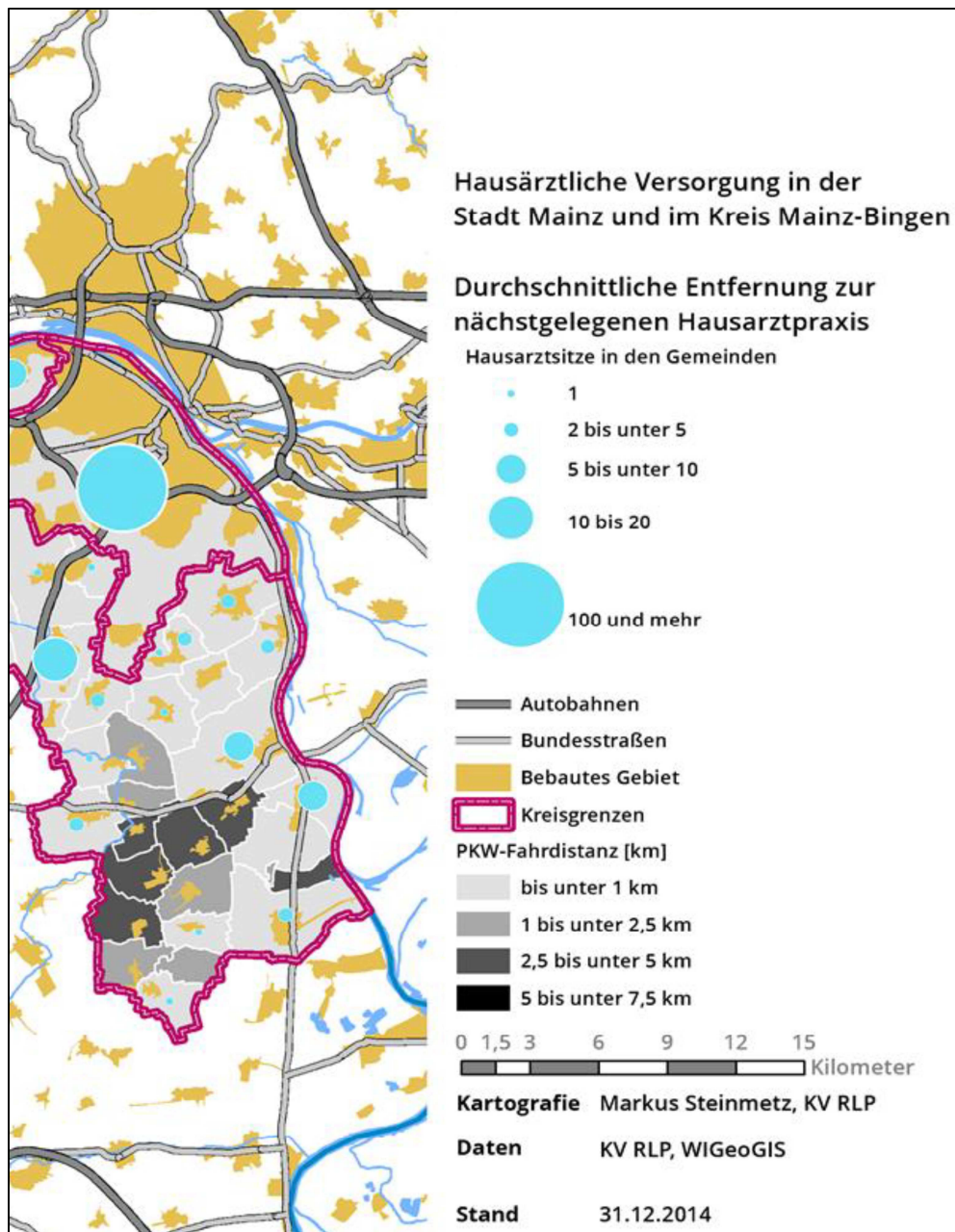
Weiterhin charakterisiert sich der Gesundheitsbereich des Untersuchungsraumes durch vier öffentliche Apotheken in der Verbandsgemeinde Bodenheim, verteilt auf drei Kommunen (Bodenheim, Nackenheim und Harxheim) und acht in der Verbandsgemeinde Nierstein-Openheim (Mommenheim, Nierstein, Oppenheim und Udenheim) verteilt auf vier Kommunen. Hierbei besteht auch das Dienstleistungsangebot der Apothekenbringdienste.

Abbildung 24: Räumliche Verteilung der Vertragsärzteschaft in der Stadt Mainz und dem Kreis Mainz-Bingen



Quelle: KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG RHEINLAND-PFALZ (2015): Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Kreisatlas zur vertragsärztlichen Versorgung. Mainz, S. 42 (verändert)

Abbildung 25: Erreichbarkeiten der Hausarztpraxen in der Stadt Mainz und im Kreis Mainz-Bingen



Quelle: KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG RHEINLAND-PFALZ (2015): Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Kreisatlas zur vertragsärztlichen Versorgung. Mainz, S. 44 (verändert)

Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs

In Verdichtungsräumen wie der des Untersuchungsgebietes sind im Zuge des Prozesses der Suburbanisierung räumlich zusammenhängende Siedlungsstrukturen entstanden, die in den Raumwissenschaften oftmals mit den Begriffen *Stadtregion* und *Zwischenstadt* definiert werden. In diesen Räumen besteht die Möglichkeit, innerhalb eines überschaubaren Zeit- und Entfernungsbereichs mehrere Standorte mit quantitativ und qualitativ vergleichbaren Angeboten der Daseinsgrundfunktionen zu nutzen, wobei die Messung des Grades dieser funktionalen Verflechtungen mittels des Indikators der Zentrenreichbarkeit vorgenommen wird.³⁷¹ Die Zentrenreichbarkeit ist durch funktionale Straßennetze und durch funktionale Netze des öffentlichen Verkehrs bestimmt.

Im Landkreis Mainz-Bingen steht ein dichtes Netz an Bundesautobahnen zur Verfügung, wodurch das Gebiet im Hinblick auf großräumige Straßenverkehrsinfrastrukturen gut erschlossen ist (vgl. Abbildung 26). Im Rahmen dieser Arbeit liegt der Fokus allerdings auf den Verkehrsstrukturen des Nahverkehrs. Im Untersuchungsgebiet der Fallstudie bestehen durch ein enges Straßennetz von Bundesstraßen sowie Landes- und Kreisstraßen gute Nahverkehrsstrukturen für den Motorisierten Individualverkehr (MIV). Die wichtigsten Verkehrswege innerhalb des Untersuchungsgebietes sind die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Bundesstraße 9 sowie die in West-Ost-Richtung verlaufende Bundesstraße 420. Die erstgenannte überregionale Verbindung stellt eine Verkehrsachse dar, welche die beiden Mittelzentren untereinander sowie die Mittelzentren und Unterzentren des Untersuchungsraums mit dem Oberzentrum Mainz verbindet und gleichzeitig, wie auch die Bundesstraße 420, als Anbindung von Verkehrsverknüpfungspunkten an den großräumigen Verkehr fungiert. Weiterhin sind die Landstraße 425 in Nord-Süd-Richtung und die Landstraße 413 in West-Ost-Ausrichtung für die Verkehrsinfrastruktur von Bedeutung, da sie eine Anbindung von Verkehrsverknüpfungspunkten an höherrangige Verbindungen darstellen und die letztgenannte regionale Verbindung außerdem zwei Grundzentren miteinander verbindet. Darüber hinaus sind noch weitere Land- und Kreisstraßen Teil des Straßennetzes des Untersuchungsgebietes.

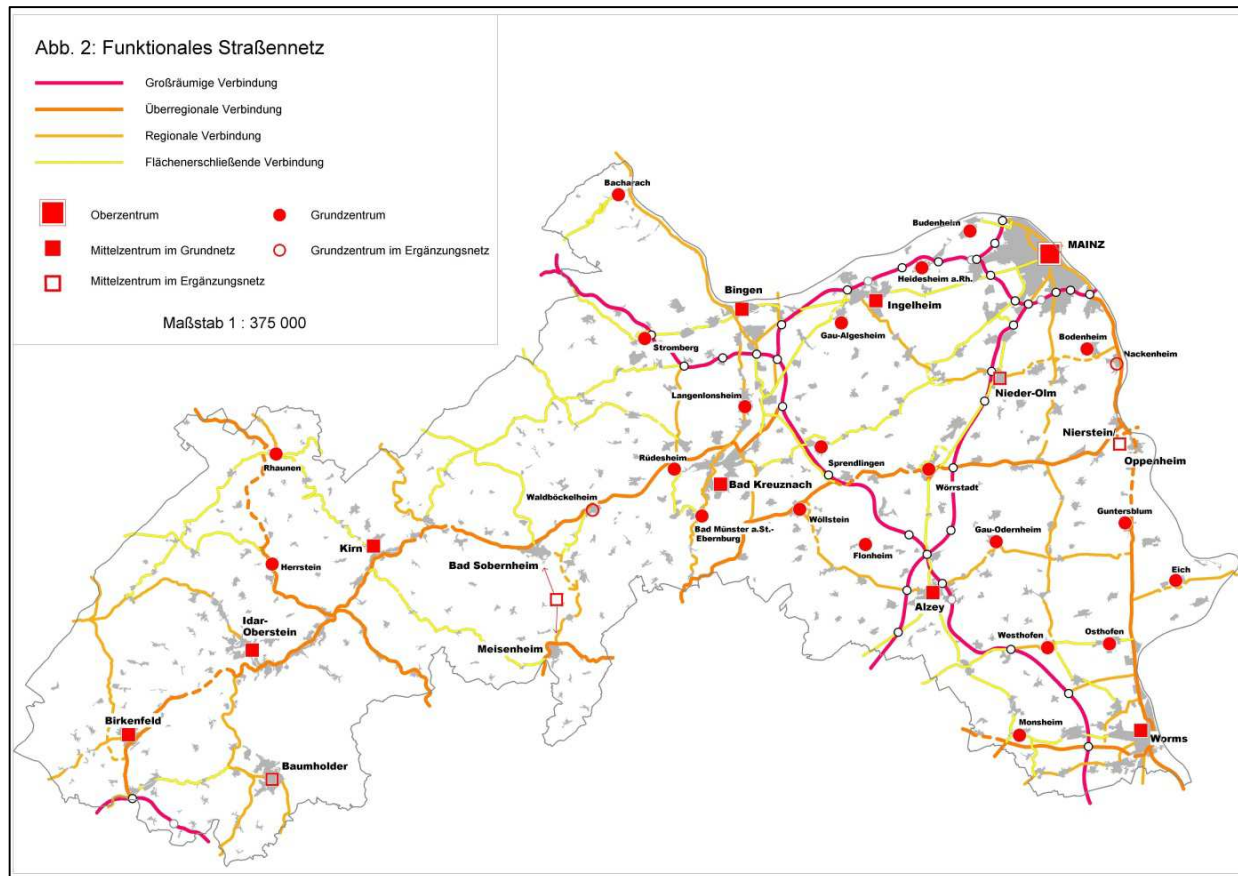
Die Ausgestaltung dieses funktionalen Straßennetzes bedingt, dass in Räumen mit hoher Zentrenreichbarkeit, wie das Gebiet der beiden zu untersuchenden Verbandsgemeinden, innerhalb von 30 PKW-Minuten acht und mehr zentrale Orte der Kategorie Mittel- und Oberzentrum erreichbar sind.³⁷² In Rheinland-Pfalz insgesamt erreichen fast 100 % der Bevölkerung innerhalb von maximal 30 Minuten mit dem PKW mindestens ein Mittel- bzw. Oberzentrum.³⁷³ Dieser Vergleich zeigt die hohe Zentralität des Untersuchungsraumes.

³⁷¹Vgl. MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz, S. 41f.

³⁷²Vgl. MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2014): Raumordnungsbericht 2013. Mainz, S. 82.

³⁷³Vgl. MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2014): Raumordnungsbericht 2013. Mainz, S. 81.

Abbildung 26: Funktionales Straßennetz in der Planungsregion Rheinhessen-Nahe



Quelle: PLANUNGSGEMEINSCHAFT RHEINHESSEN-NAHE (2004): Regionaler Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe. Mainz, S. 54

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs liegt der Landkreis Mainz-Bingen im Rhein-Nahe Nahverkehrsverbund (RNN), der je zur Hälfte dem ZWECKVERBAND RHEIN-NAHE NAHVERKEHRSVERBUND (Landkreise Alzey-Worms, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Mainz-Bingen und Stadt Mainz) und den in der Region ansässigen Verkehrsunternehmen (ORN Omnibusverkehr Rhein-Nahe, DB Regio, Verkehrsgesellschaft Bad Kreuznach, Verkehrsgesellschaft Idar-Oberstein, Stadtwerke Bingen am Rhein, Stadtverkehr Ingelheim, BRN Busverkehr Rhein-Neckar, Herz Reisen, trans regio) zugehörig ist. Weitere Kooperationspartner sind die im Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden (VMW) zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen MVG Mainzer Verkehrsgesellschaft und ESWE Verkehr sowie ein privatwirtschaftliches Busunternehmen (Rheintal-Reisen).

Die Aufgabenträgerschaft im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Rheinland-Pfalz liegt auf kommunaler Ebene, so dass die Kreise und kreisfreien Städte zur Wahrnehmung dieser Aufgabe in zwei Zweckverbänden organisiert sind, wobei der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV-Süd) für das Untersuchungsgebiet zuständig ist.³⁷⁴ Im

³⁷⁴Vgl. ZWECKVERBAND RHEIN-NAHE NAHVERKEHRSVERBUND (2014): Regionaler Nahverkehrsplan ZRNN. Teil A. Fortschreibung 2014. Ingelheim, S. 41.

Bereich des Schienenpersonennahverkehrs wird das Verkehrsnetz im Untersuchungsgebiet von der Schienenstrecke Bingen am Rhein – Ingelheim am Rhein – Mainz – Nierstein/Oppenheim – Worms getragen, welche neben dem Nahverkehr auch Aufgaben des Fern- und Regionalverkehrs übernimmt und an die alle zentralen Orte des Untersuchungsgebiets angebunden sind (vgl. Abbildung 27).

Neben dem Schienenpersonennahverkehr bilden Bus RegioLinien ein Netz von regionalen Buslinien, die von Montag bis Freitag im Stundentakt und am Wochenende im Zweistundentakt verkehren. Die Einrichtung von regionalen Buslinien liegt im Aufgabenbereich des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV-Süd) und lokalen Aufgabenträgern.³⁷⁵ Für die Verkehrsversorgungsstrukturen des Untersuchungsgebietes der Fallstudien, die Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim, ist die Bus RegioLinie Mainz – Alzey bedeutsam, an welche die Gemeinden Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler, Mommenheim, Selzen, Hahnheim, Köngernheim und Undenheim angebunden sind.

Die übrigen Buslinien dienen der Verbindung zwischen den Ortsgemeinden und Gemeindeteilen, wobei sich diese in schwach besiedelten Gebieten primär auf die Zeiten der Schülerbeförderung beschränken. Für diese Buslinien sind die jeweiligen Kommunen, unter Beachtung genereller Anforderungsprofile an den öffentlichen Personennahverkehr, verantwortlich.³⁷⁶ Als Kommunen mit diesen, im Vergleich zu den Bus RegioLinien, eingeschränkten Anbindungen und Bedienhäufigkeiten sind – der eigenen Einschätzung nach – insbesondere die Ortsgemeinden Dalheim, Dexheim und Friesenheim zu nennen. Der Nahverkehrsplan des Landkreises Mainz-Bingen sieht weiterhin in der Anbindung der Ortsgemeinde Gau-Bischofsheim an das Grundzentrum Bodenheim, der Ortsgemeinde Selzen an das Mittelzentrum Nierstein und der Ortsgemeinde Hahnheim an das außerhalb des Untersuchungsgebiet liegende Mittelzentrum Nieder-Olm Erschließungsmängel bzw. -defizite.³⁷⁷

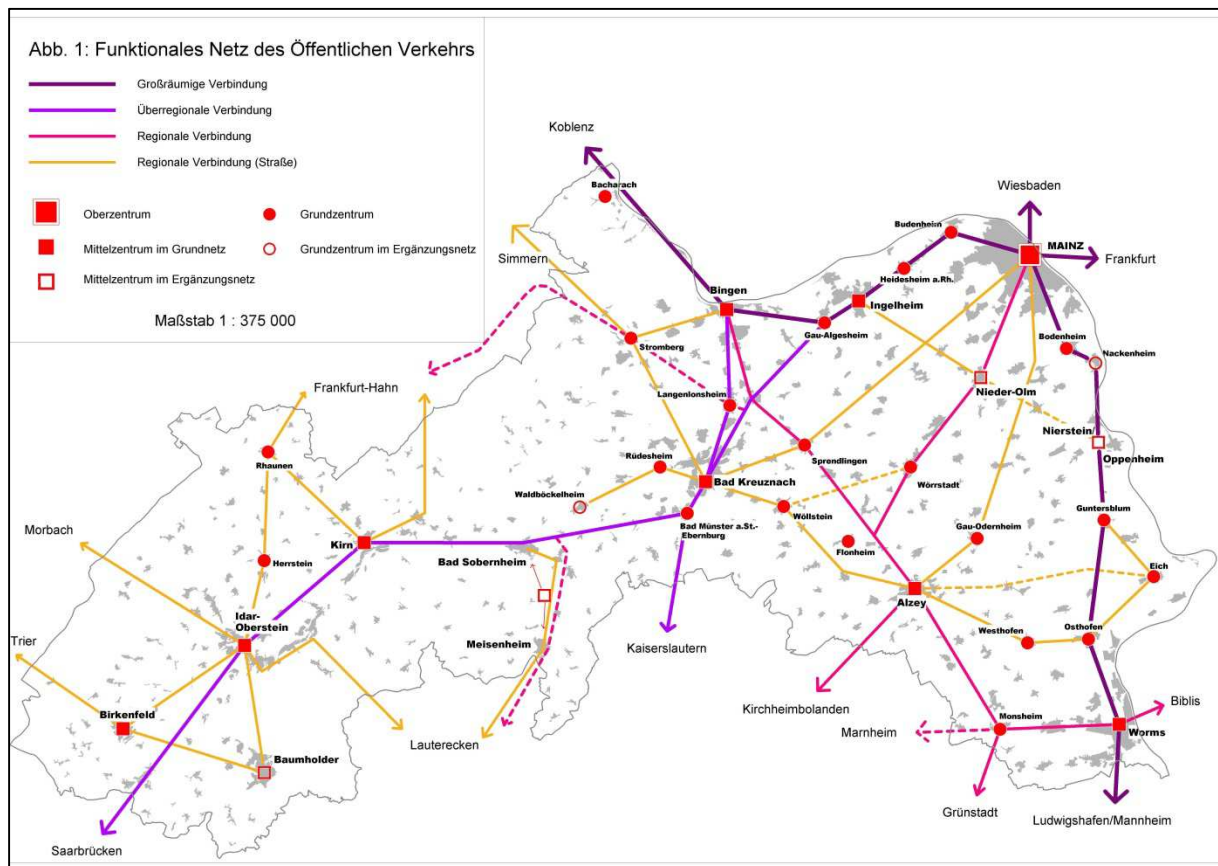
Das Haltestellennetz innerhalb der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim weist eine relativ engmaschige Struktur auf. Allerdings orientieren sich mehrere Linien und deren Taktzeiten, wie bereits erwähnt, an dem Schülerverkehr und fahren somit in weiten zeitlichen Abständen und auf bestimmte Tageszeiten beschränkt. Ein weiteres Defizit besteht darin, dass nicht alle Haltestellen regelmäßig von den Bussen angefahren werden. Im Rahmen einer Schwachstellenanalyse, durchgeführt im Zuge der Bearbeitung des Nahverkehrsplanes des ZWECKVERBANDES RHEIN-NAHE NAHVERKEHRSVERBUND, sind hinsichtlich der Standortstruktur der Haltestellen Erschließungsmängel in Bezug auf Entfernung der Haltestellen zu den Siedlungen analysiert worden. Zur Gewährleistung der Erschließung sind Richtwerte für Einzugsradien der Haltestellen definiert worden, welche bei 1.000 m für Bahnhöfe und 600 m für Haltestellen liegen (Luftlinienentfernung). Auf Basis dieses Analyseverfahrens sind lediglich Erschließungslücken in den Ortsgemeinden Mommenheim und Nackenheim identifiziert worden, da an diesen Orten Siedlungsgebiete nicht in den jeweiligen Einzugsbereichen liegen.

³⁷⁵Vgl. ZWECKVERBAND RHEIN-NAHE NAHVERKEHRSBUND (2014): Regionaler Nahverkehrsplan ZRNN. Teil A. Fortschreibung 2014. Ingelheim, S. 47.

³⁷⁶Vgl. ZWECKVERBAND RHEIN-NAHE NAHVERKEHRSBUND (2014)^a: Regionaler Nahverkehrsplan ZRNN. Teil A. Fortschreibung 2014. Ingelheim, S. 13.

³⁷⁷Vgl. ZWECKVERBAND RHEIN-NAHE NAHVERKEHRSBUND (2014)^b: Nahverkehrsplan für den Landkreis Mainz-Bingen. Teil B. Fortschreibung 2014 (Entwurf). Ingelheim, S. 23.

Abbildung 27: Funktionales Netz des Öffentlichen Verkehrs



Quelle: PLANUNGSGEMEINSCHAFT RHEINHESSEN-NAHE (2004): Regionaler Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe. Mainz, S. 46

Insgesamt sind im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs im Untersuchungsgebiet für einen Teil der Kommunen adäquate Nahverkehrsstrukturen durch ein funktionales Schienennetz, Regio-Buslinien und sonstige Buslinien (z. B. Ortsbusverkehre) gegeben. Die meisten Siedlungsbereiche sind durch die vorhandene Haltestellenstandortstruktur vermeintlich gut erschlossen. Bedienungszeiten und Fahrtenhäufigkeit sind allerdings nicht immer ausreichend. Aufgrund der dargestellten Rahmenbedingungen des funktionalen Netzes des öffentlichen Verkehrs im Untersuchungsgebiet – einem hochverdichteten Bereich von Rheinland-Pfalz – ist für 100 % der Bevölkerung die Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren flächendeckend innerhalb einer zumutbaren Reisezeit von maximal 45 Minuten während der Hauptverkehrszeit (6:30 bis 8:30 Uhr) gegeben.³⁷⁸

Eine Ergänzung zu den Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs stellen Bürgerbusse dar. Die Finanzierung der Bürgerbusse findet oftmals über finanzielle Zuschüsse durch die Länder oder andere Gebietskörperschaften statt. Die Organisation der Fahrpläne und die Fahrdienste werden in der Regel ehrenamtlich durch eine bürgerschaftliche Initiative, oftmals in

³⁷⁸Vgl. MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2014): Raumordnungsbericht 2013. Mainz, S. 81.

Form eines Vereins betrieben. Bürgerbusangebote bestehen im Untersuchungsgebiet in den Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim sowie in Nierstein und Selzen.³⁷⁹

Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

Die Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Lebensmitteleinzelhandel, Drogerien, Bankdienstleistungen, Postdienstleistungen) ist für ein selbstständiges Leben im Alter von entscheidender Bedeutung und stellt ebenso wie medizinische Versorgungsangebote und Verkehrsinfrastrukturen einen Wohnstandortfaktor für ältere Haushalte dar.

Die Nahversorgungsangebote sind jedoch bundesweit von einem dynamischen Strukturwandel geprägt, der neben Standortschließungen und -verlagerungen ebenso Betriebserweiterungen und Veränderungen der Betriebstypen impliziert. Dies hat insbesondere in der Nahrungs- und Genussmittelbranche eine wachsende Verkaufsflächensumme zur Folge, bei gleichzeitig auftretenden Konzentrationsprozessen an einzelnen Standorten und einer damit einhergehenden Reduzierung flächendeckender Angebotsdichten.³⁸⁰

Im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels sind im Zuge der dargestellten Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten im Untersuchungsgebiet Konzentrationen von Filialen großer Einzelhandelsunternehmen wie Supermärkte, Discounter, Verbrauchermärkte und Drogerien an für den Motorisierten Individualverkehr gut erreichbaren Einfallstraßen in Gewerbegebieten am Siedlungsrand einwohnerstarker Kommunen entstanden (vgl. Abbildung 28 bis 31). Demzufolge errichteten Einzelhandelsunternehmen Filialen in den Mittelzentren Nierstein und Oppenheim, in den Grundzentren Bodenheim und Nackenheim sowie in den Ortsgemeinden Mommenheim und Udenheim. Gleichzeitig ist eine Vielzahl an kleineren, zum Teil inhabergeführten Einzelhandelsgeschäften geschlossen worden, so dass in bestimmten Kommunen eine Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs gänzlich entfiel (z. B. Ortsgemeinde Köngernheim). So existieren in kleineren Ortsgemeinden zumeist keine Einkaufsmöglichkeiten mehr, wodurch eine Sicherung der ortsnahen Grundversorgung nicht gegeben ist. Eine Ausnahme bildet die Ortsgemeinde Dexheim in der ein Dorfladen ansässig ist.

³⁷⁹Vgl. MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ: Projekt Bürgerbusse, unter: <http://www.buergerbus-rlp.de/index.php/56-buergerbusse-in-rheinland-pfalz> (abgerufen am 25.02.2016).

³⁸⁰Vgl. STADT UND HANDEL (2009): Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Gemeinde Nottuln. Dortmund. S.26f.

Abbildung 28: Supermarkt in Mommenheim



Quelle: Eigene Aufnahme 30.10.2014

Abbildung 29: Discounter in Bodenheim



Quelle: Eigene Aufnahme 17.06.2016

Abbildung 31: Verbrauchermarkt in Oppenheim



Quelle: Eigene Aufnahme 30.10.2014

Abbildung 30: Drogerie in Oppenheim



Quelle: Eigene Aufnahme 30.10.2014

Aufgrund dieser Situation der Unterversorgung ist derzeit (2015) in den Ortsgemeinden Gau-Bischofsheim und Harxheim der Verbandsgemeinde Bodenheim im Rahmen eines landesplanerischen Zielabweichungsverfahrens gemäß der Zielvorgaben des gültigen Landesentwicklungsplans von Rheinland-Pfalz (LEP IV), die Ansiedlung eines Versorgungsbereiches für einen Lebensmittelnahversorger zur ortsnahe Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs geplant. Allerdings existieren in den Ortsgemeinden Lörzweiler (Verbandsgemeinde Bodenheim) sowie in den Ortsgemeinden Friesenheim, Köngernheim, Selzen, Hahnheim, Dienheim und Dexheim keine Lebensmittelnahversorgungsangebote. Angebote mobiler Versorger sind nicht erhoben worden.

Die Untersuchung der Versorgungsstrukturen in Bezug auf Bäckereien und Metzgereien zeigt, dass sich die Standorte häufig in integrierten innerstädtischen bzw. innerdörflichen Lagen befinden. Zusätzlich zu diesen Angeboten sind Bäckereien in Supermärkten und Discountern inte-

griert. Insgesamt ist in diesem Segment der Nahversorgung in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim in fünf Ortsgemeinden kein Angebot, weder an Bäckereien noch an Metzgereien, vorhanden. In der Verbandsgemeinde Bodenheim ist in jeder Kommune entweder eine Bäckerei oder eine Metzgerei ansässig. Weiterhin fällt auf, dass sich Bäckereien sowie Metzgereien in mehreren Ortsgemeinden befinden, in denen sonst keine weiteren Geschäfte des Lebensmitteleinzelhandels angesiedelt sind (Dienheim, Hahnheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler).

Die Standorte von Drogeriemärkten konzentrieren sich im Untersuchungsgebiet ausschließlich auf die zentralen Orte Bodenheim, Nackenheim, Nierstein und Oppenheim. In diesen Kommunen ist jeweils ein Markt vorhanden. Mit einer Ausnahme (Nackenheim) befinden sich die Drogeriemärkte in Gewerbegebieten am Siedlungsrand.

Neben den dargestellten Angeboten tragen ebenso Bank- und Postfilialen zur Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs bei. Die Verbandsgemeinde Bodenheim weist ein dichtes Netz an Postfilialen und Verkaufspunkten auf, in dem lediglich eine Ortsgemeinde (Gau-Bischofsheim) kein Angebot bereitstellt. Eine defizitärere Versorgungssituation ist in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim zu konstatieren. In diesem Teil des Untersuchungsraumes ist in fünf von elf Kommunen kein Postdienstleistungsstandort vorhanden.

Im Bereich der Bankdienstleistungen sind in fünf Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (Dalheim, Dienheim, Friesenheim, Hahnheim, Köngernheim) sowie in der Verbandsgemeinde Bodenheim in einer Kommune (Gau-Bischofsheim) keine Bankfiliale oder Selbstbedienungsstandort von Banken vorhanden. Die übrigen Orte verfügen über mindestens einen Standort einer Bankdienstleistung, wobei in den zentralen Orten mehrere Standorte zu konstatieren sind. Die Bankfilialen und Selbstbedienungsstandorte von Banken befinden sich zum größten Teil in integrierten innerstädtischen bzw. innerdörflichen Lagen.

5.2.2 Aktionsräumliches Versorgungsverhalten der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus

Im Folgenden wird das Versorgungsverhalten der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus aus den suburbanen Untersuchungskommunen in den Daseinsvorsorgebereichen Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Versorgung mit Servicediensten und medizinische Versorgung analysiert, um zukünftige potentielle Risiken für die Versorgung im höheren Alter eruieren zu können. Im Speziellen werden

- die Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge,
- die dafür gewählten Verkehrsmittel sowie
- die fußläufige Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen aus Nutzerperspektive untersucht.

Informationen über kleinräumige Erreichbarkeitsverhältnisse können auf lokaler Ebene eine Hilfestellung für die räumliche Steuerung der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung bieten und gleichzeitig für private Versorgungsanbieter z. B. im Bereich von Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ein wichtiges Instrument zur Erhebung von Einzugsgebieten sein, die Kenntnisse über Quantität und Struktur der Nachfrageseite bereitstellen.³⁸¹

Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge

Wie bereits dargestellt besteht in suburbanen Räumen oftmals ein Problemkomplex aus einer fehlenden Kongruenz zwischen gealterter Bevölkerung und räumlicher Umwelt. Einerseits ist durch räumliche Konzentrationsprozesse von Angeboten der Daseinsvorsorge und daraus resultierenden Entfernungszuwächsen ein Mehraufwand an Mobilität für die Bevölkerung suburbaner Gebiete von Nöten. Andererseits schränken sich, u. a. aus gesundheitlichen Gründen, mit zunehmendem Alter die Aktionsräume älterer Menschen ein.

Eine Analyse der derzeitigen Ausübung von Grunddaseinsfunktionen der Untersuchungsgruppe, wie *sich versorgen* und *am Verkehr teilnehmen*, kann auf ein ausschließlich auf den Motorisierten Individualverkehr ausgelegtes Versorgungsverhalten aufmerksam machen, welches aufgrund einer möglichen zukünftigen PKW-Fahruntüchtigkeit im höheren Alter nicht mehr adaptierbar sein könnte. Weiterhin können aus einer Analyse der derzeitigen Ausübung von Grunddaseinsfunktionen indirekt zukünftige Bedürfnisse der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus im Bereich der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge eruiert werden. So ist beispielsweise bei einem heutigen weiten Aktionsraum eines Individuums der Generation 60plus auch zukünftig, in einem fortgeschrittenen Alter, eher von einem gewünschten großräumigeren Mobilitätsverhalten auszugehen.

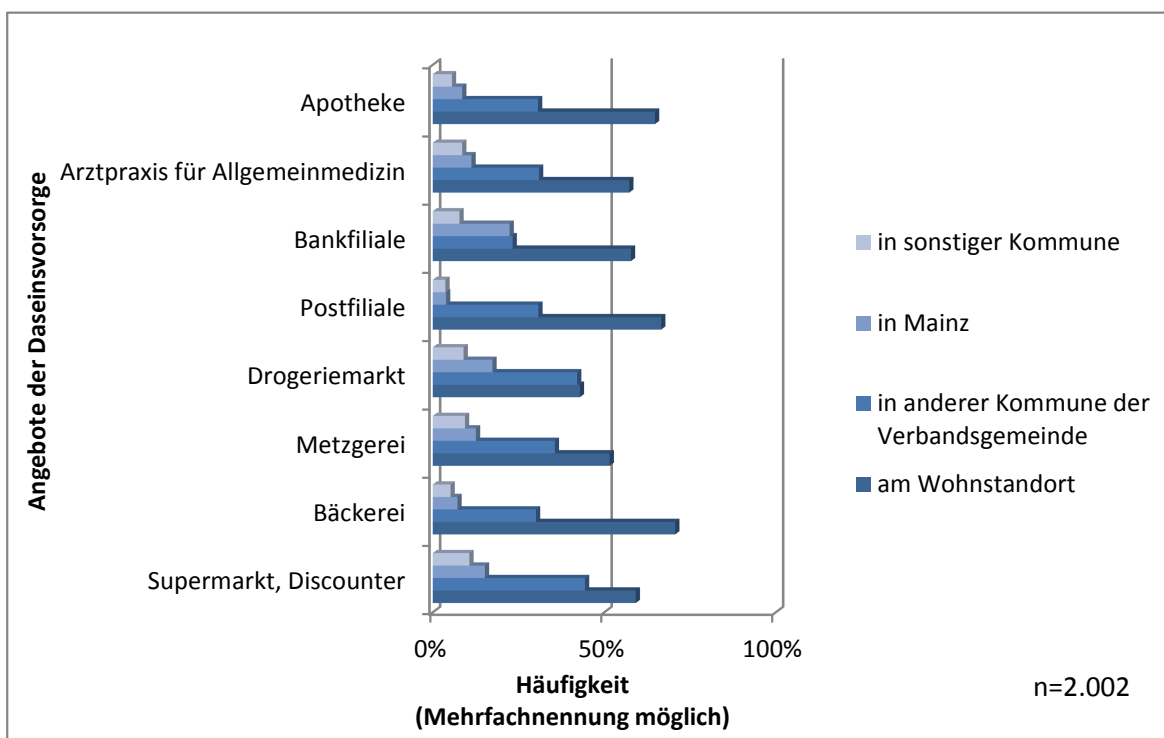
Auf der aggregierten Ebene aller 2.002 befragten Haushalte kann hinsichtlich der Orte der Nutzung von Versorgungseinrichtungen festgestellt werden, dass primär Einrichtungen der Da-

³⁸¹BLOTEVOGEL, H., HEBESTREIT, P., NESTMANN, U. und M. VOIGT (2009): Transformationsprozesse öffentlicher Daseinsvorsorge in der Altmark. Untersuchung im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark. Abschlussbericht. Magdeburg und Dortmund, S. 195.

seinsvorsorge am eigenen Wohnstandort frequentiert werden (vgl. Abbildung 32). So kaufen mit 59,2 % der Befragten der Großteil in Supermärkten und Discountern am eigenen Wohnstandort ein, jedoch geben ebenfalls 44,4 % an, die Versorgungseinrichtungen in anderen Kommunen der jeweiligen Verbandsgemeinde aufzusuchen, 15,2 % präferieren Lebensmitteleinzelhandelsmärkte im nächsten Oberzentrum Mainz und 10,7 % in sonstigen Kommunen (Mehrfachnennung bei Beantwortung der Frage möglich).

Hierbei gilt es jedoch die ungleiche Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Wohnstandorte zu beachten. Es ist somit festzustellen, dass generell eine Nahorientierung im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels besteht. Aufgrund nicht vorhandener Einzelhandelsläden in kleineren Kommunen sind Senioren jedoch angehalten, auch andere Konsumstandorte als den eigenen Wohnort aufzusuchen. Durch die Nutzung von PKW werden Lebensmitteleinzelhandelsmärkte ebenso in einem größeren Radius um den eigenen Wohnort frequentiert, was in der Darstellung der Aktionsräume mit einer Reichweite bis zu der Stadt Mainz erkennbar wird.

Abbildung 32: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte des gesamten Untersuchungsgebiets



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Im Bereich der Versorgung mit Servicediensten sind am Beispiel der Nutzung von Bankfilialen sowohl kleinräumige als auch weiträumige Nutzungsmuster zu identifizieren. Zwar nehmen 57,8 % der Haushalte die Servicedienste vor Ort wahr, allerdings nutzen 23,3 % der Befragten diese Dienstleistung in anderen Kommunen ihrer Verbandsgemeinde und 22,4 % in der Stadt Mainz. Postfilialen werden zu 66,6 % in der eigenen Kommune und zu 30,8 % in anderen

Kommunen der jeweiligen Verbandsgemeinde frequentiert, was eine starke Nahraumorientierung bestätigt.

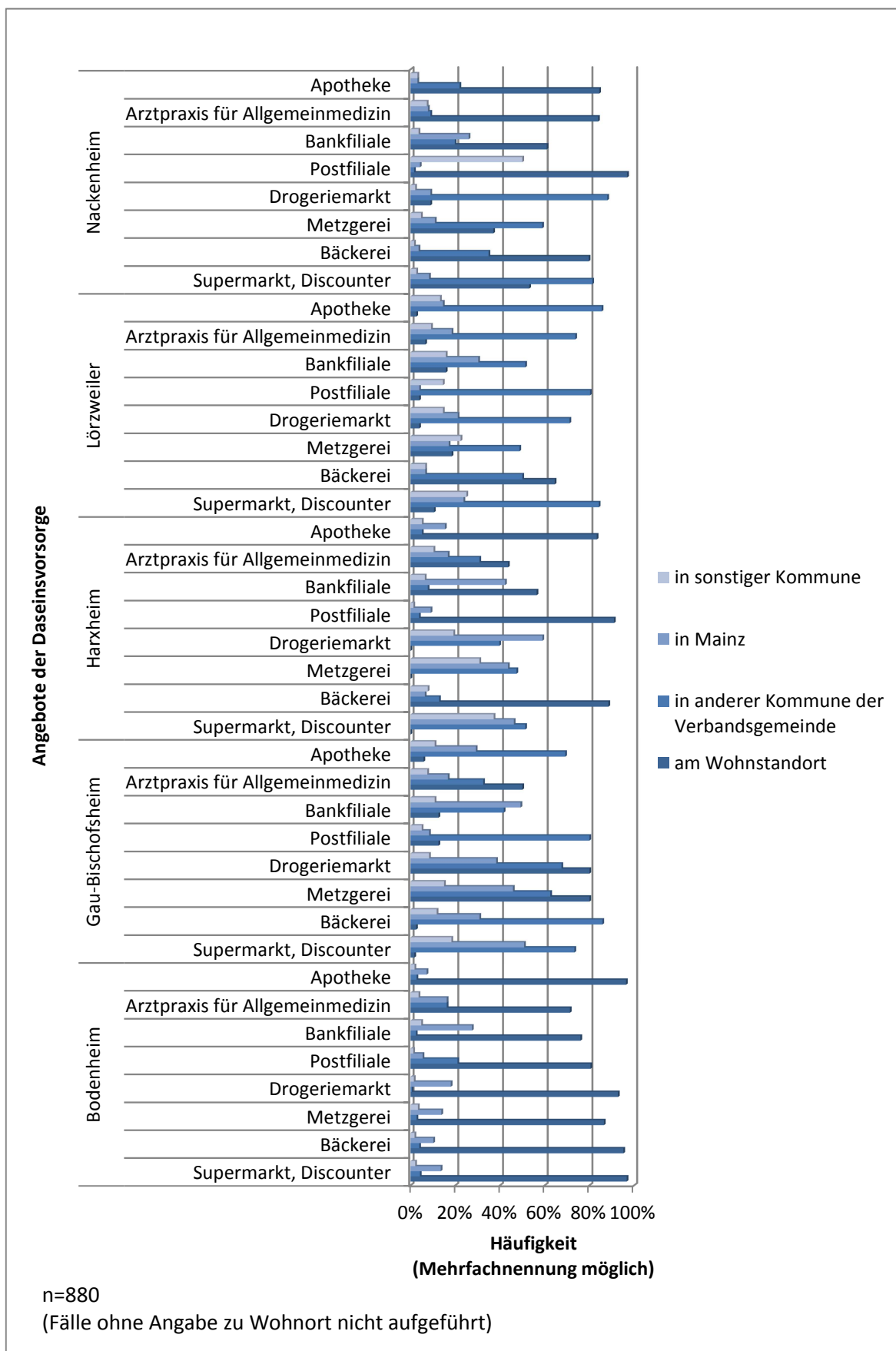
Im Bereich der medizinischen Versorgung weisen die Aktionsräume der Senioren der Generation 60plus kleinräumliche Dimensionen auf. 57,3 % besuchen Arztpraxen für Allgemeinmedizin am eigenen Wohnstandort, 31 % in anderen Kommunen der Verbandsgemeinde und 11,3 % im nächsten Oberzentrum Mainz. Gleiches gilt für die Orte der Nutzung von Apotheken.

Die dies bezüglichen Ergebnisse für die beiden Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim sind den Abbildung 72 und 73 im Anhang der Arbeit zu entnehmen.

Für spezifischere Erkenntnisse über die Eignung der vorhandenen Versorgungsstrukturen der einzelnen Ortsgemeinden und Städte für eine eigenständige Bewältigung der Grundversorgung im höheren Alter, bietet sich eine kleinräumigere, kommunenscharfe Analyse des derzeitigen Versorgungsverhaltens an.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass innerhalb der Bevölkerungsgruppe 60plus eine Tendenz zur Nahorientierung bei der Versorgung mit Gütern und dem Nutzen von Dienstleistungen der Nahversorgung besteht und primär die nächstgelegene Einrichtung aufgesucht wird. So nutzt die Mehrheit der befragten Haushalte derzeit Einrichtungen der Daseinsvorsorge an ihrem Wohnort. Wenn keine Einrichtungen am Wohnstandort vorhanden sind, ist folglich eine räumliche Nahorientierung innerhalb der jeweiligen Verbandsgemeinde zu konstatieren. In der Verbandsgemeinde Bodenheim müssen die Befragten in drei von fünf Ortsgemeinden (Gau-Bischofsheim, Harxheim und Lörzweiler), insbesondere im Bereich der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und der Versorgung mit Servicediensten, Angebote der Grundzentren Bodenheim und Nackenheim nutzen (vgl. Abbildung 33).

Abbildung 33: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

In der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim ist der Ort der Nutzung von Versorgungseinrichtungen für sieben von elf Kommunen (Dalheim, Dexheim, Dienheim, Friesenheim, Hahnheim, Köngernheim und Selzen) ebenfalls größtenteils eine andere Kommune innerhalb der Verbandsgemeinde (vgl. Abbildung 34 bis 36).

Somit ist davon auszugehen, dass, perspektivisch, im fortgeschrittenen Alter und einer damit einhergehenden eingeschränkten Mobilität, die eigenständige Grundversorgung in 10 von sechzehn Kommunen nicht oder lediglich eingeschränkt gegeben wäre.

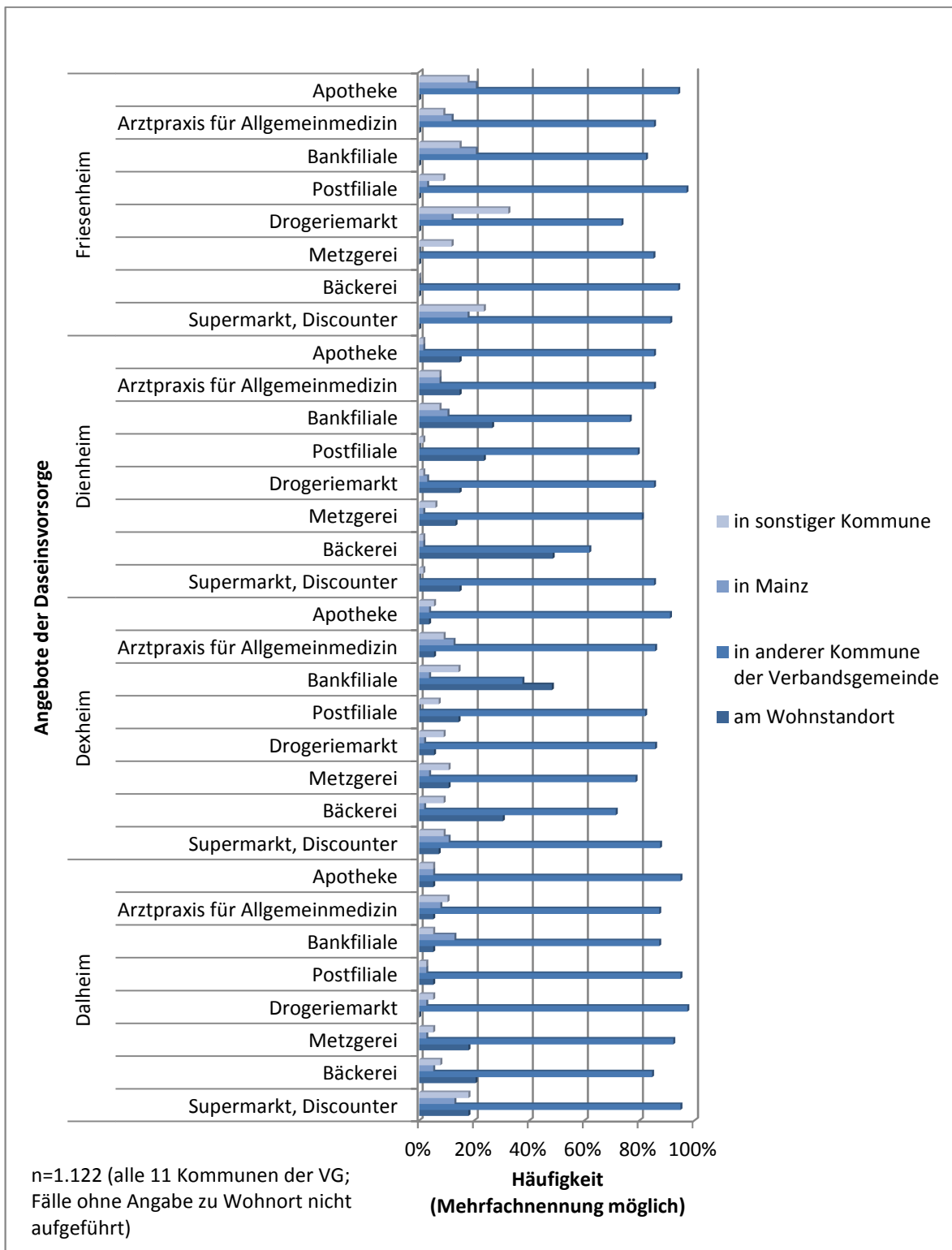
Im Endergebnis zeigt sich im Versorgungsverhalten der Senioren der Generation 60plus im Untersuchungsgebiet primär eine Nahorientierung. Gleichwohl sind teilweise weitläufigere Aktionsräume bis hin zum nächsten Oberzentrum zu beobachten. Eine Erklärung für weitläufigere Aktionsräume im Rahmen der Grundversorgung, bis hin zum nächsten Oberzentrum, könnte die Tatsache darstellen, dass die orts- und zeitnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs bzw. die Nahversorgung in allen Raumkategorien in Deutschland – sowohl in ländlich-peripheren als auch in suburbanen und urbanen Räumen – einer Ausdifferenzierung von Konsummustern der Nachfrageseite unterliegt. Nach KULKE lässt sich dieser Veränderungsprozess durch das steigende Einkommen, den Wandel der Einkaufsmotive im Zuge der Pluralisierung von Lebensstilgruppen und die veränderte Verkehrsmittelwahl hin zu einer Individualverkehrsmobilität erklären.³⁸² Diese Entwicklungen haben gleichsam einen Wandel des räumlichen Nutzerverhaltens in Form einer „Auflösung der Bindung an das nächstgelegene Geschäft („zur Folge“), da große Einkaufsagglomerationen und Shoppingcenter in attraktiven Innenstädten und am Stadtrand mit entsprechenden Dienstleistungen bevorzugt werden“.³⁸³ Diese Veränderung des räumlichen Einkaufsverhaltens bedingt, dass die klassische Standorttheorie der zentralen Orte diesbezüglich zunehmend an Bedeutung verliert.³⁸⁴

³⁸²KULKE, E. (2005): Räumliche Konsumentenverhaltensweisen. In: KULKE, E. (Hrsg.): Dem Konsumenten auf der Spur. Neue Angebotsstrategien und Nachfragemuster, S. 9-25. Passau (= Geographische Handelsforschung, Bd. 11), S. 10ff.

³⁸³BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2013^a): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikationen, Nr. 02, S. 8.

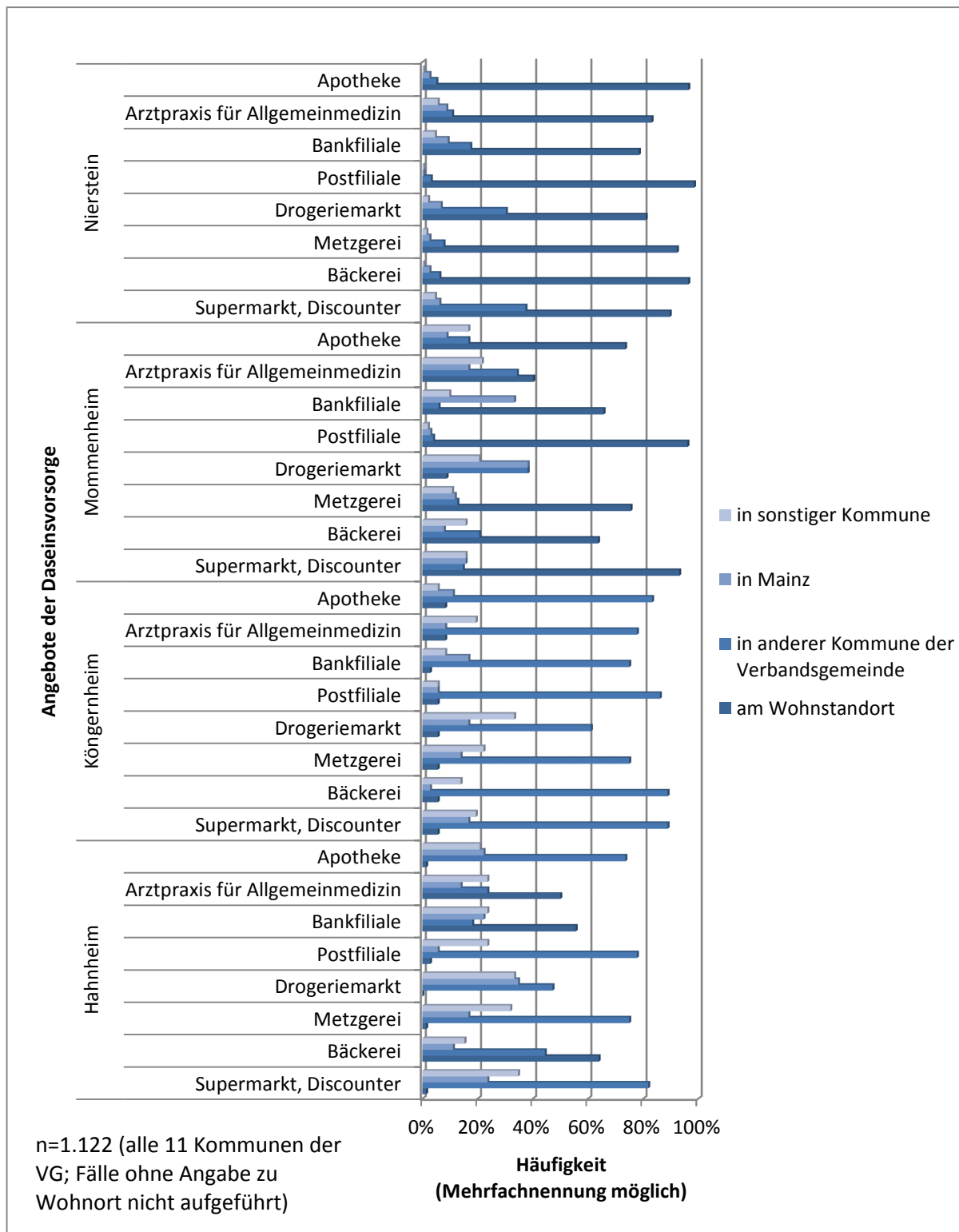
³⁸⁴Vgl. DEITERS, J. (2006): Von der Zentralitätsforschung zur geographischen Handelsforschung – Neuorientierung oder Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Sozialgeographie? In: Die Erde 137 (4), S. 303.

Abbildung 34: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I



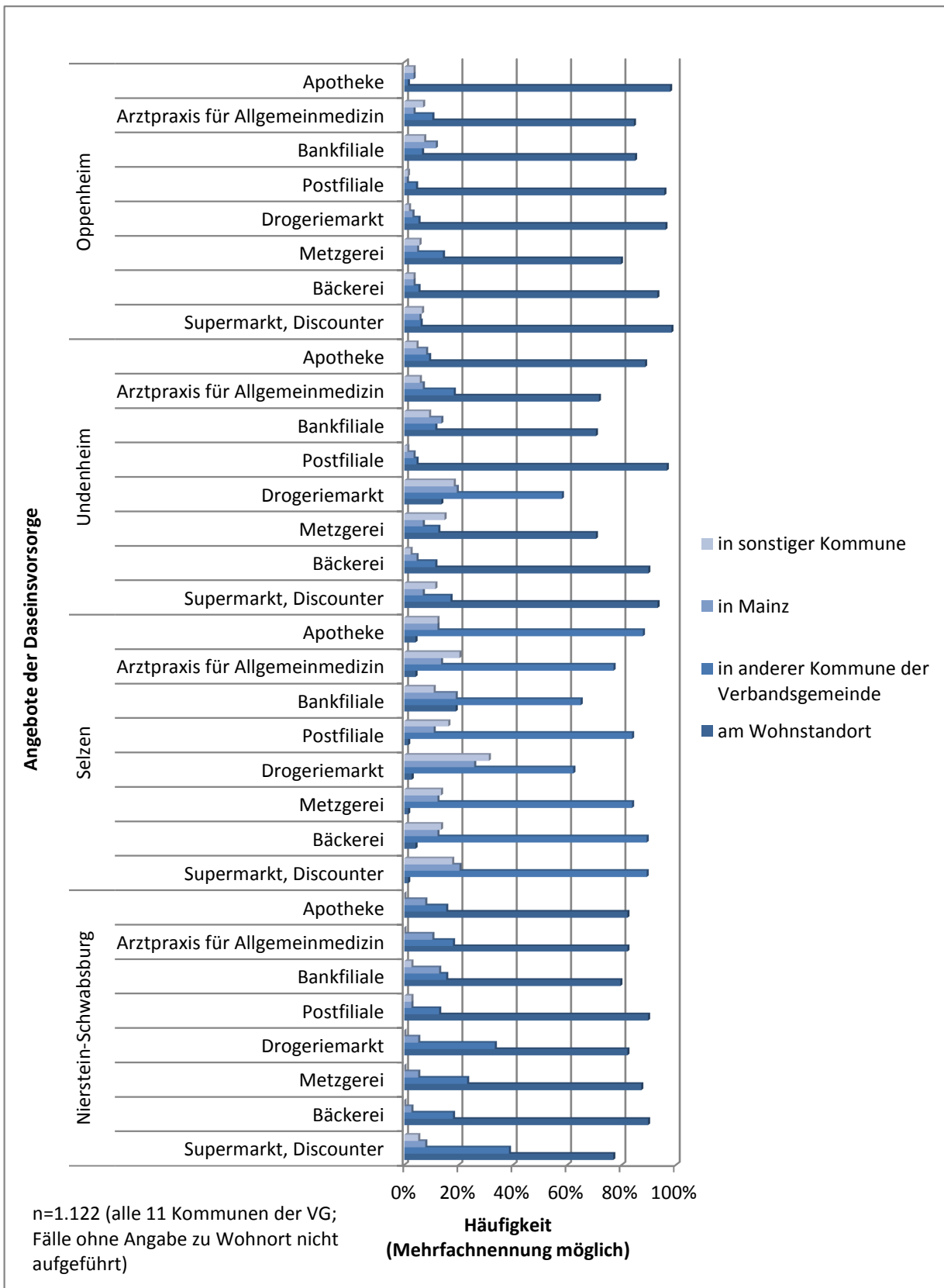
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 35: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 36: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim III



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Verkehrsmittelwahl im Rahmen der Nutzungen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge

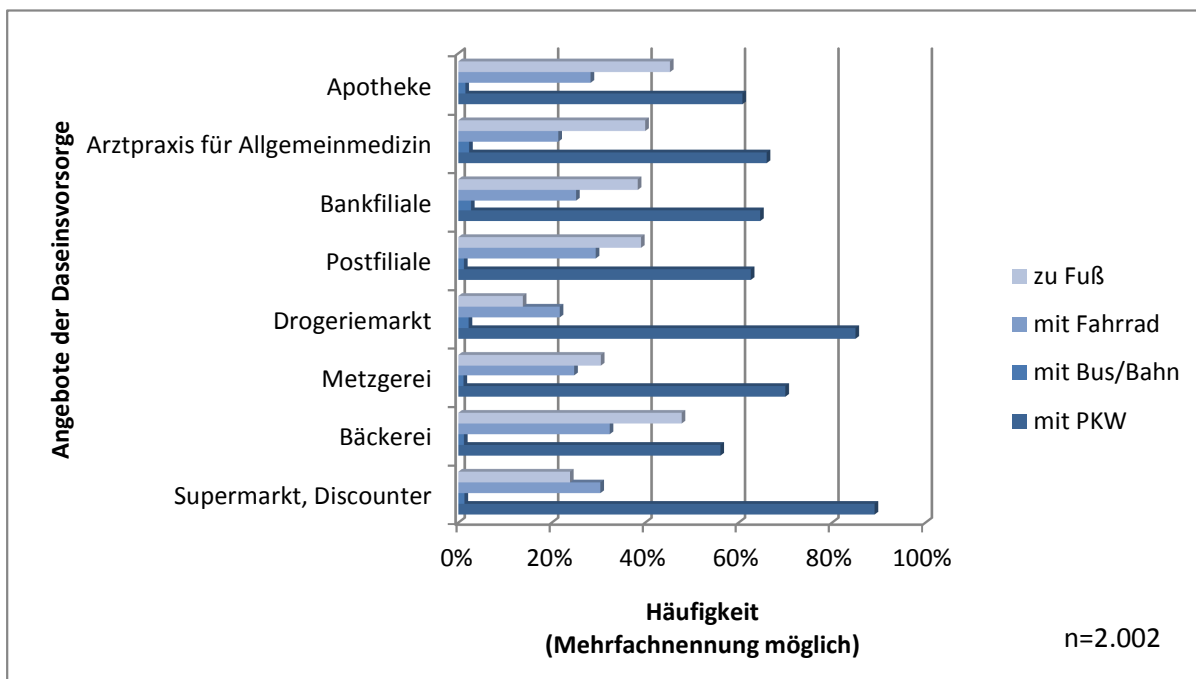
In den 16 Untersuchungskommunen steht insgesamt 95,3 % der befragten Haushalte mindestens ein PKW zur Verfügung. Lediglich 3,5 % ist nicht im Besitz eines PKWs (1,2 % keine Angabe). Dies entspricht einer sehr hohen, fast flächendeckenden PKW-Verfügbarkeit innerhalb der Personengruppe der Altersjahrgänge 1945-1953 in den beiden Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim. Diese hohe Quote ist u. a. darauf zurückzuführen, dass innerhalb der Nachkriegsgeneration Frauen ebenso wie Männer eine Fahrerlaubnis (Führerschein) besitzen.

Die Untersuchung der Verkehrsmittelwahl im Rahmen der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge ergibt, dass die meisten Senioren bei allen abgefragten Segmenten der Versorgungsstrukturen vorwiegend den PKW benutzen (vgl. Abbildung 37). Insbesondere bei Einkäufen im Supermarkt oder Discounter (89,1 %) sowie in Drogeriemärkten (85 %) wird auf das Auto zurückgegriffen, während dies bezüglich Bäckereien und Apotheken (60,8 %) sowie Postfilialen (62,6 %) die niedrigsten Werte aufweisen. Die Werte bei der Fahrradbenutzung liegen in einer Spannweite zwischen 21,4 % (Arztpraxis für Allgemeinmedizin) und 32,4 % (Bäckerei), zu Fuß sind die befragten Senioren je nach Versorgungsbereich zwischen 13,8 % (Drogeriemarkt) und 47,8 % (Bäckerei) unterwegs. Die Verbindungen des öffentlichen Personennahverkehrs (Bus und Bahn) werden lediglich sehr selten genutzt und spielen bei der Verkehrsmittelwahl eine untergeordnete Rolle (Ergebnisse auf Ebene der Verbandsgemeinden in Abbildung 74 und 75 im Anhang aufgeführt).

Diese Auswertung weist auf einen sehr hohen Grad des PKW-orientierten Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung 60plus hin. Diese Verkehrsmittelwahl ist einerseits ein Resultat aus nicht existenten Versorgungsangeboten in einzelnen Kommunen, mit der Folge der Aufsuchung von Versorgungseinrichtungen in umliegenden Städten und Ortsgemeinden. Andererseits sind aufgrund räumlicher Konzentrationsprozesse von Angeboten der Daseinsvorsorge auch Bewohner von zentralen Orten mit ausreichenden kommunalen Angeboten auf die Nutzung ihres PKWs angewiesen (zur kommunenspezifischen Analyse der Verkehrsmittelwahl im Rahmen der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge vgl. Abbildungen 76 bis 79 im Anhang).

Mit diesem hohen Grad des PKW-orientierten Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung 60plus sind aufgrund eines potentiellen Verlustes der PKW-Fahrtüchtigkeit in der Zukunft mögliche Risiken für die Versorgung im höheren Alter verbunden. Im folgenden Abschnitt werden demzufolge die fußläufigen Erreichbarkeiten von Versorgungseinrichtungen im Untersuchungsgebiet analysiert.

Abbildung 37: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte des gesamten Untersuchungsgebiets bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Fußläufige Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen

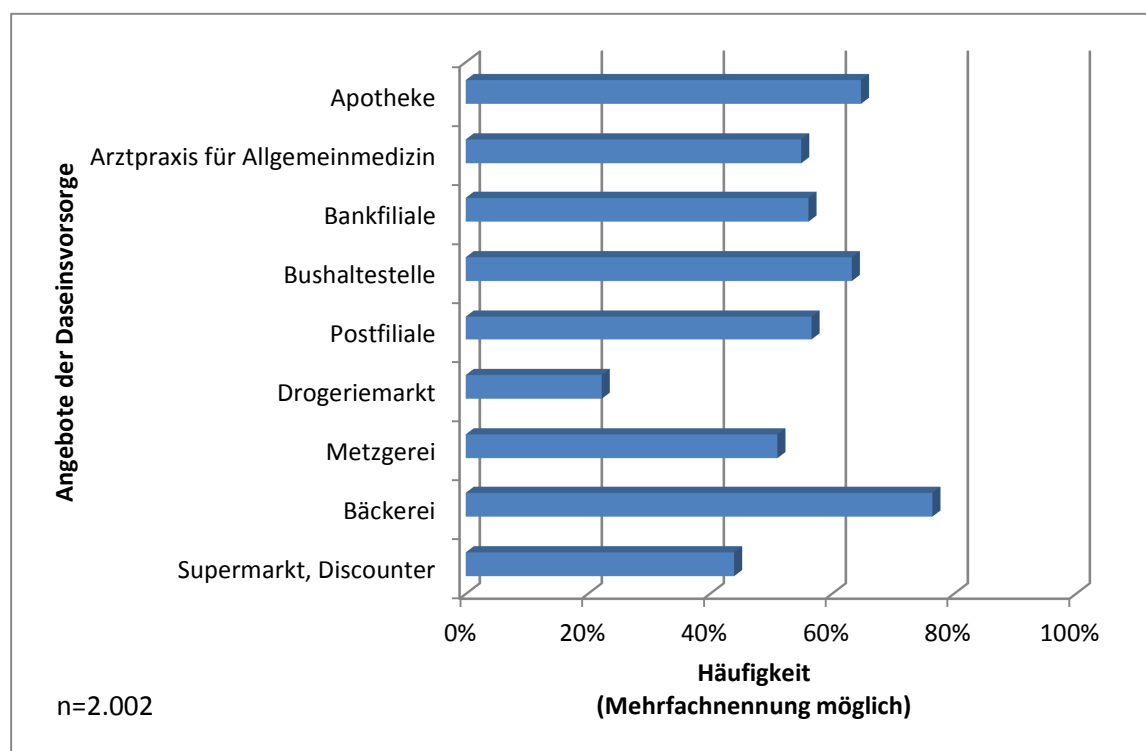
Mit der heutigen Generation 60plus erreicht eine Bevölkerungsgruppe das Rentenalter, die wie bereits dargestellt, sehr hohe PKW- bzw. Führerscheinverfügbarkeitsquoten aufweist. Diese hohe Verfügbarkeit von PKW stellt die Versorgung von jüngeren Senioren sicher und führt zu einer Gewohnheit der Verbraucher für längere Strecken zu den Einkaufsstätten und sonstigen Dienstleistungen. Allerdings treten im höheren Alter oftmals gesundheitliche Einschränkungen auf, so dass für ältere Menschen und insbesondere Hochbetagte das Führen eines PKWs nicht mehr möglich ist. Das heißt es werden geringere Distanzen zurückgelegt, was mit einer Verkleinerung der Aktionsräume einhergeht. Im Falle einer Einschränkung der Mobilität von älteren Menschen sind diese zunehmend auf adäquate Nahversorgungsstrukturen angewiesen. STEINFÜHRER, KÜPPER und TAUTZ führen dazu aus: „Die eigenständige Bewältigung von Versorgungsdefiziten wird auch zukünftig für ältere Bevölkerungsgruppen und insbesondere die Hochbetagten schwierig bleiben. Wenn es nicht möglich ist, die Versorgung zu den Menschen zu bringen, werden durch den Wegfall der fußläufigen Erreichbarkeiten im Zuge der Ausdünnung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen immobilere Bevölkerungsgruppen wie die Senioren ohne eigenes Auto und mit gesundheitlicher Einschränkung weiter benachteiligt. Sie werden verstärkt auf soziale Netzwerke – informelle oder professionell-kostenpflichtige – zurückgreifen

müssen. Doch ist auch diese Strategie in alternden und schrumpfenden Regionen aufgrund von Ressourcenbeschränkungen in ihrer Umsetzung problematisch.³⁸⁵

Im Folgenden wird die Wahrnehmung der fußläufigen Erreichbarkeit von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in den Kommunen aus der Perspektive der befragten Haushalte analysiert. Zur Erhebung von Daten zu diesem Indikator wurden die beteiligten Personen im Rahmen der empirischen Untersuchung gefragt, welche Einrichtungen für sie fußläufig (max. 10 Gehminuten bzw. 500 bis 1.000 m Entfernung) erreichbar sind.

Zunächst soll ein Gesamtüberblick über die fußläufigen Erreichbarkeitsverhältnisse der Versorgungsangebote des Untersuchungsgebietes für die befragten 2.002 Haushalte geben werden. Auf der aggregierten Ebene aller befragten Haushalte zeigt sich, dass die fußläufige Erreichbarkeit der Nahversorgungsangebote eine Spannweite von 22,3 % bei Drogeriemärkten bis 76,5 % bei Bäckereien aufweist (vgl. Abbildung 38). Weiterhin sind für 64,3 % der befragten Haushalte Apotheken, für 63,3 % Bushaltestellen, für 56,7 % Postfilialen, für 56,2 % Bankfilialen, für 55,0 % Arztpraxen für Allgemeinmedizin, für 51,1 % Metzgereien und für 44,0 % Supermärkte und Discounter fußläufig erreichbar.

Abbildung 38: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte des gesamten Untersuchungsgebiets



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

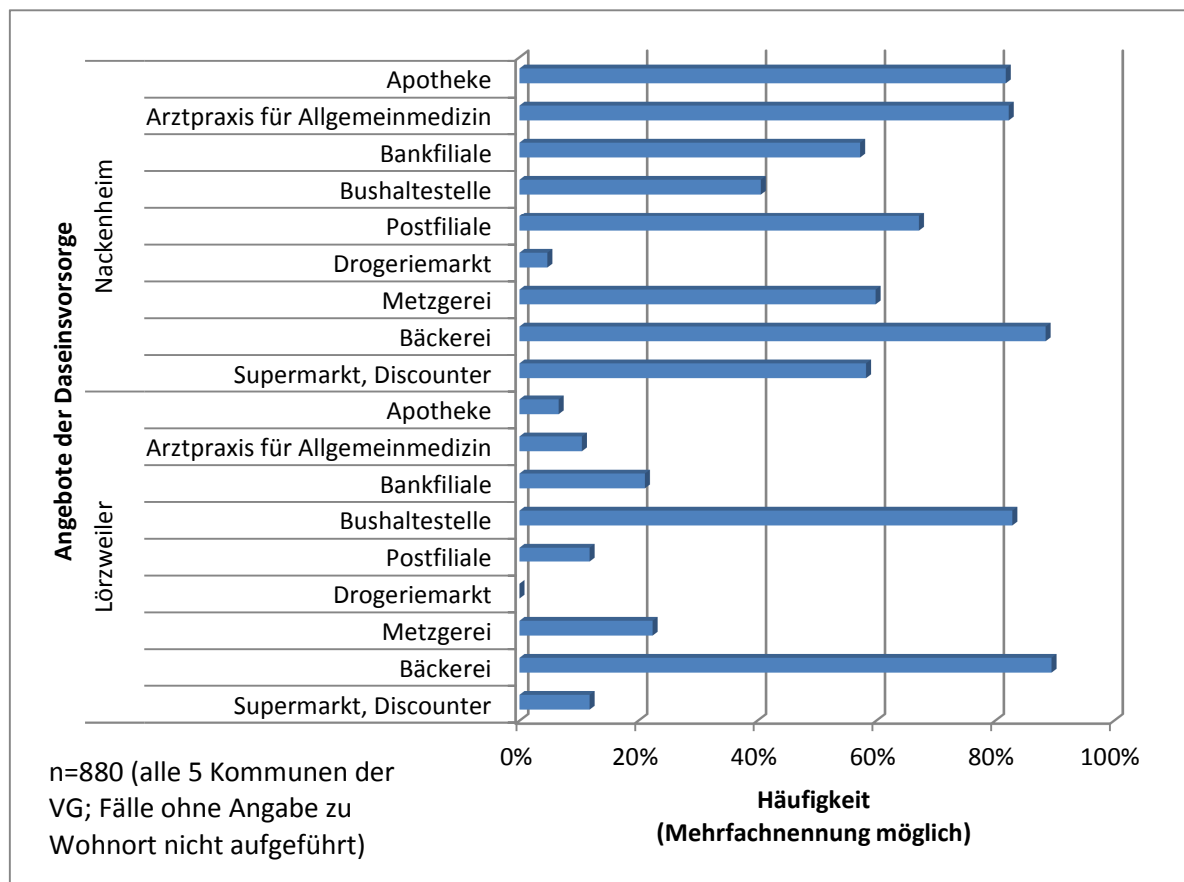
³⁸⁵STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Johann Heinrich von Thünen-Institut. Braunschweig, S. 142.

Die dies bezüglichen Ergebnisse für die beiden Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim sind den Abbildung 80 und 81 im Anhang dieser Arbeit zu entnehmen.

Aufgrund der Unterschiede in den Ausstattungsniveaus der untersuchten Kommunen und der ungleichen Verteilung der Bevölkerung auf diese Standorte benötigt eine aussagekräftige Darstellung der Versorgungsqualität der jeweiligen Siedlungsbereiche im Untersuchungsraum eine kommunenscharfe Analyse (vgl. Abbildungen 39 bis 43).

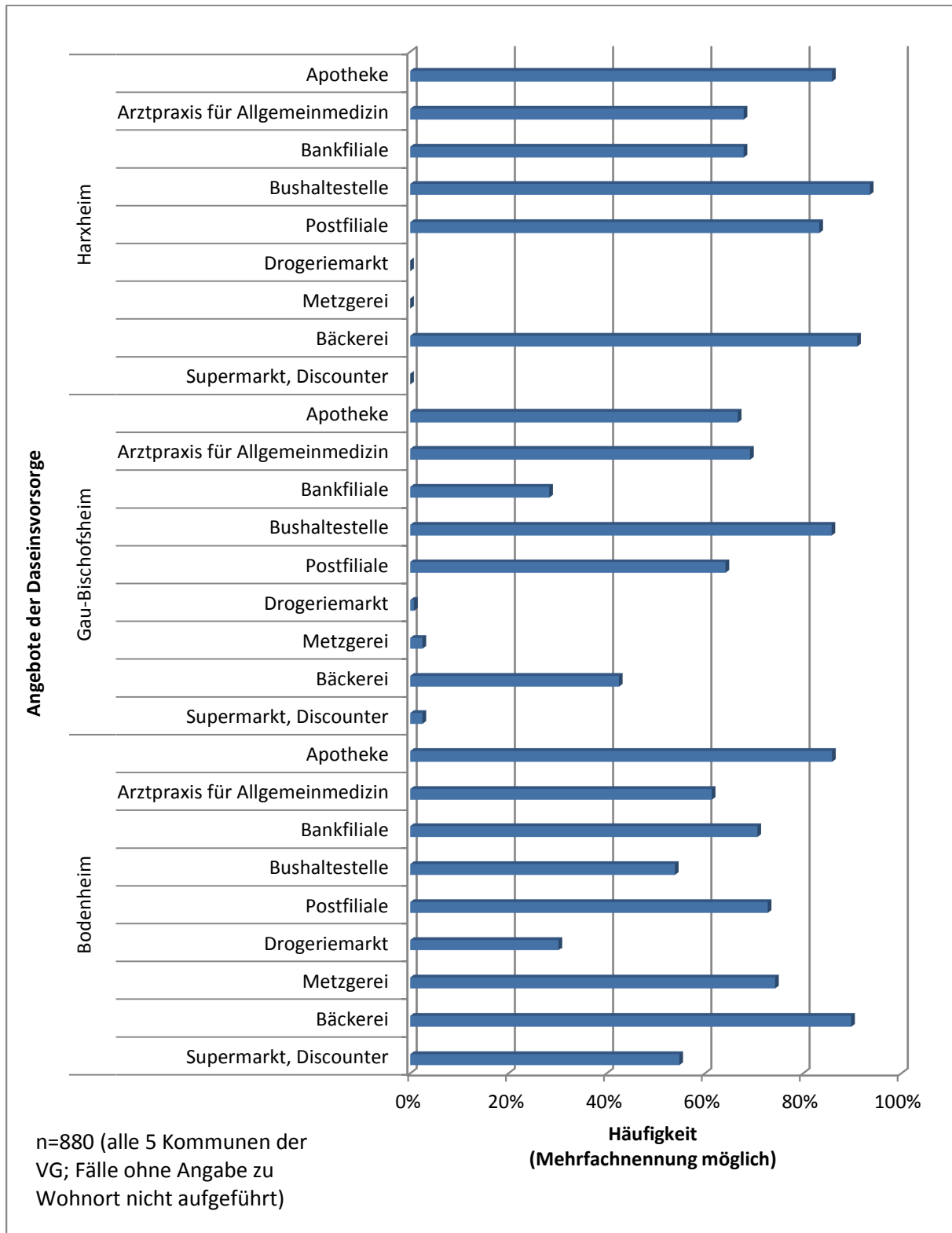
Hierbei ist festzustellen, dass in den einzelnen Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim im Bereich der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Supermarkt, Discounter, Bäckerei, Metzgerei, Drogeriemarkt, Post- und Bankfiliale) die Nahversorgungssituation hinsichtlich der fußläufigen Erreichbarkeit als nicht seniorenrecht zu bewerten ist. So sind in den beiden Grundzentren Bodenheim und Nackenheim beispielsweise Supermärkte und Discounter für die befragten Personen der Generation 60plus aufgrund deren peripherer, in Gewerbegebieten erfolgter Ansiedlung, lediglich für 54,8 % und 58,3 % in max. 10 Gehminuten bzw. in 500 bis 1.000m Entfernung zu erreichen. In den anderen Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Bodenheim ist eine fußläufige Erreichbarkeit von Lebensmittelmärkten nahezu nicht nachzuweisen (Gau-Bischofsheim: 2,5 %, Harxheim 0,0 % und Lörzweiler 11,8 %). Gleichsam verhält es sich mit den weiteren Leistungsangeboten an Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs wie Bäckerei, Metzgerei, Drogeriemarkt und Post- und Bankfiliale. Eine ausreichende und flächendeckende Nahversorgung ist im Hinblick für ein selbstbestimmtes Leben im Alter bei eingeschränkter (Auto)Mobilität auch bei diesen Segmenten der Nahversorgung nicht gegeben.

Abbildung 39: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim I



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 40: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim II



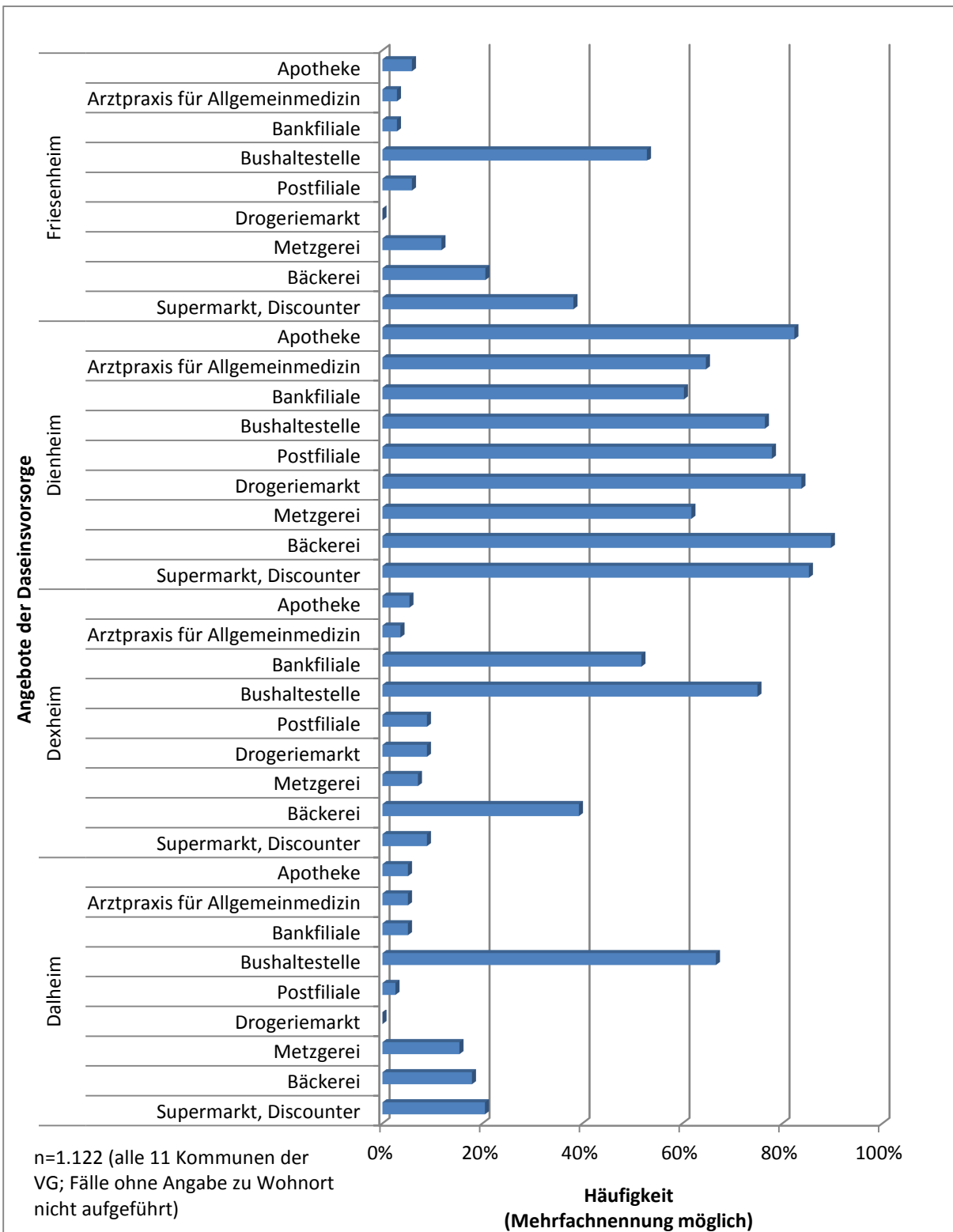
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Auch in den einwohnerreichen und großflächigen Mittelzentren Nierstein und Oppenheim der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim wird durch die periphere Lage von Supermärkten und Discountern in Gewerbegebieten eine flächendeckende Nahversorgung in der Kommune nicht erreicht (fußläufige Erreichbarkeit: 50,8 % und 47,8 %). Kleinere Ortsgemeinden mit vorhandenen Filialen von Lebensmitteleinzelhandelsketten und deren Nachbargemeinden können aufgrund des kleineren Siedlungsgebietes und den damit geringeren Wegstrecken zum Teil gute Versorgungsstrukturen in diesem Teilbereich der Nahversorgung aufweisen (fußläufige Erreichbarkeit: Dienheim: 85,3 %, Köngernheim: 86,1 % und Mommenheim 93,1 %). Dem gegenüber stehen Ortsgemeinden mit Werten bezüglich der fußläufigen Erreichbarkeitsverhältnisse von Lebensmitteleinzelhändlern von 8,9 % (Dexheim), 1,4 % (Hahnheim) und 5,4 % (Selzen) der befragten Haushalte. Neben dem Lebensmitteleinzelhandel ist in den anderen untersuchten Segmenten des Angebotes an Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs wie Bäckerei, Metzgerei, Drogeriemarkt und Post- und Bankfiliale gleichsam wie in den Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim keine ausreichende und flächendeckende Nahversorgung gegeben.

Die Versorgungslage mit Angeboten an medizinischer Versorgung in Form von Ärzten für Allgemeinmedizin und Apotheken ist in der Verbandsgemeinde Bodenheim, mit einer Ausnahme (Lörzweiler), auf einem höheren Niveau als die Versorgungsstruktur im Bereich der Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. In den Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim reichen Spannweiten bezüglich der fußläufigen Erreichbarkeitsverhältnisse bei Arztpraxen von 61,4 % (Bodenheim) bis 82,3 % (Nackenheim) und bei Apotheken von 66,7 % (Gau-Bischofsheim) bis 85,9 % (Bodenheim und Harxheim). In der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim ist das Standortnetz von Ärzten für Allgemeinmedizin von geringerer Dichte wie in der Verbandsgemeinde Bodenheim. In der Hälfte der Kommunen ist es für maximal 12,2 % der Bevölkerung zwischen 60 und 69 Jahren möglich zu Fuß eine Arztpraxis für Allgemeinmedizin aufzusuchen. Ebenfalls ist in der Hälfte der befragten Kommunen für lediglich maximal 5,9 % möglich, innerhalb von max. 10 Gehminuten bzw. in 500 bis 1.000 m Entfernung eine Apotheke aufzusuchen.

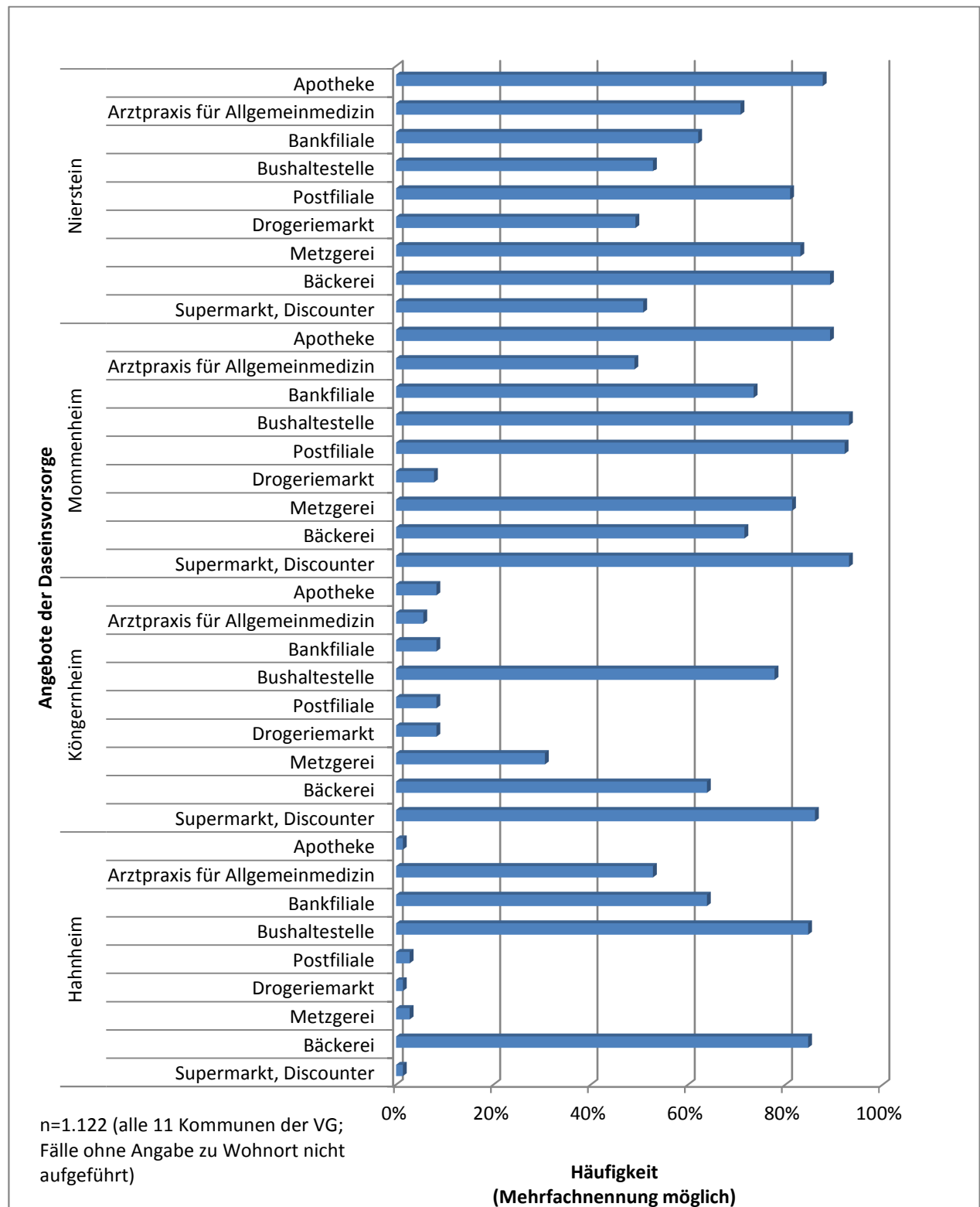
Ältere Bevölkerungsgruppen sind oftmals aufgrund eingeschränkter Mobilität auf eine wohnortnahe und barrierefreie Zugangsmöglichkeit zum öffentlichen Personennahverkehr angewiesen, um eine eigenständige Versorgung aufrechterhalten zu können. Die Analyse der Wahrnehmung der Erreichbarkeit von Bushaltestellen in fußläufiger Entfernung zeigt, dass in den Kommunen zentralörtlicher Funktion, das Standortnetz von Bushaltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs die geringste Dichte aufweist. So sind in Bodenheim 53,9 %, Nackenheim 40,6 %, Nierstein 52,8 % und Oppenheim 37,9 % die Erreichbarkeitswerte im Vergleich zu den anderen Kommunen als niedrig einzustufen (Maximalwert in Udenheim: 96,6 %).

Abbildung 41: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Openheim I



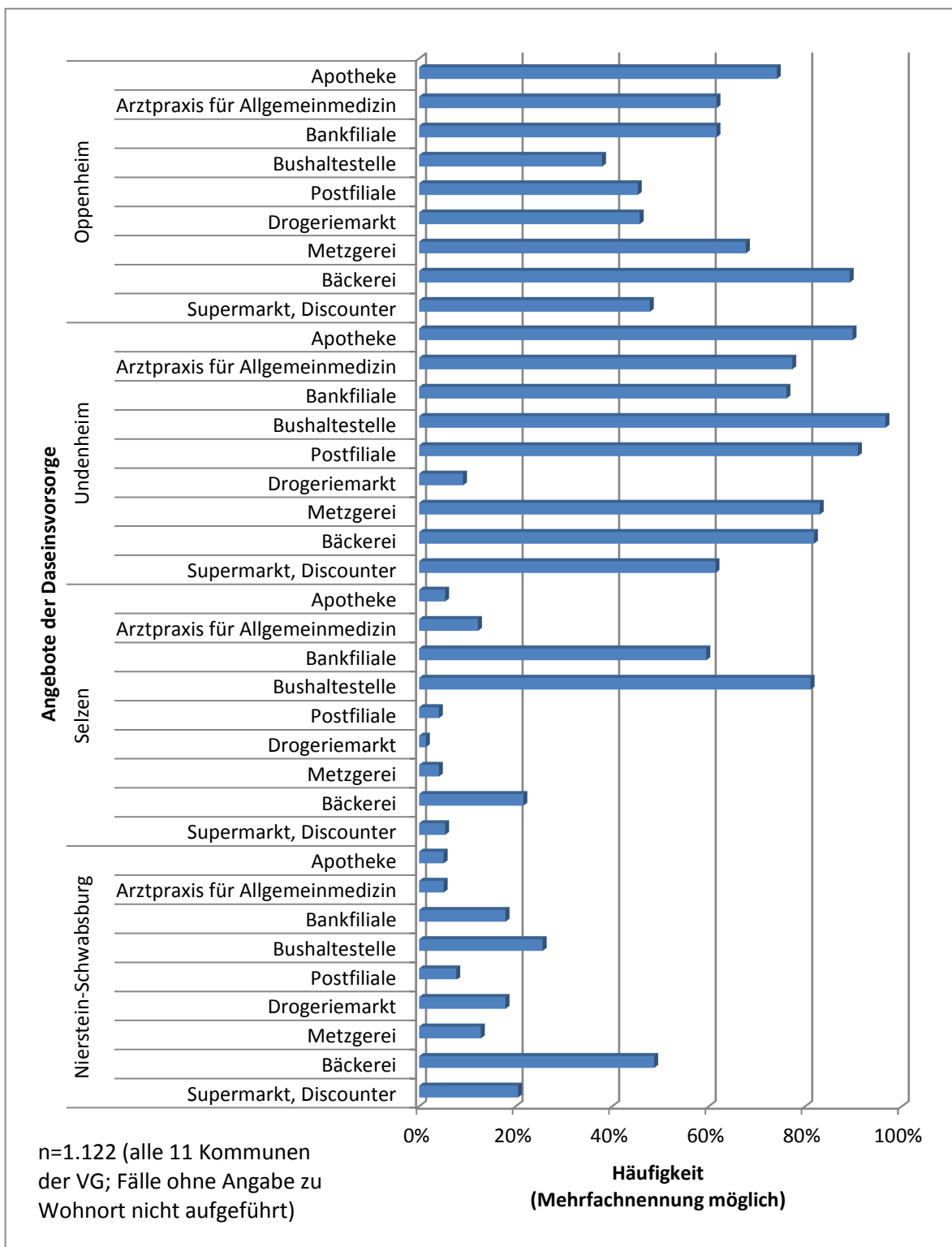
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 42: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 43: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-
Oppenheim III



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

5.2.3 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Beantwortung der Forschungsfragen

Im Folgenden werden zunächst die Ausführungen des Kapitels 5.2 zusammengefasst und **Forschungsfrage 2**, *Wie stellt sich die Versorgungssituation für ältere Bevölkerungsgruppen in den Daseinsvorsorgebereichen der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung und der Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs in den suburbanen Untersuchungskommunen dar? Welches Versorgungsverhalten weisen Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus auf und inwieweit ist dieses im hohen Alter adaptierbar?* beantwortet.

Derzeitige Versorgungssituation

Die strukturellen Rahmenbedingungen im Bereich des Angebots und der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen, die älteren Menschen der Bevölkerungsgruppe 60plus zur Verfügung stehen, um sich derzeit und zukünftig im höheren Alter selbst zu versorgen, sind in den suburbanen Kommunen des Fallstudiengebiets von räumlichen Disparitäten geprägt, mit der Folge von nicht seniorenrechtlichen Versorgungssituationen in einem Teil der Untersuchungskommunen.

Im Bereich der medizinischen Versorgung mit Hausärzten attestiert die KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG RHEINLAND-PFALZ dem Landkreis Mainz-Bingen und somit auch den Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim ein vergleichsweise flächendeckendes Versorgungsangebot. Die Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim verfügen hierbei jeweils über mindestens eine Praxis für Allgemeinmedizin, in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim befindet sich lediglich in fünf der elf Kommunen eine Niederlassung. Die fachärztliche Versorgung findet in beiden Verbandsgemeinden ausschließlich in den zentralen Orten statt. Darüber hinaus ist in sieben von 16 Kommunen mindestens eine Apotheke vorhanden.

Die Erreichbarkeit der nächstgelegenen Hausarztpraxis, gemessen anhand des Indikators der durchschnittlichen PKW-Fahrdistanz beträgt in weiten Teilen des Untersuchungsgebietes bis unter 1 km. Lediglich in den einwohnerschwächeren Ortsgemeinden ohne hausärztliche Niederlassungen ist von einer Fahrdistanz von 2,5 bis 5 km auszugehen.

Ein zukünftiges Problem für eine flächendeckende Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung könnte in einer zunehmenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen im Zuge der demographischen Alterung sowie der Alterung der Ärzteschaft liegen.

Ein altengerechtes Versorgungsangebot ist neben einer kleinräumigen Standortstruktur von Einrichtungen der Daseinsvorsorge nur durch die Sicherung der Erreichbarkeit und Mobilität möglich. Das Untersuchungsgebiet weist hinsichtlich des funktionalen Straßennetzes aufgrund von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen gute Nahverkehrsstrukturen für den Motorisierten Individualverkehr auf, so dass von den Kommunen aus innerhalb von 30 PKW-Minuten acht und mehr zentrale Orte der Kategorie Mittel- und Oberzentrum erreichbar sind.

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs sind im Untersuchungsgebiet für einen Teil der Kommunen adäquate Nahverkehrsstrukturen durch ein funktionales Schienennetz, Regio-Buslinien und sonstige Buslinien (z. B. Ortsbusverkehre) gegeben. Die meisten Siedlungsbereiche sind durch die vorhandene Haltestellenstandortstruktur gut erschlossen, wobei Bedienungszeiten und Fahrtenhäufigkeit nicht immer als ausreichend eingestuft werden können. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen des funktionalen Netzes des öffentlichen Verkehrs im Untersuchungsgebiet ist für 100 % der Bevölkerung die Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren flächendeckend innerhalb einer zumutbaren Reisezeit (maximal 45 Minuten während der Hauptverkehrszeit) gegeben.

Der Bereich der Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs unterliegt in den letzten Jahrzehnten einem dynamischen Strukturwandel der u. a. durch Konzentrationsprozesse im Lebensmitteleinzelhandel gekennzeichnet ist. Diese Prozesse sind im Untersuchungsgebiet dahingehend festzustellen, dass in der Vergangenheit Filialen großer Einzelhandelsunternehmen wie Supermärkte, Discounter und Verbrauchermärkte an, für den Individualverkehr gut erreichbaren Einfallstraßen in Gewerbegebieten am Siedlungsrand einwohnerstarker Kommunen errichtet wurden, bei parallel verlaufenden Ausdünnungsprozessen der Nahversorgungsstrukturen aufgrund von Schließungen inhabergeführter Einzelhandelsgeschäfte. Infolgedessen ist eine fußläufige Erreichbarkeit von Lebensmitteleinzelhändlern und somit eine wohnortnahe Grundversorgung in vielen kleineren Ortsgemeinden nicht gegeben.

Die Versorgung durch Drogeriemärkte findet ausschließlich in den zentralen Orten des Untersuchungsraumes und insbesondere peripher in Gewerbegebieten am Siedlungsrand statt.

Die Standortstrukturen von Bäckereien und Metzgereien sind aufgrund einer innerstädtischen bzw. innerdörflichen Lage hinsichtlich ihrer fußläufigen Erreichbarkeit positiv zu bewerten. Allerdings steht nicht flächendeckend in jeder Kommune ein Versorgungsangebot in diesem Bereich zur Verfügung. In diesem Versorgungsbereich als auch im Bereich von Bank- und Postdienstleistungen bestehen zwischen der Verbandsgemeinde Bodenheim und der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim dahingehend Differenzen, dass erstere aufgrund enger Versorgungsnetze ein sehr gutes Leistungsangebot vorweisen kann, während letztere Gebietskörperschaft in mehreren Kommunen keine derartigen Waren und Dienstleistungen der Nahversorgung zur Verfügung stellt.

Zentrale Forschungsergebnisse:

Folgende Merkmale sind für die Versorgungssituation in den Untersuchungskommunen zu konstatieren:

➤ **Medizinische Versorgung:**

- Hinsichtlich des Einwohner-Arzt-Verhältnisses ist im Untersuchungsgebiet eine, im Vergleich zum Durchschnitt in Rheinland-Pfalz, unterdurchschnittliche Anzahl an Hausarzt-niederlassungen vorhanden. Eine flächendeckende hausärztliche Versorgung ist momentan jedoch sichergestellt.

- Mögliche Schließungen einzelner Praxen können aufgrund der Altersstruktur der Ärzte sowie der zunehmenden Zentralisierungseffekte direkt zu gravierenden Veränderungen der hausärztlichen Versorgung führen.
 - Fachärztliche Praxen sind im Untersuchungsgebiet ausschließlich in den Grund- und Mittelzentren ansässig und somit nicht flächendeckend vorhanden.
 - Apotheken sind in 7 von 16 Kommunen vorhanden, was einschließlich der Apothekenbringdienste als eine verhältnismäßig flächendeckende Versorgung angesehen werden kann.
- Verkehrsinfrastruktur unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs
- Aufgrund des funktionalen Straßennetzes sind gute Nahverkehrsstrukturen für den Motorisierten Individualverkehr im Untersuchungsgebiet gegeben.
 - Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs sind lediglich für einen Teil der Kommunen adäquate Nahverkehrsstrukturen durch ein funktionales Schienennetz, Regio-Buslinien und sonstige Buslinien gegeben.
 - Das Bushaltestellennetz weist größtenteils eine relativ engmaschige Struktur auf, allerdings sind punktuelle Erschließungsmängel in einzelnen Siedlungsbereichen zu konstatieren.
 - In der Anbindung kleinerer Ortsgemeinden an Grund- und Mittelzentren ist ein Anpassungsbedarf festzustellen. Demnach orientieren sich Buslinien zum Teil an den Taktzeiten des Schülerverkehrs, fahren somit in weiten zeitlichen Abständen und beschränkt auf bestimmte Tageszeiten, bei gleichzeitigem Nichtanfahren bestimmter Haltestellen.
- Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs
- Im Untersuchungsgebiet befinden sich die Standorte des Lebensmitteleinzelhandels aufgrund von räumlichen Konzentrationsprozessen primär an den für den Individualverkehr gut erreichbaren Einfallstraßen in Gewerbegebieten am Siedlungsrand einwohnerstarker Kommunen.
 - Im Zuge paralleler Schließungen inhabergeführten Einzelhandelsgeschäfte ist keine flächendeckende Angebotsstruktur im Sinne einer Nahversorgung im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels gegeben.
 - Die Versorgung mit Drogeriemärkten findet ausschließlich in den zentralen Orten des Untersuchungsraumes und hier insbesondere in Gewerbegebieten am Siedlungsrand statt.
 - Die Standorte von Bäckereien und Metzgereien sind innerstädtisch bzw. innerdörflich zentral gelegen und bezüglich der fußläufigen Erreichbarkeit positiv zu

bewerten. Diese Versorgungsangebote sind jedoch nicht flächendeckend in jeder Kommune vorhanden.

- In dem Bereich der Servicedienstleistungen ist in einem großen Teil des Untersuchungsraumes ein weitgehendes Fehlen von Bank- und Postdienstleistungen festzustellen.

Aktionsräumliches Versorgungsverhalten der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus

Ausgehend von den gegebenen Standortstrukturen der Versorgungsangebote im Untersuchungsraum zeigt sich innerhalb der Bevölkerungsgruppe 60plus vorwiegend eine Nahorientierung im Versorgungsverhalten. Die Mehrheit der befragten Haushalte frequentiert Versorgungseinrichtungen an ihrem Wohnort, wenngleich in manchen Segmenten der Daseinsvorsorge (z. B. Bankdienstleistungen) weitläufigere Aktionsräume bis hin zum nächsten Oberzentrum festzustellen sind. Diese primäre Nahraumorientierung findet allerdings in zehn von 16 Kommunen, besonders bei der Nutzung von Supermärkten und Discountern, innerhalb anderer Kommunen der jeweiligen Verbandsgemeinde statt.

Eine Analyse der Verkehrsmittelwahl im Rahmen der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge zeigt ein eindeutig auf den Motorisierten Individualverkehr ausgelegtes Versorgungsverhalten. Die Erreichung von Versorgungsangeboten mit dem Verkehrsmittel des Fahrrads oder zu Fuß besitzt im Vergleich zum Motorisierten Individualverkehr eine geringere Bedeutung, während die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs größtenteils eine untergeordnete Rolle spielt.

Die Untersuchung der subjektiven Wahrnehmung der fußläufigen Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in den Kommunen des Untersuchungsgebietes aus der Perspektive der befragten Haushalte legt dar, dass keine ausreichenden und flächendeckenden Angebote der Nahversorgung und an medizinischen Dienstleistungen sowie eine entsprechende Haltestellenstandortstruktur des öffentlichen Personennahverkehrs gegeben sind.

So ist im Bereich der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Supermarkt, Discounter, Bäckerei, Metzgerei, Drogeriemarkt, Post- und Bankfiliale) die Nahversorgungssituation hinsichtlich der fußläufigen Erreichbarkeit in beiden Verbandsgemeinden in großen Teilen als nicht seniorengerecht zu bewerten. Beispielsweise kann in den zentralen Orten mit einer Vielzahl von Lebensmitteleinzelhändlern lediglich ca. die Hälfte der Einwohner innerhalb von max. 10 Gehminuten oder einer Entfernung von 500 bis 1.000 m einen solchen Standort erreichen. Dem gegenüber stehen viele kleinere Ortsgemeinden ohne entsprechende Angebote, womit eine fußläufige Erreichbarkeit nicht gegeben ist.

Im Bereich der medizinischen Dienstleistungen kann die Verbandsgemeinde Bodenheim gute fußläufige Erreichbarkeitsverhältnisse von Arztpraxen und Apotheken aufweisen, während die Versorgungssituation in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim im Vergleich als defizitär einzustufen ist.

Die fußläufige Erreichbarkeit von Bushaltestellen ist insbesondere in den flächenextensiven zentralen Orten für eine Vielzahl der Einwohner nicht gegeben.

Insgesamt ist festzuhalten, dass einerseits durch räumliche Konzentrationsprozesse von Versorgungseinrichtungen und dadurch resultierende Entfernungszuwächse ein hoher Aufwand an Mobilität für die Bevölkerung suburbaner Gebiete von Nöten ist. Andererseits schränken sich mit zunehmendem Alter u. a. aus gesundheitlichen Gründen die Aktionsräume älterer Menschen ein. Damit ist als Ergebnis zu konstatieren, dass die beobachteten Muster des Versorgungsverhaltens der Bevölkerungsgruppe 60plus zukünftig im höheren Alter nicht adaptierbar sind.

Zentrale Forschungsergebnisse:

- Basierend auf den versorgungsstrukturellen Standortstrukturen im Untersuchungsraum zeigt die Bevölkerungsgruppe 60plus primär eine Nahorientierung in ihrem Versorgungsverhalten. Dennoch erfolgt die Nahversorgung eines großen Anteils der Untersuchungsgruppe aufgrund fehlender flächendeckender Angebote in Versorgungseinrichtungen anderer Kommunen der jeweiligen Verbandsgemeinde.
- Die Verkehrsmittelwahl im Rahmen des Versorgungsverhaltens ist eindeutig auf den Motorisierten Individualverkehr ausgelegt.
- Eine flächendeckende Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs im Sinne einer fußläufigen Erreichbarkeit innerhalb von zehn Gehminuten oder 500 m bis 1.000 m Entfernung zu den jeweiligen Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist im Untersuchungsgebiet nicht gegeben.

6



6 Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus – Untersuchung am Beispiel suburbaner Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen

Nach der Darstellung der derzeitigen Versorgungssituation für ältere Bevölkerungsgruppen in den suburbanen Untersuchungskommunen, deren Versorgungsverhalten und den damit verbundenen potentiellen zukünftigen Problemlagen im höheren Alter wird nun im ersten Teil (Kapitel 6.1) der empirischen Analyse von Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus, der **Wohnstandortbewertung**, die subjektiv empfundene Standortzufriedenheit der befragten Haushalte mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge und der Wohnsituation untersucht. Es ist von Interesse, welche Auswirkungen die räumliche Umwelt auf die Standortzufriedenheit besitzt und welche Rückschlüsse auf das Untersuchungsgebiet zu ziehen sind.

Anschließend sichert eine Betrachtung der zukünftigen Standortanforderungen der befragten Haushalte im Bereich der Versorgungsstruktur ihres Wohnstandorts zum einen Erkenntnis über die seniorenspezifische Standortqualität des Untersuchungsraumes im Hinblick auf das höhere Alter und zum anderen Aufschluss darüber, inwieweit sich die Bevölkerungsgruppe 60plus bereits heute mit der Zukunftsfähigkeit ihres Wohnstandortes in Bezug auf die seniorenspezifische Eignung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge auseinandersetzt. Hierzu wird zunächst die Bewertung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge untersucht. Auf dieser Basis können anschließend durch die Analyse der Wahrnehmung von zukünftigen Defiziten in einzelnen Sektoren der Daseinsvorsorge Implikationen auf generelle Bedürfnisse hinsichtlich zukünftiger Wohnstandortanforderungen der befragten Haushalte gezogen werden.

Der zweite Teil (Kapitel 6.2) der empirischen Analyse von Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus beschäftigt sich mit der, aus der Wohnstandortbewertung abzuleitenden prospektiven **Wohnmobilität**. Umzugsmotivationen von Individuen sind primär, neben der Beeinflussung durch externe Faktoren auf der Makroebene wie Wirtschaftslage, Wohnungsmarkt und -politik, durch raum- und siedlungsstrukturelle Rahmenbedingungen, wohnungsbezogene Determinanten sowie durch individuenspezifische sozioökonomische Merkmale von Akteuren bestimmt (vgl. Abbildung 44).

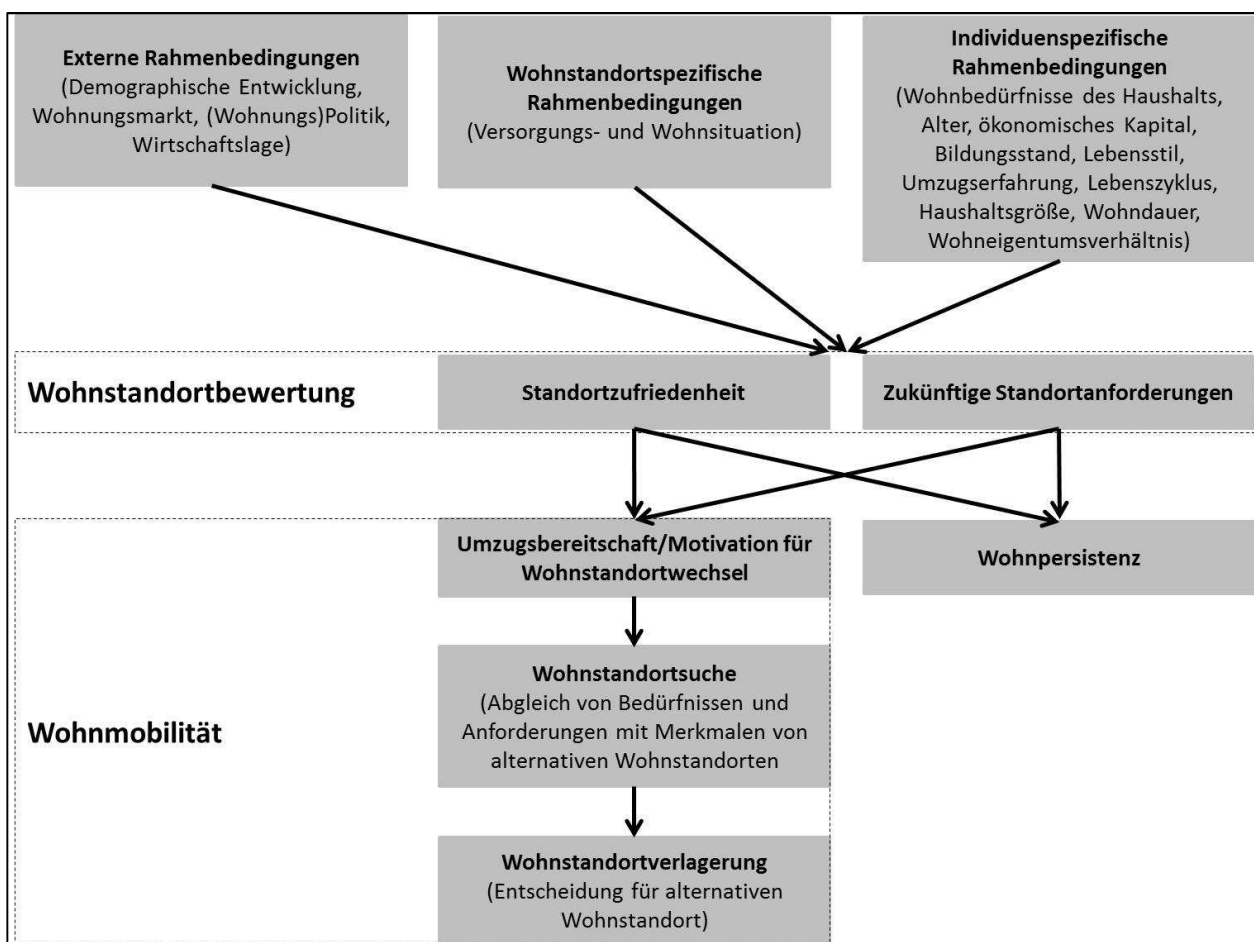
Das Potential der Umzugsbereitschaft von Haushalten kann, ebenso wie die subjektive Wohnstandortbewertung, als Indikator für die seniorenspezifische Standortqualität der suburbanen Untersuchungskommunen interpretiert werden. Demzufolge liegt neben der Darstellung des bisherigen Wanderungsverhaltens älterer Bevölkerungsgruppen im Untersuchungsgebiet der Schwerpunkt der Analyse auf dem Ausmaß der Wohnmobilität in Zusammenhang mit den gegebenen in Kapitel 5.2 dargestellten wohnstandortspezifischen Rahmenbedingungen sowie mit der in Kapitel 6.1 analysierten subjektiven Wohnstandortbewertung. Ebenfalls werden die Verbindungen zwischen Wohnmobilität und sozioökonomischen Merkmalen der befragten Haushalte erforscht.

Mit der Analyse der Zusammenhänge der jeweiligen Indikatoren können indirekt Umzugsmotivationen ermittelt werden, eine spezielle Untersuchung der von den befragten Haushalten genannten Motive der Wohnmobilität folgt anschließend in Kapitel 6.2.3.

Weiterhin sind potentielle Umzugsziele und gewünschte Wohnformen der Bevölkerungsgruppe 60plus Gegenstand der Untersuchung.

Die Analyse wird zunächst auf einer übergeordneten Gesamtebene aller Untersuchungskomponenten vorgenommen. Im Anschluss folgt eine Darstellung verschiedener Aggregationsebenen (Verbandsgemeindeebene sowie kommunale Ebene), um Zusammenhänge zwischen den entsprechenden Untersuchungsgegenständen (Standortzufriedenheit, zukünftige Standortanforderungen, Wohnmobilität) und raumstrukturellen Rahmenbedingungen herausarbeiten zu können.

Abbildung 44: Modell der Wohnstandortentscheidung suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2015

6.1 Wohnstandortbewertung suburbaner Kommunen durch Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus

6.1.1 Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge und der Wohnsituation

Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs

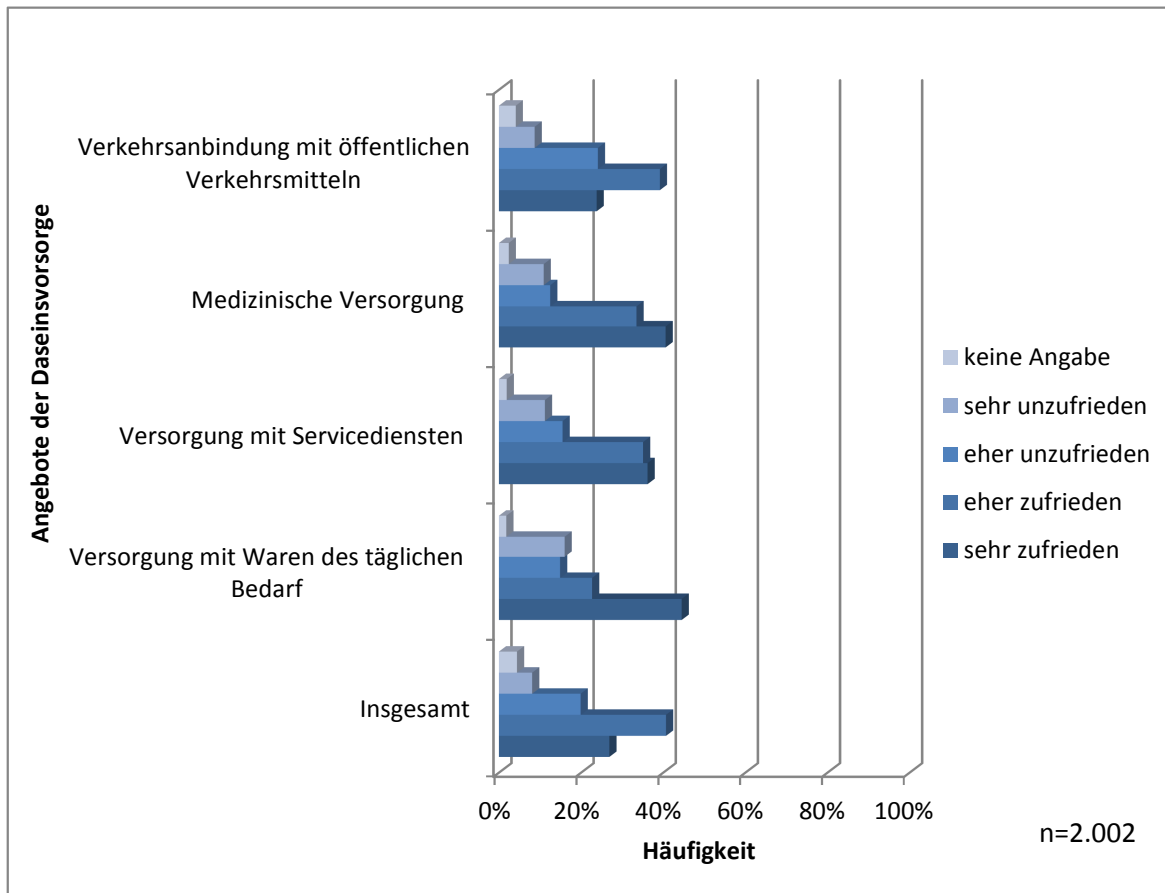
Die Zufriedenheit eines Individuums mit seinem Wohnstandort ist determiniert durch dessen subjektive Wahrnehmung und Bewertung der physisch-materiellen sowie der sozialen Umwelt. Dabei lässt die Wahrnehmung der menschlichen Umwelt „aus persönlichen Variablen, kulturellen und gruppenspezifischen Randbedingungen kognitive Prozesse entstehen [...], die über Bilder und weitere räumliche Vorstellungen zu raumbezogenem Verhalten führen.“³⁸⁶ Die Perzeption der menschlichen Umwelt, die im Kontext der Planungs- und Regionalwissenschaften auch mit *Raum* gleichgesetzt wird, geht somit dem raumbezogenen Verhalten (z. B. Wohnmobilität) voraus, welches als „das auf den Raum bezogene, im Raum stattfindende und den Raum gestaltende menschliche Verhalten“ definiert wird.³⁸⁷

Eine Analyse der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der Versorgungssituation mit Waren des täglichen Bedarfs auf aggregierter Ebene aller Untersuchungskommunen (n=2.002) zeigt, dass entsprechend dem hohen Nutzungsgrad der Lebensmittelgeschäfte und Drogerien direkt an dem eigenen Wohnort oder in benachbarten Kommunen innerhalb der jeweiligen Verbandsgemeinde (vgl. Kapitel 5.2.2) die Versorgungssituation durch die Bevölkerungsgruppe 60plus insgesamt als positiv bewertet wird. Demnach sind 44,5 % der Haushalte *sehr zufrieden*, 22,7 % *eher zufrieden*, 14,9 % *eher unzufrieden* und 16 % *sehr unzufrieden* mit dem Versorgungsangebot ihrer Kommune (vgl. Abbildung 45).

³⁸⁶AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG und LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S.846.

³⁸⁷AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG und LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S.845.

Abbildung 45: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge im gesamten Untersuchungsgebiet



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

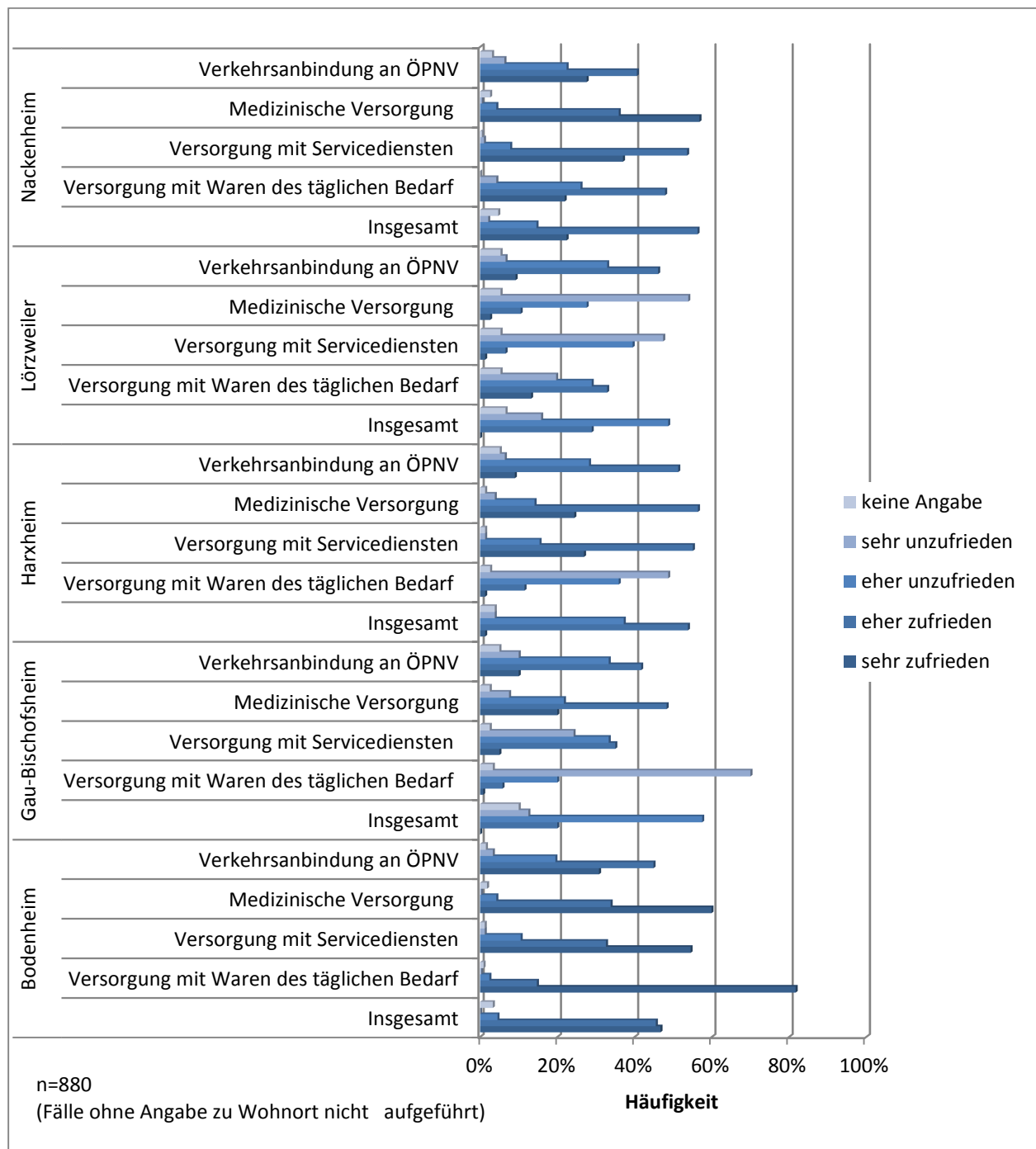
Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei einer Zusammenfassung der Umfrageergebnisse für die beiden Verbandsgemeinden ab, wonach in der Verbandsgemeinde Bodenheim 41,0 % und in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 47,1 % der befragten Bürger mit der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs in ihrer Kommune *sehr zufrieden* sind (vgl. Abbildung 82 und 83 im Anhang). Die Darstellung dieses Umfrageergebnisses kann als verzerrt deklariert werden, da ein Großteil der Haushalte in Kommunen mit zentralörtlicher Funktion wohnt und somit einzelne Einrichtungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen, während in kleineren Kommunen bestimmte Versorgungseinrichtungen nicht vorhanden sind.

Eine kommunenscharfe Analyse bietet jedoch eine differenziertere Betrachtung der Perzeption der jeweiligen Versorgungsangebote durch die dort wohnhaften Haushalte und zeigt zum Teil signifikante Unterschiede auf.

In den Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim ist dementsprechend eine disparate Bewertung aus der Nutzerperspektive zu beobachten: Während den beiden Ortsgemeinden mit zentralörtlicher Funktion Bodenheim und Nackenheim positive Zufriedenheitswerte zugeschrieben werden können, sieht die ältere Bevölkerung in den Kommunen ohne zentralörtliche Funktion eine zum Teil stark defizitäre Versorgungslage in Bezug auf Waren des täglichen Bedarfs.

Demnach sind in Gau-Bischofsheim 70,0 % und in Harxheim 48,7 % der Befragten *sehr unzufrieden* mit den Lebensmittel- und Drogeriewarenangebot an ihrem Wohnort, während in den Grundzentren Bodenheim und Nackenheim lediglich 0,3 % bzw. 4,2 % der Haushalte die Versorgungslage in gleichem Maße negativ bewerten (vgl. Abbildung 46).

Abbildung 46: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in den Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim



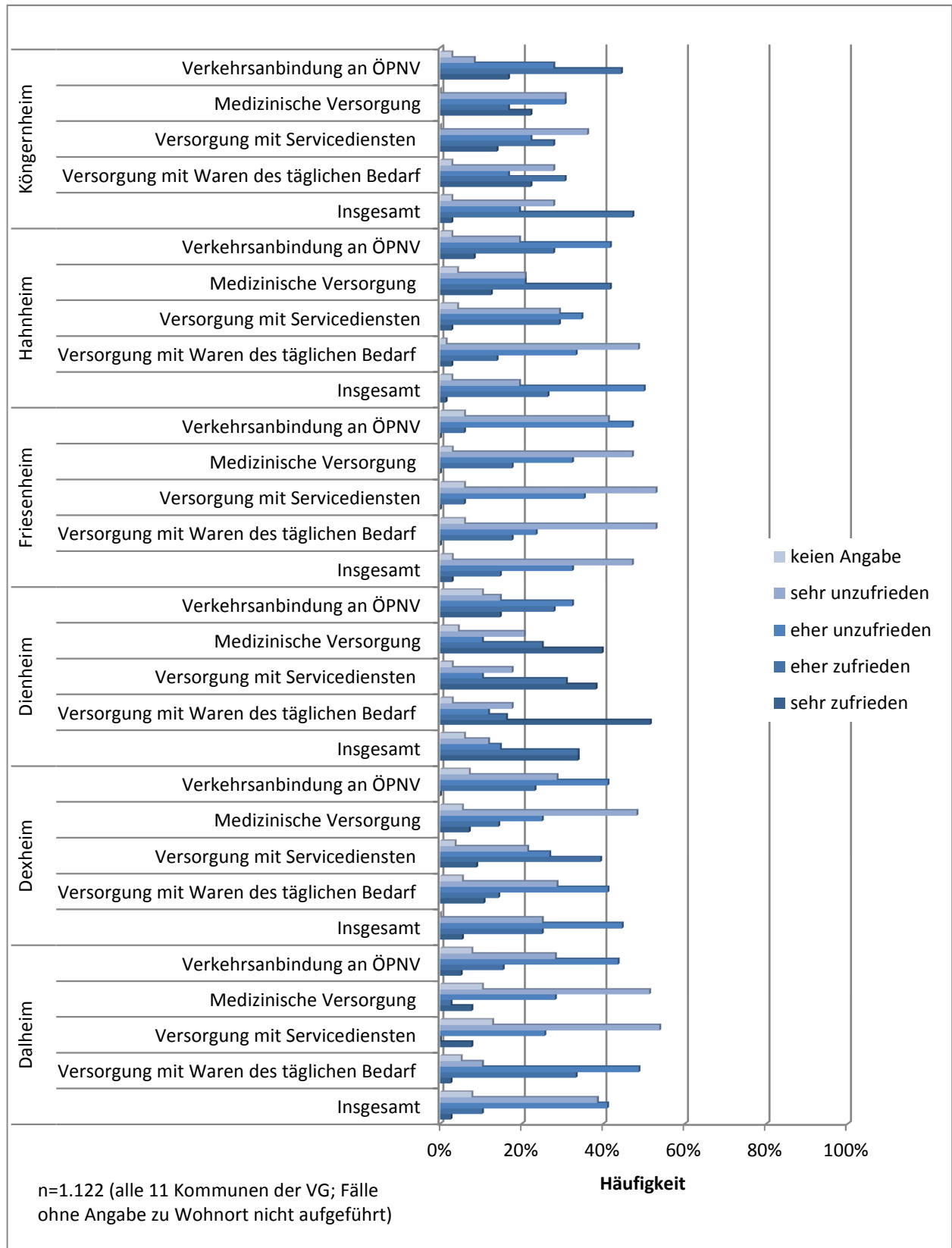
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Ähnlich disparate Bewertungsmuster ergeben sich für die Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (vgl. Abbildungen 47 und 48). Einerseits wird das Angebot in der Kategorie Lebensmittel und Drogeriewaren in den Mittelzentren Nierstein (57,4 % *sehr zufrieden*) und Oppenheim (74,1 % *sehr zufrieden*) sowie in Ortsgemeinden mit vorhandenen Supermärkten und Discountern (Udenheim: 72,7 % *sehr zufrieden*, Mommenheim: 70,6 % *sehr zufrieden*) mit hohen Zufriedenheitsgraden beurteilt. Andererseits nimmt der Großteil der Haushalte in den weiteren Kommunen das Angebot an stationären Versorgungsangeboten als stark defizitär wahr. So sind beispielsweise die Befragten der Ortsgemeinden Selzen zu 60,8 %, Friesenheim zu 52,9 % und Hahnheim zu 48,6 % *sehr unzufrieden* mit der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs. Eine geringere aber dennoch virulente defizitäre Lage in der Ausstattung der kommunalen Versorgungsstrukturen mit Angeboten an Waren des täglichen Bedarfs sieht der größte Teil der Befragten in den Ortsgemeinden Dalheim (48,7 % *eher unzufrieden*) und Dexheim (41,1 % *eher unzufrieden*). Die weniger starke Unzufriedenheit mit dem Angebot an Waren des täglichen Bedarfs in den beiden letztgenannten Ortsgemeinden ist vermutlich auf die jeweilige Existenz eines Dorfladens zurückzuführen.

Diese Erkenntnisse aus der Auswertung der Umfrageergebnisse erscheinen zunächst als eine logische Gleichung: Eine qualitativ hohe Ausstattung der Kommune erzeugt hohe Zufriedenheitswerte auf der Nutzerseite. Allerdings sind in den zentralen Orten und in weiteren Kommunen mit vorhandenen Versorgungsangeboten die Einrichtungen der Daseinsvorsorge primär in peripheren Lagen des Stadt- bzw. des Gemeindegebietes konzentriert verortet. Demnach stellen sich die Erreichbarkeitsverhältnisse von Infrastrukturen und Dienstleistungen gemäß den bereits dargestellten Standards der Nahversorgung (fußläufige Erreichbarkeiten) oftmals als unzureichend heraus. In manchen Fällen bieten kleinere Ortsgemeinden indirekt durch ihre nahe Lage am benachbarten Gewerbegebiet, ohne ein eigenes Vorhalten von Versorgungsangeboten, sogar eine bessere Versorgungslage.

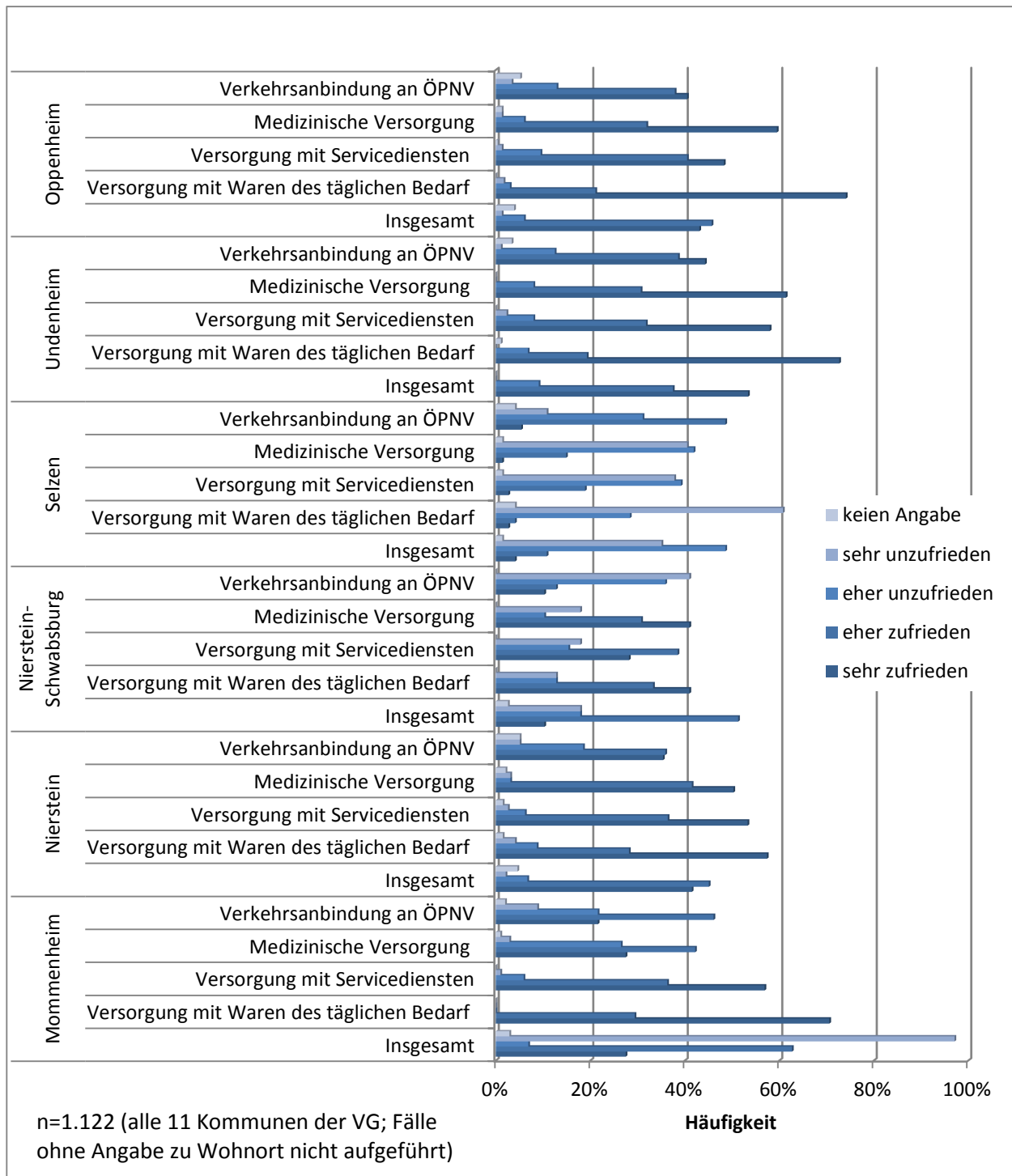
Der entscheidende Erkenntnisgewinn in der Darstellung des Zusammenhangs zwischen der Beurteilung der kommunalen Ausstattungslage und der tatsächlich vorgehaltenen Versorgungsangebote liegt zum einen darin, dass in den Grund- und Mittelzentren sowie in weiteren Kommunen mit vorhandenen Versorgungsangeboten trotz zum Teil erheblicher Distanzen zwischen Wohnung und Einrichtung der Daseinsvorsorge, die Versorgungssituation positiv bewertet wird. Zum anderen zeigt die Analyse dieses Zusammenhangs, dass in den kleineren, nicht zentralörtlichen Ortsgemeinden trotz eines sehr hohen Grades des PKW-orientierten Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung 60plus, die Versorgungssituation in einzelnen Kommunen kritisch gesehen wird. Letzteres kann ein bewusstes Wahrnehmen von möglichen Versorgungsschwierigkeiten im höheren Alter implizieren, wenn ein ausschließlich auf den Motorisierten Individualverkehr ausgelegtes Versorgungsverhalten aufgrund einer möglichen zukünftigen PKW-Fahruntüchtigkeit nicht mehr adaptierbar sein könnte. Folgt man dieser Interpretationslogik kann dagegen aus der Auswertung der Umfrageergebnisse in den zentralen Orten des Untersuchungsgebietes geschlossen werden, dass bei der Bevölkerungsgruppe 60plus ein Wahrnehmen von potentiellen zukünftigen Versorgungsschwierigkeiten zu großen Teilen nicht gegeben ist.

Abbildung 47: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in den Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 48: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in den Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Servicedienste

Zur subjektiven Einschätzung der Angebotslage mit Servicedienstleistungen wie Bank- und Postfilialen wurden die Haushalte nach ihrer Zufriedenheit mit der dies bezüglich Versorgungssituation an dem jeweiligen Wohnstandort befragt.

In einer aggregierten Gesamtbetrachtung aller Untersuchungskommunen liegen die Zufriedenheitswerte der befragten Haushalte primär im Nennungsbereich *sehr zufrieden* (36,2 %) oder *eher zufrieden* (35,1 %). In einem Vergleich mit dem Bereich der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sind in der erstgenannten Bewertungskategorie allerdings Werte auf einem niedrigeren Zufriedenheitsniveau zu konstatieren. Ähnliche Bewertungsmuster sind auf Verbandsgemeindeebene zu verzeichnen.

Allerdings bestehen zwischen den jeweiligen Wohnstandorten große Bewertungsunterschiede in der Versorgungssituation mit Servicedienstleistungen. In der Verbandsgemeinde Bodenheim weisen die Kommunen Bodenheim und Nackenheim, die Ausstattungen mit grundzentralen Funktionen vorhalten, erwartungsgemäß die höchsten Zufriedenheitswerte auf (54,5 % und 21,9 % *sehr zufrieden*), während die Kommunen mit geringeren Einwohnerzahlen und ohne Grundversorgungsfunktion von ihren Einwohnern der Bevölkerungsgruppe 60plus dies bezüglich primär negativ beurteilt werden. In Gau-Bischofsheim sind 24,2 % und in Lörzweiler 47,4 % der befragten Haushalte *sehr unzufrieden* mit der Versorgung mit Servicediensten.

In der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim nimmt in den Kommunen Oppenheim (48,3 % *sehr zufrieden*), Nierstein (53,3 % *sehr zufrieden*), Undenheim (58 % *sehr zufrieden*), Mommenheim (56,9 % *sehr zufrieden*) und Dienheim (38,2 % *sehr zufrieden*) der Großteil der Befragten das Versorgungsangebot mit Servicediensten sehr positiv wahr. Dagegen beurteilen 53,8 % in Dalheim, 52,9 % in Friesenheim, 37,8 % in Selzen und 36,1% in Köngernheim die Versorgungssituation in diesem Sektor als nicht ausreichend und geben an, *sehr unzufrieden* mit dem Angebot an Servicedienstleistungen zu sein.

Die Dichotomie in den Beurteilungen der befragten Haushalte ist multikausal bedingt. Die Wahrnehmung des Individuums wird durch „gesellschaftliche Werte und Normen einerseits, durch Hindernisse physiologischer und sozialer Art andererseits und schließlich durch Festsetzungen auf der Makroebene [...] („bestimmt“)“.³⁸⁸ Physiologische Hindernisse können dabei raum-zeitliche Einflussfaktoren, d.h. distanzielle und zeitliche Erreichbarkeiten darstellen, die unterschiedliche Bewertungsmuster zufolge haben. Im Rahmen der Analyse des Zusammenhangs zwischen der Bewertung von Servicedienstleistungen wie Bank- und Postfilialen am Wohnort und den Entfernungen zur nächstgelegenen Filiale ist feststellbar, dass, wenn ein Serviceangebot in der jeweiligen Kommune vorhanden ist, dann auch der dies bezügliche Zufriedenheitsgrad hoch ist. Gleichzeitig führt ein Fehlen entsprechender Versorgungsangebote in einer Kommune – trotz eines sehr hohen Grades des PKW-orientierten Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung 60plus und in Teilen kurzer Wegstrecken in andere Kommunen mit vorhandenen Versorgungsangeboten – zu niedrigeren Zufriedenheitsgraden. Diese Zusammenhänge lassen den Schluss zu, dass weniger raum-zeitliche Einflussfaktoren bzw. distanzielle und zeitliche Erreichbarkeiten die Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der Individuen determinieren,

³⁸⁸AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG und LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S.849.

sondern vielmehr das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der jeweiligen Versorgungsangebote. So könnten auch die seit den 1990er-Jahren stattfindenden Schließungen von Post- und Sparkassenfilialen eine weitere Erklärung ortsspezifisch niedriger Zufriedenheitswerte in diesem Sektor sein. Das Miterleben der Ausdünnung des Dienstleistungsnetzes vor Ort könnte die Wahrnehmung eines funktionalen Verlustes am Wohnort verstärken und eine höhere Unzufriedenheit implizieren.

Medizinische Versorgung

Nach Auswertung der aggregierten Daten aller 2.002 Befragungsergebnisse in den Untersuchungskommunen der beiden Verbandsgemeinden ist der Grad der Zufriedenheit der befragten Bürger mit dem Angebot an medizinischer Infrastruktur (Ärzte, Apotheken) generell auf einem recht hohen Niveau. So zeigen sich 40,6 % der Senioren im Rahmen der postalischen Befragung mit der medizinischen Versorgungssituation *sehr zufrieden*. Lediglich 12,5 % geben an *sehr unzufrieden* mit dem vorhandenen medizinischen Angeboten zu sein. Ein ähnliches Bild ist bei einer Betrachtung der Umfrageergebnisse nach Verbandsgemeinden zu verzeichnen. Leicht positivere Werte erhalten die Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim (44,8 % *sehr zufrieden*, 6,8 % *sehr unzufrieden*), negativere Einschätzungen von der Nachfrageseite werden den vorgehaltenen Einrichtungen der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim zugeschrieben (37,3 % *sehr zufrieden*, 14,2 % *sehr unzufrieden*).

Weisen die Umfrageergebnisse in den Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Bodenheim zunächst im Gesamtüberblick aller Kommunen dieser Gebietskörperschaft eine positive Bilanz auf, wird bei einer kommunenscharfen Analyse die medizinische Versorgung von den Haushalten der Ortsgemeinde Lörzweiler überwiegend als unzureichend eingeschätzt. Auf die Frage der Zufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation mit Ärzten und Apotheken wählten hier 53,9 % der Haushalte die Antwortkategorie *sehr unzufrieden*. Die übrigen Ortsgemeinden dieser Verbandsgemeinde rezensieren ihren Zufriedenheitsgrad mit der medizinischen Versorgungslage vorwiegend als *sehr zufrieden* und *eher zufrieden*. Die höchsten Werte subjektiv wahrgenommener Zufriedenheit mit der medizinischen Versorgung besteht wie auch bei der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sowie mit Servicediensten in dem Grundzentrum Bodenheim (59,9 % *sehr zufrieden*).

In den Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim ist entsprechend der Unterschiedlichkeit der versorgungsstrukturellen Merkmale, eine divergierendere Situation in Bezug auf die Zufriedenheitswerte im Bereich der medizinischen Versorgung zu erkennen. Zwar bewertet in sechs von zwölf Kommunen der größte Teil der Befragten die Versorgungssituation als positiv (*sehr zufrieden*: Dienheim, Nierstein, Nierstein-Schwabsburg, Udenheim, Oppenheim; *eher zufrieden*: Hahnheim, Mommenheim), in fünf weiteren Ortsgemeinden wird die Angebotslage allerdings von dem größten Anteil der Haushalte als unzureichend bzw. völlig unzureichend angesehen (*eher unzufrieden*: Selzen; *sehr unzufrieden*: Dalheim, Dexheim, Friesenheim, Köngernheim).

Ein Vergleich der Lage der Angebote an Arztpraxen und Apotheken mit den Wahrnehmungs- und Bewertungsergebnissen der befragten Haushalte lässt gleichsam wie im Bereich der Ser-

vicedienstleistungen, die ebenfalls zum Teil zentrale Standortstrukturen in Stadt- bzw. Dorfzentren aufweisen, einen Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein und Nichtvorhandensein von Einrichtung der medizinischen Daseinsvorsorge vor Ort und der Beurteilung des Angebots erkennen. Eine fehlende bzw. mangelnde medizinische Versorgung vor Ort ist für die betroffenen Haushalte trotz der derzeitigen Automobilität inakzeptabel und führt zu niedrigeren Zufriedenheitsgraden. Die Zufriedenheit der Bürger wird also insbesondere durch einzelne versorgungsstrukturelle Ausstattungsmerkmale des Wohnstandortes beeinflusst und weniger durch gegebene standortbezogene Erreichbarkeitsverhältnisse.

Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Ein weiterer Teil der empirischen Befragung zur Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge befasst sich mit dem Sektor des öffentlichen Personennahverkehrs. Im Rahmen der Untersuchung wurde die Bevölkerungsgruppe 60plus nach der Zufriedenheit mit der Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln in ihrer Kommune gefragt.

Insgesamt 23,8 % aller 2.002 Befragten *sind sehr zufrieden* mit dem öffentlichen Personennahverkehr-Angebot und hält es dem Bedarf entsprechend für angemessen. Damit erhält dieser Bereich der Daseinsvorsorge in dieser Zufriedenheitskategorie im Vergleich mit den zuvor dargestellten Sektoren den niedrigsten Wert. 39,2 % zeigen sich *eher zufrieden* mit dem Angebot. 24,1 % der Befragten äußern, mit dem öffentlichen Personennahverkehr-Angebot *eher unzufrieden* und 8,7 % *sehr unzufrieden* zu sein, was eine Implikation von teilräumlichen Angebotsdefiziten zulässt.

In den Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim ähnelt die Beurteilung der Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln den Werten der aggregierten Analyse aller befragten Haushalte. Die größten Gruppen sind ebenfalls *eher zufrieden* mit dem Leistungsangebot in diesem Segment der öffentlichen Daseinsvorsorge (44,9 % und 34,8 %), während lediglich 5,5 % (Verbandsgemeinde Bodenheim) und 11,3 % (Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim) den Zufriedenheitsgrad *sehr unzufrieden* wählen.

Die Analyse der Bewertung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Ebene der einzelnen Untersuchungskommunen weist, im Vergleich mit den anderen bereits aufgeführten Bereichen der Daseinsvorsorge, geringere aber hinsichtlich der Bedeutung der Mobilität und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen dennoch entscheidende Unterschiede auf. In den Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim deutet die Wahrnehmung und Bewertung von Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs bei dem größten Teil der Haushalte auf ein hohes Zufriedenheitsniveau hin. So liegen die höchsten Prozentsätze bei Beantwortung der Frage nach der Zufriedenheit mit der derzeitigen Angebotssituation im Bereich der Antwortkategorie *eher zufrieden* (Bodenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler) und *sehr zufrieden* (Nackenheim). Obwohl der Anteil der Befragten mit positiver Perzeption der gegebenen Angebotsstrukturen in allen Ortsgemeinden recht hoch ist, kann dennoch eine räumliche Disparität in den Bewertungsmustern festgestellt werden, da in drei Kommunen ca. ein Drittel der Befragten die Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln als unzureichend ansehen. So sind in Gau-

Bischofsheim 33,3 %, in Harxheim 28,2 % und in Lörzweiler 32,9 % *eher unzufrieden* mit den Verkehrsanbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

In den Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim zeigt sich ein zweigeteiltes Bild hinsichtlich der Zufriedenheitswerte mit den Leistungen der Daseinsvorsorge im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs. In sechs Kommunen ist laut Umfrage der größte Anteil der Befragten *eher zufrieden* und *sehr zufrieden* mit den Mobilitätsangeboten, in fünf Kommunen ist der größte Anteil der Befragten *eher unzufrieden*.

Aus dem in Kapitel 5.2.2 untersuchten aktionsräumlichen Versorgungsverhalten der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus im Untersuchungsgebiet ist deutlich geworden, dass die Bevölkerung in den Kommunen oftmals lediglich wenige Versorgungseinrichtungen in fußläufiger Entfernung vorfindet und somit in hohem Maße auf motorisierte Verkehrsmittel angewiesen ist.

Trotz dieser nahversorgungsstrukturellen Gegebenheiten nutzen weit über 90 % der befragten Haushalte den öffentlichen Personennahverkehr zur Erreichung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht. Dennoch kritisiert ein Teil der Befragten im Rahmen der Bewertung der Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln defizitäre Anbindungsstrukturen. Diese kritische Beurteilung lässt den Schluss zu, dass die Ausstattung von Kommunen mit Verkehrsanbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, neben der Funktion als Einrichtung zur Erfüllung der zentralen Daseinsgrundfunktionen, eventuell auch einen wahrnehmungspsychologischen Effekt besitzt: Eine defizitäre Anbindung bewirkt ein Gefühl des *Abgeschnittenseins*.

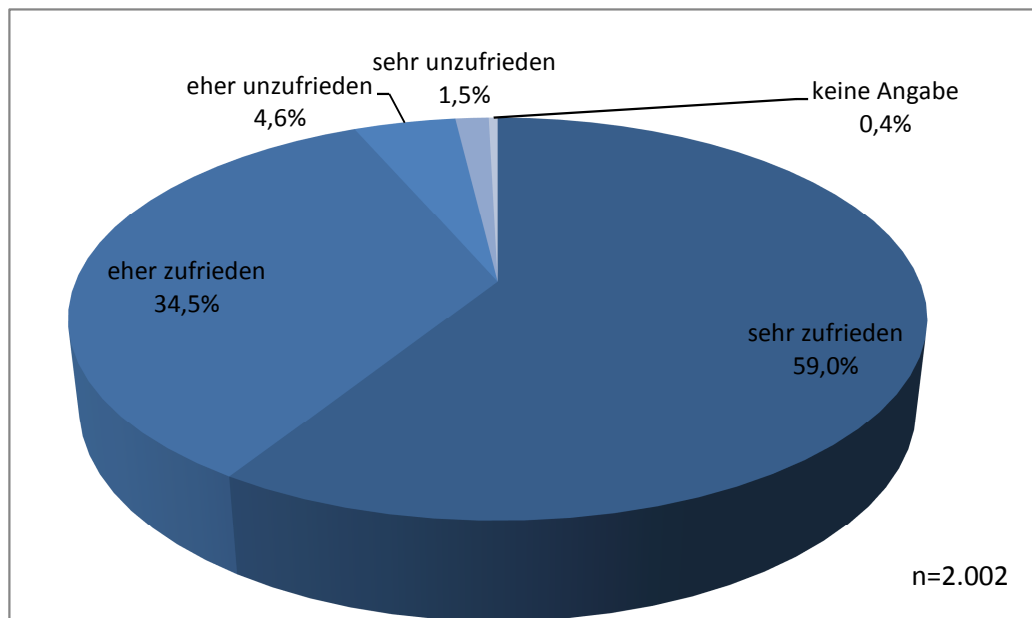
In einer Kausalanalyse ist zu erkennen, dass ein Zusammenhang zwischen der subjektiven Bewertung des öffentlichen Personennahverkehrs aus Bürgersicht und dem kommunalen Angebot in diesem Bereich der Daseinsvorsorge besteht. Denn je höher der Qualitätsstandard des öffentlichen Personennahverkehr-Angebots in einer Kommune, desto höher ist der Anteil der Haushalte, die einen hohen Zufriedenheitsgrad aufweisen. Es ist demnach anzunehmen, dass trotz einer hohen PKW-Verfügbarkeit und der damit oftmals verbundenen Nichtnutzung des öffentlichen Personennahverkehr-Angebots, dieses dennoch als wichtiger Wohnstandortfaktor wahrgenommen wird.

Bewertung der Wohnsituation

Ein weiterer wahrnehmungsbezogener Indikator, die *Wohnzufriedenheit*, dient der Operationalisierung der subjektiven Bewertung der individuellen Wohnsituation in Bezug auf die eigene Wohnung bzw. das eigene Haus. In einer aggregierten Analyse aller untersuchten Kommunen wird eindeutig die Zufriedenheit der Bewohner mit ihrer derzeitigen Wohnsituation belegt (vgl. Abbildung 49). 59,0 % der Befragten geben an *sehr zufrieden* und 34,5 % *eher zufrieden* mit der aktuellen Wohnsituation zu sein.

In einem Vergleich der beiden Verbandsgemeinden fällt auf, dass das relative Verhältnis der Wohnzufriedenheitsgrade für beide Gebietskörperschaften ähnliche Werte aufweist. In der Verbandsgemeinde Bodenheim geben durchschnittlich 62,1 % und in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 57,0 % an *sehr zufrieden* und 32,2 % bzw. 36,6 % *eher zufrieden* mit den eigenen Wohnverhältnissen zu sein (Darstellung der Wohnzufriedenheit separat nach Verbandsgemeinden siehe Abbildung 84 im Anhang). Man kann somit von einer grundsätzlichen Zufriedenheit der Bevölkerung mit der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus in dem Untersuchungsgebiet ausgehen. Diese Zufriedenheitswerte sind u. a. damit zu erklären, dass insbesondere bei älteren Menschen nach einer oftmals über mehrere Jahrzehnte reichenden Wohndauer eine emotionale Verbundenheit mit der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus besteht. Eine kommunenscharfe Analyse bestätigt die generell hohen Zufriedenheitswerte in allen Kommunen (vgl. Abbildung 85 im Anhang).

Abbildung 49: Wohnzufriedenheit der befragten Haushalte mit dem eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung im gesamten Untersuchungsgebiet



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: Eigene Erhebung 2014

6.1.2 Zukünftige Standortanforderungen in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge

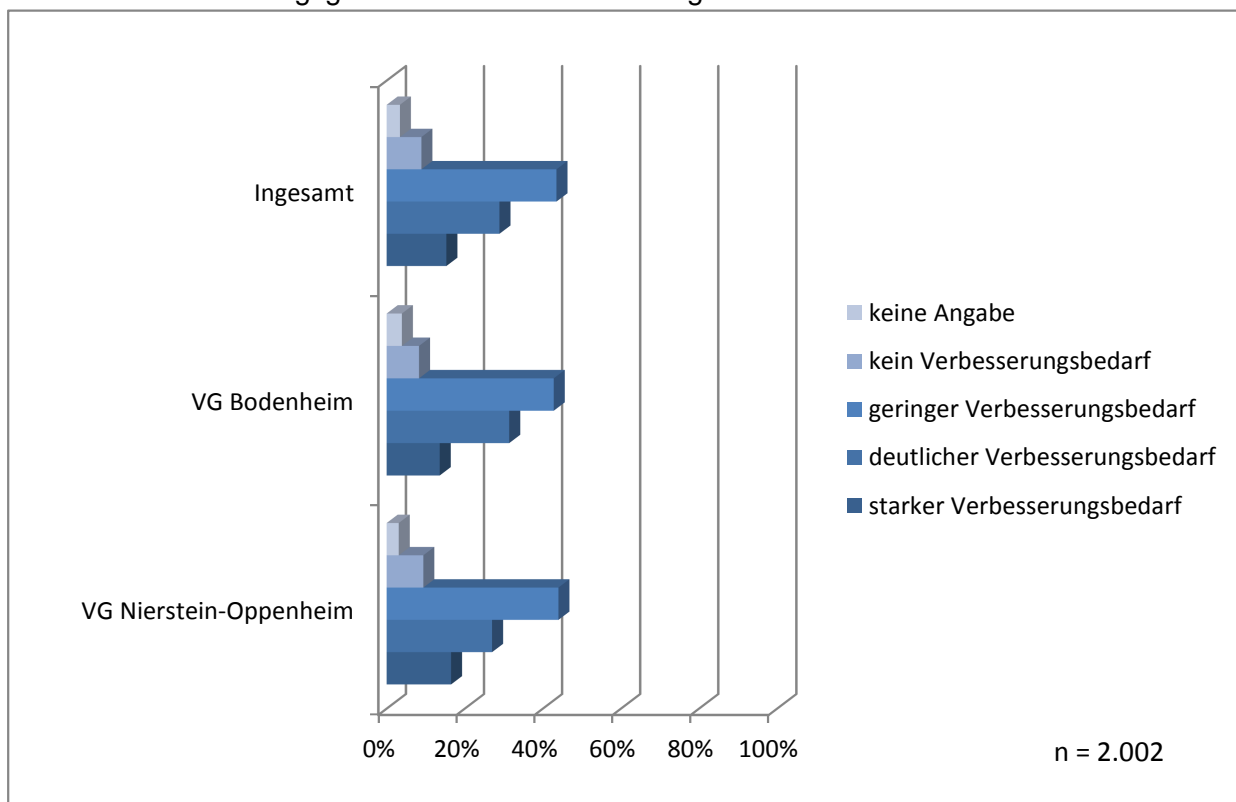
Verbesserungsbedarf bei Angeboten der Daseinsvorsorge

Wie in Kapitel 2.1.1 dargestellt, definieren sich Wohnbedürfnisse als spezifische Anforderungen an den Wohnstandort, die indirekt auch die Beurteilung des Verbesserungsbedarfs sowie bestehende Defizite, die mit dem Streben nach Behebung verbunden sind, beschreiben. Auf dieser definitorischen Grundlage wird im Folgenden zunächst die generelle Wahrnehmung und Bewertung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge durch die Bevölkerungsgruppe 60plus dargestellt, gefolgt von der Analyse der Wahrnehmung zukünftiger Defizite in einzelnen Sektoren der Daseinsvorsorge.

Die Beurteilung der Attraktivität eines Wohnstandortes aus Bewohnerperspektive ist multifaktoriell beeinflusst und wird u. a. von sozialem Status, Bildungsstand, Wertesystem und Einkommensgefüge determiniert. Daraus resultierend nehmen die befragten Haushalte des Untersuchungsgebietes unterschiedliche versorgungsstrukturelle Einschränkungen ihres Wohnstandortes wahr bzw. besitzen distinktive Bedürfnisse und Wünsche hinsichtlich der funktionalen Raumausstattung ihres Wohnortes.

Im Rahmen der schriftlichen Befragung konnten die Haushalte anhand einer viergliedrigen Ordinalskala den Verbesserungsbedarf im Bereich öffentlicher und privater Daseinsvorsorge bewerten. In den 16 Untersuchungskommunen (n=2.002) wird aus Sicht der Befragten von 8,9 % *kein Verbesserungsbedarf*, von 43,5 % ein *geringer*, von 28,9 % ein *deutlicher* und von 15,3 % ein *starker Verbesserungsbedarf* im Bereich von Versorgungsangeboten wahrgenommen (vgl. Abbildung 50). Eine differenzierte Analyse der beiden Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim verdeutlicht beinahe kongruente, bis auf wenige Prozentpunkte voneinander abweichende Wertungen aus Nutzerperspektive.

Abbildung 50: Bewertung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets sowie der Verbandsgemeinden



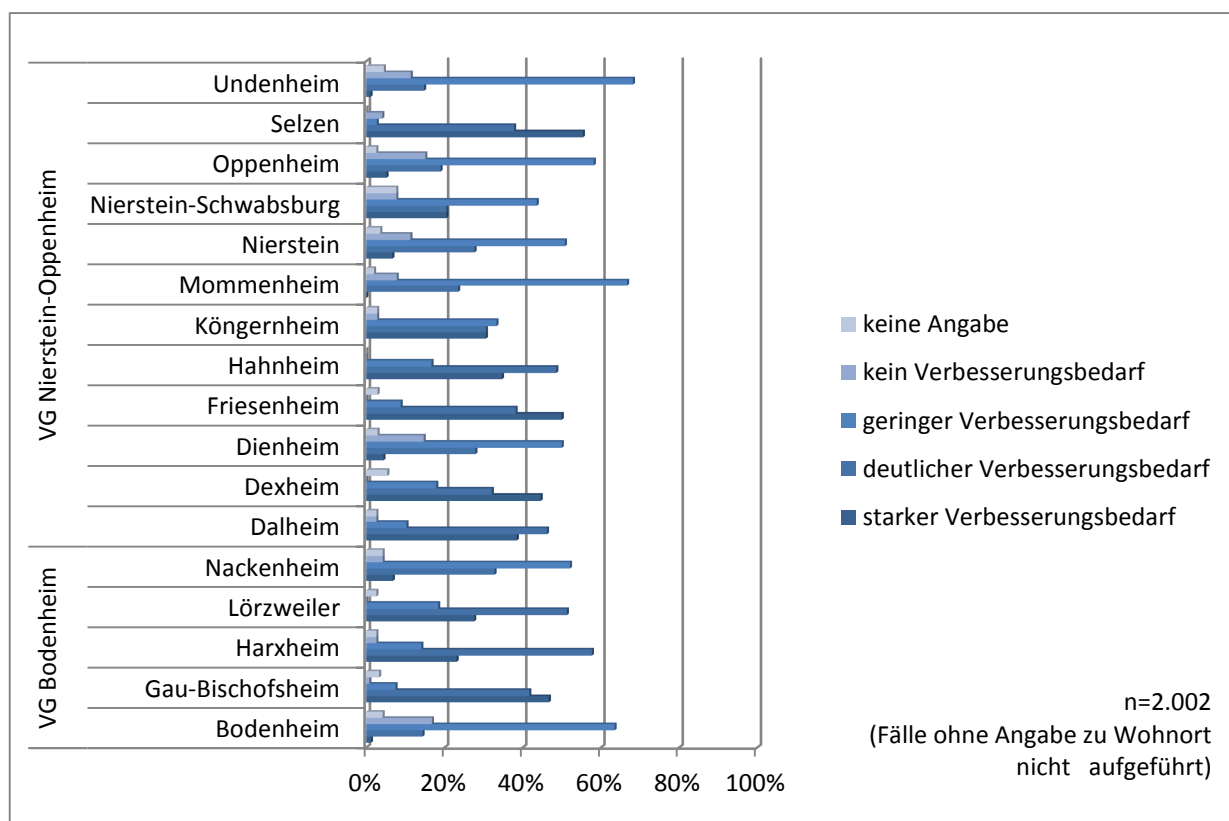
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

In einer kommunenspezifischen Analyse ist eine Abhängigkeit der Wahrnehmung und Bewertung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge von dem jeweiligen Wohnstandort zu konstatieren. Demzufolge wird der Verbesserungsbedarf bezüglich der Versorgungssituation in den Kommunen zentralörtlicher Funktion, in denen gemäß dem raumplanerischen Instrument des Zentrale-Orte-Systems und den damit verbundenen generellen Ausstattungsmerkmalen für zentrale Orte der Großteil der im Untersuchungsgebiet vorhandenen Daseinsvorsorgeeinrichtungen verortet ist sowie in anderen Kommunen mit vorhandenen Versorgungsangeboten, von den Befragten geringer eingeschätzt als in kleineren Ortsgemeinden. In den Mittelzentren Oppenheim (58,2 %) und Nierstein (50,8 %), in den Grundzentren Bodenheim (63,5 %) und Nackenheim (52,1 %) und in Ortsgemeinden mit vorhandenen Versorgungsangeboten sieht die Mehrheit der Haushalte lediglich einen *geringen Verbesserungsbedarf* bei Angeboten der Daseinsvorsorge in ihren Kommunen (vgl. Abbildung 51).

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen der Nennung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge und der tatsächlich vorgehaltenen Versorgungsstrukturen zeigt weiterhin, dass in kleineren Ortsgemeinden, trotz eines sehr hohen Grades der PKW-Verfügbarkeit und den damit verbundenen Erreichbarkeitsmöglichkeiten, ein hoher Handlungsbedarfs bei der Anpassung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen gesehen wird. Dies kann eine Problemerkennungskompetenz der befragten Haushalte bezüglich der Versorgungssituation im

höheren Alter implizieren, wenn das PKW-orientierte räumliche Versorgungsverhalten aus gesundheitlichen Gründen oftmals nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Wurde in der Gesamtbeurteilung aller Kommunen (n=2.002) im Zuge des Aggregationsverfahrens der Einwohnerzahlen lediglich bei 15,3 % der Befragten ein *starker Verbesserungsbedarf* gesehen, liegen in einer kommunenspezifischen Analyse die Werte in dieser Antwortkategorie bei Ortsgemeinden ohne zentralörtliche Funktion und geringeren Einwohnerzahlen wie Selzen (55,4 %), Friesenheim (50,0 %), Gau-Bischofsheim (46,7 %) und Dexheim (44,6 %) auf einem sehr hohen Niveau. Weiterhin nehmen die befragten Haushalte in Harxheim zu 57,7 %, in Lörzweiler zu 51,3 %, in Hahnheim zu 48,6 % und in Dalheim zu 46,2 % einen *deutlichen Verbesserungsbedarf* in ihren Ortsgemeinden wahr.

Abbildung 51: Bewertung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim



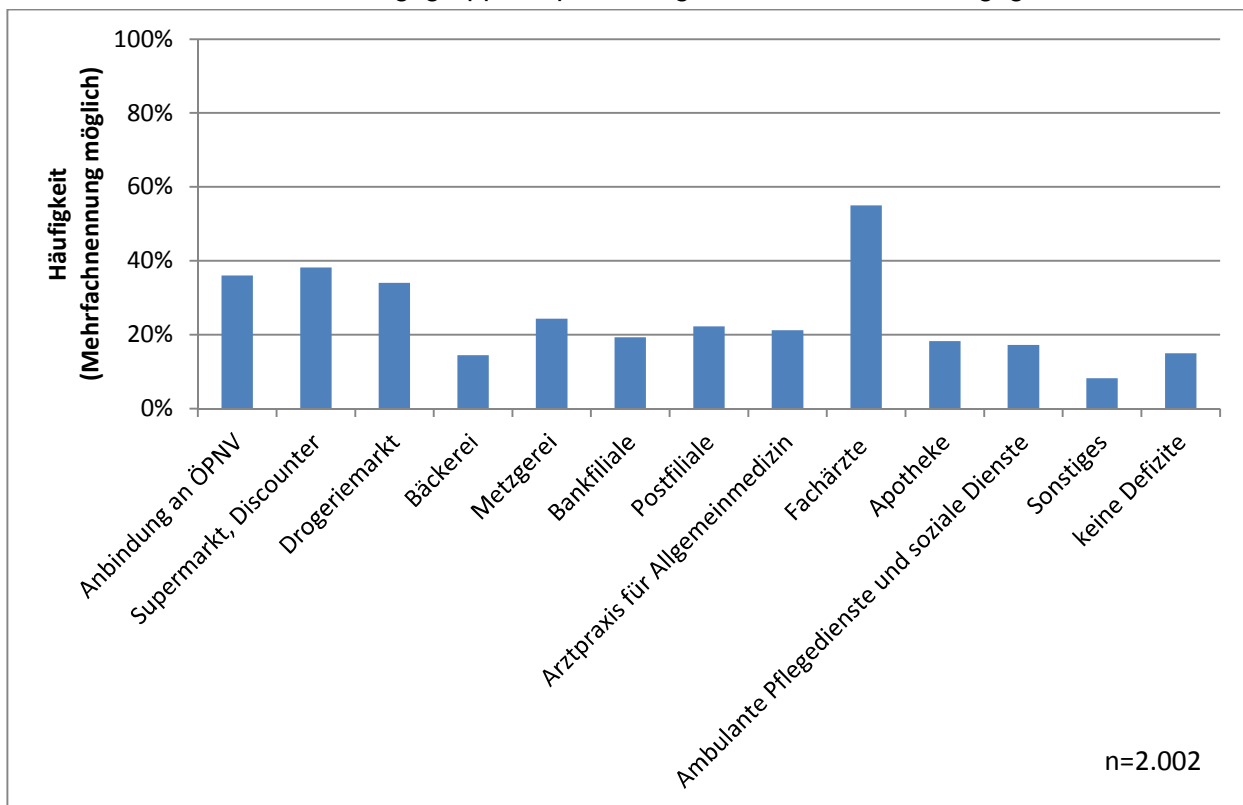
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Zukünftige Defizite in einzelnen Sektoren der Daseinsvorsorge

Die Analyse der Wahrnehmung zukünftiger Defizite durch die Bevölkerungsgruppe 60plus und die daraus abzuleitenden Implikationen für deren Bedürfnisse und Wünsche hinsichtlich spezifischer Anpassungsmaßnahmen in einzelnen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge verdeutlicht aufgrund der zum Teil sehr hohen Nennungsquoten, dass sich die befragten Haushalte mit der Zukunftsfähigkeit ihres Wohnstandortes in Bezug auf dessen seniorenspezifische Eignung auseinandersetzen. Die Wahrnehmung von versorgungsstrukturellen Defiziten zeigt darüber hinaus die gute Kenntnis der Untersuchungsgruppe über das Infrastruktur- und Dienstleistungsangebot der jeweiligen Kommune und verdeutlicht die hohe Relevanz dieser Wohnstandortfaktoren für die Befragungsteilnehmer.

In einer Gesamtsicht aller 2.002 analysierten Fragebögen werden die Versorgungsstrukturen vor allem in den Sektoren öffentlicher Personennahverkehr (36,0 %), Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs (Supermarkt, Discounter 38,2 %) sowie medizinische Versorgung (Fachärzte 55,0 %) als defizitär im Hinblick auf die zukünftige Versorgungssituation im höheren Alter gesehen (vgl. Abbildungen 52). In einem Vergleich der Zufriedenheit mit derzeitigen kommunalen Angeboten der Daseinsvorsorge aus dem vorherigen Kapitel mit der Wahrnehmung von Defiziten zeigt sich in den einzelnen Versorgungsbereichen eine Kongruenz, welche beispielsweise in der Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nachweisbar ist (vgl. Kapitel 6.1.1). Sowohl in der Verbandsgemeinde Bodenheim (34,8 %) als auch in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (37,7 %) gehen die befragten Haushalte von zukünftigen Problemlagen in diesem Sektor der Daseinsvorsorge aus und halten einen zukünftigen Ausbau des Nahverkehrsnetzes für notwendig (vgl. Abbildung 86 und 87 im Anhang).

Abbildung 52: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Im Rahmen der Perzeption des Verbesserungsbedarfs im Bereich der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs (Supermarkt, Discounter) ist festzustellen, dass im Vergleich mit der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (34,4 %), in der Verbandsgemeinde Bodenheim mit 43,0 % der befragten Haushalte ein sehr hoher Anteil der Bevölkerungsgruppe 60plus in diesem Segment der privaten Daseinsvorsorge einen Anpassungsbedarf erkennt.

Die medizinische Versorgung mit Fachärzten ist mit einer jeweiligen Nennungsquote von über 50,0 % in beiden Verbandsgemeinden das am häufigsten wahrgenommene virulente Defizit für die Bevölkerungsgruppe 60plus.

Keinen Mangel in Bezug auf die Verfügbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge sehen in der Gesamtheit aller 2.002 an der Befragung teilgenommenen Haushalte lediglich 15,0 %, in der Verbandsgemeinde Bodenheim 15,5 % und in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 14,7 %.

Auf der kommunalen Maßstabebene sind räumliche Differenzierungen bei der Identifikation von Problemlagen in Bezug auf die Angebote der Daseinsvorsorge festzustellen. In den Antworten der befragten Haushalte lassen sich demnach, je nach Ausstattung und räumlicher Lage der Untersuchungskommune, differenzierte Wahrnehmungsmuster erkennen. Dabei wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Ausstattungsunterschiede im Bereich von Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge dem zentralörtlichen System immanent sind und je nach Hierarchiestufe dieses Instruments der Raumordnung differieren. Im Fokus der Untersuchung

steht vielmehr die subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität am derzeitigen Wohnstandort, die durch tatsächlich vorhandene quantitative Ausstattungsmerkmale oftmals nicht gemessen werden kann.

In den Mittelzentren Oppenheim und Nierstein, in den Grundzentren Bodenheim und Nackenheim sowie in Ortsgemeinden mit vielfältig vorhandenen Versorgungsangeboten (z. B. Undenheim, Mommenheim) zählt das Fehlen von Fachärzten zu den am häufigsten genannten Problemen im Hinblick auf das höhere Alter. Die primäre Nennung von medizinischen Angeboten ist auf die vergleichbar umfassend vorhandenen Einrichtungen der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Lebensmittelläden, Drogerien, Servicedienstleistungen) in diesen Kommunen zurückzuführen, auch wenn diese vorwiegend in siedlungsstrukturell peripher gelegenen Gewerbegebieten vorgehalten werden. In den genannten Kommunen werden zwar auch Angebote des Nahverkehrs, Supermärkte, Discounter sowie Drogerieläden als Versorgungsdefizite eingestuft, allerdings sind hierbei die Nennungsquoten im Vergleich zu kleineren Kommunen auf einem niedrigen Niveau (vgl. Abbildungen 88 bis 93 im Anhang).

Das Ausmaß der Versorgungsmängel im Bereich von Waren des täglichen Bedarfs (Supermärkte und Discounter) wird in kleineren Kommunen als sehr hoch bewertet. So nehmen beispielsweise in Gau-Bischofsheim 90,8 %, in Selzen 87,8 %, in Hahnheim 86,1 % und in Harxheim 84,6 % der befragten Haushalte das Fehlen dieser Angebote als Defizit der kommunalen Versorgungsstruktur wahr.

Ebenfalls ist in kleineren Kommunen (der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim) die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr von einem Großteil der Befragten als sehr schlecht eingestuft worden. In Friesenheim (85,3 %), Nierstein-Schwabsburg (79,5 %) und Dexheim (69,6 %) sind hierbei die Nennungsquoten am höchsten. In den Ortsgemeinden ohne zentralörtliche Funktion der Verbandsgemeinde Bodenheim wird die Anbindung an den Nahverkehr im Vergleich zu den Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim nicht als virulentes Problemfeld angesehen (Gau-Bischofsheim 32,5 %, Harxheim, 30,8 %, Lörzweiler 26,3 %).

Darüber hinaus wird in den kleineren, nicht zentralörtlichen Ortsgemeinden beider Verbandsgemeinden die zukünftige medizinische Versorgung im Hinblick auf das höhere Alter zum größten Teil sehr kritisch beurteilt. Fehlende Standorte von allgemeinmedizinischen Praxen werden insbesondere von Senioren in Dalheim (79,5 %), Lörzweiler (77,6 %), Selzen (71,6 %), Friesenheim (67,6 %) und Dexheim (62,5 %) als problematisch eingestuft. Einen weniger akuten Handlungsbedarf sieht die ältere Bevölkerung in der Anpassung der Standortstrukturen von Apotheken (Lörzweiler 72,4 %, Selzen 67,6 %, Dalheim 64,1 %, Hahnheim 61,1 %). Ein nicht ausreichendes Angebot an ambulanten Pflegediensten und weiteren sozialen Diensten wird ebenso wahrgenommen, liegt aber mit einem Höchstwert von 29,5 % (Harxheim) nicht im Bereich dringlichen Handlungsbedarfs. Dies ist vermutlich damit zu begründen, dass eine benötigte Inanspruchnahme von ambulanten Pflegedienstleistungen bei den befragten 60- bis 69-Jährigen in den nächsten Jahren noch nicht von Relevanz ist und dementsprechend eine geringe Einstufung erfährt.

Das Fehlen oder die Schließungen von Post- und Bankfilialen in kleineren Kommunen in den vergangenen beiden Jahrzehnten führen dazu, dass auch im Bereich von Servicediensten zukünftige Problemlagen gesehen werden. So bewerten 70,6 % der befragten Haushalte in Friesenheim, 59,0 % in Dalheim und 56,6 % in Lörzweiler das Angebot an Bankdienstleistungen als

nicht ausreichend. Gleichsam wird das vorhandene Postfilialnetz als Problemfeld im Hinblick auf das höhere Alter bewertet (Lörzweiler 69,7 %, Selzen 70,3 %, Hahnheim 69,4 %, Friesenheim 73,5 %).

Wie in Kapitel 6.1.1 dargestellt, kann der funktionale Verlust von Versorgungsangeboten durch Standortschließungen die Wahrnehmung eines Fehlens dieser Einrichtungen bei den Bürgern verstärken. So können die Anforderungen der Bevölkerung an die Versorgungsstrukturen nicht ausschließlich funktional, sondern auch gewohnheitsbedingt begründet sein.

6.1.3 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Beantwortung der Forschungsfragen

Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse des Kapitels 6.1 zusammengefasst und

Forschungsfrage 3 *Wie zufrieden sind die Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus mit der derzeitigen Versorgungssituation in den Daseinsvorsorgebereichen der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs sowie mit der eigenen Wohnsituation in den suburbanen Untersuchungskommunen?* sowie

Forschungsfrage 4 *Welche Anforderungen an ihren Wohnort weisen die Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus in den Daseinsvorsorgebereichen der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs in den suburbanen Untersuchungskommunen im Hinblick auf das höhere Alter auf? Setzen Sie sich bereits heute mit der Zukunftsfähigkeit ihres Wohnstandortes in Bezug auf die seniorenspezifische Eignung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge auseinander?* beantwortet.

Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge und der Wohnsituation

Im Untersuchungsgebiet der Fallstudie weist die Bevölkerungsgruppe der 60- bis 69-Jährigen differenzierte Bedürfnisse und Ansprüche an die versorgungsstrukturelle Ausstattung ihres Wohnstandortes auf, was sich in der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der derzeitigen Versorgungssituation in einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge widerspiegelt. Aus dem Indikator der Standortzufriedenheit aus der Bürgerperspektive kann die Relevanz von kommunalen Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten als Wohnstandortfaktoren abgeleitet werden und verdeutlicht indirekt die Kenntnisse der Untersuchungsgruppe über die vor Ort vorgehaltenen Versorgungsstrukturen.

Die Analyse der Perzeption von Angeboten der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung und der Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf verschiedenen Aggregationsebenen (erstens in der Gesamtheit aller Untersuchungskommunen und zweitens differenziert nach Verbandsgemeinden) zeigt zunächst

in allen untersuchten Versorgungsbereichen eher positive als negative Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster von Seiten der Bevölkerung auf. Diese Analyseergebnisse sind darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil der befragten Haushalte in Kommunen mit zentralörtlicher Funktion wohnt und somit einzelne Einrichtungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen. Eine kommunenspezifische Analyse verdeutlicht allerdings zum Teil signifikante Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung der Versorgungsstrukturen durch die befragten Bürger. Demnach bestehen Differenzen zwischen Kommunen zentralörtlicher Funktion sowie Kommunen mit vorhandenen Versorgungsangeboten einerseits und kleineren Ortsgemeinden mit rudimentären oder nicht vorhandenen Versorgungsstrukturen andererseits. In den Mittelzentren Oppenheim und Nierstein, in den Grundzentren Bodenheim und Nackenheim sowie in Ortsgemeinden mit vielfältig vorhandenen Versorgungsangeboten (z. B. Undenheim, Mommenheim) ist die Quote negativer Beurteilungen eher gering. Der auf diese Kommunen bezogene entscheidende Erkenntnisgewinn aus der Analyse des Zusammenhangs zwischen der Beurteilung der kommunalen Ausstattungslage und der tatsächlich vorgehaltenen Einrichtungen der Daseinsvorsorge liegt darin, dass in den Grund- und Mittelzentren sowie in weiteren Kommunen mit vorhandenen Versorgungsangeboten trotz zum Teil erheblicher Distanzen zwischen der Wohnung und den Versorgungseinrichtungen innerhalb der Kommune, die Versorgungssituation von den befragten Haushalten positiv bewertet wird. Doch die Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in peripheren Lagen des Stadt- bzw. des Ortsgemeindegebietes bei gleichzeitigem Rückzug von Daseinsvorsorgeleistungen aus der Fläche, wie beispielsweise im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels zu beobachten, induziert auch in zentralen Orten nicht altengerechte Erreichbarkeitsverhältnisse zentraler Versorgungsstrukturen.

In versorgungsstrukturell schlecht ausgestatteten Ortsgemeinden (z. B. Dalheim, Friesenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim) liegen trotz des PKW-orientierten Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung 60plus und der damit (noch) gegebenen Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen sowie in Teilen kurzer Wegstrecken in andere Kommunen mit vorhandenen Versorgungsangeboten generell sehr hohe Unzufriedenheitswerte in den Bereichen der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, der Servicedienstleistungen und der medizinischen Versorgung vor. Dies lässt den Schluss zu, dass weniger distanzielle und zeitliche Erreichbarkeiten die Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der Bürger determinieren, sondern vielmehr das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der jeweiligen Versorgungsangebote. Des Weiteren können diese Beurteilungsmuster ein bewusstes Wahrnehmen von möglichen Versorgungsschwierigkeiten im höheren Alter implizieren, wenn ein ausschließlich auf den Motorisierten Individualverkehr ausgelegtes Versorgungsverhalten aufgrund einer möglichen zukünftigen eingeschränkten Automobilität nicht mehr adaptierbar sein könnte.

Hinsichtlich der Wohnzufriedenheit in Bezug auf die eigene Wohnung bzw. das eigene Haus ist ein generell hohes Zufriedenheitsniveau innerhalb der Bevölkerungsgruppe 60plus festzustellen. Es besteht hierbei keine Abhängigkeit der Wohnzufriedenheit von dem Wohnstandort.

Zentrale Forschungsergebnisse:

- In einer Gesamtbetrachtung aller 2.002 befragten Haushalte ist die Standortzufriedenheit der Bevölkerungsgruppe 60plus mit der derzeitigen Versorgungssituation im Bereich der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs am höchsten. Es folgen in der Bewertungsrangfolge die medizinische Versorgung, die Versorgung mit Servicediensten und die Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Die Standortzufriedenheit der Bevölkerungsgruppe 60plus mit der derzeitigen Versorgungssituation in einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge nimmt mit steigender Größe und zentralörtlicher Funktion der Kommune zu.
- In zentralen Orten und Ortsgemeinden mit vielfältigem kommunalem Angebot ist die räumliche Konzentration von Nahversorgungsangeboten (Waren des täglichen Bedarfs) in peripheren Lagen (Gewerbegebiet) für viele Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus oftmals akzeptabel und widerspricht nicht ihren Bedürfnissen.
- In kleineren Kommunen werden die Versorgungsangebote in den einzelnen Bereichen der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, der Servicedienstleistungen und der medizinische Versorgung von den befragten Haushalten oftmals als nicht ausreichend wahrgenommen und bewertet. Dies kann eine ein bewusstes Wahrnehmen von möglichen Versorgungsschwierigkeiten im höheren Alter aufgrund eines ausschließlich auf den Motorisierten Individualverkehr ausgelegtes Versorgungsverhalten implizieren.
- Die Zufriedenheit der Bürger wird durch einzelne versorgungsstrukturelle Ausstattungsmerkmale des Wohnstandortes beeinflusst und weniger durch gegebene standortbezogene Erreichbarkeitsverhältnisse.
- Trotz einer primären Nutzung des PKW wird eine gute Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen mit dem öffentlichen Personennahverkehr als wichtiger Wohnstandortfaktor wahrgenommen.
- In Bezug zu der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus sind grundsätzlich hohe Zufriedenheitswerte zu konstatieren.

Zukünftige Standortanforderungen in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge

Die Untersuchung der Wahrnehmung sowohl des generellen Verbesserungsbedarfs als auch von zukünftigen Defiziten in einzelnen Sektoren der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte dient dem Erkenntnisgewinn über Anforderungen hinsichtlich spezifischer Anpassungsmaßnahmen von Versorgungsstrukturen. Darüber hinaus können direkt Informationen über die seniorenspezifische Standortqualität der Kommunen des Untersuchungsraumes abgeleitet werden.

In einer kommunenspezifischen Analyse ist eine Abhängigkeit der Wahrnehmung und Bewertung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge von dem jeweiligen

Wohnstandort festzustellen. Demzufolge wird der Verbesserungsbedarf bezüglich der Versorgungssituation in den Kommunen zentralörtlicher Funktion sowie in anderen Kommunen mit vorhandenen Versorgungsangeboten von den Befragten geringer eingeschätzt als in kleineren Ortsgemeinden. In letzteren liegen die Nennwerte für einen *starken Verbesserungsbedarf* auf einem hohen Niveau. Vor dem Hintergrund einer fast ubiquitären PKW-Verfügbarkeit kann dies eine Problemerkennungskompetenz der befragten Haushalte in kleineren Kommunen bezüglich der Versorgungssituation im höheren Alter implizieren, wenn das Automobil-orientierte räumliche Versorgungsverhalten aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aufrechtzuerhalten ist.

Die Analyse der Wahrnehmung zukünftiger Defizite durch die Bevölkerungsgruppe 60plus zeigt, dass von den befragten Haushalten vor allem die Angebote in den Sektoren öffentlicher Personennahverkehr (36,0 %), Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs (Supermarkt 38,2 %) sowie medizinische Versorgung (Fachärzte 55,0 %) hinsichtlich der zukünftigen Versorgungssituation im höheren Alter als defizitär angesehen werden.

Eine kleinräumige Analyse auf kommunaler Maßstabsebene verdeutlicht räumliche Disparitäten bei der Identifikation von Problemlagen in Bezug auf die Angebote der Daseinsvorsorge. So lässt sich ein Zusammenhang zwischen subjektiver Wahrnehmung von Versorgungsdefiziten und kommunalen Angeboten erkennen. Demzufolge wird die zukünftige Versorgungssituation in den Kommunen zentralörtlicher Funktion sowie in anderen Kommunen mit vorhandenen Versorgungsstrukturen trotz teilweise großer Distanzen zwischen der eigenen Wohnung und den Einrichtungen der Daseinsvorsorge von den befragten Haushalten positiver eingeschätzt als in kleineren Kommunen.

Zentrale Forschungsergebnisse:

- Die Wahrnehmung von Verbesserungsbedarfen und zukünftigen sektorspezifischen Defiziten durch die befragten Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus verdeutlichen die Relevanz versorgungsbezogener Wohnstandortfaktoren im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit suburbaner Kommunen als seniorenerechte Wohnstandorte.
- Die Identifikation von versorgungsstrukturellen Problemlagen in Bezug auf die Angebote der Daseinsvorsorge nimmt mit steigender Größe und zentralörtlicher Funktion der Kommune ab.
- Insbesondere wird das Angebot an Fachärzten und Supermärkten sowie Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs hinsichtlich der zukünftigen Versorgungssituation im höheren Alter der befragten Haushalte als defizitär angesehen.

6.2 Wohnmobilität suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus

6.2.1 Bisheriges Wanderungsverhalten der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des Untersuchungsgebietes

Im folgenden Kapitel wird das Wanderungsverhalten der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des Untersuchungsgebietes in der näheren Vergangenheit anhand einer Analyse der Indikatoren der Abwanderungsrate und des Wanderungssaldos dargestellt.

Die Abwanderungsrate gibt die Anzahl der Abwanderer pro Jahr je 1.000 Einwohner aus einem bestimmten geographischen Gebiet an (vgl. Abbildung 53). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit bezieht sich dieser Indikator jedoch nicht auf die Gesamteinwohner, sondern auf die Bevölkerungsgruppe der 60- bis 69-Jährigen. Die Raumeinheit stellen die Kommunen dar.

Abbildung 53: Definition Abwanderungsrate

$e = \frac{E_{t_0 \rightarrow t_1}}{\bar{B}_{t_0 \rightarrow t_1}} \times 1.000$	
e	Abwanderungsrate
$E_{t_0 \rightarrow t_1}$	Anzahl der abgewanderten Personen (Emigranten) im Zeitintervall (t_0, t_1)
$\bar{B}_{t_0 \rightarrow t_1}$	Jahresdurchschnittsbevölkerung im Zeitintervall (t_0, t_1)

Quelle: BERLIN INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG: Definition Abwanderungsrate, unter: <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1350> (abgerufen am 30.03.2016).

Tabelle 12 verdeutlicht eine bisher geringe Wanderungsbeteiligung der 60- bis 69-Jährigen im Untersuchungsgebiet. Eine Gegenüberstellung der Abwanderungsraten der 60- bis 69-Jährigen zeigt, dass die Verbandsgemeinde Bodenheim mit 18,2 Fortzügen je 1.000 Einwohner der Bevölkerungsgruppe der 60- bis 69-Jährigen über die Kommunengrenzen im Jahr 2012 in einem relativen Vergleich mit der nächsthöheren Gebietskörperschaft, dem Landkreis Mainz-Bingen (21,8), niedrigere Wanderungsverluste in dieser Altersklasse zu verzeichnen hat. Die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim dagegen liegt mit 22,1 Fortzügen je 1.000 Einwohner der Bevölkerungsgruppe der 60- bis 69-Jährigen über die Kommunengrenzen im Jahr 2012 leicht über dem Durchschnitt des Landkreises Mainz-Bingen.

Tabelle 12: Abwanderungsrate der 60- bis 69-Jährigen im Landkreis Mainz-Bingen, Verbandsgemeinde Bodenheim und Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim im Jahr 2012

Gebietskörperschaft	Fortzüge über kommunale Grenze 2012	Bevölkerungszahl der 60- bis 69-Jährigen 2012	Abwanderungsrate 2012
Bodenheim	13	860	15,1
Gau-Bischofsheim	9	299	30,1
Harxheim	5	215	23,3
Lörzweiler	8	275	29,1
Nackenheim	5	544	9,2
VG Bodenheim	40	2.193	18,2
Dalheim	1	150	6,7
Dexheim	3	172	17,4
Dienheim	7	234	29,9
Friesenheim	2	77	26,0
Hahnheim	2	186	10,8
Köngernheim	5	130	38,5
Mommenheim	7	334	21,0
Nierstein, Stadt	25	806	31,0
Oppenheim, Stadt	16	829	19,3
Selzen	2	190	10,5
Uندنheim	4	244	16,4
VG Nierstein-Oppenheim	74	3.352	22,1
Landkreis Mainz-Bingen	500	22.970	21,8

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2014): Sonderauswertung zu Wanderungsbilanzen der über 60-Jährigen im Landkreis Mainz-Bingen 2000 bis 2012. Bad Ems; STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2015): Sonderauswertung zu Bevölkerungszahl der Altersgruppe 60-69 im Landkreis Mainz-Bingen 2012. Bad Ems.

Der zweite Indikator zur Analyse des Wanderungsverhaltens von Haushalten des Untersuchungsgebietes, der Wanderungssaldo bzw. die Wanderungsbilanz, bildet sich aus der Differenz der Zahl der Zuzüge und der Fortzüge in bzw. aus einem geographischen Gebiet innerhalb eines Zeitraumes (vgl. Abbildung 54).³⁸⁹ Im Folgenden bezieht sich dieser Indikator jedoch nicht auf die Gesamteinwohnerzahl, sondern mit den 60- bis 100-Jährigen auf alle älteren Bevölkerungsgruppen. Die Raumeinheit stellen die Kommunen dar.

³⁸⁹Vgl. BERLIN INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG: Definition Wanderungssaldo, unter: <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1561> (abgerufen am 30.03.2016).

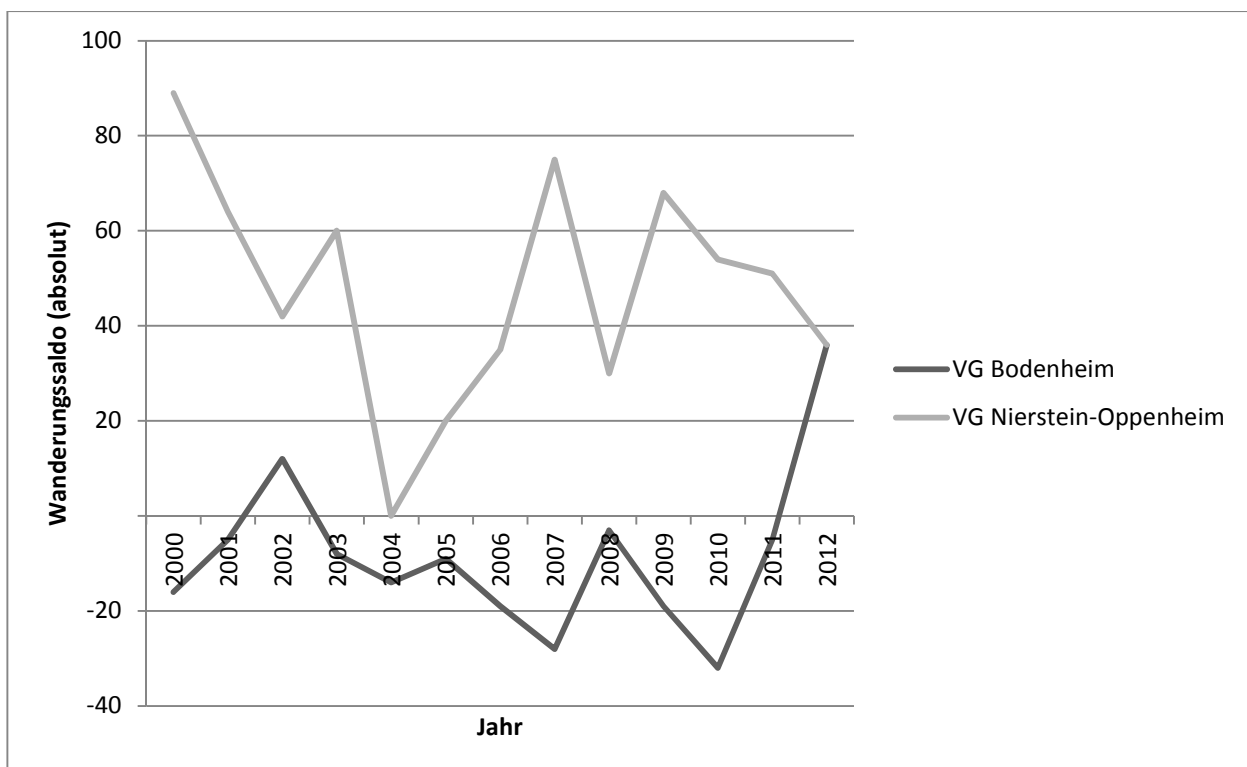
Abbildung 54: Definition Wanderungssaldo

$W = I_{t_0 \rightarrow t_1} - E_{t_0 \rightarrow t_1}$	
W	Wanderungssaldo bezogen auf das Zeitintervall (t_0, t_1)
$I_{t_0 \rightarrow t_1}$	Anzahl der zugezogenen Personen (Immigranten) im Zeitintervall (t_0, t_1)
$E_{t_0 \rightarrow t_1}$	Anzahl der abgewanderten Personen (Emigranten) im Zeitintervall (t_0, t_1)

Quelle: BERLIN INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG: Definition Wanderungssaldo, unter:<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1561> (abgerufen am 30.03.2016).

Die Darstellung des Wanderungssaldo der 60- bis 100-Jährigen verdeutlicht, dass in dem Betrachtungszeitraum zwischen den Jahren 2000 und 2012 in der Verbandsgemeinde Bodenheim bis auf zwei Ausnahmen die Anzahl der Fortzüge stets über dem Wert der Zuzüge mit der Folge eines negativen Wanderungssaldos lag (vgl. Abbildung 55 und Tabelle 13). In der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim dagegen lag in diesem Zeitraum (bis auf eine Ausnahme) die Anzahl der Zuwanderer stets höher als die der Abwanderer, so dass in dem betrachteten Zeitraum durchgängig ein positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen ist.

Abbildung 55: Wanderungssaldo der 60- bis 100-Jährigen in den Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim zwischen 2000 und 2012



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2014): Sonderauswertung zu Wanderungsbilanzen der über 60-Jährigen im Landkreis Mainz-Bingen 2000 bis 2012. Bad Ems; STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2015): Sonderauswertung zu Bevölkerungsanzahl der Altersgruppe 60-69 im Landkreis Mainz-Bingen 2012. Bad Ems.

Tabelle 13: Wanderungssaldo der 60- bis 100-Jährigen in den Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim zwischen 2000 und 2012

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Durchschnitt 2000-2012		
VG Bodenheim	Bodenheim	Zuzüge	14	16	53	15	16	23	24	18	25	18	28	38	31	24,5	
		Fortzüge	30	31	26	21	19	23	19	31	26	26	35	40	32	27,6	
		Saldo	-16	-15	27	-6	-3	-1	5	-13	-1	-8	-7	-2	-1	-3,1	
	Gau-Bischofsheim	Zuzüge	4	4	3	4	4	9	8	4	9	5	6	7	5	7	5,8
		Fortzüge	8	10	10	5	7	9	9	9	9	8	9	4	13	8,5	
		Saldo	-4	-6	-7	-1	2	-1	-5	-	-4	-2	-2	1	-6	-2,7	
	Harxheim	Zuzüge	5	9	8	3	4	3	3	8	11	11	10	10	11	7,4	
		Fortzüge	10	8	4	3	6	7	12	11	13	8	14	20	12	9,8	
		Saldo	-5	1	4	-	-2	-4	-9	-3	-2	3	-4	-10	-1	-2,5	
	Lörzweiler	Zuzüge	8	6	4	1	6	4	2	9	11	4	5	8	10	6,0	
		Fortzüge	7	7	8	5	4	5	6	11	7	13	16	4	12	8,1	
		Saldo	1	-1	-4	-4	2	-1	-4	-2	4	-9	-11	4	-2	-2,1	
	Nackenheim	Zuzüge	20	23	14	17	17	18	17	16	27	17	14	17	65	21,7	
		Fortzüge	12	7	22	14	30	21	23	26	27	20	22	15	19	19,8	
		Saldo	8	16	-8	3	-13	-3	-6	-10	-	-3	-8	2	46	1,8	
	VG Bodenheim	Zuzüge	51	58	82	40	52	56	50	60	79	56	64	78	124	65,4	
		Fortzüge	67	63	70	48	66	65	69	88	88	82	75	96	83	73,8	
		Saldo	-16	-5	12	-8	-14	-9	-19	-28	-3	-19	-32	-5	36	-8,5	
VG Nierstein-Oppenheim	Dalheim	Zuzüge	-	3	4	1	3	2	2	2	1	10	4	2	3	2,8	
		Fortzüge	5	5	4	3	2	3	5	6	2	5	6	1	5	4,0	
		Saldo	-5	-2	-	-2	1	-1	-3	-4	-1	5	-2	1	-2	-1,2	
	Dexheim	Zuzüge	5	5	4	4	6	4	1	3	4	9	8	4	7	4,9	
		Fortzüge	1	4	8	3	9	5	5	5	4	4	6	6	6	5,1	
		Saldo	4	1	-4	1	-3	-1	-4	-2	-	5	2	-2	1	-0,2	
	Dienheim	Zuzüge	5	8	7	10	3	6	8	12	4	17	10	12	9	8,5	
		Fortzüge	4	13	11	5	9	6	6	5	12	7	9	12	17	8,9	
		Saldo	1	-5	-4	5	-6	-	2	7	-8	10	1	-	-8	-0,4	
	Friesenheim	Zuzüge	3	4	-	1	1	3	3	-	1	3	1	3	3	1,9	
		Fortzüge	4	-	-	1	-	6	1	1	4	2	1	3	3	2,0	
		Saldo	-1	4	-	-	-	-3	2	-1	-3	1	-	-	-	-0,1	
	Hahnheim	Zuzüge	8	12	2	1	4	7	5	6	10	7	7	9	4	6,3	
		Fortzüge	8	4	10	9	10	11	8	6	2	8	8	8	12	8,0	
		Saldo	-	8	-8	-8	-6	-4	-3	-	8	-1	-1	1	-8	-1,7	
	Köngernheim	Zuzüge	2	5	4	2	2	2	4	-	3	4	2	5	7	3,2	
		Fortzüge	5	4	2	2	9	4	5	1	4	4	4	4	8	4,3	
		Saldo	-3	1	2	-	-7	-2	-1	-1	-1	-1	-2	1	-1	2,9	
	Mommenheim	Zuzüge	22	9	5	9	7	13	3	8	5	13	11	8	12	9,6	
		Fortzüge	14	9	15	5	15	8	10	13	8	16	11	11	12	11,3	
		Saldo	8	-	-10	4	-8	5	-7	-5	-3	-3	-	-3	-	-1,7	
	Nierstein	Zuzüge	71	49	62	47	47	61	56	78	43	70	53	62	43	57,1	
		Fortzüge	28	20	21	20	30	28	33	21	38	36	26	42	47	30,0	
		Saldo	43	29	41	27	17	33	23	57	5	34	27	20	-4	27,1	
	Oppenheim	Zuzüge	71	51	53	47	48	27	56	62	59	54	68	69	86	57,8	
		Fortzüge	19	25	27	27	34	29	24	35	23	38	45	30	35	30,1	
		Saldo	52	26	26	20	14	-2	32	27	36	16	23	39	51	27,7	
	Selzen	Zuzüge	1	4	7	5	2	5	5	6	2	8	6	5	9	5,0	
		Fortzüge	4	3	5	1	1	7	5	11	6	11	8	8	7	5,9	
		Saldo	-3	1	2	4	1	-2	-	-5	-4	-3	-2	-3	2	-0,9	
Udenheim	Zuzüge	2	10	3	9	5	6	6	8	10	13	20	10	12	8,8		
	Fortzüge	9	9	6	-	8	9	12	6	9	9	12	13	7	8,4		
	Saldo	-7	1	-3	9	-3	-3	-6	2	1	4	8	-3	5	0,4		
VG Nierstein-Oppenheim	Zuzüge	190	160	151	136	127	136	149	185	142	208	190	189	195	166,0		
	Fortzüge	101	96	109	76	127	116	114	110	112	140	136	138	159	118,0		
	Saldo	89	64	42	60	-	20	35	75	30	68	54	51	36	48,0		

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2014): Sonderauswertung zu Wanderungsbilanzen der über 60-Jährigen im Landkreis Mainz-Bingen 2000 bis 2012. Bad Ems

6.2.2 Quantitatives Ausmaß der Wohnmobilität in Zusammenhang mit wohnstandortspezifischen, wahrnehmungsspezifischen und sozioökonomischen Faktoren

Wohnmobilität im Zusammenhang mit wohnstandortspezifischen Rahmenbedingungen

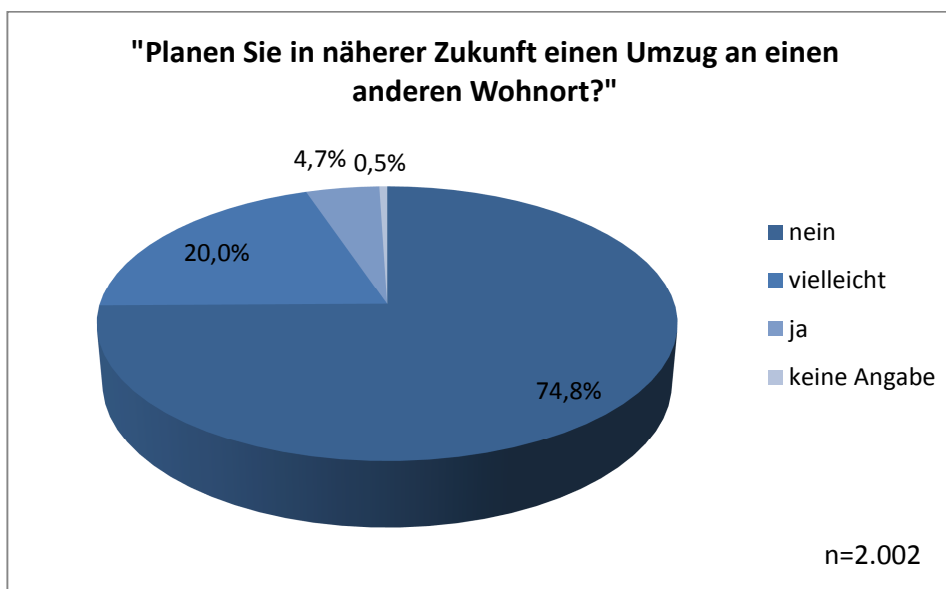
Wohnmobilität und Versorgungssituation

Die Untersuchung der Wohnmobilität der Bevölkerungsgruppe 60plus verfolgt einen prospektiven Ansatz, der die Bereitschaft der Akteure für einen Wohnortwechsel beschreibt.

Die Analyse und Bewertung der empirischen Ergebnisse zeigt, dass 74,8 % (absolut: 1.498) der 2.002 an der Umfrage teilgenommenen Haushalte die Frage *Planen Sie in näherer Zukunft einen Umzug an einen anderen Wohnort?* verneint (vgl. Abbildung 56). Allerdings geben 20,0 % (absolut: 400) der Haushalte an, *vielleicht* einen Umzug zu planen, was eine **generelle Umzugsbereitschaft** impliziert. Weitere 4,7 % (absolut: 94) der Befragten beantworteten die Frage nach ihrer Wohnmobilität mit *ja*, was mit **konkreten Umzugsplänen** der Haushalte operationalisiert werden kann.³⁹⁰ In der Summe sind somit 24,7 % (absolut: 494) der 2.002 Haushalte entweder generell umzugsbereit oder besitzen konkrete Umzugspläne.

Ein Viertel der befragten Personen der Geburtsjahrgänge 1945-1953 lassen sich demnach zu der prospektiv wohnmobilen Bevölkerungsgruppe zählen.

Abbildung 56: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets an einen anderen Wohnort

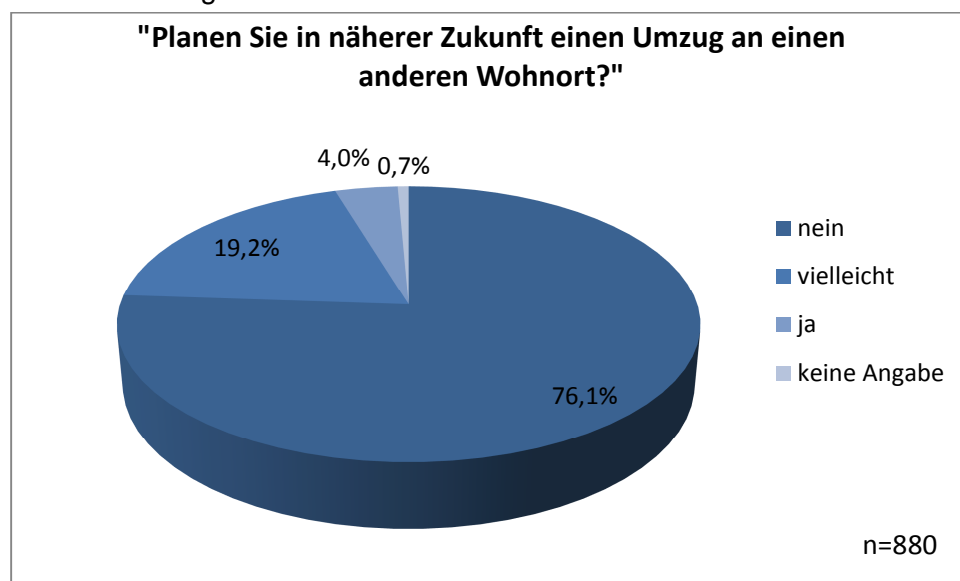


Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

³⁹⁰0,5 % der Befragten machte keine Angabe.

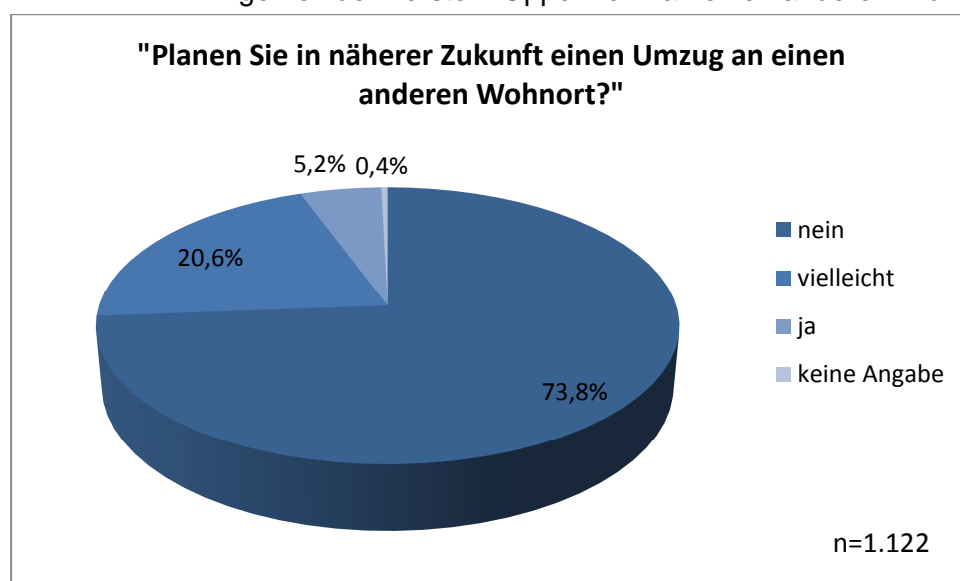
Eine differenzierte Analyse der beiden Verbandsgemeinden hinsichtlich der Wohnmobilität zeigt einen ähnlichen Trend auf: In der Verbandsgemeinde Bodenheim setzt sich die Gruppe der wohnmobilen Haushalte (insgesamt 23,2 % der 880 Befragten) aus 19,2 % generell Umzugsbereiten und 4,0 % mit konkreten Umzugsplänen zusammen (vgl. Abbildung 57). In der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim beläuft sich die Summe der wohnmobilen Bevölkerungsgruppe 60plus insgesamt auf 25,8 % der 1.122 befragten Haushalte, wobei 20,6 % eine generelle Umzugsbereitschaft angeben und 5,2 % konkrete Umzugspläne verfolgen (vgl. Abbildung 58).

Abbildung 57: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim an einen anderen Wohnort



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 58: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim an einen anderen Wohnort

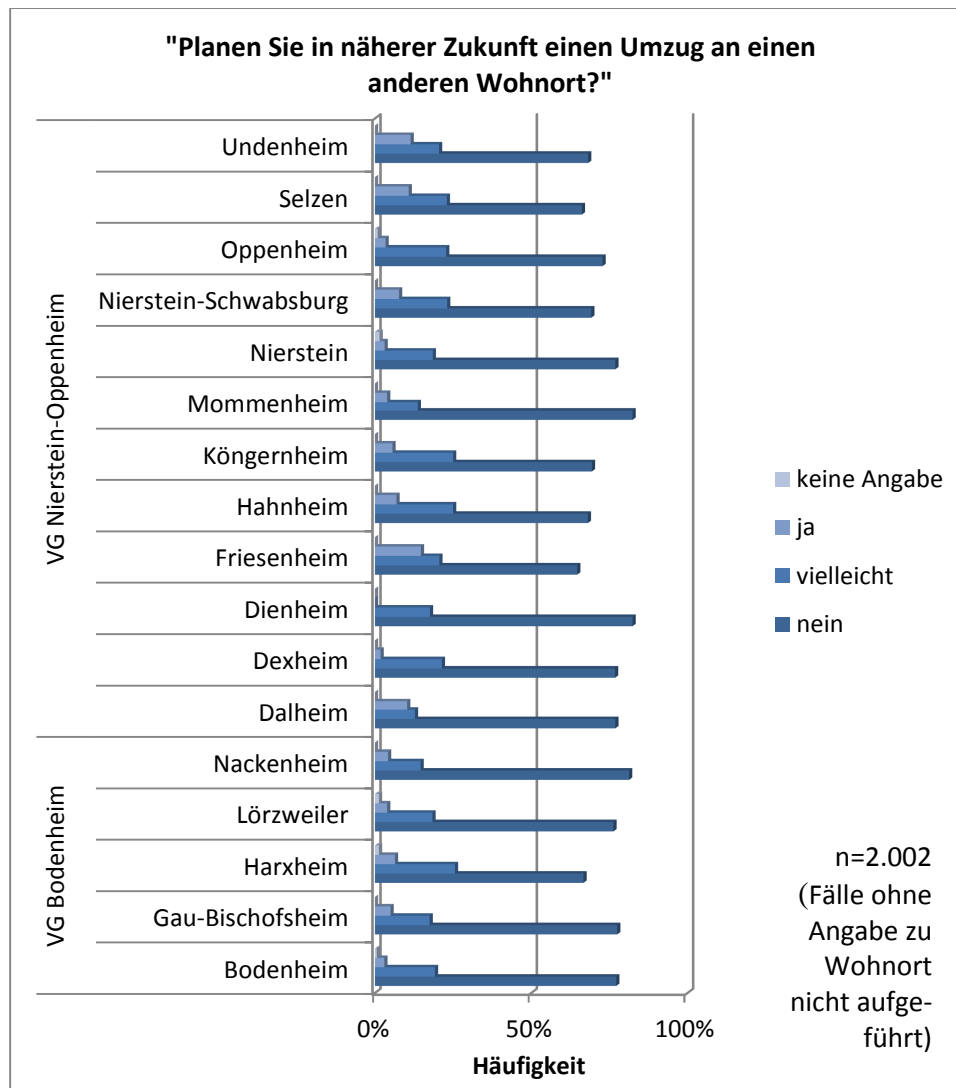


Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

In einer kleinräumigen, kommunenspezifischen Analyse kann festgestellt werden, dass die höchsten Werte einer generellen Umzugsbereitschaft bei Kommunen ohne zentralörtlicher Funktion zu konstatieren sind (Harxheim: 25,6 %, Hahnheim und Kögernheim: 25,0 %, Nierstein-Schwabsburg: 23,1 %, Selzen: 23,0 %) (vgl. Abbildung 59 und Tabelle 14). Mit Ausnahme der Ortsgemeinde Harxheim gehören alle diese Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim an, welche sich in einer größeren Entfernung zum nächsten Oberzentrum (Stadt Mainz) als die Verbandsgemeinde Bodenheim befindet. Demzufolge weisen auch die weiteren Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim im Vergleich mit der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim größtenteils niedrigere Werte hinsichtlich der Wohnmobilität auf. Dagegen sind in der letztgenannten Verbandsgemeinde, mit Ausnahme von Kommunen mit vorhandenen bzw. in Nachbarkommunen nahegelegenen Versorgungsstrukturen (Mommenheim, Dienheim) sowie dem Mittelzentrum Nierstein, die Kommunen mit den höchsten Werten einer generellen Umzugsbereitschaft zu lokalisieren.

Ebenso verteilen sich die Haushalte mit konkreten Umzugsplänen auf kleinere Ortsgemeinden wie Friesenheim (14,7 %), Udenheim (11,4 %), Selzen (10,8 %) und Dalheim (10,3 %), während die Bewohner der Generation 60plus der Mittelzentren Nierstein (3,1 %) und Oppenheim (3,4 %) sowie des Grundzentrums Bodenheim (3,0 %) seltener zu einer Veränderung Ihrer Wohnsituation bereit sind.

Abbildung 59: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebiets an einen anderen Wohnort



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Tabelle 14: Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebiets an einen anderen Wohnort

		Umzugsplanungen (Angabe in %)			
		nein	vielleicht	ja	keine Angabe
VG Bodenheim	Bodenheim	77,2	19,2	3,0	0,6
	Gau-Bischofsheim	77,5	17,5	5,0	0,0
	Harxheim	66,7	25,6	6,4	1,3
	Lörzweiler	76,4	18,4	3,9	1,3
	Nackenheim	81,2	14,6	4,2	0,0
VG Nierstein-Oppenheim	Dalheim	76,9	12,8	10,3	0,0
	Dexheim	76,8	21,4	1,8	0,0
	Dienheim	82,4	17,6	0,0	0,0
	Friesenheim	64,7	20,6	14,7	0,0
	Hahnheim	68,1	25,0	6,9	0,0
	Köngernheim	69,4	25,0	5,6	0,0
	Mommenheim	82,4	13,7	3,9	0,0
	Nierstein	76,9	18,5	3,1	1,5
	Nierstein-Schwabsburg	69,2	23,1	7,7	0,0
	Oppenheim	72,9	22,8	3,4	0,9
	Selzen	66,2	23,0	10,8	0,0
Udenheim	68,1	20,5	11,4	0,0	

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Wohnmobilität und Wohnsituation

Neben Effekten von ortsspezifischen versorgungsstrukturellen Rahmenbedingungen ist davon auszugehen, dass sich auch die individuelle Wohnsituation auf die Wohnmobilität von älteren Menschen auswirkt. Von Bedeutung sind dies bezüglich die im Rahmen dieser Arbeit erstellten Indikatoren der *Eigentumsquote*, der *barrierefreien bzw. altengerechten Ausstattung der Wohnung* und der *subjektiven Wahrnehmung der Wohnfläche*.

Generell besitzt Wohneigentum einen negativen Effekt für die Bereitschaft einen neuen Wohnstandort zu suchen und diesen zu verlagern. Demzufolge sind im Rahmen der Untersuchung ebenfalls Zusammenhänge zwischen Wohnstatus (Eigentum vs. Miete) und Wohnmobilität zu erkennen. Während 27,0 % der Mieter generell umzugsbereit sind, beläuft sich dieser Wert bei den Eigentümern von Immobilien auf 18,9 %. Konkrete Umzugsbereitschaft besteht bei 10,3 % der Mieter im Vergleich zu 3,7 % der Haus- bzw. Wohnungseigentümer. Neben einer möglichen emotionalen Bindung an das Wohneigentum ist der Erwerb von Immobilien mit hohen finanziellen Investitionen verbunden, so dass oftmals „das Wohnen ‚in den eigenen vier Wänden‘ als ein

Lebensziel empfunden [„wird“], das die Möglichkeit eines weiteren Umzugs im Lebensverlauf ausschließt.“³⁹¹

Von Interesse ist auch das Wohnstandortverhalten von Akteuren vor dem Hintergrund bereits getätigter größerer Investitionen in einen altengerechten Umbau des Eigenheims. Insgesamt 19,3 % der 2.002 Haushalte geben an, ihre Wohnung bzw. ihr Haus bereits zum Teil oder vollständig barrierefrei bzw. altengerecht ausgestattet zu haben. Eine Verbindung zwischen barrierefreier bzw. altengerechter Ausstattung und Umzugsbereitschaft ist hierbei durchaus nachzuweisen. Sind altengerechte Umbaumaßnahmen vorgenommen worden bzw. existieren bereits, liegt die generelle Umzugsbereitschaft innerhalb dieser Gruppe mit 12,7 % niedriger als bei der Gruppe der Haushalte die angeben, keine Barrierefreiheit in ihrem Eigentum zu haben (21,9 %). Das Verhältnis bei den konkreten Umzugsplänen liegt bei 3,1 % zu 4,9 %.

Nachweisbare Zusammenhänge ergeben sich auch zwischen Wohnmobilität und subjektiver Wahrnehmung der Wohnfläche. Haushalte die ihre Wohnfläche als zu groß wahrnehmen weisen eine ca. doppelt so hohe generelle Umzugsbereitschaft auf als Haushalte, die die ihnen zur Verfügung stehende Fläche als angemessen bewerten (34,7 % zu 16,9 %). Konkrete Umzugspläne belaufen sich bei der erstgenannten Gruppe auf 13,1 %, während lediglich 2,9 % der Haushalte mit einer als angemessen befundenen Wohnfläche diese Antwortkategorie wählen.

Wohnmobilität in Zusammenhang mit Wohnstandortbewertung

Wohnmobilität und Zufriedenheit mit Versorgungssituation

Ein weiterer Faktor der das Wohnstandortverhalten von Individuen determinieren kann ist die Zufriedenheit mit der Versorgungssituation am Wohnstandort (Indikator: *Bewertung der derzeitigen Versorgungssituation auf kommunaler Ebene*).

In den einzelnen Ausprägungen der Zufriedenheit mit der Versorgungssituation am Wohnort differenziert sich das Ausmaß der Wohnmobilität deutlich. Während 14,0 % der *sehr zufriedenen* Haushalte eine generelle Umzugsbereitschaft aufweisen, liegt dieser Wert bei den *sehr unzufriedenen* Haushalten bei 25,5 % (vgl. Tabelle 15). Einen konkreten Umzug an einen anderen Wohnort plant die Gruppe der Haushalte, die mit den vorhandenen kommunalen Angeboten der Daseinsvorsorge *sehr unzufrieden* sind (11,2 %) viermal so oft als die Gruppe der *sehr zufriedenen* Haushalte (2,8 %). Allerdings beträgt der Anteil der *eher Unzufriedenen* und *sehr Unzufriedenen* mit konkreten Umzugsplanungen an der Gesamtzahl der befragten 2.002 Haushalte lediglich 2,0 %.

³⁹¹SCHNEIDER, N.: Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland. Discussion Paper FS III 97-404 Berlin : Wissenschaftszentrum, Berlin, S. 28.

Tabelle 15: Zusammenhang von Wohnmobilität und Zufriedenheit mit Versorgungssituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets

		Bewertung der derzeitigen kommunalen Versorgungssituation (Angabe in %)			
		sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
Umzugspläne in nähere Zukunft	nein	83,2	74,9	68,9	63,4
	vielleicht	14,0	20,9	25,8	25,5
	ja	2,8	4,2	5,3	11,2
Gesamtsumme		100,0	100,0	100,0	100,0

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Wohnmobilität und Zufriedenheit mit Wohnsituation

Ebenfalls ist eine Verbindung zwischen Wohnmobilität und Zufriedenheit mit der derzeitigen Wohnsituation zu konstatieren. Innerhalb der Untersuchungsgruppe besteht generell ein hohes Niveau der Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus (vgl. Kapitel 6.1.1). Ein Anteil von 1,7 % der Gruppe der *sehr zufriedenen* Personen sowie 5,2 % der *eher Zufriedenen* plant einen konkreten Umzug (vgl. Tabelle 16). Dieser relativ niedrige Wert erhöht sich mit abnehmender Zufriedenheit mit der derzeitigen Wohnsituation. Innerhalb der Gruppe der *eher Unzufriedenen* liegt der Anteil der Haushalte mit konkreten Umzugsabsichten bei 29,3 % und innerhalb der Gruppe der *sehr Unzufriedenen* bei 26,7 %.

Wie bereits bei der Darstellung des Zusammenhangs der Wohnmobilität mit der Zufriedenheit mit der Versorgungssituation am Wohnort, soll an dieser Stelle auf die geringe absolute Anzahl der wohnmobilen Bevölkerung verwiesen werden. So beträgt der Anteil der *eher Unzufriedenen* und *sehr Unzufriedenen* mit konkreten Umzugsplanungen an der Gesamtzahl der befragten 2.002 Haushalte lediglich 1,8 %.

Tabelle 16: Zusammenhang von Wohnmobilität und Zufriedenheit mit Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus im gesamten Untersuchungsgebiet

		Bewertung der derzeitigen Wohnsituation (Angabe in %)			
		sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
Umzugspläne in nähere Zukunft	nein	85,9	64,4	29,3	53,3
	vielleicht	12,4	30,3	41,3	20,0
	ja	1,7	5,2	29,3	26,7
Gesamtsumme		100,0	100,0	100,0	100,0

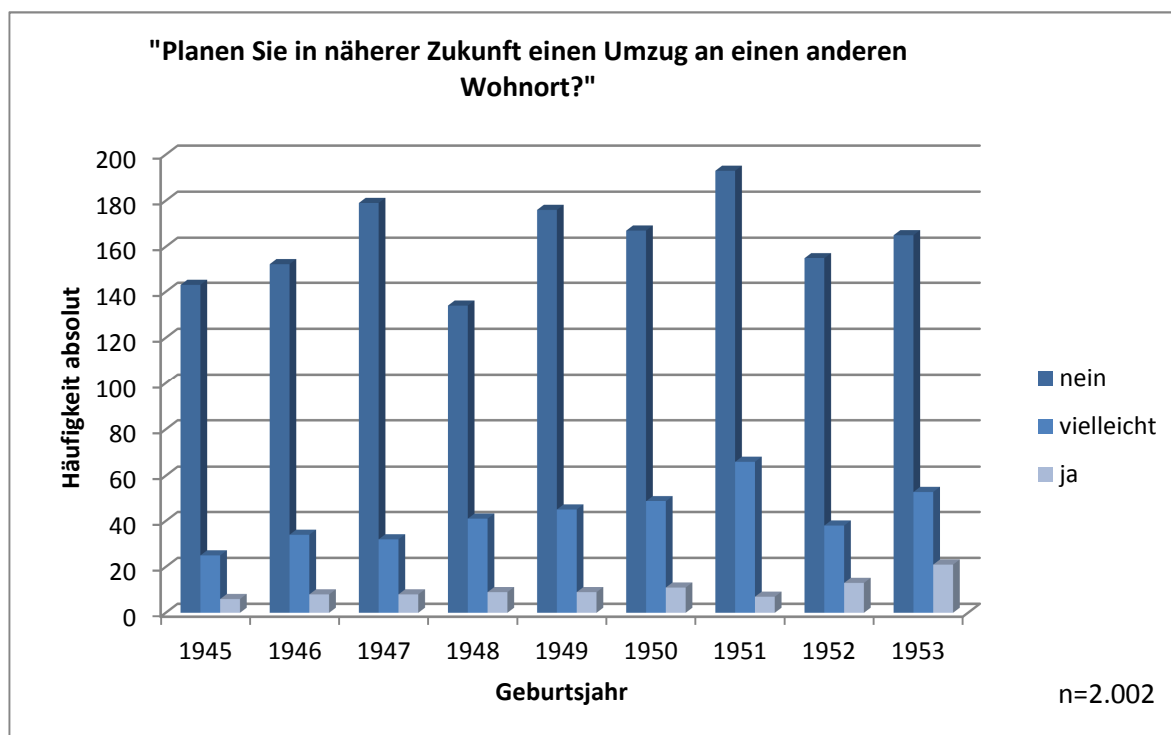
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Wohnmobilität im Zusammenhang mit sozioökonomischen Merkmalen

Im Folgenden wird die Abhängigkeit der Wohnmobilität der befragten Haushalte von deren sozialstrukturellen Merkmalen dargestellt.

Die Auswertung des Zusammenhangs zwischen Wohnmobilität und Lebensalter der Akteure verdeutlicht weitestgehend eine Tendenz zur Abnahme der Umzugsbereitschaft mit steigendem Alter (vgl. Abbildung 60). Es kann davon ausgegangen werden, dass erst in einem höheren Alter das Ausmaß der Wohnmobilität wieder ansteigt, allerdings durch gezwungene und nicht freiwillige Wohnstandortveränderungen im Rahmen von Umzügen in Alten- und Pflegeheime.

Abbildung 60: Zusammenhang von Wohnmobilität und Lebensalter der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiet



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: Eigene Erhebung 2014

Die formale Bildung bzw. der Schulabschluss der Personen stellt einen weiteren Indikator zur Beschreibung der soziodemographischen Struktur der Haushalte dar, anhand dessen eine Ableitung des Bildungsniveaus eingeschränkt möglich ist. Anhand der erhobenen Daten lässt sich mit 40,0 % ein hoher Anteil der Personengruppe mit Volksschul- /Hauptschulabschluss erkennen (Dies zeigt, dass in den 1950er und 1960er Jahren der Anteil eines Geburtenjahrgangs der eine höhere Schulform besuchte, eher gering war und noch lediglich eine gemäßigte Öffnung des Bildungssystems stattfand). Die Tatsache, dass Wohnmobilität mit steigendem sozialem

Status zunimmt ist in den empirischen Sozial- und Raumwissenschaften bereits bekannt.³⁹² So lässt sich auch in der vorliegenden Untersuchung nachweisen, dass Personen mit höheren Bildungsabschlüssen wohnmobiler sind als Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Innerhalb der Gruppe mit Hochschul-/Fachhochschulabschluss liegt der Anteil der Personen mit genereller Umzugsbereitschaft (27,7 %) sowie die der Personen mit konkreten Umzugsplänen (5,7 %) ca. doppelt so hoch als innerhalb der Gruppe mit Volksschul- /Hauptschulabschluss (14,5 % und 2,8 %).

Der Einfluss des derzeitigen beruflichen Status auf die Wohnmobilität ist innerhalb der Gruppe der Altersjahrgänge der 60- bis 69-Jährigen dagegen weniger stark ausgeprägt. Dennoch lässt sich festhalten, dass 24,9 % der Berufstätigen generell umzugsbereit sind und 6,7 % konkrete Umzugspläne verfolgen, während sich diese Werte bei den Rentnern/Pensionären auf 18,0 % und 3,7 % belaufen. Anhand dieser Analyse lässt sich indirekt die weiter oben angeführte Abnahme der räumlichen Mobilität bei steigendem Alter belegen. Bei der Interpretation der Umfrageergebnisse ist zu beachten, dass die Frage nach der Umzugsbereitschaft auf die nähere Zukunft abzielt, in der ein Rentnereintritt von derzeit noch erwerbstätigen Personen erfolgt sein kann.

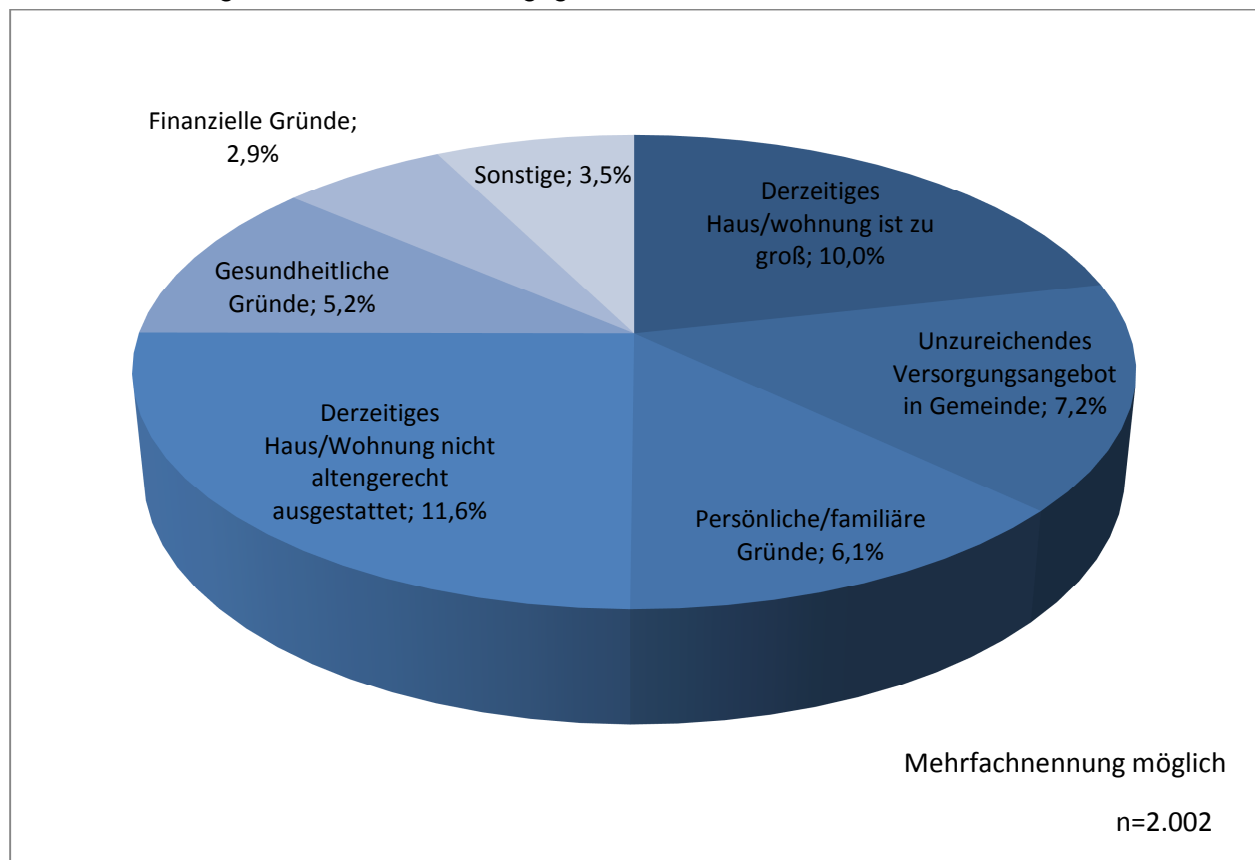
6.2.3 Umzugsmotive

Im Folgenden werden die Motive bzw. Gründe, die potentiellen Abwanderungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus aus den suburbanen Siedlungsgebieten zugrunde liegen, dargestellt. Insbesondere ist hierbei von Bedeutung, welche Rolle die lokalen Versorgungsstrukturen als Push-Faktor für einen möglichen Fortzug in der Motivhierarchie einnehmen. Dafür soll zunächst ein Überblick über die Motive der prospektiven Wohnmobilität im gesamten Untersuchungsgebiet gegeben werden, gefolgt von einer Analyse nach Herkunftsverbandsgemeinden und -kommunen der befragten Haushalte.

Abbildung 61 gibt einen Überblick über die Gewichtung einzelner Motive im Entscheidungsprozess potentieller Wanderungen der befragten Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus. Da es sich bei Wohnstandortveränderungen oftmals um multikausale Entscheidungen handelt, war im Rahmen der empirischen Befragung eine Mehrfachnennung von Wanderungsgründen möglich, so dass nicht ausschließlich nach einem Hauptmotiv für eine potentielle Verlagerung des Wohnstandortes gefragt wurde.

³⁹²Vgl. FRICK, J. (1996): Lebenslagen im Wandel: Determinanten kleinräumlicher Mobilität in Westdeutschland. Frankfurt a. M./New York, S. 194f.

Abbildung 61: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiets



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Die Analyse der genannten Motive eines möglichen Wohnstandortwechsels zeigt, dass die fehlende altengerechte Ausstattung der eigenen Wohnung bzw. des eigenen Hauses für 232 der 2.002 befragten Haushalte (11,6 %) einen Umzugsgrund dargestellt, womit dies als der meist genannte Faktor für generelle oder konkrete Umzugspläne zu konstatieren ist. Das am zweithäufigsten genannte Motiv ist die in Bezug auf die Wohnfläche als zu groß empfundene eigene Wohnung bzw. das eigene Haus (10,0 %). Der hohe Nennwert des letztgenannten Motivs ist der Altersstruktur der Befragten entsprechend mit hoher Wahrscheinlichkeit insbesondere auf Veränderungen der Haushaltsgröße im Zuge des Auszugs der Kinder zu begründen, da Veränderungen der Größe und Struktur von Haushalten i. d. R. veränderte Wohnansprüche implizieren.

Als drittstärkster Faktor der Wohnmobilität ist für die befragten Haushalte die kommunale Ausstattung mit Versorgungsangeboten zu identifizieren. 7,2 % der 2.002 Haushalte nannten ein unzureichendes Versorgungsangebot in der eigenen Kommune als Grund für eine generelle Umzugsbereitschaft sowie für konkrete Umzugsabsichten.

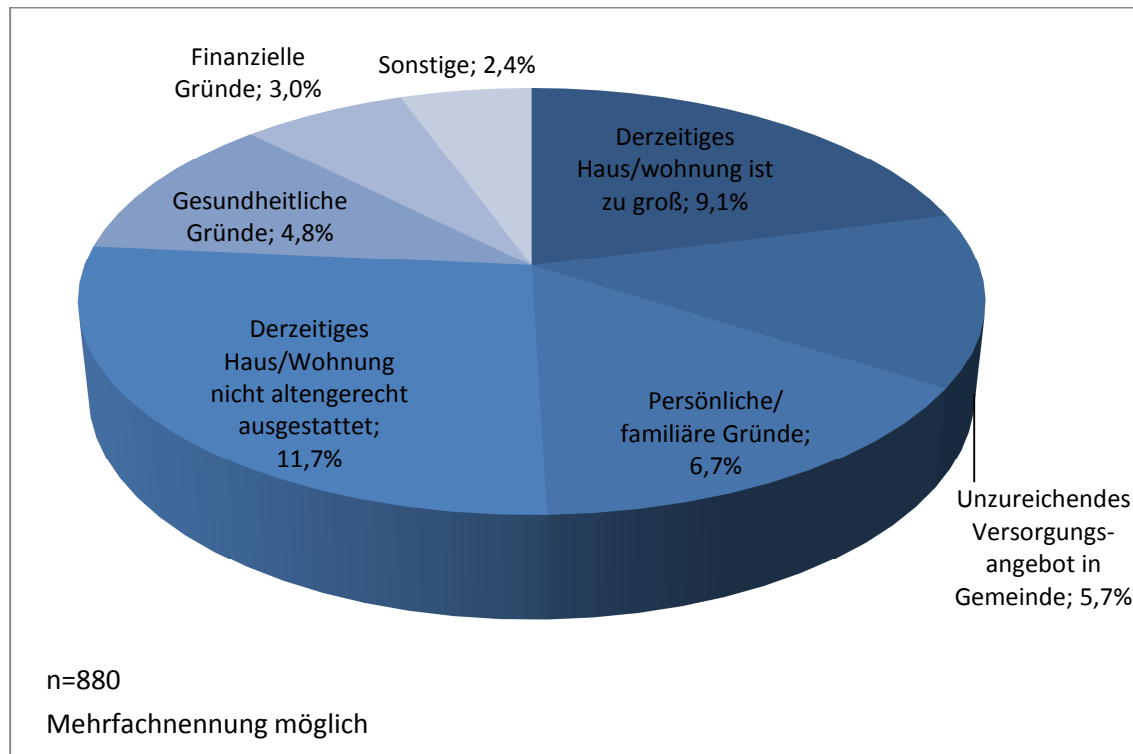
Weitere Faktoren für potentielle Wanderungen bestehen aus persönlichen und familiären Gründen, gesundheitlichen Gründen, finanziellen Gründen und sonstigen Gründen wie Flug-, Bahn- und Straßenverkehrslärm sowie aus vielfältigen weiteren Nennungen.

Insgesamt zeigt die Umzugsmotivuntersuchung auf Ebene aller 2.002 befragten Haushalte, dass wohnungsbezogene Problemlagen wie fehlende altengerechte Ausstattung der Wohnung und Haus- und Wohnungsgröße als Hauptmotiv aufgeführt werden können, die höchstwahrscheinlich in Zusammenhang mit Haushaltsgrößenveränderungen stehen. Weiterhin sind aus den Erkenntnissen der vorliegenden Untersuchung folgernd, mögliche Abwanderungen älterer Bevölkerungsgruppen aus den Untersuchungskommunen ebenso in bedeutsamen Maße von defizitären Versorgungsangeboten als Fortzugs- bzw. Push-Faktor für potentielle Wanderungen determiniert.

Im Rahmen der Analyse auf der Aggregationsebene der Verbandsgemeinden zeigt sich, dass die fehlende altengerechte Ausstattung der eigenen Wohnung bzw. des eigenen Hauses in der Verbandsgemeinde Bodenheim mit 11,7 % und in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim mit 11,6 % das meist genannte Umzugsmotiv darstellt, gefolgt von dem Motiv der in Bezug auf die Wohnfläche als zu groß empfundenen eigene Wohnung bzw. eigene Haus (9,1 % und 10,7 %) (vgl. Abbildungen 62 und 63).

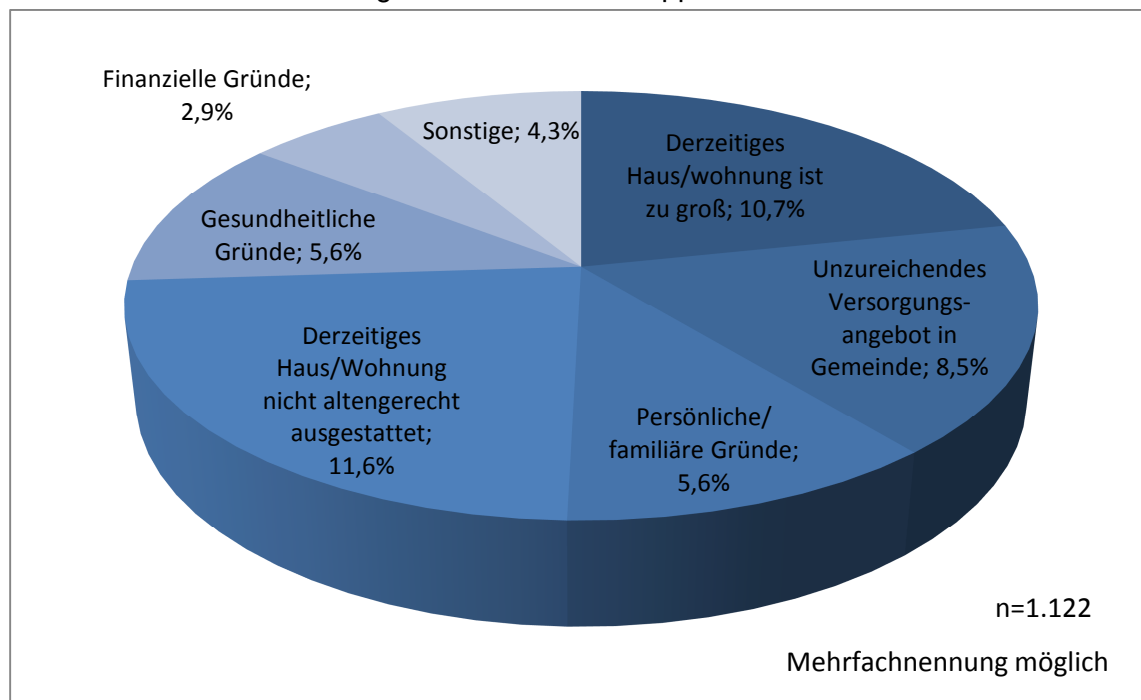
Bedeutsam im Hinblick auf die Analyse der raumstrukturellen Rahmenbedingungen ist die Tatsache, dass in der Verbandsgemeinde Bodenheim ein unzureichendes Versorgungsangebot als Motivnennung einer potentiellen Wanderung mit 5,7 % eine weniger entscheidende Rolle spielt und von den befragten Haushalten lediglich als viertwichtigster Umzugsgrund angegeben wird. Dagegen stellt der Faktor der Versorgungsstrukturen in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim das drittwichtigste Motiv im Entscheidungsprozess, den momentanen Wohnstandort aufzugeben (8,5 %), dar. Eine Erklärung hierfür kann eine Darstellung der Motivanalyse auf Ebene der einzelnen Kommunen bieten.

Abbildung 62: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 63: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Auf kleinräumiger Untersuchungsebene einzelner Kommunen lassen sich hinsichtlich der Versorgungssituation als Motiv für potentielle Wanderungen eindeutige Unterschiede analysieren. In Tabelle 17 sind die Umzugsmotive nach ihrer Wichtigkeit in Rangfolgen für die einzelnen Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim dargestellt (vgl. hierzu auch Abbildung 64). Es verdeutlicht sich zum Teil eine Abhängigkeit der Umzugsbereitschaft von der kommunalen Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen. In zwei von fünf Kommunen ist eine defizitäre Versorgungsstruktur als Hauptmotiv genannt worden. Dabei handelt es sich um die Ortsgemeinden Gau-Bischofsheim und Lörzweiler, welche jeweils ein eingeschränktes Angebot an Dienstleistungen und Infrastrukturen aufweisen. Gleichzeitig wird dieser Faktor in den beiden Grundzentren Bodenheim und Nackenheim als unbedeutendster und zweitunbedeutendster Wanderungsgrund genannt. Im interkommunalen Vergleich zeigt sich weiterhin, dass in drei von fünf Kommunen eine nicht altengerecht ausgestattete Wohnung bzw. Haus das Hauptmotiv einer möglichen Wanderungsentscheidung darstellt.

Eine ähnliche Differenzierung innerhalb der Motivstruktur von potentiellen Wanderungen der befragten Haushalte verdeutlicht sich innerhalb der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim. In fünf der zwölf Kommunen (Ortsteil Nierstein-Schwabsburg mitgerechnet) ist ein unzureichendes Versorgungsangebot der Hauptgrund dafür, nochmals im fortgeschrittenen Alter den Wohnstandort zu wechseln (vgl. Tabelle 18). Hierbei handelt es sich mit Friesenheim (29,4 %), Selzen (25,7 %), Hahnheim (18,1 %), Nierstein-Schwabsburg (17,9 %) und Dexheim (14,3 %) um Ortsgemeinden mit einer defizitären Ausstattungslage bezüglich der kommunalen Angebote der Daseinsvorsorge. In den Mittelzentren Oppenheim und Nierstein, in der unmittelbar an einem Gewerbegebiet der benachbarten Stadt Oppenheim liegenden Ortsgemeinde Dienheim sowie in Ortsgemeinden mit vielfältig vorhandenen Versorgungsangeboten (z. B. Udenheim, Mommenheim) spielt die Ausstattung mit bestimmten Versorgungsstrukturen keine bedeutende Rolle im Hinblick auf einen möglichen Umzug.

In weiteren fünf Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim sind nicht altengerecht ausgestattete Wohnungen bzw. Häuser sowie zu große Wohnflächen die Hauptfaktoren für einen möglichen Wohnstandortwechsel.

Tabelle 17: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim im interkommunalen Vergleich

Rang	Bodenheim (GZ)		Gau-Bischofsheim		Harxheim		Lörzweiler		Nackenheim (GZ)	
1	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet	13,2%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde	15,8%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet	14,1%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde	11,8%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet	9,4%
2	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß	8,1%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß	12,5%	Persönliche/familiäre Gründe	11,5%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet	9,2%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß	6,3%
3	Persönliche/familiäre Gründe	6,0%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet	10,8%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß	11,5%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß	6,6%	Persönliche/familiäre Gründe	5,7%
4	Gesundheitliche Gründe	5,4%	Persönliche/familiäre Gründe	5,0%	Gesundheitliche Gründe	10,3%	Persönliche/familiäre Gründe	6,6%	Gesundheitliche Gründe	4,7%
5	Sonstige	3,0%	Gesundheitliche Gründe	2,5%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde	9,0%	Sonstige	2,6%	Finanzielle Gründe	3,1%
6	Finanzielle Gründe	2,1%	Finanzielle Gründe	2,5%	Finanzielle Gründe	5,1%	Finanzielle Gründe	1,3%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde	2,6%
7	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde	1,5%	Sonstige	0,0%	Sonstige	2,6%	Gesundheitliche Gründe	0,0%	Sonstige	2,0%

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

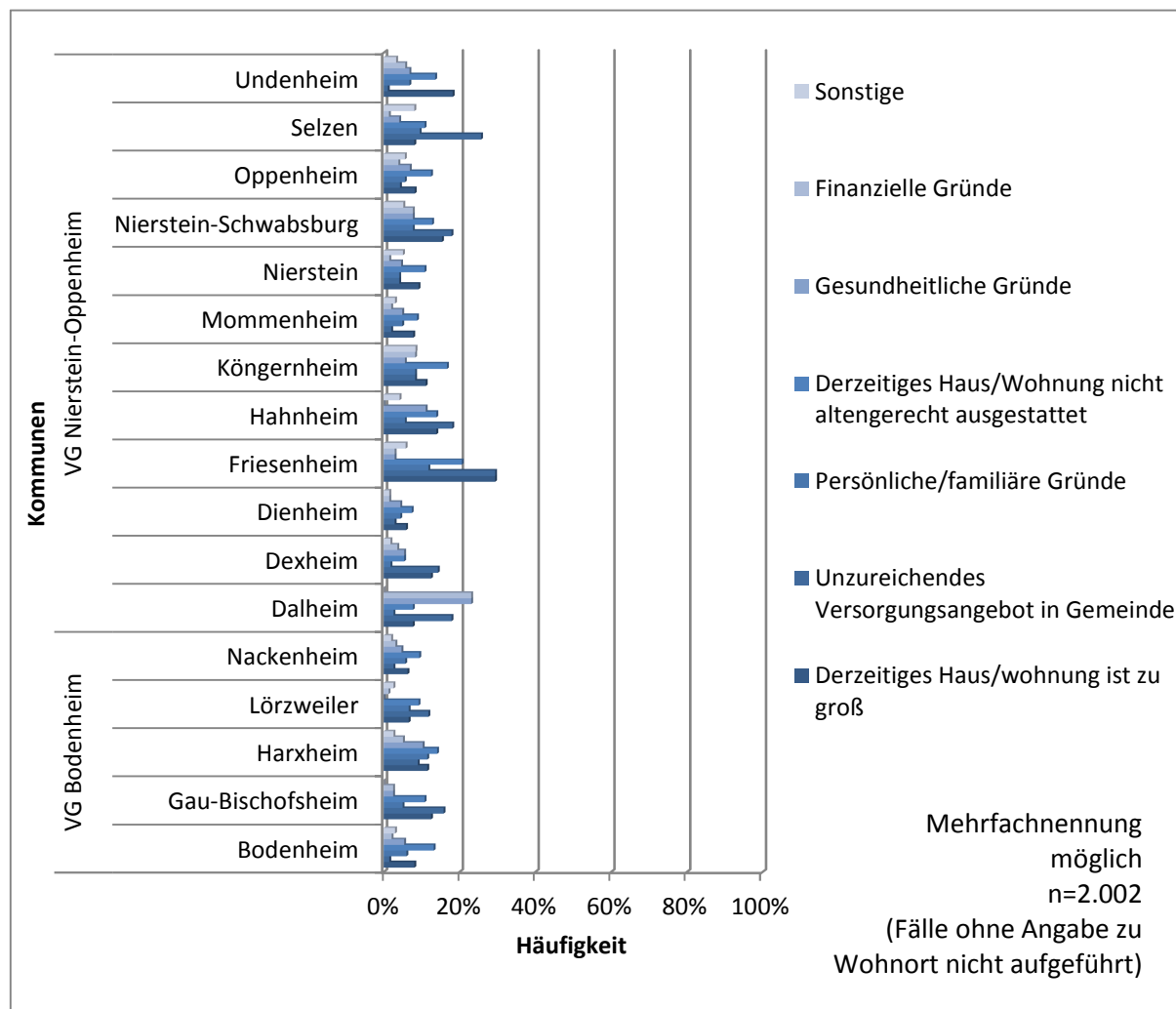
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Tabelle 18: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim im interkommunalen Vergleich

Rang	Dalheim	Dexheim	Dienheim	Friesenheim	Hahnheim	Köngernheim	Mommenheim	Nierstein (MZ)	N.-Schwabsburg	Oppenheim (MZ)	Selzen	Udenheim	
1	Gesundheitliche Gründe 23,1%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 14,3%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 7,4%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 29,4%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 29,4%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 18,1%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 16,7%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 8,8%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 10,8%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 17,9%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 12,5%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 25,7%	18,2%
2	Finanzielle Gründe 23,1%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 12,5%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 12,5%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 5,9%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 29,4%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 13,9%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 11,1%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 7,8%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 9,2%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 15,4%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 8,2%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 10,8%	13,6%
3	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 17,9%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 5,4%	Persönliche/familiäre Gründe 4,4%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 4,4%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 20,6%	Sonstige 13,9%	Sonstige 8,4%	Persönliche/familiäre Gründe 4,9%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 5,1%	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 12,8%	Persönliche/familiäre Gründe 6,9%	Persönliche/familiäre Gründe 9,5%	6,8%
4	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 7,7%	Gesundheitliche Gründe 5,4%	Gesundheitliche Gründe 5,4%	Persönliche/familiäre Gründe 4,4%	Gesundheitliche Gründe 11,8%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 11,1%	Gesundheitliche Gründe 8,3%	Gesundheitliche Gründe 4,9%	Persönliche/familiäre Gründe 4,6%	Persönliche/familiäre Gründe 7,7%	Derzeitiges Haus/Wohnung ist zu groß 5,6%	Gesundheitliche Gründe 8,1%	6,8%
5	Derzeitiges Haus/Wohnung nicht altengerecht ausgestattet 7,7%	Finanzielle Gründe 3,6%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 2,9%	Sonstige 5,8%	Persönliche/familiäre Gründe 5,6%	Persönliche/familiäre Gründe 8,3%	Sonstige 3,0%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 4,1%	Gesundheitliche Gründe 7,7%	Sonstige 5,6%	Sonstige 8,1%	Finanzielle Gründe 5,7%	
6	Persönliche/familiäre Gründe 2,6%	Persönliche/familiäre Gründe 1,8%	Finanzielle Gründe 1,5%	Gesundheitliche Gründe 2,9%	Sonstige 4,2%	Finanzielle Gründe 8,3%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 2,0%	Persönliche/familiäre Gründe 4,1%	Finanzielle Gründe 7,7%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 4,3%	Gesundheitliche Gründe 4,1%	Sonstige 3,3%	
7	Sonstige 0,0%	Sonstige 1,8%	Sonstige 1,5%	Finanzielle Gründe 2,9%	Finanzielle Gründe 0,0%	Gesundheitliche Gründe 5,6%	Finanzielle Gründe 2,0%	Finanzielle Gründe 1,5%	Sonstige 5,2%	Finanzielle Gründe 3,9%	Finanzielle Gründe 1,4%	Unzureichendes Versorgungsangebot in Gemeinde 1,1%	

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 64: Motive der Umzugsplanungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebietes



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014

Quelle: Eigene Erhebung 2014

6.2.4 Umzugsziele

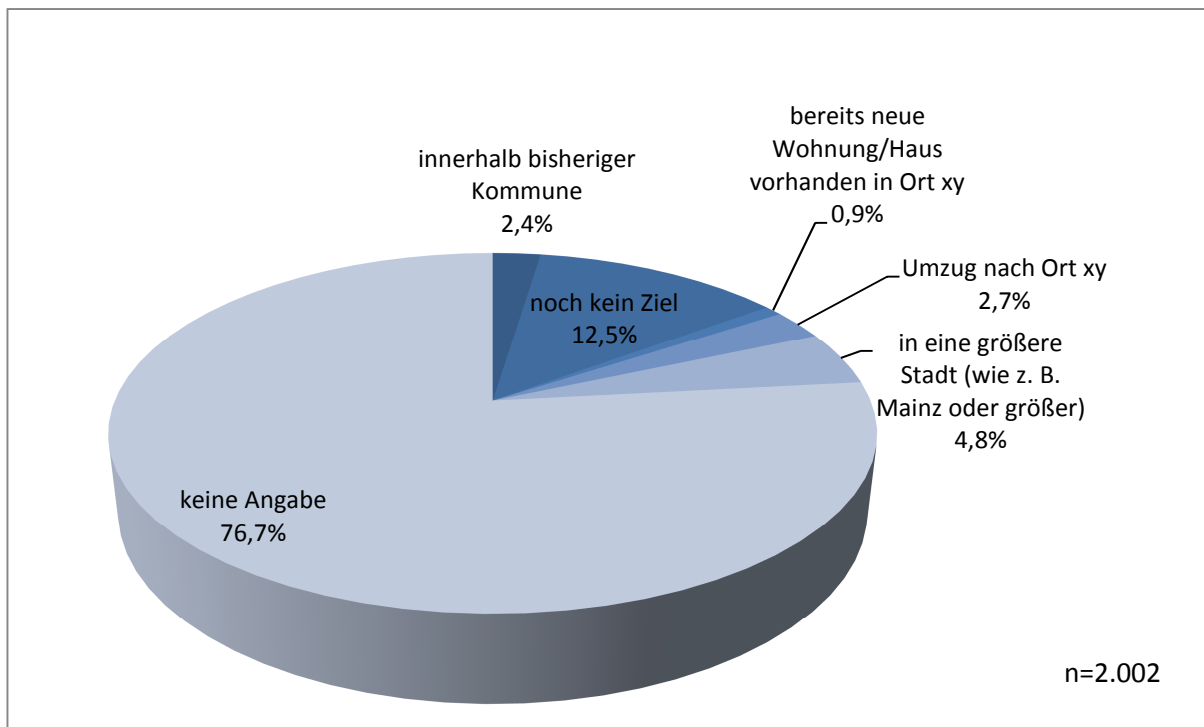
Im folgenden Kapitel werden als direkte Folge der analysierten Motivstrukturen, mögliche Zielgebiete von Wanderungen der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus und daraus entstehende räumlichen Muster in deren Wohnstandortwahl dargestellt.

Insgesamt 12,5 % der 2.002 befragten Haushalte gibt an, noch kein konkretes Ziel für einen Wohnstandortwechsel vor Augen zu haben (vgl. Abbildung 65). Für weitere 4,8 % der älteren Suburbaniten ist eine *größere Stadt* (wie z. B. Mainz oder größer) gewünschtes oder konkretes Umzugsziel. 2,7 % der Befragten gaben bereits einen exakten neuen Wohnstandort an. Für 2,4 % der Haushalte der Generation 60plus ist ein Umzug innerhalb des Heimatortes vorstellbar. Eine neue Immobilie an einem konkret genannten Ort bereits erworben haben 0,9 % der Befragten (somit machten 23,3 % der insgesamt 24,7 % der wohnmobilen Bevölkerung Anga-

ben zu ihrem zukünftigen Wohnort, die restlichen 1,4 % sind in den 76,7 % der 2.002 befragten Haushalte ohne diese Angabe enthalten.

Auf der Ebene der Verbandsgemeinden sowie auf kommunaler Ebene bestätigen sich die bisherigen empirischen Befunde (vgl. Abbildungen 94 bis 96 im Anhang). Lediglich herauszustellen ist die Tatsache, dass in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim 3,0 % der befragten Haushalte innerhalb ihrer Kommune umziehen würden, während dieser Wert in der Verbandsgemeinde Bodenheim nur auf einem ca. halb so hohen Niveau liegt (1,6 %).

Abbildung 65: Wanderungsziele der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebiet



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Im Rahmen der Analyse der räumlichen Ausprägungen von potentiellen Wanderungen ist von Interesse, ob im Untersuchungsraum Indizien für einen Trend hin zu Umland-Stadt-Wanderungen bzw. Reurbanisierungstendenzen mit der Generation 60plus als Trägergruppe nachzuweisen sind. Die Wiederentdeckung des Wohnens in der Stadt durch die Bevölkerungsgruppe 60plus ist bedingt durch vielfältige gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die sich auch räumlich in Form von veränderten Wohnstandortverhalten widerspiegeln, eine derzeit in den Raumwissenschaften diskutierte These.

Die empirischen Ergebnisse zeigen hinsichtlich des Wandertrends in Städte mit mindestens 50.000 Einwohnern als Zielort folgendes Bild: Wie bereits dargestellt ist für 4,8 % der befragten Haushalte eine *größere Stadt (wie z. B. Mainz oder größer)* gewünschtes oder konkretes Umzugsziel. Weiterhin gaben 2,7 % der Befragten einen exakten neuen Wohnstandort an. Schließt man lediglich Städte mit mindestens 50.000 Einwohnern als Wanderungsziel in die

Betrachtung ein, reduziert sich dieser Anteil an der Gesamtheit der Befragten auf 1,2 %. Eine neue Immobilie an einem konkret genannten Ort mit mindestens 50.000 Einwohnern haben bereits 0,4 % der befragten Haushalte erworben (vgl. Tabelle 19).

Insgesamt 6,4 % der 2.002 befragten Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus sind demnach der Gruppe potentieller Reurbaniten zuzuordnen. Somit ist zum Zeitpunkt der Untersuchung kein erhöhter Trend hin zu einer Umland-Stadt-Wanderung älterer Bevölkerungsgruppen nachweisbar, wenngleich aufgrund der hohen Werte einer generellen Umzugsbereitschaft ohne Nennung konkreter Wanderungsziele ein nicht irrelevantes Wanderungspotential besteht.

Tabelle 19: Städte mit mindestens 50.000 Einwohnern als Wanderungszielort der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebietes

Wanderungsziele					
Größere Stadt (wie z. B. Mainz oder größer)	Bereits neue Wohnung/Haus vorhanden in...		Umzug an folgenden Ort...		
	Anzahl	Ortsangabe	Anzahl	Ortsangabe	
96		Bad Kreuznach (RPL)	1	Aachen	1
		Dannenfels (RLP)	1	Aurich (NI)	1
		Hahnheim	1	Bayern	1
		Lindau (BW)	1	Berlin	1
		Mainz	8	Bodenheim	1
		Oppenheim	2	Fränkische Schweiz (BY)	1
		Riedstadt (HE)	1	Gau-Bischofsheim	1
		Spanien	1	Grünheide bei Berlin	1
		Voiswinkel (NRW)	1	Hannover	1
		Zornheim (LK Mz-Bi.)	1	Innerhalb der Ver- bandsgemeinde	1
				Klein-Winternheim (LK Mz-Bi.)	1
				Limburg (HE)	1
				Mainz	18
				Nieder-Olm (LK Mz- Bi.)	4
				Nierstein	5
				Norddeutschland	4
				„Nordsee“	4
				Oppenheim	2
				Osthofen (RLP)	1
				Rüsselsheim (HE)	1
			Sarajevo	1	
			Schlangenbad (HE)	1	
			Stuttgart	1	
			„Süden“	1	
			Worms	2	
			Wörrstadt (LK Mz-Bi.)	1	

Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

6.2.5 Präferierte Wohnformen

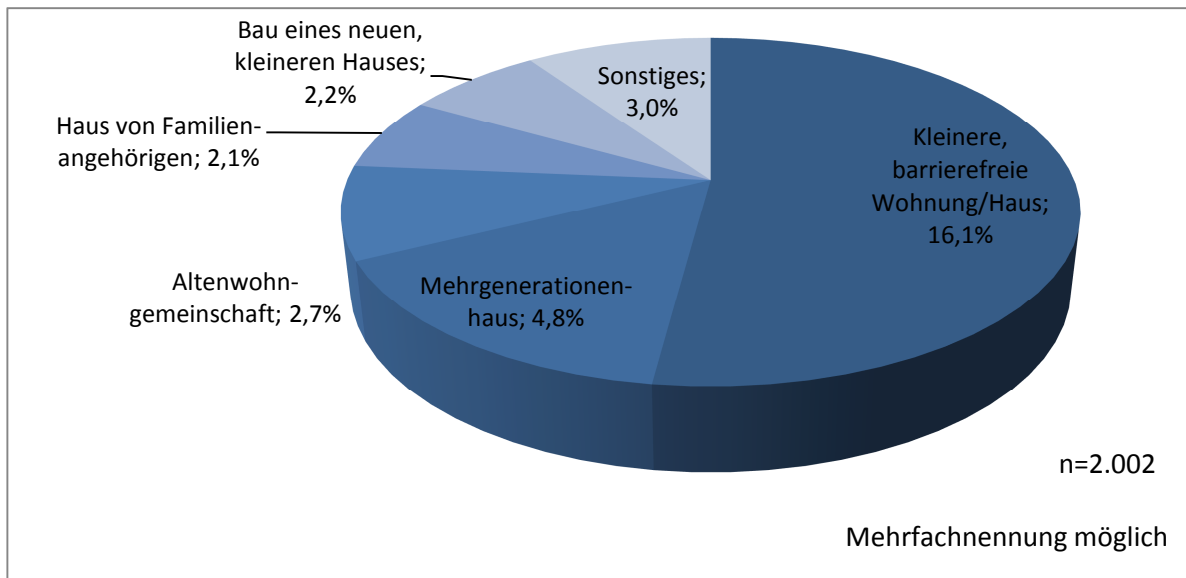
Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der empirischen Befragung über die präferierten Wohnformen der umzugsbereiten Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus im Falle eines möglichen oder konkreten Umzugsvorhabens in näherer Zukunft dargestellt.

Wie bereits in der Analyse der Wohnstrukturdaten der befragten Haushalte erkenntlich, lebt die Mehrheit der Personen in Ein- und Zweipersonenhaushalten, primär in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Doppelhaushälften oder Reihenhäusern. Im Hinblick auf das höhere Alter ist in diesen Wohnumgebungen mit mehrgeschossiger Bauweise und großen Wohnflächen pro Kopf eine selbstständige Lebensführung für ältere Menschen oftmals nicht mehr gegeben. Eine Strategie zum Erhalt von Selbstständigkeit kann in der Hinzunahme von Unterstützungsleistungen im eigenen Haushalt gesehen werden. Eine andere Anpassungsmaßnahme stellt ein Umzug in eine Wohnung dar, dessen Ausstattung und Lage kongruent zu den Bedürfnissen der älteren Menschen ist. Dies kann eine normale Wohnung sein, welche in fußläufiger Erreichbarkeit zu Versorgungsdienstleistungen liegt. Neben diesen traditionellen Wohnformen präferiert eine steigende Zahl von älteren Menschen alternative Wohnprojekte. Parallel zu der zunehmenden Nachfrage hat sich in den letzten Jahren das Angebot an neuen und alternativen Wohnformen vergrößert und ausdifferenziert (vgl. Kapitel 2.2.3.2). So existieren Wohnprojekte wie Wohngemeinschaften für ältere Menschen und Mehrgenerationenwohnformen mit gegenseitigen Hilfeleistungen im Bedarfsfall. Die alternativen Wohnformen verfolgen die Zielsetzung, das Wohnen mit Betreuungsangeboten und Dienstleistungen zu koppeln, um somit älteren Menschen Selbstbestimmung, Selbstständigkeit, Gemeinschaft und Betreuung zu gewährleisten.

Zur Frage der Vorstellungen bezüglich der zukünftigen Wohnsituation konnten die Haushalte aus sechs vorgegebenen Antwortkategorien mit der Möglichkeit der Mehrfachnennung auswählen. Die Auswertung zeigt, dass auf der übergeordneten Ebene aller Untersuchungskommunen im Falle eines Umzuges primär die Wohnform eines kleineren und barrierefreien Hauses bzw. Wohnung in Betracht gezogen wird (16,1 % der befragten Haushalte). 4,8 % der Haushalte nannte die Wohnform des Mehrgenerationenhauses als eine mögliche Option für das Wohnen im Alter. Die Antwortkategorie *Sonstiges* wurde von 3,0 % als zukünftig gewünschte Wohnform angegeben, wobei die häufigsten Antworten *Eigentumswohnung*, *Stadtwohnung* und *Betreutes Wohnen* waren. Geringere Anteile erzielte die Wohnform der Altenwohngemeinschaft mit 2,7 %. Die Option nochmals ein neues, kleineres Haus zu errichten kommt für 2,2 % der Befragten in Betracht. Lediglich 2,1 % der befragten Haushalte der Generation 60plus erwägt es in näherer Zukunft in das Haus von Familienangehörigen zu ziehen (vgl. Abbildung 66).

Auf der Ebene der Verbandsgemeinden sowie auf kommunaler Ebene bestätigen sich diese empirischen Befunde (vgl. Abbildungen 97 bis 99 im Anhang).

Abbildung 66: Gewünschte zukünftige Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus des gesamten Untersuchungsgebietes



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

6.2.6 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und Beantwortung der Forschungsfragen

Im Folgenden werden zunächst die Ausführungen des Kapitels 6.2 zusammengefasst und

Forschungsfrage 5 *Wie groß ist die Umzugsbereitschaft der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus in den suburbanen Untersuchungskommunen? Welche Zusammenhänge bestehen dabei zwischen der Umzugsbereitschaft und wohnstandort- und wahrnehmungsspezifischen sowie sozioökonomischen Faktoren?,*

Forschungsfrage 6 *Welche Motive beeinflussen die Umzugsbereitschaft der Bevölkerungsgruppe 60plus in den suburbanen Untersuchungskommunen? Welche Zusammenhänge bestehen dabei insbesondere zwischen der Umzugsbereitschaft und der Versorgungssituation in den suburbanen Untersuchungskommunen?,*

Forschungsfrage 7 *Welche räumlichen Muster sind in der Wohnstandortwahl der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der suburbanen Untersuchungskommunen zu erkennen? Kommt es im Untersuchungsraum zum Trend der Reurbanisierung mit der Bevölkerungsgruppe 60plus als Trägergruppe? und*

Forschungsfrage 8 Welche sind die präferierten Wohnformen der umzugswilligen Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus?
beantwortet.

Im Rahmen der empirischen Haushaltsbefragung ist mittels der Indikatoren *Umzugsbereitschaft*, *Motive der Wohnortwahl*, *Wohnortpräferenzen* und *Wohnsituation nach Wohnortwechsel* der Themenkomplex der prospektiven Wohnmobilität der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus in den ausgewählten suburbanen Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen untersucht worden.

Folgende Ergebnisse sind bei der Analyse des quantitativen Ausmaßes der Wohnmobilität bzw. der Umzugsbereitschaft in Zusammenhang mit wohnstandortspezifischen, wahrnehmungsspezifischen und sozioökonomischen Faktoren zu konstatieren:

Die Auswertung der empirischen Daten ergibt, dass der größte Teil der 2.002 befragten Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus (74,8 %) in den suburbanen Siedlungsgebieten im Umland der Stadt Mainz in näherer Zukunft keinen Umzug an einen anderen Wohnstandort plant und somit bisherige Präferenzen älterer Menschen bei der Wohnstandortentscheidung bestätigt werden. Dies bedeutet im Umkehrschluss das Potential einer wohnmobilen Bevölkerung in Höhe eines Anteils von 24,7 %.³⁹³ Dieser Wert setzt sich aus 20,0 % der Befragten, die *vielleicht* einen Umzug planen und weiteren 4,7 % der befragten Haushalte mit konkreten Umzugsplänen zusammen.

Die Wohnstandortwahl von Senioren wirkt sich vielfältig auf die Entwicklung von räumlichen Strukturen, wie Wohnungsmarkt und Infrastrukturen am Zielort einer Wanderung aus. Gleichzeitig beeinflussen Raumstrukturen am Herkunftsort gleichsam das Umzugsverhalten von Menschen. Im Rahmen der Analyse des Zusammenhangs des quantitativen Ausmaßes der Wohnmobilität mit den gegebenen Raumstrukturen am derzeitigen Wohnort lässt sich auf einer kleinräumigen, kommunenspezifischen Analyse erkennen, dass die höchsten Werte einer generellen Umzugsbereitschaft und konkreter Umzugspläne bei Kommunen ohne zentralörtlicher Funktion und defizitären Versorgungsstrukturen zu beobachten sind.

Neben Effekten von ortsspezifischen versorgungsstrukturellen Rahmenbedingungen sind auch Auswirkungen der Wohnsituation auf die Wohnmobilität von älteren Menschen zu konstatieren. Demnach nimmt einerseits die Umzugsbereitschaft der Bevölkerungsgruppe 60plus ab, wenn sich die bewohnte Immobilie in Eigentum befindet und zudem bereits größere Investitionen in einen altengerechten Umbau des Eigenheims investiert wurden. Andererseits weisen Haushalte, die die momentan zur Verfügung stehende Wohnfläche als zu groß wahrnehmen, eine höhere Umzugsbereitschaft auf als Haushalte, die die ihnen zur Verfügung stehende Fläche als angemessen bewerten.

Des Weiteren bestehen Zusammenhänge zwischen Wohnmobilität und der Zufriedenheit der Befragten mit der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus sowie zwischen Wohnmobilität und der Zufriedenheit mit den örtlichen Versorgungsstrukturen. Demnach steigt die Umzugsbereitschaft sowohl mit abnehmender Zufriedenheit mit der Wohnsituation als auch mit den örtlichen Versorgungsstrukturen.

³⁹³0,5 % der Befragten machte keine Angabe.

Ebenso zeigen die Untersuchungsergebnisse eine Abhängigkeit der Wohnmobilität der befragten Haushalte von deren sozialstrukturellen Merkmalen. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Wohnmobilität und Lebensalter zeigt größtenteils ein Rückgang der räumlichen Mobilität mit steigendem Lebensalter. Weiterhin lässt sich konstatieren, dass die Personengruppe mit höheren Bildungsabschlüssen wohnmobiler ist als Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen und ebenso die Umzugswahrscheinlichkeit unter Berufstätigen höhere Werte erreicht als unter der Personengruppe der Rentner/Pensionäre.

Hinsichtlich der Wandermotive der Generation 60plus zeigt die vorliegende Untersuchung zur prospektiven Wohnmobilität auf Ebene aller 2.002 befragten Haushalte, dass wohnungsbezogene Problemlagen wie fehlende altengerechte Ausstattung der Wohnung und Haus- und Wohnungsgröße als Hauptmotive, defizitäre Versorgungsangebote der Kommunen als dritt-wichtigster Faktor das Wohnstandortverhalten der Senioren determinieren. Auf der Ebene der einzelnen Kommunen lassen sich eindeutig Abhängigkeiten zwischen der Ausstattung der Kommune mit Versorgungsangeboten und einer potentiellen Wohnmobilität erkennen. So kann auf kleinräumiger, kommunenspezifischer Ebene festgestellt werden, dass in 7 von 17 Untersuchungskommunen (inkl. Ortsteil Nierstein-Schwabsburg) die defizitäre Versorgungslage das Hauptmotiv für einen möglichen Umzug darstellt.

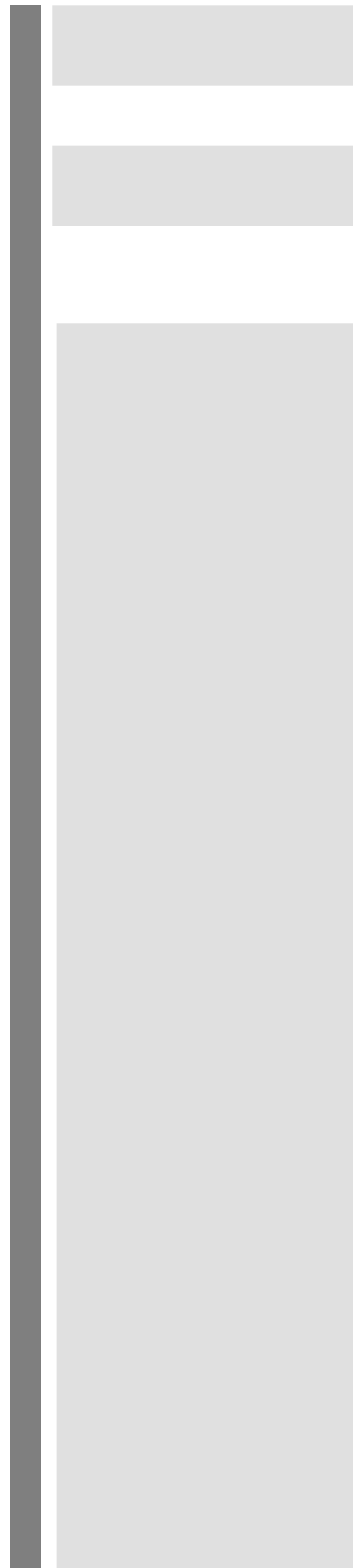
Ist die Bereitschaft einer Person den bisherigen Wohnstandort zu verlassen gegeben, stellt sich die Frage, welche Wohnstandortpräferenzen die Individuen aufweisen und welche räumlichen Muster sich in der Wohnstandortwahl der Senioren ergeben. Innerhalb der Gruppe der wohnmobilen Bevölkerung der Generation 60plus bestehen bei den meisten Haushalten noch keine konkreten Ziele für einen Wohnstandortwechsel. Primär wird eine *größere Stadt (wie z. B. Mainz oder größer)* als gewünschtes oder konkretes Umzugsziel genannt, gefolgt von konkret genannten vielfältigen Umzugsorten innerhalb und teilweise außerhalb Deutschlands. In der Rangfolge der Zielortpräferenzen folgt ein möglicher Umzug innerhalb des Heimatorts und schließlich Wohnstandorte an denen bereits eine neue Immobilie erworben wurde. Eine getrennte Analyse von Städten mit mindestens 50.000 Einwohnern als Wanderungsziel zeigt, dass insgesamt 6,4 % der 2.002 befragten Haushalte der Generation 60plus der Gruppe potentieller Reurbaniten zuzuordnen sind. Somit ist zum Zeitpunkt der Untersuchung kein erhöhter Trend hin zu einer Umland-Stadt-Wanderung älterer Bevölkerungsgruppen nachweisbar.

Der letzte Teil der empirischen Analyse von Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus beschäftigt sich mit der Frage, welche Wohnformen die wohnmobilen Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus im Falle eines Umzuges präferieren. Die Auswertung zeigt, dass auf der übergeordneten Ebene aller Untersuchungskommunen die Wohnform des kleineren und barrierefreien Hauses bzw. Wohnung innerhalb der Gruppe der wohnmobilen Haushalte als zukünftige Wohnform dominiert. Danach folgen in der Rangfolge die Wohnform des Mehrgenerationenhauses, sonstige von den Befragten frei genannte Wohnformen wie Eigentumswohnung und Betreutes Wohnen, Altenwohngemeinschaft, der Bau eines neuen, kleineren Hauses sowie der Umzug zu Familienangehörigen.

Zentrale Forschungsergebnisse:

- Ein Viertel der befragten Haushalte ist zu einer prospektiv wohnmobilen Bevölkerungsgruppe zu zählen (20,0 % generelle Umzugsbereitschaft und 4,7 % konkrete Umzugspläne). Grundsätzlich überwiegt die Wohnpersistenz der Bevölkerungsgruppe 60plus, was eine Bestätigung bisheriger Präferenzen bei der Wohnstandortwahl darstellt. Dennoch besteht ein großes Wanderungspotential innerhalb dieser Akteursgruppe.
- Je höher die zentralörtliche Hierarchieebene und je größer das Versorgungsangebot der Kommune, desto niedriger ist die Bereitschaft der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus zum Wohnstandortwechsel.
- Wenn sich Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus zum Wohnstandortwechsel entscheiden, dann sind in einer Gesamtbetrachtung aller Kommunen eine fehlende altersgerechte Ausstattung der Wohnung und die Haus- und Wohnungsgröße die Hauptmotive.
Auf kleinräumiger, kommunenspezifischer Ebene zeigt sich allerdings, dass in ca. 40 % der Untersuchungskommunen eine defizitäre Versorgungslage das Hauptmotiv für einen möglichen Umzug darstellt.
- Der Großteil der wohnmobilen Bevölkerung nennt keine konkreten Ziele für einen Wohnstandortwechsel. Primär wird jedoch eine größere Stadt (wie z. B. Mainz oder größer) als gewünschtes oder konkretes Umzugsziel genannt.
- Im Falle eines Wohnstandortwechsels präferieren die Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus die Wohnform eines kleineren und barrierefreien Hauses bzw. Wohnung.

7



7 Auswirkungen suburbaner Raumstrukturen auf Wohnstandortentscheidungen von Haushalten der Bevölkerungsgruppe 60plus – Zentrale Forschungserkenntnisse, Konsequenzen und Handlungsansätze für eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten

Im folgenden Kapitel sollen aus den empirischen Ergebnissen der sekundärstatistischen und empirischen Untersuchung der Auswirkungen von suburbanen Raumstrukturen auf Wohnstandortentscheidungen der Bevölkerungsgruppe 60plus und der Beantwortung der Forschungsfragen zunächst **zentrale Forschungserkenntnisse** zusammengefasst und Schlussfolgerungen für den Untersuchungsraum gezogen werden. Die ausgewählten suburbanen Kommunen des Landkreises Mainz-Bingen zeigen einen nahezu idealtypischen Verlauf im Hinblick auf die Entwicklungsphasen der Suburbanisierung in Westdeutschland in den vergangenen Jahrzehnten und weisen charakteristische Strukturmerkmale suburbaner Räume auf (vgl. Kapitel 1.4, 3.3.1 und 4.1), woraus sich eine Übertragbarkeit der empirischen Ergebnisse auf weitere suburbane Räume in Deutschland ableiten lässt. Das Ziel liegt in einer induktiven Herausarbeitung von allgemeinen Handlungsbedarfen für die Planungspraxis, die generell in suburbanen Siedlungsgebieten vor dem Hintergrund der Auswirkungen der demographischen Alterung virulent sind und in der Konsequenz zu Abwanderungen älterer Bevölkerungsgruppen führen können.

Anschließend werden, auf der Ableitung von allgemeinen Handlungsbedarfen für die Raumplanung aufbauend, übergeordnete **Strategien zur Gestaltung und Anpassung eines senioren-gerechten Versorgungs- und Wohnraumangebotes** in suburbanen Siedlungsgebieten in Deutschland aufgezeigt. Das Ziel liegt in der Ermöglichung einer selbstständigen und selbstbestimmten Lebensführung im Alter, einem möglichst langen Verbleib im angestammten Wohnquartier und der Kommune, in der Erhöhung der Qualität suburbaner Wohnstandorte für ältere Menschen und in dem Entgegenwirken potentiell auftretender Abwanderungstendenzen der Bevölkerungsgruppe 60plus. Dabei lassen sich aufgrund der Komplexität des Querschnittthemas der altengerechten Kommunalentwicklung gleich mehrere raumplanerische Handlungsfelder identifizieren.

7.1 Zusammenfassung zentraler Forschungserkenntnisse zu den Auswirkungen suburbaner Raumstrukturen auf Wohnstandortentscheidungen der Bevölkerungsgruppe 60plus

Das zentrale Anliegen dieser Forschungsarbeit lag darin, Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus anhand ausgewählter Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen zu untersuchen. Die Forschungsziele der Arbeit bestanden demzufolge in der Untersuchung

- der räumlichen Ausprägungen des demographischen Alterungsprozesses sowie der derzeitigen versorgungsstrukturellen Voraussetzungen, die suburbane Kommunen älteren

Menschen der Bevölkerungsgruppe 60plus bieten, um zukünftig im höheren Alter ein selbstständiges Leben führen zu können,

- der subjektiven Wohnstandortbewertung hinsichtlich der Versorgungs- und Wohnsituation aus Perspektive suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus sowie
- der prospektiven Wohnmobilität suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus, insbesondere in Abhängigkeit von wohnstandortspezifischen Rahmenbedingungen am derzeitigen Wohnort sowie der subjektiven Wohnstandortbewertung.

Vor dem Hintergrund dieser Forschungsziele werden im Folgenden auf Grundlage der Ergebnisse der sekundärstatistischen und empirischen Untersuchung, Forschungserkenntnisse über die raumstrukturellen Rahmenbedingungen, die subjektive Wohnstandortbewertung und die prospektive Wohnmobilität in Bezug auf den Ansatzpunkt, eine nachfragegerechte Entwicklung der Versorgungsstrukturen zu initiieren und altengerechte Wohnraumangebote zu errichten und damit Abwanderungen der Wohnbevölkerung 60plus zu verhindern, dargelegt.

Raumstrukturelle Rahmenbedingungen von Wohnstandortentscheidungen von Haushalten der Bevölkerungsgruppe 60plus

Im Zuge der demographischen Alterung in den suburbanen Räumen der alten Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland ist hinsichtlich einer seniorenrechtlichen Kommunalentwicklung ein besonderer Handlungsbedarf zu konstatieren. Die Städte und Gemeinden stehen vor der politisch-planerischen Herausforderung, aufgrund der parallelen Alterung ihrer Bewohner und der Bausubstanz der Wohngebäude sowie ihrer meist funktionalen Homogenität nur eingeschränkt zukunftsfähig zu sein. Es gilt diesen Siedlungsstrukturtypus mit geringer Bevölkerungs- und Bebauungsdichte sowie räumlicher Funktionstrennung so zu transformieren, dass nicht nur den Haushalten in der Familienphase, sondern auch älteren Bevölkerungsgruppen ein geeignetes Wohn- und Lebensumfeld angeboten werden kann. Denn Kommunen und Regionen im demographischen Wandel stehen nicht nur im Wettbewerb um neue Einwohner und Unternehmen, sondern sind ebenfalls angehalten, gute Standortqualitäten und attraktive Lebensbedingungen für ihre alternde Bewohnerschaft bereitzustellen. Die räumliche Umgebung und die gegebenen Raumstrukturen bestimmen hierbei die Lebensqualität und Autonomie älterer Menschen in erheblichem Maße.

Neben der Anpassung und Modifikation von Versorgungsstrukturen in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge (wie der medizinischen Versorgung, der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs und des öffentlichen Personennahverkehrs) nimmt in Zukunft auch ein altengerechtes Wohnraumangebot einen immer wichtigeren Stellenwert ein. Somit stehen neben dem Handlungsfeld der Infrastruktur- und Versorgungsangebote derzeit ebenso Strategien zur finanziellen Förderung von altengerechten Ausstattungen der eigenen Wohnung bzw. des Hauses und des Erwerbs von altengerechtem Wohnraum im Fokus der Wohnungspolitik und Planung.

Die demographie- und versorgungsbezogene Strukturanalyse der 16 Suburbanisierungskommunen des Landkreises Mainz-Bingen zeigt, dass das ausgewählte Gebiet typische Merkmale

suburbaner Räume mitsamt den daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Versorgungssituation älterer Einwohner aufweist. So unterliegen die suburbanen Untersuchungskommunen einem stark ausgeprägten demographischen Wandel und stehen noch vor dem Höhepunkt der Alterung ihrer Bevölkerung. Die Bevölkerungsalterung ist dabei ausgeprägter als in anderen Räumen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (vgl. Kapitel 5.1.3).

Die strukturellen Rahmenbedingungen im Bereich des Angebots und der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen, die älteren Menschen der Bevölkerungsgruppe 60plus zur Verfügung stehen, um sich derzeit und zukünftig im höheren Alter selbst zu versorgen, sind in den suburbanen Kommunen des Fallstudiengebiets von räumlichen Disparitäten geprägt, mit der Folge von nicht seniorengerechten Versorgungssituationen in einem Teil der Untersuchungskommunen. So ist dementsprechend beispielsweise eine flächendeckende Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs im Sinne einer fußläufigen Erreichbarkeit innerhalb von zehn Gehminuten oder 500 m bis 1.000 m Entfernung zu den jeweiligen Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Untersuchungsgebiet nicht gegeben. Basierend auf den versorgungsstrukturellen Standortstrukturen im Untersuchungsraum zeigt die Bevölkerungsgruppe 60plus dennoch primär eine Nahorientierung in ihrem Versorgungsverhalten. Die Verkehrsmittelwahl im Rahmen des Versorgungsverhaltens ist eindeutig auf den Motorisierten Individualverkehr ausgelegt. Im Hinblick auf eine eingeschränkte (Auto)Mobilität im höheren Alter werden eine wohnungsnaher Verfügbarkeit und altengerechte Erreichbarkeitsverhältnisse von Versorgungsangeboten zukünftig einen zentralen Wohnstandortfaktor darstellen (vgl. Kapitel 5.2.3). Die beschriebene Bevölkerungsentwicklung im Hinblick auf die demographische Alterung in Verbindung mit einer zum Teil nicht seniorengerechten Versorgungssituation in den Bereichen der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, der medizinischen Versorgung und des Angebotes im öffentlichen Personennahverkehr lassen den Schluss zu, dass die Voraussetzungen für eine seniorengerechte Versorgungssituation im Untersuchungsgebiet teilweise und standortbezogen in Frage gestellt werden müssen.

Subjektive Wohnstandortbewertung von Haushalten der Bevölkerungsgruppe 60plus

Als eine grundlegende Aufgabe und Gegenstand der Raumplanung sind u. a. die „Beurteilung der sozialen, ökonomischen, natürlichen und technischen Lebensbedingungen in einem Gebiet sowie Abschätzung zukünftiger Entwicklungen“ zu nennen.³⁹⁴ Darüber hinaus zählen das „Erkennen der Bedürfnisse der Bürger [...] und („eine“) sachgerechte Einbeziehung ihrer Belange in die Entscheidungen“ zu ihren Handlungsfeldern.³⁹⁵ Diesen beiden Aufgaben der Raumplanung entsprechend, sind in den vorherigen Ausführungen Divergenzen zwischen den dargestellten siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen einerseits und einem sich wandelnden Nachfrageverhalten einer alternden suburbanen Bevölkerung in den Bereichen Versorgungsstrukturen, Mobilität und Wohnraum andererseits eruiert worden. Diese raumbezogenen Divergenzen führen dazu, dass Wohnstandortentscheidungen früherer Lebensphasen von der Be-

³⁹⁴Vgl. AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG und LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S.894f.

³⁹⁵Vgl. AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG und LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 894f.

völkerungsgruppe 60plus dahingehend überprüft werden, ob eine altersgerechte Lebensführung in den suburbanen Siedlungsgebieten möglich ist.

Vor diesem Hintergrund gilt es zunächst darzustellen, inwiefern raumstrukturellen Rahmenbedingungen aus Perspektive der Bevölkerungsgruppe 60plus einen Einfluss auf deren subjektive Wohnstandortbewertungen besitzen. Die subjektive Wohnstandortbewertung, bestehend aus der derzeitigen Standortzufriedenheit sowie den zukünftigen Standortanforderungen, wird im Untersuchungsgebiet dieser Arbeit durch die Bevölkerungsgruppe 60plus sehr differenziert beurteilt. So weisen die Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der standortbezogenen Versorgungsstruktur durch die Bevölkerungsgruppe 60plus, die aufgrund ihrer Relevanz für die ältere Nutzergruppe im Zentrum der Untersuchung steht, unterschiedliche Formen auf und implizieren auf kleinräumiger kommunaler Maßstabsebene räumliche Disparitäten.

In einer Gesamtbetrachtung aller 2.002 befragten Haushalte ist die Standortzufriedenheit der Bevölkerungsgruppe 60plus mit der derzeitigen Versorgungssituation im Bereich der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs am höchsten. Es folgen in der Bewertungsrangfolge die medizinische Versorgung, die Versorgung mit Servicediensten und die Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. In einer kleinräumigen Perspektive nimmt die Standortzufriedenheit der Bevölkerungsgruppe 60plus mit der derzeitigen Versorgungssituation in den einzelnen Versorgungsbereichen mit steigender Größe und zentralörtlicher Funktion der Kommune zu. In zentralen Orten und Ortsgemeinden mit vielfältigem kommunalem Angebot ist beispielsweise die räumliche Konzentration von Versorgungsangeboten mit Waren des täglichen Bedarfs in peripheren Lagen (Gewerbegebiet) für viele Haushalte oftmals akzeptabel und die kommunale Versorgungssituation wird positiv bewertet, obwohl die Erreichbarkeitsverhältnisse von Infrastrukturen und Dienstleistungen gemäß den Standards der Nahversorgung (fußläufige Erreichbarkeiten) oftmals unzureichend sind.

In kleineren Kommunen werden dagegen die Versorgungsangebote in den einzelnen Bereichen der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, der Servicedienstleistungen und der medizinische Versorgung von den befragten Haushalten in großen Teilen negativ wahrgenommen und bewertet, obwohl entsprechende Angebote in Nachbarkommunen vorhanden sind. Dies lässt den Schluss zu, dass die Standortzufriedenheit durch einzelne versorgungsstrukturelle Ausstattungsmerkmale des Wohnstandortes bzw. dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein dieser beeinflusst wird und weniger durch gegebene distanzielle und zeitliche Erreichbarkeitsverhältnisse von Versorgungseinrichtungen. Von diesen Perzeptionsmustern seitens der befragten Bürger kann eine Identifikation von möglichen Versorgungsschwierigkeiten im höheren Alter aufgrund eines ausschließlich auf den Motorisierten Individualverkehr ausgelegten Versorgungsverhaltens abgeleitet werden.

Mit der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus sind im Gegensatz zu der Wahrnehmung und Bewertung der Versorgungsstrukturen grundsätzlich hohe Zufriedenheitswerte zu konstatieren.

Die Analyse der zukünftigen Standortanforderungen der befragten Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus weist aufgrund der von Seiten der Bürger genannten Verbesserungsbedarfe und zukünftigen Defizite von Versorgungsstrukturen, auf eine hohe Problemerkennungskom-

petenz im Hinblick auf die Versorgungssituation im höheren Alter hin. Dabei ist das Problembewusstsein in den kleineren Kommunen stärker ausgeprägt als in den größeren Kommunen. So zeigt eine nähere Betrachtung des Zusammenhangs zwischen der Nennung des Verbesserungsbedarfs bei Angeboten der Daseinsvorsorge und der tatsächlich vorgehaltenen Versorgungsstrukturen, dass in kleineren Ortsgemeinden, trotz eines sehr hohen Grades der PKW-Verfügbarkeit und den damit verbundenen Erreichbarkeitsmöglichkeiten, eine hohe Notwendigkeit in der Konzeptionierung von Anpassungsstrategien und -maßnahmen für die lokale Daseinsvorsorge gesehen wird. Dies kann eine Problemerkennungskompetenz der Akteure bezüglich der standortbezogenen Versorgungssituation im höheren Alter implizieren, wenn ein PKW-orientiertes Versorgungsverhalten aus gesundheitlichen Gründen oftmals nicht aufrechterhalten werden kann. Gleichzeitig verdeutlicht dies die Relevanz versorgungsbezogener Wohnstandortfaktoren im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit suburbaner Kommunen als seniorengerechte Wohnstandorte.

Die Identifikation des Verbesserungsbedarfs und zukünftiger Defizite von Versorgungsstrukturen im Hinblick auf das höhere Alter beruht zwar grundsätzlich auf individuellen Wahrnehmungen und Bewertungen, so dass Wohnstandortbedingungen aufgrund unterschiedlicher Bedürfnisse, Anforderungen und persönlicher Ressourcen unterschiedlich bewertet werden. Allerdings sind aufgrund der hohen Repräsentativität der vorliegenden empirischen Untersuchung, in deren Rahmen der Gesamtheit der Haushalte der Geburtsjahrgänge 1945-1953 im Untersuchungsraum ein Fragebogen zugesendet wurde und 51 % der Haushalte an der Umfrage teilnahmen, verallgemeinerbare Erkenntnisse aus den Bewertungen der Daseinsvorsorge durch die ältere Bevölkerung, wie zuvor dargestellt, ableitbar. Demnach werden insbesondere das Angebot an Fachärzten, an Supermärkten und Discountern sowie Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs hinsichtlich der zukünftigen Versorgungssituation im höheren Alter durch die befragten Haushalte als defizitär angesehen.

Wohnmobilität von Haushalten der Bevölkerungsgruppe 60plus

Unterschiedliche lokale wohnortbezogene Rahmenbedingungen, der Zufriedenheitsgrad mit der derzeitigen Versorgungssituation und mit der eigenen Wohnung sowie zukünftige Standortanforderungen im Hinblick auf das höhere Alter determinieren, neben weiteren externen Rahmenbedingungen auf der Makroebene (z. B. Wohnungsmarkt) und haushaltsspezifischen Faktoren (z. B. Einkommen), die wohnstandortentscheidungsbezogene Handlung eines Individuums zwischen Wohnpersistenz und einer Verlagerung des Wohnstandortortes. Vor diesem Hintergrund muss von den betroffenen Akteuren, den Haushalten der Generation 60plus, in Frage gestellt werden, inwieweit die gegebenen Wohnstandortbedingungen generell eine Basis für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter darstellen. Zwar weisen ältere Bevölkerungsgruppen in Deutschland bisweilen eine geringe Wohnmobilität auf, jedoch implizieren allein der fortschreitende Prozess der demographischen Alterung der Gesellschaft und die damit einhergehende quantitative Zunahme der älteren Menschen ein zunehmendes potentiellles Wanderaufkommen der Bevölkerungsgruppe 60plus.

Eine Ex-ante-Analyse der Wohnmobilität mit dem Ziel der Generierung frühzeitiger Erkenntnisse über Ausgangssituationen, Betroffenheit von Akteuren und Bevölkerungsgruppen sowie raumbezogene Wirkungen eröffnet einer anwendungsorientierten, praxis- sowie politik-

relevanten Raumforschung die Möglichkeit zur Diskussion regionaler und kommunaler Entwicklungsprozesse. Sowohl klein- als auch großräumige Binnenwanderungen „sind aufgrund ihrer Selektivität und Struktur ein sensibler Indikator für Disparitäten und Standortqualitäten und wichtiger Ansatzpunkt für die Regionalpolitik, vor allem bei einer längerfristigen Konstanz.“³⁹⁶

Die Zielsetzung im dritten Forschungsfeld der Arbeit, der Wohnmobilität der Bevölkerungsgruppe 60plus, bestand darin, das quantitative Ausmaß der Umzugsbereitschaft, Abwanderungsmotive, räumliche Wandlungsmuster und Präferenzen bezüglich der Wohnform am neuen Wohnstandort zu erforschen.

Grundsätzlich überwiegt bei der Bevölkerungsgruppe 60plus im Untersuchungsgebiet dieser Arbeit die Wohnpersistenz bzw. Sesshaftigkeit, was eine Bestätigung bisheriger Präferenzen älterer Menschen bei der Wohnstandortwahl in Deutschland darstellt. So kann in den Untersuchungskommunen in Zukunft nicht mit einer intensiven Abwanderung der älteren Bevölkerung 60plus aus den suburbanen Siedlungsgebieten gerechnet werden. Die Entscheidung dafür die Wohnsituation unverändert zu lassen und in der bisherigen Wohnung und im vertrauten Umfeld wohnen zu bleiben ist generell mit der Verbundenheit älterer Menschen mit ihrem Wohnort und dem gewohnten sozialen Umfeld zu erklären. Allerdings ist ein Viertel der befragten Haushalte zu einer prospektiv wohnmobilen Bevölkerungsgruppe zu zählen (20,0 % generelle Umzugsbereitschaft und 4,7 % konkrete Umzugspläne). Aufgrund dessen zeigt sich innerhalb dieser Akteursgruppe dennoch ein hohes Potential hinsichtlich einer generellen Umzugsbereitschaft.

Das quantitative Ausmaß der Wohnmobilität im Untersuchungsgebiet variiert und zeigt räumliche Disparitäten auf. So ist die Bereitschaft im Alter nochmals den Wohnstandort zu wechseln auf unterschiedliche lokale Ursachenstrukturen zurückzuführen. In einer verallgemeinerten Zusammenführung der Forschungsergebnisse kann festgestellt werden, je höher sich die zentralörtliche Hierarchieebene und je größer sich das Versorgungsangebot der Kommune darstellen, desto niedriger ist die Bereitschaft der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus zum Wohnstandortwechsel.

Neben der Beeinflussung durch gegebene lokale wohnortbezogene Rahmenbedingungen ist die subjektiv wahrgenommene und bewertete Wohnstandortqualität durch die Wohnbevölkerung ebenso ein determinierender Faktor des Wohnstandortverhaltens. Demnach bestehen Interdependenzen zwischen Wohnmobilität und der Zufriedenheit der Befragten mit der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus sowie zwischen Wohnmobilität und der Zufriedenheit mit den örtlichen Versorgungsstrukturen, so dass die Umzugsbereitschaft sowohl mit abnehmender Zufriedenheit mit der Wohnsituation als auch mit den örtlichen Versorgungsstrukturen zunimmt. Im Rahmen der Analyse der Wohnmobilität darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass sowohl die individuellen finanziellen Ressourcen, die wesentlich von dem Verkauf der eigenen Immobilie abhängen, als auch das Angebot auf dem Wohnungsmarkt des Zielortes einer Wanderung und die dortige Wohnungspolitik, wie etwa eine Fokussierung auf die Errichtung alterngerechter Wohnungen in den Innenstädten, ebenso ausschlaggebende Faktoren für eine Umzugsbereitschaft darstellen.

³⁹⁶MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL (2007): Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden, S. 219.

Mit der Analyse des Ausmaßes der Wohnmobilität in Zusammenhang mit den gegebenen wohnstandortspezifischen Rahmenbedingungen sowie der subjektiven Wohnstandortbewertung können indirekt Umzugsmotivationen der Akteure ermittelt werden. Zusätzlich dazu ist im Rahmen dieser Arbeit eine spezielle Untersuchung der von den befragten Haushalten direkt genannten Motive für ihre Umzugsbereitschaft erfolgt.

In einer Gesamtbetrachtung aller Kommunen ergeben sich aus der empirischen Untersuchung drei Hauptfaktoren, denen eine entscheidende Bedeutung im Hinblick auf die Umzugsmotive der Bevölkerungsgruppe 60plus zugesprochen werden. Hierzu zählen eine fehlende altengerechte Ausstattung der eignen Wohnung bzw. des eigenen Hauses, eine auf die Wohnfläche bezogen als zu groß empfundene eigene Wohnung bzw. eigenes Haus sowie eine defizitäre kommunale Ausstattung mit Versorgungsangeboten. Auf kleinräumiger, kommunenspezifischer Ebene zeigt sich allerdings, dass in 40 % der Untersuchungskommunen eine defizitäre Versorgungslage das Hauptmotiv für einen möglichen Umzug darstellt. Dies sind primär Ortsgemeinden mit geringeren Einwohnerzahlen und stellen im Vergleich mit den zentralen Orten einen kleineren Anteil an der Gesamteinwohnerzahl des Untersuchungsgebietes.

In Bezug auf mögliche Wanderungsziele bzw. Wohnstandortpräferenzen im Falle eines Umzuges können nicht seniorengerechte Versorgungsstrukturen am derzeitigen Wohnstandort als Push-Faktor und altengerechte Wohnquartiere mit neuen seniorengerechten Wohnformen an einem bestimmten Zielort als Pull-Faktor für Wanderungen die Umzugsbereitschaft älterer Menschen bestärken. So gibt zwar die Mehrheit der wohnmobilen Bevölkerung des Untersuchungsraumes an, noch keine konkreten Zielorte für einen Wohnstandortwechsel zu präferieren, allerdings wird im Falle einer Zielortnennung primär eine größere Stadt (wie z. B. Mainz oder größer) als gewünschtes oder konkretes Umzugsziel genannt. Insgesamt 6,4 % der 2.002 befragten Haushalte sind der Gruppe potentieller Reurbaniten zuzuordnen. Somit ist zum Zeitpunkt der Untersuchung kein erhöhter Trend hin zu einer Umland-Stadt-Wanderung älterer Bevölkerungsgruppen nachweisbar. Dennoch stellen die ebenso nachgewiesenen hohen Werte einer generellen Umzugsbereitschaft ohne Nennung konkreter Wanderungsziele ein nicht irrelevantes Wanderungspotential besteht. So können sich die bisher auf einem verhaltenen Niveau befindlichen Wanderungsströme in die Städte durchaus zu einem nennenswerten Trend ausweiten. Dafür sprechen neben dem zukünftigen, durch den demographischen Wandel bedingten, quantitativen Wachstum der Bevölkerungsgruppe der *jungen Alten*, die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in Form von Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen und -stilen, die mit neuen Anforderungen an Wohnung, Wohnumfeld und Wohnstandort verbunden sind.

Die Untersuchung im Rahmen der Beantwortung der Forschungsfrage, welche Präferenzen die Untersuchungsgruppe hinsichtlich neuer, altengerechter Wohnformen im Umzugsfall aufweist zeigt im Ergebnis, dass wenn eine alternative Wohnform gewünscht ist, dann primär ein kleineres und barrierefreies Haus bzw. Wohnung in Betracht gezogen wird (16,0 % der befragten Haushalte). Die potentielle Nachfrage nach speziellen Seniorenwohnformen wie Mehrgenerationenhäuser, Altenwohngemeinschaft oder betreutes Wohnen ist im Vergleich dazu als nicht hoch zu bewerten. Obgleich der derzeit eher geringen Nachfrage ist davon auszugehen, dass

der Bedarf an speziellen Sonderwohnformen für Senioren in Zukunft, allein aufgrund des altersstrukturellen Effekts der zunehmenden Zahl an älteren Menschen steigen wird.

Handlungsbedarfe

In einer zusammenfassenden Perspektive der Forschungserkenntnisse ergeben sich für die räumliche Planung aufgrund einer fehlenden Kongruenz demographischer und siedlungsstruktureller Gegebenheiten zukünftige Herausforderungen bzw. Handlungsbedarfe für eine seniorengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten, die eine Gestaltung und Anpassung eines seniorengerechten Versorgungs- und Wohnraumangebotes und die Verhinderung von Abwanderung der vor Ort lebenden älteren Bevölkerung zum Inhalt haben sollte.

In einer akteursbezogenen Perspektive kann ein Wohnstandortwechsel eines Individuums als Bewältigungsstrategie und Handlungsreaktion auf spezifische Merkmalsausprägungen von Räumen interpretiert werden. Eine auf Verhinderung von Abwanderung älterer Bevölkerungsgruppen ausgerichtete Betrachtungsweise zeigt auf, dass Divergenzen zwischen derzeitigen kommunalen Versorgungsstrukturen und sich wandelnden quantitativen und qualitativen Nutzungsmustern hinsichtlich Versorgungsangebote, Mobilität und Wohnraum im Zuge der demographischen Alterung eine zukünftige Problemstellung für die Raumplanung darstellen.

Dementsprechend lässt ein sich wandelnder Aktionsraum älterer Bewohner, eine sich daraus verändernde Wohnstandortzufriedenheit sowie neuartige Wohnstandortanforderungen für die Zukunft eine Ableitung von Handlungserfordernissen in verschiedenen funktionalen Bereichen der räumlichen Umwelt zu, um erstens versorgungsstrukturellen Defiziten und zweitens einer Zunahme von Fortzugstendenzen dieser Bevölkerungsgruppe entgegenzuwirken.

Sind die täglichen Aktionsräume von jüngeren Bevölkerungsgruppen zur Organisation des Lebensalltags von einer Regionalisierung und zum Teil großen Distanzen über administrative Grenzen hinweg geprägt, nimmt die Weiträumigkeit eines Aktionsraums eines Individuums mit zunehmendem Lebensalter ab und es kann, auch aufgrund des zunehmenden Wegfalls familiärer Unterstützungsleistungen, zu Versorgungsproblemen kommen. Infolgedessen sollte zur Beseitigung von defizitären Versorgungslagen für ältere Menschen, ein kleinräumiges und vernetztes Versorgungsangebot sowie dessen bedarfsgerechte Ausgestaltung, insbesondere in den Feldern Nahversorgung, medizinische Versorgung und Mobilität, eine konzeptionelle Umsetzung erfahren. Denn ein seniorengerechter Umbau von Infrastrukturen und Ergänzungen von Dienstleistungen trägt zu der Aufrechterhaltung selbständiger Wohn- und Lebensbedingungen von Senioren an ihrem bisherigen Wohnstandort bei. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die Verschiebungen in der Altersstruktur neben einem steigenden Bedarf an Einrichtungen und Dienstleistungen für Senioren ebenso Unterauslastungen und mögliche Schließungen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge für jüngere Bevölkerungsgruppen mit sich bringen kann.

Ebenso ist auch das Themenfeld Wohnen als zentraler Handlungsbereich für eine altengerechte Kommunalentwicklung zu identifizieren. Sowohl als kommunalpolitische Strategie zur Schaffung adäquater Wohnstandortbedingungen als auch im Interesse privatwirtschaftlicher Akteure wie der Wohnungswirtschaft, muss eine nachfrageorientierte und somit altengerechte Wohnraumversorgung vor Ort bereit gestellt werden.

Darüber hinaus ist im Bereich der Siedlungsentwicklung die Initiierung übergeordneter Planungsansätze zur Anpassung und Stabilisierung der suburbanen Siedlungsstruktur als Handlungsfeld der Landes- und Regionalplanung zu deklarieren. In einer sektorenübergreifenden Perspektive liegt das Gefährdungspotenzial von Entwicklungsdynamiken von homogenen suburbanen Wohngebieten beispielsweise in einer, dem kollektiven Alterungsprozess folgenden, zeitgleich eintretenden kollektiven Leerstandsproblematik.

Insgesamt lässt eine systematische Analyse und Durchdringung der verschiedenen Handlungsfelder eine Notwendigkeit der Konzeption umsetzungsfähiger Strategien für eine nachhaltige und altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Räumen mit dem Ziel, eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung im Alter und einen möglichst langen Verbleib im angestammten Wohnquartier und der Kommune zu ermöglichen, erkennen.

Die aus den Forschungserkenntnissen abgeleiteten Handlungsbedarfe können als Planungsgrundlage für ein steuerndes Eingreifen der Planungspraxis dienen, um eine bedarfsgerechte Gestaltung der Versorgungsstrukturen sowie der altengerechten Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund des suburbanen Alterungsprozesses entwickeln zu können.

Die Ausführungen des folgenden Kapitels dienen der Beantwortung der

Forschungsfrage 9 *Welche übergeordneten Handlungsstrategien für eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten in Deutschland können aus den Forschungsergebnissen abgeleitet werden?*

7.2 Konsequenzen und Handlungsansätze für eine altengerechte Kommunalentwicklung in suburbanen Siedlungsgebieten

Handlungsstrategien im Bereich Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

Im Umgang mit der demographischen Alterung ihrer Bevölkerung und den daraus folgenden Nachfrageveränderungen und potentiellen Einwohnerverlusten durch die Wohnmobilität der neuen Seniorengeneration 60plus stehen den Kommunen mehrere Handlungsmöglichkeiten in verschiedenen funktionalen Bereichen offen.

Die Nahversorgung spielt im Rahmen der Wohnstandortbewertung und Wohnstandortwahl eine entscheidende Rolle, da die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, wie der tägliche Einkauf von Lebensmitteln und Drogerieartikeln sowie die Inanspruchnahme von Bank- und Postdienstleistungen eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter darstellen. Im Sinne einer vorausschauenden Kommunalentwicklung können Städte und Gemeinden durch die Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Bevölkerungsgruppen in Nahversorgungskonzepten entscheidend für eine seniorengerechte Versorgung und zum Verbleib älterer Menschen am bisherigen Wohnort beitragen.

Ein Hauptakteur für die Sicherung der Daseinsvorsorge im Bereich der Nahversorgung ist dabei der stationäre (Lebensmittel)Einzelhandel. Die Versorgung in diesem Bereich fällt nicht in das direkte Aufgabengebiet der Kommune. Die Nahversorgungsangebote unterliegen seit längerer Zeit in Deutschland einem rasanten Strukturwandel (vgl. Kapitel 2.2.2.2), in dessen Folge es zu Konzentrationsprozessen an verkehrsgünstigen Standorten und Umstrukturierung zu umsatzstarken, größeren Betrieben mit erheblichen Flächenausweitungen im Einzelhandel kam. Kleinere Geschäfte und Einrichtungen zur Deckung des täglichen Bedarfs sind u. a. aufgrund von ökonomischen Tragfähigkeitsproblemen nicht mehr kleinräumig in den Kommunen verfügbar, was im Ergebnis zu einem Rückzug des Einzelhandels aus der Fläche führt. Aus diesen ökonomischen Entwicklungen resultieren strukturell unterversorgte Wohngebiete mit schlechten Erreichbarkeitsverhältnissen von Nahversorgungseinrichtungen. So sind in der Fläche vorhandene und fußläufig erreichbare Nahversorgungsangebote oftmals nicht mehr gegeben.

Die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ist allerdings als ein Grundbedürfnis der Bevölkerung zu betrachten. Beispielsweise gehört zu den Grundsätzen der Landesplanung von Rheinland-Pfalz demnach „die Erhaltung wohnungsnaher Einkaufsmöglichkeiten für die Güter des täglichen, kurzfristigen Bedarfs insbesondere an Nahrungs- und Genussmitteln (örtlicher Bedarf), wobei der Einkauf auch ohne Inanspruchnahme des PKWs möglich sein soll. Zur Stärkung des Einzelhandels sollen in unterversorgten ländlichen Räumen neue, am örtlichen Bedarf orientierte Versorgungsmodelle [...] entwickelt und umgesetzt werden.“³⁹⁷ Das Sortiment dieser alternativen wohnungsnahen Einkaufsmöglichkeiten sollte vor allem Lebensmittel und Drogeriewaren umfassen, so dass eine (fußläufige) Nahversorgung für

³⁹⁷ MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (2010): Planen für Rheinland-Pfalz. Fit für die neuen Regionalpläne. Mainz, S. 30.

mobilitätseingeschränkte Senioren und andere weniger mobile Personenkreise möglich ist. Unter der Bedingung der demographischen Alterung der Bevölkerung in suburbanen Kommunen sollte diese Strategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge ebenso für suburbane Räume angewendet werden.

Die Analyse der örtlichen Versorgungsstruktur und deren Bewertung am Beispiel des Untersuchungsraums dieser Arbeit lassen offensichtlich werden, dass in Anbetracht der starken Zunahme der älteren Bevölkerung innovative regionale und kommunale Nahversorgungskonzepte geschaffen werden müssen.

Allerdings ist, wie bereits erwähnt, die Steuerbarkeit des Standortnetzes bzw. der Standortwahl von privaten Unternehmen, die die Hauptträger der Nahversorgung sind, durch Kommunen nur in begrenztem Maße gegeben. Jedoch werden sich aufgrund der starken Alterung der Konsumentengruppe auch Akteure wie Supermarkt- und Discounterketten, Drogerien usw. aus absatzökonomischen Gründen ebenfalls verstärkt auf eine, auf die Präferenzen und Bedürfnisse aber auch Möglichkeiten älterer Menschen ausgerichtete Standort- und Angebotsadaptation einstellen müssen. Denn im Falle einer Mobilitätseinschränkung ohne PKW-Benutzung sind alternative Betriebsformen der Versorgung zu etablieren. Die Alterung der Bevölkerung erfordert neue qualitative Formen der öffentlichen und wie in diesem Fall der privaten Daseinsvorsorge. Zur Sicherung und Weiterentwicklung einer weitestgehend dezentralen Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs müssen individuelle Lösungen auf lokaler und überörtlicher Ebene entwickelt werden.

Die Digitalisierung von Dienstleistungen und des Verkaufs von Waren bietet hierfür die Möglichkeit, Angebote der Daseinsvorsorge in digitale Lösungen zu überführen.³⁹⁸ So haben einzelne große Lebensmitteleinzelhandelsketten bereits damit begonnen, **Online-Lebensmittelmärkte** mit angeschlossenem Lieferservice als zusätzlichen Verkaufskanal zu nutzen. Hier gilt es auch für weitere Akteure am Markt anzusetzen und eine Plattform des Online-Handels sowie ein flächendeckendes Lieferservicenet zu schaffen.

Darüber hinaus existieren bereits so genannte **Filialkonzepte**, also Kleinflächenläden, die nach dem Franchising-Prinzip vertraglich an einen Großhandelspartner gebunden sind und selbstständig geführt werden. Die Zusammenarbeit mit dem Großhandelspartner in Form von Gründungsberatung inklusive Standortberatung, Immobilienwahl etc. minimiert wirtschaftliche Risiken.³⁹⁹

Abgesehen von der Nahversorgung durch privatwirtschaftliche Einzelhandelskonzerne können auch innovative Betriebsformen entwickelt werden. Die Kommunen selbst können dabei die planerischen Voraussetzungen schaffen und organisatorische und beratende Aufgaben, z. B. bei finanziellen Fördermöglichkeiten, übernehmen.

So könnte beispielsweise über die Implementierung von **Bürgerläden** bzw. Nachbarschaftsläden, betrieben über Genossenschaftsmodelle oder Vereine, die Sicherung der Nahversorgung

³⁹⁸Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR (2015): Informationen zur Fachtagung „Möglichkeiten und Grenzen der digitalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge. Berlin, S. 6.

³⁹⁹Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2013^a): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikationen, Nr. 02, S. 22f.

für Senioren gewährleistet werden. Für die Umsetzung sind insbesondere das Engagement und die aktive Beteiligung der Bürger notwendig, die im Gegenzug z. B. Anteile an einem Genossenschaftsladen erwerben und somit auch Einfluss auf das Warenangebot nehmen können. Bürgerläden verfolgen keine Gewinnabsichten, halten ein Sortiment zur Grundversorgung mit dem Schwerpunkt Frischwaren bereit und bieten teilweise ergänzende Dienstleistungen an. An dieser Stelle ist eine Ausweitung von Kooperationsmodellen mit Post- und Bankdienstleistern ebenfalls denkbar.

Das Konzept der **Multifunktionsläden** ist eine primär dienstleistungsorientierte Nahversorgungseinrichtung in der der Lebensmittelverkauf eine untergeordnete Rolle spielt. Innerhalb dieser Versorgungszentren sind verschiedene Dienstleister wie Banken, Post, öffentliche Verwaltung, Krankenkasse, Sozialberatung, Fahrkartenverkauf etc., aber auch gastronomische Betriebe wie Stehcafés als sozialer Treffpunkt ansässig. Durch die Bündelung unterschiedlicher Dienstleistungen an einem Ort ergibt sich für ältere Kunden der Vorteil einer Weegeinsparung bei der Versorgung.

Auch können **mobile Versorger** zu einer wohnortnahen Grundversorgung älterer Bevölkerungsgruppen beitragen. Mobile Anbieter bieten sowohl ein Vollsortiment mit bis zu 3.000 Artikeln, teilweise über Telefon oder Internet bestellbar, als auch spezialisierte Angebote wie z. B. Backwaren an.⁴⁰⁰ Das Angebot der Nahversorgung wird in diesem Fall zu den weniger mobilen Senioren gebracht, so dass die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen in diesem Fall nicht von Bedeutung ist. Darüber hinaus bieten diese mobilen Verkaufsstellen auch einen Ort und die Möglichkeit zur Kommunikation.

Handlungsstrategien im Bereich Medizinische Versorgung

Ein weiterer Faktor, der einen Einfluss auf die Wohnstandortwahl der Bevölkerungsgruppe 60plus besitzen kann ist die medizinische Versorgung vor Ort durch Haus- und Fachärzte sowie Apotheken.

Innerhalb der Raumplanung nimmt die seniorenrechtliche Anpassung der medizinischen Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle ein. Ein wichtiges Element zur Aufrechterhaltung der medizinischen Grundversorgung stellt die räumliche Verteilung von ambulanten ärztlichen Niederlassungen sowie die Erreichbarkeit medizinischer Leistungsangebote dar. Aktuell rückt das Thema der medizinischen Grundversorgung aufgrund der demographischen Alterung sowie des Strukturwandels im Gesundheitswesen verstärkt in den Fokus der Raumplanung und -forschung.

So wird die starke Zunahme älterer Menschen in suburbanen Räumen eine gesteigerte Inanspruchnahme medizinischer Leistungen zur Folge haben. Gleichzeitig werden die gegenwärtige vertragsärztliche Altersstruktur und die Arztzahlenentwicklung höchstwahrscheinlich zu einem zukünftigen Ärztemangel und somit zu Problemen hinsichtlich einer Sicherstellung gleichwertiger ambulanter ärztlicher Versorgungsstrukturen führen. Demnach stieg seit der Einführung verschärfter Zulassungsbestimmungen im Zuge der Einführung des Bedarfsplanungssystems

⁴⁰⁰Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2013^a): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikationen, Nr. 02, S. 26f.

zu Beginn der 1990er Jahre das Durchschnittsalter der Vertragsärzte kontinuierlich von 47 Jahren (1993) auf fast 52 Jahre (2009) an.⁴⁰¹

Als Handlungsreaktion auf den mittelfristig hohen Bedarf an ärztlichem Fachpersonal sind **Fördermaßnahmen mit dem Ziel der Schaffung von Anreizen für Praxiseröffnungen** zu initiieren. Zwar existiert in Deutschland seit dem Jahr 1992 das Instrument der Bedarfsplanung und ein Zulassungsrecht zur Steuerung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen, um eine Fehlversorgung von medizinischen Leistungserbringern in der Fläche zu verhindern. Ein entscheidendes und bisher lediglich rudimentär erforschtes Element der ambulanten ärztlichen Versorgung in Deutschland bildet jedoch die Standortwahl von Hausärzten innerhalb der von den Kassenärztlichen Vereinigungen festgelegten Gebietseinheiten. Demnach erfolgt die Zuteilung von hausärztlichen Niederlassungen auf der Basis sogenannter Mittelbereiche. Diese Raumeinheit wird durch die jeweiligen Landesplanungsbehörden, welche Mittelbereiche für die Sicherstellung gleichwertiger Lebensbedingungen heranziehen, definiert. Die Bedarfsplanung für Ärzte der allgemeinen fachärztlichen Versorgung findet auf Basis von Landkreisen und kreisfreien Städten und somit großräumigeren Gebiets-einheiten statt, da die Einzugsgebiete der Patienten weiträumiger sind als bei Hausärzten.⁴⁰²

Finanzielle Anreize für junge oder angehende Ärzte wie ein Studienstipendium mit örtlicher Bindewirkung bei Eintritt in die Berufstätigkeit oder fiskalische Förderung im Rahmen von Praxiseröffnungen wären hier geeignete Instrumente, um die Anzahl an Praxisstandorten in suburbanen Siedlungsgebieten zu erhöhen.

Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der ambulanten Gesundheitsversorgung stellt der Bereich der **Telemedizin** dar. Mittels internetgestützter Anwendungen wird es somit für ältere und eingeschränkt mobile Menschen ermöglicht, trotz räumlicher Trennung Diagnostik, Konsultationen und medizinische Notfalldienste anzubieten.⁴⁰³ Bei stetiger Weiterentwicklung dieses Instrumentes können telemedizinische Angebote zukünftig in suburbanen Räumen ein Bestandteil der medizinischen Versorgung werden.

Das Thema der ambulanten Pflege wird an dieser Stelle nicht behandelt, da es der eigenen Einschätzung nach nicht direkt als Wohnstandortfaktor bei der Entscheidung der Bevölkerungsgruppe 60plus, nochmal einen Wortortwechsel anzustreben von Belang ist.

Handlungsstrategien im Bereich Öffentlicher Personennahverkehr

Die Verkehrsmittelwahl im Rahmen des Versorgungsverhaltens der Bevölkerungsgruppe 60plus ist vorwiegend auf die Nutzung des eigenen PKWs ausgerichtet, so dass die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in suburbanen Siedlungsgebieten, wie dem des Untersuchungsgebiets, oftmals für die *jungen Alten* keine große Rolle spielt. Dennoch wird durch die

⁴⁰¹Vgl. KOPETSCH, T. (2010): Dem deutschen Gesundheitswesen gehen die Ärzte aus! Studie zur Altersstruktur- und Arztahlentwicklung. Berlin, S. 20.

⁴⁰²Vgl. GKV (GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNGEN) SPITZENVERBAND (2015): Ambulante Bedarfsplanung Versorgungssteuerung, unter : http://www.gkv-spitzenverband.de/presse/themen/bedarfsplanung_1/thema_bedarfsplanung.jsp (abgerufen am 15.03.2015).

⁴⁰³Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT: Telemedizin, unter: http://www.bmg.bund.de/glossar_begriffe/tu/telemedizin.html (abgerufen am 14.04.2016).

Untersuchungsergebnisse offensichtlich, dass für einen Teil der älteren Bevölkerung die vorhandenen Angebotsstrukturen ihren Mobilitätsansprüchen nicht gerecht werden. Die wahrgenommenen Defizite bei den Verkehrsanbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln können indirekt auf eine zukünftige Bereitschaft zur Nutzung dieser Angebote hinweisen. Denn im höheren Alter, wenn bei eingeschränkter (Auto)Mobilität die Bürger auf öffentliche Mobilitätsangebote angewiesen sein werden, wird der öffentliche Personennahverkehr zu einem wichtigen Wohnstandortfaktor.

Demzufolge müssen **alternative Mobilitätsangebote** als eine Ergänzung zu den Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs geschaffen werden, die die Anforderungen und Ansprüche der wachsenden Kundengruppe der älteren Menschen berücksichtigt.

In Betracht kommen u. a. flexible Betriebsformen wie Bürgerbusse in ehrenamtlicher Trägerschaft, Ruf-Busse und Anruf-Sammeltaxis.

Handlungsstrategien im Bereich Wohnen

Am Beispiel der Ergebnisse der empirischen Untersuchung dieser Arbeit ist deutlich geworden, dass, auch wenn ein hohes Potential an einer generellen Umzugsbereitschaft besteht, die große Mehrheit der befragten Haushalte weiterhin in der angestammten Immobilie wohnen bleiben möchte. Daher muss es das Ziel sein, Angebote zu schaffen, die es ermöglichen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer derzeitigen Wohnung bzw. Haus verbleiben können. Diesen Wohnpräferenzen und dem hohen Anteil von Wohneigentum zur Folge, nimmt die **Förderung von Umbaumaßnahmen** einen wichtigen Stellenwert ein. In den letzten Jahren sind diesbezüglich Programme initiiert worden, wie beispielsweise das KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU (KfW)-Programm *Altersgerecht Umbauen*, das Wohnungseigentümern und Bewohnern Finanzierungshilfen für die bauliche Reduzierung von Barrieren in Wohnungen gewährt. Neben der barrierefreien Ausgestaltung der Wohnräume ist die Verkleinerungen von Wohnungsgrößen eine weitere Maßnahme für das Thema Wohnen im Alter. So könnten z. B. größere Einfamilienhäuser in zwei oder mehrere altengerechte Wohnungen umgebaut werden.

Neben geförderten Umbaumaßnahmen muss auch für die umzugsbereite Bevölkerung eine ausreichende Wohnraumversorgung durch die **bauliche Entwicklung altengerechter Wohnformen in suburbanen Kommunen** zukünftig gewährleistet sein. In den vergangenen Jahren sind auf kommunaler Ebene Maßnahmen ergriffen worden, um das Wohnangebot für ältere Menschen durch Errichtungen barrierefreier Wohnungen auszuweiten.⁴⁰⁴ Diese altengerechte Wohnraumangebote konzentrieren sich bisher jedoch primär auf urbane Zentren.

Um der potentiellen Umzugsbereitschaft älterer Menschen aus den suburbanen Siedlungsgebieten entgegenzuwirken, müssen entsprechende standortbindende Maßnahmen entwickelt werden. Die Untersuchungsergebnisse haben gezeigt, dass im Umzugsfall als alternative Wohnform vor allem ein kleineres und barrierefreies Haus bzw. Wohnung in Betracht gezogen wird. Als Lösungsstrategie sollten Förderprogramme wie das bereits erwähnte Programm

⁴⁰⁴Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 16.

Altersgerecht Umbauen der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU (KfW) zur Bereitstellung von Finanzierungshilfen für Wohnungseigentümer für den Erwerb einer erstmals barrieregeduzierten Wohnung bzw. eines Einfamilien- oder Zweifamilienhauses verstärkt entwickelt werden. Neben der eigenständigen, privaten Entwicklung von Wohnraum sollte das Angebot altersgerechter Wohnungen und Wohnformen wie z. B. Mehrgenerationenhäuser, Wohnraum für Altenwohngemeinschaft oder betreutes Wohnen durch kommunale Wohnungsgesellschaften ausgeweitet werden. Allerdings ist hierbei anzumerken, dass in suburbanen Kommunen nur ein kleiner Teil der Wohnungsbestände im Eigentum der organisierten Wohnungswirtschaft ist.

Der Verbleib der älteren Bevölkerung in der angestammten oder im Falle eines Umzuges neuen Privatwohnung bringt auch den Kommunen selbst Vorteile: „Kommunen sollten aus eigenem ökonomischem Interesse das Wohnen im Alter als zukunftssträchtiges Handlungsfeld begreifen. Wenn an den bestehenden Strukturen keine grundlegenden Veränderungen vorgenommen werden, wird die demografische Entwicklung zu einem Bedarf an zusätzlichen stationären Pflegeplätzen – Schätzungen liegen bei bis zu 800.000 in den nächsten 50 Jahren – führen. Die investiven und laufenden Kosten hierfür werden zum großen Teil trotz Pflegeversicherung von den kommunalen Haushalten (in Form von Wohngeldzuschüssen und Hilfe zur Pflege) mitfinanziert. Durch die Entwicklung altersgerechter Wohn- und Infrastrukturen diesseits *klassischer* Pflegeheime lassen sich auch für kommunale Haushalte erhebliche Einsparpotenziale erschließen.“⁴⁰⁵

Neben der finanziellen Förderung von Umbau- und Neubaumaßnahmen spielt auch die Förderung in Form von **Informationsvermittlung und Beratungsleistungen** eine wichtige Rolle. Denn oftmals ist das bestehende Angebot altersgerechten Wohnraums nicht oder nur bedingt bekannt, so dass sich Menschen erst relativ spät mit ihrer zukünftigen Wohnsituation im höheren Alter auseinandersetzen. Für die weitere Sensibilisierung der Bürger für das Thema Wohnen im Alter ist es anzuraten, das bereits bestehende Angebot der Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler und Kreisebene, wie die Durchführung von Veranstaltungsreihen und die Publikation von Informationsmaterialien sowie das Angebot der Beratungsstellen und -netzwerke weiter auszubauen.

Darüber hinaus sollten Hilfs- und Betreuungsangebote, wie ambulante Hilfs- und Pflegedienste sowie sonstige Unterstützungsleistungen, die das selbstständige Wohnen in der eigenen Wohnung ermöglichen, erweitert werden.

Handlungsstrategien im Bereich Siedlungsentwicklung

Suburbane Räume wie der im Landkreis Mainz-Bingen gelegene Untersuchungsraum sind aufgrund des in den letzten Jahrzehnten stattfindenden Bevölkerungswachstums durch ein intensives Siedlungsflächenwachstum geprägt. Diese Entwicklung führte erstens zur Entstehung disperser Siedlungsstrukturen und bevölkerungsbezogener Dekonzentrationsprozesse. Zweitens sind diese Raumeinheiten in vielen Teilen durch eine Konzentration von Infrastrukturen und Dienstleistungen und somit von einer weiträumigen Trennung zwischen den funktiona-

⁴⁰⁵BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin, S. 4.

len Einheiten *Wohnen* und *Versorgen* mit der Folge schlechter Erreichbarkeitsverhältnisse gekennzeichnet.

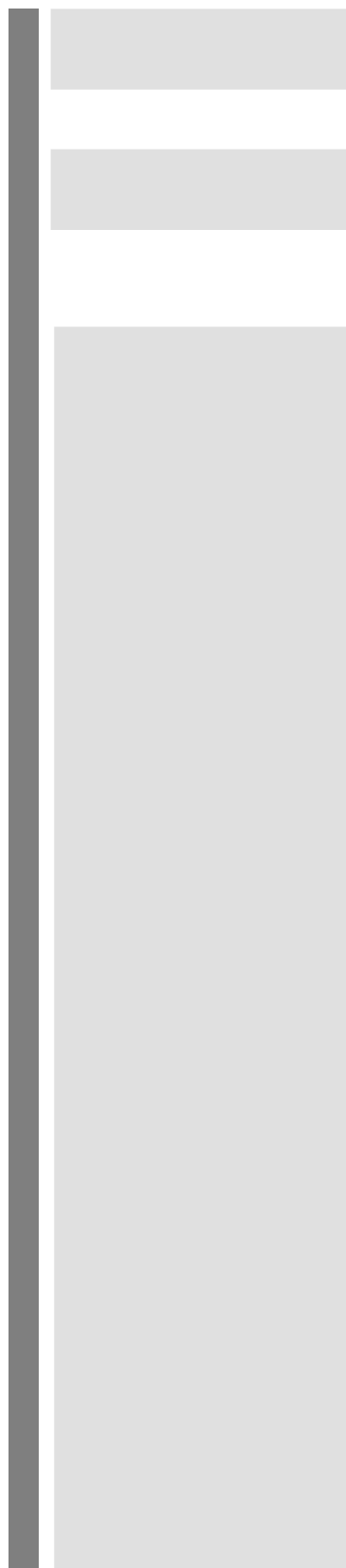
Um diese virulenten siedlungsstrukturellen Probleme durch weitere Siedlungsflächenausweitungen zukünftig für kommende Altengenerationen nicht zu verstärken, müssen, gemäß den Zielen der Landes- und Regionalplanung, kompaktere Siedlungsstrukturen im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung geschaffen werden. Nach dem Prinzip **Innenentwicklung vor Außenentwicklung** muss in verstärktem Maße die Ausweisung neuer Baugebiete durch die Festlegung von Schwellenwerten zur weiteren Wohnbauflächenentwicklung in den formellen Planungsinstrumenten (Landesentwicklungs- und Regionalpläne) eingeschränkt werden. Im Gegenzug gilt es, im innerörtlichen Bereich bzw. den Ortszentren vorhandene Flächenreserven wie Freiflächen und Brachflächen einer Bebauung zuzuführen.

Des Weiteren werden in den nächsten Jahren suburbane Einfamilienhäuser der ersten Suburbanisierungsphase durch Sterbefälle oder altersbedingt erzwungene Umzüge in stationäre Pflegeeinrichtungen auf den Wohnungsmarkt kommen. Darüber hinaus hat die vorliegende Untersuchung ein nicht unerhebliches Abwanderungspotential in Form einer generellen Umzugsbereitschaft der *jungen Alten* aus den suburbanen Siedlungsgebieten aufgezeigt. Auf Basis dieser beider Faktoren sollte die Raumplanung **Strategien zur Begegnung von Leerstandsproblematiken** in den Einfamilienhausgebieten der 1960er bis 1980er Jahren konzipieren und sich auf eine nachhaltigere Bestandsentwicklung fokussieren, um einem Wohnungsleerstand in diesen alters- und funktionshomogenen Wohnquartieren zu begegnen. In diesen Einfamilienhausgebieten können entweder altengerechte Wohnformen entstehen oder, im Hinblick auf eine Restriktion der Zersiedlung, Wohnraum für junge Familien und somit für die kommende Altengeneration angeboten werden.

Neben Maßnahmen zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme durch die Landes- und Regionalplanung ist vor dem Hintergrund der demographischen Alterung der suburbanen Bevölkerung eine **Modifizierung des zentralörtlichen Systems** in Betracht zu ziehen. Dieses bildet für die Raumordnung sowie Landes- und Regionalplanung ein wichtiges Planungsinstrument zur Sicherung der (öffentlichen) Daseinsvorsorge im Hinblick auf die Herausforderungen, die die demographische Alterung der Bevölkerung mit sich bringt.

So sind konzentrierte Strukturen im Bereich der Versorgungsangebote für das Versorgungsverhalten jüngerer Bevölkerungsgruppen aufgrund der weiträumlichen Mobilität durch die PKW-Verfügbarkeit unproblematisch. In Anbetracht einer zukünftigen Versorgungssicherheit einer alternden Bevölkerung ist jedoch eine Dezentralisierung von Angeboten der Daseinsvorsorge anzuraten, auch wenn dies eine gewisse Abwendung von den Leitlinien des zentralörtlichen Systems bedeuten würde. Für den Umbau und die Anpassung von Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist eine sektoral übergreifende Abstimmung und Koordination notwendig, da eine auf die Bedürfnisse älterer Bevölkerungsgruppen ausgerichtete Raumplanung als Querschnittsaufgabe zu begreifen ist.

8



8 Fazit und Ausblick

Die Bevölkerungsgruppe der 60-Jährigen und älteren wird in den suburbanen Räumen in Deutschland quantitativ stark zunehmen, einen wachsenden Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen und in vielen Kommunen sogar den größten Teil der Einwohnerzahl ausmachen. Damit sind die, zu dieser Bevölkerungsgruppe gehörenden *jungen Alten* eine entscheidende Zielgruppe für eine zukünftige nachhaltigkeitsorientierte Raumplanung.

Der räumliche Entwicklungsprozess der demographischen Alterung führt zu neuartigen planungsbezogenen Herausforderungen in suburbanen Räumen, die sich insbesondere in einem Problemkomplex aus einer fehlenden Kongruenz zwischen gealterter Bevölkerung einerseits und räumlicher Umwelt andererseits ergeben. Denn je stärker die demographische Alterung in einem Siedlungsgebiet voranschreitet, desto mehr gewinnen demographisch relevante Wohnstandortfaktoren wie z. B. seniorengeeignete Versorgungsstrukturen an Bedeutung. Divergenzen zwischen sich wandelnden Nutzungsmustern und Bedürfnissen der Bevölkerungsgruppe 60plus hinsichtlich Versorgungsstrukturen, Mobilität und Wohnraum einerseits und vorhandenen siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen andererseits lassen es notwendig erscheinen, die frühere, primär in der Familiengründungsphase getroffene Wohnstandortentscheidungen für ein suburbanes Siedlungsgebiet im Hinblick auf das Leben im höheren Alter (70plus und 80plus) zu überdecken.

Auch wenn im Rahmen der empirischen Untersuchung ein nicht unerhebliches Potential für einen nochmaligen Umzug in Form einer generellen Umzugsbereitschaft innerhalb der Bevölkerungsgruppe 60plus festgestellt werden konnte, ist für die Mehrheit der älteren Suburbaniten der derzeitige Wohnstandort im suburbanen Raum auch zukünftig die bevorzugte Wohnstandortpräferenz.

Die Kommunen des suburbanen Raums stehen demzufolge vor der Aufgabe, auf die derzeit schon hohe und zukünftig noch stark steigende Zahl älterer Einwohner zu reagieren, um die Lebensqualität suburbaner Wohnstandorte für ältere Menschen zu erhöhen, eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung im Alter und einen möglichst langen Verbleib in der eigenen Wohnung und der Kommune zu ermöglichen und potentiellen zukünftigen Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken.

Sind die *jungen Alten* noch mobil und ihre Aktionsräume insbesondere aufgrund der PKW-Verfügbarkeit recht weiträumig, verkleinern sich diese Aktionsräume im höheren Alter zunehmend und das engere Wohnumfeld gewinnt für eine eigenständige Lebensweise an Bedeutung. Denn spätestens zu dem Zeitpunkt an dem sich ein PKW-orientiertes Versorgungsverhalten aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aufrechterhalten lässt, führt die Konzentration und Ausdünnung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen sowie die damit verbundene Einschränkung der fußläufigen Erreichbarkeiten von kommunalen Angeboten für die eingeschränkt mobile Bevölkerungsgruppe der Senioren zu Versorgungsproblemen. Verstärkt wird diese Problematik durch den zunehmenden Wegfall familiärer Netzwerke zur Unterstützung und Versorgung älterer Menschen. Vor diesem Hintergrund sind die Anpassung und der Umbau von Angebotsstrukturen der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge durch Kommunal-, Regional- und Landesplanung als unabwendbare Adaptionenmaßnahmen einzustufen.

Die Anpassung und Umgestaltung von Versorgungsstrukturen ist allerdings nur ein Teilbereich einer umfassenden kommunalen Altenplanung. Eine umfassende Herangehensweise schließt auch die Erweiterung von Angeboten des Wohnungs- und Immobilienmarktes mit dem Ziel der Schaffung altengerechten Wohnraums mit ein.

Als weitere Handlungsfelder, die jedoch nicht direkt einen originären Hauptarbeitsbereich der Raumplanung darstellen und dementsprechend im Rahmen dieser Arbeit rudimentär behandelt wurden, sind die Potentiale von sozialen bzw. familiären Netzwerken sowie von Kooperationen und Vernetzung lokaler und regionaler Akteure sowie die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements wie z. B. Nachbarschaftshilfen zu nennen. Auch die Ressourcen und Potentiale der ansässigen Senioren für ein zivilbürgerliches Engagement selbst können einen großen Nutzen für das Gemeinwohl bieten.

Im Rahmen der kommunalen Aufgabe, die Lebensqualität sowie eine selbständige und selbstbestimmte Lebensführung Älterer an ihrem Wohnort sicherzustellen, spielen auch immer stärker digitale Technologien, wie Ambient Assisted Living (AAL, Altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben) eine wichtige Rolle, da diese Kommunikationsmöglichkeiten, Sicherheitsfunktionen oder Gesundheitsdienstleistungen bieten können.

Vor dem Hintergrund der Vielfalt der Handlungsfelder ist das planerische Ziel in einer integrierten, auf die Bedürfnisse älterer Bevölkerungsgruppen ausgerichtete Kommunalentwicklung zu sehen. Diese ist als Querschnittsaufgabe zu begreifen, die verschiedene kommunale Planungsfelder, wie Nahversorgungssicherung, Verkehrsplanung, Planung von Gesundheits-, Weiterbildungs- und Freizeiteinrichtungen sowie Städtebau mit Aufgabenbereichen der Altenhilfe vereint und eine entsprechende Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche verlangt. Erste Ansätze in Form seniorengerechter Entwicklungskonzepte finden in einigen Kommunen in Deutschland bereits Anwendung, sind jedoch noch zu selten in ein Gesamtkonzept eingebunden.

In der Entwicklung von entsprechenden sektorübergreifenden und interdisziplinären Handlungskonzepten für eine nachhaltige kommunale Altenplanung in suburbanen Kommunen liegt somit eine wichtige zukünftige Aufgabe der Raumplanung.

Kurzfassung

In der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts fand in der Bundesrepublik Deutschland ein weiträumiger Suburbanisierungsprozess statt. Junge Familien wanderten u. a. in den 1970er und 1980er Jahren in der Familiengründungsphase in das Umland der Städte und präferierten die Wohnform des Einfamilienhauses in einem familienfreundlichen Wohnumfeld. Infolgedessen entstanden weitgehend altershomogene Siedlungen. Diese Bevölkerungsgruppe erreicht nun das Alter 60plus mit der Folge, dass Umlandgebiete von Städten aufgrund der genannten altersselektiven Stadt-Umland-Wanderungen von der demographischen Alterung in überdurchschnittlichem Maße betroffen sind.

Heute ergibt sich ein Problemkomplex aus einer fehlenden Kongruenz zwischen gealterter Bevölkerung einerseits und räumlicher Umwelt andererseits, der sowohl die Kommunen als Wohnstandort als auch die betroffenen Haushalte vor neuartige Herausforderungen stellt.

Demnach kommt es im Zuge der Erhöhung des Anteils älterer Menschen in der Bevölkerung in suburbanen Räumen zu einer Verstärkung und Modifikation der Nachfrage nach altersspezifischen, dezentralen Versorgungsstrukturen in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge (wie der medizinischen Versorgung, der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und des öffentlichen Personennahverkehrs (öPNV)) sowie im Bereich altengerechter Wohnraumangebote. Neben diesen quantitativen Aspekten weist die Bevölkerungsgruppe 60plus aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, wie dem Wertewandel, im Vergleich zur Vorkriegsgeneration neuartige Bedürfnisse und Anforderungen an ihren Wohnstandort auf.

Gleichzeitig sind sowohl altersspezifische Versorgungsstrukturnetze in suburbanen Räumen aufgrund einer flächenintensiven und monofunktionalen Siedlungsentwicklung mit räumlich konzentrierten Einrichtungen der Daseinsvorsorge, einer starken Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr (MIV) bei abnehmender altersbedingter individueller Mobilität und damit einhergehenden ungünstigen Erreichbarkeiten als auch altengerechte Wohnraumangebote oftmals nur eingeschränkt vorhanden.

Die geschilderten raumbezogenen Divergenzen zwischen sich wandelnden quantitativen und qualitativen Nutzungsmustern hinsichtlich Versorgungsstrukturen, Mobilität und Wohnraum einerseits und siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen andererseits führen dazu, dass Wohnstandortentscheidungen früherer Lebensphasen dahingehend überprüft werden, ob eine altersgerechte Lebensführung in den suburbanen Siedlungsgebieten möglich ist.

Vor dem Hintergrund der dargelegten raumstrukturellen Problemlagen in suburbanen Kommunen im Zuge des Prozesses der demographischen Alterung liegt das zentrale Anliegen der vorliegenden Arbeit darin, Wohnstandortentscheidungen suburbaner Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus anhand einer beispielhaften Betrachtung in ausgewählten suburbanen Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen zu untersuchen.

Folgende **Forschungsziele** werden im Rahmen der Arbeit verfolgt:

- In einem ersten Schritt sollen die Standortgegebenheiten in Bezug auf die Ausstattung mit Versorgungsstrukturen, die die Untersuchungskommunen älteren Menschen der Generation 60plus bieten, zukünftig im höheren Alter ein selbstständiges Leben führen zu können, analysiert werden.
- Des Weiteren werden das derzeitige aktionsräumliche Versorgungsverhalten der Untersuchungsgruppe sowie daraus entstehende potentielle Versorgungsdefizite im höheren Alter untersucht.
- In einem weiteren Analyseschritt liegt der Fokus auf der subjektiven Wohnstandortbewertung aus Bürgerperspektive. Im Speziellen wird dargestellt, inwiefern die Be-

völkerungsgruppe 60plus ihren Wohnstandort in einzelnen Bereichen der Versorgungsstrukturen beurteilt und klassifiziert.

- Darüber hinaus ist die prospektive Wohnmobilität (Umzugsbereitschaft) der Generation 60plus, insbesondere in Abhängigkeit von den gegebenen Versorgungsstrukturen, Gegenstand der Untersuchung. Es wird erforscht, ob eine erhöhte Wohnmobilität innerhalb dieser Altengeneration, beispielweise mit Wanderungen in innerstädtische Quartiere mit seniorengerechten Versorgungsstrukturen und Wohnungsangeboten, nachzuweisen ist.

Für von dem demographischen Alterungsprozess betroffene suburbane Siedlungsräume sind zumeist noch keine, auf eine ganzheitliche Strategie ausgerichtete kommunale Entwicklungskonzepte entworfen worden, welche öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren Optionen aufzeigen, wie eine bedarfs- und seniorengerechte Planung in den Bereichen Nahversorgung, medizinische Versorgung, Mobilität und Wohnen in Zukunft gestaltet werden kann. Die Konzeption geeigneter Entwicklungsstrategien soll die Qualität suburbaner Wohnstandorte für ältere Menschen erhöhen, eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung im Alter und einem möglichst langen Verbleib im angestammten Wohnquartier und der Kommune ermöglichen und potentiell auftretende Abwanderungstendenzen der Bevölkerungsgruppe 60plus entgegenwirken.

Die aus den Zielsetzungen abgeleiteten Forschungsfragen werden einerseits mittels einer sekundärstatistischen und andererseits durch eine empirische Untersuchung in 16 Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen im Umland der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz beantwortet. Die Untersuchungseinheit im Rahmen der empirischen Arbeiten bilden Haushalte der Jahrgänge 1945-1953, so dass im Erhebungsjahr 2014 dies die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen einschließt. Die empirische Untersuchung in den 16 Kommunen wurde anhand einer teilstandardisierten postalischen Befragung vorgenommen. Insgesamt sind im Rahmen der Erhebung 3.942 Fragebögen an Haushalte versendet worden (Vollerhebung). Die Rücklaufquote beträgt mit insgesamt 2.002 ausgefüllten Fragebögen 51 %.

Aufbauend auf den empirischen Ergebnissen der sekundärstatistischen und empirischen Untersuchung der Auswirkungen von suburbanen Raumstrukturen auf Wohnstandortentscheidungen der Bevölkerungsgruppe 60plus und der Beantwortung der Forschungsfragen werden zunächst zentrale Forschungserkenntnisse zusammengefasst und Schlussfolgerungen für den ausgewählten Untersuchungsraum gezogen. Das Ziel liegt in einer induktiven Herausarbeitung von allgemeinen Handlungsbedarfen für die Planungspraxis, die generell in suburbanen Siedlungsgebieten vor dem Hintergrund der Auswirkungen der demographischen Alterung virulent sind und in der Konsequenz zu einer Erhöhung der Wohnmobilität älterer Bevölkerungsgruppen führen können.

Anschließend werden, auf der Ableitung von allgemeinen Handlungsbedarfen für die Raumplanung aufbauend, übergeordnete Strategien zur Gestaltung und Anpassung eines seniorengerechten Versorgungs- und Wohnraumangebotes in suburbanen Siedlungsgebieten in Deutschland aufgezeigt. Das Ziel liegt in der Ermöglichung einer selbstständigen und selbstbestimmten Lebensführung im Alter und einem möglichst langen Verbleib im angestammten Wohnquartier und der Kommune, in der Erhöhung der Qualität suburbaner Wohnstandorte für ältere Menschen und in dem Entgegenwirken potentiell auftretenden Abwanderungstendenzen der Bevölkerungsgruppe 60plus.

Quellenverzeichnis

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG und LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover.

ARING, J. und G. HERFERT (2001): Neue Muster der Wohnsuburbanisierung. In: BRAKE, K.; DANGSCHAT, J. S. und G. HERFERT (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen.

BÄHR, J. (1992): Bevölkerungsgeographie. 2. Auflage. Stuttgart.

BÄHR, J. (1997): Bevölkerungsgeographie. 3. Auflage. Stuttgart.

BÄHR, J. (2004): Bevölkerungsgeographie. 4. Auflage. Stuttgart.

BÄHR, J. (2010): Bevölkerungsgeographie. 5. Auflage Stuttgart.

BÄHR, J., JENTSCH, CH. und W. KULS (1992): Bevölkerungsgeographie. Berlin/New York.

BEAUFTRAGTER DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE NEUEN BUNDESLÄNDER (2011): Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten. Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen. Berlin.

BERNDGEN-KAISER, A. und R. FOX-KÄMPER (2012): Einfamilienhausgebiete der Nachkriegszeit. Ergebnisse einer Bewohnerbefragung. INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ILS)-trends (3):1-8.

BERTELSMANN STIFTUNG (2008): Kommunen schaffen Zukunft. Reformimpulse für Entscheider. Gütersloh.

BIRG, H., FLÖTHMANN, E.-J., HEINS, F. und I. REITER (1993): Migrationsanalyse: Empirische Längsschnitt- und Querschnittanalyse auf der Grundlage von Mikro- und Makromodellen für die Bundesrepublik Deutschland (=Forschungen zur Raumentwicklung, Band 22).

BLOTEVOGEL, H., HEBESTREIT, P., NESTMANN, U. und M. VOIGT (2009): Transformationsprozesse öffentlicher Daseinsvorsorge in der Altmark. Untersuchung im Auftrag der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark. Abschlussbericht. Magdeburg und Dortmund.

BOCK, S. und G. JEKEL (2012): Wenn Einfamilienhausgebiete in die Jahre kommen. Herausforderungen, Perspektive und kommunale Handlungsperspektiven. DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK – Berichte (4): 22-23.

BORTZ, J. (1999): Statistik für Sozialwissenschaftler. 5. Auflage. Berlin.

BRAKE, K. (2001): Neue Akzente der Suburbanisierung. Suburbaner Raum und Kernstadt: eigene Profile und neuer Verbund. In: BRAKE, K., J. S. DANGSCHAT und G. HERFERT (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. Opladen: 15-26.

BUCHER, H., KOCKS, M. und M. SIEDHOFF (1998): Regionale Alterung, Haushalts- und Wohnungsmarktentwicklung. In: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN (Hrsg.): Regionales Altern und Mobilitätsprozesse Älterer. Expertisenband 2 zum Zweiten Altenbericht der

Bundesregierung, Frankfurt am Main: 14-69.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2006^a): Raumordnungsprognose 2020/2050. Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2006^b): Herausforderungen deutscher Städte und Stadtregionen. Ergebnisse aus der Laufenden Raum- und Stadtbeobachtung des BBR zur Entwicklung der Städte und Stadtregionen in Deutschland (=BBR-Online-Publikationen 8). Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2007^a): Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein MORO-Forschungsfeld (=MORO-Informationen 2/1). Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2007^b): Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland 2006. (=Berichte des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 27). Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2009): Strategien für Wohnstandorte an der Peripherie der Städte und in Umlandgemeinden (=BBR-Online-Publikationen 38). Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. BBSR-Berichte Kompakt 5/2011. Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2012): Raumabgrenzungen und Raumtypen des BBSR (=Analysen Bau.Stadt.Raum 6). Bonn.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Berichte Kompakt 5/2015. Bonn.

BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (2008): Bevölkerung. Date, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland. Wiesbaden.

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (2011): Demographiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demographischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2001): Dritter Altenbericht – Alter und Gesellschaft. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2006): Wohnen im Alter. Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2007): Chancen erkennen und nutzen - alternde Gesellschaften im internationalen Vergleich. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT (2014): Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Impulse für die Praxis. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2006): Umbau statt Zuwachs: Siedlungsentwicklung und öffentliche Daseinsvorsorge im Zeichen des demographischen Wandels. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2010): Altersgerecht

umbauen – 20 Modellvorhaben. Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2011): Wohnen im Alter. Marktprozesse und wohnungspolitischer Handlungsbedarf (=Schriftenreihe Forschungen 147). Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2013^a): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikationen, Nr. 02.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (2013^b): Suburbaner Raum im Lebenszyklus. BMVBS-Online-Publikationen, Nr. 24.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR (2015): Informationen zur Fachtagung „Möglichkeiten und Grenzen der digitalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge. Berlin.

BUNDESVERBAND FREIER IMMOBILIEN- UND WOHNUNGSUNTERNEHMEN (BFW) 2008: BFW Research. Berlin.

BURDACK, J. und **M. HESSE** (2006): Reife, Stagnation oder Wende? Perspektiven zur Suburbanisierung, Post-Suburbia und Zwischenstadt: Ein Überblick zum Stand der Forschung. Berichte zur deutschen Landeskunde 80 (4): 381-399.

CLAUSSEN, W. (2005): Gesundheit vor Ort - ein Thema für die Raumplanung? In: Raumplanung 139.

DEITERS, J. (2006): Von der Zentralitätsforschung zur geographischen Handelsforschung – Neuorientierung oder Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Sozialgeographie? In: Die Erde 137 (4), S. 293-317.

DEUTSCHER BUNDESTAG (1998): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Wohnen im Alter und Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin, S. 203.

DEUTSCHER VERBAND FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG (2009): Wohnen im Alter. Bericht der Kommission des DEUTSCHEN VERBANDES FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG e. V. in Kooperation mit dem BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG. Berlin.

DEUTSCHER VERBAND FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG (2014): Gemeinsam für ein altersgerechtes Quartier. Handlungsempfehlungen für die Zusammenarbeit zwischen Akteuren zur tragfähigen altersgerechten Quartiersentwicklung. Berlin.

DITTRICH-WESBUER, A., FÖBKER, S. und **F. OSTERHAGE** (2010): Demographischer Wandel und Wanderungen in der Stadtregion: Ergebnisse aus zwei Fallstudien. In: DITTRICH-WESBUER, A., W. KNAPP und F. OSTERHAGE (Hrsg.): Postsuburbanisierung und die Renaissance der (Innen)Städte. Neue Entwicklungen in der Stadtregion. Detmold: 79-103.

EINIG, K. (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: Informationen zur Raumentwicklung 2008(1/2), S. 17-40.

EINZENHÖFER, R. und **A. LINK** (2005): Sun City in Deutschland – ein seniorenspezifisches Wohnmodell mit Zukunft? Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit des amerikanischen Wohnmodells auf Deutschland (= Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung 14). Kaiserslautern.

- FLADE, A.** (1987): Wohnen psychologisch betrachtet. Bern.
- FÖBKER, S.** and **R. GROTZ** (2006): Everyday Mobility of Elderly People in Different Urban Settings: The Example of the City of Bonn, Germany. *Urban Studies* 43 (1): 195-212.
- FRANK, S.** (2011): Je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück. Aktuelle Diskussionen um Suburbanisierung und Gentrifizierung. In: HERRMANN, H. (Hrsg.): Die Besonderheiten des Städtischen. Wiesbaden: 285-300.
- FRANZ, P.** (1984): Soziologie der räumlichen Mobilität. Frankfurt a. M./New York.
- FRICK, J.** (1996): Lebenslagen im Wandel: Determinanten kleinräumlicher Mobilität in Westdeutschland. Frankfurt a. M./New York.
- FRICKE, W.** (1997): Einhundert Jahre Bevölkerungssuburbanisierung im Rhein-Neckar-Raum in ihrem raumzeitlichen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen. *Heidelberger Geogr. Arb.* 100. Heidelberg, 272-306.
- FRIEDRICH, K.** und **C. KAISER** (2002): Deutsche Senioren unter der Sonne Mallorcas: das Phänomen Ruhesitzwanderung. *Praxis Geographie* (2): 14-19.
- FRIEDRICH, K.** (2002): Migration im Alter. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe Band 230. Berlin: 87-96.
- FRIEDRICH, K.** (2008): Binnenwanderungen älterer Menschen – Chancen für Regionen im Demographischen Wandel? *Informationen zur Raumentwicklung* (3): 185-192.
- FRIEDRICH, K., KNABE, S.** und **B. WARNER** (2014): Kontinuität und Umbrüche im suburbanen Mosaik Sachsen-Anhalts. Die Zukunft eines Wohnungsmarktsegments im demographischen Wandel (= Forum ifl) 24. Leipzig.
- FRIEDRICHS, J.** (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg.
- GAEBE, W.** (1987): Verdichtungsräume. Teubner Studienbücher der Geographie. Stuttgart.
- GAEBE, W.** (2004): Urbane Räume. Stuttgart.
- GANS, P.** (1983): Raumzeitliche Eigenschaften und Verflechtungen innerstädtischer Wanderungen in Ludwigshafen/Rhein zwischen 1971 und 1978. *Kieler Geographische Schriften* 59. Kiel.
- GATZWEILER, H.** (1975): Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Analyse und Prognose altersspezifischer interregionaler Wanderungen (=Forschungen zur Raumentwicklung) Band 1. Bonn.
- GATZWEILER, H.** (1982): Neuere Binnenwanderungstendenzen im Bundesgebiet. In: Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation der Jahrestagung 1982 der DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR BEVÖLKERUNGSWISSENSCHAFT E. V. Wiesbaden, S. 15-60.
- GENERALI ZUKUNFTSFONDS** und **INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH** (2012): Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren. Frankfurt.
- GESELLSCHAFT SOZIALWISSENSCHAFTLICHER INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN, STATISTISCHES**

- BUNDESAMT und WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN SOZIALFORSCHUNG** (2008): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- GLASZE, G. und P. GRAZE** (2007): Raus aus Suburbia, rein in die Stadt? Studie zur künftigen Wohnmobilität von Suburbaniten der Generation 50plus. *Raumforschung und Raumordnung* 65 (5): 467-473.
- GOLTZ, F. und K. M. BORN** (2005): Zuwanderung älterer Menschen in ländliche Räume – eine Studie aus Brandenburg. *Geogr. Rundschau* 57 (3): 52-57.
- HÄUßERMANN, H. und W. Siebel** (1996): *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens.* Weinheim und München.
- HEINZE, R. G., EICHENER, V., NAEGELE, G., BUCKSTEEG, M. und M. SCHAUERTE** (1997): *Neue Wohnung auch im Alter. Forderungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft.* Schader Stiftung. Darmstadt.
- HESSE, M.** (2009): Mobilität im Zwischenraum. In: SCHÖLLER, O., CANZLER, W. und A. KNIE (Hrsg.): *Handbuch Verkehrspolitik*: 279-300.
- HIRSCHLE, M. und A. SCHÜRT** (2008): Suburbanisierung...und kein Ende in Sicht? Intraregionale Wanderungen und Wohnungsmärkte. *Informationen zur Raumentwicklung.* (3/4). 211-227.
- JESCHKE, M.** (2007): *Stadt und Umland im Ruhrgebiet. Muster und Prozesse der Bevölkerungsentwicklung und politisch-planerische Reaktionen.* Dortmund.
- JESSEN, J., MEINECKE, B. und U. J. WALTHER** (1979): Faktoren innerregionaler Wanderung – Verhalten der Wohnbevölkerung. In: ROBERT-BOSCH-STIFTUNG (Hrsg.): *Beiträge zur Stadtforschung. Band 1: Vorstudien zu einem Forschungsprogramm.* Stuttgart, S. 9-74.
- JESSEN, J. und S. SIEDENTOP** (2010): Gast-Editorial. Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. In: *disP– the Planning Review*, 180, 16-23.
- KAHANA, E.** (1975). A congruence model of person-environment interaction. In: WINDLEY, P. G. and G. ERNST (Hrsg.). *Theory development in environment and aging.* Gerontological Society. Washington, DC.
- KAHANA, E.** (1982). A congruence model of person-environment interaction. In: LAWTON, M. P., WINDLEY, P. G. and T. O. BYERTS (Hrsg.). *Aging and the environment. Theoretical approaches.* New York, S. 97-121.
- KAISER, C.** (2002): Ruhesitzmigration und wandelnde Ansprüche an das Lebensumfeld. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): *Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND.* Band 230. Stuttgart: 222-239.
- KAISER, C.** (2011): *Transnationale Altersmigration in Europa. Sozialgeographische und gerontologische Perspektiven.* Wiesbaden.
- KASPER, B. und J. SCHEINER** (2004): Wohnmobilität und Standortwahl als Ausdruck lebensstilspezifischer Wohnbedürfnisse. Eine Fallstudie in drei Kölner Stadtquartieren. In: *vhw Forum Wohneigentum – Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft.* Heft 1, S. 24-29.
- KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG RHEINLAND-PFALZ** (2015): *Stadt Mainz und Kreis Mainz-Bingen. Kreisatlas zur vertragsärztlichen Versorgung.* Mainz.

- KATTNER, M.** (2010): Urbanes Altern - Wohnumfeldanspruchsgruppen Junger Alter in Erlangen. Erlangen.
- KEMPER, F.-J.** (1985): Die Bedeutung des Lebenszyklus-Konzepts für die Analyse intraregionaler Wanderungen. In: KEMPER, F.-J., LAUX, H.D. und G. THIEME (Hrsg): Geographie als Sozialwissenschaft. Beiträge zu ausgewählten Problemen kulturgeographischer Forschung. (=Colloquium Geographicum, 18) Bonn. S. 180-212.
- KEMPER, F.-J.** (2001): Wohnformen, Altersstruktur, Lebenszyklusphasen. Berichte zur deutschen Landeskunde 75 (2/3): 137-146.
- KILPPER, G. ET AL.** (1985): Wohnumfeld Verbesserung. Analyse, Planung und Durchführung nach Wohngebietstypen. Veröffentlichung Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen. Wiesbaden.
- KLEY, S.** (2009): Migration im Lebensverlauf. Der Einfluss von Lebensbedingungen und Lebenslaufereignissen auf den Wohnortwechsel. Wiesbaden.
- KOCH, R.** (1976): Altenwanderung und räumliche Konzentration alter Menschen. Raumstrukturelle Auswirkungen und raumordnerische Beurteilung. (= Forschungen zur Raumentwicklung 4). Bonn-Bad Godesberg.
- KOHLI, M.** (1992): Altern in soziologischer Perspektive. In: BALTES, P.B. und J. MITTELSTRASS (Hrsg.): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, S. 231-259.
- KOHLI, M.** (2013): Alter und Altern in der Gesellschaft. In: MAU, S. und N. M. SCHÖNECK (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 3. Aufl. Wiesbaden, S. 11-24.
- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN** (1996): Mitteilung der Kommission. Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa. Brüssel.
- KOPETSCH, T.** (2010): Dem deutschen Gesundheitswesen gehen die Ärzte aus! Studie zur Altersstruktur- und Arztzahlentwicklung. Berlin.
- KÖTTER, T., SCHUPPE, T. und S. MARINGER** (2013): Anpassungsstrategien für die Daseinsvorsorge in ländlichen Gemeinden mit vielen Ortsteilen (= Schriftenreihe des Lehr- und Forschungsgebietes USL Nr. 175). Bonn.
- KRAMER, C. und C. PFAFFENBACH** (2011): Junge Alte als neue „Urbaniten“? Mobilitätstrends der Generation 50plus. Raumforschung und Raumordnung 69 (2): 79–90.
- KREMER-PREIß, U. und H. STOLARZ** (2003): Neue Wohnkonzepte für das Alter und praktische Erfahrungen bei der Umsetzung – eine Bestandsanalyse –. Zwischenbericht im Rahmen des Projektes „Leben und Wohnen im Alter“ der BERTELSMANN STIFTUNG UND DES KURATORIUMS DEUTSCHE ALTERSHILFE. Köln.
- KULKE, E.** (2005): Räumliche Konsumentenverhaltensweisen. In: KULKE, E. (Hrsg.): Dem Konsumenten auf der Spur. Neue Angebotsstrategien und Nachfragemuster, S. 9-25. Passau (= Geographische Handelsforschung, Bd. 11).
- LANDGESELLSCHAFT MECKLENBURG-VORPOMMERN und LANDGESELLSCHAFT SACHSEN-ANHALT** (2010): Abschlussbericht zum Aufbau Ost-Projekt „Maßnahmen von Bund und neuen Ländern für eine abgestimmte Politik in ländlichen Regionen unter dem Aspekt des demografischen Wandels“. Im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer. Schwerin.

- LEHRSTUHL FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG** (2006): Untersuchung über das Senioren-Wohnen im Landkreis Mainz-Bingen. Kaiserslautern.
- LIHS, V.** (2013): Wohnen im Alter – Bestand und Bedarf altersgerechter Wohnungen. Informationen zur Raumentwicklung (2). S. 125-131.
- MACKENSEN, R., VANBERG, M. und K. KRÄMER** (1975): Probleme regionaler Mobilität. Göttingen.
- MÄDING, H.** (2000): Wanderungsprozesse – Herausforderung für die Wohnungswirtschaft und die Städte. „Aktuelle Information“ DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK, Berlin.
- MAI, R., ROLOFF, J. und F. MICHEEL** (2007): Regionale Alterung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Binnenwanderungen. (=Materialeien zur Bevölkerungswissenschaft 120). BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG. Wiesbaden.
- MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ** (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz.
- MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ** (2010): Planen für Rheinland-Pfalz. Fit für die neuen Regionalpläne. Mainz.
- MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ** (2014): Raumordnungsbericht 2013. Mainz.
- MOLLENKOPF, H.** (2002): Die Mobilität Älterer in städtischen und ländlichen Regionen Ost- und Westdeutschlands. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 130-146.
- MOTEL, A., KÜNEMUND, H. und CHR. BODE** (2000): Wohnen und Wohnumfeld. In: KOHLI, M. und H. KÜNEMUND (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Wiesbaden.
- MÜLLER, R.** (2013): Wohnen im Alter. Einführung. Informationen zur Raumentwicklung (2).I-VIII.
- MÜNTER, A.** (2011): Wanderungsentscheidungen von Stadt-Umland-Wanderern in vier Stadtregionen. Regionaler Vergleich der Muster und Motive, Informations- und Wahrnehmungslücken sowie Beeinflussung der Wanderungsentscheidung. Dortmund.
- NAEGELE, G.** (2010): Kommunen im demographischen Wandel. Thesen zu neuen An- und Herausforderungen für die lokale Alten- und Seniorenpolitik. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 43 (2): 98-102.
- NESTERMANN, E.** (1988): Bedeutung der Infrastruktur für die Ruhestandswanderung. Karlsruhe.
- NIPPER, J.** (1975): Mobilität der Bevölkerung im engeren Informationsfeld einer Solitärstadt. Gießener Geographische Schriften 33. Gießen.
- NUSSL, H. und B. BIGALKE** (2006): Älterwerden in Suburbia – eine explorative Studie zur Auswirkung von Suburbanisierung auf die Lebensqualität älterer Menschen. UFZ Diskussionspapiere.
- NUSSL, H. und B. BIGALKE** (2007): Altwerden am Stadtrand – zum Zusammenhang von Suburbanisierung und Demographischem Wandel. Raumforschung und Raumordnung 65 (5): 381-392.

- OSTERHAGE, F.** (2010): Reurbanisierung in Nordrhein-Westfalen: Von der Stadtflucht zur Renaissance der Städte? In: INSTITUT FÜR LANDES- und STADTENTWICKLUNGSPLANUNG (Hrsg.): Demographischer Wandel in Nordrhein-Westfalen (Forschungen 1/10): S. 75-88.
- OSTERHAGE, F.** (2011): Rezension zu: GERBER, K. (2011): Räumliche Mobilität im Wandel: Wanderungen im Lebenslauf und ihre Auswirkungen auf die Stadtentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Raumforschung und Raumordnung (6). Wiesbaden.
- OSTERHAGE, F.** (2013): Entwicklungstrends und -perspektiven im suburbanen Raum. INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ILS)-Journal (1).
- OSWALD, F.** (2002): Wohnbedingungen und Wohnbedürfnisse im Alter. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 97-111.
- OSWALD, F., HIEBER, A., MOLLENKOPF, H. und H.-W. WAHL** (2003): Heidelberg 2002: Wohnwünsche und Wohnwirklichkeiten – Belastungen, Chancen und Perspektiven selbstständigen Lebens im Alter. Heidelberg.
- PLANUNGSGEMEINSCHAFT RHEINHESSEN-NAHE** (2004): Regionaler Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe. Mainz.
- PODDIG, B.** (2006): Die "Neuen Alten" im Wohnungsmarkt - Aktuelle Forschungsergebnisse über eine stark wachsende Zielgruppe. Zeitschrift des vhw – BUNDESVERBAND FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG (3).
- PROSKE, M.** (2011): Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge. Auswirkungen kommunaler Angebote auf die Wohnortwahl. Kaiserslautern.
- REICHERT, C.** (2006): Stadterneuerung in Lehre und Forschung. In: ALTROCK, U., KUNZE, R. PAHL-WEBER, E., VON PETZ, U. und SCHUBERT, D. (2006): Jahrbuch Stadterneuerung 2006/7. Stadterneuerung und Landschaft. Berlin: 381-394.
- ROSEMAN, C. C.** (1971): Migration as a Spatial and Temporal Process. Annals of the Association of American Geographers 61 (2): 589-598.
- ROSSI, P. H.** (1955): Why families move. Glencoe.
- SAUER, L. und A. ETE** (2007): Auswanderung aus Deutschland. Stand der Forschung und erste Ergebnisse zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger (= Materialien zur Bevölkerungswissenschaft) 123. Wiesbaden.
- SCHEINER, J.** (2005): Lebensstile, Standortbewertungen und Wohnmobilität. Analysen der Haushaltsbefragung des Projekts StadtLeben (Arbeitspapiere des Fachgebiets Verkehrswesen und Verkehrsplanung 13). Dortmund.
- SCHEINER, J. und C. HOLZ-RAU** (2002): Seniorenfreundliche Siedlungsstrukturen. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe des BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND. Band 230. Stuttgart: 198-219.
- SCHLÖMER, C.** (2008): Wanderungen und Raumentwicklung – neue Trends und Perspektiven. Einführung. Informationen zur Raumentwicklung. (3/4). I-III.
- SCHLÖMER, C.** (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen

Paradigmen. Makroanalytische Untersuchungen zur Systematik von Wanderungsverflechtungen (=Berichte des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 31). Bonn.

SCHMIDT, M. (2010): Wechselwirkungen zwischen demographischer Entwicklung und Daseinsvorsorge unter besonderer Berücksichtigung von Wohnstandortfaktoren. Untersuchung am Beispiel des Rheingau-Taunus-Kreises. Technische Universität Kaiserslautern, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung. Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung (MZR) Band 30. Kaiserslautern.

SCHMITZ-VELTIN, A. und **P. ZAKRZEWSKI** (2011): Wohnstandortmobilität im gesellschaftlichen und demographischen Wandel. Einführung. In: HEGE, H.-P., KAPSTEIN, Y., MENG, R., RUPPENTHAL, K., SCHMITZ-VELTIN, A. UND P. ZAKRZEWSKI (Hrsg.): Schneller, öfter, weiter? Perspektiven der Raumentwicklung in der Mobilitätsgesellschaft (=Arbeitsberichte der ARL 1) Hannover. S.: 72-78.

SCHMITZ-VELTIN, A. (2011): Gesellschaft im demographischen Wandel - Szenarien zur Zukunft des Wohnens in der Stadtregion. Mannheim.

SCHNEIDER, S. (2010): Rente und tschüss. Deutsche Senioren verlegen ihren Ruhesitz ins Ausland. (= INSTITUT ARBEIT UND TECHNIK - Forschung aktuell 1). Bochum.

SCHNEIDER, N. (1997): Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland. Discussion Paper FS III 97-404. Wissenschaftszentrum, Berlin.

SCHNEIDER, N. und **A. SPELLERBERG** (1999): Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen.

SCHOLZ, B. (2011): Demographischer Wandel und Nachfrageverschiebungen im Bereich der altersspezifischen Infrastruktur am Beispiel der Berliner Innen- und Außenbezirke Mitte und Steglitz-Zehlendorf. Berlin.

SCHUETT, N., UNGER, K. und **B. ERDMANN** (2012): Standortentscheidungen von Ruheständlern. Discussion Paper 05/2012, Fachgebiet Ökonomie und Demographischer Wandel. Vechta.

SIEDENTOP, S., KAUSCH, S., EINIG, K. und **J. GÖSSEL** (2003): Siedlungsstrukturelle Veränderungen im Umland der Agglomerationsräume (=Schriftenreihe Forschungen des BUNDESAMTES FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 114). Bonn.

SIEDENTOP, S. (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. Informationen zur Raumentwicklung (3/4):193-210.

SPARS, G. (2012): Neue Attraktivität der Städte - Herausforderungen für die kommunale Politik?". In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung des vhw BUNDESVERBAND FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG E.V. (1), S. 47-52.

STADT MAINZ (2004): Stadt-Umland-Studie "Mainz Rheinhessen". Mainz.

STADT UND HANDEL (2009): Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Gemeinde Nottn. Dortmund.

STÄHELI HAAS, K. (2006): Wohnen im Alter - so fühlen Sie sich wohl: Privathaushalt, Heim und neue Wohnformen. Zürich.

STAHL, H. und **R. WEHRHAHN** (2012): Best Ager im sub- und periurbanen Raum der Stadtregion Kiel. In: WEHRHAHN, R. und A. TOELLE (Hrsg.): Aktuelle Entwicklungen in norddeutschen und

westpolnischen Stadtregionen. Kieler Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung 53, S. 31-46.

STATISTISCHES BUNDESAMT (1992): Im Blickpunkt: Ältere Menschen. Stuttgart.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2007^a): Geburten in Deutschland. Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2007^b): Eheschließungen, Geborene, Gestorbene. Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015^a): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015^b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2013. Wiesbaden.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^b): Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^c): Rheinland-Pfalz 2030. Dritte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2014): Sonderauswertung zu Wanderungsbilanzen der über 60-Jährigen im Landkreis Mainz-Bingen 2000 bis 2012. Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2015): Sonderauswertung zu Bevölkerungszahl der Altersgruppe 60-69 im Landkreis Mainz-Bingen 2012. Bad Ems.

STEINFÜHRER, A. (2004): Wohnstandortentscheidungen und städtische Transformation – vergleichende Fallstudien in Ostdeutschland und Tschechien. Wiesbaden.

STEINFÜHRER, A., KÜPPER, P. und A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternenden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. JOHANN HEINRICH VON THÜNEN-INSTITUT. Braunschweig.

STIENS, G. (1996): Prognostik in der Geographie. Braunschweig.

THIEME, F. (2008): Alter(n) in der alternden Gesellschaft. Wiesbaden.

THOMAS, D., FUHRER, U. und C. QUASIER-POHL (2006): Einfluss wahrgenommener Wohnqualität auf die Ortsbindung. Besonderheiten in einem ostdeutschen Sanierungsgebiet. *Umweltpsychologie*, 10. Jg., Heft 2, S. 10-31.

TROEGER-WEIß, G., KARSCH-VÖLK, M., LANDENDÖRFER, P., LINDE, K., EGERMANN, A. und A. SCHNEIDER, A. (2012): Medizinische und kommunale Herausforderungen einer alternden Gesellschaft im ländlichen Bereich – Ergebnisse einer Erhebung in der oberfränkischen Gemeinde Markt Heiligenstadt, in: *Das Gesundheitswesen*, Jg. 74, Nr. 7: S. 410-415.

- TROEGER-WEIß, G.** (2010): Lokale und regionale Netzwerke als Träger der Regionalentwicklung und ihr Anteil an der Bewältigung des Demographischen Wandels. In: TROEGER-WEIß, G. und J. WEINGARTEN (Hrsg.): Herausforderung für Land und Kommunen – die Gestaltung des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz, Band 3 der Reihe Dokumentationen der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP), Mainz: 77-89.
- VAN DEN BERG, L., Drewett, R., Klaasen, L. H. Rossi, A. und C. H. T. Vijverberg** (1982): Urban Europe. A Study of Growth and Decline. Oxford.
- WAHL, H.-W.** (2002): Lebensumwelten im Alter: Auf der Suche nach Pfaden im „Dschungel des Alltags“ älterer Menschen. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (Hrsg.): Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter, Schriftenreihe Band 230. Berlin: 48-63.
- WAHL, H.-W. und F. OSWALD** (2005): Sozialökologische Aspekte des Alterns. In: FILIPP, S.-H. und U. M. STAUDINGER (Hrsg.): Entwicklungspsychologie des mittleren und höheren Erwachsenenalters. Enzyklopädie der Psychologie. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle. S. 209-250.
- WINKLER, R. und K. SPIEKERMANN** (2014): Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge. In: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hrsg.): Deutschland in Europa. Ergebnisse des Programms ESPON 2013, Heft 4. Bonn.
- WOLPERT, J.** (1965): Behavioral Aspects of the Decision to Migrate. Papers, Regional Science Association 15 (1): 159-169.
- ZIMMERLI, J.** (2015): Wohnmobilität im Alter – ein zukunftsfähiger Ansatz für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung nach innen? Hannover.
- ZWECKVERBAND RHEIN-NAHE NAHVERKEHRSBUND** (2014^a): Regionaler Nahverkehrsplan ZRNN. Teil A. Fortschreibung 2014. Ingelheim.
- ZWECKVERBAND RHEIN-NAHE NAHVERKEHRSBUND** (2014^b): Nahverkehrsplan für den Landkreis Mainz-Bingen. Teil B. Fortschreibung 2014 (Entwurf). Ingelheim.

Internetquellen

- BERLIN INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG:** Definition Abwanderungsrate, unter: <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1350> (abgerufen am 30.03.2016).
- BERLIN INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG:** Definition Wanderungssaldo, unter: <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1561> (abgerufen am 30.03.2016).
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG:** Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen, unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Abgeschlossen/Berichte/2009_2010/Bd31Binnenwanderung.html?nn=423960 (abgerufen am 09.01.2014).
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG:** Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, unter:

http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/2011/Aktionsprogramm/01_Start.html?nn=432768 (abgerufen am 07.03.2014).

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Ausgewählte Strukturindikatoren aus der Laufenden Raumbbeobachtung des BBSR, unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbbeobachtung/InteraktiveAnwendungen/Regionalprofile/Regionalprofile_node.html (abgerufen am 10.03.2015).

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Inkar online, unter <http://www.inkar.de/Default> (abgerufen am 23.06.2015).

BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG: Lebenserwartung, unter: <http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/L/lebenserwartung.html> (abgerufen am 20.02.2016).

BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT: Telemedizin, unter: <http://www.bmg.bund.de/glossar-begriffe/t-u/telemedizin.html> (abgerufen am 14.04.2016).

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Wohnen, unter: <http://www.bpb.de/apuz/183437/wohnen> (abgerufen am 08.09.2015).

DEMOGRAFIENETZWERK FRANKFURT/RHEIN-MAIN, unter: <http://www.demografienetzwerk-frm.de/die-arbeitskreise/wohnen-im-alter/> (abgerufen am 15.10.2013).

DEUTSCHER BUNDESTAG: Grundgesetz, unter: https://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_02/245124 (abgerufen am 05.01.2016).

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK: Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden, unter: <http://www.difu.de/publikationen/2012/altengerechter-umbau-der-infrastruktur-investitionsbedarf.html> (abgerufen am 07.03.2014).

GKV (GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNGEN) SPITZENVERBAND (2015): Ambulante Bedarfsplanung Versorgungssteuerung, unter: http://www.gkv-spitzenverband.de/presse/themen/bedarfsplanung_1/thema_bedarfsplanung.jsp (abgerufen am 15.03.2015).

GOOGLE EARTH: Kartenausschnitt von Oppenheim (abgerufen am 30.06.2014)

LANDKREISES MAINZ-BINGEN, unter http://www.mainz-bingen.de/deutsch/images/landkreis/kreiskarte_by_artfive.jpg (abgerufen am 11.11.2014)

MINISTERIUM DES INNEREN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ: Projekt Bürgerbusse, unter: <http://www.buergerbus-rlp.de/index.php/56-buergerbusse-in-rheinland-pfalz> (abgerufen am 25.02.2016).

REGIONALVERBAND FRANKFURTRHEINMAIN: Die Region Frankfurt/Rhein-Main in Zahlen und Fakten, unter <http://www.region-frankfurt.de/Verband/Region-in-Zahlen> (abgerufen am 11.11.2014)

STATISTISCHES BUNDESAMT: Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabel->

len/Zensus_Geschlecht_Staatsangehoerigkeit.html;jsessionid=21F568EDA1A91D96AB0C5ED9A1BAFA2B.cae3 (abgerufen am 11.09.2015).

STATISTISCHES BUNDESAMT: Pflegebedürftige im Jahr 2011 in Deutschland, unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Pflege/Pflege.html#Tabellen> (abgerufen am 11.05.2015).

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ, unter: <https://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/demografischer-wandel/karten/> (abgerufen am 17.10.2013).

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ, unter: <http://www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat/> (abgerufen am 05.02.2015).

Weiterführendes Literaturverzeichnis

ACKERS, L. und **P. DWYER** (2002): Senior Citizenship. Retirement Migration and Welfare in the European Union. The Policy Press. Bristol.

ANDERSSON, J. (2002): Retirement Migration: Motives for Migration to warmer Climate and Housing Needs. A study of Scandinavians in Costa Blanca. Chalmers University of Technology. Göteborg.

BORN, K. M. (2007): Nutzung und Bewertung der Infrastruktur durch die Bewohner der Prignitz. In: BEETZ, S. (Hrsg.): Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation; 14), S. 69-76.

BRAKE, K. und **G. HERFERT** (Hrsg.) (2012): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2006): Infrastrukturkostenrechnung in der Regionalplanung. Werkstatt: Praxis, Heft 43. Bonn.

DELLER, S. (1995): Economic Impact of Retirement Migration. Economic Development Quarterly (9): 25–38.

FAGAN, M. und **C. LONGINO** (1993): Migrating Retirees: A Source for Economic Development. Economic Development Quarterly (7): 98–106.

FREITAG, T. RÖBLER, C. und **A. KUNZ** (2009): Daseinsvorsorge aus Bürgersicht. Bewertung der Lebensverhältnisse und der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der infrastrukturellen Ausstattung sächsischer Dörfer (Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie; 31). Dresden.

GERBER, K. (2010): Räumliche Mobilität im Wandel. Wanderungen im Lebenslauf und ihre Auswirkungen auf die Stadtentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Wiesbaden.

GUSTAFSON, P. (2004): Retirement Migration and transnational lifestyles. Ageing and Society 21: 371–394.

HUBER, A. (2003): Sog des Südens. Altersmigration von der Schweiz nach Spanien am Beispiel der Costa Blanca. Zürich.

ICKERT, H., NEU, C. und **M. SCHRODER** (2009): Infrastrukturbedarfe für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns. Ergebnisse der Besucherbefragung auf der Mecklenburgischen Landwirtschaftsausstellung 2008. Hgg. vom MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ MECKLENBURG-VORPOMMERN, Schwerin.

INSTITUT FÜR LANDES- und STADTENTWICKLUNGSPLANUNG und **STÄDTEBAU INSTITUT, FACHGEBIET ORTS- UND REGIONALPLANUNG UNIVERSITÄT STUTTGART**: Reurbanisierung in den USA und Deutschland: Eine vergleichende Untersuchung der Ursachen und räumlichen Ausprägungen von demographischen Reurbanisierungsprozessen in den Stadtregionen Portland und Stuttgart, unter: http://www.ils-forschung.de/cms25/index.php?option=com_content&view=article&id=994&Itemid=98&lang=de (abgerufen am 08.05.2014).

KING, R., WARNES, T. und A. WILLIAMS (1998): International Retirement Migration in Europe. *International Journal of Population Geography* 4(4): 91–111.

KOEPPEL, B., MAI, R. und C. SCHLÖMER (2007): Reurbanisierung in Ostdeutschland – möglicher Leittrend zukünftiger Stadtentwicklung? *Geographische Zeitschrift* 95 (4), 95: 211-230.

KRAMER, C. und C. PFAFFENBACH (2007): Alt werden und jung bleiben – Die Region München als Lebensmittelpunkt zukünftiger Senioren? *Raumforschung und Raumordnung* 65 (5): 393-406.

LONGINO, C. und R. A. FOX (1995): Retirement migration in America. Vacation Publications. Houston.

OLIVER, C. (2008): Retirement Migration. Paradoxes of Ageing. London.

SIEBEL, W. (2008): Wohnen in der Innenstadt. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 47 (1): 37-46.

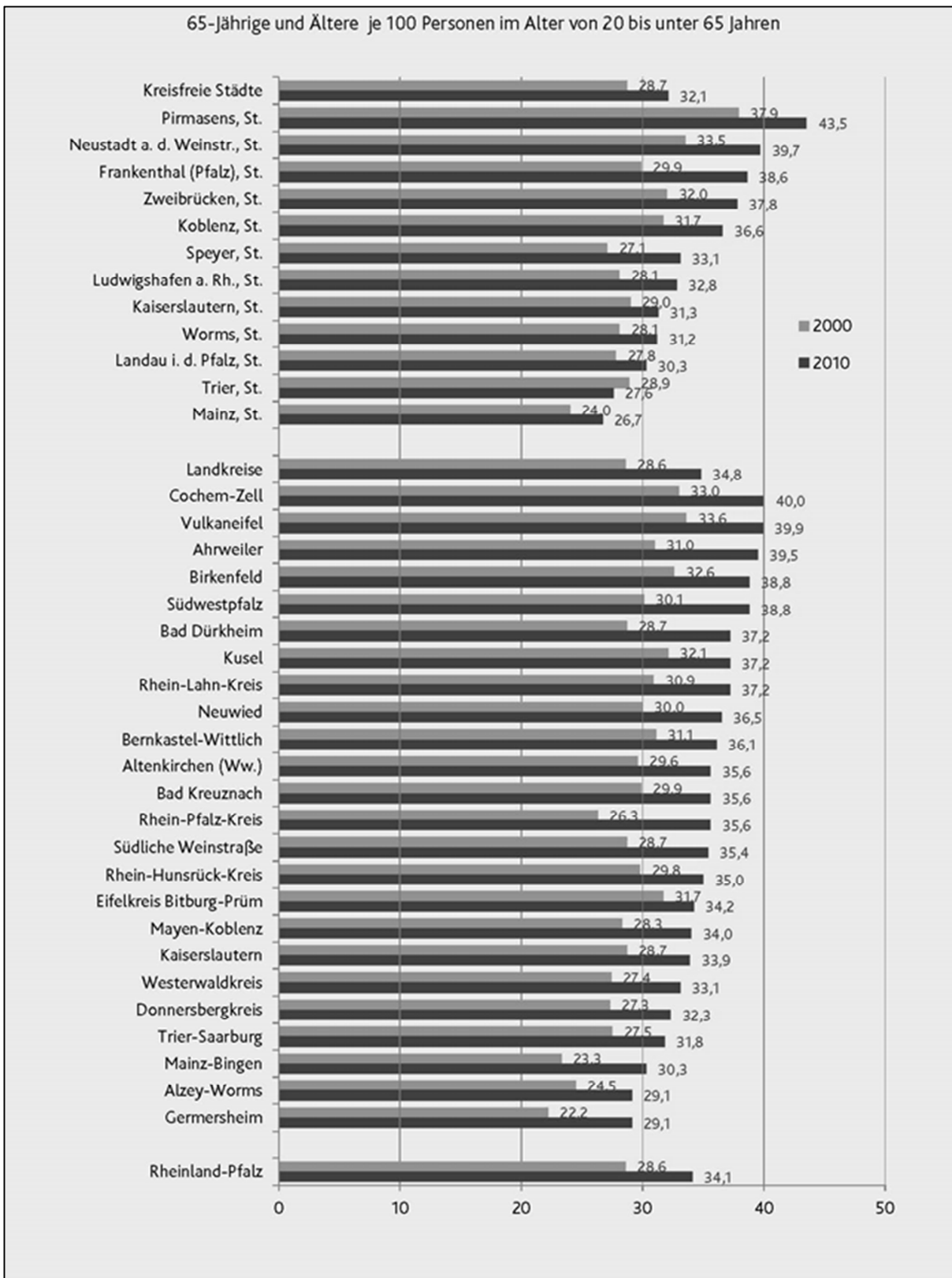
STERNBERG, M. (2009): Alter(n) in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Eine Analyse in vier deutschen Gemeinden. Dortmund.

Anhang

- I. Abbildungen**
- II. Anschreiben im Rahmen der postalischen Befragung in den Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim**
- III. Fragebogen**
- IV. Presseartikel**
- V. Lebenslauf des Autors**

I. Abbildungen

Abbildung 67: Altenquotient 2000 und 2010 nach Verwaltungsbezirken in Rheinland-Pfalz



Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^a): Statistische Analysen. Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems, S. 42

Abbildung 68: Bevölkerungsentwicklung 2010-2060 nach Altersgruppen im Landkreis Mainz-Bingen

Landkreis Mainz-Bingen		Ergebnisübersicht der Varianten					
Alter in Jahren	Basisjahr 2010	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2030	2060	2030	2060	2030	2060
Anzahl							
unter 2	3 340	3 050	2 314	3 167	2 552	3 284	2 793
2-6	7 309	6 579	4 971	6 823	5 475	7 065	5 975
6-10	7 743	6 965	5 246	7 186	5 759	7 408	6 263
10-16	13 345	10 987	8 351	11 245	9 105	11 501	9 840
16-20	8 955	7 477	5 796	7 600	6 276	7 729	6 761
20-35	31 874	28 051	21 572	29 031	23 704	29 998	25 866
35-50	49 470	37 019	28 091	38 317	30 957	39 613	33 796
50-65	42 703	43 867	32 752	44 595	35 497	45 311	38 230
65-80	28 344	40 354	32 610	40 579	34 395	40 787	36 183
80 und älter	9 227	15 445	24 874	15 512	25 488	15 570	26 111
unter 20	40 692	35 058	26 678	36 021	29 167	36 987	31 632
20-65	124 047	108 937	82 415	111 943	90 158	114 922	97 892
65 und älter	37 571	55 799	57 484	56 091	59 883	56 357	62 294
Insgesamt	202 310	199 794	166 577	204 055	179 208	208 266	191 818
Anteile in %							
unter 2	1,7	1,5	1,4	1,6	1,4	1,6	1,5
2-6	3,6	3,3	3,0	3,3	3,1	3,4	3,1
6-10	3,8	3,5	3,1	3,5	3,2	3,6	3,3
10-16	6,6	5,5	5,0	5,5	5,1	5,5	5,1
16-20	4,4	3,7	3,5	3,7	3,5	3,7	3,5
20-35	15,8	14,0	13,0	14,2	13,2	14,4	13,5
35-50	24,5	18,5	16,9	18,8	17,3	19,0	17,6
50-65	21,1	22,0	19,7	21,9	19,8	21,8	19,9
65-80	14,0	20,2	19,6	19,9	19,2	19,6	18,9
80 und älter	4,6	7,7	14,9	7,6	14,2	7,5	13,6
unter 20	20,1	17,5	16,0	17,7	16,3	17,8	16,5
20-65	61,3	54,5	49,5	54,9	50,3	55,2	51,0
65 und älter	18,6	27,9	34,5	27,5	33,4	27,1	32,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2010=100							
unter 2	100	91,3	69,3	94,8	76,4	98,3	83,6
2-6	100	90,0	68,0	93,4	74,9	96,7	81,7
6-10	100	90,0	67,8	92,8	74,4	95,7	80,9
10-16	100	82,3	62,6	84,3	68,2	86,2	73,7
16-20	100	83,5	64,7	84,9	70,1	86,3	75,5
20-35	100	88,0	67,7	91,1	74,4	94,1	81,2
35-50	100	74,8	56,8	77,5	62,6	80,1	68,3
50-65	100	102,7	76,7	104,4	83,1	106,1	89,5
65-80	100	142,4	115,1	143,2	121,3	143,9	127,7
80 und älter	100	167,4	269,6	168,1	276,2	168,7	283,0
unter 20	100	86,2	65,6	88,5	71,7	90,9	77,7
20-65	100	87,8	66,4	90,2	72,7	92,6	78,9
65 und älter	100	148,5	153,0	149,3	159,4	150,0	165,8
Insgesamt	100	98,8	82,3	100,9	88,6	102,9	94,8

Gebietsstand: 01.01.2012

Annahmen bezogen auf Rheinland-Pfalz: Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. - Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen (von 82,4 auf 89,2 Jahre) und für Männer (von 77,5 auf 85 Jahre) um etwa sieben Jahre. - Wanderungssaldo in allen Varianten von 2015 bis 2060 konstant: untere Variante bei null; mittlere Variante bei +4 000; obere Variante bei +8 000.

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012^b): Rheinland-Pfalz 2060. Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 4

Abbildung 69: Bevölkerungsentwicklung 2010-2030 nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken im Landkreis Mainz-Bingen

Landkreis Mainz-Bingen								
Verwaltungsbezirk	Bevölkerung		Unter 20-Jährige		20- bis 65-Jährige		Über 65-Jährige	
	2010	2030	2010	2030	2010	2030	2010	2030
Anzahl								
Bingen am Rhein	24 276	22 124	4 269	3 777	14 802	12 096	5 205	6 251
Budenheim	8 500	8 367	1 627	1 462	5 147	4 829	1 726	2 076
Ingelheim am Rhein	24 152	22 431	4 696	3 812	14 738	12 616	4 718	6 003
VG Bodenheim	18 750	20 283	3 806	3 631	11 820	11 063	3 124	5 589
VG Gau-Algesheim	16 317	16 896	3 349	2 845	9 915	9 597	3 053	4 454
VG Guntersblum	9 379	9 032	1 955	1 792	5 759	4 735	1 665	2 505
VG Heidesheim am Rhein	9 899	10 423	1 972	1 809	6 151	5 675	1 776	2 939
VG Nieder-Olm	31 386	32 995	6 625	6 081	19 233	17 853	5 528	9 061
VG Nierstein-Oppenheim	30 572	32 729	6 674	5 970	18 742	17 684	5 156	9 075
VG Rhein-Nahe	15 099	14 012	2 779	2 292	9 019	7 610	3 301	4 110
VG Sprendlingen-Gensingen	13 980	14 712	2 940	2 554	8 721	8 150	2 319	4 008
Landkreis Mainz-Bingen	202 310	204 004	40 692	36 025	124 047	111 908	37 571	56 071
Anteil am Anteil an der Bevölkerung des Verwaltungsbezirks Landkreis in % in %								
Bingen am Rhein	12,0	10,8	17,6	17,1	61,0	54,7	21,4	28,3
Budenheim	4,2	4,1	19,1	17,5	60,6	57,7	20,3	24,8
Ingelheim am Rhein	11,9	11,0	19,4	17,0	61,0	56,2	19,5	26,8
VG Bodenheim	9,3	9,9	20,3	17,9	63,0	54,5	16,7	27,6
VG Gau-Algesheim	8,1	8,3	20,5	16,8	60,8	56,8	18,7	26,4
VG Guntersblum	4,6	4,4	20,8	19,8	61,4	52,4	17,8	27,7
VG Heidesheim am Rhein	4,9	5,1	19,9	17,4	62,1	54,4	17,9	28,2
VG Nieder-Olm	15,5	16,2	21,1	18,4	61,3	54,1	17,6	27,5
VG Nierstein-Oppenheim	15,1	16,0	21,8	18,2	61,3	54,0	16,9	27,7
VG Rhein-Nahe	7,5	6,9	18,4	16,4	59,7	54,3	21,9	29,3
VG Sprendlingen-Gensingen	6,9	7,2	21,0	17,4	62,4	55,4	16,6	27,2
Landkreis Mainz-Bingen	100	100	20,1	17,7	61,3	54,9	18,6	27,5
Messzahl: 2010=100								
Bingen am Rhein	100	91,1	100	88,5	100	81,7	100	120,1
Budenheim	100	98,4	100	89,9	100	93,8	100	120,3
Ingelheim am Rhein	100	92,9	100	81,2	100	85,6	100	127,2
VG Bodenheim	100	108,2	100	95,4	100	93,6	100	178,9
VG Gau-Algesheim	100	103,5	100	85,0	100	96,8	100	145,9
VG Guntersblum	100	96,3	100	91,7	100	82,2	100	150,5
VG Heidesheim am Rhein	100	105,3	100	91,7	100	92,3	100	165,5
VG Nieder-Olm	100	105,1	100	91,8	100	92,8	100	163,9
VG Nierstein-Oppenheim	100	107,1	100	89,5	100	94,4	100	176,0
VG Rhein-Nahe	100	92,8	100	82,5	100	84,4	100	124,5
VG Sprendlingen-Gensingen	100	105,2	100	86,9	100	93,5	100	172,8
Landkreis Mainz-Bingen	100	100,8	100	88,5	100	90,2	100	149,2

Gebietsstand: 01.07.2012

Die Modellrechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2030 basiert auf den Ergebnissen der dritten Variante der dritten regionalen Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Die in der kleinräumigen Darstellung ausgewiesenen Ergebnisse für den Landkreis sowie für Rheinland-Pfalz (Addition der gemündeten Einzelergebnisse) weichen geringfügig von den dort angegebenen Ergebnissen ab.

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012⁶): Rheinland-Pfalz 2030. Dritte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 5

Abbildung 70: Bevölkerungsentwicklung 2010-2030 in der Verbandsgemeinde Bodenheim

Verbandsgemeinde Bodenheim									
Alter in Jahren	VG Bodenheim					Landkreis Mainz-Bingen		Rheinland-Pfalz	
	2010	2015	2020	2025	2030	2010	2030	2010	2030
Anzahl									
unter 2	376	333	330	321	307	3 340	3 166	62 757	56 563
2-6	732	759	727	703	679	7 309	6 819	131 109	118 421
6-10	716	771	763	743	719	7 743	7 193	141 541	124 321
10-16	1 174	1 148	1 222	1 187	1 140	13 345	11 247	246 953	195 588
16-20	808	802	746	800	786	8 955	7 600	181 758	135 212
20-35	2 842	2 860	2 767	2 725	2 764	31 874	29 014	689 491	586 938
35-50	4 814	4 435	4 046	3 868	3 706	49 470	38 280	901 272	686 915
50-65	4 164	4 739	5 089	4 929	4 593	42 703	44 614	825 565	786 037
65-80	2 509	2 821	3 080	3 587	4 059	28 344	40 570	598 333	772 495
80 und älter	615	758	1 155	1 318	1 530	9 227	15 501	224 966	308 197
unter 20	3 806	3 813	3 788	3 754	3 631	40 692	36 025	764 118	630 105
20-65	11 820	12 034	11 902	11 522	11 063	124 047	111 908	2 416 328	2 059 890
65 und älter	3 124	3 579	4 235	4 905	5 589	37 571	56 071	823 299	1 080 692
Insgesamt	18 750	19 426	19 925	20 181	20 283	202 310	204 004	4 003 745	3 770 687
Anteile in %									
unter 2	2,0	1,7	1,7	1,6	1,5	1,7	1,6	1,6	1,5
2-6	3,9	3,9	3,6	3,5	3,3	3,6	3,3	3,3	3,1
6-10	3,8	4,0	3,8	3,7	3,5	3,8	3,5	3,5	3,3
10-16	6,3	5,9	6,1	5,9	5,6	6,6	5,5	6,2	5,2
16-20	4,3	4,1	3,7	4,0	3,9	4,4	3,7	4,5	3,6
20-35	15,2	14,7	13,9	13,5	13,6	15,8	14,2	17,2	15,6
35-50	25,7	22,8	20,3	19,2	18,3	24,5	18,8	22,5	18,2
50-65	22,2	24,4	25,5	24,4	22,6	21,1	21,9	20,6	20,8
65-80	13,4	14,5	15,5	17,8	20,0	14,0	19,9	14,9	20,5
80 und älter	3,3	3,9	5,8	6,5	7,5	4,6	7,6	5,6	8,2
unter 20	20,3	19,6	19,0	18,6	17,9	20,1	17,7	19,1	16,7
20-65	63,0	61,9	59,7	57,1	54,5	61,3	54,9	60,4	54,6
65 und älter	16,7	18,4	21,3	24,3	27,6	18,6	27,5	20,6	28,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2010=100									
unter 2	100	88,6	87,8	85,4	81,6	100	94,8	100	90,1
2-6	100	103,7	99,3	96,0	92,8	100	93,3	100	90,3
6-10	100	107,7	106,6	103,8	100,4	100	92,9	100	87,8
10-16	100	97,8	104,1	101,1	97,1	100	84,3	100	79,2
16-20	100	99,3	92,3	99,0	97,3	100	84,9	100	74,4
20-35	100	100,6	97,4	95,9	97,3	100	91,0	100	85,1
35-50	100	92,1	84,0	80,3	77,0	100	77,4	100	76,2
50-65	100	113,8	122,2	118,4	110,3	100	104,5	100	95,2
65-80	100	112,4	122,8	143,0	161,8	100	143,1	100	129,1
80 und älter	100	123,3	187,8	214,3	248,8	100	168,0	100	137,0
unter 20	100	100,2	99,5	98,6	95,4	100	88,5	100	82,5
20-65	100	101,8	100,7	97,5	93,6	100	90,2	100	85,2
65 und älter	100	114,6	135,6	157,0	178,9	100	149,2	100	131,3
Insgesamt	100	103,6	106,3	107,6	108,2	100	100,8	100	94,2

Gebietsstand: 01.07.2012

Die Modellrechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2030 basiert auf den Ergebnissen der mittleren Variante der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Die in der kleinteiligen Darstellung ausgewiesenen Ergebnisse für den Landkreis sowie für Rheinland-Pfalz (Addition der gerundeten Einzelergebnisse) weichen geringfügig von den dort wiedergegebenen Ergebnissen ab.

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012⁶): Rheinland-Pfalz 2030. Dritte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 10

Abbildung 71: Bevölkerungsentwicklung 2010-2030 in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim

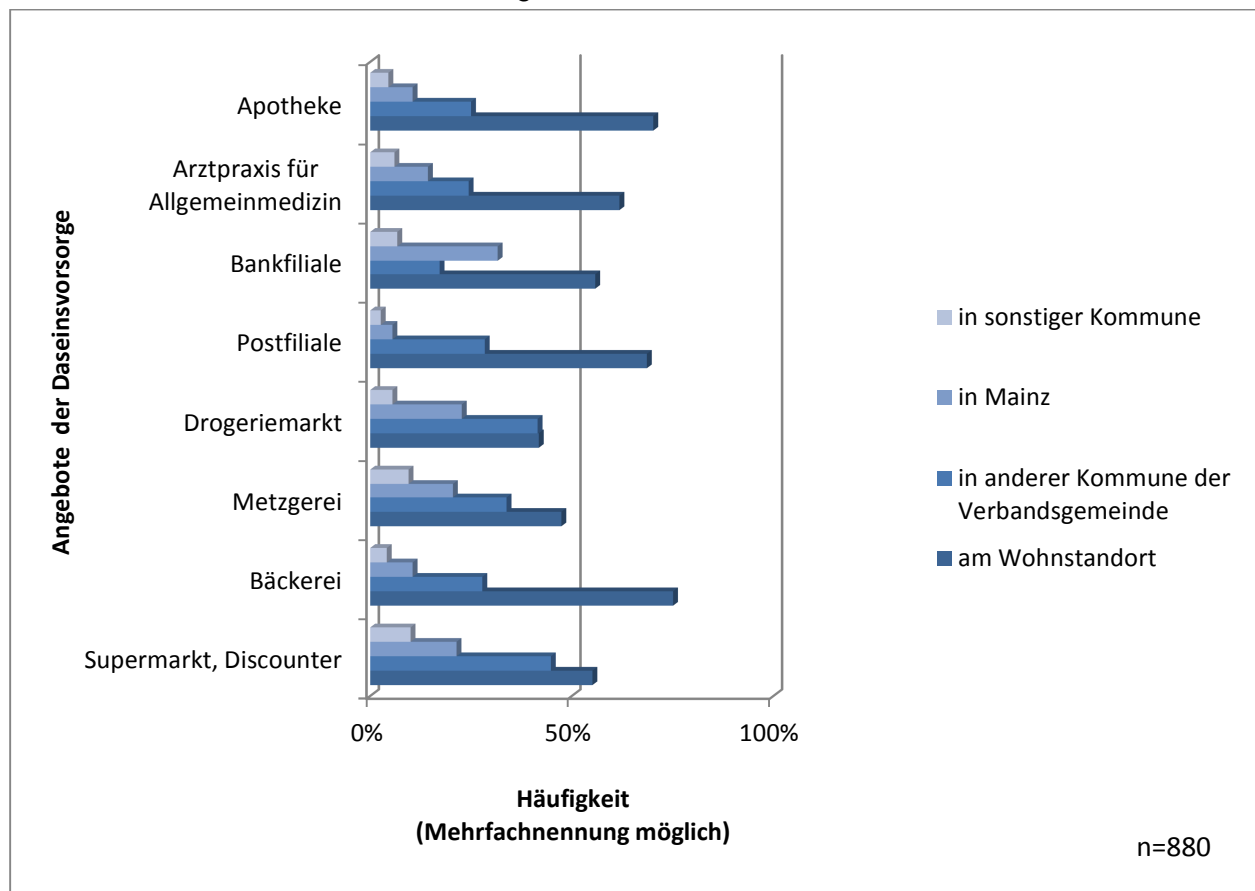
Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim									
Alter in Jahren	VG Nierstein-Oppenheim					Landkreis Mainz-Bingen		Rheinland-Pfalz	
	2010	2015	2020	2025	2030	2010	2030	2010	2030
Anzahl									
unter 2	499	569	564	546	522	3 340	3 166	62 757	56 563
2-6	1 308	1 187	1 190	1 158	1 117	7 309	6 819	131 109	118 421
6-10	1 299	1 271	1 246	1 219	1 180	7 743	7 193	141 541	124 321
10-16	2 173	2 069	1 976	1 889	1 863	13 345	11 247	246 953	195 588
16-20	1 395	1 516	1 363	1 326	1 288	8 955	7 600	181 758	135 212
20-35	4 621	4 704	4 918	4 900	4 884	31 874	29 014	689 491	586 938
35-50	7 703	6 827	6 106	5 979	5 786	49 470	38 280	901 272	686 915
50-65	6 418	7 672	8 249	7 841	7 014	42 703	44 614	825 565	786 037
65-80	3 841	4 326	4 792	5 699	6 770	28 344	40 570	598 333	772 495
80 und älter	1 315	1 487	1 869	2 008	2 305	9 227	15 501	224 966	308 197
unter 20	6 674	6 612	6 339	6 138	5 970	40 692	36 025	764 118	630 105
20-65	18 742	19 203	19 273	18 720	17 684	124 047	111 908	2 416 328	2 059 890
65 und älter	5 156	5 813	6 661	7 707	9 075	37 571	56 071	823 299	1 080 692
Insgesamt	30 572	31 628	32 273	32 565	32 729	202 310	204 004	4 003 745	3 770 687
Anteile in %									
unter 2	1,6	1,8	1,7	1,7	1,6	1,7	1,6	1,6	1,5
2-6	4,3	3,8	3,7	3,6	3,4	3,6	3,3	3,3	3,1
6-10	4,2	4,0	3,9	3,7	3,6	3,8	3,5	3,5	3,3
10-16	7,1	6,5	6,1	5,8	5,7	6,6	5,5	6,2	5,2
16-20	4,6	4,8	4,2	4,1	3,9	4,4	3,7	4,5	3,6
20-35	15,1	14,9	15,2	15,0	14,9	15,8	14,2	17,2	15,6
35-50	25,2	21,6	18,9	18,4	17,7	24,5	18,8	22,5	18,2
50-65	21,0	24,3	25,6	24,1	21,4	21,1	21,9	20,6	20,8
65-80	12,6	13,7	14,8	17,5	20,7	14,0	19,9	14,9	20,5
80 und älter	4,3	4,7	5,8	6,2	7,0	4,6	7,6	5,6	8,2
unter 20	21,8	20,9	19,6	18,8	18,2	20,1	17,7	19,1	16,7
20-65	61,3	60,7	59,7	57,5	54,0	61,3	54,9	60,4	54,6
65 und älter	16,9	18,4	20,6	23,7	27,7	18,6	27,5	20,6	28,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2010=100									
unter 2	100	114,0	113,0	109,4	104,6	100	94,8	100	90,1
2-6	100	90,7	91,0	88,5	85,4	100	93,3	100	90,3
6-10	100	97,8	95,9	93,8	90,8	100	92,9	100	87,8
10-16	100	95,2	90,9	86,9	85,7	100	84,3	100	79,2
16-20	100	108,7	97,7	95,1	92,3	100	84,9	100	74,4
20-35	100	101,8	106,4	106,0	105,7	100	91,0	100	85,1
35-50	100	88,6	79,3	77,6	75,1	100	77,4	100	76,2
50-65	100	119,5	128,5	122,2	109,3	100	104,5	100	95,2
65-80	100	112,6	124,8	148,4	176,3	100	143,1	100	129,1
80 und älter	100	113,1	142,1	152,7	175,3	100	168,0	100	137,0
unter 20	100	99,1	95,0	92,0	89,5	100	88,5	100	82,5
20-65	100	102,5	102,8	99,9	94,4	100	90,2	100	85,2
65 und älter	100	112,7	129,2	149,5	176,0	100	149,2	100	131,3
Insgesamt	100	103,5	105,6	106,5	107,1	100	100,8	100	94,2

Gebietsstand: 01.07.2012

Die M oderrechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2030 basiert auf den Ergebnissen der mittleren Variante der dritten regionalen Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Die in der kleinteiligen Darstellung ausgewiesenen Ergebnisse für den Landkreis sowie für Rheinland-Pfalz (Addition der gemündeten Einzelergebnisse) weichen geringfügig von den dort wiedergegebenen Ergebnissen ab.

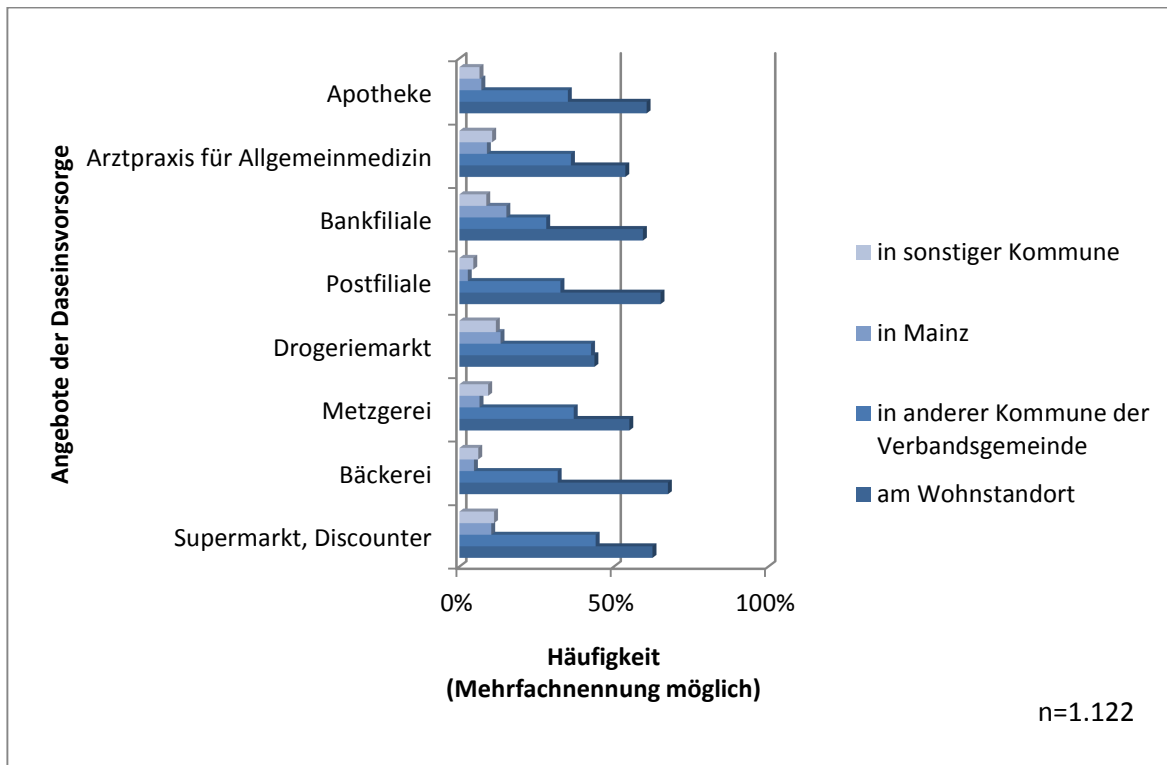
Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012⁶): Rheinland-Pfalz 2030. Dritte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Mainz-Bingen. Bad Ems, S. 15

Abbildung 72: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Verbandsgemeinde Bodenheim



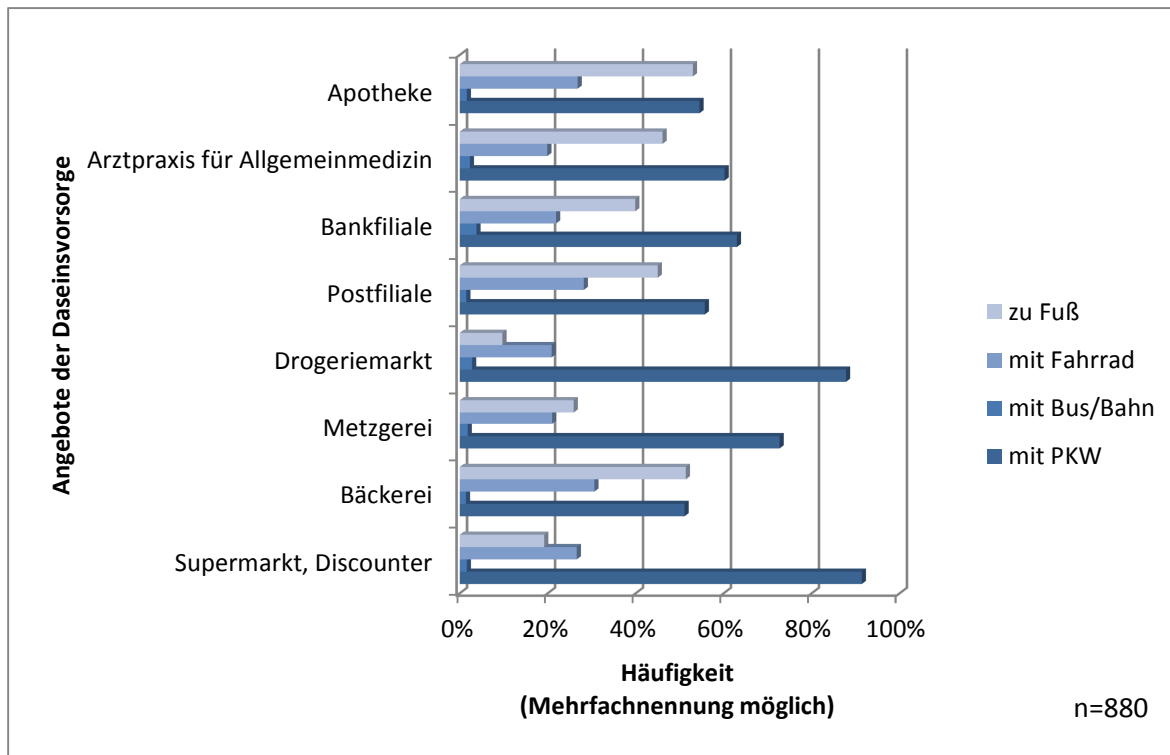
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 73: Orte der Nutzung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch die befragten Haushalte der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim



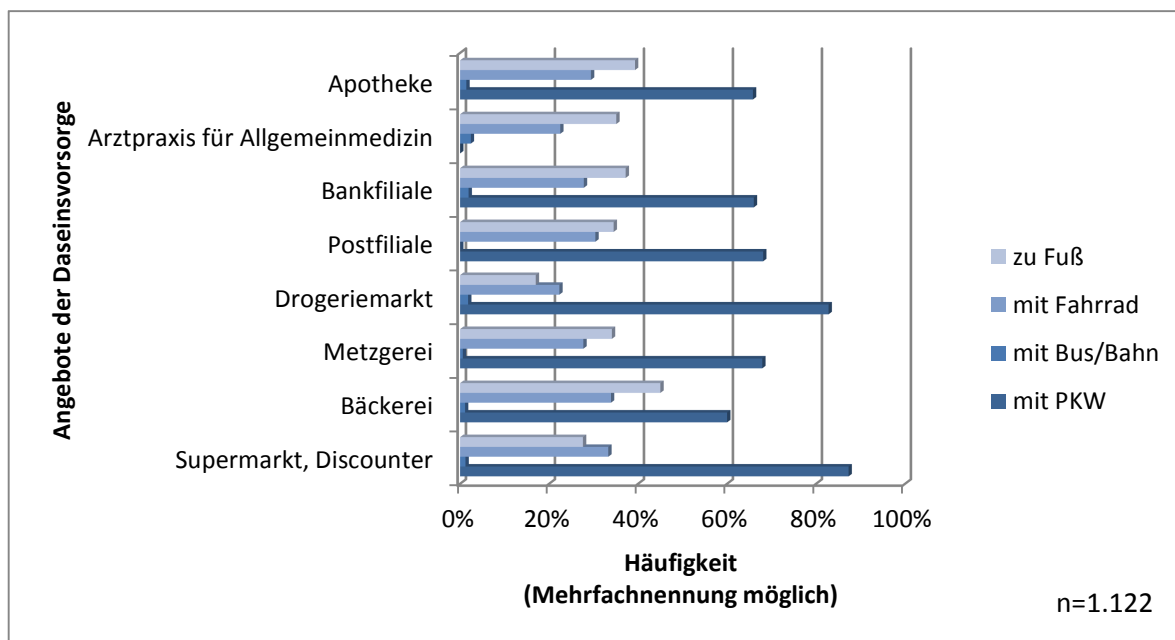
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 74: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Verbandsgemeinde Boden-heim bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge



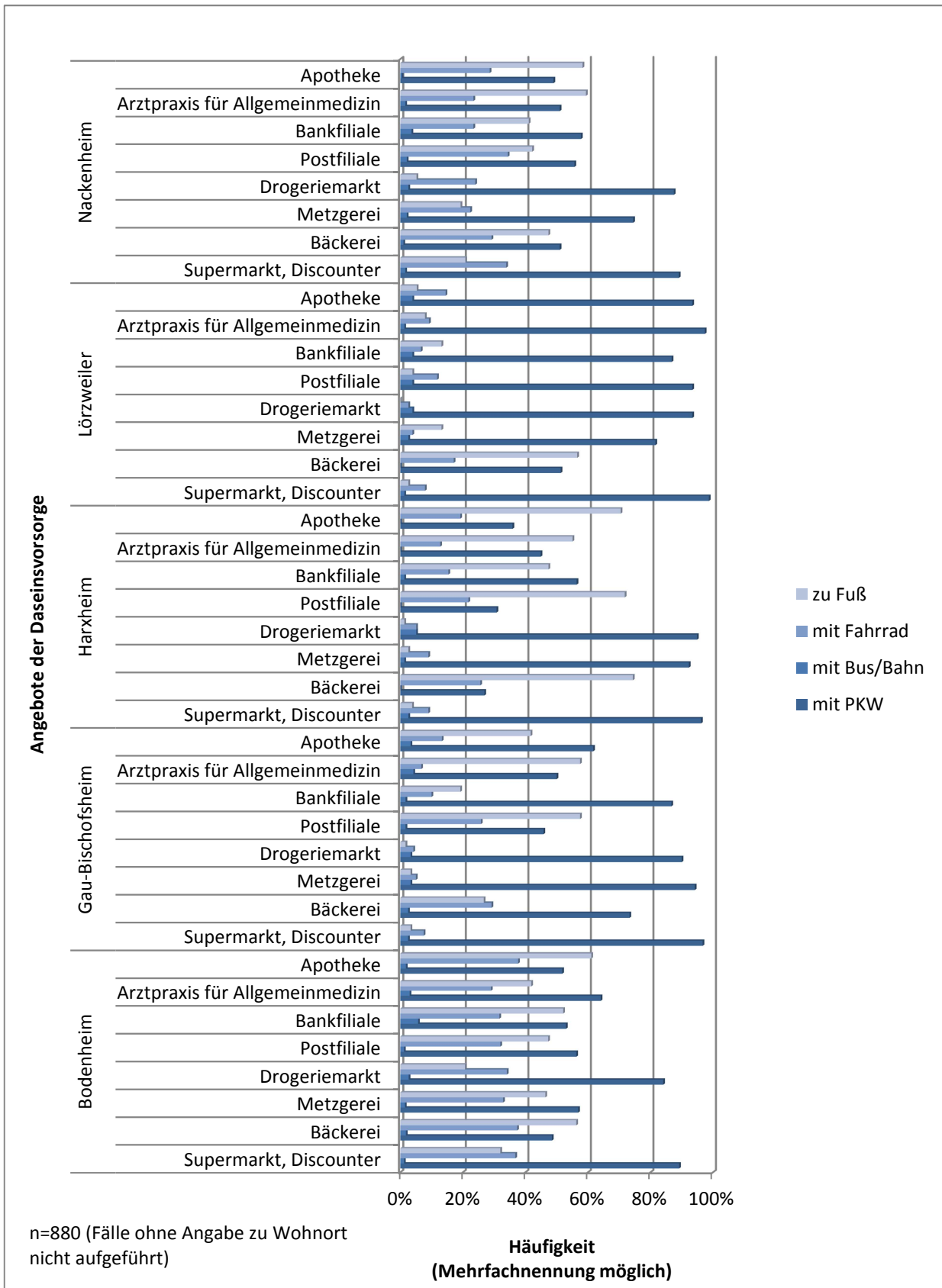
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 75: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge



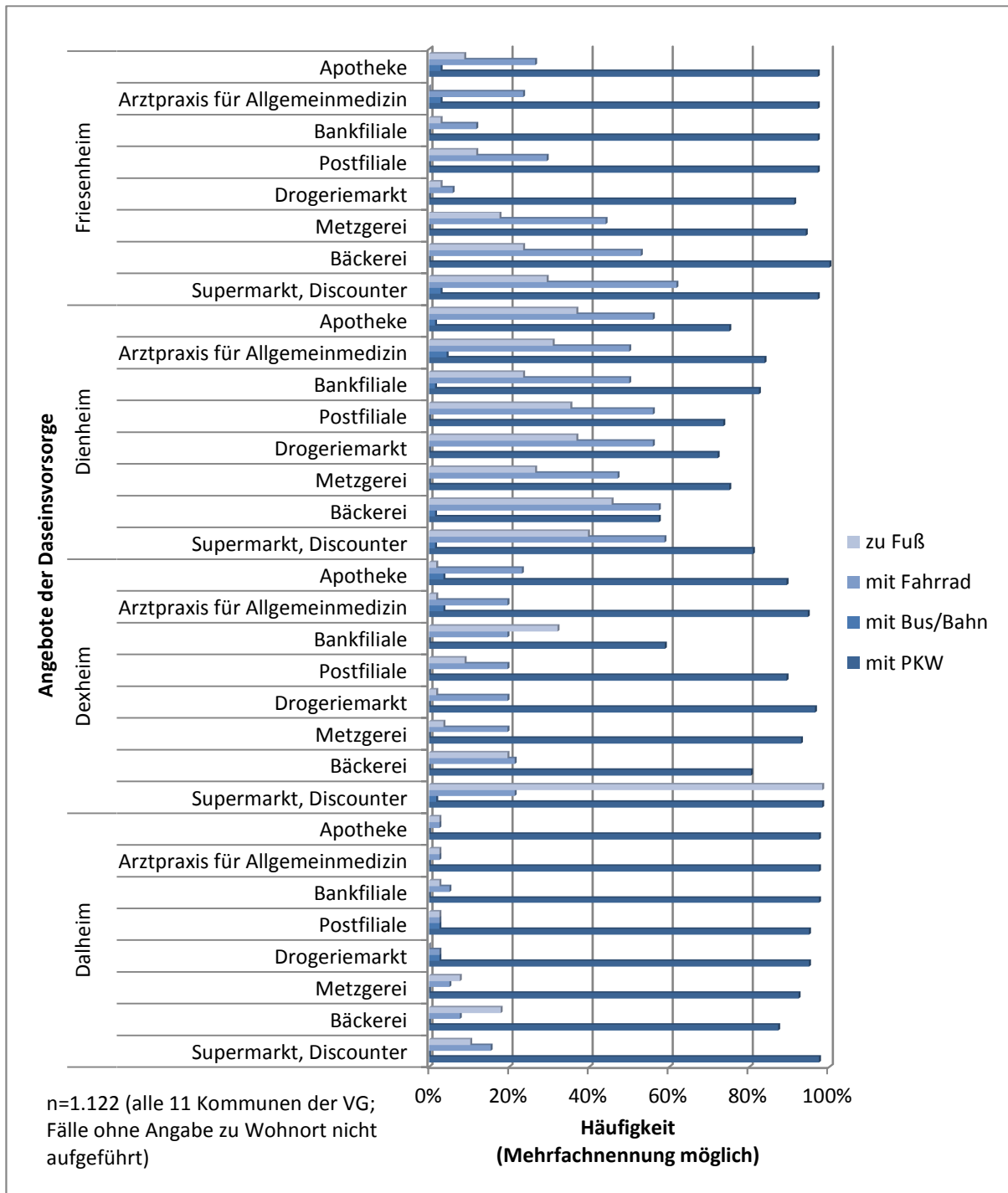
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 76: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge



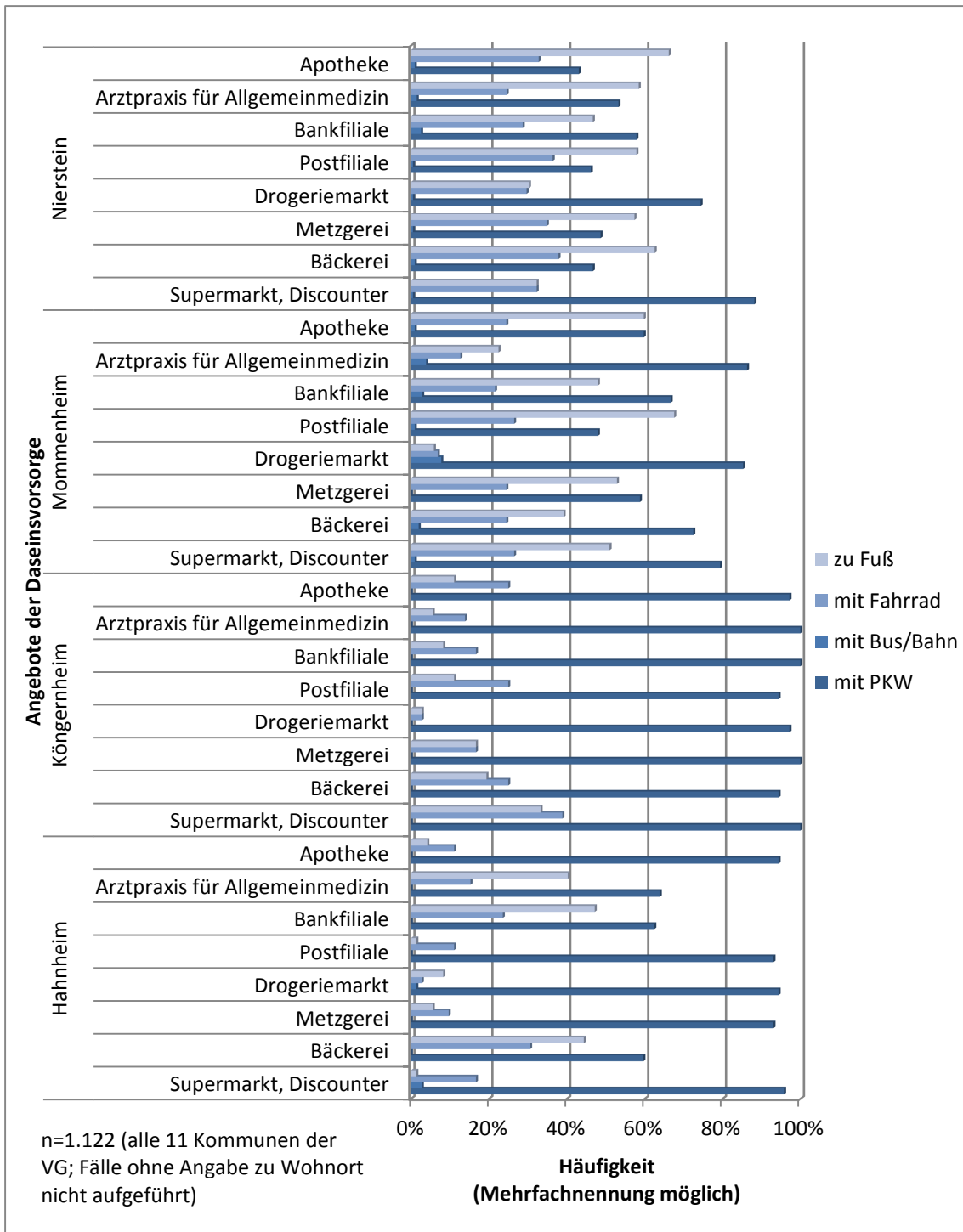
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 77: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge



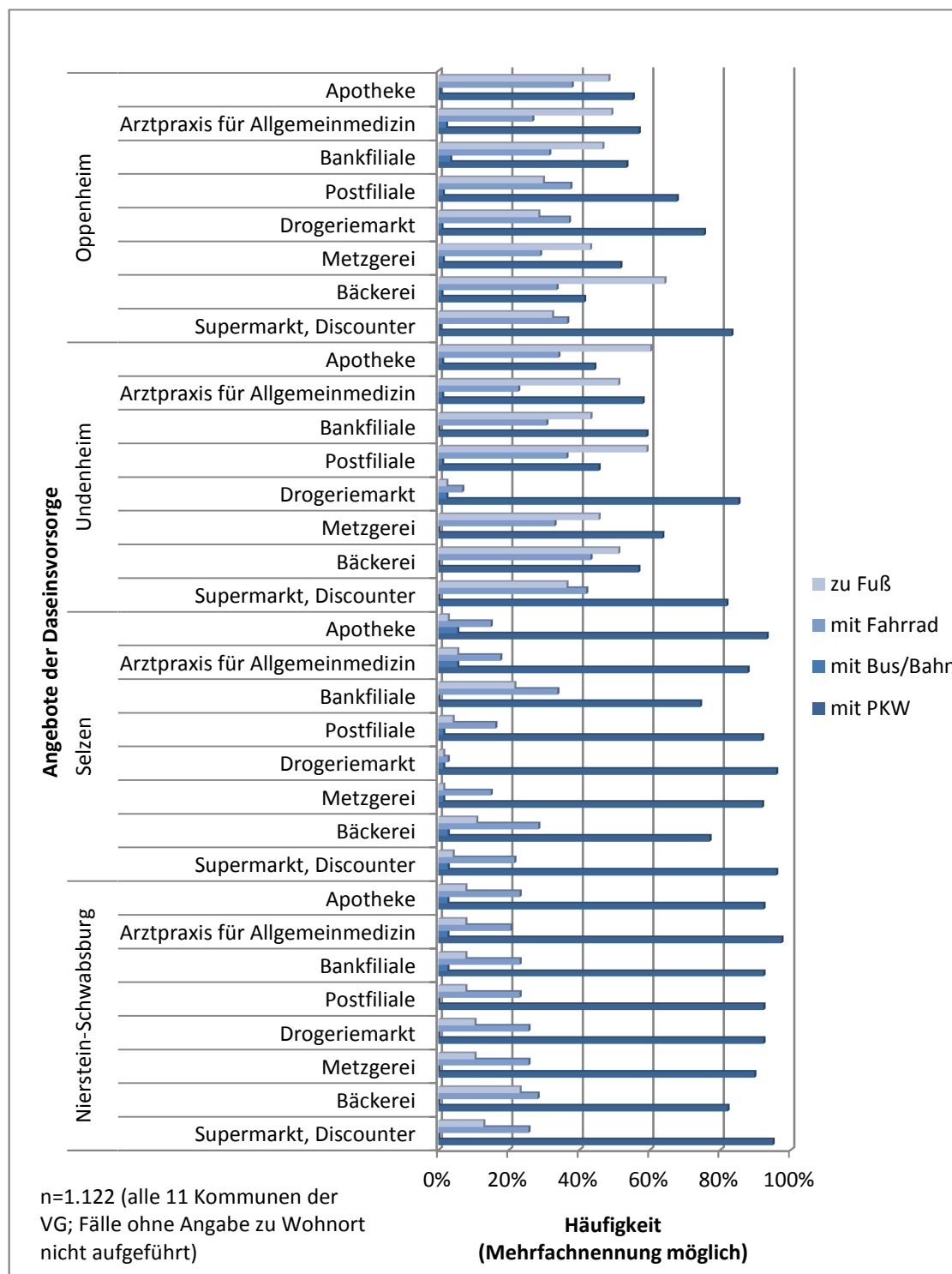
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 78: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge



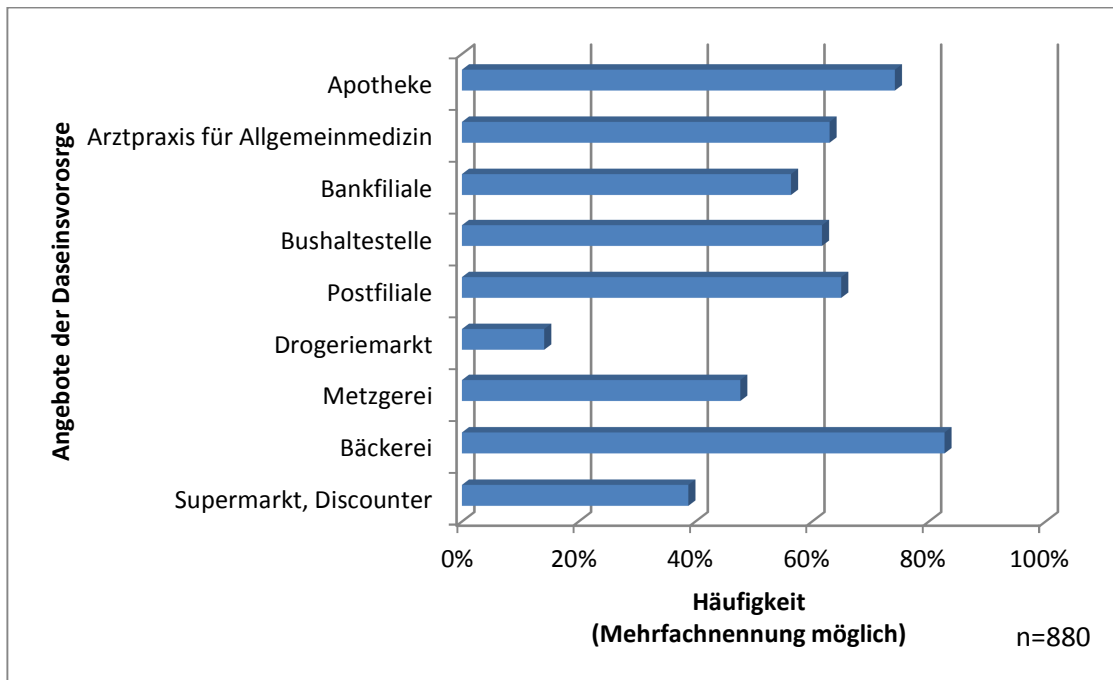
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 79: Verkehrsmittelwahl der befragten Haushalte der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim III bei der Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge



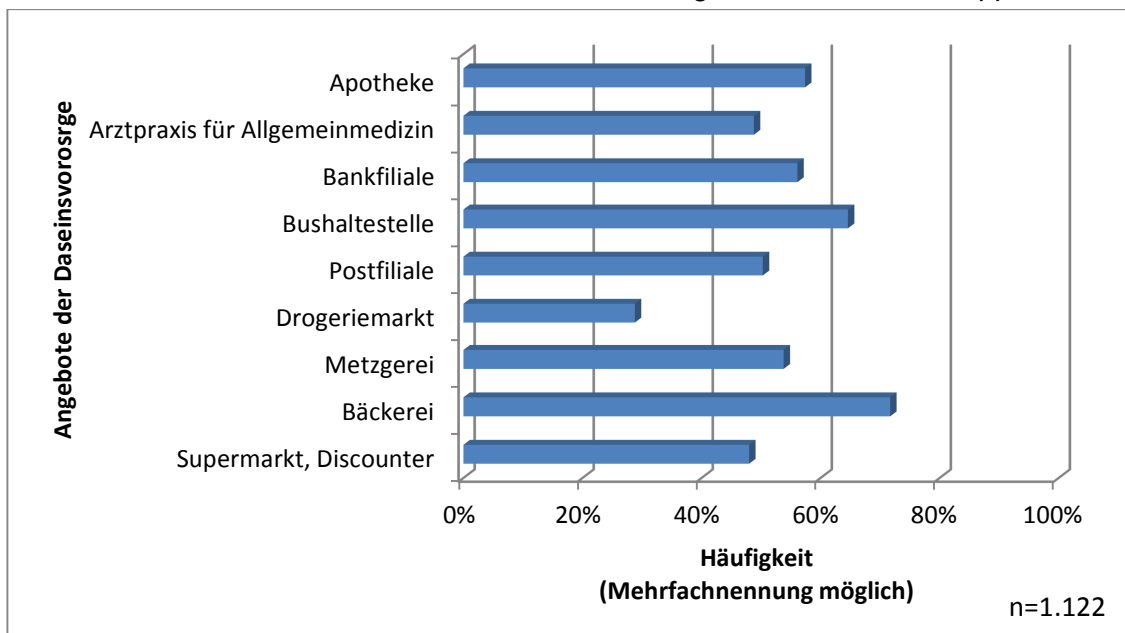
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 80: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Verbandsgemeinde Bodenheim



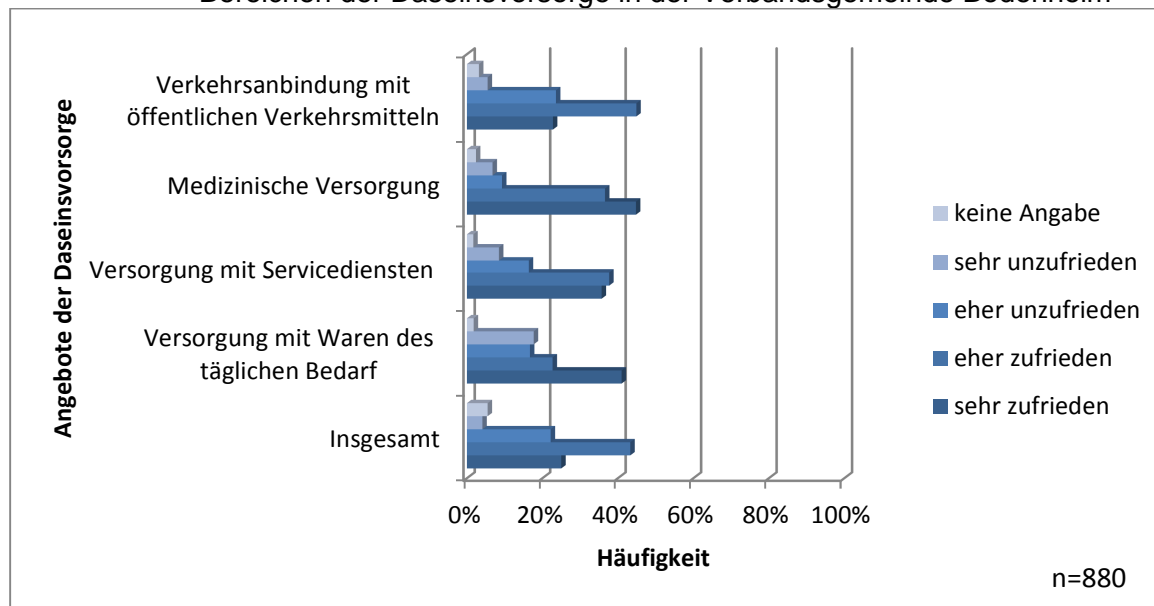
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 81: Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge in fußläufiger Entfernung aus Sicht der Haushalte der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim



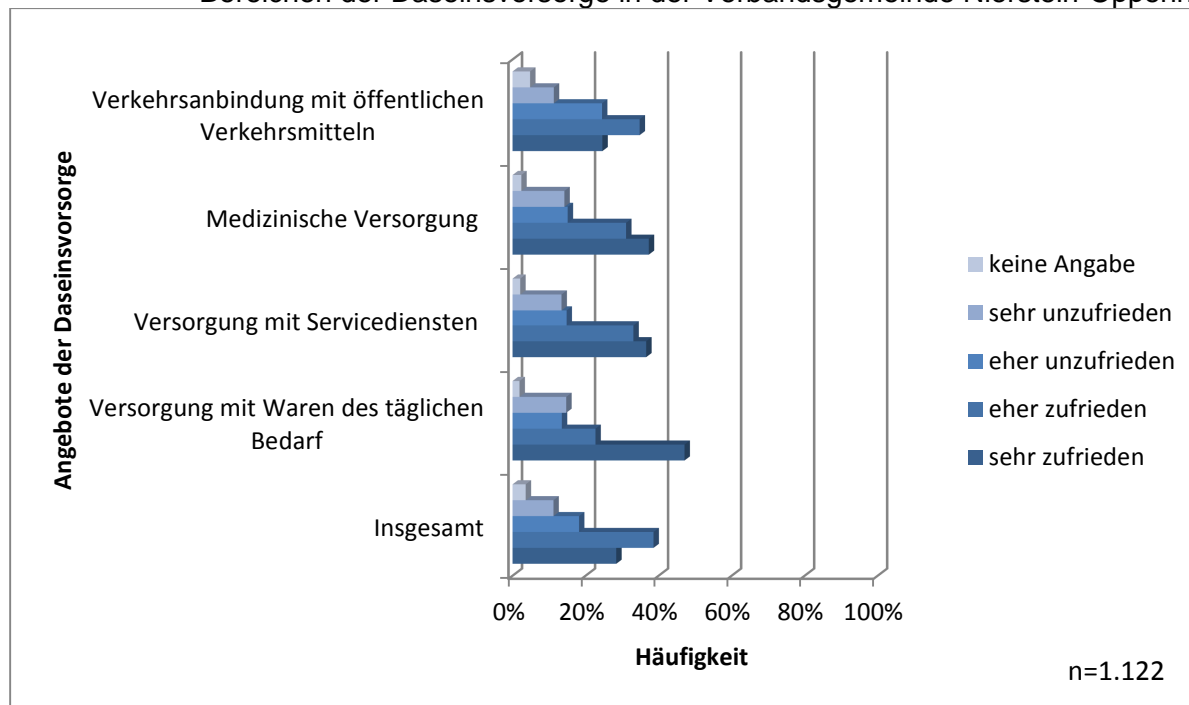
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 82: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in der Verbandsgemeinde Bodenheim



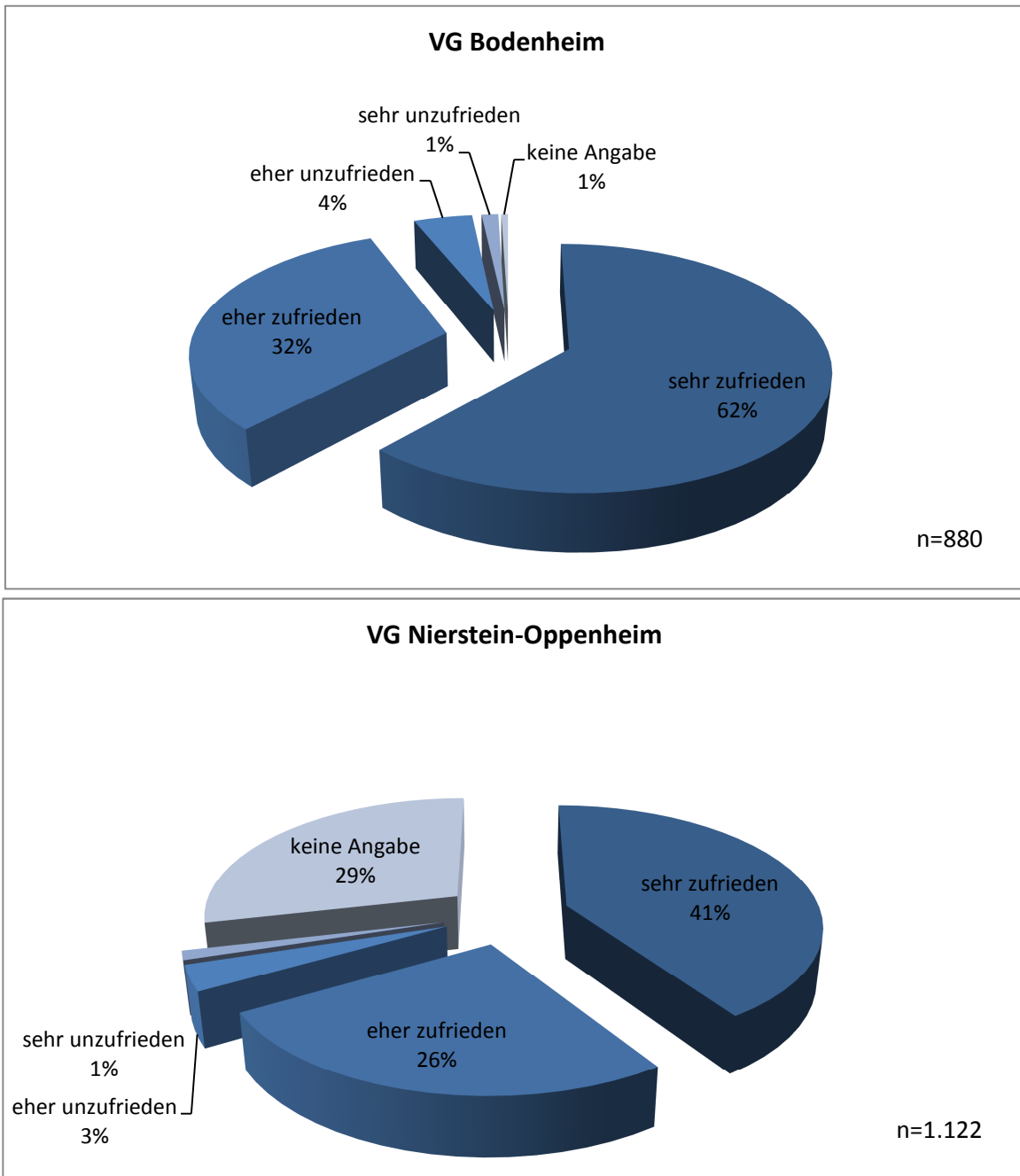
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 83: Standortzufriedenheit mit der derzeitigen Versorgungssituation in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim



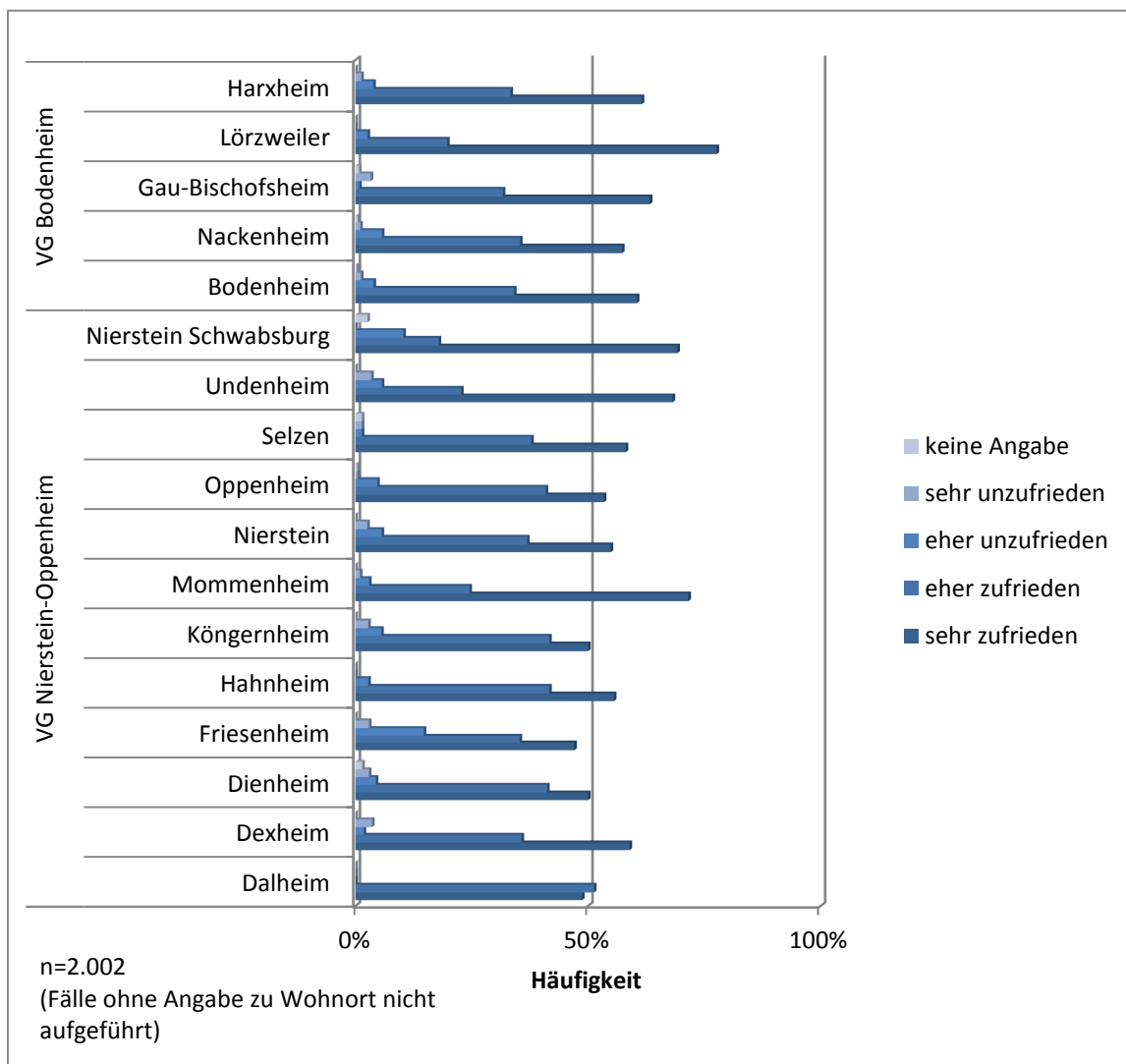
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 84: Wohnzufriedenheit der befragten Haushalte mit dem eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung in den Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim



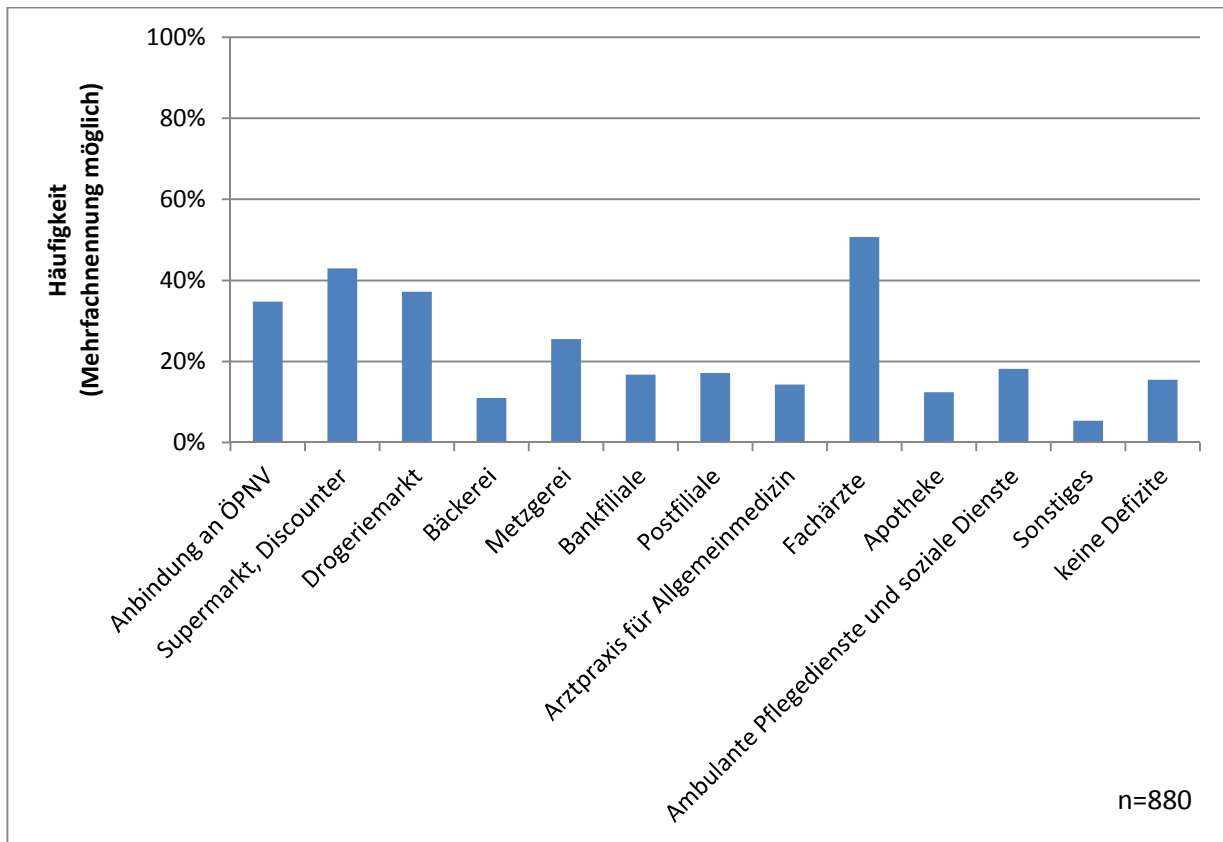
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 85: Wohnzufriedenheit der befragten Haushalte mit dem eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung in den Kommunen der Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim



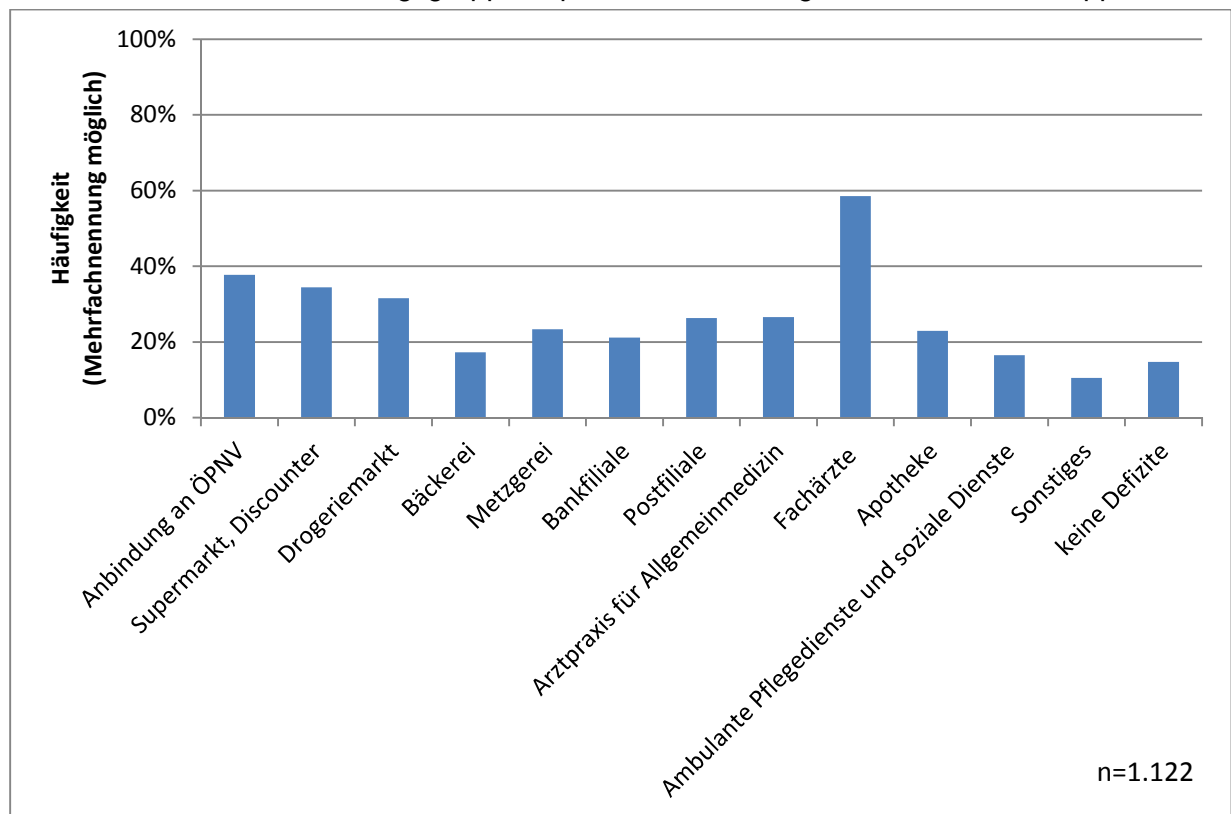
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 86: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim



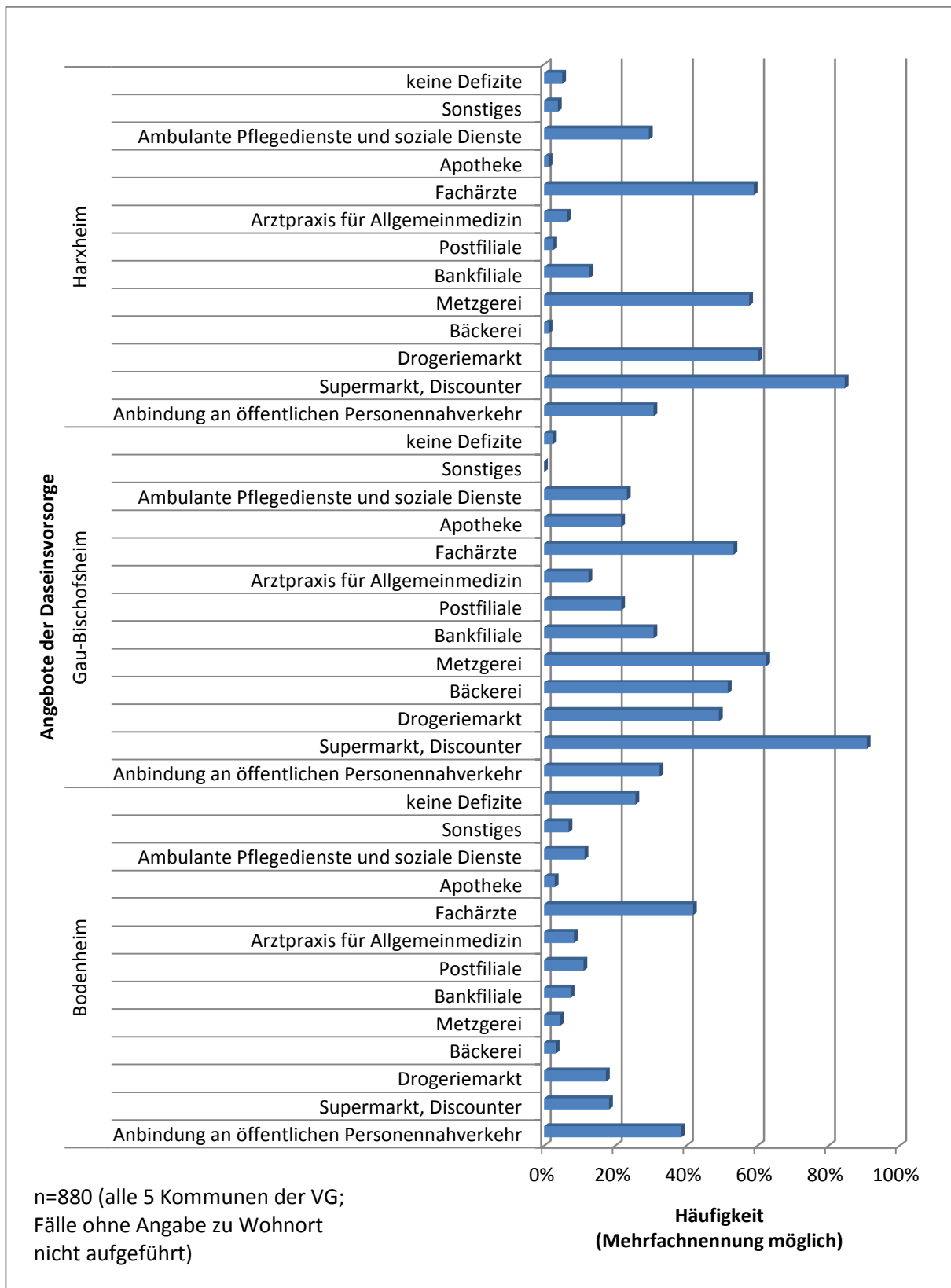
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 87: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim



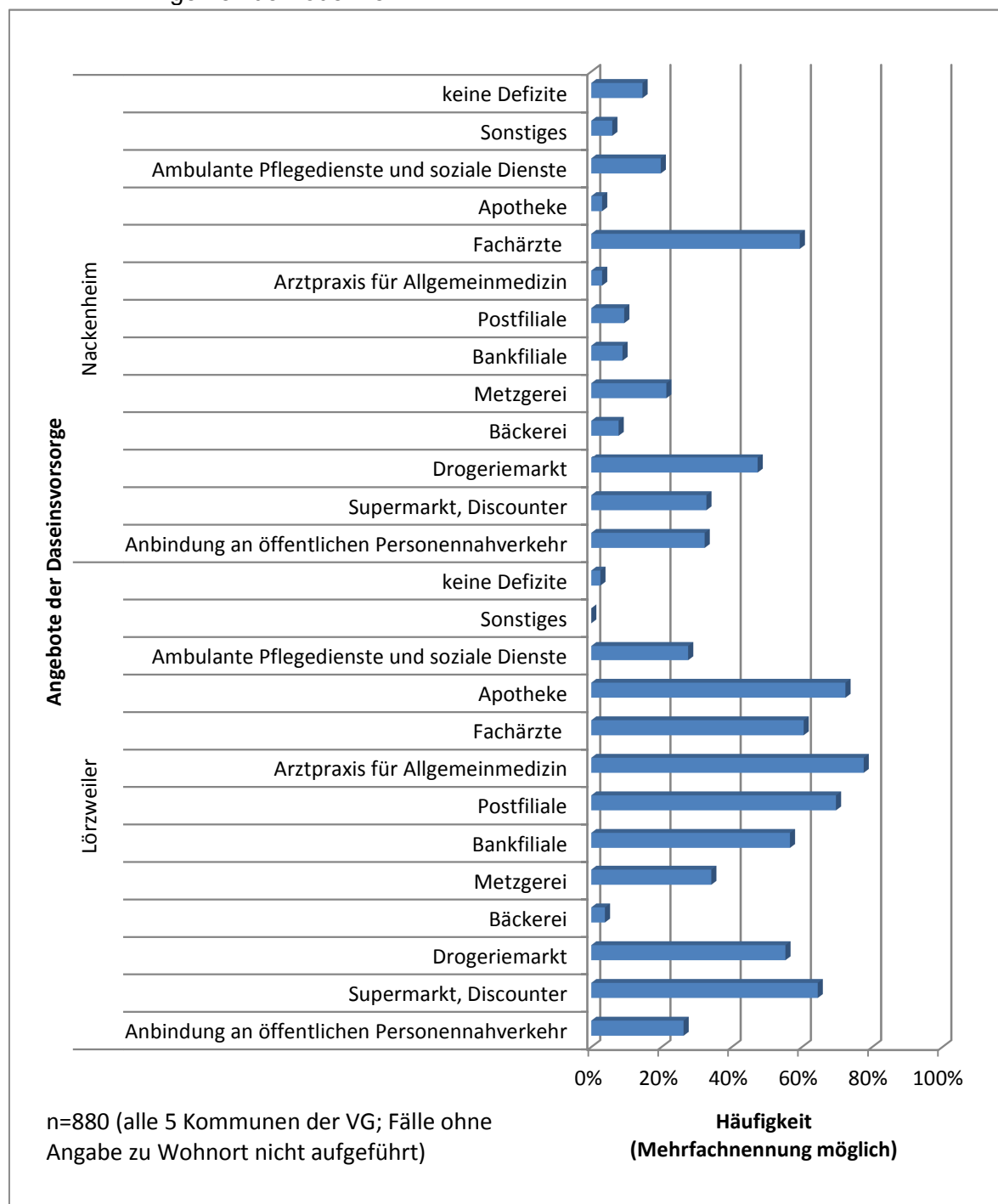
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 88: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim I



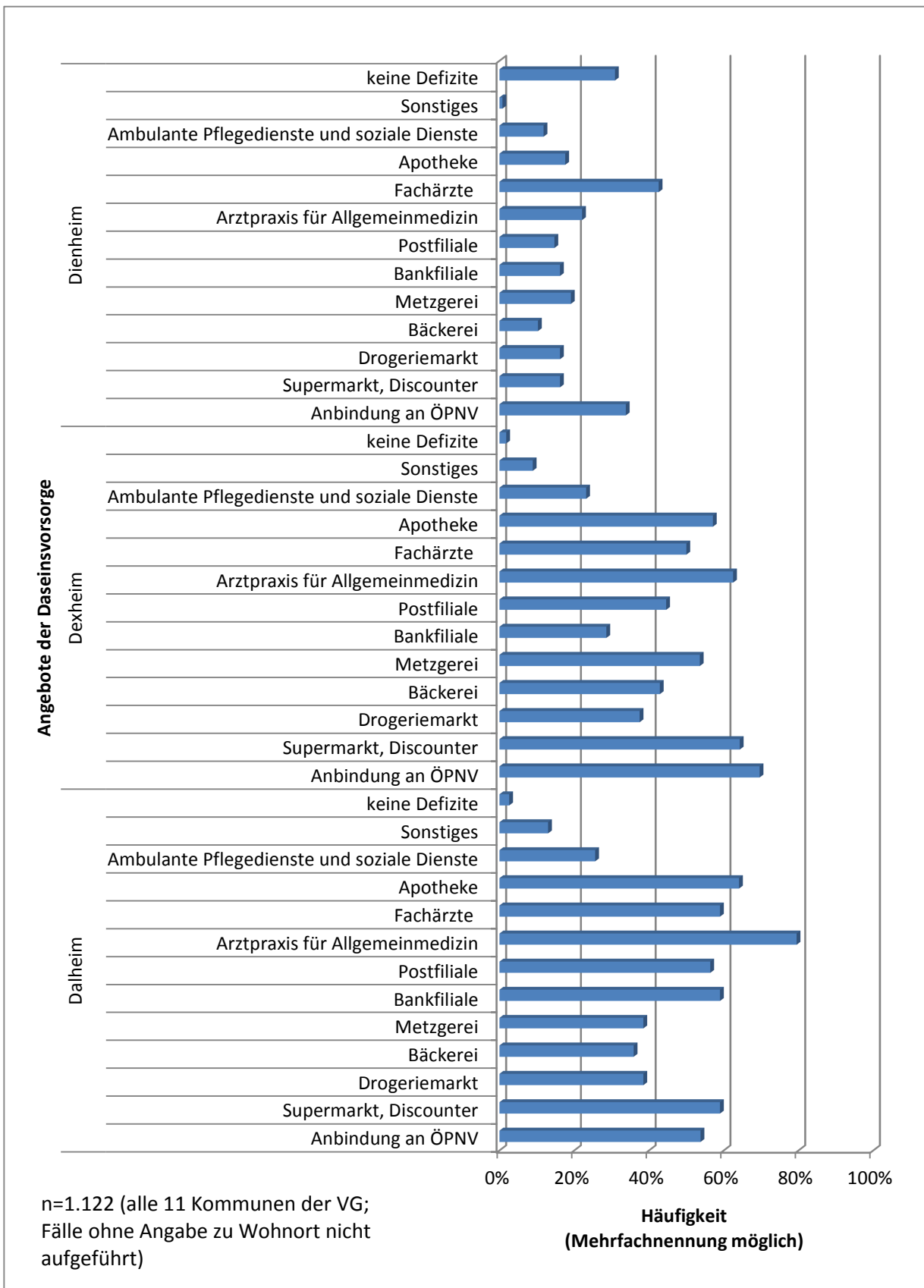
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAIERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 89: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim II



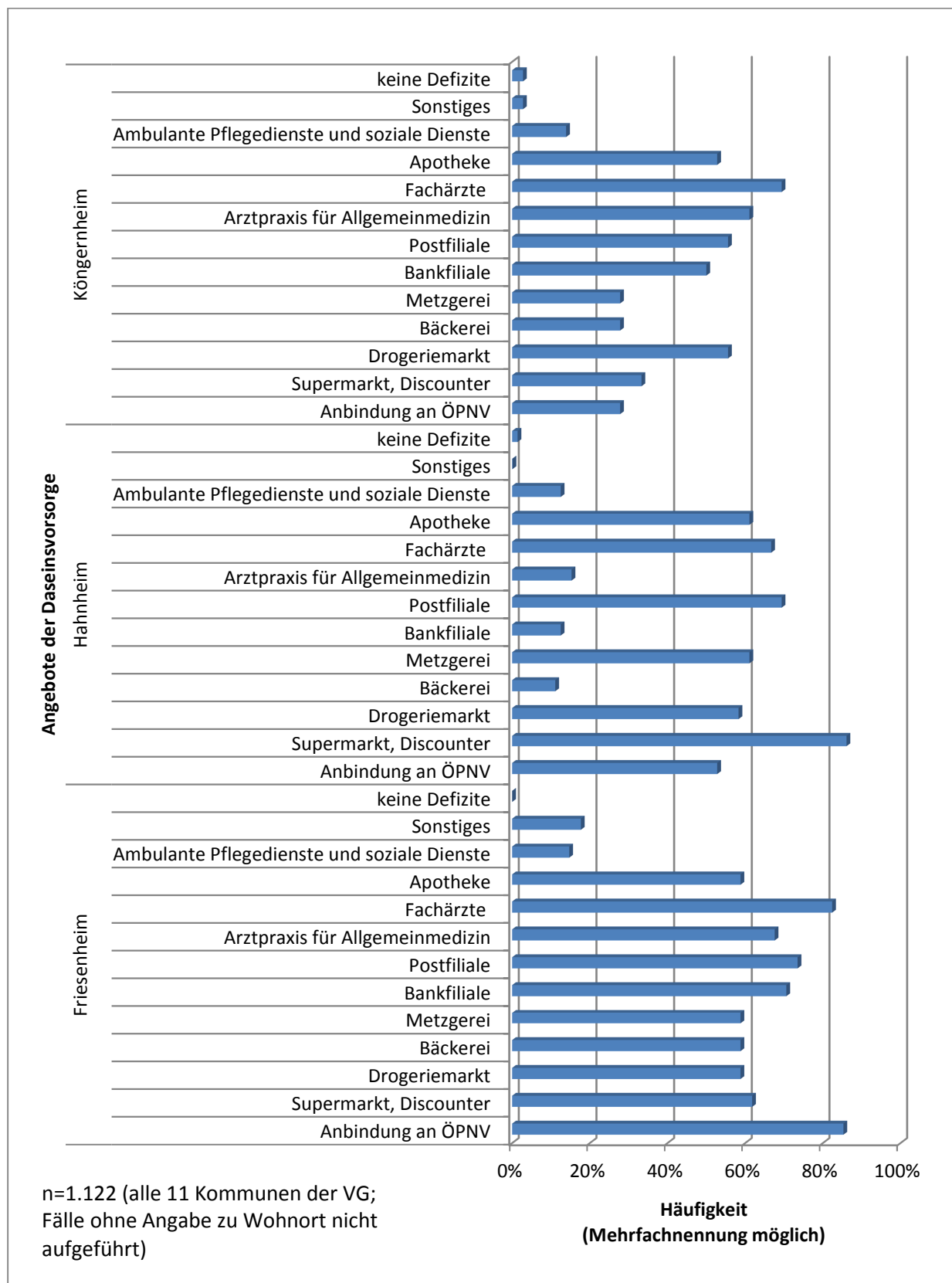
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 90: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim I



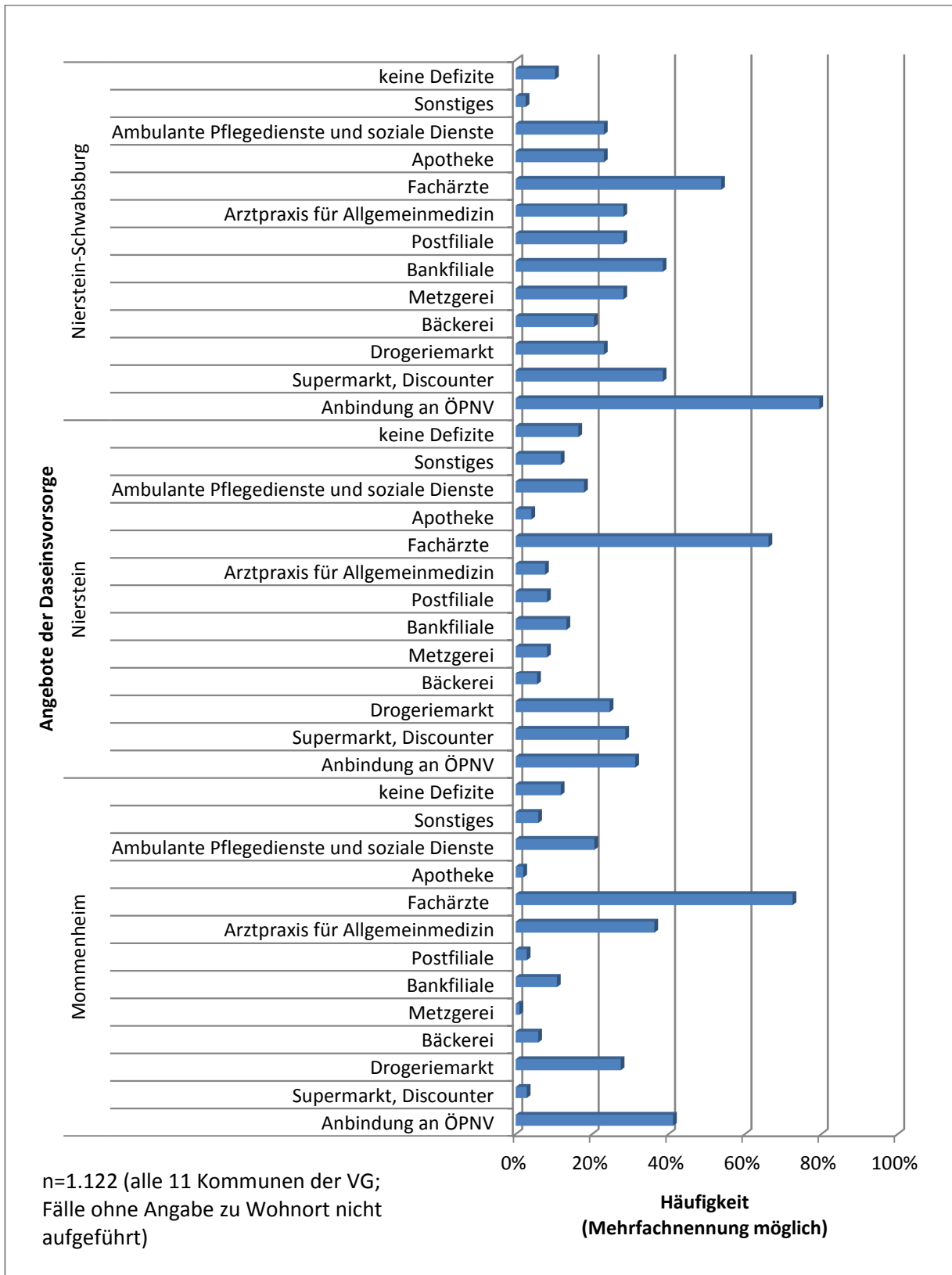
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 91: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim II



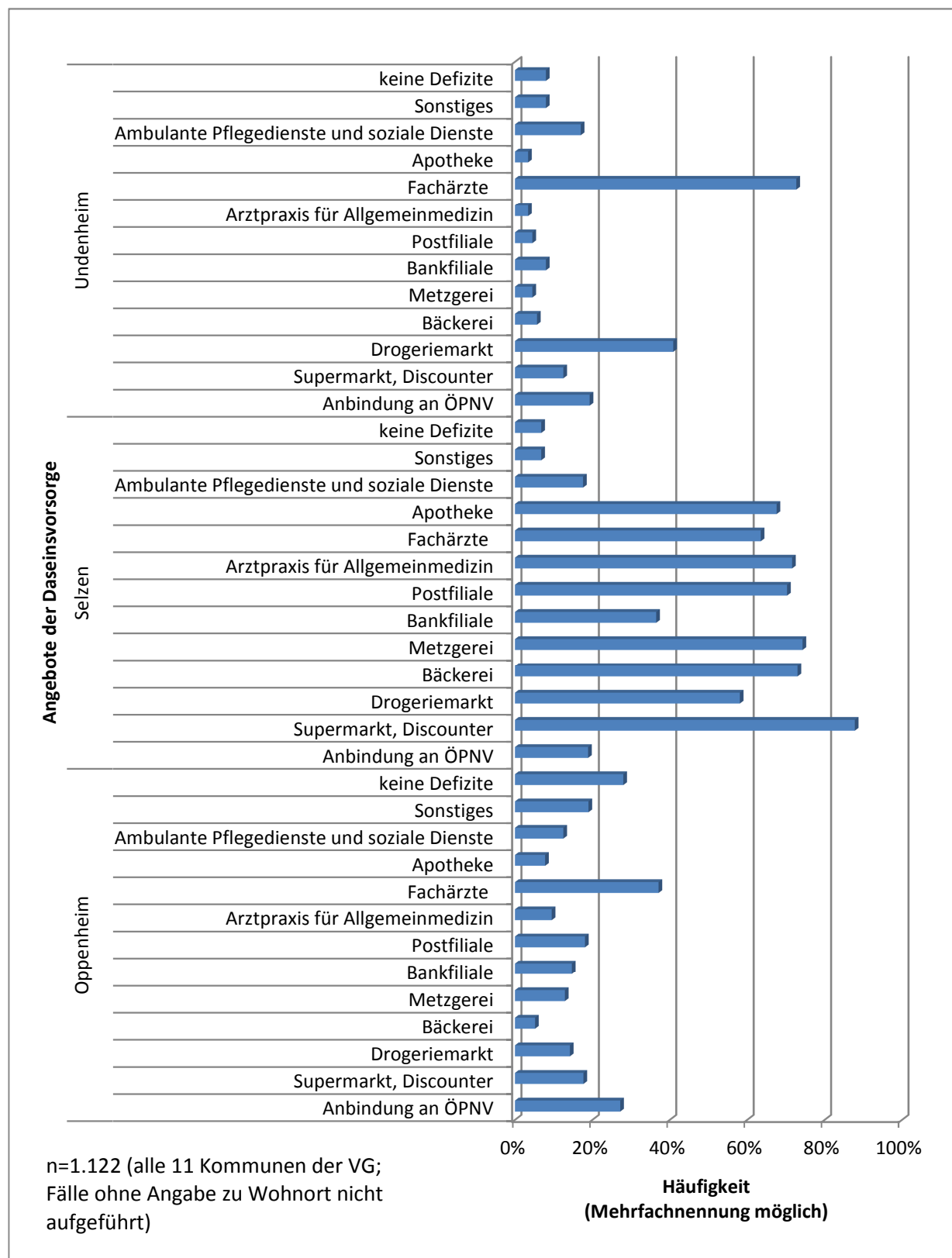
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 92: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim III



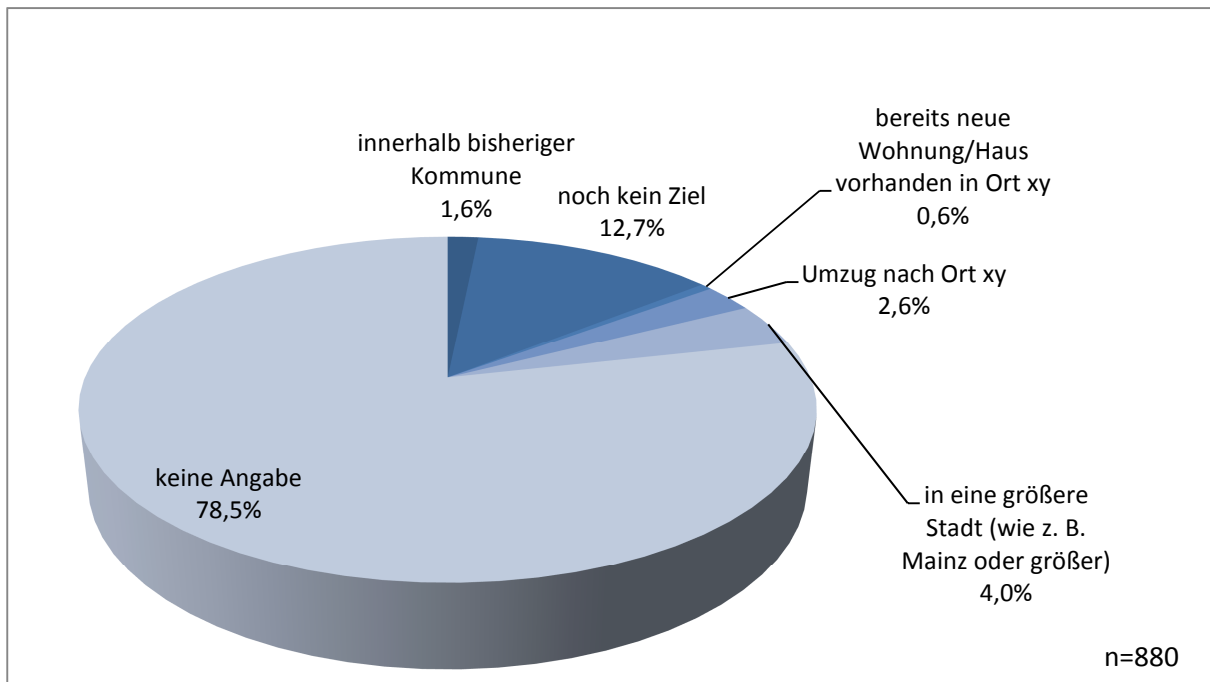
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 93: Zukünftige Defizite bei Angeboten der Daseinsvorsorge aus Sicht der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim IV



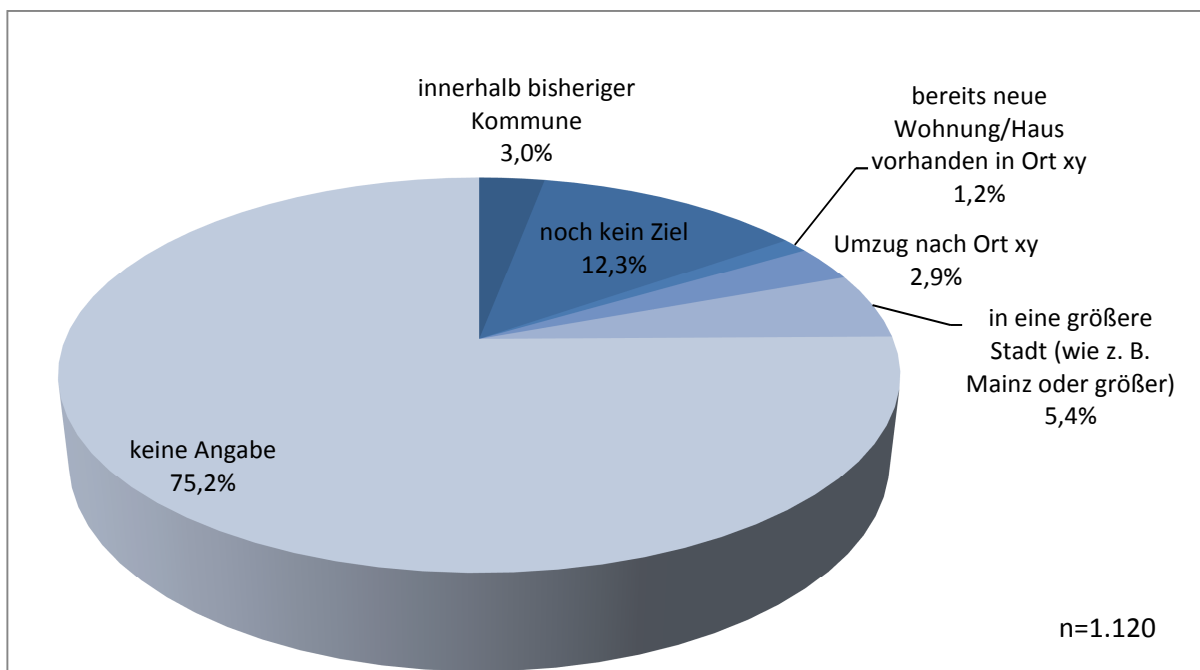
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 94: Wanderungsziele der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim



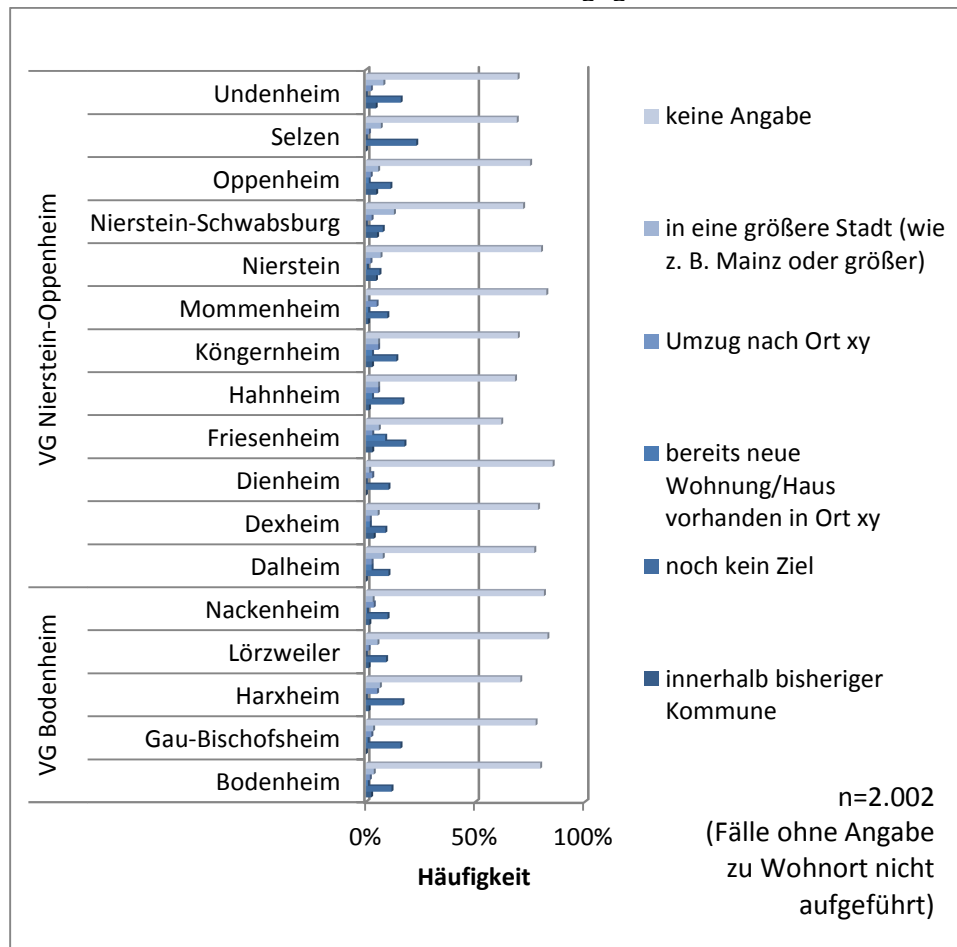
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 95: Wanderungsziele der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim



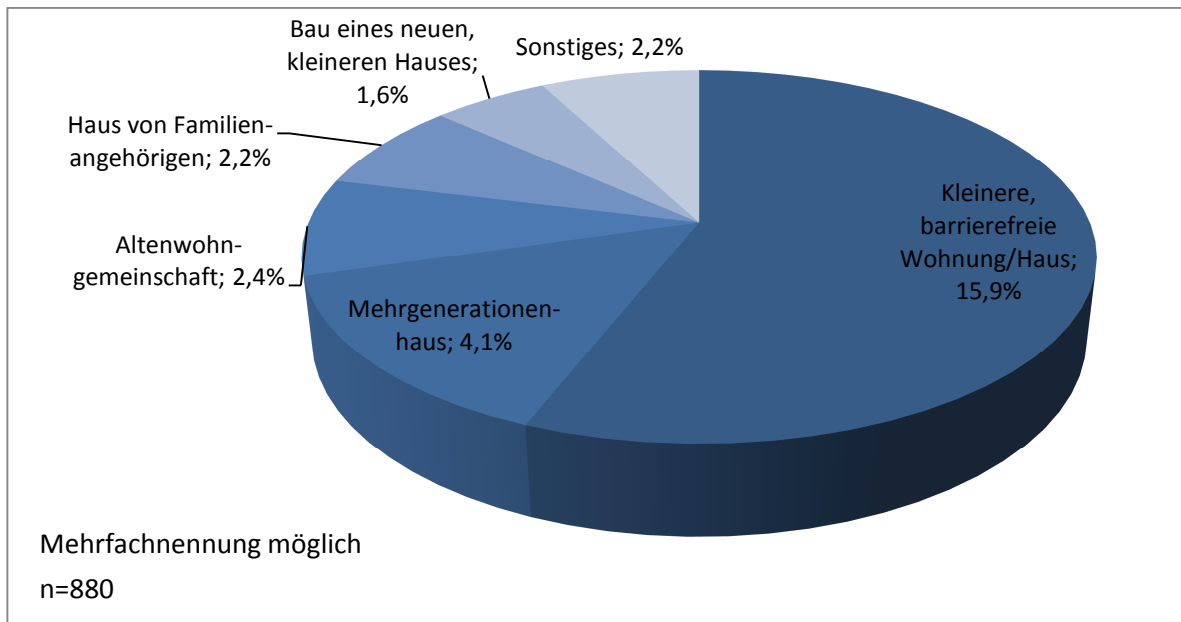
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
 Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 96: Wanderungsziele der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebietes



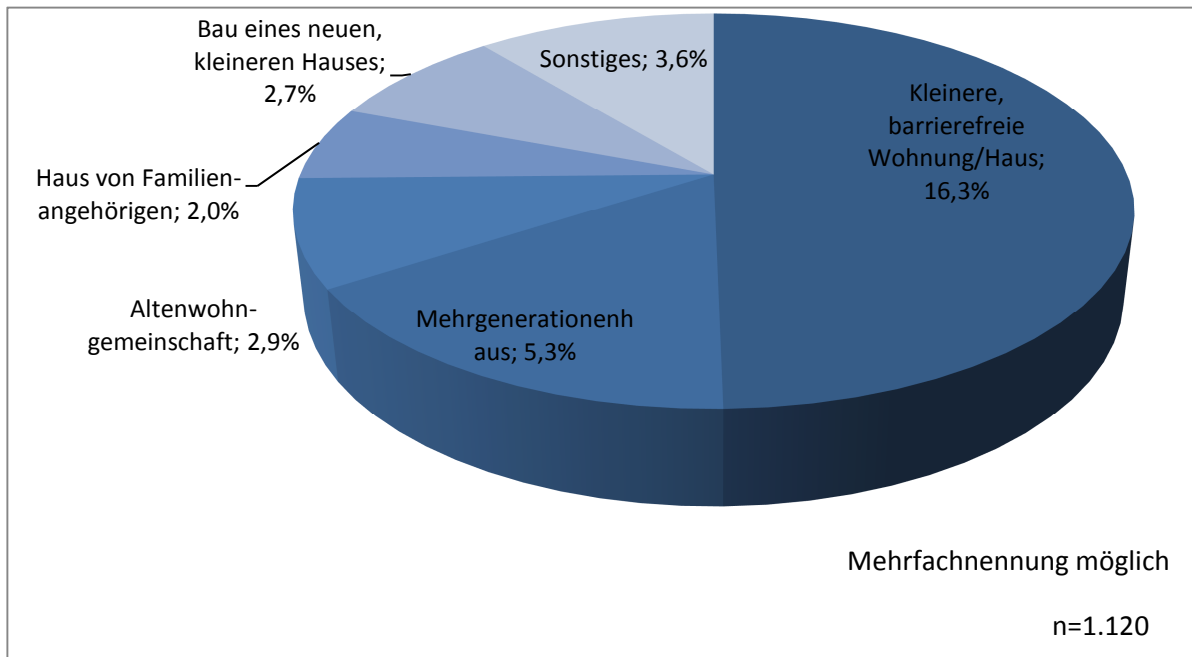
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 97: Gewünschte zukünftige Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Bodenheim



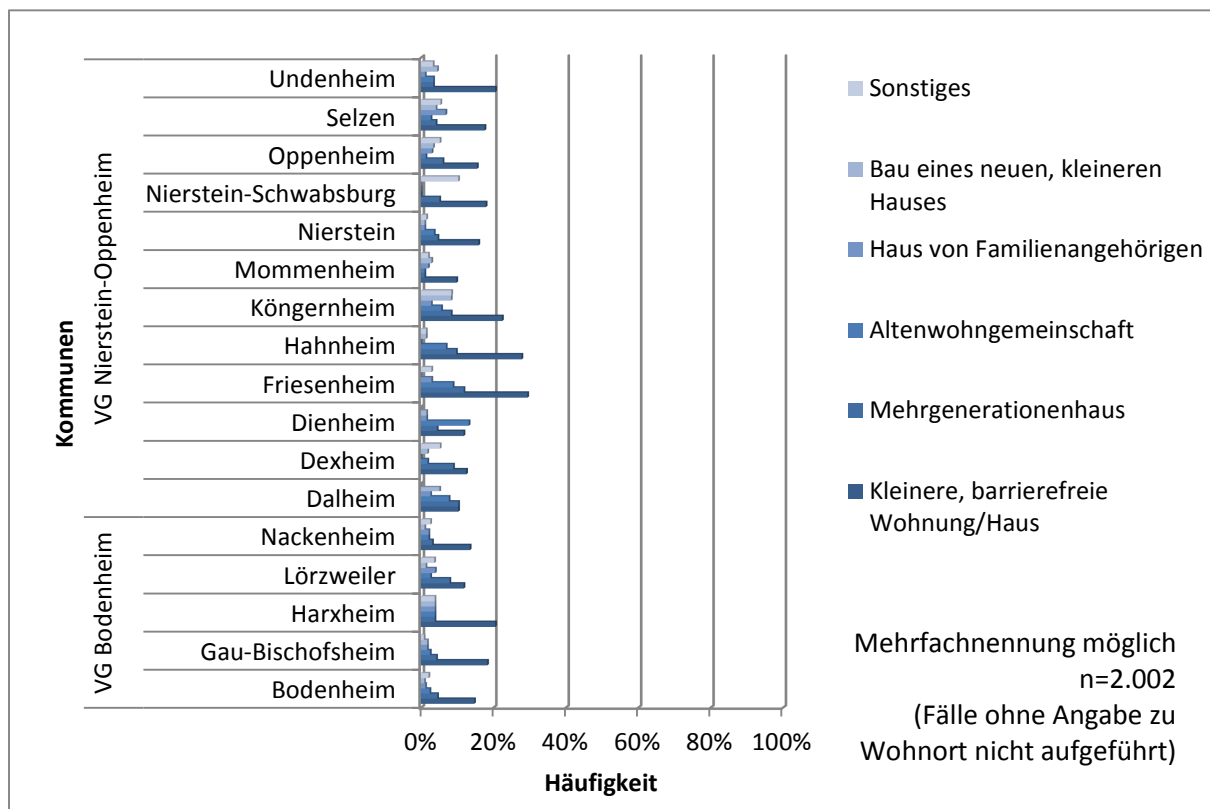
Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 98: Gewünschte zukünftige Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

Abbildung 99: Gewünschte zukünftige Wohnsituation der Haushalte der Bevölkerungsgruppe 60plus der Kommunen des Untersuchungsgebietes



Entwurf: Eigene Darstellung, LEHRSTUHL REGIONALENTWICKLUNG UND RAUMORDNUNG, TU KAISERSLAUTERN 2014
Quelle: Eigene Erhebung 2014

II. Anschreiben im Rahmen der postalischen Befragung in den Verbandsgemeinden Bodenheim und Nierstein-Oppenheim



Verbandsgemeinde Bodenheim



Univ.-Prof. Dr. habil. Gabi Troeger-Weiß

Frau «Rufname» «Name»
«Straße» «Hausnummer»
«PLZ» «Ort»

Dipl.-Geogr. Marcel-Alexander Gärtner (Ansprechpartner)

Pfaffenbergstraße 95 Telefon: + 49 (0)6 31/2 05-47 04
67663 Kaiserslautern Telefax: + 49 (0)6 31/2 05-25 51
www.uni-kl.de/rur E-Mail: marcel.gaertner@ru.uni-kl.de

Unsere Zeichen Kaiserslautern
MG 14.07.2014

Fortschreibung der Bürgerbefragung zum Thema „Wohnen im Alter“ in der Verbandsgemeinde Bodenheim

Sehr geehrte Frau «Name»,

wie Sie vielleicht bereits der Presse entnommen haben, führt der Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern im Rahmen eines Forschungsprojektes **in Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeindeverwaltung Bodenheim** eine Befragung zum Thema „Wohnen im Alter in Umlandgemeinden der Stadt Mainz“ durch. Hierbei handelt es sich um eine Fortschreibung der Seniorenbefragung aus dem Jahr 2011.

Unser Ziel ist es, aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger die zukünftigen Anforderungen an einen seniorengerechten Wohnort zu ermitteln.

Im Rahmen der Befragung würden wir gerne von Ihnen erfahren, wie Sie die Versorgungs- und Infrastrukturangebote Ihres Wohnstandortes bewerten. Ferner interessiert uns, wie Sie zukünftig wohnen möchten. Hierzu führen wir in den Kommunen der Verbandsgemeinde Bodenheim eine Befragung der Bürger, die den Altersjahrgängen 1945 bis 1953 angehören, durch.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie unsere Untersuchung unterstützen und den Fragebogen bis spätestens **08.08.2014** ausgefüllt in dem beiliegenden Briefumschlag **portofrei** an uns zurückzusenden würden.

Die Teilnahme an der Befragung ist selbstverständlich **freiwillig**. Ihre Angaben bleiben **anonym**, dienen **rein wissenschaftlichen Zwecken** und werden nicht an Dritte weitergegeben.

Über Ihre Beteiligung würden wir uns sehr freuen und bedanken uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Geogr. Marcel-A. Gärtner
Technische Universität Kaiserslautern
Lehrstuhl Regionalentwicklung und
Raumordnung

Dr. Robert Scheurer
Bürgermeister der Verbandsgemeinde
Bodenheim



Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim



Univ.-Prof. Dr. habil. Gabi Troeger-Weiß

Herrn «Rufname» «Name»
«Straße» «Hausnummer»
«PLZ» «Ort»

Dipl.-Geogr. Marcel-Alexander Gärtner (Ansprechpartner)

Pfaffenbergstraße 95 Telefon: + 49 (0)6 31/2 05-47 04
67663 Kaiserslautern Telefax: + 49 (0)6 31/2 05-25 51
www.uni-kl.de/rur E-Mail: marcel.gaertner@ru.uni-kl.de

Unsere Zeichen Kaiserslautern
MG 16.06.2014

Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim zum Thema „Wohnen im Alter in Umlandgemeinden der Stadt Mainz“

Sehr geehrter Herr «Name»,

wie Sie vielleicht bereits der Presse entnommen haben, führt der Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern im Rahmen eines Forschungsprojektes **in Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeindeverwaltung Nierstein-Oppenheim** eine Befragung zum Thema „Wohnen im Alter in Umlandgemeinden der Stadt Mainz“ durch. Hierbei bitten wir um Ihre Mithilfe.

Unser Ziel ist es, aus Sicht der Bürger die Anforderungen an einen senioren gerechten Wohnort zu ermitteln.

Im Rahmen der Befragung würden wir gerne von Ihnen erfahren, wie Sie die Versorgungs- und Infrastrukturangebote Ihres Wohnstandortes bewerten. Ferner interessiert uns, wie Sie zukünftig wohnen möchten. Hierzu führen wir in den Kommunen der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim eine Befragung der Bürger, die den Altersjahrgängen 1945 bis 1953 angehören, durch.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie unsere Untersuchung unterstützen und den Fragebogen bis spätestens **04.07.2014** ausgefüllt in dem beiliegenden Briefumschlag **portofrei** an uns zurückzusenden würden.

Die Teilnahme an der Befragung ist selbstverständlich **freiwillig**. Ihre Angaben bleiben **anonym**, dienen **rein wissenschaftlichen Zwecken** und werden nicht an Dritte weitergegeben.

Über Ihre Beteiligung würden wir uns sehr freuen und bedanken uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Geogr. Marcel-A. Gärtner
Technische Universität Kaiserslautern
Lehrstuhl Regionalentwicklung und
Raumordnung

Klaus Penzer
Bürgermeister der Verbandsgemeinde
Nierstein-Oppenheim

III. Fragebogen



Technische Universität Kaiserslautern | Postfach 3049 | 67653 Kaiserslautern



Univ.-Prof. Dr. habil. Gabi Troeger-Weiß

Dipl. Geogr. Marcel-Alexander Gärtner (Ansprechpartner)

Pfaffenbergstraße 95 Telefon: + 49 (0)6 31/2 05-47 04
 67663 Kaiserslautern Telefax: + 49 (0)6 31/2 05-25 51
 www.uni-kl.de/rur E-Mail: marcel.gaertner@ru.uni-kl.de

Bürgerbefragung zum Thema „Wohnen im Alter in Umlandgemeinden der Stadt Mainz“

Vielen Dank für Ihre Teilnahme an unserer Bürgerbefragung. Das Ausfüllen des Fragebogens dauert ca. 10 Minuten. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie möglichst alle Fragen beantworten würden. Sie können allerdings auch, falls gewünscht, einzelne Fragen unbeantwortet lassen.

Bitte stecken Sie den ausgefüllten Fragebogen (Faltblatt) in den beiliegenden Briefumschlag und senden Sie diesen **portofrei** an uns zurück.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne unter der zuvor genannten Kontaktadresse zur Verfügung.

Versorgungs- und Infrastrukturangebote				
1. In welcher Gemeinde wohnen Sie? Ich wohne in				
2. An welchem Ort nutzen bzw. besuchen Sie <u>vorwiegend</u> die folgenden Einrichtungen? (Mehrfachnennung ist möglich)				
	in meiner Gemeinde	in einer anderen Gemeinde der Verbands- gemeinde	in Mainz	in einer sonstigen Stadt oder Gemeinde
Supermarkt, Discounter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bäckerei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Metzgerei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drogeriemarkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Postfiliale	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bankfiliale	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Arztpraxis für Allgemeinmedizin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Apotheke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

1

3. Wie erreichen Sie für gewöhnlich die von Ihnen genutzten bzw. besuchten Einrichtungen? (Mehrfachnennung ist möglich)				
	mit PKW	mit Bus / Bahn	mit Fahrrad	zu Fuß
Supermarkt, Discounter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bäckerei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Metzgerei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drogeriemarkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Postfiliale	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bankfiliale	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Arztpraxis für Allgemeinmedizin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Apotheke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Angenommen Ihnen würde <u>kein PKW</u> zur Verfügung stehen. Welche Einrichtungen wären für Sie fußläufig (max. 10 Gehminuten bzw. 500m bis 1.000m Entfernung) erreichbar? (Mehrfachnennung ist möglich)				
<input type="checkbox"/> Supermarkt, Discounter	<input type="checkbox"/> Metzgerei	<input type="checkbox"/> Apotheke		
<input type="checkbox"/> Drogeriemarkt	<input type="checkbox"/> Postfiliale	<input type="checkbox"/> Arztpraxis für Allgemeinmedizin		
<input type="checkbox"/> Bäckerei	<input type="checkbox"/> Bankfiliale	<input type="checkbox"/> Bushaltestelle		
5. Wie zufrieden sind Sie mit der <u>derzeitigen</u> Versorgungssituation in Ihrer Gemeinde in den folgenden Bereichen?				
	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Drogeriewaren etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Versorgung mit Servicediensten (Bankfiliale, Postfiliale etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Medizinische Versorgung (Ärzte, Apotheke etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Insgesamt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. In welchen Versorgungsbereichen sehen Sie <u>zukünftig</u> im Hinblick auf Ihr <u>höheres Alter</u> die größten Defizite in Ihrer Gemeinde? (Mehrfachnennung ist möglich)			
<input type="checkbox"/> Anbindung an öffentlichen Personennahverkehr	<input type="checkbox"/> Metzgerei	<input type="checkbox"/> Fachärzte	
<input type="checkbox"/> Supermarkt, Discounter	<input type="checkbox"/> Bankfiliale	<input type="checkbox"/> Apotheke	
<input type="checkbox"/> Drogeriemarkt	<input type="checkbox"/> Postfiliale	<input type="checkbox"/> Ambulante Pflegedienste und soziale Dienste	
<input type="checkbox"/> Bäckerei	<input type="checkbox"/> Arztpraxis für Allgemeinmedizin	<input type="checkbox"/> keine Defizite	
<input type="checkbox"/> Sonstiges:			
7. Wie beurteilen Sie <u>insgesamt</u> den Verbesserungsbedarf im Versorgungsangebot Ihrer Gemeinde?			
starker Verbesserungsbedarf	deutlicher Verbesserungsbedarf	geringer Verbesserungsbedarf	keinen Verbesserungsbedarf
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Angaben zu Ihrer aktuellen Wohnsituation			
8. Wohnen Sie zurzeit... <input type="checkbox"/> in Eigentum <input type="checkbox"/> zur Miete ?			
9. Wie ist Ihre derzeitige Wohnform?			
<input type="checkbox"/> Einfamilienhaus <input type="checkbox"/> Doppelhaushälfte, Reihenhaus <input type="checkbox"/> Wohnung/Apartment			
10. Wie lange wohnen Sie bereits in Ihrem Haus/ Wohnung? Seit 19... / 20...			
11. Sind Sie in der Gemeinde in der Sie wohnen... <input type="checkbox"/> aufgewachsen <input type="checkbox"/> zugezogen ?			
12. Wohnen Sie... <input type="checkbox"/> im alten Ortskern/Altstadt <input type="checkbox"/> in einem (ehemaligen) Neubaugebiet ?			
13. Wie viele Personen, inklusive Ihnen selbst, leben in Ihrem Haushalt? (Haushaltsgröße)			
<input type="checkbox"/> 1 Person <input type="checkbox"/> 2 Personen <input type="checkbox"/> 3 Personen <input type="checkbox"/> mehr als 3 Personen ?			
14. Wie empfinden Sie die Ihnen zur Verfügung stehende Wohnfläche?			
<input type="checkbox"/> als zu klein <input type="checkbox"/> als angemessen <input type="checkbox"/> als zu groß			
15. Ist Ihre Wohnung bereits barrierefrei bzw. altengerecht ausgestattet? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			
16. Wie zufrieden sind Sie mit der <u>derzeitigen</u> Wohnsituation in Ihrem Haus/ Ihrer Wohnung?			
sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17. Steht Ihrem Haushalt ein PKW zur Verfügung? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			

Einschätzungen zu Ihrer zukünftigen Wohnsituation	
18. Planen Sie in nähere Zukunft einen Umzug an einen anderen Wohnort? <input type="checkbox"/> nein, ich plane keinen Umzug <input type="checkbox"/> vielleicht <input type="checkbox"/> ja	
Wenn Sie hier mit „nein“ geantwortet haben, dann bitte mit Frage Nr. 22 weitermachen. Ansonsten bitte weiter mit Frage Nr. 19!	
19. Wohin werden Sie umziehen?	
<input type="checkbox"/> ich ziehe innerhalb meiner bisherigen Gemeinde um	<input type="checkbox"/> ich ziehe an folgenden Ort:
<input type="checkbox"/> ich weiß noch nicht wohin	<input type="checkbox"/> ich weiß noch nicht wohin, es soll jedoch eine Stadt sein (wie z. B. Mainz oder größer)
<input type="checkbox"/> ich habe bereits eine neue Wohnung/Haus in (Ort)	
20. Wenn Sie einen Umzug planen oder sich dies vorstellen könnten, wie wird Ihre zukünftige Wohnsituation dann aussehen? (Mehrfachnennung ist möglich)	
<input type="checkbox"/> ich ziehe in eine kleinere und barrierefreie Wohnung/ Haus	
<input type="checkbox"/> ich werde in ein Mehrgenerationenhaus ziehen (verschiedene Generationen wohnen in einem Mehrfamilienhaus zusammen in eigenen Wohnungen)	
<input type="checkbox"/> ich werde in eine Wohngemeinschaft mit anderen Menschen ähnlichen Alters ziehen	
<input type="checkbox"/> ich werde zu meinen Kindern/ Familienangehörigen ziehen	
<input type="checkbox"/> ich baue ein neues, kleineres Haus	
<input type="checkbox"/> Sonstiges:	
21. Wenn Sie einen Umzug planen oder sich dies vorstellen könnten, dann aus welchen Gründen? (Mehrfachnennung ist möglich)	
<input type="checkbox"/> derzeitiges Haus/ Wohnung ist zu groß	<input type="checkbox"/> derzeitiges Haus/ Wohnung ist nicht altengerecht ausgestattet
<input type="checkbox"/> aufgrund des unzureichenden Versorgungsangebotes in meiner Gemeinde	<input type="checkbox"/> aus gesundheitlichen Gründen
<input type="checkbox"/> aus persönlichen/ familiären Gründen	<input type="checkbox"/> aus finanziellen Gründen
<input type="checkbox"/> sonstige Gründe:	
Persönliche Angaben	
22. Ihr Geburtsjahr: 19...	23. Ihr Geschlecht: <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
24. Ihre derzeitige berufliche Situation: <input type="checkbox"/> berufstätig <input type="checkbox"/> Rentner <input type="checkbox"/> Sonstiges	
25. Ihr höchster (Schul)abschluss:	
<input type="checkbox"/> Volksschul-/ Hauptschulabschluss	<input type="checkbox"/> Mittlere Reife <input type="checkbox"/> Abitur/Fachabitur
<input type="checkbox"/> Hochschul-/ Fachhochschulabschluss	<input type="checkbox"/> keinen Abschluss

IV. Presseartikel

Abbildung 100: Presseartikel zur Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (1)



Quelle: Nierstein-Oppenheim aktuell. Wochenzeitung für die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim, Ausgabe Nr. 24, 12.06.2014

Abbildung 101: Presseartikel zur Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (2)



Quelle: Rhein-Main-Presse, Allgemeine Zeitung, Ausgabe Landskrone, 20.06.2014

Abbildung 102: Presseartikel zur Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Bodenheim (1)



Quelle: Rhein-Main-Presse, Allgemeine Zeitung, Ausgabe Landskrone, 10.07.2014

Abbildung 103: Presseartikel zur Bürgerbefragung in der Verbandsgemeinde Bodenheim (2)



Quelle: Rheinhessisches Wochenblatt, Jahrgang 164, Nr. 28, 09.07.2014

V. Lebenslauf des Autors

Persönliche Daten

Name: Marcel-Alexander Gärtner
Staatsangehörigkeit: Deutsch

Beruflicher Werdegang

Seit 2013: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung an der Technischen Universität Kaiserslautern
2012: Projektleiter im Fachbereich Baulandentwicklung und Kommunalbetreuung in der Hessischen Landgesellschaft
2010-2011: Projektmitarbeiter in der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe, Geschäftsstelle Mainz und im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Ausbildung

2003 -2009: Studium der Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

- Nebenfächer: Soziologie und Öffentliches Recht
- Diplomarbeit: „Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Hochschullandschaft in Deutschland“
(in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)
- Abschluss: Diplom Geograph